

*Andrea Amza-András*

***Rumänien auf dem Weg vom Policy-Taker zum Policy-Shaper:  
Artikulationen der rumänischen Europapolitik zwischen  
1. Jänner 2019 und 31. Dezember 2024***

***Dissertation***

**2025**

*Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest*

*Interdisziplinäre Doktorschule*

*Leiterin der Doktorschule: Prof. Mag. Dr. Ellen Bos*

*Andrea Amza-András*

***Rumänien auf dem Weg vom Policy-Taker zum Policy-Shaper:***

*Artikulationen der rumänischen Europapolitik zwischen 1. Jänner 2019 und*

*31. Dezember 2024*

***Dissertation***

***Betreuerin:***

*Dr. Daniela INGRUBER*

***Promotionsausschuss:***

***Vorsitzende:***

*Prof. Dr. Zoltán Tibor PÁLLINGER*

***Gutachter: innen:***

*Prof. Dr. Ellen BOS*

*Prof. Otmar HÖLL*

***Mitglieder: innen:***

*Dr. Christina GRIESSLER*

*Dr. habil. Christopher WALSCH*

*Prof. Stefan GÄNZLE*

***Ersatzmitglieder:***

*Dr. habil. András HETTYEY*

*Prof. Ladislav CABADA*

***Jänner 2025***

## **Danksagung**

*Hiermit möchte ich meine tief empfundene Dankbarkeit ausdrücken, die mich während des gesamten Forschungsprozesses begleitet hat. Diese Dissertation ist nicht nur das Ergebnis intellektueller Bemühungen, sondern auch das Produkt eines Netzwerks von Menschen, die mich unterstützt, inspiriert und motiviert haben – selbst in den herausforderndsten Momenten.*

*Im Mittelpunkt meiner Arbeit stand für mich stets eines: die Vermittlung. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis liegt mir besonders am Herzen, weil ich fest daran glaube, dass beide Seiten voneinander lernen und sich gegenseitig bereichern können. Ich bin überzeugt, dass gute Europapolitik nur dann möglich ist, wenn sie auf den Erkenntnissen der Wissenschaft fußt. Gleichzeitig braucht die Wissenschaft die Erfahrungen und Einblicke aus der Praxis, die als unersetzliche Quelle wertvolle Impulse und Feedback liefern. Mit dieser Arbeit wollte ich einen kleinen Beitrag dazu leisten, diese beiden Welten näher zusammenzubringen und den Austausch zu fördern.*

*Mein besonderer Dank gilt meiner „Doktormutter“, die mich mit unendlicher Geduld und großem Einfühlungsvermögen auf diesem manchmal schwierigen Weg begleitet hat. Sie hat es verstanden, mich durch meine Unsicherheiten, Fehler und Zweifel hindurchzuführen, und mir nicht nur fachlich, sondern auch menschlich den Rücken gestärkt. Für ihre Bereitschaft, meinen diplomatischen Hintergrund als Chance und nicht als Einschränkung zu betrachten, bin ich ihr zutiefst dankbar. In Zeiten, in denen meine Demut vor der Aufgabe mich hemmte, hat sie es immer wieder geschafft, mir Mut zuzusprechen und mich zu motivieren.*

*Diese Arbeit widme ich zwei Menschen, die mich auf unterschiedliche Weise tief geprägt haben. Beide teilen eine Leidenschaft für Politik und einen starken Glauben an Europa. Ich bin mir sicher, dass sie diese Forschungsarbeit, die das Ergebnis eines langen, mühevollen und manchmal unter schwierigen Bedingungen fortgesetzten Prozesses ist, zu schätzen wissen – sei es als ausreichend, mittelmäßig oder vielleicht sogar als gelungen. Der einen Person – meiner lieben Mutter – verdanke ich nicht nur die „DNA der Biologie“, sondern im Grunde genommen alles, was mich als Mensch ausmacht. Mit der anderen Person – dem ehemaligen Botschafter Rumäniens in Österreich und derzeitigen Außenminister Rumäniens – verbindet mich hingegen die „DNA des Schengens“, um seine eigenen Worte zu verwenden. Beide haben mich durch unzählige Gespräche, kluge Fragestellungen und inspirierende Stunden des*

*Austauschs dazu gebracht, immer wieder nachzudenken, meine Ansichten zu hinterfragen und weiter zu wachsen. Sie haben mich stets überrascht und herausgefordert – und dafür bin ich ihnen von Herzen dankbar.*

*Abschließend möchte ich meinen Freunden danken, allen voran meinem Lektor und gutem Freund Michael, die mich durch die Phasen der „schöpferischen“ Einsamkeit begleitet haben, die das Schreiben dieser Arbeit mit sich brachte.*

*Besonders schön und bereichernd war es, dass meine Tochter Rebeka, die bald 18 Jahre alt wird, gleichzeitig an ihrer vorwissenschaftlichen Arbeit schrieb. Gemeinsam haben wir unser Zuhause in eine kleine Schreibwerkstatt verwandelt – ein Erlebnis, das mir in Erinnerung bleiben wird und diese Zeit besonders gemacht hat.*

*Diese Arbeit war nicht nur eine wissenschaftliche Reise, sondern auch eine zutiefst persönliche – eine Reise, die mich herausgefordert, geformt und gelehrt hat, mutig zu bleiben.*

*Wien, Jänner 2025*

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>8</b>
<b>1.1. Vorwort .....</b>	<b>8</b>
<b>1.2. Ausgangslage und Problemstellung (Thematische Einleitung) .....</b>	<b>12</b>
<b>1.3. Zielsetzung, Forschungsfrage und Forschungslücke.....</b>	<b>15</b>
<b>1.4. Stand der Forschung: Rumänien und Europäisierung .....</b>	<b>27</b>
<b>1.5. Struktur der Arbeit .....</b>	<b>32</b>
<b>I. Theoretischer Ansatz und methodisches Vorgehen .....</b>	<b>35</b>
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>35</b>
<b>2. Policy-Taker und/oder Policy-Shaper .....</b>	<b>40</b>
<b>3. Der zirkuläre Ansatz der Europäisierung: Eine theoretische Perspektive zur Untersuchung Rumäniens.....</b>	<b>44</b>
<b>4. Datenmaterial zu dieser Dissertation.....</b>	<b>45</b>
<b>5. Interviews .....</b>	<b>47</b>
<b>II. Europäisierung der rumänischen Außenpolitik nach der Wende 1989 - Konzept des „goldenen Dreiecks“ der rumänischen Außenpolitik.....</b>	<b>51</b>
<b>1. Rumänien als Policy-Taker nach der Wende 1989 (EU, NATO, Vereinigten Staaten von Amerika).....</b>	<b>51</b>
1.1. Europäisierung - „Rückkehr zu Europa“ .....	51
1.2. Das goldene Dreieck der rumänischen Außenpolitik – Kurze Beschreibung der Entwicklung und der Hauptmerkmale der rumänischen außen- und europapolitischen Doktrin nach der Wende 1989 .....	52
1.3. Europäisierung und die Integration in die Europäische Union (2007) .....	54
1.3.1. EU-Beitritt mit Leftovers.....	54
1.3.2. Das am meisten mediatisierte Leftover-Dossier: der Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum .....	58
1.4. Die euroatlantischen Säulen des „goldenen Dreiecks“ der rumänischen Außenpolitik: NATO und die Strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika .....	61
1.5. Sekundäre Rollenkonzepte der rumänischen Außenpolitik .....	66
1.6. Warum „goldenes Dreieck“? – Kontext, Motive, Gründe .....	66
1.7. Europäisierung und die Rückkehr zum politischen Westen – Neuinterpretierung der Lage an der Peripherie und ständige Suche der Nähe zum Zentrum .....	73
<b>III. Vom Policy-Taker zum Policy-Shaper (2019-2024) .....</b>	<b>79</b>
<b>1. Der erste rumänische Vorsitz des Rates der Europäischen Union im 1. Halbjahr 2019 .....</b>	<b>86</b>
1.1. Kontextuelle Gegebenheiten .....	89
1.1.1. Innenpolitische Lage .....	89
1.1.2. EU-Ratspräsidentschaft unter „atypischen“ Bedingungen – europäischer Kontext.....	92
1.1.3. Post-Lissabon-Ratsvorsitz – institutionelle Vorgaben unter dem Vertrag von Lissabon .....	94
1.2. Artikulationen der europäischen Profilm Merkmale Rumäniens als EU-Ratsvorsitz .....	98
1.2.1. EU-bezogene Artikulationen im Kontext der Vorbereitungen für die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft.....	99
1.2.2. Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft und die Phase der/nach der Bilanz .....	106
1.2.3. Präsentation der Ergebnisse der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments .....	114
1.3. Die Nachwirkungen der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft: Was wurde erreicht und welche Spuren blieben bestehen? .....	115

<b>2. Krieg an der Grenze – Die Positionen Rumäniens im Kontext der russischen Aggression in der Ukraine (<i>Rumänien - „das neue geopolitische Schwergewicht im Ukraine-Krieg“?</i>)</b> .....	<b>119</b>
2.1. Artikulationen der rumänischen Positionen im Kontext des Ukraine-Krieges.....	129
2.2. Kontextuelle Gegebenheiten in welchen Rumänien sowohl als Policy-Taker als auch als Policy-Schaper agierte .....	130
2.3. Vorstöße als Policy-Shaper. Im Fokus: die Region des Schwarzen Meeres, Republik Moldau/Erweiterung.....	132
2.3.1. Der Spezialfall „Republik Moldau“ im Schatten der Ukraine-Krise und die Forcierung der Erweiterung der EU in Richtung Osten.....	136
2.4. Rumäniens Antwort auf die Flüchtlingsströme aus der Ukraine .....	139
2.5. Solidaritätskorridore zwischen der EU und Ukraine – Die Rolle Rumäniens in diesem Kontext	142
<b>3. Rumäniens Positionierung im Kontext der Folgen und Auswirkungen des Vetos der österreichischen Regierung gegen den Schengen-Beitritt von 8. Dezember 2022</b> .....	<b>148</b>
3.1. Einführung. Kontextualisierung der Problematik um das österreichische Schengen-Veto .....	148
3.2. Leitfragen des Kapitels .....	155
3.3. Folgen und Auswirkungen des österreichischen Vetos gegen Rumäniens Schengen-Beitritt .....	159
3.3.1. Die österreichische Argumentationslinie .....	160
3.3.2. Folgen für Rumänien und für den Europäisierungsprozess Rumäniens.....	171
3.3.2.1. Reaktionen auf das Veto in Rumänien .....	171
3.3.2.1.1. Politische Reaktionen .....	171
3.3.2.1.2. Öffentliche Meinung .....	174
3.3.2.2. Auswirkungen und Folgen des Vetos.....	179
3.3.2.2.1. Politische Folgen und Konsequenzen des „Schengen-Theaters“ für die bilaterale Beziehung .....	179
3.3.2.2.2. Folgen für die Wirtschaft .....	182
3.3.2.2.3. Auswirkungen auf die rumänische Gemeinschaft/Arbeitskräfte/24-Stunden-Betreuerinnen.....	189
3.3.2.2.4. Auswirkungen auf den Güterverkehr und auf die Umwelt.....	193
3.3.2.2.5. Indirekte Folgen und Verluste des rumänischen „Nicht-Schengen-Beitrittes“ .....	196
3.3.2.2.6. Auswirkungen auf die EU, auf den Schengen-Erweiterungsprozess und auf die Europäisierung.....	197
3.3.2.2.7. Reformforderungen und Debatte um das Einstimmigkeitsprinzip .....	203
3.4. Aktionen .....	206
3.4.1. Policy Taker – Policy Shaper .....	206
3.4.2. Paradigmenwechsel als Voraussetzung für den Durchbruch in den bilateralen Verhandlungen .....	224
3.4.3. Das rumänische Handwerk.....	229
3.4.4. Fazit .....	236
<b>IV. Fazit und Ausblick</b> .....	<b>241</b>
<b>Quellen</b> .....	<b>259</b>
<b>Anhänge</b> .....	<b>303</b>
<b>Anhang 1</b> .....	<b>304</b>
<b>Anhang 2</b> .....	<b>307</b>

## Abkürzungen

AT	Republik Österreich
BNR	Banca Nationala Romana
BMEIA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BM. I	Bundesministerium für Inneres
BSEC	Black Sea Economic Cooperation (Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation)
B 9	Bukarest Neun (B 9 oder B - 9)
CVM	Cooperation and Verification Mechanism / Das Kooperations- und Kontrollverfahren
3SI	Die Drei-Meere-Initiative (Three Seas Initiative)
ECFR	European Council on Foreign Relations
ESA	European Strategic Autonomy
EVP	Europäische Volkspartei
EU	Europäische Union
EUAA	European Union Agency for Asylum
EUSDR	EU Strategie für den Donauraum
Frontex	Die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache
IDM	Institut für den Donaurraum und Mitteleuropa
IV	Industriellenvereinigung
NATO	Nordatlantikpakt
NBR	Nationalbank Rumäniens
NEOS	Das Neue Österreich und Liberales Forum
ÖBN	Österreichische Nationalbank
OECD	Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Oiip	Österreichisches Institut für Internationale Politik
PESCO	Permanent Structured Cooperation (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit)
RO	Rumänien
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich

# 1. Einleitung

## 1.1. Vorwort

Die Entstehung dieser Dissertation ist eng mit meinem persönlichen und beruflichen Interesse verbunden. Das Thema „Europäische Union“ und das einzigartige, sich ständig fortentwickelnde Gebilde des europäischen Einigungsprojektes, die Effekte der Europäisierung auf die Mitgliedstaaten und die Art und Weise, wie im Rahmen dieses hochkomplizierten Prozesses die Europäische Union in den neuen Mitgliedstaaten und spezifisch in meinem Heimatland Rumänien „ankommt“, beziehungsweise wie der Mitgliedstaat Rumänien im Rahmen der Europäischen Union agiert und gleichzeitig zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Europäischen Union beiträgt, steht im Fokus meiner beruflichen und akademischen Arbeit, aber auch meiner sozio-gesellschaftlichen und privaten Auseinandersetzungen seit über zwei Jahrzehnten.

Mit dem Systemwechsel im Jahr 1989 avancierten die Begriffe „Europa“, „europäisch“ und „Europäisierung“ zu den meistverwendeten Leitmotiven des politischen und öffentlichen Diskurses in Rumänien und wurden inflationär für alles anwendbar, sei es NATO, Integration in die Europäische Union oder die Aneignung eines gewissen Verhaltens- und Denkschemas des „kultivierten Westens“, bis hin zum immensen innerstaatlichen Reformbedarf.

Europäisierung bedeutet für mich persönlich und für viele aus meiner Generation im Grunde genommen eine natürliche Richtungswahl und ich gehöre zu jenen an Politik und Europa interessierten Studierenden der 2000er-Jahre, denen Europa seine Tore in Form von Auslandsstipendien und Fortbildungen großzügig öffnete. Die Europäische Union, ob als Ausdruck der Zukunftshoffnung, ob als Sehnsucht nach einem freien, chancenreichen und würdigen Leben nach dem so oft erwähnten „europäischen Lebensmodell“, oder ob als Gegenstand meiner Arbeit in der Vor- und Nachbeitrittsphase, beschäftigt mich über 25 Jahre und hört immer noch nicht auf mich zu faszinieren.

Mit dem theoretischen Ansatz der Europäisierung, beziehungsweise mit der Auswirkung der Europäisierung auf die Institutionen, genauer mit den institutionellen Änderungsvorschlägen des europäischen Verfassungsentwurfes für die *Governance*-Architektur setzte ich mich im Rahmen meiner Masterthesis an der Universität von Bologna im Jahr 2002 auseinander. Dem

Thema *Europa* bin ich an allen Stationen meines bisherigen beruflichen Werdeganges als Karrierediplomatin im rumänischen Diplomatischen Dienst treu geblieben.

In den Jahren nach dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union konnte ich in der diplomatischen Praxis unmittelbar die Wirkungen der Top-Down-Europäisierung beobachten. Während der Anfangsjahre lag der Schwerpunkt stark auf der nationalen Implementierung europäischer Vorgaben („Europe at home“). In dieser äußerst dynamischen beruflichen Phase stellte sich mir vermehrt die Frage, in welchem Ausmaß neue Mitgliedstaaten wie Rumänien nicht nur die Rolle von Policy- oder Agenda-Takern einnehmen und europäische Vorgaben und Gesetzgebungen adaptieren, sondern darüber hinaus aktiv als Policy- und Agenda-Shaper zur Schwerpunktsetzung und strategischen Gestaltung der Europapolitik beitragen können.

Ich fand insbesondere die Frage spannend, wann und unter welchen Bedingungen die neuen Mitgliedstaaten, die überwiegend die Rolle des Empfängers der Top-Down-Europäisierungsprozesse innehaben, in die Policy-Shaper-Rolle schlüpfen (können)? Diese neuen Mitgliedstaaten wie Rumänien sind sowohl mit der Umsetzung der EU-Politiken, als auch mit der Anpassung an das Regelwerk der EU beschäftigt. Es stellt sich die Frage, wie diese Mitgliedstaaten die Prozesse der Bottom-Up-Europäisierung gestalten, beziehungsweise inwieweit diese den Prozess beeinflussen können?

Die Fragestellungen, die im Unterkapitel 1.3 (Zielsetzung, Forschungsfrage und Forschungslücke) detailliert erörtert werden, basieren im Wesentlichen auf Schlussfolgerungen und theoriebasierten Ausformulierungen einer Vielzahl empirischer Beobachtungen, die ich über viele Jahre in meinem beruflichen Alltag gemacht habe. Der Weg zur Entwicklung der konkreten Forschungsfrage war daher maßgeblich durch die Überlegungen und Erfahrungen geprägt, die ich aus meiner europapolitischen Berufspraxis mitgenommen habe. Ziel ist es, durch wissenschaftliche Analyse argumentativ geprüfte Antworten auf die Forschungsfragen zu finden. Anders ausgedrückt sollen die theoretischen Betrachtungen dazu beitragen, die Annahmen, die ich in Form von Hypothesen aus der beruflichen Praxis in die Forschung eingebracht habe, zu validieren. Diese Dissertation wäre in ihrer vorliegenden Form ohne die empirischen Erkenntnisse, die ursprünglich aus meiner beruflichen Praxis stammten und in der Folge durch Literaturrecherche nach wissenschaftlicher Erklärung suchten, nicht realisierbar gewesen.

Im Hinblick auf meine Themenstellung – die Europäisierung und das europapolitische Profil Rumäniens unter dem Aspekt des Übergangs vom Policy-Taker zum Policy-Shaper im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2024 – möchte ich an dieser Stelle drei Stationen meiner beruflichen Laufbahn hervorheben, die wesentlich zur Schwerpunktsetzung dieser Forschungsarbeit beigetragen haben. Meine Faszination für die Institutionen der Europäischen Union reicht zurück bis in die Zeit des Verfassungskonvents, als die EU an einer gemeinsamen Verfassung arbeitete und Rumänien als Beitrittsland aktiv als Beobachter an diesem Prozess teilnahm. Kurz darauf hatte ich in meiner Funktion als Verantwortliche für EU-Angelegenheiten an der Botschaft von Rumänien in Wien die Gelegenheit, die zweite österreichische Ratspräsidentschaft der EU (1. Halbjahr 2006) intensiv zu begleiten. Diese Phase erlaubte es mir, für das damals noch als Beobachterstaat geltende Rumänien erste Erfahrungen mit der Arbeit einer EU-Ratspräsidentschaft zu sammeln und wichtige Einblicke in die Abläufe und Dynamiken europäischer Entscheidungsprozesse zu gewinnen. Während des dritten EU-Ratsvorsitzes der Republik Österreich (1. Juli – 31. Dezember 2018) war ich im EU-Ratspräsidentschaftsteam im Bundeskanzleramt als Austauschdiplomatin aktiv eingebunden und ging der Aufgabe nach, die reibungslose Übergabe des EU-Mandats an Rumänien sicherzustellen.

Nach diesem intensiven Erfahrungsaustausch im österreichischen Bundeskanzleramt kehrte ich in die Zentrale des rumänischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten (Bukarest) zurück und übernahm im Team „PRES RO“ (Koordinationsteam des rumänischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union) Koordinationsaufgaben, wie etwa die Aufzeichnung und Auswertung der Ergebnisse und die Erstellung der Leistungsbilanz der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft.

Als Botschafter-Stellvertreterin und Geschäftsträgerin a.i. an der diplomatischen Vertretung Rumäniens in Wien war ich mit den Entwicklungen um das österreichische Veto gegen Rumäniens Beitritt zum Schengen-Raum direkt verbunden. Die Erkenntnisse, die ich aus erster Hand, in der Rolle eines aktiven Mitgestalters und Beobachters, die im Geschehen direkt eingebunden ist, sammeln konnte, werden im Rahmen dieser Forschung durch die Filter des theoretischen Ansatzes der Europäisierung betrachtet.

Die Schengen-Problematik und das österreichische Veto stellen an sich ein eigenständiges Forschungsfeld dar, das den Rahmen dieser Arbeit übersteigen würde. Für die Analyse dieser

Dissertation werden daher ausschließlich jene Aspekte berücksichtigt, die für die Formulierung der rumänischen Positionen von Relevanz sind. Das Schengen-Veto wird dabei als Invariabel betrachtet. Der Fokus liegt darauf, wie der Mitgliedstaat Rumänien auf die Auswirkungen des Vetos reagiert, wie Rumänien mit den Konsequenzen umgeht und inwiefern dieses spezifische Veto durch den theoretischen Ansatz der Europäisierung erklärbar ist. Zudem wird analysiert, wie Rumäniens Bemühungen und Reaktionen im Kontext des Policy-Taker- und Policy-Shaper-Rollenmodells interpretiert werden können.

Diese Forschungsarbeit erhebt keinen Anspruch darauf, die Qualität der rumänischen Initiativen und Ansätze im Zusammenhang mit der Schengen-Problematik zu bewerten. Stattdessen verfolgt sie das Ziel, eine fundierte Beschreibung jener Initiativen und Maßnahmen zu liefern, die das Land unternommen hat, um die Bedingungen für einen Beitritt zum Schengen-Raum bis Ende 2024 zu erfüllen. Der theoretische Ansatz der Europäisierung bietet in diesem Zusammenhang eine wertvolle Grundlage, die eine theoriebasierte Reflexion ermöglicht und potenzielle Verzerrungen aufgrund der Nähe zum Untersuchungsgegenstand minimiert.

Aufgrund der hohen Relevanz des Schengen-Beitrittsprozesses für die Europäisierung Rumäniens sowie der persönlichen Nähe des Autors zum Thema – nicht zuletzt in Verbindung mit der zeitlichen Nähe der Lösung des Schengen-Dossiers zum Abgabetermin dieser Dissertation – steht die Schengen-Problematik im Mittelpunkt dieser Forschung.

Am Ende dieser Einleitung möchte ich festhalten, dass ich mich für das Abfassen dieser Forschungsarbeit zwar primär durch mein berufliches Interesse und meine Begeisterung für das politische Projekt „Europäische Union“ leiten ließ, es ist mir aber auch ein Anliegen zu betonen, dass sich meine Forschungstätigkeit voll und ganz der objektiven und kritischen Durchführung dieser wissenschaftlichen Recherche verschreibt.

Ich hielt die oben angeführten, detaillierten Hinweise auf meinen beruflichen Hintergrund unerlässlich, um eine möglichst ehrliche und transparente Beziehung zum erforschenden Thema aufzubauen. Dies erscheint mir umso wichtiger, dass es trotz meiner ehrlichen Bemühung immer noch möglich sein könnte, Anzeichen von Voreingenommenheit und der verzerrten Befangenheit in meiner Dissertation zu finden. Die eventuellen Eindrücke einer verzerrten Darstellung, die die Objektivität meiner Forschungsperspektive und die Validität

der Erkenntnisse relativieren könnten, beabsichtige ich mit einer möglichst klar formulierten Themensetzung zu verringern, die es mir ermöglichen sollte, mein Hintergrundwissen in die Arbeit zu integrieren, gleichzeitig aber die Risiken einer befangenen Analyse zu minimieren.

Mit diesem konzeptionellen „Sicherheitsnetz“ habe ich mich bewusst dafür entschieden, dass diese Arbeit keine auswertende Leistungsbilanz der Europapolitik Rumäniens in der genannten Periode erstellt. Stattdessen liegt der Fokus darauf, durch meine Forschung zu einer fundierten und argumentativ gestützten Informiertheit über die rumänische Europapolitik und das europapolitische Profil meines Landes beizutragen. Dies erfolgt mittels einer interpretativen Vermittlung der europapolitischen Rollenartikulation Rumäniens, basierend auf dem theoretischen Ansatz der Europäisierung. Ziel dieser Dissertation ist es, einen wissenschaftlichen Beitrag zu einem breiteren und tieferen Verständnis der rumänischen Europapolitik zu leisten.

Darüber hinaus hoffe ich, im Rahmen meiner begrenzten Möglichkeiten zur Schließung von Wissenslücken in der deutschsprachigen Literatur über Rumänien als Mitgliedstaat der Europäischen Union beizutragen. Dies geschieht durch die Vermittlung zentraler Profilschwerpunkte und deren kontextueller Deutung. Meine Rolle als Forscherin sehe ich nicht darin, Klischees abzubauen oder aktiv zu bekämpfen, sondern darin, objektive Informationen und Perspektiven bereitzustellen. Diese sollen den Leserinnen und Lesern als Grundlage dienen, um ein wissenschaftliches sowie allgemeines Interesse an einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem seit 17 Jahren zur EU gehörenden Rumänien zu fördern.

## **1.2. Ausgangslage und Problemstellung (Thematische Einleitung)**

Wie schon im Vorwort darauf hingewiesen wurde, ist Europäisierung im Fall von Rumänien allgemein betrachtet ein Sammelbegriff, und zwar von eklektischem Charakter<sup>1</sup> (Ilie 2005, S. 13), welcher sehr häufig für unterschiedlichste Anwendungen herangezogen wurde. Europäisierung steht in Verbindung nicht nur mit der Europäischen Union (EU), sondern auch allgemein mit dem Begriff Europa und mit den europäischen Werten, betont Angelescu in ihrer Studie über die Europäisierung der rumänischen Außenpolitik (o.D., S.1).

---

<sup>1</sup> Vgl. Bandov & Kolman (2018), Verweis auf die Definition von Sil & Katzenstein (2010): „analytical eclecticism“.

Ähnlich wie im Fall der anderen ost- und zentraleuropäischen Staaten, beschreibt man mit dem Begriff der Europäisierung sowohl die Zielsetzung als klare Entscheidung und Richtungswahl für die liberale, rechtsbasierte Demokratie des politischen Westens<sup>2</sup> (Lakatos 2015, S. 33), zu welcher Rumänien zurückkehrt, als auch den Prozess, der das Land zu diesem Ziel führt (Aurescu, 2018). Europäisierung bezieht sich auch auf die Manifestation der europäischen Identität, also auf die Europäisierung der rumänischen Gesellschaft, die auf dem Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen ruht (Schifirnet, 2022). Nicht zuletzt bezieht sich die Europäisierung im europapolitischen Diskurs der letzten Jahre im Kontext der multiplen Krisen, die die EU durchmacht, auch auf die Notwendigkeit einer adäquaten Vision über die Europäisierung selbst. Europäisierung wird in Rumänien immer noch als Verwestlichung verstanden, ohne es in Betracht zu ziehen, dass auch die westeuropäischen Länder eine neue Welle der Europäisierung erleben (ibidem).

Für die Ausformulierung des Themas dieser Forschung erwies sich als besonders nützlich, was den methodologischen und theoretischen Ansatz anbelangt, die Studie von Micu, „The Europeanization of Romanian Foreign Policy: Mitigating European and national *misfits* in the International Criminal Court and Kosovo cases” (Micu, 2011), die das Konzept *misfit* beim Erforschen der Auswirkungen der Europäisierung auf die Außenpolitik des Nationalstaates anwendet und zwei außerordentliche Ereignisse oder Prozesse der rumänischen Außenpolitik für die Belegung des Vorhandenseins des *misfits* heranzieht<sup>3</sup>. Die Auswahl der Fallstudien, die der Autor für seine Analyse heranzieht, erfolgt unter der Anwendung der Kriterien der „Repräsentativität“ und „Besonderheit“. *Misfit* steht als Konzept im Fokus der Betrachtung.

Wie später in diesem Kapitel ausführlich erörtert wird, wurden auch bei der Auswahl der Fallstudien der vorhandenen Dissertation (siehe unten: die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft 2019, Rumäniens Positionen in Folge der russischen Aggression in der Ukraine und die Schengen-Problematik) ähnliche Kriterien, deren Hauptaugenmerk ebenfalls dem *misfit* zwischen der EU und Rumänien gilt, angewendet. Der rote Faden dieser Forschung geht der zentralen Frage nach, welche die entscheidenden *misfit*-Momente in der ausgewählten

---

<sup>2</sup> „For most Romanians, who experienced the repression and restrictive measures of the Ceausescu-era, the “West” – synonymous, in this case, also with NATO and the European Community/European Union – was perceived as a kind of Heaven on Earth.“ (Lakatos 2015, S. 133)

<sup>3</sup> Die zwei ausgewählten Fallstudien in dem besagten Artikel von Micu beziehen sich auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und Rumänien über die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs und die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

Post-Beitrittszeit des EU-Mitgliedstaates Rumänien waren, die unter dem Aspekt der Fortentwicklung des Landes von Policy-Taker zum Policy-Shaper von besonderer Relevanz sind.

Vor knapp zwei Jahren durfte ich an einem Forschungsprojekt des Verlages Springer mit dem Titel „Das politische System Rumäniens“ (Lorenz et al., 2022) teilnehmen und den Artikel „Die rumänische Außenpolitik nach 1989: vom *policy taker* zum *policy shaper*“ (Amza-András 2022, S. 219-234) veröffentlichen, welcher, auch unter dem Aspekt der zeitlichen Perspektive, eine wichtige Vorarbeit für die vorhandene Dissertation leistet. (Diese Forschungsarbeit setzt dort an, wo der „Springer“-Artikel die Analyse beendet, und zwar bei der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2019). In diesem Artikel befasste ich mich mit der These des ehemaligen rumänischen Außenministers Bogdan Aurescu (2018), dass der rote Faden der rumänischen Außenpolitik nach 1989 vom Leitmotiv *Europa* geprägt wird: über und durch Europa kehrte das ehemalige kommunistische Land Rumänien zum politischen Westen zurück und trat den Institutionen dieses politischen Westens bei.

Der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO sind institutionelle Ausdrucksformen der Zugehörigkeit Rumäniens zur europäischen und euroatlantischen Wertegemeinschaft (Aurescu, 2018; vgl. Lakatos, 2015). Wie im oben erwähnten Artikel von „Springer“ mehrfach betont wird, steht der Begriff Europäisierung im Kern als Synonym für die strategische Neuausrichtung der rumänischen Außenpolitik (Amza-András, 2022, S. 220). Nach dem politischen Systemwechsel 1989 einigten sich die politischen Akteure in Rumänien auf eine breit getragene und übereinstimmend akzeptierte Konzeption für die Außenpolitik des Landes. Dieses Konzept wurde von Staatspräsident Klaus Werner Iohannis in seiner Eröffnungsrede des jährlichen Treffens der rumänischen Diplomatie im Jahr 2021 treffend als das „goldene Dreieck“ beschrieben:

„Für Rumänien bleibt das, was wir bei einem früheren Treffen als das «goldene Dreieck» der rumänischen Außenpolitik bezeichnet haben, von entscheidender Bedeutung: die Stärkung unserer Rolle in der Europäischen Union und der NATO sowie die Entwicklung und Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika“ (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, 2021; Lupițu, 2021).

Das goldene Dreieck der rumänischen Außenpolitik stützt sich auf drei Hauptsäule: die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die Mitgliedschaft in der NATO und die Strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika (USA). „Europa“, „Europäisierung“ oder die Rückkehr nach Europa gilt als Leitmotiv bei all den drei Grundausrichtungen des außenpolitischen Rollenkonzeptes Rumäniens. Dies bezieht sich, wie oben bereits erwähnt, nicht ausschließlich auf die Europäische Union.

Die wichtigsten Meilensteine der Sinnsuche und Profilgestaltung der rumänischen Europapolitik nach der politischen Wende 1989 werden im „Springer“-Artikel umfassend erläutert. Dieser Artikel liefert detaillierte Informationen zu den zentralen Schwerpunkten sowie den kontextuellen Rahmenbedingungen dieses Prozesses. Um ein umfassenderes Bild der Entwicklung und Ausgestaltung des europapolitischen Profils Rumäniens von der Zeit nach 1989 bis heute zu vermitteln, werden die im „Springer“-Artikel gewonnenen Erkenntnisse im Kapitel II („Europäisierung der rumänischen Außenpolitik nach der Wende 1989 – Konzept des «goldenen Dreiecks» der rumänischen Außenpolitik“) mit entsprechenden Quellenverweisen näher analysiert und dargestellt.

### **1.3. Zielsetzung, Forschungsfrage und Forschungslücke**

Diese Forschung beschäftigt sich überwiegend mit der ersten Säule des außenpolitischen Dreiecks des rumänischen außenpolitischen Konzeptes, und zwar mit der Mitgliedschaft Rumäniens in der Europäischen Union und nimmt sich zum Ziel, in (zeitlicher) Fortsetzung des oben erwähnten „Springer“-Beitrages die Artikulationen der rumänischen Europa- und Außenpolitik zwischen 1. Januar 2019 und 1. Juli 2024 in den Fokus zu stellen. Es werden die wichtigsten Profilmomente des Landes als Akteur auf der europäischen Bühne aufgezeichnet und erklärend vermittelt und spezielle Schwerpunktdossiers beleuchtet, die für den Prozess der Emanzipation der rumänischen Europapolitik vom Policy-Taker zum Policy-Shaper ausschlaggebend sind.

Die vorliegende Dissertation betrachtet den Prozess der Europäisierung als gegeben und fokussiert sich auf die Frage, welche Auswirkungen die Europäisierung auf die nationale Politikgestaltung der rumänischen Europapolitik hat. Gleichzeitig wird untersucht, inwiefern dieser Prozess der europapolitischen Gestaltung spezifische rumänische Schwerpunkte auf die europäische Ebene transportiert. Ziel ist es nicht, die Europäisierung als Konzept zu erklären,

sondern deren Wirkung auf den Mitgliedstaat Rumänien zu analysieren. Ebenso wird untersucht, wie die rumänische EU-Politik die Inhalte und Schwerpunkte auf Gemeinschaftsebene beeinflussen kann. Allein die Tatsache, dass über „Europapolitik“ und nicht über „Außenpolitik“ diskutiert wird, verdeutlicht die Internalisierung der Wirkungen der Europäisierung. Im Mittelpunkt steht hierbei die duale Dynamik: einerseits die Umsetzung von Top-Down-Inhalten der EU durch Rumänien und andererseits die aktive Gestaltung und Übertragung spezifischer Inhalte auf die europäische Ebene.

Ein zentraler Schwerpunkt der Forschung liegt auf den europapolitischen Artikulationen Rumäniens, die für das Agieren als Policy-Shaper von Bedeutung sind. Dabei wird insbesondere auf das jüngste Thema des Beitritts zum Schengen-Raum im Kontext des österreichischen Vetos vom 8. Dezember 2022 eingegangen. Die Forschungsarbeit analysiert die jüngsten Entwicklungen der rumänischen Europapolitik mit einem spezifischen Fokus auf dieses bedeutende *leftover* des EU-Beitrittsprozesses: die Vollendung des Schengen-Beitritts. Im Rahmen der Dissertation werden die Schritte untersucht, die Rumänien unternommen hat, um die Blockade zu überwinden und dabei eine Policy-Shaper-Position einzunehmen.

Parallel dazu werden weitere relevante Entwicklungen, wie etwa der Ukraine-Konflikt, als kontextuelle Rahmenbedingungen reflektiert. Dabei ist der Ukraine-Krieg nicht Gegenstand der Untersuchung, sondern wird ausschließlich aus der Perspektive des Agierens Rumäniens als EU-Mitgliedstaat betrachtet. Der Fokus liegt hierbei auf der Rolle Rumäniens als Policy-Taker und Policy-Shaper im Kontext der krisenbedingten Herausforderungen. Die Dissertation analysiert dabei nicht die Ukraine oder den Krieg selbst, sondern das Handeln und die Rolle Rumäniens sowie die Auswirkungen des Konflikts, die als Rahmenbedingungen für Rumäniens gestalterische Akzente auf europäischer Ebene dienen.

Der ausgewählte Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Auftakt der ersten halbjährigen rumänischen Vorsitzführung des Rates der Europäischen Union und endet mit dem 31. Dezember 2024, dem Abschluss des halbjährigen rotierenden (ungarischen) Vorsitzes des Rates der EU. Relevant ist bei letzterem Datum nicht die Reihung der Ratspräsidentschaften oder der Mitgliedstaaten, die den Ratsvorsitz innehaben, sondern das Datum, beziehungsweise die Erklärung dafür, warum die Forschungsperiode bis Ende des Jahres 2024 ausgedehnt wurde. Begründet wird die Festlegung des Forschungszeitraums mit dem Vorhaben, das am 30. Dezember 2023 erzielte Teilergebnis der Aufhebung der Binnengrenzkontrollen an den

Luft- und Seegrenzen (Europäischer Rat. Rat der Europäischen Union, 2023), beziehungsweise die bis Ende des Jahres 2024 erzielte komplette Aufhebung der Schengen-Blockade der Republik Österreich als relevante Entwicklung in die Analyse aufnehmen zu können.

Kurz vor dem Abgabetermin für diese Dissertation konnte die Lösung für die Aufhebung der Schengen-Blockade und somit der Vollbeitritt Rumäniens zum Schengen-Raum mit dem 31. Dezember 2024 / dem 1. Januar 2025 erzielt werden. Die Entwicklungen aus dem letzten Jahr (2024), die zu diesem Ergebnis führten, werden in die Gesamtanalyse aufgenommen.

In Zusammenhang mit den Erörterungen zur Forschungsperiode sei an dieser Stelle erwähnt, dass es nicht Gegenstand dieser Forschungsarbeit ist, die Phänomene und Prozesse vor und unmittelbar nach dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union unter die Lupe zu nehmen. Diese werden im Unterkapitel II.1. („Rumänien als Policy-Taker nach der Wende 1989 (EU, NATO, Vereinigten Staaten von Amerika“) zusammengefasst, um die kontextuellen Gegebenheiten zu erklären und darauf bauend die Entwicklung des Konzeptes für die Erforschung der drei Fallstudien zu erörtern.

Primär beschäftigt sich diese Forschung mit den Rollenartikulationen der rumänischen Europapolitik aus einer schon durch die Realität der Praxis geprüften Zeitspanne, die oben bereits verdeutlicht wurde. Vor diesem Hintergrund ist der für die Forschung identifizierte Gesamtzeitraum ausschlaggebend für die Projektion einer Europapolitik, die den Mitgliedstaat Rumänien von der Rolle des Policy-Takers zur Rolle des Policy-Shapers voranbringen sollte.

In der für die Forschung ausgewählten Zeitspanne fanden zahlreiche Großereignisse statt, die Rumäniens Europapolitik maßgeblich beeinflusst haben, und das Land ins Zentrum von fokussierter europäischer Aufmerksamkeit gebracht haben. Dadurch hatte Rumänien die Möglichkeit, seine Positionen und Visionen zu wichtigen Angelegenheiten wirksam zu artikulieren.

Die Europäisierung und die europapolitischen Profilartikulationen und Positionierungen des Landes im politischen und öffentlichen Diskurs werden anhand der folgenden drei Hauptdossiers untersucht:

- die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2019,

- Rumäniens Positionierungen in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine,
- die Schengen-Erweiterung und die durch das Veto der Republik Österreich ausgelösten Positionen des Landes.

Es gibt eine Reihe von Schwerpunkten und Initiativen, die Rumänien in den letzten Jahren getätigt hat, die im Rahmen dieser Forschung nicht ausführlich analysiert, aber jedoch erwähnt werden. Es handelt sich um Themen, die für die Emanzipation der Europapolitik Rumäniens im Sinne von Policy-Shaper ausschlaggebend sind: die EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR), die ursprünglich als politisches Projekt zusammen mit der Republik Österreich lanciert wurde, die Drei-Meere-Initiative (3SI), die Bukarest Neun<sup>4</sup> und die Rolle, die Rumänien in diesem Rahmen spielt und, nicht zuletzt, um nur die Wichtigsten zu nennen, Rumäniens Initiativen für die Heranführung der Republik Moldau an die EU. Besonders relevant sind in diesem Unterfangen die kontextuellen Gegebenheiten und die Außenwirkungen, die als außeninduzierte Variablen das Land in seinen Positionen maßgeblich beeinflussen.

Die Forschungsfragen, die die Forschungsarbeit leiten, sind folgende:

1. Welche sind die relevantesten Artikulationen des europäischen Profils des Mitgliedstaates Rumänien in dem besagten Forschungszeitraum? Untersuchung der Schwerpunkte der rumänischen Europapolitik zwischen 2019 – 2024, die als Ergebnis der transformativen Wechselwirkungen der Top-Down und Bottom-Up-Prozesse der Europäisierung entstanden und die das Land vom Policy-Taker zum Policy-Shaper voranbrachten.
2. Welche waren die kontextuellen Gegebenheiten und Bedingungen, die es ermöglicht oder beeinflusst haben, dass das Land mit seiner Europapolitik vom Policy-Taker zum Policy-Shaper voranschreitet?
3. Welche Erkenntnisse lassen sich anhand der Entwicklungen um die Schengen-Blockade durch die Republik Österreich mit Bezug auf die Natur des Prozesses der Europäisierung formulieren?

---

<sup>4</sup> Die Bukarest Neun oder auch das Bukarest-Format (B9 oder B-9) ist ein am 4. November 2015, in Bukarest, auf Initiative des rumänischen Staatspräsidenten Klaus Werner Iohannis und des polnischen Präsidenten Andrzej Duda gegründetes Format. Mitglieder sind die osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO: neben Polen und Rumänien auch Bulgarien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, die Tschechische Republik und die Slowakei.

4. Beitrag der Forschungsarbeit zur Literatur über die Europapolitik von Rumänien und die Europäisierung, im allgemein.

Europäisierung wird in dieser Forschung, wie im Kapitel I („Methodisches Vorgehen und theoretischer Ansatz“) erörtert, als ein transformativer Prozess der Wechselwirkungen zwischen der Ebene der EU und der des Mitgliedstaates verstanden. Es handelt sich um eine dynamische Plattform, auf welcher im Zuge der Zirkulation der Phänomene der Top-Down und Bottom-Up-Prozesse der Europäisierung die jeweiligen europäischen Positionen des Landes als Resultat entstehen.

Der Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum, wie im Verlauf der Arbeit ausführlich erörtert wird, betrachtet man als letzten großen Schritt, den Rumänien in Richtung vollwertigem Mitgliedstaatsstatus setzen sollte. Kodifiziert wurden im Beitrittsakt zwei Post-Beitrittsbedingungen für Rumänien (und Bulgarien), das Instrument des Kooperations- und Kontrollmechanismus, welches im Herbst 2022 für beendet erklärt wurde und der Beitritt zum Schengen-Raum, welcher durch die österreichische Blockade mittels des Vetos am 8. Dezember 2022 nicht vollendet werden konnte (Amtsblatt der Europäischen Union, 2005). Diese zwei Dossiers stellen die letzten klassischen Inhalte für Policy-Taker dar. Die Mitgliedstaaten, die diese Inhalte mittels Top-Down-Europäisierung übernehmen, scheinen wenig bis kaum Gestaltungsraum zu haben. Es sind die sogenannten *leftovers* des Beitrittsprozesses, die den Mitgliedstaat Rumänien in die Rolle des Policy-Takers stellen<sup>5</sup>.

Diese Forschung setzt einen starken Fokus auf den Schengen-Beitritt als letzten formellen Schritt zur Vervollständigung des Beitrittes zur EU (Post-Konditionalität) in der Rolle des Policy-Takers. Die Arbeit blickt aus der Perspektive dieses Dossiers in die junge Vergangenheit bis zum ersten rumänischen EU-Ratsvorsitz zurück, der als Chance für Politikgestaltung in der Rolle des Policy-Shapers gelten kann. Des Weiteren analysiert sie die relevanten Entwicklungen im Kontext mit der Spezifität der Forschungssituation angesichts

---

<sup>5</sup> Es bleibt weiterhin der Beitritt des Landes zur Eurozone offen, allerdings betrachtet man dieses nicht als *leftover* oder ergänzende Bedingung des Post-Beitrittes, sondern eher als strategische Herausforderung und Zielsetzung für die Zukunft, an welcher Umsetzung Rumänien selbst entscheidet, wann und in welcher Form dies zu verwirklicht sei. Hiermit handelt es, im Gegensatz zu den oben erwähnten Kooperations- und Kontrollverfahrens der Europäischen Kommission (CVM), beziehungsweise zum Schengen-Beitritt, um eine eindeutige Möglichkeit für Policy-Shaping.

der Tatsache, dass ich in meiner diplomatischen Arbeit direkt in die Problematik einbezogen war.

Vom Ende des Jahres 2024 rückblickend, werden nun die Meilensteine der rumänischen Europapolitik betrachtet, die klare Ansätze der Gestaltungsbemühungen ans Licht bringen, wie etwa die Beiträge Rumäniens als EU-Vorsitzland bei der Desinformationsbekämpfung und Gasunabhängigkeit der EU, die im nachhinein beweisen, dass Rumänien 2019 Akzente als Policy-Shaper setzen konnte.

Mit der Anwendung des theoretischen Ansatzes der Europäisierung wird nun im zweiten Teil der Forschungsarbeit verdeutlicht, warum die Auswahl der folgenden drei Großereignisse / Dossiers für die Vermittlung der Rollenartikulationen des Mitgliedstaates Rumänien ausschlaggebend sind:

#### *Erste Fallstudie: Erster EU-Ratsvorsitz Rumäniens im 1. Halbjahr 2019*

Die Rolle des amtsführenden Ratsvorsitzes der Europäischen Union ermöglicht einerseits dem nachzugehen, inwieweit die Top-Down-Prozesse der Europäisierung internalisiert wurden, indem das Land die Politiken übernommen und umgesetzt hat, und andererseits die Rollen der EU-Ratspräsidentschaft verstanden hat und bereit war, anhand eines Arbeitsprogrammes an der Fortentwicklung der EU zu arbeiten.

Die erstmalige Ausübung eines europäischen Mandats stellt die neuen Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen, um sowohl europäisch für das Wohl der Gemeinschaft zu agieren, als auch aber eigene Akzente zu setzen. Dadurch konnte Rumänien die nationalen Schwerpunkte voranbringen, ohne die Rolle des ehrlichen Maklers zu verletzen. Die erstmalige Vorsitzführung des Rates der Europäischen Union ist eine gute Gelegenheit, um auch die Bottom-Up-Prozesse der Europäisierung aufzuzeigen, und dadurch die Bemühungen und Akzente des Landes als Policy-Shaper zu porträtieren.

Die analytische Betrachtung der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft, die der Mitgliedstaat Rumänien zum ersten Mal seit dem Beitritt im Jahre 2007 inne hatte, stellt eine äußerst spannende Problematik aus der Perspektive der Europäisierung dar. Es geht hier nämlich um eine doppelte Rollenprojizierung und dadurch um doppelten Anpassungsdruck:

Das Land projiziert sein eigenes und legitimes Präsidenschaftsbild, hat seine eigene Vorstellungen und Erwartungen, die selbstverständlich nicht isoliert von den formellen Normen einer EU-Ratspräsidenschaftsrolle ausformuliert werden. Dieses Präsidenschaftsbild muss dann mit den Rollen und Funktionen des EU-Amtes, welches jedes Land in dieser Situation zu erfüllen hat, in Einklang gebracht werden.

Die erste EU-Ratspräsidenschaft bedeutete für Bukarest unter dem Aspekt des öffentlichen europapolitischen Diskurses eine großflächig aufgerollte europäische Bühne und eine Plattform der fokussierten Aufmerksamkeit, wo man als EU-Land Profil zeigen konnte. Darüber hinaus wird in Diplomaten- und Expertenkreisen die erste EU-Ratspräsidenschaft eines neuen Mitgliedstaates als „Reifetest“ oder „Maturatest“ bezeichnet, also eine erste große Prüfungssituation, um die EU-Tauglichkeit oder EU-Fitness des Landes unter Beweis zu stellen, sowohl unter dem Aspekt der technisch-prozeduralen Vorsitzführung, als auch mit Hinblick auf die Fähigkeit, eine politische Vision für die Union zu projizieren.

Unter dem Motto „Kohäsion – ein gemeinsamer europäischer Wert“ (Ministerul Afacerilor Externe, 2021b), stellte sich Rumänien der europäischen Aufgabe und bemühte sich, wie es im themenspezifischen Kapitel später erörtert wird (Kapitel III.1.), laut Selbstdefinition als ehrlicher Makler und neutraler Mediator im Dienste der Gemeinschaft trotz zahlreicher innerstaatlicher politischer Turbulenzen, sein Mandat unter *atypischen*<sup>6</sup> Bedingungen optimal zu Ende zu bringen. Diese Forschungsarbeit beschäftigt sich *nicht* damit, die Leistung der rumänischen EU-Ratspräsidenschaft auszuwerten, sondern untersucht die Präsidenschaftsunterlagen, die Interviews der Zuständigen, Arbeitsprogramme u.v.m., um die wichtigsten Hauptmerkmale des europäischen Profils des Landes in dieser Funktion, die nicht ohne Bedingungen und Handlungseinschränkungen artikuliert wurden, herauszufiltern und diese erklärend zu vermitteln.

Das Leitmotiv, welches Rumänien mit dem Motto seiner ersten EU-Ratspräsidenschaft „Kohäsion – unser gemeinsamer europäischer Wert“ auf die europäische Agenda setzt, zieht sich als roter Faden durch die nächsten Jahren der rumänischen Europapolitik und etabliert sich, wie dies in den Schlussfolgerungen hervorgehoben wird, als Grundsatzthema in all den relevanten europa- und außenpolitischen Dossiers.

---

<sup>6</sup> Argumentierte Erklärung des Begriffes im Kapitel III.1.

*Zweite Fallstudie:* Rumäniens Reaktionen auf den „externen Schock“ des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der Beitrag Rumäniens zur multidimensionalen Antwort der EU

Durch die Betonung der Wichtigkeit der politischen Kohäsion zwischen den Mitgliedstaaten verfolgt Rumänien seine Kohäsionsagenda auch im zweiten Dossier, welches im Rahmen dieser Forschung analysiert wird: der von Russland gestartete Aggressionskrieg in der Ukraine und die Antworten darauf, die das EU-Mitgliedstaat Rumänien als Positionen ausformuliert und in den jeweiligen EU-Gremien vertreten hat.

Im Rahmen dieser Forschungsarbeit richtet sich die Analyse überwiegend auf die Beiträge Rumäniens im Kontext der EU. Es ist nicht Ziel der Arbeit, die rumänischen Beiträge und Positionen zum und in der Folge der russischen Aggression in der Ukraine in deren Vollkommenheit, einschließlich aller Beiträgen in den internationalen Gremien, wie die Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (OSZE), die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) u.v.m. in Betracht zu ziehen. Diese Aufgabe würde den Rahmen dieser Forschungsarbeit sprengen, die, wie schon oben erläutert, sich darauf einschränkt, Rumänien und nicht die Ukraine im Mittelpunkt der Analyse zu beobachten, also nicht den Krieg, sondern die Folgen und die Auswirkungen des Krieges für die rumänische Rolle in diesem Dossier unter die Lupe zu nehmen (Artikulationen der Rolle des Policy-Takers und / oder des Policy-Shapers).

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Rumänien den thematischen roten Faden seiner ersten EU-Ratspräsidentschaft, die Kohäsion als gesamteuropäischer Wert, in seine europapolitischen Positionen die Ukraine betreffend systematisch einbaut und dadurch die Bedeutung des Begriffes erweitert. Kohäsion sollte nicht bloß als Bezeichnung eines Politikinstrumentes für die Forcierung des Zusammenwachsens von Europa gelten – so Rumänien –, sie sollte politisches Leitmotiv und Credo einer europäischen Gemeinschaft werden, und sowohl ökonomisch, als auch sozial umsetzbar sein”<sup>7</sup> (Selaru, 2018).

---

<sup>7</sup> Das Motto der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2019: „Kohäsion, unser gemeinsamer Wert“.

Im Rahmen des Kapitels über die multidimensionale Unterstützung Rumäniens für die Ukraine wird vorrangig die Bemühung des Landes hervorgehoben, die Einheit und Solidarität der EU in Bezug auf die Ukraine, aber auch auf andere Nachbarstaaten im direkten Umfeld des Krieges, allen voran die Republik Moldau, zu sichern. Es sei nochmals betont, dass das Kapitel über das Schwerpunkttrio der rumänischen Außenpolitik („goldenes Dreieck“) für die Erklärung einer kontinuierlich strikten Position mit Hinblick auf die russische Gefährdung unerlässlich ist.

Seit Jahrzehnten führt Rumänien Russland als Bedrohung in seiner sicherheitspolitischen Doktrin und fordert eine deutlich stärkere Präsenz der EU und der NATO entlang der östlichen Flanke, inklusive des Raums des Schwarzen Meeres. Das Land fühlt sich in dieser Einschätzung bestätigt und profiliert sich, wie im diesbezüglichen Kapitel III.2. ausführlich beschrieben wird, als einer den engagiertesten Unterstützern der Ukraine. Rumänien lanciert Initiativen in zahlreichen Bereichen (in humanitärer, politischer, militärischer oder handelsfördernder Hinsicht) für die Unterstützung der Ukraine und im Einklang mit den Positionen der EU.

Das Land tut dies im völligen Einklang mit den europäischen Institutionen und mit den europäischen Partnern, setzt auf die während der EU-Ratspräsidentschaft gekürte politische Kohäsion ungeachtet dessen, welche direkte und indirekte Konsequenzen die Situation in der kriegsgefährdeten Ukraine auf seine eigene außenpolitische Spielräume und Handlungen insgesamt hat. Dieser Einsatz wird sowohl auf der transatlantischen Achse vom strategischen Partner USA und im Rahmen der NATO, als auch von der EU-Führungsriege anerkannt und brachte dem Land in zahlreichen Formen Ausdrücke der Wertschätzung und Anerkennung der Partner ein. Mit anderen Worten: Die Positionen im Ukraine-Konflikt tragen zur Profilstärkung des Mitgliedstaates Rumänien bei, dies wird von den zahlreichen Erklärungen und Interviews der europäischen Spitzenpolitiker und Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen immer wieder betont<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Quellenhinweise im Unterkapitel III.2.1.

### *Dritte Fallstudie: Schengen-Beitritt im Kontext des österreichischen Vetos aus dem Jahr 2022*

Vor dem Hintergrund einer von den meisten Beobachtern als korrekt durchgeführt bewerteten EU-Ratspräsidentschaft<sup>9</sup> und nach der Aufhebung des Kooperations- und Kontrollverfahrens der Europäischen Kommission (2022), schien der Boden im Herbst 2022 für die letzte wichtige Hürde, für den Beitritt zum Schengen- Raum reif geworden zu sein. Der Beitritt zum Schengen-Raum ist das zweite *leftover*-Element neben dem oben erwähnten Kooperations- und Kontrollverfahrens und als solches eine wichtige Aufgabe für Rumänien als Policy-Taker. Der Beitritt des Landes (und Bulgariens) zum Schengen-Raum scheiterte an der Blockadehaltung der Republik Österreich: Wien legte gegen die Entscheidung der Erweiterung des Schengen-Raums sein Veto im Rahmen des Rates Justiz und Inneres vom 8.-9. Dezember 2022 (Europäischer Rat. Rat der Europäischen Union. Tagung des Rates Justiz und Inneres, 8.-9. Dezember 2022).

Wie das Land auf diese Situation reagierte und diese in den letzten zwei Jahren in Richtung einer Aufhebung des Vetos steuerte, ist Gegenstand des Unterkapitels III.3. ("Rumäniens Positionierung im Kontext der Folgen und Auswirkungen des Vetos der österreichischen Regierung von 8. Dezember 2022 gegen den Beitritt des Landes zum Schengen-Raum"). Rumäniens Reaktionen und Handlungen in dieser Situation werden in Anbetracht aller relevanten kontextuellen Elementen betrachtet. Hierzu gehört auch die Tatsache, dass Rumänien nach mehr als 16 Jahren den Kooperations- und Kontrollmechanismus der Kommission (CVM) beenden konnte (Europäischen Kommission, 2022, 22. November)<sup>10</sup> und dies eben im Vorfeld des lang vorbereiteten und erwarteten, von allen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten, bis auf die Republik Österreich, unterstützen und lange überfälligen Entscheidung des Schengen-Beitrittes, der in Folge des österreichischen Vetos nicht verwirklicht werden konnte. Des Weiteren ist die Tatsache zu beachten, dass die Schengen-Integration auf eine 11-jährige harte Vorbereitung zurückgeht. Dieser Prozess führte zur Stärkung der Schutzkapazitäten an den Außengrenzen, die im Falle des Beitrittes zum Schengen-Raum als EU-Außengrenzen fungieren. Auch die Tatsache, dass Rumänien einen beachtlichen Beitrag für die Unterstützung der EU-Bemühungen und Maßnahmen für die Unterstützung der Ukraine leistet, sei genannt.

---

<sup>9</sup> Tusk (2019), Europäische Kommission (2019).

<sup>10</sup> Pressemitteilung der Europäischen Kommission: „Korruptionsbekämpfung und Justizreform in Rumänien erfolgreich: Kommission beendet Kontrollmechanismus“ (Europäische Kommission, 2022, 22. November).

Fokus der Untersuchung in dieser Forschungsarbeit ist die Art und Weise, wie Rumänien im Schengen-Dossier und im Kontext des Vetos agierte, wie das Land mit den komplexen Folgen der Verschiebung des Beitrittes zum Schengen- Raum umging, wie dieses Veto im Lichte von Rumäniens Rollenartikulationen auf europäischer Ebene und insbesondere vor dem Hintergrund der Ukraine-Situation interpretiert wurde. Zusammengefasst: wie Rumänien mit der Situation umging und ob die Initiativen und Verhandlungsvorstöße die das Land setzte, um das Veto aufzuheben, Merkmale des Profils des Policy-Shapers illustrieren.

Im Kapitel über das Schengen-Veto werden alle relevanten Aspekte erörtert, sowohl die von der Republik Österreich argumentierte Gefahr der illegalen Migration durch Rumänien, als auch die bilateralen Auswirkungen dieses Vetos und nicht zuletzt die Positionierung der europäischen Akteure. Dies ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass Österreich das Veto gegen Rumänien im Alleingang durchgezogen hat, wie oben schon darauf hingewiesen, gegen alle Bemühungen der europäischen Institutionen *unisono* und der Mitgliedstaaten, dieses Veto zu verhindern oder im Nachhinein zumindest diese Position rückgängig zu machen.

Wie Rumänien in dieser Situation reagierte, welche Merkmale der Positionierung des Landes in einer solchen Krisensituation mit beachtlicher emotionaler Ladung beobachtet werden konnten, gehört auch zu den profildbildenden Merkmalen des Landes, die im Rahmen der Forschung thematisiert werden. Die diesbezügliche These, die hauptsächlich auf die hunderten veröffentlichten Presseerklärungen und Zeitungsbeiträgen, Erklärungen von Entscheidungsträgern basiert, lässt die Annahme formulieren, dass das Land nach einer ersten Welle des Schocks mit politischer Reife und Pragmatismus reagiert hat.

Es ist wichtig an dieser Stelle zu betonen, dass das österreichische Schengen-Veto (8. Dezember 2022) zu einem Zeitpunkt kam, als Rumänien nach einer „energetischen“ und positiven ersten EU-Ratspräsidentschaft 2019 (Tusk, 2019) und als bedingungsloser Befürworter der multidimensionalen Unterstützung für die Ukraine bereit war, in der /für die EU geopolitisch zu agieren und die Rolle eines Policy-Shapers zu übernehmen.

Wie schon erwähnt, waren das Kooperations- und Kontrollverfahren der Europäischen Kommission und der Schengen-Beitritt die zwei Post-Beitritts-Bedingungen, die das Land in die Rolle des Policy-Takers drängten. Das Kooperations- und Kontrollverfahren der

Europäischen Kommission wurde im Frühherbst 2022 aufgehoben und Schengen konnte - nach einer zweijährigen vetobedingten Verspätung - Ende des Jahres 2024 auch vollumfänglich erzielt werden.

Es ist besonders spannend, diese Entwicklungen mit dem Ansatz der Europäisierung zu betrachten. Im klassischen Szenario der Prozesse der *Top-Down*-Europäisierung reagiert der Empfängerstaat auf die Auswirkungen die von der EU-Ebene erzeugt werden. In einer solchen Situation entsteht im Normalfall eine gewisse Diskrepanz zwischen der Ebene der EU und der des Mitgliedstaates, ein Anpassungsdruck auf welche der Nationalstaat mit Adaptation antwortet. Dieser Anpassungsdruck wird in der Literatur als *misfit*-Modell oder der *Goodness of fit*-Ansatz definiert. Laut diesem Modell kommt Europäisierung nur dann vor, wenn eine Inkompatibilität zwischen der nationalen und der EU-Ebene entsteht und der so entstandene Anpassungsdruck einen Prozess des nationalen Wandels auslöst. Dieses Modell wird durch die Forschungen von Risse, Cowles und Caporaso (2000) und von Börzel und Risse (2003) geprägt.

Im methodischen und theoretischen Kapitel wird darauf näher eingegangen, wie *misfit* zu deuten ist und auch die begrenzte Anwendbarkeit von diesem Modell wird angesprochen. Die häufigste Kritik betreffend dieses Modell stammt von Radaelli (2003, 2004) und Beichelt (2009) und bezieht sich auf die limitierte Anwendbarkeit, wie Kultzen (2014) in einem Meinungsartikel betont. Es wird die Frage gestellt, ob das *misfit*-Modell zur Europäisierung die europäische Wirklichkeit widerspiegelt. Ausgehend von dieser Fragestellung wird auch im Rahmen dieser Forschung die Situation des nach der eigenen Definition *reverse misfit* (Siehe unten. Ausführliche Erklärung der Definition im Unterkapitel III.3.1. - „Einführung. Kontextualisierung der Problematik um das österreichische Veto gegen Rumäniens Beitritt zum Schengen-Raum“) betrachtet und zum Schluss, in dem abschließenden Kapitel dieser Arbeit, einige Bemerkungen zum theoretischen Ansatz der Europäisierung anhand der Erkenntnisse der Fallstudie zum Schengen gezogen. In diesem Fall handelt es sich aber um *misfit* auf der Ebene der EU, und zwar bei einem einzigen EU-Mitgliedstaat, der Republik Österreich, welcher von der gemeinsamen europäischen Position abweicht und sich der Erweiterung des Schengen-Raums mit Rumänien und Bulgarien, trotz der Erfüllung all der Kriterien und den wiederholten Bestätigungen durch die Europäische Kommission, widersetzt.

Im Falle des Schengen-Veto der Republik Österreich entsteht somit eine, für die wissenschaftliche Beobachtung spannende Situation: ein Mitgliedstaat, welcher die Vorgaben der EU übernehmen sollte, hat die nötigen Maßnahmen, die von der EU durch den Anpassungsdruck vorgegeben wurden, umgesetzt und somit den innerstaatlichen Wandel eingeleitet. Zahlreiche Berichte der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlamentes, Schlussfolgerungen des Europäischen Rates und des Rates für Justiz und Inneres, aber auch schriftliche Berichte der Beobachtermisionen in Rumänien stehen dafür als Beweis, dass Rumänien all die Maßnahmen umgesetzt hat (siehe Details Unterkapitel III.3.1, 3.2.3.3.), die vorgegeben wurden und schon vor dem *de jure*-Zeitpunkt des Schengen-Beitrittes so agiert, als ob es Schengen-Staat wäre. Die offizielle Feststellung der zu erfüllenden Kriterien kann aber von der EU nicht in einen formellen Beschluss umgesetzt werden, weil ein Mitgliedstaat auf der EU-Seite Veto einlegt. Dies trotz all den Berichten und Empfehlungen der europäischen Institutionen und der Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten. Es entsteht dadurch eine Situation, in welcher das Phänomen des *misfits* auf der Seite entsteht, woher der Anpassungsdruck samt Regeln ausgehen sollte. Mit anderen Worten, *misfit* wird nicht auf der Ebene des Staates festgestellt, welcher die Inhalte der EU internalisieren sollte, sondern auf der Ebene, auf welcher die Regeln festgelegt werden. Diese umgekehrte Situation wird im Rahmen dieser Forschungsarbeit *reversen misfit* betrachtet. Nach der Recherche der Europäisierungsliteratur wird festgestellt, dass dieser spezifische Begriff (*reverse misfit*) in dieser Ausformulierung nicht verwendet wird. Nichtsdestotrotz beschäftigen sich einige Studien mit den Wechselwirkungen zwischen den Nationalstaaten und der EU und verwenden in diesem Unterfangen die Begriffe des *misfit*, der *Top-Down* - oder der *Bottom-Up*-Prozesse. (Börzel & Risse, 2000; Risse & Cowles & Caporaso, 2001; Radaelli, 2003, 2004; Falkner & Treib 2008). Aus diesem Grund suche ich mit dieser Forschung nach Erkenntnissen zur Schengen-Problematik und versuche, diese womöglich theoriegeleitet in die Europäisierungsliteratur einzuordnen.

#### **1.4. Stand der Forschung: Rumänien und Europäisierung**

Rumänien ist seit 17 Jahren Mitglied der Europäischen Union. Es lässt sich nach einer schnellen Literaturrecherche aber feststellen, dass zu dem europäischen Profil des Landes, zu dessen europapolitischen Schwerpunkten und Positionen, beziehungsweise zu den Visionen des EU-Mitgliedstaates Rumänien relativ wenig geforscht und veröffentlicht wurde. Umso mehr gilt dies für die Fachliteratur im deutschsprachigen Raum. Die meisten Studien, die im

Rahmen dieses Forschungsprojektes analysiert wurden, unterstreichen unisono die Tatsache, dass der europäische Werdegang Rumäniens, der Europäisierungsprozess als Begleit- und Folgeerscheinung der europäischen Integration und das Agieren des Landes als Mitglied der Europäischen Union viel zu wenig erforscht wurden. Diese Feststellung gilt insbesondere für die Literatur im deutschsprachigen Raum.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Rumänien nach der ersten großen Welle der Post-1989-Wende-Studien, als zu den Schwerpunkten der Forschung die klassischen Prozesse der Transformation und der Demokratisierung zählten, gewann wieder an Intensität mit der Perspektive der ersten EU-Ratspräsidentschaft des Landes, welche Bukarest in der ersten Hälfte 2019 inne hatte.

Europäisierung der Identitäten, der Institutionen und der Politiken steht in Fokus einiger Artikel, die nun die Literatur zum europäischen Werdegang Rumäniens bereichern. Die Anzahl dieser Forschungsbeiträge bleibt aber immer noch bescheiden und die meisten werden auf englischer Sprache veröffentlicht. Dimitrovas Spezialausgabe in *European Politics and Society* (2020) bestätigt die oben getätigten Aussagen: „Diese Sonderausgabe bietet eine lang erwartete Gelegenheit, über die Integration Bulgariens und Rumäniens in die Europäische Union (EU) und die anschließende Europäisierung nachzudenken. Reflexion und empirische Untersuchung sind dringend erforderlich, um die Bilanz und die Entwicklung beider Länder in eine breitere vergleichende Perspektive im Kontext aktueller Studien zu demokratischen Rückschritten, Europäisierung und Politisierung der europäischen Integration zu stellen“<sup>11</sup> (Dimitrova 2020, S.1).

In ihrem Artikel mit dem Titel „Understanding Europeanization in Bulgaria and Romania: following broader European trends or still the Balkan exceptions?“ (2020, S. 296) hebt die oben zitierte Autorin die Tatsache hervor, dass laut der generellen Wahrnehmung die zwei Länder, Rumänien und Bulgarien, zum Zeitpunkt des Beitrittes nicht vorbereitet waren und die Qualität deren Mitgliedschaft dementsprechend mangelhaft sei, sodass diese Länder als „Mitgliedstaaten zweiter Klasse“ bezeichnet wurden. Ausgehend davon setzt sich Dimitrova das Ziel, die Europäisierung dieser Länder mit folgender Begründung zu untersuchen: zum einen, die Informationslücken über den Werdegang dieser Länder zu reduzieren und zum

---

<sup>11</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes durch die Autorin.

anderen, deren Anderssein im Vergleich zu den anderen neuen oder alten Mitgliedstaaten zu prüfen. Dimitrova startet ihre Analyse mit der Feststellung, dass Rumänien und Bulgarien „die ewigen Nachzügler“ der großen Osterweiterungsrunde sind und richtet das Forschungsinteresse auf den Prozess der Europäisierung, definiert als das Ergebnis der Interaktion zwischen der EU und innerstaatlichen Akteuren, wobei die Letzteren und die innerstaatlichen Institutionen nun eine viel wichtigere Rolle spielen, als dies in der Vorbeitrittsphase der Fall war (Dimitrova 2020, S. 297). Ihre Arbeit betont die Rolle der innerstaatlichen Akteure und Dynamiken (ibidem) und in diesem Zusammenhang, die politischen Auswirkungen der Europäisierung. In der Schlussfolgerung des Beitrages wird hervorgehoben, dass eines der Felder, in welchem der Prozess der Europäisierung eindeutig erfolgreich war, die Außenpolitik ist. In Anlehnung an die Analyse von Nitoiu und Moga (2020), die in der erwähnten Spezialausgabe veröffentlicht wird, argumentiert Dimitrova, dass für Rumänien und Bulgarien der EU-Beitritt ein Erfolg war, die Vollendung des langjährigen Ziels der Rückkehr nach Europa (idem., S. 298). Mit Hinblick auf die Post-Beitritt-Außenpolitik der Länder kommt Dimitrova zum Schluss, dass Bulgarien und Rumänien keine pro-aktive, sondern eine passive Außenpolitik betrieben haben, im Gegensatz zu den anderen Mitgliedstaaten aus Südosteuropa, die alle bemüht waren, zumindest in bestimmten Bereichen der Außenpolitik als Policy-Shaper zu agieren (idem., S. 302).

Die rumänische Autorin Angelescu (2007) geht in ihrem Beitrag „Punching below its weight: Europeanization and Romanian foreign policy“ der Forschungsfrage nach, „ob der Prozess der Europäisierung, der weitgehend als die Wirkung euroatlantischer Institutionen auf einen Mitgliedstaat (und umgekehrt) verstanden wird, die Veränderungen erklären kann, die in der rumänischen Außenpolitik nach 1989 stattfanden“ (Angelescu 2007, S. 25). In Anlehnung an die Erkenntnisse von Major, dass es erstens kein einheitliches Bild von Prozessen und Mechanismen der Veränderung/Europäisierung gibt und zweitens, dass historisch verankerte Faktoren die Reaktion eines Landes auf die Auswirkungen der EU beeinflussen, kommt die Autorin zur Schlussfolgerung, dass es sich bei Rumänien nach der Revolution um Europäisierung handelt. Ihre Fallanalyse ergab, dass die Relevanz historischer Faktoren oder Vermächtnisse prägend ist und, dass diese die Art und Weise, wie ein Land auf das Phänomen der Europäisierung reagiert, beeinflussen. Angelescu grenzt die Europäisierung im Falle von Rumänien ab. Ihre Definition lautet: „Europäisierung“ heißt nicht „EU-isierung“, sondern „Euroatlantisierung“.

Ähnlich wie andere Autoren, die sich mit der Europäisierung Rumäniens auseinandersetzen, verweist auch diese Autorin auf die Mechanismen der Konditionalität. Sie betrachtet diese jedoch nicht als identisch mit der Europäisierung, sondern als parallel verlaufende Prozesse. Angelescu argumentiert, dass sowohl die Konditionalitätsmechanismen als auch die Europäisierung Rumänien dazu veranlasst haben, umfangreiche und kostspielige Reformen durchzuführen, um den jeweiligen Organisationen beizutreten. Auch wenn weitere Forschung notwendig ist, lässt das vorläufige Fazit der Autorin darauf schließen, dass Rumänien von der Phase des „Herunterladens“ europäischer Normen in eine Phase des „Hochladens“ übergeht oder dies zumindest anstrebt.

Die Empfehlung der Autorin bezieht sich darauf, was auch Gegenstand dieser Forschungsarbeit ist, dass Rumänien versuchen sollte, seine eigenen Prioritäten auf die europäische Agenda zu setzen – sobald es diese präziser definiert –, wie etwa die Republik Moldau oder die Schwarzmeerregion und aktuelle Themen der Energiesicherheit (Angelescu, 2007, S. 21-22).

Gestützt auf die Erkenntnisse von Angelescu und Dimitrova mit Bezug auf die schwache Profilierung von Rumänien und Bulgarien als Policy-Shaper nach deren Beitritt zur EU, analysierte ich in einem Artikel, der im Sammelband „Das politische System Rumäniens“, veröffentlicht wurde, die Artikulierung der rumänischen Außenpolitik nach der Wende 1989 unter dem Aspekt der Fähigkeit des Landes, als Policy-Shaper Schwerpunkte zu setzen (Amza-András, 2022). Dieser Artikel wurde als Vorarbeit für diese Dissertation verfasst und fungiert als Referenz und Ausgangspunkt für die Ausführungen, die im Rahmen dieser Dissertation zu den Effekten der Europäisierung in der rumänischen Europapolitik zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 31. Dezember 2024 verfasst wurden. Es wird angenommen, dass die erste EU-Ratspräsidentschaft, welche Rumänien 2019 zum ersten Mal seit dem Beitritt 2007 ausführen durfte, war ein guter Anlass, um die Nachzügler-Wahrnehmung zu bekämpfen und das Profil eines pro-aktiven Mitgliedstaates zu projizieren (vgl. Dimitrova, 2020; Dimitrov et. al., 2016).

Angeichts der relativ kurzen Zeit, die seit dem Ende des ersten rumänischen Mandates als EU-Vorsitz verging, ist es durchaus nachvollziehbar, dass die Anzahl der wissenschaftlichen Studien, die die rumänische EU-Ratspräsidentschaft als Gegenstand untersuchen, noch relativ gering ist. Die wenigen Artikel, die zu diesem Thema veröffentlicht wurden, werden in die sogenannte Präsidentschaftsliteratur eingereiht. Es gibt immer noch wenig Erkenntnisse über die Vorsitzführung der neuen EU-Mitgliedstaaten (Vandercastele & Bossuyt, 2014). Diesem

Bedarf kommt mit Bezug auf die rumänische EU-Ratspräsidentschaft die Studie von Cuglesan und Ilik (2022) mit dem Titel „The Romanian presidency of the Council of the European Union: great expectations?“ nach.

In Anlehnung an Karolewski et al. (2015) analysiert dieser Artikel die rumänische EU-Ratspräsidentschaft und leistet dadurch einen empirischen Beitrag auch zur sogenannten Präsidentschaftsliteratur. Die Autoren gehen der Frage nach, ob Rumänien den Herausforderungen der Vorsitzführung gewachsen war und ob es geschafft hat, seine Position auf dem europäischen Parkett zu konsolidieren. Die EU-Ratspräsidentschaft wird als wichtige Gelegenheit betrachtet, um das Land als Förderer der europäischen Einigung zu präsentieren. Die rumänische Regierung strebte an, sich als aktiver, dynamischer und konsensorientierter Akteur zu zeigen, ohne dabei große politische Ambitionen zu verfolgen. Das Ziel war es, zu beweisen, dass Rumänien nicht mehr als Nachzügler gilt, was auch im Zusammenhang mit der Reputation des Landes thematisiert wird (Cuglesan & Ilik, 2022, S. 460).

Einen wertvollen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion über die Auswirkungen der Europäisierung auf Institutionen und die EU-Ratspräsidentschaft Rumäniens bietet der Artikel von A. Loy (2018) mit dem Titel „The impact of the Romanian EU Council Presidency on the degree of inclusiveness of non-governmental actors in the national system for coordination of European affair“. Loy untersucht, ob die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft als „critical junction“ betrachtet werden kann und analysiert, welche Auswirkungen diese auf den nationalen Koordinierungsmechanismus für EU-Angelegenheiten hat. Besonders beleuchtet wird, wie sich dieser Mechanismus während der Vorbereitungen für die EU-Ratspräsidentschaft verändert und ob die Öffnung in Richtung Zivilgesellschaft nachhaltig ist. Loy schlussfolgert, dass bereits in der Vorbereitungsphase (2017) ein Anpassungsdruck entstand, auf den das institutionelle Koordinierungssystem mit einer schrittweisen Öffnung zur Einbindung der Zivilgesellschaft reagierte. Die Studie stellt fest, dass formelle Bedingungen geschaffen wurden, damit Vertreter aus verschiedenen Bereichen, wie Universitäten, dem privaten Sektor und Think-Tanks, ihre Vorschläge in den Konsultationsprozessen einbringen konnten. Auf diese Weise trugen sie zur Festlegung der Prioritäten und der politischen Agenda der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft bei (Loy 2018, S. 23). Zwar war der zentrale Schwerpunkt von Loys Analyse nicht die Europäisierung, ihre Forschungsergebnisse liefern wertvolle Erkenntnisse darüber, wie die Perspektive der EU-Ratspräsidentschaft auf das institutionelle Konstrukt auswirkt. Auch wenn die transformative Wirkung der Europäisierung

und die Nachhaltigkeit nicht nachweisbar ist, kann dies jedoch als Top-Down-Europäisierung betrachtet werden.

Die wissenschaftliche Betrachtung der Europäisierung kann nicht ohne die Einbeziehung der Perspektive der De-Europäisierung, der Idee, dass Europäisierung kein irreversibler Prozess sei, realisiert werden. In ihrem Werk „Introduction: The European Paradox of Expecting Corrupt Political Elites to Lead the Fight Against Corruption“ (Martin-Russu, 2022) betrachtet die Autorin Europäisierung als einen reversiblen Prozess. Diese Sichtweise impliziert einen gewissen Pessimismus hinsichtlich der Reformperspektiven, da sie darauf hinweist, dass die Fortschritte in der europäisierten Politik nicht zwangsläufig dauerhaft sind und umgekehrt werden können. Martin-Russu argumentiert jedoch, dass eine mögliche Lösung für die Herausforderungen der Europäisierung darin liegt, die Zivilgesellschaft zu stärken und sie aktiv in den Gesetzgebungsprozess einzubinden. Diese „De-Europäisierung“, die den Rückgang europäischer Reformbestrebungen beschreibt, könnte teilweise durch die Einschränkung des Zugangs zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Ressourcen und die zunehmende Repression öffentlicher Proteste verstärkt werden. Trotz dieser Hürden zeigt die rumänische Zivilgesellschaft ihre Widerstandsfähigkeit, indem sie aus ihrer Erfahrung zum Beispiel im Umweltbereich Stärke zieht, um das öffentliche Engagement auf Themen wie Korruptionsbekämpfung und demokratische Regierungsführung auszudehnen. Dadurch wird eine breitere gesellschaftliche Mobilisierung ermöglicht, die über die ursprünglichen Umweltanliegen hinausgeht und zu einer echten Europäisierung der Reformprozesse beitragen kann, selbst wenn die politischen Eliten des Landes in ihren Reformanstrengungen ins Stocken geraten.

## **1.5. Struktur der Arbeit**

Nach einem persönlichen Vorwort, in dessen Rahmen ich meine persönlichen professionellen Hintergründe und Interessen, aber auch die Verbindung zum Forschungsthema erörtere, folgt die Einleitung in die Themensetzung der Forschungsarbeit. (**Unterkapitel 1.2.**: „Ausgangslage und Problemstellung“). Weiteres werden im **Unterkapitel 1.3.** die Forschungsfragen ausformuliert, die Zielsetzung der Forschung und die Adressanten definiert, gleichzeitig auch betont, dass mit dieser Forschung zur lückenhaften Literatur über Rumänien und die Europäisierung ein weiterer Beitrag geleistet wird. **Unterkapitel 1.4.** wird der Zusammenfassung des Literaturstandes zum Thema Europäisierung und Rumänien gewidmet.

Angesichts der bereits erwähnten Forschungslücke in der Literatur über Rumänien wurde die Literaturrecherche von der Absicht geleitet, möglichst viele rumänische Autorinnen und Autoren zu Wort kommen zu lassen. Ohne präzise Daten vorlegen zu können, lässt sich feststellen, dass die Anzahl wissenschaftlicher Beiträge im deutschsprachigen Raum – mit einigen Ausnahmen – im Vergleich zum anglo-sächsischen Forschungsbereich sehr gering ist. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die neuesten Erkenntnisse zur Europäisierung in Bezug auf Rumänien, mit dem Ziel, diese Forschungslücke durch einen bescheidenen Beitrag etwas zu verkleinern.

Das einleitende Kapitel endet mit dem **Unterkapitel 1.5.** („Struktur der Arbeit“). Die theoretische Einbettung der Forschung und das für die Untersuchung des Forschungsgegenstandes am besten geeigneten methodischen Vorgehen werden im **Kapitel I.** („Methodisches Vorgehen und theoretischer Ansatz“) dieser Forschung ausformuliert.

Das erste thematische Kapitel dieser Dissertation, **Kapitel II.**, wurde verfasst, um den kontextuellen Rahmen der Forschung zu skizzieren, beziehungsweise um die großen Themen der rumänischen Europa- und Außenpolitik, die für die spätere Analyse ausschlaggebend sind, einzuleiten. Diesem Vorhaben trägt das Kapitel II. („Europäisierung der rumänischen Außenpolitik nach der Wende 1989 – Konzept des «goldenen Dreiecks» der rumänischen Außenpolitik“), mit den jeweiligen Unterkapiteln Rechnung.

Auf dieser theoretisch belegten Plattform der Europäisierung werden im **Kapitel III.** („Vom Policy-Taker zum Policy-Shaper – 2019-2024“) die Initiativen von Rumänien nachverfolgt, durch Policy-Shaping eigene, gestalterische Akzente zu setzen. Dieses Kapitel richtet den Fokus auf die ausgewählte Forschungsperiode (2019 – 2024) und leitet in den drauffolgenden Unterkapiteln die drei Fallstudien dieser Dissertation ein: der erste rumänische Vorsitz des Rates der EU im 1. Halbjahr 2019 (**Unterkapitel III.1.**), Rumäniens Positionen im Kontext der russischen Aggression in der Ukraine (**Unterkapitel III.2.**) und der Schengen – Beitritt im Kontext des österreichischen Vetos (**Unterkapitel III.3.**).

Die Erkenntnisse der Forschung über Rumäniens Heranwachsen als Policy-Shaper und die Effekte der Europäisierung entlang dieses Prozesses werden im letzten **Kapitel IV** - Fazit und Ausblick zusammengefasst. Dieses Kapitel bietet die Möglichkeit, über Rumäniens Agieren in der ausgewählten Forschungsperiode und über die Projektion der von Bukarest geförderten Inhalte auf die Entscheidungsprozesse der EU erkenntnisbasierte Schlüsse zu ziehen. Als abschließende letzte Kapitel dieser Forschung wagt die Arbeit damit einen Ausblick auf die

künftigen europapolitischen Positionierungen Rumäniens und integriert auch erste Erkenntnisse, die in Folge der Lösung des Schengen-Dossiers als relevant erscheinen.

Nicht zuletzt hoffe ich, mit diesem Beitrag den an Rumänien interessierten Leserinnen und Lesern die Welt von rumänischen Autoren zu öffnen, deren Werke nun vielleicht öfters nachgeschlagen werden.

## **I. Theoretischer Ansatz und methodisches Vorgehen**

### **1. Einleitung**

In der Einleitung dieses Kapitels wird auf die Literatur eingegangen, die die theoretische Grundlage dieser Forschungsarbeit bildet. Claudio Radaellis umfassendes Konzept der Europäisierung, das als zentraler Referenzpunkt dient, stellt einen wesentlichen Beitrag zur Fundierung des theoretischen Ansatzes dar (vgl. Bielang, 2012, S. 248).

Radaelli entwickelte eines der umfassendsten Konzepte der Europäisierung (vgl. Bielang, 2012, S. 248). Er definiert Europäisierung als den „Prozess der (a) Konstruktion, (b) der Verbreitung und (c) der Institutionalisierung formeller und informeller Regeln, Verfahren, politischer Paradigmen, Politikstile, Vorgehensweisen sowie gemeinsamer Überzeugungen und Normen, die zunächst im Rahmen von EU-Entscheidungen definiert und konsolidiert werden und anschließend in die Logik des nationalen Diskurses, der Identitäten, der politischen Strukturen und der öffentlichen Politik integriert werden“ (Radaelli, 2004, S. 4).

Als Ausgangspunkt für die Formulierung des theoretischen Ansatzes dient der Beitrag von Radaelli, der den Ansatz der zirkulären Europäisierung einführt. Angelehnt an Caporaso richtet Radaelli das Forschungsinteresse auf die post-ontologische Phase, in der untersucht wird, was geschieht, nachdem europäische Institutionen etabliert sind und beginnen, Wirkung zu entfalten (Bielang, 2012, S. 248–250; vgl. Radaelli, 2003, S. 33). Nach Radaellis Definition (2003, 2004) ist Europäisierung ein Prozess, der sich innerhalb komplexer Sequenzen und Zeitrahmen in verschiedene Richtungen vollzieht.

Bandov und Kolman (2018) betonen in ihrer Analyse die Tendenz der Literatur, die Dichotomie zwischen „Upload“ (Bottom-Up) und „Download“ (Top-Down) in der Europäisierungsforschung zu überwinden. Sie schlagen vor, diese Prozesse mithilfe von Radaellis integriertem Ansatz zu betrachten. In ihrer Untersuchung beziehen sie sich auf Börzel (2002) sowie Graziano und Vink (2007, 2013). Raphael und Ribbe (2022) verdeutlichen, dass der etablierte europäische Einigungsprozess rückwirkend sowohl in Top-Down- als auch in Bottom-Up-Richtung wirkt. Dies geschieht in Form sogenannter Feedback-Loops, die sich auf die Akteure im europäischen Mehrebenensystem auswirken. Diese Akteure übernehmen („Download“) und antizipieren („Learning“) zunehmend die Vorgaben des EU-Systems und

richten ihr Verhalten teilweise präventiv daran aus. Gleichzeitig beeinflussen sie durch die Artikulation („Upload“) eigener Interessen die Organisationsebene des EU-Systems. Raphael und Ribbe (2022) heben den dynamischen Charakter dieses Prozesses hervor, der durch kontinuierliches Lernen als Ergebnis der Interaktion im Rahmen des Mehrebenensystems gekennzeichnet ist.

Die Europäisierungsforschung lässt sich im Wesentlichen als Zusammenspiel zwischen Top-Down- und Bottom-Up-Perspektiven charakterisieren, wobei sich, wie zuvor erläutert, eine dritte Richtung etabliert hat. Diese dritte Richtung betont einen integrierten Ansatz, der beide Prozesse simultan betrachtet und als „zirkuläre Europäisierung“ beschrieben wird. In Anlehnung an Dyson und Goetz (2003) sowie Bache und Marshall (2004) verweisen Bandov und Kolman (2018) darauf, dass die theoretischen Grundlagen der Europäisierungsforschung in den Ansätzen der neuen Institutionalismen verankert sind. Die erste Generation der Forschung, so Bandov und Kolman (2018), basiert auf dem historischen Institutionalismus und interpretiert Europäisierung als eine erklärende Variable, die von der europäischen Ebene ausgeht und sich auf nationale Strukturen und Prozesse auswirkt (Top-Down-Ansatz). Im Gegensatz dazu konzentriert sich die zweite Generation – gemäß den Ausführungen von Bache und Marshall (2004) – auf die Bottom-Up-Perspektive. Hierbei werden die durch Europäisierung ausgelösten Veränderungen in Normen, Werten, Identitäten und politischen Prozessen untersucht.

In diesem Zusammenhang wird betont, dass zwei theoretische Ansätze für die wissenschaftliche Debatte besonders relevant sind: der Rational-Choice-Institutionalismus und der soziologisch-konstruktivistische Institutionalismus. Darüber hinaus finden auch Erkenntnisse aus der Rollentheorie Anwendung, insbesondere im Kontext der Analyse der EU-Ratspräsidentschaften. Diese Theorie wurde erstmals von Elgström (2003, 2006) und Leal (2010) genutzt, um die Entwicklung und Komplexität europapolitischer Rollen sowie deren Kontext zu analysieren. Für die Ausarbeitung des Analyserahmens der EU-Ratspräsidentschaft wurden Modelle von Autoren wie Vanhoonacker und Schout (2006), Karolewski (2010) sowie Kietz (2007) herangezogen. Diese Modelle dienen insbesondere der Kategorisierung von Rollen und Funktionen der Ratspräsidentschaft sowie der Analyse von Variablen, die sowohl interne als auch externe Einflüsse berücksichtigen.

Die Forschung von Karolewski (2015) bilden die Grundlage für die kontingenztheoretische Analyse der EU-Ratspräsidentschaft und dienen als theoretisches Fundament für die erste Leistungsbilanz der rumänischen Ratspräsidentschaft, die von Cuglesan und Ilik (2022) verfasst wurde. Diese Forschung baut auf dem Modell von Karolewski (2015) auf und betrachtet die EU-Ratspräsidentschaft als Ergebnis des Zusammenspiels strategischer Präferenzen des amtsführenden Mitgliedstaates und der äußeren sowie inneren Rahmenbedingungen, die die Ausführung dieser Rolle beeinflussen.

Die erstmalige EU-Ratspräsidentschaft Rumäniens wird in dieser Forschung einerseits als Plattform betrachtet, auf der der Mitgliedstaat seine fortgeschrittene Europäisierung und die Anpassung an das EU-Regelwerk demonstrieren konnte (Internalisierung der Normen, Policy-Taker). Andererseits wird sie auch als Gelegenheit analysiert, als Policy-Shaper zu agieren, indem Rumänien Inhalte für die EU entwickelte und somit die politische Agenda nachhaltig und mit spezifisch rumänischen Akzenten beeinflusste (Amza-András 2022, S. 219-234).

Ein zentraler Begriff im Top-Down-Prozess der Europäisierung ist der sogenannte *misfit* (Risse, Cowles & Caporaso, 2000; Börzel & Risse, 2003). Dieser beschreibt Situationen, in denen politische Strukturen oder Prozesse auf nationaler Ebene nicht vollständig mit den Anforderungen und Vorgaben des von der EU zu übernehmendem Regelwerk übereinstimmen. Ein *misfit* zeigt sich demnach in Fällen, in denen politische Entscheidungsprozesse, Institutionen, Interaktionsmuster oder Politikinhalt, die von der europäischen Ebene „heruntergeladen“ werden sollen, auf nationaler Ebene nicht reibungslos implementiert oder an die bestehende nationale Struktur angepasst werden können. Diese Diskrepanz kann Spannungsfelder erzeugen, da sie die Umsetzung von EU-Richtlinien erschwert, insbesondere wenn nationale politische Strukturen und Praktiken nicht mit den europäischen Anforderungen kompatibel sind (vgl. Börzel 1999, S. 573-596; Falker et al., 2005; Ladrech, 2010).

Die Entstehung von *misfit* in der politischen Zusammenarbeit innerhalb des Europäisierungsprozesses kann verschiedene Ursachen haben. Dazu zählen institutionelle Unterschiede, technische Herausforderungen bei der Anpassung europäischer Regelungen an das nationale Rechtssystem oder Abweichungen in den Gesetzgebungsverfahren und deren Umsetzung. Darüber hinaus können administrative und kulturelle Unterschiede sowie strukturelle Interessenkonflikte zwischen dem Mitgliedstaat und der EU die Entstehung von *misfit* begünstigen. Diese Faktoren stellen spezifische Herausforderungen für die effektive

Integration und Harmonisierung nationaler Politiken mit den Vorgaben der Europäischen Union dar (Börzel & Risse, 2000; Knill, 2001).

Aus der Perspektive der Europäisierungsforschung ist es von zentraler Bedeutung, die verschiedenen Ursachen für das Phänomen des *misfit* zu analysieren und zu erklären. Dies ermöglicht es, jene Herausforderungen und Hindernisse zu identifizieren, die während des Integrationsprozesses sowie bei der Umsetzung des EU-Regelwerks, insbesondere auf nationaler Ebene, auftreten können.

Radaellis Konzept des *misfit* trägt maßgeblich zum Verständnis der Komplexität und Vielschichtigkeit der Anpassungsprozesse innerhalb der Europäischen Union bei. Besonders hervorzuheben ist, dass der Autor nicht nur die Auswirkungen von *misfit* auf der Ebene des Nationalstaates untersucht, sondern auch den dynamischen Wechselwirkungsprozess zwischen den nationalen politischen Systemen und der europäischen Politikebene analysiert. Durch die Identifikation des *misfit* können gezielte Maßnahmen entwickelt werden, um diese Diskrepanzen zu überwinden und somit eine effektive Umsetzung sowie Integration von EU-Politikinhalten auf nationaler Ebene zu gewährleisten (Radaelli 2023, S. 27-56).

Radaellis Konzept fokussiert auf das Auftreten von *misfit* auf der nationalstaatlichen Ebene, das typischerweise im Rahmen des Top-Down-Prozesses der Europäisierung entsteht. Dabei impliziert das Konzept auch eine normative Erwartungshaltung: Die vollständige Übernahme der EU-Politikinhalte durch die Mitgliedstaaten. Doch wie verhält es sich, wenn der *misfit* nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten, sondern auf Seiten der Europäischen Union selbst entsteht – jener Ebene, von der die Normsetzung ursprünglich ausgehen sollte?

In diesem Fall ergibt sich eine umgekehrte Situation: Der Anpassungsdruck, der idealerweise von der EU als einheitliche Position ausgehen sollte, bleibt aus. Wie im Kapitel III.3 am Beispiel der Analyse des Schengen-Dossiers näher ausgeführt, kann dies zu einer „Anpassungsverweigerung“ führen, die nicht auf der Seite des europäisierenden Mitgliedstaates, sondern innerhalb der EU selbst lokalisiert ist. Diese Situation wird insbesondere dann problematisch, wenn ein spezifischer Mitgliedstaat – in diesem Fall einer, der zur normsetzenden EU-Ebene gehört – eine einheitliche Positionierung verhindert. Im Kontext des Top-Down-Integrationsprozesses sollten Inhalte, die von der EU-Ebene als Normen ausgegeben werden, die gesamteuropäische normative Position widerspiegeln. Diese

wiederum sollte kohärent an die Mitgliedstaaten weitergegeben werden, welche sich im Prozess der Europäisierung befinden. Ein Fehlen dieser einheitlichen Position gefährdet die Konsistenz des Integrationsprozesses und erschwert die erfolgreiche Umsetzung der europäischen Vorgaben auf nationaler Ebene (Radaelli 2023, S. 27-56).

Zur Beschreibung dieser Situation greife ich auf Radaellis Definition des *misfit* zurück und schlage vor, den Begriff um das Adjektiv „reverse“ (Anm. d. Verf.: „umgekehrt“) zu erweitern. In diesem spezifischen Fall liegt eine Situation des *reverse misfit* vor: Ein Mitgliedstaat, der im Rahmen des Top-Down-Europäisierungsprozesses die gemeinsame europäische Position auf EU-Ebene mitgestalten und vertreten sollte, verweigert sich dieser Aufgabe und erzeugt dadurch ein Spannungsfeld innerhalb der EU (Börzel&Risse, 2000). Diese Haltung führt zu einer *misfit*-Situation auf Unionsebene, ein Konzept, das ich in der bisherigen Literatur in dieser spezifischen Form und mit diesem Forschungsansatz nicht finden konnte.

Die Weigerung Österreichs, der Schengen-Erweiterung um Rumänien (und Bulgarien) zuzustimmen, wird in dieser Forschungsarbeit als eine Situation des dieses *reverse misfits* dargestellt. Die österreichische Position blockiert die gemeinsame europäische Entscheidungsfindung und verhindert somit die Einhaltung der in den EU-Verträgen festgelegten Regelungen zur weiteren Vertiefung der europäischen Integration. Im Rahmen dieser Forschung erscheint es besonders relevant zu untersuchen, wie Rumänien auf diese Situation des *reverse misfit* reagierte und inwieweit das Land die Rollen des Policy-Takers und des Policy-Shapers einsetzte, um seinen Schengen-Beitritt voranzutreiben.

Es wird die These aufgestellt, dass Rumänien im Rahmen der Übernahme des Schengen-Besitzstands über einen Zeitraum von mehr als elf Jahren als klassischer Policy-Taker agierte. Die Bereitschaft des Landes für den Schengen-Beitritt wird durch Berichte und Bewertungen der Europäischen Kommission bestätigt, wie in Kapitel III.3 näher erläutert. Der letzte Schritt als Policy-Taker wäre die vollständige Integration in den Schengen-Raum gewesen, die durch eine Entscheidung des Rates „Justiz und Inneres“ hätte formalisiert werden müssen. Angesichts des Ausbleibens dieser Entscheidung aufgrund des österreichischen Vetos stellt sich jedoch die Frage, ob Rumänien weiterhin die Rolle eines Policy-Takers einnimmt oder als Policy-Shaper proaktive Maßnahmen ergreift, um die Blockade zu überwinden und die Schengen-Erweiterung voranzutreiben.

In der Politikwissenschaft beschreibt der Begriff Policy-Taker einen Akteur, der politische Entscheidungen und Richtlinien anderer Akteure akzeptiert und übernimmt, ohne selbst maßgeblich an deren Gestaltung beteiligt zu sein. Policy-Taker befinden sich üblicherweise in einer passiven Position mit begrenztem Einfluss auf die Formulierung und Entwicklung politischer Inhalte, die jedoch von ihnen übernommen und internalisiert werden sollen. Dabei können Policy-Taker auf verschiedenen politischen Ebenen agieren – regional, national oder international. Grundsätzlich charakterisiert der Begriff ein Verhältnis von Übernahme und Umsetzung politischer Vorgaben, bei dem die politische Richtung von anderen Akteuren definiert wird. Ein Policy-Taker akzeptiert diese vorgegebenen Inhalte und integriert sie in seine politische Praxis. Allerdings bedeutet dies nicht, dass ein Policy-Taker zwangsläufig passiv oder untätig ist. Vielmehr liegt der Fokus auf der Adaption und Implementierung der externen Vorgaben.

Im Kontext der Europäisierungsforschung wird der Begriff insbesondere verwendet, um das Handeln von Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu analysieren (Börzel & Risse, 2000; Featherstone & Radaelli, 2003).

## **2. Policy-Taker und / oder Policy-Shaper**

Diese übernehmen EU-Politiken und -Vorgaben, setzen sie um und passen ihre nationalen Strukturen an die supranationalen Anforderungen an, ohne zwangsläufig aktiv an der Gestaltung dieser Politiken auf EU-Ebene beteiligt zu sein.

In der Politikwissenschaft bezeichnet der Begriff Policy-Shaper einen Akteur, der aktiv an der Formulierung und Weiterentwicklung politischer Prozesse, Maßnahmen und Initiativen beteiligt ist. Im Gegensatz zum Policy-Taker, der die politischen Entscheidungen anderer Akteure übernimmt, agiert ein Policy-Shaper proaktiv und verfolgt das Ziel, politische Entscheidungsprozesse durch eigene Akzente, Prioritäten, Expertise und Ressourcen maßgeblich zu beeinflussen (Caporaso, Green Cowles & Risse, 2001; Börzel, 2005; Héritier, 1999).

Die Gruppe der Policy-Shaper umfasst eine Vielzahl von Akteuren, darunter staatliche Institutionen, nichtstaatliche Organisationen, Interessenverbände, Experten, Lobbyisten und politische Berater. Diese Akteure bringen vielfältige Perspektiven und Expertisen ein und

tragen durch ihre aktive Mitgestaltung zur Entwicklung politischer Lösungen, zur Identifikation von Problemstellungen und zur strategischen Einflussnahme auf politische Prozesse bei.

Die Rolle von Policy-Shapern ist in der politischen Entscheidungsfindung von besonderer Bedeutung, da sie die Möglichkeit besitzen, Debatten anzuregen, politische Entscheidungsträger zu informieren und durch fundierte Beiträge politische Veränderungen herbeizuführen. Gleichzeitig sind Policy-Shaper häufig durch spezifische Interessen und Ziele geleitet, was ihre Einflussnahme sowohl positiv als auch problematisch gestalten kann. Daher erfordert ihr Wirken eine hohe Transparenz, Rechenschaftspflicht sowie die Berücksichtigung verschiedener Perspektiven, um eine ausgewogene und faire Repräsentation aller Interessen sicherzustellen (Héritier, 1999).

Die wissenschaftliche Literatur zur Europäisierung widmet sich intensiv der Analyse des Agierens von Mitgliedstaaten innerhalb des europäischen Integrationsprozesses. In diesem Kontext werden die Begriffe Policy-Taker und Policy-Shaper häufig verwendet, um die unterschiedlichen Rollen der Staaten zu beschreiben.

Ein markantes Beispiel für die Verwendung dieser Begriffe bietet Maurizio Bach, der die Europäisierung nationaler Gesellschaften untersucht (Bach, 2000). Dabei beleuchtet er die unterschiedlichen Rollen, die Mitgliedstaaten einnehmen, sei es als passive Empfänger (Policy-Taker) oder als aktive Mitgestalter (Policy-Shaper) europäischer Politiken. Ein weiteres Beispiel liefert die Arbeit von Daniel Habit (2015), der die kulturellen Dimensionen der Europäisierung thematisiert. Er analysiert, wie kulturelle Akteure entweder europäische Kulturpolitiken übernehmen oder aktiv kulturelle Integrationsprozesse innerhalb Europas mitgestalten.

Ein besonders relevantes Beispiel aus dem Bereich der sektoralen Politiken ist die italienische Kohäsionspolitik. Brunazzo (2010) zeigt in seiner Analyse, wie Italien zunächst als Policy-Taker agierte, indem es europäische Kohäsionspolitiken umsetzte. In späteren Jahren entwickelte das Land jedoch die Fähigkeit, eine aktivere Rolle einzunehmen, und trug maßgeblich zur Reform der EU-Kohäsionspolitik bei. Dieser Wandel unterstreicht die bidirektionale Dynamik der Europäisierung, bei der nationale Akteure nicht nur Empfänger

europäischer Vorgaben sind, sondern selbst als Gestalter auf europäischer Ebene agieren können.

Wie bereits erwähnt, wird in der Europäisierungsforschung der Begriff *Policy-Taker* primär verwendet, um Mitgliedstaaten (oder Beitrittskandidaten) zu bezeichnen, die europäischen Entscheidungen sowie Modelle der Politikgestaltung übernehmen, ohne jedoch maßgeblichen Einfluss auf die Formulierung der EU-Politiken ausüben zu können. Im Gegensatz dazu beschreibt der Begriff *Policy-Shaper* Staaten, die aktiv an der Gestaltung europäischer Politiken mitwirken und durch spezifische Beiträge und Inhalte die europäische Agenda prägen.

Die Literatur zur Europäisierung legt nahe, dass kleinere Mitgliedstaaten häufig als *Policy-Taker* auftreten, da sie im Vergleich zu größeren Staaten über weniger Ressourcen und Verhandlungskapazitäten verfügen (Bulmer, 1998; Börzel, 2006). Dagegen agieren größere Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich aufgrund ihrer politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Stärke oft als *Policy-Shaper* (Bulmer & Lequesne, 2013). Besonders die neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa, so Schimmelfennig und Sedelmeier (2005), sind in der Rolle des *Policy-Taker* zu verorten. Diese Länder mussten im Rahmen eines umfassenden Anpassungsprozesses weitreichende Reformen umsetzen, um ihre Verwaltungsstrukturen, Justizsysteme, Wirtschaften und Gesellschaften an die EU-Standards anzupassen.

Die Europäisierung hat sich trotz ihrer Herausforderungen als positiv für sogenannte *Policy-Taker-Länder* erwiesen, da sie häufig eine verstärkte Zusammenarbeit und institutionelle Integration innerhalb der Europäischen Union begünstigt (Bulmer & Lequesne, 2013). Für Mitgliedstaaten, die als *Policy-Shaper* agieren, bietet die Europäisierung eine Plattform, um eigene politische Vorstellungen und Normen zunächst auf EU-Ebene zu erproben, anschließend durchzusetzen und somit die Entwicklung gemeinsamer Politiken aktiv mitzugestalten (Schimmelfennig & Sedelmeier, 2005). Diese Staaten spielen eine zentrale Rolle bei der Formulierung und Umsetzung europäischer Politiken, indem sie ihre spezifischen Interessen, Werte und Prioritäten in die Agenda-Setting-Prozesse und Entscheidungsfindungen der EU einbringen (Börzel, 2002; Börzel & Risse, 2007; Koch-Kocher, 2007; Wallace, 2005).

Einflussreiche Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich nutzen ihre politische und wirtschaftliche Stärke sowie ihr diplomatisches Geschick, um EU-Politiken maßgeblich zu

beeinflussen und zu gestalten (Bulmer, 1998). Diese Fähigkeit zur Agenda-Gestaltung verdeutlicht die asymmetrischen Machtverhältnisse im europäischen Mehrebenensystem, zeigt aber auch, wie nationale Akteure ihre Interessen effektiv in die supranationalen Strukturen der EU einbringen können. Die genannten Studien tragen wesentlich dazu bei, die Dynamiken zwischen nationalen und supranationalen Akteuren im Rahmen der Europäisierung zu analysieren und zu verstehen.

Um eine möglichst hohe konzeptionelle Präzision sicherzustellen, wird Europäisierung in dieser Forschung als ein multidirektionaler Prozess verstanden (Börzel, 2005; Graziano & Vink, 2008; Knill & Lehmkuhl 2002, S. 255-280). Dieser Ansatz integriert sowohl den Top-down- als auch den Bottom-up-Ansatz und betrachtet Europäisierung als ein komplexes Wechselwirkungsphänomen. Diese konzeptionelle Klarstellung dient der Entwicklung eines analytischen Rahmens, der trotz der erhöhten Komplexität der Thematik angesichts der methodischen und theoretischen Fragestellungen seine Anwendbarkeit behält.

In ihrer Studie „Research on Europeanization in Literature: From the Top-down Approach to Europeanization as a Multi-directional Process“ (2018) betonen Bandov und Kolman, dass für die Erforschung der Europäisierung ein zirkulärer Forschungsansatz unerlässlich ist. Dieser ermöglicht eine tiefgehende Analyse der wechselseitigen Prozesse zwischen der europäischen und der nationalen Ebene und trägt somit zu einer höheren konzeptionellen Präzision bei. Die Autoren unterstreichen die Notwendigkeit einer präzisen analytischen und methodologischen Verankerung des Europäisierungskonzeptes. Dies ist von zentraler Bedeutung, da die Forschungsliteratur eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen und Ansätze zur Europäisierung bietet (Bandov & Kolman 2008, S. 6-32).

Ein entscheidender methodischer Beitrag zur Konzeptualisierung wurde von Radaelli (2000) geleistet, der eine Taxonomie zur „Entschlüsselung“ des Europäisierungsprozesses entwickelte. Diese Taxonomie teilt Europäisierung in weniger umfassende, jedoch analytisch präzisere und kontrollierbare Segmente auf, wodurch eine genauere Untersuchung und empirische Überprüfung ermöglicht wird (Radaelli, 200, S. 1-28).

Die Konzeption der Europäisierung als zirkulärer Prozess wurde in der Literatur erstmals von Radaelli und Pasquier (2007) eingeführt. Dieser Ansatz gilt als besonders umfassend, da er die komplexen Wechselwirkungen und Interdependenzen zwischen den europäischen und nationalen Ebenen in einem breit angelegten Spektrum zu erfassen vermag.

### **3. Der zirkuläre Ansatz der Europäisierung: Eine theoretische Perspektive zur Untersuchung Rumäniens**

Im Rahmen dieser Untersuchung wird ein theoretischer Ansatz bevorzugt, der die Perspektiven der Top-down- und Bottom-up-Europäisierung integriert und als zirkulär oder multidimensional betrachtet wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse der Interaktion zwischen der europäischen und der nationalen Ebene, anhand derer die europapolitischen Positionen Rumäniens formuliert und artikuliert werden (Radaelli & Pasquier 2007, S. 35-45).

Die vorliegende Forschung untersucht den Entwicklungsweg Rumäniens innerhalb eines Zeitraums, in dem das Land am Ende eines langwierigen Heranführungsprozesses an die EU stand. Während dieser Phase agierte Rumänien vor allem als Policy-Taker, indem es die mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Konditionalitäten im Rahmen von Top-down-Europäisierungsprozessen umsetzte.

Zur Analyse der Transformation Rumäniens vom Policy-Taker hin zum Policy-Shaper innerhalb der Europäischen Union wird eine Methodenkombination aus qualitativer Inhaltsanalyse und Einzelfallstudie herangezogen. In Bezug auf die Einzelfallstudie hebt Yin hervor, dass diese Methode insbesondere dann geeignet ist, wenn die Forschung durch „Wie?“- oder „Warum?“-Fragestellungen geleitet wird, der Forscher nur begrenzte Kontrolle über die Ereignisse hat und der Fokus auf ein zeitgenössisches Phänomen in seinem realen Kontext gerichtet ist (Yin, 1994, S. 1).

Angesichts der Tatsache, dass das Thema der Dissertation bislang wenig erforscht ist, erscheint die Wahl der qualitativen Methode besonders geeignet. Die qualitative Inhaltsanalyse erlaubt eine detaillierte und nuancierte Untersuchung des Forschungsgegenstands und trägt so zur Schließung bestehender Forschungslücken bei (vgl. Blatter et al., 2007, S. 22–24; Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2021, S. 12–15).

Das vorgelegte Forschungsprojekt strebt an, die europapolitischen Positionen Rumäniens als Policy-Shaper in drei ausgewählten Fallstudien zu analysieren. Dabei sollen die Faktoren identifiziert und erklärt werden, die diese Positionen bedingen und beeinflussen. Die Kombination aus qualitativer Inhaltsanalyse und Einzelfallstudie erweist sich als besonders geeignet, um die zu untersuchenden Positionen – einschließlich ihrer Hintergründe, ihres Kontexts und ihrer Effekte – umfassend zu analysieren. Dies geschieht unter Berücksichtigung

des theoretischen Ansatzes der Europäisierung, der die Komplexität sowie die kontextuellen Gegebenheiten berücksichtigt.

Im Fokus der Untersuchung steht das Phänomen der transformativen Wirkung der Europäisierung. Dabei wird analysiert, wie Rumänien im Zuge dieses Prozesses auf der europäischen Bühne „europäisierte“ Positionen einnimmt, die durch spezifische kontextuelle Bedingungen geprägt sind. Die qualitative interpretative Methode unterstützt nicht nur das Verstehen und Erklären subjektiver Deutungen von Phänomenen – wie beispielsweise Rumäniens EU-Ratspräsidentschaft –, sondern ermöglicht auch die Analyse der sozialen Strukturen, die diese Deutungen bedingen und formen (vgl. Walsham, 1993, S. 246).

#### **4. Datenmaterial zu dieser Dissertation**

Für die inhaltsanalytische Untersuchung in dieser Forschungsarbeit steht eine breite Auswahl an Primärquellen zur Verfügung, von denen die meisten in rumänischer Sprache verfasst sind. Aus diesem umfangreichen Materialbestand wurde durch eine vorläufige Eingrenzung eine Auswahl getroffen, die als Grundlage für die Analyse dient. Zusätzlich zu den rumänischen Quellen gibt es auch Interviews, Presseaussendungen und Reden, die in englischer Sprache vorliegen, sowie eine geringere Anzahl an deutschsprachigen Texten.

Gemäß der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) wurde das umfangreiche Material durch inhaltliche Verdichtung strukturiert, um wesentliche Aspekte herauszuarbeiten. Jede Fallstudie wurde kontextorientiert analysiert, um eine fundierte Grundlage für die anschließenden Schlussfolgerungen zu schaffen.

Im Fazit der Arbeit wurden die allgemeinen Ergebnisse in zwei zentrale Perspektiven gegliedert: Zum einen diente ein „roter Leitfaden“ zur Verdeutlichung der inhaltlichen Zusammenhänge, und zum anderen wurden die spezifischen Merkmale der rumänischen Europapolitik in Form der sogenannten „3Ks“ herausgearbeitet, die die charakteristische Herangehensweise des Landes illustrieren.

Die primären Quellen dieser Untersuchung umfassen offizielle Strategiepapiere, Reden, Pressemitteilungen und -erklärungen sowie Interviews mit Entscheidungsträgern, die im untersuchten Zeitraum aktiv an der Gestaltung der rumänischen Europapolitik beteiligt waren. Diese Dokumente wurden überwiegend auf den offiziellen Webseiten relevanter Institutionen

veröffentlicht, darunter die rumänische Regierung, das Präsidenschaftsamt, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, weitere Ministerien sowie die offizielle Webseite der rumänischen Ratspräsidentschaft der EU, die Ständige Vertretung Rumäniens in Brüssel und die Botschaften Rumäniens in Österreich und anderen Ländern. Ergänzend wurden Dokumente europäischer Institutionen wie des Europäischen Rates, des Rates der EU, des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Ausschusses der Regionen berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden Beiträge aus verschiedenen Think-Tanks einbezogen, darunter das *Centrul Român de Politici Europene* (CRPE, Zentrum für Europapolitik in Rumänien), das *Institutul Diplomatic Român* (Diplomatisches Institut Rumänien), das New Strategy Centre und das Aspen Institute. Diese Organisationen lieferten wertvolle Analysen in Form von Policy Briefs, Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Zeitschriftenbeiträgen. Ebenso wurden offizielle Social-Media-Kanäle, wie die Facebook- und Twitter-Accounts relevanter Institutionen und Entscheidungsträger, für die Analyse herangezogen.

Zudem ermöglichte meine berufliche Tätigkeit den Zugang zu nicht öffentlichen Hintergrundberichten, Analysen und Strategiepapieren, von denen einige auch unter meiner Mitwirkung entstanden sind. Diese Unterlagen sind aufgrund ihres sensitiven und nicht öffentlichen Charakters nicht für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich und können im Rahmen dieser Untersuchung nicht direkt zitiert werden. Dennoch wurden sie herangezogen, um die Validität der gewonnenen Erkenntnisse zu überprüfen. Dafür wurden Codenamen verwendet. Ein internes Dokument des Außenministeriums aus dem Jahr 2019, das unter dem Codenamen „PRES EU 1“ (Ministerul Afacerilor Externe, 2019d) geführt wird, enthält eine umfassende Analyse der Fortschritte in verschiedenen Bereichen der rumänischen Ratspräsidentschaft und wird im Kapitel III.1 zitiert. In meiner Funktion als Botschafter-Stellvertreterin/Geschäftsträgerin a.i. war und bin ich mit den in dieser Dissertation verwendeten Dokumenten des rumänischen Außenministeriums nicht nur bestens vertraut, sondern ich habe einige davon auch selbst verfasst, auch wenn dies in den Dokumenten selbstverständlich nicht ausgewiesen ist. In diesem Sinne ist das mir über viele Jahre Arbeitserfahrung angeeignete Wissen zuweilen nicht mehr auf jeden einzelnen Text zurückzuführen. In der umfassenden Literaturliste wird so weit als möglich darauf Rücksicht genommen.

Die tatsächlich in der Analyse berücksichtigten Texte wurden nach einer ersten Durchsicht ausgewählt, wodurch es zu Abweichungen zwischen der Anzahl der im Literaturverzeichnis

aufgeführten Quellen und der tatsächlich zitierten Literaturverweise kommen kann. Dennoch wurde bewusst entschieden, sämtliche recherchierten Quellen, insbesondere Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, vollständig im Literaturverzeichnis zu dokumentieren. Diese Entscheidung basiert auf zwei Überlegungen: Erstens ermöglicht die umfassende Dokumentation eine Grundlage für zukünftige Forschungsvorhaben, beispielsweise eine Analyse der in Österreich veröffentlichten Artikel aus der „Schengen-Periode“ (16. November 2022 bis 31. Dezember 2025, einschließlich einzelner Beiträge aus Januar 2025). Als solche sind diese Quellen unerlässlich, auch wenn es sich zum Teil um Kurzmeldungen, Postings etc. handelt. Zweitens sind zahlreiche Texte inhaltlich nahezu identisch. Und drittens belegt die umfangreiche Sammlung der Artikel und öffentlichen Beiträge die erhebliche mediale Aufmerksamkeit, die Rumänien in einer Phase erfuhr, in der es üblicherweise weniger Beachtung in der österreichischen Presse und Öffentlichkeit findet.<sup>12</sup>

Die Datenerhebung zum ersten rumänischen Ratsvorsitz der Europäischen Union begann bereits in der Vorbereitungsphase vor der Übernahme des Mandats im zweiten Halbjahr 2018 und wurde kontinuierlich fortgeführt. In den darauffolgenden Jahren wurde nur eine begrenzte Anzahl wissenschaftlicher Studien veröffentlicht, die sich primär mit der Analyse der Leistungsbilanz dieses Ratsvorsitzes befassen. Die Erkenntnisse dieser Arbeiten, die dazu beitragen sollen, die bestehende Forschungslücke zur Rolle Rumäniens innerhalb der EU zu schließen, werden im Rahmen dieser Untersuchung ebenfalls berücksichtigt und kritisch reflektiert.

## 5. Interviews

Die ursprünglich geplante Durchführung und Auswertung der Eliteninterviews (Anm. d. Verf.: unter Eliteninterviews werden Interviews mit hochrangigen Politikern, Entscheidungsträgern oder Beamten verstanden) war von methodischen Herausforderungen geprägt, die letztlich zur Entscheidung führten, die Erkenntnisse aus diesen Daten nicht direkt in die Analyse einfließen zu lassen. Stattdessen wurden sie primär zur Verifizierung der Validität von Aussagen sowie als Hintergrundinformationen herangezogen. Aus methodischer Perspektive stellte diese

---

<sup>12</sup> Die mit einem \* gekennzeichneten Quellen bildeten die direkte Grundlage der Analyse und wurden entsprechend im Text zitiert. Alle übrigen Quellen dienten der inhaltlichen Kontextualisierung und der Erweiterung des Wissensstandes, fanden jedoch keinen direkten Eingang in die textliche Darstellung.

Entscheidung eine wertvolle Erfahrung dar, insbesondere in Anbetracht meiner Doppelrolle als Karrierediplomatin und Wissenschaftlerin, die sich mehrfach als herausfordernd erwies.

Die für die Interviews entwickelten Leitfäden wurden für sieben der ursprünglich neun geplanten Interviews genutzt (acht im Jahr 2019, eines im Jahr 2020). Allerdings wurden die Gespräche in zwei Fällen eher als „Pflichtübung“ wahrgenommen und konnten nicht die gewünschte Tiefe erreichen. Acht der Interviewpartner äußerten zudem den Wunsch, anonym zu bleiben, während sich andere hochrangige Interviewpartner, insbesondere in Wien, zurückzogen – teils erst nach Übernahme meiner offiziellen Funktion in Wien. Diese Zurückhaltung könnte auf die im diplomatischen Umfeld vorherrschende Vorsicht zurückzuführen sein, offen geäußerte Meinungen in einem möglicherweise öffentlichen Kontext zu artikulieren.

Diese Erfahrungen führten mich zu der Schlussfolgerung, dass weder meine berufliche Rolle noch der erleichterte Zugang zu potenziellen Interviewpartnern ausgenutzt werden sollten. Daher wurde darauf verzichtet, die Eliteninterviews als primäre Datenquelle zu nutzen, da dies keinen methodischen Mehrwert erbracht hätte und potenziell zu Verzerrungen geführt hätte. Neben den Interviews fanden jedoch zahlreiche Hintergrundgespräche mit rumänischen und ausländischen Diplomaten, Journalisten sowie Entscheidungsträgern statt. Diese Gespräche, die in einem informellen und flexiblen Rahmen stattfanden, ermöglichten es, tiefere Einblicke in spezifische Sachverhalte und Situationen zu gewinnen.

Es ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die ursprünglich als Vorteil wahrgenommene direkte Einbindung in die Abläufe der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen dieser Forschung unter dem methodologischen Aspekt nicht den erwarteten Nutzen erbrachte. Die Nähe zum Forschungsgegenstand ergab sich insbesondere durch meine Tätigkeit als Mitglied des EU-Präsidentschaftsteams im rumänischen Außenministerium, wodurch ich aktiv an der Erstellung und Bearbeitung zahlreicher inhaltlich ähnlicher oder identischer Dokumente beteiligt war. Dies gilt auch für das Schengen-Dossier, dessen Entwicklungen ich nicht nur unmittelbar verfolgt, sondern im Rahmen meiner Kompetenzen aktiv mitgestaltet habe.

Das einzige namentlich geführte Interview mit der rumänischen Staatssekretärin im Außenministerium wurde am 31. Juli 2020 durchgeführt und transkribiert. Obwohl ihre Aussagen wichtige Einblicke bieten, dienen sie in der vorliegenden Arbeit ausschließlich zur Validierung der gewonnenen Erkenntnisse. Angesichts der Tatsache, dass dieses Interview das

einziges direkt zitierbares Dokument aus der Datenerhebung darstellt, wurde entschieden, es nicht als primäre Quelle einzubeziehen. Stattdessen wurden die Ergebnisse des Gesprächs zur Überprüfung der Forschungshypothesen sowie zur Absicherung der Erkenntnisse herangezogen.

Die Analyse der rumänischen Positionen zum Ukraine-Krieg basierte vollständig auf öffentlich zugänglichen Quellen, wodurch die Durchführung zusätzlicher Interviews entbehrlich wurde. Im Rahmen dieser Forschung stehen die rumänischen Positionen zum Ukraine-Krieg ausschließlich im Kontext der Diskussion um die Rollen als Policy-Taker oder Policy-Shaper im Fokus. Es ist hierbei hervorzuheben, dass die methodischen Erkenntnisse, die während der Untersuchung der ersten Fallstudie gewonnen wurden, wertvolle Anwendung in der Analyse der dritten Fallstudie fanden. In diesem Zusammenhang sei betont, dass ich mich der Kontroverse über die Charakterisierung des bewaffneten Konflikts bewusst bin, jedoch bewusst die Formulierung der demokratischen Wertegemeinschaften der EU, NATO und der Vereinten Nationen übernehme: „nicht provoziertes russisches Angriffskrieg gegen die Ukraine“.

Bezüglich der Schengen-Problematik wurde von Beginn an bewusst darauf verzichtet, Eliteninterviews als Datenerhebungsmethode einzusetzen. Stattdessen konzentrierte sich die Untersuchung auf die qualitative Analyse des umfangreichen Datenmaterials, welches durch mein spezifisches „Insiderwissen“ kontinuierlich überprüft und auf Validität getestet wurde. Diese Herangehensweise stellte nicht nur einen effektiven methodischen Ansatz dar, sondern erwies sich auch als ein bedeutender Lernprozess im Rahmen dieser Forschungsarbeit.

Im Rahmen der Analyse des Schengen-Dossiers wurde ein umfangreiches Spektrum primärer Quellen herangezogen, darunter offizielle Stellungnahmen, Reden, Pressemitteilungen sowie eine Sammlung von Zeitungsartikeln aus Rumänien, der Republik Österreich, Deutschland und Brüssel. Angesichts der Tatsache, dass das Schengen-Dossier kurz vor dem Abgabetermin dieser Dissertation abgeschlossen wurde und ich in meiner beruflichen Funktion unmittelbar in die Geschehnisse involviert war, ist die Nähe zur Thematik offensichtlich.

Hinsichtlich der sekundären Quellen war es von Beginn an mein ausdrückliches Ziel, nach Möglichkeit rumänische Autorinnen und Autoren zu zitieren. Zum einen, um einen Beitrag zur stärkeren Sichtbarkeit rumänischer Forschender im deutschsprachigen akademischen Raum zu leisten, zum anderen, weil ich der Ansicht bin, dass eine ausgewogene Mischung aus interner

und externer Perspektive auf Rumänien ausgeglichene und überprüfbare Ergebnisse ermöglicht. Hervorzuheben sind an dieser Stelle die Beiträge der Autorinnen und Autoren des Sammelbands „Das politische System Rumäniens: Entwicklung und Herausforderungen in Europa“, herausgegeben 2022 von A. Lorenz und D.-M. Mariș, sowie die Forschung rumänischer Forscher wie Adriana Stefanel, Antonio Momoc und Romina Surugiu (2023), die sich mit Euroskepsis in den Medien auseinandersetzen. Ebenso relevant sind die Studien zur Europäisierung und Identitätsforschung von Angelescu, I. (2007), und Loretta C. Sălăjan (2018), um nur einige Beispiele zu nennen.

Abschließend ist der Beitrag österreichischer Think-Tanks im Rahmen der Schengen-Debatte und des Ukraine-Krieges hervorzuheben, die an der Schnittstelle von Forschung und Wissenschaftsvermittlung in Österreich tätig sind. Insbesondere das Österreichische Institut für Internationale Politik (oiip), das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) sowie das Austria Institut für Sicherheits- und Europapolitik (AIES) spielten eine zentrale Rolle. Im Zuge meiner Forschung konnte ich zahlreiche Hintergrundgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Institutionen führen, die wertvolle Einblicke ermöglichten und einen erheblichen Mehrwert für die Analyse darstellten.

Es ist mir wichtig, hier trotz allem beruflichen Engagements eine klare Linie hin zur *participatory research* zu ziehen. Eine solche wäre in einem diplomatischen Gefüge seltsam bis unüblich und selbstverständlich spiele zahlreiche Elemente einer solchen Methode – beispielsweise Emotionen oder absichtlich subjektive Beobachtungen – keinerlei Rolle in meiner Dissertation. Ich habe mich im Gegensatz dazu bemüht, die Diplomatin im rumänischen Dienst weitestgehend wegzuschieben und als Wissenschaftlerin einen möglichst objektiven Blick auf die Geschehnisse zu werfen. In diesem Sinne hoffe ich, dass dies weitgehend gelungen ist.

## **II. Europäisierung der rumänischen Außenpolitik nach der Wende 1989 - Konzept des „goldenen Dreiecks“ der rumänischen Außenpolitik**

### **1. Rumänien als Policy-Taker nach der Wende 1989 (EU, NATO, Vereinigten Staaten von Amerika)**

#### *1.1. Europäisierung - „Rückkehr zu Europa“*

Nach der Wende 1989 wurde der Begriff Europäisierung in Rumänien, ähnlich wie in all den anderen neuen EU-Mitgliedstaaten mit kommunistischer Vergangenheit, vielseitig angewendet: im allgemeinen, Europäisierung war der Ausdruck des Wunsches nach Reformen, der Aufruf fürs Anderssein und für Veränderung in allen möglichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, Politik und des gesellschaftlichen Lebens. Im öffentlichen und politischen Diskurs fand Europäisierung lange vor der *de jure* Aufnahme des Annäherungsdialogs Rumäniens mit der Europäischen Union statt: es war das Leitmotiv des Wandels der gesamten innenpolitischen und außenpolitischen konzeptuellen Einrichtung des Staates. Mit dem Begriff „Europäisierung“ auf der Fahne brach das Land auf den Weg zur „Rückkehr zum politischen Westen“ auf und meisterte die Integration in die Institutionen des europäischen Westens: EU und NATO. Das Phänomen der Europäisierung war im rumänischen Fall (auch) Begleit- und sogar Vorerscheinung des Prozesses der europäischen Integration (Aurescu 2018, S. 1).

Als Folge eines non-linearen Integrationsprozesses trat Rumänien 2004 der Nordatlantischen Allianz (NATO) bei und wurde erst ab dem 1. Januar 2007, als Nachzügler (zusammen mit Bulgarien) der großen „Big bang“-Osterweiterungsrunde des Jahres 2004, vollständiges Mitglied der Europäischen Union. Der Beitritt zur NATO und zur EU waren, wie schon in der Einleitung präzisiert, außenpolitische Zielsetzungen an sich, aber gleichzeitig auch Instrumente (Aurescu 2018, S. 1). Ziel war, sich dem politischen Westen anzuschließen und im Rahmen der Institutionen der euroatlantischen Gemeinschaft nach Möglichkeiten zu suchen, die das Land auf den „mentalen Karten“<sup>13</sup> (Digi24, 2025, 21. Januar)<sup>14</sup> von der Peripherie in Richtung Zentrum/Kern rücken können. „Rückkehr nach Europa“ oder Europäisierung hatte im Falle von Rumänien eine sehr breit angelegte Deutung: sie bezeichnete nicht ausschließlich die durch

---

<sup>13</sup> „mindmaps“.

<sup>14</sup> Außenminister Emil Hurezeanu im Digi24-Interview am 21. Januar 2025.

den Beitrittsprozess ausgelöste *Europäisierung* des Landes, sondern bedeutete im Allgemeinen Europa und die Übernahme des europäischen normativen Wertesystems.

Kapitel 1.4. („Stand der Forschung: Rumänien und Europäisierung“) erörtert theoriegeleitet die Deutungsunterschiede des Begriffes Europäisierung mit Verweis auf den Artikel von Auel (2006, S. 293-318) und weist auf die konzeptionelle Differenzierung von Radaelli und Pasquier hin, die zwischen Hintergrundkonzept (*background concept*) und systematisiertem Konzept (*systematised concepts*) unterscheiden (2007, S. 36). Diese konzeptuelle Differenzierung ist bestens geeignet, um die Europäisierung im Falle von Rumänien zu erklären:

„Europäisierung bezieht sich auf alle möglichen Bedeutungen des Wortes, die man in eine Enzyklopädie aufnehmen könnte. Spezialisten in einem spezifischen Forschungsfeld hingegen benötigen systematisierte Konzepte, die einem Begriff eine bestimmte, auf die Forschungsfragen zugeschnittene Bedeutung zuordnen (*systematised concepts*)“ (Radaelli & Pasquier 2007, S. 36).

Beichelt unterstreicht wiederum, dass Begriff und Konzept der „Europäisierung“ in der Politikwissenschaft anders benutzt werden als in der politischen Öffentlichkeit und, dass der öffentliche Diskurs den Begriff mit vielfachen Konnotationen versieht. (2015, S. 13-44). Der Begriff „Europäisierung“ wird in der Politikwissenschaft verwendet, um die Anpassung nationaler Institutionen die Normen der EU, den Transfer politischer Ideen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie Veränderungen in Regierungshandeln durch die Interaktion mit EU-Institutionen zu beschreiben. Laut Beichelt (2015, S. 13-44) hat der Begriff im öffentlichen Diskurs häufig unscharfe und emotionale Bedeutungen und oft mit Themen wie dem Verlust nationaler Identität, Modernisierung und Kritik an EU-Einfluss in Verbindung gebracht.

## *1.2. Das goldene Dreieck der rumänischen Außenpolitik – Kurze Beschreibung der Entwicklung und der Hauptmerkmale der rumänischen außen- und europapolitischen Doktrin nach der Wende 1989*

In der Einleitung dieses Kapitels wurde darauf hingewiesen, dass Europäisierung sowohl Leitmotiv und Auslöser als auch Instrument für die Neuausrichtung der rumänischen außen- und europapolitischen Doktrin war (Aurescu 2018, S. 1, vgl. Lupitu 2020). Die Hauptmerkmale dieser außen- und europapolitischen Doktrin werden im Folgenden erklärend

vermittelt. Es ist in diesem Kontext zu betonen, dass der Moment „Dezember 1989“ für Rumänien eine Ausnahmesituation darstellte, einen Moment der Richtungswahl, in welchem Rumänien als *Foreign Policy-Maker* die Wende seiner Außenpolitik einleitete. Nach diesem außenpolitischen Sondermoment folgte eine lange Phase der Anpassungen an die neue Ausrichtung und der Bemühungen um die Internalisierung der Rolle, die mit Außenpolitik- und Europapolitikinhalten genährt wurde. In dieser Phase agierte das Land überwiegend als *Foreign-Policy-Taker*.

Diese Neuaufstellung von Rumänien, die nach dem historischen Jahr 1989 durch die Europäisierung ausgelöst und als Leitmotiv angeführt wurde, habe ich folgendermaßen zusammengefasst: „Nach den Jahren der Sinnes- und Richtungssuche kristallisierte sich ein außenpolitisches Rollenkonzept heraus, welches Rumänien unter dem Motto «Rückkehr nach Europa» 2004 in die NATO und 2007 in die EU und somit in die institutionellen Abbildungen des demokratischen und liberalen Westens (zurück)führte. In den Jahren der Beitrittsverhandlungen und -vorbereitungen, sowohl zur NATO als auch zur EU, war Rumänien hauptsächlich *Foreign-Policy-Taker*, spätestens ab 2004 (NATO-Beitritt) beziehungsweise 2007 (EU-Beitritt) begann das Land aber auch als *Foreign-Policy-Shaper* zu agieren“ (Amza-András 2022, S. 228).

Es wird darauf hingewiesen, dass Rumänien die stark normativen Prozesse der euroatlantischen Integration als Gelegenheit begreift, sich (wieder) „europäisch“ zu positionieren. Das Land nutzt die Beteiligung an den euroatlantischen Strukturen, um bestimmte Schwerpunktthemen zu setzen, durch die es seiner geopolitischen Lage an der östlichen Flanke neue Bedeutung verleiht und diese mit relevanten Inhalten untermauert, die sowohl für die Sicherheit als auch für die Prosperität Rumäniens sowie der EU und NATO von wesentlicher Bedeutung sind. Der NATO-Beitritt und die EU-Integration sind dabei sowohl Ziele als auch Instrumente, um Rumänien als aktiven Mitgestalter des euroatlantischen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Raums zu definieren (vgl. Aurescu 2018, S. 1).

In den letzten dreißig Jahren konzentrierte sich Rumäniens Außenpolitik darauf, eine neue geopolitische Realität zu schaffen und das europäische Narrativ auf das Land zu übertragen. Dieses Narrativ brach mit der kommunistischen Vergangenheit und strebte an, das Dilemma der Peripherie zu überwinden. Mithilfe der NATO und EU sowie einer strategischen Partnerschaft mit den USA und regionaler Initiativen versuchte Rumänien, seine geografischen

Schwächen in Stärken umzuwandeln. Dies führte zu neuen außenpolitischen Rollen, die häufig betont werden: Rumänien als Teil der westlichen Wertegemeinschaft, als Mitglied der NATO und EU, als regionaler Stabilitätsanker, als Schlüsselposition an der östlichen Flanke, als Außenposten für die Europäisierung Osteuropas und als Modell für Demokratisierung und Europäisierung in der Region, insbesondere für die östlichen Partnerländer und den Westbalkan.

### *1.3. Europäisierung und die Integration in die Europäische Union (2007)*

Nach dem Beitritt zur EU im Jahr 2007 konzentrierte sich Rumänien vor allem auf die Umsetzung der durch die EU-Konditionalität vorgegebenen Verpflichtungen und die Anpassung an die Anforderungen eines vollwertigen EU-Mitglieds. In der Zeit rund um den Beitritt stand die Integration in die EU-Strukturen und die Umsetzung der entsprechenden Vorgaben - die Prozesse des Downloading<sup>15</sup> - im Vordergrund. Bereits vor dem Beitritt waren jedoch erste Auswirkungen der Europäisierung und Uploading-Versuche sichtbar, insbesondere in den Bereichen der regionalen EU-Außenpolitik, die auch prioritäre Themen der rumänischen Außenpolitik waren, wie etwa die Republik Moldau und das Schwarze Meer.

Mit den Prozessen des „Downloading“ war die Herausforderung verbunden, die formell übernommenen Vorschriften des über 800 Seiten umfassenden EU-Besitzstandes („*acquis communautaire*“) in die nationale Gesetzgebung zu integrieren und effektiv umzusetzen. Sowohl die Debatten auf EU-Ebene, insbesondere im Europäischen Parlament, als auch die Stellungnahmen einzelner Mitgliedstaaten zum Beitrittsdatum Rumäniens verdeutlichen, dass die EU-Partner Bedenken hinsichtlich der EU-Tauglichkeit des Landes hatten.

#### *1.3.1. EU-Beitritt mit leftovers*

Ohne sich eine detaillierte Beschreibung der zweifelsohne komplexen Beitrittsverhandlungen zur EU vorzunehmen, erscheint es wichtig an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass das mangelnde Vertrauen in Rumäniens EU-Tauglichkeit eine Reihe von sanktionsähnlichen, begleitenden Aufsichts- und Überwachungsmaßnahmen für die Zeit vor und nach dem Beitritt erzeugt hat. Diese werden als *leftovers* des Beitrittsprozesses betrachtet und erzeugen Effekte

---

<sup>15</sup> Die Verwendung der Begriffe „Downloading“ oder „Downloaden“ und „Uploading“ oder „Uploaden“ wurde im theoretischen Kapitel erklärt.

auch nach dem Zeitpunkt des Beitrittes. Diese *leftovers* warten zum Teil auch heute immer noch auf deren endgültige Erledigung. Das bekannteste *leftover* des Beitrittsprozesses Rumäniens zur Europäischen Union ist der Vollbeitritt zum Schengen-Raum, ein Dossier welches im Kontext des österreichischen Vetos mit einer zweijährigen Verzögerung geschlossen wurde.

Konkret gehörten zu den *leftovers*, welche Rumäniens Beitritt begleitet und bedingt haben, folgende:

- allgemeine Schutzklausel (Anm. d. Verf.: das Gleiche galt auch für Bulgarien), vorgesehen bis zum Zeitpunkt des Beitritts und
- die zusätzliche „Super-Schutzklausel“<sup>16</sup> ausschließlich für Rumänien mit elf spezifischen Problemfeldern im Bereich der Verhandlungskapitel „Wettbewerb“ und „Justiz und Inneres“ (Gabanyi 2005, S. 15).

Zusätzlich wurde ab dem Zeitpunkt des Beitrittes, ab dem 1. Januar 2007 das sogenannte Kooperations- und Kontrollverfahren (CVM) als Übergangsmaßnahme<sup>17</sup> eingeführt, um, laut der Europäischen Kommission, die im Beitrittsprozess verbliebenen Unzulänglichkeiten in den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz und Korruptionsbekämpfung auch nach dem Beitritt zu beobachten und „den Aufbau von Verwaltungs- und Justizsystemen zu mitverfolgen, die es ihnen (Rumänien und Bulgarien) ermöglichen, die mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen und somit die ordnungsgemäße Anwendung der Rechtsvorschriften, Maßnahmen und Programme der EU zu gewährleisten“ (Europäische Kommission, 2007).

---

<sup>16</sup> Die „Super-Schutzklausel“ im Kontext des EU-Beitritts Rumäniens bezieht sich auf eine spezielle Bestimmung im Beitrittsvertrag, die es der EU ermöglicht, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, falls Rumänien die Anforderungen für eine vollständige Integration nicht erfüllt. Diese Klausel war insbesondere im Hinblick auf den Kooperations- und Kontrollverfahren der Kommission im Bereich der Justiz und Korruptionsbekämpfung wichtig. Wenn Mängel festgestellt wurden, konnte die EU Übergangsregelungen oder Einschränkungen verhängen. Der Beitrittsvertrag von 2005 enthält eine „Schutzklausel“ (Artikel 39), die der EU das Recht einräumt, Mechanismen wie Sanktionen oder Verzögerungen einzuführen, wenn Rumänien nicht alle Beitrittsanforderungen erfüllt. Besonders betroffen waren Themen wie Rechtsstaatlichkeit und institutionelle Reformen, bei denen Rumänien auch nach dem Beitritt weiterhin unter intensiver Beobachtung stand. Die „Super-Schutzklausel“ sollte sicherstellen, dass Rumänien die EU-Standards auch nach dem formellen Beitritt einhält. Dies wurde durch regelmäßige Berichte der EU-Kommission zur Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung dokumentiert.

<sup>17</sup> Entscheidung der Kommission vom 15. Februar 2007 über die Einrichtung des Kooperations- und Kontrollverfahrens für Rumänien.

Die erzielten Fortschritte Rumäniens in dem bei weitem am meisten mediatisierten und polarisierenden Bereich der Korruptionsbekämpfung wurden in mehreren Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission bestätigt. Das Thema illustriert exemplarisch die Tatsache, dass der Prozess der Anpassung an die EU-Regeln nicht linear verläuft und die erzielten Ergebnisse nicht unwiderruflich sind, weshalb die Notwendigkeit besteht, diese durch ständige Konsolidierung zu festigen.

Die Korruptionsbekämpfung, von vielen Analysten als das allerwichtigste strukturelle Problem in allen postkommunistischen Staaten betrachtet, bescheinigt im Fallbeispiel Rumäniens die extremen Schwierigkeiten, die mit der Operationalisierung des institutionellen Systems und mit der Internalisierung der Normen der EU verbunden waren. Trotz schlagzeilenträchtigen Spannungen einer innenpolitisch gespaltenen Szene, 2019 schaffte es die ehemalige ikonische Leiterin der rumänischen Antikorruptionsbehörde (2013-2018), Laura Codruta Kövesi, als erste europäische Generalstaatsanwältin gewählt zu werden. Unter ihrer Leitung ab November 2020 wurde die Europäische Staatsanwaltschaft eine „Erfolgsgeschichte“. Die Korruptionsbekämpfung in Rumänien blieb ein wichtiges Thema auch in der Post-Beitrittszeit: der Korruptionswahrnehmungsindex 2023 von Transparency International (Transparency International, 2023) platziert Rumänien auf den 63. Rang, gleichauf mit Montenegro, Jordanien und Kuwait. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) weist in seinem letzten Bericht (OLAF-Jahresbericht 2023), auf die Tatsache hin, dass Rumänien, mit 16 eingeleiteten Untersuchungen zu Betrug mit EU-Fördergeldern, in der Europäischen Union an der ersten Stelle steht. Gefolgt wird Rumänien von Bulgarien (14), Ungarn (11), Italien (11) und Frankreich (11). Der Bericht unterstreicht andererseits die gute Kooperation von OLAF mit der Europäischen Staatsanwaltschaft, die von der berühmten rumänischen „Korruptionsaufdeckerin“ Laura Codruta Kövesi geleitet wird (vgl. OLAF-Bericht 2023).

In der Europäisierungsliteratur werden die Fortschritte im Bereich der Korruptionsbekämpfung sowie das „Aktivismus der Korruptionsbekämpfungsinstitutionen“ als ein positiver Trend hervorgehoben (Sedelmeiner & Lacatus, 2016). Dennoch stellt Dimitrova (2021) in ihrer Studie „Understanding Europeanization in Bulgaria and Romania: Following broader European trends or still the Balkan exceptions?“ (S. 295-304) eine interessante Frage: Sollte die Korruptionsbekämpfungsbegeisterung in Rumänien als übertriebene Darstellung betrachtet werden, die mehr Anlass zur Sorge gibt als eine Erfolgsgeschichte? Sie argumentiert, dass der Ansatz der rumänischen Behörden bei der Korruptionsbekämpfung stark auf schnellen

Ergebnissen ("*output-driven approach to anti-corruption*") basiert. Dies habe zu einem schnellen Abwickeln von Justizverfahren geführt, was wiederum zu Abweichungen im Bereich der Menschenrechte sowie bei den prozeduralen Anforderungen zur Gewährleistung der Gerechtigkeit geführt habe (Dimitrova 2021, S. 300). Die beschriebenen Erkenntnisse werden von Dimitrova als „perverse Europäisierung“ bezeichnet. Dimitrovas Erkenntnis, die zweifelsohne für eine weiterführende Forschung von Bedeutung ist, verweist auf die Tatsache, dass die Auswirkungen der Europäisierung, insbesondere in Form der Post-Beitrittskonditionalität, zu paradoxen Entwicklungen führen können: „The most unique and paradoxical case is perhaps the case of anti-corruption policies encouraged and driven by EU monitoring, which achieve visible results and yet threaten or even erode the rule of law” (Dimitrova, 2021, S. 302).

Die als ursprünglich „übergangsmäßig“ vorgesehene CVM<sup>18</sup>-Vorgaben begleiteten den Weg Rumäniens förmlich vom 1. Januar 2007 bis zum 15. September 2023 und reflektierten einen asymmetrischen Kurs in Bezug auf die Erfüllung der durch die Kommission festgelegten Kriterien (*Benchmarks*). Das CVM wurde beim Beitritt Rumäniens zur EU als Übergangsmaßnahme eingeführt, um die Bemühungen des Landes im Bereich der Justizreform und der Bekämpfung der Korruption zu unterstützen. Diese Verpflichtung wurde beim Zeitpunkt des Beitrittes zusammen von Rumänien und der EU angenommen. Entsprechend der Entscheidung zur Einführung des CVM endet der Mechanismus sobald Rumänien alle Vorgaben zufriedenstellend erfüllt hat, so war die Entscheidung (Europäische Kommission, 2007).

Die Formalisierung der Entscheidung der Aufhebung dieses Instruments erfolgte nach dem letzten CVM-Bericht der Kommission über Rumänien und Bulgarien im November 2022, als für beide Mitgliedstaaten die zufriedenstellende Erfüllung der festgelegten Verpflichtungen konstatiert wurde. Die Kommission schloss die Arbeit im Juni 2023 ab und stellte es in Aussicht, dass die Zusammenarbeit mit (Bulgarien und) Rumänien im Rahmen des jährlichen Zyklus der Rechtstaatlichkeit fortgesetzt wird (Europäische Kommission, 2022).<sup>19</sup> (Nichtsdestotrotz, reichte dieser Fortschritt nicht, um die österreichische Bundesregierung vom Schengen-Veto abzubringen.)

---

<sup>18</sup> Kooperations- und Kontrollverfahren (CVM).

<sup>19</sup> Pressemitteilung der Europäischen Kommission (2022): „Rechtstaatlichkeit: Kommission schließt Kooperations- und Kontrollverfahren für Bulgarien und Rumänien förmlich ab.“

Eine kurze Darstellung dieser Elemente ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens schaffen diese Bedingungen Abhängigkeiten im EU-Kontext, die die Durchsetzungsfähigkeit Rumäniens als vollwertiges Mitglied beeinflussen. Zweitens besteht das Risiko eines *spill-over-Effekts*, bei dem ungelöste Dossiers jederzeit mit anderen Themen verknüpft werden können. Die dadurch entstehenden potenziellen Schwachstellen könnten die Interessenvertretung des Landes in Verhandlungen negativ beeinflussen.

### *1.3.2. Das am meisten mediatisierte Leftover-Dossier: der Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum*

Im Zusammenhang mit den *leftovers* wird das Schengen-Dossier im Kontext des österreichischen Vetos gegen den Beitritt Rumäniens im Rahmen des Rates „Justiz und Inneres“ am 8. Dezember 2022 für die Analyse herangezogen. Das Schengen-Veto verdeutlicht, wie die Überpolitisierung eines Themas auf innerstaatlicher Ebene und die Abkopplung von zuvor vereinbarten strikten Kriterien zu negativen Auswirkungen auf europäischer Ebene führen können. Dies zeigt sich darin, dass die Einheit der EU, der Respekt vor den vereinbarten Regeln und die Glaubwürdigkeit Kriterienkatalogs des *acquis communautaire* sowie des gesamten Integrationsprozesses geschwächt oder relativiert werden.

Vor dem Hintergrund der überraschenden und einmaligen Vetoentscheidung der Republik Österreich, unmittelbar nach der Aufhebung des Kontroll- und Kooperationsmechanismus durch die Europäische Kommission (Anm. d. Verf. ein wichtiger Fortschritt, der die positive Entscheidung im Schengen-Dossier fördern und stärken sollte), fand sich Rumänien in einer äußerst sensiblen Krisensituation wieder, die das gesamte Land – von der Politik über die Wirtschaft bis hin zur Gesellschaft – erschütterte. Die Bewegungsfreiheit in einem kontrollfreien innereuropäischen Raum war von Anfang an einer der attraktivsten Anreize für die Rumänen, als ihr Land der EU beitrug. Der Beitritt zum Schengen-Raum wurde zudem mit der gerechtfertigten Erwartung verbunden, dass dieser ein wichtiger Schritt zur vollständigen Integration in die EU darstellt und die Bürger Rumäniens als gleichwertige Mitglieder der Union anerkannt werden.

Die rumänischen Staatsbürger fühlten sich verraten, als Unionsbürger zweiter Klasse - diese Emotionalität wurde sowohl im gesellschaftlichen, als auch im politischen und nicht zuletzt im

europapolitischen Diskurs stark artikuliert. Im Schengen-Unterkapitel werden Kontext und mögliche Gründe des österreichischen Vetos, aber auch die Reaktionen der Politik und der Gesellschaft in Rumänien detailliert erklärt.<sup>20</sup>

Es wird die These aufgestellt, dass die Art und Weise wie Rumänien in dieser Situation reagiert hat, das Profil eines pragmatischen, konsenssuchenden und prinzipientreuen Mitgliedstaates unter Beweis stellt und dadurch mittelfristig für das Image des Landes positive Effekte erzeugen kann.

Die Prinzipien, die Rumänien nach dem Veto der österreichischen Regierung konsequent verfolgt hat, waren: konsenssuchende Entscheidungsfindung und Wahrung der Einigkeit der EU-Positionen, respektvoller und gleichgestellter Umgang und ehrliche Verhandlungsführung, nicht zuletzt Respekt für die Beschlüsse und für die EU-Normen. Diese Prinzipien wurden in verschiedenen offiziellen Erklärungen und Pressemitteilungen der rumänischen Regierung und diplomatischen Vertretungen hervorgehoben. Beispielsweise betonte der rumänische Präsident Klaus Werner Iohannis in einer Stellungnahme die Bedeutung der Zusammenarbeit und des Dialogs innerhalb der EU, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und die europäische Einheit zu stärken (Administratia Prezidentiala, 2024). Auch der rumänische Außenminister Bogdan Aurescu betonte, dass Rumänien Teil der Lösung und nicht des Problems sei und unterstrich im Gespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen in Davos, 2023, wie auch in mehreren Interviews die Notwendigkeit, respektvoll und konstruktiv miteinander und mit allen EU-Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen (digi24, 2023, 19. Januar). Diese Haltung trug letztlich dazu bei, dass Österreich sein Veto aufhob und Rumänien am 1. Januar 2025 vollwertiges Mitglied des Schengen-Raums wurde. Dieser Schritt wurde von der Europäischen Kommission und anderen EU-Institutionen als Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts innerhalb der Union begrüßt.

Geleitet von dem theoretischen Ansatz der Europäisierung und Radaellis Definition des Anpassungsdrucks – dem *misfit* – ist es interessant festzustellen, dass das österreichische Schengen-Veto im Grunde als ein umgekehrtes *misfit* betrachtet werden kann. Das Phänomen des *reverse misfit* tritt nicht wie üblich auf der Ebene eines Mitgliedstaates als Policy-Taker,

---

<sup>20</sup> Siehe detaillierte Quellenhinweise im Kapitel III.3.

der Europäisierungsprozesse in Form von *Downloads* übernimmt, sondern auf der Ebene der Europäischen Union, bei einem ihrer Mitgliedstaaten, der Republik Österreich. Diese verweigert sich im Alleingang der überwältigenden Mehrheitsentscheidung des Rates „Justiz und Inneres“, die Rumänien aufgrund seiner Schengen-Reife den Beitritt gewähren wollte, und stellt sich somit gegen die allgemeine Erwartungshaltung. In diesem Fall tritt der *Misfit* nicht auf der Seite Rumäniens auf, sondern auf der der Europäischen Union. Daher wird diese Situation als *reverse misfit* definiert. Die Auswirkungen solcher *reverse misfit*-Situationen führen nicht zu einer Stärkung der Europäisierung und des Respekts für das EU-Regelwerk, sondern vielmehr zu einer Schwächung der Glaubwürdigkeit der normativen Kräfte der EU sowie des gesamten Prozesses der europäischen Integration und Vertiefung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Überpolitisierung und die von den im Voraus vereinbarten strikten Kriterien abgekoppelte Handhabung dieser *leftovers* seitens einiger EU-Partner, insbesondere im Fall des Schengen-Beitritts, die Gefahr bergen, die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit des gesamten Erweiterungsprozesses der EU in den Augen der Bewerberländer zu untergraben. Durch die politisch motivierten Aufschiebungen des bereits Vereinbarten (wie etwa beim Schengen-Beitritt) vermittelt die EU den Eindruck, dass die Regeln des Spiels jederzeit geändert werden können und die Anpassungsbemühungen der Kandidaten ins Leere führen. Dieser Eindruck von Unberechenbarkeit kann die Motivation der Beitrittskandidaten zur Umsetzung der Konditionalitäten schwächen und das Phänomen der Entfremdung sowie der Erweiterungsmüdigkeit, aber auch der EU-Müdigkeit sowohl bei den politischen Eliten als auch in der Bevölkerung verstärken. Das entstehende Vakuum bietet Raum für EU-kritische und konkurrierende Akteure wie Russland, China und nicht zuletzt die Türkei, die durch wirtschaftliche Anreize – die jedoch nicht an Konditionalitäten gebunden sind – Soft Power ausüben und somit die Bindung der Westbalkanstaaten an die EU schwächen (Kurier, 2022, 8. Dezember). Diese Entwicklung kann sich die EU vor allem in dieser komplexen Zeit nicht leisten, wenn sie eine Zone der Sicherheit, Demokratie und Stabilität über ihre Grenzen hinaus etablieren möchte (Ursula von der Leyen, 30. März 2024: ec.europa.eu).

#### 1.4. Die euroatlantischen Säulen des „goldenen Dreiecks“<sup>21</sup> der rumänischen Außenpolitik: NATO und die Strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Der Weg Rumäniens in Richtung einer euroatlantischen Annäherung wurde in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre grundlegend geebnet. Im Jahr 1995 trafen die Vertreter der rumänischen politischen Eliten in Snagov<sup>22</sup> eine gemeinsame Entscheidung, die strategische Ausrichtung der Außenpolitik des Landes auf die euroatlantische Integration auszurichten. Diese einmütige Festlegung der politischen Eliten fand auch breite Zustimmung in der Bevölkerung und wurde von ihr weitgehend mitgetragen. In Übereinstimmung mit Sălăjan (2016) wird die „euroatlantische Orientierung auf nationaler Ebene mit einer beeindruckenden Einstimmigkeit von der gesamten politischen Elite bestätigt.“

Die euroatlantische Gemeinschaft repräsentiert für die rumänischen Staatsbürger ein Symbol für Wohlstand und Sicherheit. Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in der Konstruktion der rumänischen Außenpolitik wider, die auf drei fundamentalen Säulen basiert: der NATO, der EU und der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Entscheidung für diese Ausrichtung wurde mit dem grundlegenden Ziel begründet, Rumänien als Akteur „auf die richtige Seite der Geschichte“ zu stellen. Dieser Ansatz wurde 1992 vom damaligen Außenminister Rumäniens folgendermaßen zusammengefasst: „Die Option der euroatlantischen Integration ist eine natürliche Wahl. Es ist bekannt, dass die Institutionen sowie das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben des modernen Rumäniens – mit Ausnahme der Zeit des Kalten Krieges – stets ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Zivilisation waren“ (Meleşcanu, 1996).<sup>23</sup>

Sălăjan betont in ihrer Forschung zur postkommunistischen Identität Rumäniens, dass die euroatlantische Identität im Fall Rumäniens als übergeordnete oder vermittelnde Identität verstanden werden kann, die drei identitätsstiftende Selbstbilder vereint: die europäische Identität, die non-balkanische Identität und die Identität als regionaler Sicherheitsanker. Der

---

<sup>21</sup> Aurescu (2019). Einleitung. In *Politica Marilor Puteri in Europa Centrala si de Est: 30 de ani de la sfarsitul Razboiului Rece/Die Politik der Großmächte in Zentral- und Osteuropa: 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges*, Hrsg. Naumescu, V., 10, Bukarest: Humanitas. (Übersetzung durch die Autorin); Klaus Werner Iohannis (2021).

<sup>22</sup> Die Präsidenten der im rumänischen Parlament vertretenen Parteien trafen sich 1995 in Snagov und verabschiedeten die Snagov-Erklärung. Durch diese Erklärung wird die Zustimmung der politischen Kräfte zur nationalen Strategie zur Vorbereitung des Beitritts Rumäniens zur Europäischen Union bestätigt.

<sup>23</sup> Rede Teodor Meleşcanu (1996) „Rumäniens Weg in Richtung der euro-atlantischen Integration“. *Renasterea diplomatiei romanesti*. Cluj-Napoca: Dacia. Zitat ursprünglich auf Englisch. Übersetzung durch die Autorin.

Beitritt zu den euroatlantischen Strukturen bestätigte und legitimierte die übergeordnete europäische Identität des Landes und schuf gleichzeitig den Rahmen, innerhalb dessen die damit verbundenen Rollenkonzepte artikuliert werden konnten (Sălăjan 2016, S. 1).

Gleich nach der Wende von 1989 kam eine Phase der Richtungssuche und eine Neuaufstellung der rumänischen Außenpolitik um die Schwerpunkte: Vereinigten Staaten von Amerika, NATO und EU. Rumänien verfolgte diese Zielsetzung unter dem doppelten Paradigma des Strebens nach Wohlstand und westlichen Lebensstandards sowie der Notwendigkeit, Sicherheitsgarantien zu sichern – beide Aspekte sind seither prägende Motivationen und Zielsetzungen der außenpolitischen Agenda Rumäniens. Der Beitritt zu den Institutionen der NATO (2004) und der EU (2007) sowie die Mitgliedschaft im Europarat<sup>24</sup>, letzterer als demokratisierende Vorstufe für die spätere Integration in die zuvor genannten supranationalen Organisationen betrachtet, spiegeln sowohl den normativ-idealistischen Anspruch wider, Teil der demokratischen, grundrechtsorientierten und rechtsstaatlich funktionierenden Marktwirtschaften der euroatlantischen Wertegemeinschaft zu sein, als auch das rationalistische Kalkül, dass durch die Instrumentalisierung der Mitgliedschaft in diesen Strukturen der wirtschaftliche und soziale Aufholprozess gestärkt und die Sicherheit des Landes langfristig gesichert wird. Vor diesem Hintergrund erscheinen der Beitritt zum Schengen-Raum sowie die angestrebte Mitgliedschaft in der OECD<sup>25</sup>, für die Rumänien derzeit umfassende Verhandlungen führt und intensive Lobbyarbeit leistet, als logische und natürliche Schritte in der weiteren Integration des Landes in die westliche Gemeinschaft.

Die NATO-Mitgliedschaft Rumäniens, die am 29. März 2004 offiziell vollzogen wurde, stellte einen entscheidenden Schritt in der euroatlantischen Integration des Landes dar und trug nicht nur zur Stärkung seiner nationalen Sicherheit bei, sondern förderte auch die Verankerung Rumäniens in westlichen politischen, militärischen und institutionellen Strukturen, was wiederum einen wesentlichen Impuls für die Europäisierung des Landes darstellte, indem es den Zugang zu westlichen Normen, Werten und Praktiken ermöglichte.

---

<sup>24</sup> Beitrittsjahr: 1993.

<sup>25</sup> Seit Juni 2022 ist Rumänien offiziell Beitrittskandidat und führt seinen Beitrittsprozess anhand eines Fahrplans, verabschiedet vom OECD-Rat, durch. Derzeit befindet sich das Land in Beitrittsverhandlungen.

Die Begriffe „Rückkehr nach Europa“ und „Europäisierung“ dienten als syntagmatische Schlagworte, mit denen sowohl auf gesellschaftlicher als auch politischer Ebene ein umfassender und komplexer Wandel beschrieben werden konnte. Dieser Wandel war nicht ausschließlich auf den Prozess der europäischen Integration beschränkt. Aus der rumänischen Perspektive markierte die Wende von 1989 im Wesentlichen die Möglichkeit, die künstliche Abgeschlossenheit einer vom europäischen Kontext getrennten Zwangsexistenz zu überwinden. Europäisierung wurde dabei sowohl als Symbol für die Rückkehr in die europäische Gemeinschaft als auch als Leitmotiv für einen tiefgreifenden Systemwandel und die Anpassung an westeuropäische Strukturen verstanden.

Neben der NATO- und EU-Mitgliedschaft ist die dritte Säule der rumänischen Außenpolitik, durch welche das *goldene Dreieck* vervollständigt wird, die Strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika (lanciert am 11. Juli 1997, anlässlich des Besuchs von Präsident Bill Clinton in Bukarest). Nach der Wende 1989 strebte die rumänische Diplomatie an, die Beziehungen zu Washington im Einklang mit dem Paradigma einer westlichen Annäherung zu etablieren. Dieses Bestreben hat sich seitdem als eine konstante außenpolitische Priorität des Landes etabliert.

Rumänien bekennt sich weiterhin mit unerschütterlicher Loyalität zur Förderung und Vertiefung des Engagements der Vereinigten Staaten in der Europäischen Union und insbesondere in der zentral- und osteuropäischen Region, auch im Hinblick auf die zunehmend komplexen und volatilen transatlantischen Beziehungen der Gegenwart. Die starke Verankerung der rumänischen Außen- und Sicherheitspolitik in der transatlantischen Partnerschaft wird auch dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die Nationale Verteidigungsstrategie von Rumänien für 2020-2024 (Administrația Prezidențială, 2024), die als Fundament der Ausformulierung der außenpolitischen Orientierung dient, die Vertiefung und Weiterentwicklung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten an allererster Stelle erwähnt.

Die transatlantische Beziehung stellt das zentrale Bindeglied und konstanter Faktor dar, der die Kohäsion der drei wesentlichen Pfeiler des rumänischen außenpolitischen Konzepts sichert, wie der ehemalige Außenminister Bogdan Aurescu betont (Aurescu, 2018). Trotz etwaiger Turbulenzen in den US-EU-Beziehungen bleibt Rumänien als entschlossener Befürworter

dieses Konzepts verpflichtet. Nagy et al. (2019, S. 273) heben hervor, dass Rumänien, als Staat an der Peripherie, paradoxerweise eine starke pro-transatlantische Haltung einnimmt. Lakatos:

„Durch seine traditionelle Politik des Gleichgewichts hat Rumänien im Laufe seiner Geschichte gelernt, wie man das Gleichgewicht zwischen den konkurrierenden Großmächten hält. Als Peripheriestaat ist es nicht gezwungen, eine klare Position in den Auseinandersetzungen zwischen Amerika und Europa einzunehmen. Viele rumänische Bürger sehen keinen Unterschied zwischen den Prozessen der NATO- und EU-Integration, und auch viele rumänische Politiker sprechen heute häufig von einem einheitlichen Westen. Die geopolitische Rolle Rumäniens ermöglicht es dem Land, sowohl für die USA als auch für die EU von Nutzen zu sein.“ (Lakatos 2015, S. 147f.)

Im Jahr 2024 hat man 25 Jahre Strategische Partnerschaft zwischen den USA und Rumänien gefeiert und zu diesem Anlass fanden zahlreiche hochrangige Besuche zwischen Rumänien und den USA statt. Aus rumänischer Sicht ging es darum, die bilaterale Zusammenarbeit zu stärken und für den wichtigen Beitrag, den Rumänien in der Region leistet (Ukraine, Schwarzes Meer), Anerkennung und Unterstützung zu gewinnen. Um nur die jüngsten Kontakte, die aus rumänischer Sicht relevant sind, bezeichnend für die Qualität der Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene zu nennen: der Besuch von Präsident Klaus Werner Iohannis am 7. Mai in Washington und einige Wochen darauf das bilaterale Treffen der rumänischen Außenministerin Luminita Odobescu mit Staatssekretär Antony Blinken am 21. Juni 2024. In der gemeinsamen Pressekonferenz sprach Staatssekretär Blinken über die immer stärkere Partnerschaft, die die beiden Länder verbindet und hob die Schwerpunkte für die Zukunft der Zusammenarbeit hervor: Sicherheitskooperation und gemeinsames Agieren in der hybriden Kriegsführung mit den demokratischen Staaten des transatlantischen Achse, Energiekooperation, Demokratie, allen voran aber die Stärkung der NATO. (US Department of State, 2024).

Diese Gespräche haben einmal mehr unterstrichen, dass Rumänien für die Vereinigten Staaten aus der Perspektive seiner NATO-Mitgliedschaft und seinem Engagement im Rahmen der Allianz von spezifischer Bedeutung ist: Präsident Biden sprach über die gemeinsame Aufgabe, zusammen die östliche Flanke der NATO zu stärken und lobte seinen Amtskollegen für seine politische Führung (leadership) in der Region um das Schwarze Meer, wie auch Rumäniens Einsatz im Kontext des Krieges in der Ukraine. „I don't think there's any NATO partner who

has a stronger commitment to the Euro-Atlantic alliance than Romania and the United States. And it's a value set. It's what we believe.”– so Präsident Biden (Das Weiße Haus, 2024, 7. Mai). Gegen die Endzeit der Biden-Administration hat Rumänien wichtige bilaterale Erfolge erzielt, wie etwa die Konkretisierung der Einbindung des Landes in das Visa Waiver Programm, welches den rumänischen Staatsbürgern ermöglicht, ungefähr ab dem 31. März 2025 ohne Visum für touristische und Kurzaufenthalte in die USA zu reisen (Ministerul Afacerilor Externe, 2025, 10. Januar). Angesichts der dichten Struktur und des breiten Spektrums der politischen Beziehungen zwischen Rumänien und den USA, scheint der Amtseintritt des neuen US-Staatspräsident Trump in Bukarest mit der Erwartung verbunden zu sein, dass die enge strategische Zusammenarbeit ununterbrochen weitergeführt wird. Immerhin gehört Rumänien, so Außenminister Emil Hurzeanu in einem RRA-Interview am 21. Januar 2025, zum Kern der strategischen Partnern der Vereinigten Staaten und auch zu den ersten NATO-Mitgliedstaaten, die sich für eine Erhöhung der Militärausgaben entschlossen haben (radio.romania-actualitati, 2025, 21. Januar).

Sowohl die EU als auch die NATO erfreuen sich in Rumänien einer breiten und kontinuierlich unterstützenden Haltung der rumänischen Bevölkerung. Laut des Jahresberichtes 2023 des NATO-Generalsekretärs (NATO 2023), spricht sich 82% der Rumäninnen und Rumänen dafür aus, dass das Land NATO-Mitglied bleibt (im Vergleich dazu: 66% ist der NATO-Durchschnitt) und 75% der Befragten glauben daran, dass im Kontext der NATO-Mitgliedschaft es weniger wahrscheinlich ist, dass Rumänien von einem fremden Land angegriffen wird.

Anhand dieser Statistiken hätte man bis vor kurzem behaupten können, dass Rumänien in der Region ein Paradoxon darstellt, wo Euroskeptizismus und desintegrative Diskurse, die Infragestellung der Relevanz der transatlantischen Beziehungen, insbesondere der Rolle der NATO und der Vereinigten Staaten von Amerika, mit einigen, zeitlich und in deren Effekt isolierten Ausnahmen, keinen fruchtbaren Boden fassten.

Spätestens seit den im November 2024 annullierten Präsidentschaftswahlen, die durch aggressive Desinformationskampagnen und manipulative Eingriffe sozialer Medien-Algorithmien die freie und faire Wahl erheblich in Frage stellten, hat auch in Rumänien der Diskurs über russische Propaganda, gezielte Destabilisierung und Verunsicherung Fuß gefasst. Diese Dynamik äußert sich in der Förderung von Populismus, Rechtsextremismus und einer

verstärkten anti-westlichen Rhetorik, die gezielt auf die Schwächung der gesellschaftlichen und politischen Stabilität abzielt.

### *1.5. Sekundäre Rollenkonzepte der rumänischen Außenpolitik*

Neben den drei oben erwähnten, übergeordneten Rollenkonzepten der rumänischen Außenpolitik (die in Form eines *außenpolitischen Dreiecks* die Verankerung des Landes in den politischen Westen postulieren), beobachtet man im Diskurs der politischen Elite eine ganze Reihe von sekundären, die übergeordneten Rollenkonzepte ergänzenden Rollenartikulationen: die Rolle Rumäniens als Stabilitätsfaktor an der östlichen Flanke der EU und der NATO (konstruktiver Akteur an der Peripherie), die Rolle als Befürworter des Multilateralismus, die Rolle als Sprachrohr der EU-Annäherungsbemühungen der osteuropäischen Staaten und der Länder des Westbalkans auf der Ebene der EU, aber auch die Rolle des Modells für eine gelungene euroatlantische Integration und, damit verbunden, die Rolle der Forcierung der Europäisierung auf den Westbalkan, nach Osten und in die Region des Schwarzen Meeres.

Nicht zuletzt sei auch die Rolle eines starken Befürworters der Vertiefung der EU-Integration zu erwähnen, der Kohäsion innerhalb der EU, die in den letzten Jahren zu den Leitlinien der rumänischen EU-Politik avancierte. Im Kontext des Schengen-Vetos wird immer wieder die Rolle Rumäniens als Befürworter der Solidarität und der Gleichbehandlung in der EU erwähnt.

### *1.6. Warum „goldenes Dreieck“? – Kontext, Motive, Gründe*

Im Folgenden werden die kontextuellen Gegebenheiten, die Motive und die Gründe der Ausformulierung des rumänischen außenpolitischen Denkens erörtert. Die Relevanz dieser Ausführung wird durch die Notwendigkeit einer informierten und detaillierten Vermittlung der Artikulationen der heutigen Europa- und Außenpolitik von Rumänien begründet.

Das „goldene Dreieck“ der rumänischen Außenpolitik (Klaus Werner Iohannis, 2021) wird durch die geopolitische Lage des Landes sowie regionale Gegebenheiten geprägt. Diese Forschung greift das Konzept der Peripherie mit variabler Geometrie (Naumescu, 2019) auf, da diese Position Rumäniens eine zentrale Rolle als Vermittler im Spannungsfeld konkurrierender Interessen ermöglicht und gleichzeitig ein komfortables Spielfeld für außenpolitisches Agieren eröffnet. Besonders im Ukraine-Kapitel wird die Position Rumäniens

im Kontext russischer Einflussnahme und Destabilisierungstaktiken thematisiert. Im Kapitel III.3. wird auch auf russische Propaganda und hybride Bedrohungen eingegangen.

Rumänien versucht, die oft negativ konnotierte Wahrnehmung der Peripherie durch eine konstruktive außenpolitische Neuinterpretation aufzuwerten. Dieses Vorgehen unterstreicht das Engagement des Landes in der Region und dient der Förderung seiner strategischen Interessen. Ein zentraler Schwerpunkt liegt dabei auf der Bewahrung von Stabilität und der Schaffung nachhaltiger Sicherheit, wodurch Rumänien eine aktive Rolle in der Förderung regionaler Stabilität einnimmt und bemüht ist, seine Bedeutung im geopolitischen Kontext zu stärken.

Unter dem Aspekt der regionalen Stabilität und Sicherheit agiert Rumänien in einer herausfordernden geopolitischen Umgebung, geprägt durch den Krieg in der unmittelbaren Nachbarschaft in der Ukraine und die zunehmenden Risiken sowie Bedrohungen im Osten, insbesondere in der Republik Moldau. Aufgrund seiner strategischen Lage entlang der östlichen Flanke der EU und der NATO – die zunehmend als Konfliktlinie zwischen konkurrierenden geopolitischen Blöcken wahrgenommen wird – spielt Rumänien eine Schlüsselrolle. Mit seinem Zugang zum Schwarzen Meer, das als Schnittstelle zwischen der EU, der Ukraine, Russland, der Türkei und dem Kaukasus fungiert, ist das Land in ein Gebiet eingebettet, das sich zu einem zentralen geopolitischen Brennpunkt entwickelt hat. Es ist ein wichtiger Schauplatz im russischen Krieg gegen die Ukraine, aber auch ein umkämpfter Raum, insbesondere wegen Energie, Infrastruktur, strategischer Lage und nicht zuletzt unter dem Aspekt der Ernährungssicherheit.

In der rumänischen Nationalen Verteidigungsstrategie wird Russland als potenzielle Bedrohung eingestuft, insbesondere aufgrund seiner aggressiven Außenpolitik und der Militarisierung der Schwarzmeerregion. Diese Entwicklungen haben zu einem angespannten und instabilen Sicherheitsumfeld in der unmittelbaren Nachbarschaft Rumäniens geführt. Die russischen Aktivitäten, einschließlich hybrider Maßnahmen, beeinflussen die Sicherheitslage in der Region und stellen Rumänien auch vor den Konsequenzen von massiven Destabilisationsversuchen die von Russland ausgegangen seien.

Die Nationale Verteidigungsstrategie Rumäniens 2020-2024 (Administrația Prezidențială 2020) betont die Notwendigkeit, auf diese Bedrohungen zu reagieren und die nationale

Sicherheit zu gewährleisten. Diese Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Anpassung der Verteidigungsstrategie und eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten und die regionale Stabilität zu fördern (Nedea 2015, S.155).

Im Kontext der Europäischen Union (EU) und der NATO setzte sich Rumänien proaktiv für eine verstärkte und engagiertere Rolle beider Institutionen in der erweiterten Schwarzmeerregion ein. Die Entwicklungen nach dem 24. Februar 2022 bestätigten die Dringlichkeit und Relevanz dieser rumänischen Position. In Reaktion darauf ergriff Rumänien verschiedene Initiativen, um die Chance zu ergreifen, die durch die prekären sicherheitspolitischen Gegebenheiten entstanden war, zu nutzen und die Bedeutung des Schwarzen Meeres für die euroatlantischen Akteure zu erhöhen.

Rumänien hat aktiv zu wichtigen Errungenschaften beigetragen, wie etwa eine Strategie für das Schwarze Meer (Hertwig, 2021), die das Schwarze Meer als Teil einer geopolitischen Großregion definiert (Meister 2021, S. 1). Die Tatsache, dass die Gipfelerklärung der NATO (Washington D.C., 10. Juli 2024) die Region des Schwarzen Meeres (und der Westbalkanstaaten) als von strategischer Relevanz beschreibt, ist aus der Perspektive der rumänischen Außenpolitik eine wichtige Botschaft und gleichzeitig die Bestätigung der Gültigkeit dessen, was Rumänien schon seit Jahren betont, dass die EU und die NATO die Region um das Schwarze Meer mit mehr Einsatz handhaben sollten: „The Western Balkans and the Black Sea regions are of strategic importance for the Alliance. We remain strongly committed to their security and stability” (Gipfelerklärung Washington Gipfeltreffen 2024).

Betreffend die Staaten des Westbalkans, gehört Bukarest, obwohl nicht Teil des Berliner Prozesses, zu den konstanten Stimmen in der EU, die für die Aufnahme der gesamten Westbalkan-Region in die EU plädieren. Dies ist auch das ultimative Ziel des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses<sup>26</sup> (Papakostas 2009, S. 26), in dessen Rahmen Rumänien ein aktives Mitglied ist. Laut Papakostas genießt Serbien unter den Westbalkanländern den Löwenanteil der politischen Unterstützung seitens des EU-Mitglieds

---

<sup>26</sup> Der Südosteuropäische Kooperationsprozess (auf Englisch: South Eastern European Cooperation Process – SEECP) ist eine regionale Initiative zur politischen Koordinierung der Zusammenarbeit in Südosteuropa, dessen Organ der Regionale Kooperationsrat (auf Englisch: Regional Cooperation Council -RCC) ist. Als Ziele werden die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit, die Stärkung der pro-europäischen Kräfte in der Region und die Unterstützung für die EU-Annäherung der Westbalkanländer verfolgt.

Rumänien, sowohl in Bezug auf die territorialen Fragen als auch in Bezug auf seine EU-Beitrittschancen (Papakostas 2009, S. 18). Die enge Partnerschaft mit Serbien wurde nicht zuletzt beim Thema Kosovo bestätigt, da Rumänien zu den Staaten gehört, die die Unabhängigkeit Pristinas nicht anerkennen. In Anbetracht der Entwicklung der Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau, zusammengefasst als „Russification of Serbia“ (Nedea 2015), zeigt sich Rumänien besorgt und setzt sich mit allen Mitteln für die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des Westlichen Balkans, insbesondere Serbien, ein.

Rumänien hat sich sowohl im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit als auch in bilateralen Beziehungen konstant als Unterstützer der Ukraine positioniert. Seit Beginn des Konflikts verfolgt das Land eine klare, transparente und eindeutige Ukraine-Politik, die auf die Förderung einer solidarischen europäischen Haltung abzielt. In diesem Kontext kann Rumänien als Policy-Shaper wahrgenommen werden, da es zahlreiche Initiativen vorangetrieben hat, die von europäischen und transatlantischen Partnern anerkannt werden. Diese Initiativen umfassen unter anderem militärische Unterstützung, die Erleichterung von Getreidetransporten sowie die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen. Die Positionierungen Rumäniens im Kontext des Angriffskrieges in der Ukraine werden im Kapitel III.2. aus der Perspektive des Agierens als Policy-Shaper analysiert.

Das letzte, jedoch aus strategischer Perspektive wichtigste Nachbarland in der rumänischen Außenpolitik ist die Republik Moldau, deren herausragende Bedeutung sich durch die gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache und sozialen Verbindungen zu Rumänien erklärt. Bereits vor seinem eigenen EU-Beitritt stellte Rumänien als außenpolitische Priorität sicher, dass die Republik Moldau den Systemwandel von einem kommunistisch geprägten, von Russland dominierten Land hin zu einer liberalen Demokratie erfolgreich vollzieht und sich der EU annähert.

Die konsequente Unterstützung für die EU-Perspektive der Republik Moldau bleibt ein zentraler Bestandteil der rumänischen Außen- und Europapolitik. Wie die moldauische Staatspräsidentin treffend formulierte: „Die Vereinigung der beiden Länder wird im Rahmen der EU erreicht“ (infoprut, 2022, 6. September). Die moldauische Präsidentin Maia Sandu betonte, dass die Mehrheit der Moldauer die EU-Mitgliedschaft anstrebt, während eine Minderheit das Thema der Vereinigung mit Rumänien unterstützt. Rund 36-40% der Bevölkerung befürworten die Vereinigung aus verschiedenen Gründen, wie historischen Aspekten oder besseren Lebensstandards in Rumänien. Sandu betonte jedoch, dass der

pragmatischste Weg für Moldawien eine EU-Mitgliedschaft sei, da dies das Land stärker mit Europa verbinden würde. (infoprut, 2022, 6. September).

Die rumänische Diplomatie hat mittels zahlreicher zur Verfügung stehender Instrumente versucht, die EU-Perspektive des Landes greifbar zu machen: unter anderem plädierte Rumänien jahrelang dafür, dass die Republik Moldau quasi als Teil der „Erweiterungsgruppe“ Westbalkan gehandhabt wird, ein Szenario welches in der EU wenig Widerhall fand.

Es kam im Kontext des russischen Aggressionskrieges in der Ukraine vielmehr dazu, dass die Europäische Union der benachbarten Republik Moldau ihre fokussierte Aufmerksamkeit widmete. Die Republik Moldau bleibt eine konstante Priorität in der rumänischen EU- und Außenpolitik. Unter der Führung der pro-europäischen Präsidentin Maia Sandu haben die bilateralen Beziehungen zwischen Bukarest und Chisinau eine besonders intensive und produktive Phase erreicht. Rumänien engagiert sich nicht nur durch zahlreiche Besuche auf verschiedenen Regierungsebenen, sondern setzt sich auch auf EU-Ebene aktiv für die Unterstützung der Beitrittsfortschritte der Republik Moldau ein. Im Zuge des russischen Aggressionskrieges in der Ukraine strebt Rumänien an, die Beitrittsverhandlungen der Republik Moldau zu stärken und vor möglichen Bedrohungen zu schützen.

Rumänien initiierte verschiedene politische Maßnahmen zur Unterstützung der Republik Moldau, darunter „die Plattform für die Unterstützung der Republik Moldau“, die gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und mit der Teilnahme der USA ins Leben gerufen wurde. Diese Initiative (<https://maisigurinue.md/the-moldova-support-platform/>) zielt darauf ab, die Republik Moldau angesichts der Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges zu unterstützen und seine Kapazitäten zu stärken. In Folge der historischen Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2023 für die Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau grünes Licht zu geben, sieht Rumänien eine qualitativ neue Phase der Zusammenarbeit mit dem benachbarten Land, die auch unter dem Aspekt der Europäisierung relevant ist: Rumänien unterstützte sein Nachbarland mit Expertise und Wissenstransfer schon im Rahmen des Heranführungsprozesses und mit dem Start der Beitrittsverhandlungen eröffnet sich eine neue Ebene dieser zielgerichteten Kooperation, vor allem in Bereichen der Justiz und Inneres, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch in anderen Bereichen, wie etwa Energie, Verkehr u.v.m.

Im Rahmen seines eigenen Beitrittsprozesses agierte Rumänien als Policy-Taker und übernahm im Rahmen langwieriger Verhandlungen das Regelwerk der EU. Diese Top-Down-Prozesse der Europäisierung, die Rumänien durchlaufen hat, werden nun auf die Republik Moldau übertragen, wobei sie durch rumänische Expertise gefiltert und bereichert werden. Dabei sprechen wir von sequenzierten, mehrphasigen Prozessen der Europäisierung, die schon vor der Vollendung der Integration sowohl horizontale (zwischen Staaten) als auch vertikale (über Expertise) Effekte erzeugen. Rumänien trägt somit zur Verstärkung des Europäisierungsprozesses bei und nutzt diese Chance, seine pro-europäische Haltung in der Region zu profilieren. Somit trägt Rumänien, „durch die schrittweise Erweiterung des Raums der Freiheit, des Wohlstands, der Sicherheit und der Vorherrschaft des Rechts zur Stärkung des Prozesses der Europäisierung bei“ (Joint Strategy Paper - Romania's Neighbourhoods: East and South. An integrated approach 2016, S. 2). Vor diesem Hintergrund erscheint für die rumänische Außenpolitik die Rolle des Förderers der Europäisierung in der Nachbarschaft als eine Art eindeutige Einbahnstraße, die die natürlichen Interessen und Sicherheitsbedürfnisse des Landes widerspiegelt. Zugleich kann man durchaus behaupten, dass Rumänien von einer *voice opportunity* Gebrauch macht, die im regionalen Kontext die Chance der Profilierung ermöglicht. Die Europäisierung der Republik Moldau ist für Rumänien auch mit Hinblick auf seine eigenen Sicherheitsbedürfnisse und die Stabilität in der erweiterten Region des Schwarzen Meeres wichtig.

### *Das Schwarze Meer*

Die Region des Schwarzen Meeres wird als potenzielle Schwachstelle der NATO, als Achillesferse der NATO (Ditrych 2024, S.1) betrachtet und stellt für Rumänien aufgrund seiner geostrategischen Nähe zu Russland ein besonders anfälliges Gebiet dar. Die Instabilität und Volatilität der Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten sowie die von regionalen Mächten ausgetragenen Konflikte verstärken diese Unsicherheit. Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich das Schwarze Meer zu einem geopolitischen Brennpunkt entwickelt, in dem Russland seinen Einfluss mit verschiedenen Mitteln zu sichern versucht. Das Schwarze Meer ist nach dem russischen Angriff in der Ukraine zu einem Meer des Krieges geworden, eine strategische Plattform wo Russland um seine Vorherrschaft kämpft und durch zahlreiche Instrumente versucht, seinen Einfluss geltend zu machen, so dass das dystopische Szenario der Russischen See (Ditrych 2024, S.1) wovor Rumänien warnt.

Es könnte für die EU gefährlich werden, diese besorgniserregenden Entwicklungen an seiner östlichen Flanke zu ignorieren. Rumänien hat sich stets für die Aktivierung der EU in der Region ausgesprochen (vgl. Reservistenverband. [n.D.] *Vom Zuschauer zum Akteur: Die NATO und das Schwarze Meer*). 1.457 Kilometer der rumänischen Landesgrenze (von der Gesamtheit von 2.508 Kilometer) sind zugleich EU-Außengrenze und trennen die Gemeinschaft von einer Nachbarschaft, die immer wieder mit unvorhersehbaren Spannungen droht. Aus rumänischer Sicht befinden sich enge traditionelle Partnerstaaten auf der anderen Seite der östlichen Trennlinie – diesmal der EU-Außengrenze – wie der starke NATO-Partner Türkei und die damit verbundene Möglichkeit des Zugangs zum Nahen Osten, der oben bereits erwähnte Spezialfall Republik Moldau, aber auch die Ukraine, die im Kriegszustand ist und aus bilateraler Sicht eine schutzbedürftige rumänische Minderheit hat.

Eine Großzahl an Herausforderungen, denen die EU ausgesetzt ist, entspringt an der östlichen Flanke und hat mit den Themen Sicherheit und Stabilität zu tun. Im Jahr 2020 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung eine eingehende Analyse mit dem Titel „Antagonismen in der Nachbarschaft der Europäischen Union. Geopolitische Ambitionen der Schwarzmeer-/Kaspischen Region“, die die zunehmenden Konfliktpotenziale in dieser Region thematisierte, insbesondere im Zusammenhang mit den Bestrebungen Russlands. Russland betrachtet sich als Kernland der sogenannten „Russischen Welt“, die es als Teil seiner eigenen Einflussosphäre versteht.

In der Analyse wird darauf hingewiesen, dass Moskau eine Vielzahl von geopolitischen, wirtschaftlichen und energiepolitischen Interessen verfolgt, die eng miteinander verflochten sind. Besonders betont werden die militärstrategischen und sicherheitspolitischen Aspekte der russischen Energiepolitik. Ein zentrales Ziel der russischen Außenpolitik ist es, die gesamte südliche Flanke des Landes entlang des Schwarzen und Kaspischen Meeres zu stärken. In Bezug auf die EU wird argumentiert, dass die Ereignisse in der Ukraine aus der Sicht Moskaus als ein Experiment betrachtet werden, das auch auf andere Regionen der EU-Nachbarschaft übertragen werden könnte. Moskau strebt demnach an, seine Einflussnahme in den Staaten der EU-Nachbarschaft auszuweiten, die sich von Brüssel vernachlässigt fühlen. Diese Länder bieten Moskau die Möglichkeit, als „Schiedsrichter“ in Konflikten aufzutreten, die es in Teilen selbst geschaffen hat. Die Region des Schwarzen Meeres wird so zum Schauplatz der Rückkehr Russlands als Großmacht und Russland wird in diesem erweiterten Raum des Schwarzen Meeres als unumgängliche Referenz betrachtet. Die Wirkung der russischen Politik wird dabei

durch die Einflussnahme anderer Akteure wie der Türkei, China (mit seiner Seidenstraßeninitiative), sowie in geringerem Maße durch den Iran und Saudi-Arabien relativiert, wie die Studie konkludiert.

Vor dem Hintergrund dieser geopolitischen Dynamiken lässt sich ableiten, dass das außenpolitische Rollenkonzept Rumäniens ein starkes Sicherheitsbedürfnis widerspiegelt. In der Ausgestaltung sowohl der primären als auch der sekundären außenpolitischen Rollen sind dieses Sicherheitsinteresse sowie das Streben nach Wohlstand – verstanden auch als Garant für Stabilität und Sicherheit – von zentraler Bedeutung.

### *1.7. Europäisierung und die Rückkehr zum politischen Westen – Neuinterpretierung der Lage an der Peripherie und ständige Suche der Nähe zum Zentrum*

Nach der Darstellung der kontextuellen Gegebenheiten, die Rumäniens Agieren in seinem internationalen und europäischen Handeln prägen, richtet sich dieser Beitrag im weiteren Verlauf auf die Ausübung des übergeordneten Rollenkonzepts der rumänischen Außenpolitik – „Teil des Westens“ (EU, NATO und transatlantische Bindung) – sowie auf die daraus abgeleiteten oder ergänzenden Rollenkonzepte. Die zentrale These dieses Abschnitts lautet, dass Rumänien durch die konsequente und kontinuierliche Verfolgung seiner außenpolitischen Ziele, die im „goldenen Dreieck“ (Klaus Werner Iohannis, 2021; Aurescu, 2018) verankert sind, sowie durch die zunehmend agilere Anwendung der Handlungsinstrumente der NATO, der EU und der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika, seine strategische Relevanz im regionalen Kontext stärken kann. Diese Vorgehensweise könnte Rumänien möglicherweise auch dabei helfen, sich schrittweise näher an das Zentrum des „politischen Westens“ zu bewegen.

Die Erreichung der primären Zielsetzungen im Rahmen des „goldenen Dreiecks“ der rumänischen Außenpolitik (NATO-Beitritt, EU-Mitgliedschaft und strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten) verschafft dem Land eine einzigartige außenpolitische Realität. Dies gilt selbst inmitten der Volatilität und Instabilität der regionalen und globalen Gegebenheiten, die Rumänien jedoch nicht daran hinderten, bereits mehrfach als agiler Akteur (*Foreign-Policy-Shaper*) auf der internationalen Bühne hervorzutreten.

Je stärker Rumänien in die Strukturen des politischen Westens integriert ist und je mehr es die Normen und Verfahren dieser Institutionen internalisiert sowie deren kulturelle und funktionale Logik übernimmt, desto größer sind die Chancen, die eigenen Profilmomente auf der europa- und außenpolitischen Bühne durch eine effiziente Anwendung des außenpolitischen Instrumentariums zu stärken und sichtbare Akzente zu setzen. Spätestens Ende 2019 erreichte Rumänien einen Punkt, an dem die Bilanz seiner außenpolitischen Rollenausübung bemerkenswerte Ergebnisse aufwies. Diese hoffnungsträchtigen Zeichen als aktiver Akteur (*Foreign-Policy-Shaper*) sowie die anhaltenden Herausforderungen und Defizite, die die letzten dreißig Jahre der rumänischen Außenpolitik prägten und beeinflussten, werden im Folgenden detailliert behandelt.

Der Transformationsprozess Rumäniens seit der Wende, von einer Planwirtschaft zu einer marktwirtschaftlich orientierten Ökonomie, war von verschiedenen Phasen geprägt. In den Jahren 2000 bis 2008 konnte Rumänien beachtliche Fortschritte erzielen, insbesondere durch starkes Wirtschaftswachstum und den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen. Der Bankensektor spielte dabei eine zentrale Rolle. Die zweite Phase (2009-2010) war von den Folgen der globalen Finanzkrise beeinflusst, was zu einem Anstieg der Haushaltsdefizite und einer noch stärkeren Abhängigkeit von ausländischen Investitionen führte. In der darauffolgenden Phase (2011-2019) verzeichnete Rumänien ein langsames Wachstum, konnte jedoch Fortschritte in der wirtschaftlichen Konvergenz zur EU erzielen. Trotz eines Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, das im Jahr 2019 60 % des EU-Durchschnitts erreichte, blieben strukturelle Herausforderungen bestehen (Banca Transilvania, 2019).

Die COVID-19-Pandemie stellte eine weitere Belastung dar, jedoch blieb die Wirtschaft resistent. Der Wirtschaftswachstumsbericht 2024 der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ, 2024) betont, dass Rumänien auch in den Pandemie-Jahren 2021 und 2022 ein robustes Wachstum verzeichnete und 2022 einen Rekordwert bei den ausländischen Direktinvestitionen von 107,9 Milliarden Euro erreichte, wobei vor allem deutsche, österreichische und französische Investoren zu den Top-Investoren gehören. EU-Fördergelder spielen dabei eine zentrale Rolle als Investitionsquelle. Im Vergleich zu anderen Ländern benötigte Rumänien jedoch mehr Zeit, um EU-Gelder effektiv zu nutzen. Die Absorptionsrate der EU-Fördergelder lag im Jahr 2020 bei 44 %, stieg jedoch bis Ende 2022 auf 72,75%, wodurch 90,84 Milliarden Euro an EU-Fonds abgerufen wurden (mfe.gov.ro). Prof. D. Daianu, leitender Ökonom des Fiskalrates, betont, dass Rumänien seine Absorptionskapazität verbessern muss, um

makroökonomische Herausforderungen wie das Haushaltsdefizit und die Instabilität erfolgreich zu meistern.

Trotz eines langanhaltenden Wachstums ist die rumänische Wirtschaft nach der Pandemie in einem schwierigen Zustand, der durch strukturelle Unzulänglichkeiten noch verschärft wurde. Der 2020 veröffentlichte Bericht der Rumänischen Nationalbank (bnr.ro, 2020) hebt hervor, dass Rumänien die Pandemiekrise als Chance für tiefgehende Strukturreformen nutzen muss, um den wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Eine zentrale Herausforderung bleibt dabei die finanzielle Stabilität, die durch die steigende Staatsverschuldung gefährdet wird. Die Schuldenquote lag 2023 bei etwa 52,1%. Prognosen deuten darauf hin, dass die Schuldenquote bis 2029 auf 72,9% des BIP anwachsen könnte (Statista).

Zur Bekämpfung dieser Herausforderungen hat die EU Rumäniens Sieben-Jahres-Plan zur Reduzierung des Haushaltsdefizits genehmigt, mit dem Ziel, das Defizit bis 2030 auf unter 3% des BIP zu senken (capital.ro, 2025, 10. Januar). Dennoch bleibt die finanzielle Lage angespannt, insbesondere hinsichtlich des notwendigen Vertrauens der Investoren und der Aufrechterhaltung der Kreditwürdigkeit des Landes, da ein Verlust des Investment-Grade-Ratings höhere Finanzierungskosten und eine erschwerte wirtschaftliche Erholung zur Folge hätte (Reuters, 2025).

Ein weiteres zentrales Thema ist Rumäniens Streben nach wirtschaftlicher Konvergenz mit den Kernländern der EU. Der Beitritt zur Eurozone wird als strategisches Ziel gesehen, das jedoch eine Reihe komplexer Reformen erfordert. Dabei müssen strukturelle Probleme wie die rückläufige Bevölkerungsentwicklung, regionale Disparitäten und Armut berücksichtigt werden, da Rumänien derzeit nach Bulgarien den zweithöchsten Anteil an von Armut bedrohten Personen in der EU aufweist (34,4 % der Bevölkerung im Jahr 2022, ähnliche Zahlen zu erwarten auch für 2024, da die Armutsquote gleich bleibt). Um dieses Ziel zu erreichen, muss Rumänien jedoch nicht nur wirtschaftlich konvergieren, sondern auch sein makroökonomisches Gleichgewicht stabilisieren und die notwendigen Strukturreformen durchführen.

Die von der Rumänischen Nationalbank initiierte Analyse zur Finanzstabilität des Landes legt nahe, dass Rumänien die Krise(n) als Ausgangspunkt für eine nachhaltige Transformation nutzen sollte. Dieser Prozess sollte zu einem neuen Wachstumsmodell führen, das auf

Nachhaltigkeit, Innovation und Resilienz setzt. Der Beitritt zur Eurozone, so betont der ehemalige Finanzminister Grigorescu, sollte nicht nur als wirtschaftliches Ziel, sondern auch als geopolitische Notwendigkeit betrachtet werden, um Rumäniens Position im europäischen und globalen Kontext zu stärken.

Die Einführung des Euro wird als strategisches Projekt gesehen, das Rumänien langfristig als handlungsfähigen Akteur innerhalb der EU etablieren könnte. Dies würde Rumänien nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringen, sondern auch die Möglichkeit, die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse innerhalb der Union stärker mitzugestalten. Angesichts der Herausforderungen der post-COVID-19-Ära und der geopolitischen Krisen, wie dem Krieg in der Ukraine, scheint es jedoch wichtig, dass Rumänien diesen Prozess vorsichtig und gut vorbereitet angeht, um die Konvergenzkriterien der Eurozone erfolgreich zu erfüllen.

Schon vor der Pandemiekrise und des Krieges in der Ukraine schien sich auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger und der Experten (inklusive der Nationalbank Rumäniens) der umsichtige Ansatz durchzusetzen, laut welchem eine gute Vorbereitung wichtiger sei als die Durchführung eines politisch motivierten ambitionierten Zeitplans. Diese Ansicht teilt auch die rumänische Bevölkerung. Laut der Eurobarometer-Umfrage befürworteten 77% der Befragten in Rumänien die Euro-Einführung (Konvergenzbericht 2024; Flash-Eurobarometer 548, 2024) jedoch glauben 63%, dass das Land noch nicht ausreichend vorbereitet sei. Was den Zeitrahmen der Einführung des Euro betrifft, sind 32% der Befragten der Meinung, dass dies „nach einer gewissen Zeit“ erfolgen sollte. Die Entwicklung der Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen der letzten Jahre deutet darauf hin, dass die Rumäninnen und Rumänen dazu tendieren, eine nüchterne Einstellung zum wirtschaftlichen Konsolidierungsprozess des Landes und zur Perspektive der Teilnahme an der Währungsunion zu haben, ohne aber die langfristigen Vorteile dieses Schrittes in Frage zu stellen.

Die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung ist ein Teil der Vollendung des EU-Beitrittes Rumäniens – als vollwertiges und zentrumnahes Mitglied der Europäischen Union zu agieren – wie der Beitritt zum Schengen-Raum. Ursprünglich vorgesehen für das Jahr 2011, konnte die Integration in den Schengen-Raum erst mit dem 1. Januar 2025 erfolgen.

Die Projektion eines positiven, vertrauenswürdigen und verlässlichen EU-Mitgliedstaates waren Schlüsselthemen für Rumänien schon einige Jahre vor dem Schengen-Veto, anlässlich des ersten EU-Ratsvorsitzes, welchen das Land zum ersten Mal seit seinem Beitritt in der ersten Jahreshälfte 2019 innehatte. Spätestens ab dem Zeitpunkt des Beitrittes war Rumänien formell in der Lage, vom Instrumentarium der EU Gebrauch zu machen und, neben den Bemühungen um die Verinnerlichung und Konsolidierung der im Zuge der Beitrittsverhandlungen erzielten Vorgaben, im Bereich des *Uploading* aktiv zu werden, d.h. aktiv an der Ausformulierung von Politiken und EU-Gesetzgebung mitzuwirken und diese mit eigenen Akzenten zu ergänzen. Anders formuliert, befand sich das Land in der Situation, sowohl als Policy-Taker als auch als Policy-Shaper zu agieren. Mit einigen Ausnahmen, die vor allem im Bereich der EU-Außenpolitik zu verzeichnen sind, startete Rumänien sein Mitwirken im Sinne von *Unloading* eher später, da die institutionell-prozessuale Anpassung an die alltägliche Praxis der EU in der ersten Phase nach dem Beitritt mit zahlreichen innerstaatlichen Herausforderungen verknüpft war. Das Land nutzte die Zeit nach der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens, um erste Versuche des *Uploading (Bottom-Up)* von spezifisch rumänischen Inhalten während der Verhandlungen im Rahmen des Verfassungskonventes 2002/2003 zu initiieren. Als Beitrittsland durfte Rumänien diesem Reflexionsprozess als aktiver Beobachter (ohne Stimmrecht) beiwohnen und hatte somit die Möglichkeit, im „Demo Modus“ auszuprobieren, wie man im Rahmen der EU agiert und eigene Politikziele mit denen der EU in Einklang bringt.

Unter dem institutionellen Aspekt ist festzustellen, dass der Prozess der Anpassung, der Übernahme und der Internalisierung der Funktionslogik und Kultur der EU vorangeschritten ist, wie durch die im Jahre 2019 absolvierte EU-Ratsvorsitzführung unter Beweis gestellt wurde. Nichtsdestotrotz stehen weiterhin wichtige Herausforderungen im Bereich des Bürokratieabbaus und der Modernisierung des Staatsapparates (inklusive Digitalisierung) auf der innenpolitischen Agenda. Die erste EU-Ratspräsidentschaft sollte daher den nötigen Impuls gegeben haben, um die Europäisierung des öffentlichen Sektors bis hin zu den untersten Ebenen zu beschleunigen.

In der allgemeinen EU-Praxis, aber auch in der Fachliteratur betrachtet man die erstmalige Ausübung der Rolle der EU-Ratspräsidentschaft durch einen neuen Mitgliedstaat als Anlass, um den Stand der Europäisierung des Landes unter die Lupe zu nehmen („Reifeprüfung“). Die Untersuchung der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft ist insofern spannend, weil sie die Frage beantworten kann, welche Inhalte Rumänien auf die EU-Agenda aufgeladen

hat/versucht hat aufzuladen (*Uploading*) und bis zu welchem Grad die EU-Normen und Praktiken seit dem Beitritt internalisiert wurden.

Die EU-Ratspräsidentschaft eröffnet die Chance, Politikschwerpunkte, eigene Initiativen oder zumindest Akzente auf der EU-Agenda zu platzieren und dadurch das Profil des Landes zu schärfen und nicht zuletzt, das Ansehen des Landes und seine Reputation zu verbessern. Wichtig ist bei dieser „Reifeprüfung“ zu beweisen, dass die spezifischen Prioritäten des vorsitzführenden Mitgliedstaates mit denen der EU im Einklang sind. Das Land soll als konstruktiver Partner im Sinne des Gemeinwohles mit der effizienten Anwendung des EU-Instrumentariums agieren. Interessant für die Forschung ist die rumänische EU-Ratsitzführung, sowohl unter dem Aspekt ihres Funktionierens und ihres Handlungsvermögens als auch unter dem Aspekt der Themensetzung und -verfolgung. Aus der Sicht dieses Beitrages erscheint dies deshalb wichtig, weil ich der Auffassung bin, dass anlässlich der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft Bukarest die Chance hatte, seine außenpolitischen Schwerpunkte als Anker der EU und der NATO in der osteuropäischen Region zur Schau zu stellen.

### **III. Vom Policy-Taker zum Policy-Shaper (2019-2024)**

In diesem Kapitel widmet sich die Forschungsarbeit den Schwerpunktthemen und Prioritäten, die im Rahmen der spezifisch rumänischen Interpretation des Europäisierungsbegriffs (Anm. d. Verf.: Übernahme des westeuropäischen Wertesystems und Integration in die euroatlantischen Strukturen) als Gegenstand der Uploading-Prozesse auf die EU- und euroatlantische Agenda einfließen.

Im vorherigen Kapitel wurden die drei Säulen der rumänischen Europa- und Außenpolitik skizziert. Im vorliegenden Abschnitt wird argumentativ dargelegt, wie Rumänien in den für die Fallstudien ausgewählten Dossiers seine europapolitischen Rollen definiert und artikuliert hat. Nach einer kurzen Einführung werden die europäischen Positionen des Landes in den folgenden drei Fallstudien untersucht: die halbjährige Amtsführung der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2019), Rumäniens Positionen im Kontext des russischen Angriffskrieges in der Ukraine sowie die Reaktionen und Aktionen des EU-Mitgliedstaates Rumänien, dem nach dem Veto vom 8. Dezember 2022 der Beitritt zum Schengen-Raum verwehrt blieb.

Die halbjährige Amtsführung der EU-Ratspräsidentschaft bot Rumänien die Gelegenheit, sich als starker Unterstützer der Republik Moldau zu positionieren. Im Kontext des Ukraine-Krieges und der angespannten Sicherheitslage in der Region gelang es Rumänien zudem, seine strategischen Prioritäten, insbesondere im Hinblick auf das Schwarze Meer, sowohl auf die Agenda der EU als auch der NATO zu setzen.

Es ist von zentraler Bedeutung, in der Einleitung hervorzuheben, dass Rumänien trotz der zunehmenden euroskeptischen Tendenzen in seiner Nachbarschaft kontinuierlich eine pro-europäische Haltung beibehalten hat. Dies wird durch die Ergebnisse mehrerer Eurobarometer-Umfragen bestätigt (s. oben). Eine offene Frage bleibt jedoch, wie sich die öffentliche Meinung nach den annullierten Präsidentschaftswahlen im November 2024 entwickelt hat und welche Auswirkungen dies auf die Unterstützung für die EU in Rumänien haben könnte.

Unbestritten ist, dass die EU- und Außenpolitik Rumäniens in den vergangenen Jahrzehnten auf einer stabilen und gefestigten Grundlage ruhte. Diese Stabilität hebt sich insbesondere im Vergleich mit anderen neuen EU-Mitgliedstaaten hervor, wenn man die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU betrachtet. Wie bereits im einleitenden Kapitel dargelegt,

verfolgt die rumänische Diplomatie in ihrer Europapolitik konsequent das Ziel einer starken und tiefen Integration in die Strukturen der EU und der NATO. Zugleich strebt sie eine Diversifizierung und Konsolidierung der erst 25 Jahre alten strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika an.

Diese Forschungsarbeit konzentriert sich auf die europapolitische Rollenartikulation Rumäniens. Dennoch werden, wo notwendig, auch Verweise auf thematische Schwerpunktsetzungen im Kontext der NATO oder sogar der OSZE gemacht. Dies betrifft insbesondere Rumäniens Position zur russischen Aggression in der Ukraine, die Betrachtung der strategischen Bedeutung des Schwarzen Meeres sowie die Rolle Rumäniens innerhalb der Drei-Meere-Initiative.

Am 24. Juli 2024 fasste der rumänische Staatspräsident Klaus Werner Iohannis im Rahmen der offiziellen Eröffnung der jährlichen Botschafterkonferenz die aktuellen Entwicklungen in der rumänischen Außen- und Europapolitik zusammen. In seiner traditionellen Rede betonte er, dass Rumänien am Ende seiner zehnjährigen Amtszeit erhebliche Fortschritte erzielt habe: „Die Identität Rumäniens nach außen hat an Substanz gewonnen, und das Profil unseres Landes ist möglicherweise exponentiell gewachsen. Rumänien ist zu einem glaubwürdigen, engagierten und respektierten Akteur auf regionaler, europäischer und internationaler Ebene geworden, der Stabilität und Sicherheit fördert“ (Administrația Prezidențială, 2024). Iohannis hob hervor, dass es Rumänien gelungen sei, neue Chancen zu schaffen, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, strategische Interessen zu wahren und die Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen wie der Europäischen Union und der NATO effektiv zu nutzen. Gleichzeitig habe das Land die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, die dieselben Werte, Visionen und Ziele teilen, intensiviert und die Abhängigkeit von Akteuren mit gegensätzlichen Ansätzen verringert oder gänzlich eliminiert. Für die zukünftige Ausrichtung der rumänischen Außenpolitik formulierte Iohannis klare Leitlinien: die weitere Stärkung der Rolle und des Einflusses in der Europäischen Union und der NATO, die Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten sowie die Diversifizierung des bilateralen Dialogs mit Partnern auf allen Kontinenten. Diese Maßnahmen sollen als Ausdruck des Engagements Rumäniens für demokratische Werte, Multilateralismus und ein regelbasiertes internationales System verstanden werden (Administrația Prezidențială, 2024).

Die Ausführungen des Staatspräsidenten verdeutlichen die wesentlichen Konturen der gegenwärtigen rumänischen Außen- und Europapolitik und zeigen den Weg auf, den das Land

vom Policy Taker hin zum Policy Shaper zurückgelegt hat. Die Rede markiert dabei eine Momentaufnahme, die sowohl die bisherigen Errungenschaften zusammenfasst als auch eine Grundlage für die zukünftige politische Ausrichtung darstellt.

Das außen- und sicherheitspolitische Profil Rumäniens, eines EU- und NATO-Mitgliedstaates, wird auf Grundlage öffentlicher Aussagen und Reden hochrangiger politischer Akteure wie folgt umrissen: Als zuverlässiger Verbündeter der NATO unterstützt Rumänien die euroatlantische Partnerschaft und betrachtet die NATO als unverzichtbaren Garanten für die Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig setzt sich das Land für eine vertiefte Integration innerhalb der Europäischen Union ein und bekräftigt die Rolle der NATO als institutioneller Ausdruck der transatlantischen Wertegemeinschaft, die Stabilität und Sicherheit gewährleistet.

Rumänien positioniert sich als Verfechter des Multilateralismus und fördert eine enge Kooperation zwischen der NATO, der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika. In dieser trilateralen Dynamik sieht Bukarest sich selbst als Bindeglied innerhalb der zentral- und osteuropäischen Region. Das Land strebt an, die Aktivitäten der euroatlantischen Gemeinschaft kohärent und synergistisch zu verbinden. Aufgrund seiner strategischen Lage am Schwarzen Meer, seiner geografischen Nähe zu den östlichen Nachbarn sowie seines Zugangs zum Nahen Osten wird Rumäniens Rolle als Brücke zu diesen Regionen durch den Krieg in der Ukraine und andere destabilisierende Entwicklungen in der Region – darunter der griechisch-türkische Konflikt in der Ägäis, die Lage in Belarus sowie der Konflikt um Bergkarabach – zunehmend aufgewertet. Rumänien betrachtet es als Verpflichtung, die durch die eigene Europäisierung gewonnenen Erfahrungen zu nutzen, um demokratische Werte, Stabilität und Sicherheit in die Region zu übertragen. Hierbei dienen die Spill-Over-Effekte der eigenen Transition als Grundlage für politische Unterstützung und Kooperation. Besonders hervorzuheben ist Rumäniens Engagement als Vermittler der Interessen seiner östlichen Nachbarländer – insbesondere der Republik Moldau – sowie für die EU-Heranzuführung der Westbalkanstaaten. Diese Aktivitäten sind nicht nur mit dem Ziel verbunden, Demokratie und Stabilität zu fördern, sondern auch mit der strategischen Perspektive, die EU-Außengrenzen nach Osten zu verschieben, was Rumäniens geopolitische Lage verbessern würde.

Die Unterstützung Rumäniens für die EU-Osterweiterung und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau und der Ukraine kann sowohl aus rationalistischer als auch aus konstruktivistischer Perspektive betrachtet werden.

Rationalistisch betrachtet verbessert die Erweiterung die geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, während sie aus konstruktivistischer Sicht die Normen und Werte der EU sowie die Chancen einer demokratischen Entwicklung auf die östlichen Nachbarn überträgt. Diese strategische Leitlinie spiegelt sich im Engagement für die Östliche Partnerschaft und in der Unterstützung für die EU-Integration der Westbalkanregion wider. Durch die Förderung der EU-Osterweiterung stärken zentrale und osteuropäische Staaten wie Rumänien ihre europäische Identität und distanzieren sich von der Peripherie Europas, um ihre Integration in den Kern des Kontinents voranzutreiben (vgl. Tulmets, 2014, S. 113).

Die jüngsten Entwicklungen, die in Richtung einer „Polykirse“ deuten, haben nach rumänischer Auffassung verdeutlicht, dass das multilaterale System gestärkt und die Solidarität sowie der Zusammenhalt innerhalb der Institutionen des „politischen Westens“ intensiviert werden müssen. In diesem Kontext sieht Rumänien sich aufgrund seiner regionalen Rolle sowohl als Wegbereiter als auch als „Weckrufer“. Um die aktuelle Krise sowie potenziell ähnliche zukünftige Herausforderungen effektiv zu bewältigen, betonen die rumänischen Entscheidungsträger die Notwendigkeit eines kohärenten Handelns der euroatlantischen Gemeinschaft. Diese Sichtweise spiegelt sich sowohl in öffentlichen Reden und Interviews der rumänischen Europa- und Außenpolitikgestaltung als auch in den Diskussionen der jährlichen Treffen des diplomatischen Corps wider (s.o.), auf denen die außenpolitischen Prioritäten festgelegt werden. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Haltung Rumäniens in der europäischen Debatte über die strategische Autonomie bzw. Souveränität der Europäischen Union. Der ehemalige rumänische Außenminister Bogdan Aurescu betonte, dass eine der zentralen Lehren aus der COVID-19-Pandemie die Notwendigkeit sei, die Resilienz zu stärken. Für die rumänische Außenpolitik bedeutet dies eine „klare und logische Verstärkung der transatlantischen Beziehungen“ (Ministerul Afacerilor Externe, 2024).

Diese Resilienz müsse, so Aurescu, auf zwei Ebenen erfolgen: Erstens durch eine Verringerung der Abhängigkeit von globalen Akteuren, die nicht denselben Werten verpflichtet sind, insbesondere durch Maßnahmen seitens der EU, und zweitens durch die Intensivierung der Beziehungen zu Partnern innerhalb der EU und der NATO sowie mit gleichgesinnten Drittstaaten (Ministerul Afacerilor Externe, 2024). Dieser Ansatz unterstreicht erneut die zentrale Bedeutung der Vertiefung der Beziehungen zwischen der NATO und der EU sowie die hohe Relevanz der transatlantischen Partnerschaft im außenpolitischen Denken Rumäniens. In Debatten über die Zukunft der NATO und der transatlantischen Beziehungen sowie im

europäischen Reflexionsprozess zur strategischen Autonomie/Souveränität der EU plädiert Rumänien für eine konsolidierte transatlantische Zusammenarbeit.

Ein Schlüsselement in diesem Prozess ist die Erhöhung der Effizienz und Handlungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Die autonome Handlungsfähigkeit der EU wird als notwendige Voraussetzung angesehen, um als etablierter Akteur auf der globalen Bühne agieren zu können. Rumänien betont jedoch, dass diese Stärkung der Eigenständigkeit nicht gegen andere Akteure gerichtet sein sollte. Vielmehr verbindet Bukarest die Idee einer gesteigerten Handlungsfähigkeit der EU mit einer vertieften Zusammenarbeit mit globalen Partnern, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika. Die EU müsse handlungsfähiger und effizienter werden, um eine stärkere Rolle innerhalb der transatlantischen Beziehungen übernehmen zu können (Administrația Prezidențială, 2024; Ministerul Afacerilor Externe, 2024).

Eine aktuelle Analyse des European Council on Foreign Relations (ECFR) zur rumänischen Position in der Debatte um die strategische Autonomie der EU (ESA) hebt hervor, dass rumänische Eliten die ESA als ein wichtiges Instrument zur Konsolidierung und Koordination der Verteidigungspolitik in Europa betrachten. Zugleich wird die NATO in der rumänischen Perspektive als unverzichtbarer Garant für die nationale Sicherheit angesehen. Europa habe zwar bei der politischen Sensibilisierung für das Thema ESA und der Förderung von Projekten zur Kapazitätsausweitung, wie etwa der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO), erhebliche Fortschritte erzielt. Bukarest zeigt sich jedoch besorgt, wenn ESA-Bemühungen als Ersatz für die NATO interpretiert oder als ein Schritt wahrgenommen werden, der eine Distanzierung Rumäniens von der NATO und den Vereinigten Staaten von Amerika fördern könnte. Nach Ansicht Rumäniens sind ESA und NATO kompatibel, solange Europa vermeidet, die Aktivitäten zu entkoppeln, zu duplizieren oder Diskriminierungen vorzunehmen. Langfristig betrachtet bleibt die NATO für rumänische Entscheidungsträger unersetzlich. Daher fordert Bukarest, dass europäische Akteure die Bedenken der Vereinigten Staaten in Bezug auf ESA ernster nehmen sollten (Franke & Varma, 2019).

Die Rolle, die Washington dem EU-Land Rumänien unter dem Aspekt seiner geopolitischen Überlegungen in der Region des Schwarzen Meeres zuweist, reflektiert vollkommen die Erwartungen der rumänischen Seite sowie das selbstproduzierte Rollenbild Rumäniens, als regionaler Akteur an der östlichen Flanke der EU und der NATO bestätigt zu werden. Mit der starken Unterstützung des regionalen Instrumentes der „Drei-Meere-Initiative“ – ein

Minilateralismus (Lang & von Ondarza, 2018) entlang der östlichen Flanke der EU, der die Interkonnektivität der Region zwischen dem Schwarzen, Baltischen und Ägäischen Meer in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung und Energie vorantreiben soll – stärken die Vereinigten Staaten von Amerika ihre zwei engagiertesten transatlantischen Partner im zentral- und osteuropäischen Raum, Rumänien und Polen. Die US-amerikanische *Soft Power* stößt in diesen Ländern durch ihre wirtschaftlichen Anreize auf fruchtbaren Boden. Rumänien und Polen spielen heutzutage eine wichtige Rolle entlang der östlichen Flanke der NATO.

Aufbauend auf einer umfassenden Kooperation mit den Vereinigten Staaten von Amerika – insbesondere in den Bereichen Energiesicherheit, Militärzusammenarbeit und Infrastruktur – hat Rumänien am Ende des Jahres 2024 eine besondere Position erreicht. Rumänien wird höchstwahrscheinlich im Jahr 2025 in das lang erwartete Visa Waiver Programm aufgenommen. Diese Partnerschaft würdigt nicht nur Rumäniens bisherigen Einsatz als aktives Mitglied der NATO und enger Verbündeter der Vereinigten Staaten, sondern stärkt auch seine außen- und europapolitische Rolle.

In diesem Kontext eröffnet sich für Rumänien die Möglichkeit, in den gegenwärtig laufenden strategischen Reflexionsprozessen der euroatlantischen Institutionen, insbesondere der NATO und der EU, aktiv mitzuwirken. Durch sein spezifisch regional geprägtes Profil – als Sicherheitsanker in seiner Region – kann Rumänien einen konstruktiven Beitrag leisten und als Policy-Shaper auftreten. Dies gilt vor allem in Bezug auf Schlüsselthemen, die von hoher Aktualität sind, und in denen das Land über besondere Expertise und Handlungskompetenz verfügt.

Das zentrale Leitmotiv der rumänischen Europa- und Außenpolitik ist die Kohäsion. Dieses Motiv prägt die verschiedenen Schwerpunktdossiers des Landes und zieht sich konsistent durch seine politischen Initiativen. Während der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2019 wurde das Motto „Kohäsion, unser gemeinsamer europäischer Wert“ gewählt. Dies sollte nicht nur eine technokratische Orientierung an den EU-Kohäsionsfonds zum Ausdruck bringen, sondern vielmehr einen umfassenderen politischen Ansatz zur Förderung von Zusammenhalt und Interoperabilität innerhalb der EU-Mitgliedstaaten darstellen. Die Forderung nach verstärkter Kohärenz und Komplementarität erstreckt sich zudem auf die euroatlantischen Institutionen und zählt zu den Grundpfeilern der rumänischen Außenpolitik. Vor dem Hintergrund der zunehmenden sicherheitspolitischen Instabilität entlang der östlichen

Flanke hat diese Forderung auch auf der Ebene der NATO und der EU, sowie in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, verstärkt Gehör gefunden.

Die Betonung der Kohäsion war nicht nur auf die EU-Ratspräsidentschaft begrenzt. Auch während des rumänischen Vorsitzes der Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation<sup>27</sup> (BSEC) im Jahr 2020 war das Motto „Bridging Shores, Enhancing Cohesion“ zentral. Ziel war es, die Zukunft der Organisation durch Konzepte wie Kohäsion, Interkonnektivität und Dialog zu gestalten. Rumänien engagierte sich ebenfalls für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der EU und der BSEC und setzte dabei auf konkrete Projekte. Zudem unterstrich Rumänien die Bedeutung der Kohärenz und Komplementarität innerhalb der Drei-Meere-Initiative (3SI), eines Kooperationsformats, das insbesondere im Kontext des Ukraine-Krieges und durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten an geopolitischer Relevanz gewonnen hat. Trotz der wirtschaftlichen, energietechnischen und digitalen Prioritäten dieser Initiative bleiben die geopolitischen Dimensionen, die Parallelen zum historischen Intermarium-Projekt aufweisen, von Bedeutung.

Die drei ausgewählten Fallstudien – die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft, die Position Rumäniens im Kontext des Ukraine-Krieges und das Schengen-Dossier – verdeutlichen die Effekte der Europäisierung auf das europapolitische Profil des Landes. Die EU-Ratspräsidentschaft ist ein prominentes Beispiel dafür, wie ein Mitgliedstaat durch diese Rolle Profil gewinnen und die eigene „EU-Reife“ unter Beweis stellen kann. Besonders für neue Mitgliedstaaten stellt die Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit dar, politische Rollen zu internalisieren und durch innovative Akzente weiterzuentwickeln. Im Fall Rumäniens bot das Mandat im Jahr 2019 eine Plattform, um den Ansatz der Europäisierung detailliert zu untersuchen und die Rolle des Landes als „ehrllicher Makler“ und „neutraler Vermittler“ zu analysieren.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkte als außeninduzierter Schock auf die gesamte EU-Politik und beeinflusste auch die Positionierung Rumäniens. In diesem Kontext nutzte das Land die Gelegenheit, sich als aktiver Akteur zu artikulieren und klare Positionen zu beziehen. Rumänien plädierte von Beginn an für eine koordinierte, solidarische und

---

<sup>27</sup> Rumänien gehört zu den Gründungsmitgliedern von BSEC (1992) und war Initiator des Schwarzmeerforums für Partnerschaft und Dialog (2006). Ziel dieser Formate besteht darin, die Relevanz des Schwarzen Meeres und der Kaspischen Region in der EU zu erhöhen.

kohäsive Reaktion der EU gegen den Aggressor. Es setzte spezifische Schwerpunkte in Bereichen wie der Flüchtlingshilfe, der Unterstützung der Republik Moldau sowie der politischen und militärischen Zusammenarbeit mit der Ukraine im bilateralen, europäischen und multilateralen Rahmen.

Das Schengen-Dossier ist ein weiteres zentrales Thema der rumänischen Europapolitik, das in den Jahren 2022 bis 2024 eine herausragende Priorität darstellte. Insbesondere das österreichische Veto gegen den Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum im Dezember 2022 führte zu einer angespannten politischen Atmosphäre. Rumänien betrachtete diese Entscheidung als ungerecht und kontraproduktiv, insbesondere angesichts der vorangegangenen Vereinbarungen und der positiven Empfehlungen der EU-Institutionen und einer Mehrheit der Mitgliedstaaten. Diese Entwicklung führte zu einem umgekehrten Anpassungsdruck (*reverse misfit*), bei dem der Mitgliedstaat, der die Europäisierung aufnimmt, von den EU-Institutionen und anderen Mitgliedstaaten mehr Unterstützung und Konsequenz in der Umsetzung von Vereinbarungen erwartet (vgl. Börzel & Panke, 2007). In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie Rumänien seine Positionen artikuliert, auf das Veto reagiert und seine Bemühungen um den Schengen-Beitritt fortsetzt.

Diese Themen werden im Rahmen der Forschungsarbeit anhand überwiegend primärer Quellen detailliert untersucht, um die spezifischen Dynamiken der Europäisierung und die außenpolitischen Strategien Rumäniens umfassend zu analysieren.

## **1. Der erste rumänische Vorsitz des Rates der Europäischen Union im 1. Halbjahr 2019<sup>28</sup>**

Die Analyse der ersten EU-Ratspräsidentschaft unter dem Gesichtspunkt der Europäisierung zu untersuchen ist besonders relevant, da es sich um eine äußerst intensive Phase der EU-Politikgestaltung handelt. Sie verdeutlicht die „europäisierte“ Positionierung des „neuen“ Mitgliedstaates, dessen europäisches Selbstverständnis, Visionen sowie dessen technische und administrative Fähigkeiten (im Sinne des „Beherrschens des EU-Werkzeugs“). Diese Phase

---

<sup>28</sup> Es werden aus stilistischen Gründen sowohl die oben erwähnte Benennung als auch folgende verwendet: EU-Ratspräsidentschaft, Vorsitzführung des Rates der Europäischen Union.

bietet damit wertvolle Einblicke in die Fähigkeit des Mitgliedstaates, europäische Instrumente effektiv einzusetzen und die EU-Agenda aktiv mitzugestalten.

Die Analyse der aktuellen europäischen Agenda verdeutlicht, dass wesentliche Schwerpunkte der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft zu zentralen Elementen der gegenwärtigen EU-Politik avanciert sind. Die thematischen Prioritäten und Initiativen, die während der rumänischen Ratspräsidentschaft gesetzt wurden, haben die Entwicklung und Ausrichtung der EU-Politiken in den jeweiligen Bereichen nachhaltig beeinflusst. Dies erlaubt die vorläufige Schlussfolgerung, dass Rumänien strategische Maßnahmen ergriffen hat, um als aktiver Policy-Shaper aufzutreten und die europäische Agenda langfristig mit inhaltlichen Akzenten zu bereichern.<sup>29</sup>

In den nächsten drei thematischen Kapiteln beschäftigt sich die Arbeit ausführlich mit dieser vorläufigen Schlussfolgerung und zeichnet die „Karriere“ von spezifischen inhaltlichen Schwerpunkten des rumänischen EU-Ratsvorsitzes, wie etwa die strategische Relevanz der Region des Schwarzen Meeres, Desinformation oder Kohäsion in der europäischen Politik, aus der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft bis in die Gegenwart nach. Es wird zudem der Frage nachgegangen, warum bestimmte als traditionell prioritär betrachtete Themen, wie etwa die Unterstützung der Erweiterungspolitik in Richtung Westbalkan, nicht mit mehr Ambition und Nachdruck vorangetrieben wurden / vorangetrieben werden konnten. Diese Fragestellung wird unter dem Gesichtspunkt der Europäisierung diskutiert: Handelt es sich hierbei um einen Beweis für ein tief „internalisiertes“ Verständnis der Erwartungen an die Rolle der Ratspräsidentschaft als neutraler Makler? Oder ist dies vielmehr Ausdruck eines Mangels an Erfahrung und technischem Können, die nationale Position mit der europäischen in Einklang zu bringen?

Es erscheint von besonderer Bedeutung, darzulegen, wie spezifische nationale Prioritäten – etwa der angestrebte Beitritt des Landes zum Schengen-Raum – im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft sowie unter Berücksichtigung der Restriktionen des „Rollenkorsetts“ eines neutralen Maklers thematisiert und verhandelt wurden. Diese Fragestellung ist insbesondere

---

<sup>29</sup> An diesem Punkt widerspricht diese Arbeit einer Studie von Cuglesan und Ilik (2022), deren Erkenntnis war, dass der rumänische EU-Ratsvorsitz keine politischen Ambitionen vorzuzeigen hatte. Die Argumente die diese Aussage in Frage stellen werden unten erörtert.

im Hinblick auf Kapitel III.3. relevant, in dem das Schengen-Dossier unter Berücksichtigung des österreichischen Vetos analysiert wird.

Nicht zuletzt erscheint es wichtig aufzuzeigen, wie die spezifischen nationalen Prioritäten, wie etwa der Beitritt des Landes zum Schengen-Raum, im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft und angesichts des „Rollenkorsetts“ des neutralen Maklers behandelt wurden. Dies ist mit Blick auf das vorletzte Kapitel dieser Forschungsarbeit relevant, in welchem das Schengen-Dossier im Kontext des österreichischen Vetos behandelt wird.

Dieses Kapitel analysiert die Vorbereitungsphase der EU-Ratspräsidentschaft aus der Perspektive der politischen Kommunikation. Dabei werden die in diesem Zeitraum von rumänischen Akteuren getätigten Aussagen und Stellungnahmen untersucht. Die gewonnenen Erkenntnisse werden anschließend mit den Ergebnissen verglichen, die nach Abschluss der Ratspräsidentschaft im Rahmen der Bilanzierung und Evaluierung ermittelt wurden.

Das über die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft gewonnene Gesamtbild wird aus der Perspektive der Europäisierung analysiert. Im Mittelpunkt stehen dabei jene Dossiers, in denen Rumänien mit neuen Akzenten als Policy-Shaper agierte. Besonders relevant ist hierbei, welche Nachwirkungen die Ratspräsidentschaft sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene hatte. Aus institutioneller Sicht erscheint es essenziell, Lernprozesse bei der Formulierung von Präsidentschaftspositionen und Prioritäten nachzuweisen sowie Schlüsse aus den abschließenden Stellungnahmen der rumänischen Entscheidungsträger am Ende des Mandats zu ziehen. Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse über die europapolitische Rollenartikulation der ersten rumänischen Ratspräsidentschaft werden abschließend mit den Ergebnissen der (bisher wenigen) wissenschaftlichen Studien zur rumänischen EU-Ratspräsidentschaft verglichen.

Rumänien übernahm das EU-Mandat von seinem Vorgänger, der Republik Österreich, die als letzter Mitgliedstaat des Trios „Estland – Bulgarien – Österreich“ fungierte. Beginnend mit dem 1. Januar 2019 führte Rumänien eine neue Trio-Ratspräsidentschaft an, deren Achtzehnmonatsprogramm zusammen mit Finnland und Kroatien verfasst wurde. Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft erhielt Rumänien im ersten Halbjahr 2019 eine breite Bühne der öffentlichen Aufmerksamkeit, die das Land nutzen konnte, um die Profilmomente eines pro-europäischen und solidarischen Mitgliedstaates zur Schau zu stellen (Anm. d. Verf.:

die überwiegende Mehrheit der politischen Akteure, bestätigt durch die Eurobarometer-Umfragen, sehen das eigene Land in der EU als „pro-europäisch“ und „solidarisch“).

Rumänien strebte danach, sich von der „alten Last“ als Nachzügler im europäischen Integrationsprozess zu befreien und das bestehende Imagedefizit des Landes zu korrigieren. Dieses Anliegen war insbesondere vor dem Hintergrund des Misstrauens vonseiten der Vertreter europäischer Institutionen und Mitgliedstaaten gegenüber dem osteuropäischen Land im Vorfeld seiner EU-Ratspräsidentschaft von zentraler Bedeutung. Der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, äußerte Bedenken hinsichtlich Rumäniens Fähigkeit, die Führungsrolle während der EU-Ratspräsidentschaft auszufüllen. Er hob hervor, dass es dem Land an der notwendigen politischen Stabilität fehle, um diese Verantwortung erfolgreich zu tragen (Eurotopics.net, 2018). Zudem rückten innenpolitische Konflikte und kontroverse Justizreformen in den Fokus, die eine verstärkte Beobachtung seitens der EU zur Folge hatten (Euronews, 2018). Diese Faktoren verstärkten die Skepsis und das Misstrauen gegenüber Rumäniens Eignung, den Anforderungen des EU-Ratsvorsitzes gerecht zu werden.

### *1.1. Kontextuelle Gegebenheiten*

#### *1.1.1. Innenpolitische Lage*

Kurz vor Beginn der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft wurde Bukarest scharfer Kritik ausgesetzt, die vor allem auf innenpolitische Spannungen zurückzuführen war. Diese hatten ihren Ursprung im November-Bericht der Europäischen Kommission über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens (CVM). In ihrem Bericht vom November 2018 stellte die Europäische Kommission fest, dass die Fortschritte hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz, der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung, die im Januar 2017 noch positiv bewertet worden waren, rückgängig gemacht wurden (Europäische Kommission, 2018).

Um in der damaligen Lage Abhilfe zu schaffen, schlug der Bericht acht zusätzliche Empfehlungen vor und dämpfte damit drastisch die Erwartungen der rumänischen Seite betreffend die baldige Aufhebung des CVM. Es sei angemerkt, dass der Kontroll- und

Kooperationsmechanismus der Europäischen Kommission erst später im Jahre 2023 offiziell aufgehoben wurde.

Frans Timmermans, der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, äußerte sich besorgt über die damalige Situation in Rumänien. Er kritisierte, dass Reformen nicht nur stagnierten, sondern bereits erzielte Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung und Justizreform rückgängig gemacht wurden. Timmermans betonte, dass die Wiederaufnahme des Kampfes gegen Korruption und die Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz essenziell seien, um den CVM-Prozess im Interesse Rumäniens und der EU fortzusetzen (Europäische Kommission, 2018).

Unmittelbar vor dem Beginn des rumänischen EU-Ratsvorsitzes herrschte aufgrund einer Reihe innenpolitischer Spannungen eine äußerst fragile und aufgeladene politische Stimmung. Großdemonstrationen im In- und Ausland gegen die Regierung sowie Konflikte zwischen der Regierung und dem Amt des Staatspräsidenten – letzterer wurde von der Bevölkerung als Symbol der Korruptionsbekämpfung und als Garant der Demokratie angesehen – trugen erheblich zu dieser Situation bei. Diese Entwicklungen warfen ernsthafte Zweifel an der Fähigkeit des Landes auf, das europäische Amt erfolgreich auszuführen.

Der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker meinte, dass zwar das Land technisch gut vorbereitet auf den sechsmonatigen Vorsitz sei, er glaube aber, dass die Regierung in Bukarest noch nicht in vollem Umfang begriffen habe, was es bedeutet, den Vorsitz über die EU-Länder zu führen. „Es braucht zu Hause eine geschlossene Front, um während der Ratspräsidentschaft auch die Einheit Europas zu fördern“, so Juncker in einem Zeitungsinterview (Zeit Online, 2018).

Junckers rhetorische Frage erscheint umso berechtigter, wenn man berücksichtigt, dass die sozialdemokratische Regierungschefin Viorica Dăncilă nur wenige Tage vor der Übernahme des rotierenden EU-Ratsvorsitzes die Praxis infrage stellte, wonach der Staatspräsident an den Tagungen des Europäischen Rates teilnimmt. Sie schlug vor, diese „atypische Situation“ zu korrigieren, und argumentierte, dass zukünftig die Regierungschefin und nicht das Staatsoberhaupt das Land im Europäischen Rat vertreten solle (Digi24, 2018). Zu einer Änderung der Vertretung ist es nicht gekommen, sodass das semipräsidentielle Rumänien – analog zu Frankreich und Litauen – weiterhin vom Staatsoberhaupt im Europäischen Rat

vertreten wird. Die Infragestellung des seit Jahren etablierten Prozederes unmittelbar vor der Übernahme des Ratsvorsitzes schadete sowohl der europäischen Wahrnehmung des Landes als auch dem administrativen Apparat, der die EU-Präsidentschaft faktisch umsetzen sollte.

Zweifelsohne wirkte sich die innenpolitische Lage auf die externe Wahrnehmung des Landes und auf seine Reputation aus. Cuglesan und Ilik (2022, S. 460) thematisieren das tiefe Misstrauen gegenüber Rumänien, das von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission artikuliert wurde: „deep distrust was voiced by a wide range of actors from the European Commission, domestic actors (institution of the Presidency or opposition parties) or Romanian citizens.“ Vor diesem sensiblen Hintergrund erfolgte ab dem 1. Januar 2019 die Artikulation der Positionen und Prioritäten Rumäniens als vorsitzführender Mitgliedstaat der EU anhand eines Arbeitsprogramms.

Dieses Programm hatte den Anspruch, das Thema der politischen Kohäsion auf der europäischen Ebene zu fördern – ein Ansatz der innerstaatlich nicht verwirklicht war. Vor diesem sensiblen Hintergrund begann Rumänien ab dem 1. Januar 2019 als vorsitzführender Mitgliedstaat der EU, seine Positionen und Prioritäten durch ein Arbeitsprogramm zu artikulieren. Dieses Programm verfolgte das Ziel, das Thema der politischen Kohäsion auf europäischer Ebene zu stärken – ein Ansatz, der auf nationaler Ebene jedoch nicht umgesetzt werden konnte. Um die Reputation des Landes sowie die Funktionsfähigkeit des rumänischen EU-Ratsvorsitzes zu wahren, wurde, laut Aussage des damaligen delegierten Ministers für EU-Angelegenheiten, George Ciamba, beschlossen, die Aktivitäten im Rahmen der Ratspräsidentschaft von den politischen Auseinandersetzungen zu trennen.

Ciamba erklärte, dass die internen politischen Spannungen keinen Einfluss auf die Arbeit des Rates hatten. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Ratspräsidentschaft strikt von den innerstaatlichen Konflikten getrennt wurde. Die erfolgreiche Durchführung der Ratspräsidentschaft sei das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen und Ministerien. Ciamba betonte, dass solch positive Ergebnisse nicht möglich gewesen wären, wenn politische Auseinandersetzungen die Arbeit des Rates beeinträchtigt hätten“ (Digi24, 2019).

### 1.1.2. EU-Ratspräsidentschaft unter „atypischen“ Bedingungen – europäischer Kontext

Ein weiterer maßgeblicher Faktor, der die ohnehin komplexe Ausgangssituation der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft zusätzlich erschwerte, war der spezifische Charakter dieses Vorsitzes aus funktionaler Perspektive. Die rumänischen Verantwortlichen beschrieben diesen als einen „Ratsvorsitz unter *atypischen* Bedingungen“.

Die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft fiel in eine besonders anspruchsvolle Phase der europäischen Integration. Das erste Halbjahr 2019 war geprägt von einer Reihe kontextueller Faktoren, die die Struktur und den Verlauf der Ratspräsidentschaft wesentlich beeinflussten. Es existieren weder im Vertrag noch in der Geschäftsordnung des Rates der EU Ansätze, die den Begriff einer „atypischen Ratspräsidentschaft“ erklären. Auch in der Fachliteratur finden sich keine Definitionen für diese Bezeichnung. Daher ist es entscheidend festzuhalten, dass die Formulierung „atypische EU-Ratspräsidentschaft“ – wie sie von den rumänischen Verantwortlichen in öffentlichen Stellungnahmen verwendet wurde – als ein selbst geschaffener Rahmen (Frame) verstanden werden muss. Diese Begrifflichkeit bezieht sich ausschließlich auf die besonderen Rahmenbedingungen, unter denen der Vorsitz ausgeübt wurde, und stellt keine Bewertung der erzielten Ergebnisse oder der inhaltlichen Ausrichtung der rumänischen Ratspräsidentschaft dar.

Angesichts der strukturellen Anforderungen wurde das sechsmonatige EU-Mandat von den Verantwortlichen der rumänischen Ratspräsidentschaft in drei operative Phasen unterteilt: Die erste Phase (1. Januar bis Mitte April 2019) umfasste das Ende der Gesetzgebungsperiode; die zweite Phase war geprägt von den Vorbereitungen für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie dem Gipfeltreffen in Sibiu/Hermannstadt am 9. Mai 2019; die dritte Phase konzentrierte sich auf die Zeit nach den Wahlen bis zum Abschluss der EU-Ratspräsidentschaft.

In der ersten Phase lag der Schwerpunkt der rumänischen Ratspräsidentschaft auf dem „Pflichtprogramm“, das von der Republik Österreich, dem vorherigen Ratsvorsitz, übernommen wurde. Dieses Programm umfasste zentrale Themen wie den Brexit, die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die 10. Direktwahlen zum Europäischen Parlament und die Weiterführung der Debatte über die Zukunft der EU. Obwohl die Verhandlungen zum Brexit nicht unmittelbar in den Verantwortungsbereich der EU-

Ratspräsidentschaft fielen, beeinflusste dieser Prozess die Arbeit des Ratsvorsitzes erheblich. Insbesondere der Zeitdruck, der durch die Frist für einen geordneten Austritt Großbritanniens am 29. März 2019 entstand, übte erheblichen Einfluss auf die Aktivitäten der Ratspräsidentschaft aus. Darüber hinaus war die rumänische Ratspräsidentschaft intensiv in die Vorbereitung von Szenarien für einen möglichen „No-Deal“-Brexit eingebunden.

Die im Mai 2019 abgehaltenen 10. Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie das Ende des legislativen Zyklus der EU stellten zusätzliche Handlungseinschränkungen dar und beeinflussten die Strukturierung der Handlungsoptionen der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft auf spezifische Weise. Aufgrund der bevorstehenden Wahlen, die gleichzeitig das vorzeitige Ende der legislativen Arbeit der EU-Institutionen markierten, sah sich der rumänische Ratsvorsitz von Beginn an mit einer verkürzten gesetzgeberischen Zeitspanne von etwa drei Monaten konfrontiert.

Diese erste Phase der rumänischen Amtszeit stand dementsprechend stark unter dem Zeichen des Bemühens, so viele legislative Dossiers wie möglich abzuschließen. Gegen Ende des institutionellen Zyklus und vor den Wahlen für das Europäische Parlament gab es eine breite Unterstützung seitens der Institutionen, vor allem der Europäischen Kommission und des Generalsekretariats des Rates der EU, um so viel wie möglich der legislativen Arbeit im laufenden Mandat zu erledigen. Der rumänische EU-Ratsvorsitz hat in den ersten drei Monaten seines Mandats bis zum Ende der legislativen Arbeit des Europäischen Parlaments insgesamt 90 legislative Akte abgeschlossen (Ministerul Afacerilor Externe 2019a, 2019b).

Die zweite und dritte operative Phase der rumänischen Vorsitzführung brachten die non-legislativen Themen stärker in den Mittelpunkt. Zu den Aufgaben gehörten die Vorbereitungen für die 10. Direktwahlen zum Europäischen Parlament und die Weiterführung der Zukunftsdebatte, die am 9. Mai 2019 (am symbolgeladenen Europatag) in der Organisation des sogenannten Zukunftsgipfels in Sibiu/Hermannstadt mündete, aber auch die Verhandlungen zur und die Verabschiedung der Strategischen Agenda und nicht zuletzt die Einleitung des Prozesses der institutionellen Neubesetzung der europäischen Führungspositionen. Im Gegensatz zur ersten, überwiegend legislativen Phase war die rumänische EU-Ratspräsidentschaft in den letzten zwei operativen Phasen ihres Mandats in ihrer politischen Führungs- und Gestaltungskapazität, sowie in ihrer Fähigkeit, innovativ Politik zu machen und sich in die großen europäischen Prozesse als Akteur zu etablieren, gefragt.

Das offizielle Arbeitsprogramm der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft (Regierung Rumäniens, 2019) beinhaltet neben den „Pflichtthemen“, die vom Vorgänger, der Republik Österreich übernommen wurden, auch spezifische, nationale Prioritäten. Diese sind Ausdruck des Anspruchs, individuelle politische Akzente zu setzen, die als eigene Handschrift die EU-Agenda prägen sollten. Eine gelungene EU-Ratspräsidentschaft bringt die EU-Agenda, die diese übernimmt, so weiter, dass sie dabei eigene Akzente setzt, die sowohl für das Land, als auch für die Gemeinschaft gut sind. Das Arbeitsprogramm stand unter dem Motto „Kohäsion – unser gemeinsamer europäischer Wert“. Kohäsion wurde dabei als Leitprinzip und als Ausdruck der Einheit zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen der Europäischen Union verstanden. Wie später erörtert wird, fungiert das Prinzip der Kohäsion seitdem als Leitprinzip für die Europapolitik von Rumänien und wird immer wieder auch in den Verhandlungen auf europäischer Ebene als Prinzip und Ansatz verwendet. Das vom Prinzip der Kohäsion gekennzeichnete Arbeitsprogramm wurde in vier thematischen Säulen (Guvernul României, 2019) strukturiert:

- 1.) Europa der Konvergenz
- 2.) Europa der Sicherheit
- 3.) Europa mit stärkerer globaler Rolle
- 4.) Europa der gemeinsamen Werte

### *1.1.3. Post-Lissabon-Ratsvorsitz – institutionelle Vorgaben unter dem Vertrag von Lissabon*

Ein zentraler Aspekt, der im Zusammenhang mit den kontextuellen Rahmenbedingungen betrachtet werden sollte, ist die spezifische Ausgestaltung der Institution des EU-Ratsvorsitzes in der Post-Lissabon-Ära. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wie Rumänien als EU-Ratsvorsitz mit den besonderen Herausforderungen und Bedingungen umging, die mit der Durchführung von Ratspräsidentschaften nach dem Vertrag von Lissabon verbunden sind.

Das Agieren dieser paradoxen, im EU-Politikgeschehen so tief stehenden Institution, die in der Post-Lissabon-Fachliteratur mit dem Adjektiv „ambigue“ beschrieben wird, lässt sich mit der Symbolik eines bekannten Volksmärchens um die Figur vom König Matthias I. Corvinus beschreiben: der König lud ein kluges Mädchen ein, ihn in seinem Palast zu besuchen und versprach ihr, sie reichlich zu beschenken, wenn sie drei Aufgaben löst: erstens sollte das Mädchen auf ihrem Weg in den Palast weder zu Fuß oder auf einem Pferd kommen, noch eine Kutsche verwenden; zweitens sollte es kein Gewand tragen, aber trotzdem angezogen sein, und

drittens sollte es ein Gastgeschenk mitbringen, ohne aber etwas tatsächlich zu schenken. Das Märchen endet so, dass das kluge Bauernmädchen trotz der schwierigen Bedingungen alle drei Aufgaben löst und sein Besuch im Palast mit Erfolg und großer Anerkennung gekrönt wird (Móra, 1950).

Der Vergleich der Institution der EU-Ratspräsidentschaft mit der Hauptfigur eines Volksmärchens, die trotz unklarer und unpräziser Vorgaben schwierige Herausforderungen erfolgreich bewältigt, verdeutlicht wesentliche Parallelen in deren Charaktereigenschaften. Die Bezugnahme auf die Welt des Märchens dient in dieser Arbeit als thematische Einstimmung auf die Auseinandersetzung mit einer der komplexesten und anspruchsvollsten Institutionen der EU-Architektur: der EU-Ratspräsidentschaft.

Warum der Vergleich mit einem Märchen? Die EU-Ratspräsidentschaft als Akteur besitzt das Potenzial, ähnlich wie das kluge Mädchen aus dem Volksmärchen zu handeln: Trotz zahlreicher einschränkender Faktoren ist sie in der Lage, innerhalb ihres begrenzten Handlungsspielraums erfolgreich zu agieren. Diese Institution verfügt über limitierte Ressourcen, sowohl in institutioneller als auch in führungsbezogener Hinsicht, und ihre formellen Kanäle zur Machtausübung wurden durch die Schaffung neuer Institutionen, insbesondere des Europäischen Rates, erheblich eingeschränkt. Unter diesen Bedingungen ist es entscheidend, dass die EU-Ratspräsidentschaft „klug“ handelt, um trotz unklarer institutioneller Vorgaben ihre Ziele effektiv voranzutreiben. Dieses Gefüge ist hochgradig komplex und durch institutionelle Mehrdeutigkeiten geprägt, was es zu einem faszinierenden Forschungsgegenstand macht, der aufgrund seines widersprüchlichen Charakters ein wachsendes wissenschaftliches Interesse auf sich zieht.

Bei der Auseinandersetzung mit der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft dienen die theoretisch fundierten Erkenntnisse der Post-Lissabon-Präsidentschaftsliteratur als Ausgangspunkt. Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wechselten die Mitgliedstaaten turnusgemäß in der Vorsitzführung des Rates der EU. Mit Kroatien schloss sich der Kreis der erstmaligen post-Lissabon-EU-Ratsvorsitze und die individuelle Erfahrung, die jeder Mitgliedstaat in dieser Rolle machen durfte, liefern wertvolle Erkenntnisse für die Präsidentschaftsforschung. Mit dem Ende der kroatischen EU-Ratspräsidentschaft (30. Juni 2020) hatte man ein erstes komplettes Bild über die Post-Lissabon-EU-Vorsitzführung aller 27

Mitgliedstaaten<sup>30</sup>. Dieses Gesamtbild wird durch die Erfahrungen der 27 alten und neuen Mitgliedstaaten geprägt, die jeweils mit ihren individuellen Perspektiven und Praktiken zur gestalterischen Institutionalisierung der nur vage kodifizierten Rolle des EU-Ratsvorsitzes beigetragen haben. Das Bündel dieser Erfahrungen und Lernprozesse gehört wissenschaftlich analysiert, vor allem wenn man bedenkt, dass informelle Prozesse und Praktiken durch Lern- und Sozialisationsprozesse übernommen und formalisiert werden (Elgström, 2006).

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der EU-Ratspräsidentschaft in der Lissabon-Ära wird häufig betont, dass die Rolle und die Funktionen der rotierenden Ratspräsidentschaft im Vertrag von Lissabon nicht hinreichend präzise und detailliert geregelt wurden. Alle Mitgliedstaaten, die seit Inkrafttreten des Vertrages die sechsmonatige Ratspräsidentschaft innehatten, hatten dadurch die Möglichkeit, die vertraglichen Vorgaben individuell zu interpretieren und mit eigenen Ansätzen auszugestalten: „Lisbon leaves a lot of room for maneuver to those who have to put everything in practice” (Van Hecke & P. Bursens, 2013); „The precise role of the newly created institutions [...] were only vaguely defined in the Treaty of Lisbon, thus leaving scope for informal institutionalization of new norms and behaviours” (Puetter 2014, S. 82). Avery (2007) spricht über „deliberate move” und argumentiert, dass die ungenauen institutionellen Bestimmungen eine flexiblere Umsetzung und damit eine größere Funktionalität des aufkommenden Systems ermöglichen sollten.

Auf Grundlage der oben erwähnten Literatur lässt sich schlussfolgern, dass die Erkenntnisse dieses Kapitels sowohl für die wissenschaftliche Debatte über die Natur und Bedeutung der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft nach den Vorgaben des Vertrags von Lissabon als auch für künftige institutionelle Anpassungsprozesse relevant sein könnten. Auch wenn es nicht das Ziel dieser Forschungsarbeit ist, eine detaillierte institutionelle Analyse durchzuführen, kann die Auseinandersetzung mit den Fragen zur Funktion und den Rollen der EU-Ratspräsidentschaft zu einem theoretisch fundierten Verständnis des institutionellen Systems des rotierenden Ratsvorsitzes in der Post-Lissabon-Ära beitragen. Die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft ist dabei von besonderem Interesse, da sie in einer entscheidenden Phase der europäischen Integration stattfand. Während dieser Zeit stand der Ratsvorsitz nicht nur vor erheblichen politischen und ressourcenintensiven Herausforderungen, sondern bot auch die

---

<sup>30</sup> Bedingt durch den „Brexit“ verzichtete man auf einen britischen EU-Ratsvorsitz im 2. Halbjahr 2017 und als nächster Mitgliedsstaat rückte Estland vor, um das EU-Mandat in der genannten Periode zu übernehmen.

Möglichkeit, seine politische Führungskompetenz und sein gestalterisches Geschick unter Beweis zu stellen.

Darüber hinaus bietet die Fallstudie die Möglichkeit, bereits gewonnene Erkenntnisse über die Rollenwahrnehmung und das Handeln der neuen Mitgliedstaaten im Rahmen des rotierenden EU-Amtes zu überprüfen und weiter zu präzisieren. Gibt es spezifische Merkmale des europapolitischen Profils der neuen Mitgliedstaaten, die deren erste EU-Ratspräsidentschaft meistens als „EU-Reifetest“, „Maturaprüfung“ oder „Prüfung der vollständigen Mitgliedschaft in der EU“ (G. Ciamba, ehemaliger Delegierter Minister für EU-Angelegenheiten in mehreren Interviews<sup>31</sup>) im Prozess derer Europäisierung betrachten? Die rumänische Antwort auf diese Frage ergänzt die Erkenntnisse, die vom Rest der „neuen“ Mitgliedstaaten in der Vorsitzfunktion stammen.

Nach Leal (2010) war die Forschung zur EU-Ratspräsidentschaft bis vor kurzem stark von der Tendenz geprägt, die Rollenkonzepte der Ratspräsidentschaft ausschließlich unter funktionalen Gesichtspunkten zu betrachten. In neueren Studien zeigt sich jedoch eine zunehmende Präferenz für einen rollentheoretischen Ansatz, der das bisher dominante funktionale Verständnis – welches sich primär auf Aufgaben und Funktionen der Ratspräsidentschaft konzentrierte – ergänzt. Dieser neue Ansatz definiert die Rolle der EU-Ratspräsidentschaft als ein spezifisches Verhaltensmuster, das „aus der Interaktion von Erwartungen und der zielgerichteten Entscheidung des Akteurs, der diese Rolle ausübt, entsteht“ (Leal, 2010).

Im Vergleich zu den funktionsanalytischen Ansätzen früherer Studien (vgl. Kietz, 2007) erscheint der rollentheoretische Ansatz vielversprechend, da er es ermöglicht, die theoretischen Einschränkungen zu überwinden, Rollen entweder ausschließlich nach der Logik der Konsequenzen oder nach der Logik der Angemessenheit zu bewerten. Elgström hebt hervor, dass der rollentheoretische Ansatz eine Betrachtung der EU-Ratspräsidentschaft erlaubt, bei der „bestehende strukturelle Erwartungen gegenüber der Ratspräsidentschaftsrolle – Neutralität, Unparteilichkeit, Effizienz und Konsenssuche – mit den spezifischen Rollenkonzepten der einzelnen Mitgliedstaaten interagieren, um dadurch sowohl Gemeinsamkeiten als auch Vielfalt in der Ausübung der Präsidentschaftsrolle zu generieren“ (2006, S. 172). Dieser Ansatz erleichtert zudem die Erklärung der Variationen in der Ausübung

---

<sup>31</sup> Euractiv (2019), Calea Europeană (2019).

der EU-Ratspräsidentschaftsrollen, was jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit ist. Elgström beschreibt die Ratspräsidentschaft als eine „strukturell bedingte Situation“, die sowohl durch formelle funktionale Vorgaben als auch durch informelle Verhaltensregeln geprägt ist. Durch Lern- und Sozialisationsprozesse neigen die Akteure dazu, den Erwartungen, die an diese Rolle gestellt werden, zu entsprechen. Dies verdeutlicht, wie strukturelle und individuelle Faktoren die Ausgestaltung der Ratspräsidentschaft beeinflussen (2006, S. 175).

Schout (1998) betont, dass die EU-Ratspräsidentschaft eine komplexe Institution darstellt, die unterschiedliche Regeln und Funktionen vereint, die häufig nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Auf Basis des Rational-Choice-Modells wird argumentiert, dass die Mitgliedstaaten der EU als rationale Akteure agieren, die versuchen, ihren Einfluss in Verhandlungen zu maximieren. In diesem Kontext wird die Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft als zusätzliche Machtquelle betrachtet, wobei die Argumentation auf der Logik der antizipierten Konsequenzen basiert. Im Gegensatz dazu sehen Konstruktivistinnen die EU-Ratspräsidentschaft als ein System von Rollen und normativen Konzepten, bei dem die Logik der Angemessenheit im Vordergrund steht.

Für die vorliegende Arbeit sind insbesondere jene Ansätze von Bedeutung, die diese Dichotomie überwinden und die EU-Ratspräsidentschaft als ein hybrides Konstrukt begreifen. In diesem hybriden Verständnis werden sowohl supranationalistische als auch intergouvernementale Perspektiven integriert.

### *1.2. Artikulationen der europäischen Profilm Merkmale Rumäniens als EU-Ratsvorsitz*

Nach der Diskussion der zentralen kontextuellen Rahmenbedingungen, die die Ausübung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft geprägt haben – darunter die innenpolitische Lage, die „atypische“ EU-Ratspräsidentschaft sowie die institutionellen Vorgaben des Vertrags von Lissabon – wird nun die Analyse der europäischen Profilm Merkmale Rumäniens als EU-Vorsitzland in der Vorbereitungsphase sowie in der Phase der Bilanzierung/Post-Vorsitzphase untersucht. Die erarbeiteten Ergebnisse werden zu einem Gesamtbild zusammengeführt, aus dem Schlussfolgerungen für den rumänischen EU-Ratsvorsitz in seiner Gesamtheit abgeleitet werden. Im abschließenden Abschnitt dieses Kapitels erfolgt eine Interpretation der Erkenntnisse unter Bezugnahme auf den theoretischen Ansatz der Europäisierung.

### *1.2.1. EU-bezogene Artikulationen im Kontext der Vorbereitungen für die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft*

Als Grundlage für das Kapitel zur rumänischen EU-Ratspräsidentschaft wurde im Jahr 2018 eine Untersuchung durchgeführt, die sich auf die öffentlichen Äußerungen politischer Akteure im Vorfeld der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes konzentrierte. Ziel dieser Studie war es, die Vorbereitungen für die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft zu analysieren, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die öffentliche Kommunikation und die Vermittlung von Inhalten zur EU-Ratspräsidentschaft sowie – im weiteren Sinne – zur Europäischen Union („Europa“) gelegt wurde.

Im Hinblick auf den rumänischen EU-Ratsvorsitz begann die Phase der Vorbereitungen bereits Mitte 2017. Dies entspricht der gängigen Praxis, wonach Vorbereitungen für die EU-Ratspräsidentschaft in der Regel eineinhalb bis zwei Jahre in Anspruch nehmen. Bei neuen Mitgliedstaaten kann diese Vorbereitungsphase aufgrund fehlender Erfahrung jedoch länger dauern. Wie bereits zuvor erwähnt, stellt die EU-Ratspräsidentschaft eine Bühne dar, die verstärkte Aufmerksamkeit generiert und politischen Akteuren die Möglichkeit bietet, ihr Profil durch themenspezifische Kommunikation zu präsentieren und zu schärfen.

Die Vorbereitungsphase der kommunikationspolitischen Arbeit im Rahmen der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft wurde im Kontext der oben genannten Studie untersucht. Diese Untersuchung basierte auf der Annahme, dass Akteure im Vorfeld der Ratspräsidentschaft intensiv daran arbeiten, sich als Policy-Shaper zu positionieren. Aus der Perspektive der Europäisierung ist diese Phase besonders interessant, da die Äußerungen und Stellungnahmen der Akteure Hinweise darauf liefern können, in welchem Maße die „EU“ im jeweiligen Vorsitzstaat internalisiert wurde. Die Bedeutung dieser Vorarbeit liegt insbesondere darin, dass die in der Vorbereitungsphase getätigten Aussagen und Positionen der Akteure retrospektiv in der Post-Präsidentschaftsphase analysiert werden können. Dies ermöglicht eine Prüfung der Kohärenz und Nachhaltigkeit der geäußerten Standpunkte im Vergleich zu den Erklärungen und Erfahrungen während der EU-Ratspräsidentschaft.

Im Rahmen der Vorarbeit (Untersuchungszeitraum: 1. Juli 2017 – 1. Januar 2018) sowie in der Analyse der Post-Vorsitz-Phase (die letzten Wochen der EU-Ratspräsidentschaft und die darauffolgende Zeit) wurden Inhalte von EU-präsidentschaftsrelevanten Beiträgen der zentralen politischen Akteure (Präsident, Ministerpräsident, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Delegierter Minister für EU-Angelegenheiten, Parlament) analysiert. Das

untersuchte Material umfasst hauptsächlich Presseaussendungen, Presseerklärungen, Interviews sowie Reden und Beiträge der rumänischen Hauptakteure. Darüber hinaus wurden Stellungnahmen der Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates berücksichtigt. Ergänzend flossen Beiträge ein, die im Rahmen des Diskussionsforums mit der Zivilgesellschaft (RO2019 -<http://ro2019.eu/>) veröffentlicht wurden.

Aus der Fülle der präsidentenrelevanten Veröffentlichungen wurden in der ersten Phase der Untersuchung (Vorbereitungsphase) 68 Beiträge ausgewählt, die der übergeordneten Hauptkategorie „Erwähnung des Syntagmas *Vorbereitung für die rumänische EU-Ratspräsidentschaft*“ entsprachen. In einem zweiten Schritt wurden aus dem großen Datenvolumen 44 Beiträge gewonnen. Die Recherche wurde durch die Schwerpunkte geleitet: *Prioritäten/Agenda der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft, Rolle der staatlichen Institutionen bei der Vorbereitung und Abwicklung der EU-Ratspräsidentschaft, Amtsverständnis* (wie verstehen und interpretieren die jeweiligen staatlichen Akteure deren Rolle im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft), interne Kommunikation über die rumänische EU-Ratspräsidentschaft. Die recherchierte Daten setzten sich aus: Presseaussendungen der Präsidentschaftskanzlei, die teils auch Presseerklärungen des rumänischen Staatspräsidenten beinhalten (Präsidentschaftskanzlei, 2017); Grundsatzreden des Staatspräsident von Rumänien (Jahrestreffen des Präsidenten mit den Vertretern des in Bukarest akkreditierten Diplomatischen Corps, jährliches Botschaftertreffen, Treffen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission) (Präsidentschaftskanzlei, 2017); Presseerklärungen des Premierministers von Rumänien (Regierung Rumäniens, 2017); Presseaussendungen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien (Minister für auswärtige Angelegenheiten und Delegierter Minister für EU-Angelegenheiten) (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien, 2017); TV-, Radio- und Zeitungsinterviews mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien, 2017), dem Delegierten Minister für EU-Angelegenheiten und der Ständigen Vertreterin Rumäniens bei der EU in Brüssel (Ständige Vertretung Rumäniens bei der EU in Brüssel); Antwortschreiben des Delegierten Ministers für EU-Angelegenheiten auf die Anfrage der Plattform RO2019 betreffend die Planung der Vorbereitungen für die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft; Presseerklärungen der Präsidenten der Abgeordnetenversammlung (Die Abgeordnetenversammlung Rumäniens, 2017) und des Senats von Rumänien (Der Senat Rumäniens, 2017); Presseerklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker zu den Prioritäten der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft (Juncker, 2017).

Vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft waren die meisten Stellungnahmen der politischen Akteure stark anlassbezogen. Die rumänische EU-Ratspräsidentschaft wurde häufig im Zusammenhang mit der Teilnahme der zuständigen Politiker an Tagungen des Europäischen Rates und der verschiedenen Ratsformationen der EU (zum Beispiel: Rat für Allgemeine Angelegenheiten, Rat für Auswärtige Beziehungen, Europäischer Rat, außerordentlicher Europäischer Rat, Gymnich-Treffen) oder im Kontext hochrangiger Treffen mit Vertretern der EU (z. B. Präsident der Europäischen Kommission, Präsident des Europäischen Rates) sowie der EU-Mitgliedstaaten thematisiert.

Besonders hervorzuheben ist, dass die unmittelbar zuständigen Akteure, wie der Delegierte Minister für EU-Angelegenheiten, durch eine hohe Anzahl präsidentschaftsbezogener und inhaltlich spezialisierter Stellungnahmen auffielen. Dies spiegelt die intensive Arbeitsagenda im Rahmen der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft wider. Im Gegensatz dazu waren die Beiträge und Stellungnahmen der Präsidenten des rumänischen Parlaments eher allgemein gehalten und quantitativ begrenzt.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurde der Schwerpunkt auf die Ebene der institutionellen Akteure gelegt. Das Staatsoberhaupt spielt aus institutioneller Sicht eine besondere Rolle, da es in Rumänien eine zentrale Funktion in der Außenpolitik und in EU-Angelegenheiten übernimmt, insbesondere durch die Teilnahme an den Tagungen des Europäischen Rates – eine Aufgabe, die nicht der Premierministerin oder dem Premierminister obliegt.

Weitere untersuchte Akteure waren der Premierminister, der Minister für auswärtige Angelegenheiten sowie der delegierte Minister für EU-Angelegenheiten. Die Ständige Vertretung Rumäniens bei der EU in Brüssel nahm zweifellos eine aktive Rolle sowohl in der Vorbereitungsphase als auch während der Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft ein. Sie wurde jedoch als Subakteur des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten betrachtet, da ihre Kommunikation durch die Weisungen des Außenministeriums gesteuert wird. Darüber hinaus wurde auf weitere agendabildende Akteure wie zivilgesellschaftliche Initiativen – etwa die Plattform RO2019 zur Unterstützung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft – oder Gewerkschaften Bezug genommen. Diese Akteure wurden jedoch nicht im Detail analysiert, da der Fokus der Untersuchung primär auf den staatlichen Akteuren lag.

Welche Hauptbotschaften vermitteln die politischen Akteure im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft und der Europäischen Union? Welche Rolle schreiben sie sich selbst zu, und welche Implikationen ergeben sich daraus für den Prozess der Europäisierung? Zudem stellt sich die Frage nach der politischen Legitimität und Glaubwürdigkeit der Akteure, die diese Aussagen tätigen: Welchen Einfluss hat ihre Position im nationalen Machtgefüge darauf, ob die Inhalte von Staatspräsidenten, Ministern für auswärtige oder europäische Angelegenheiten oder von leitenden Beamten stammen? Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor ist der Kontext, in dem präsidentschaftsrelevante Aussagen gemacht wurden. Die Relevanz und das Gewicht einer politischen Botschaft, die im Rahmen einer Regierungssitzung oder in einer öffentlichen Rede des Staatspräsidenten geäußert wird, sind offensichtlich höher einzuschätzen als politische Stellungnahmen von Abgeordneten, die außerhalb formeller Kontexte oder im Rahmen von Parlamentsdebatten erfolgen.

Die Analyse der öffentlichen Äußerungen politischer Akteure bis Ende 2017 zeigt eine Tendenz zu zwei divergierenden Ansätzen in der Themensetzung und damit auch in der Wahrnehmung der Rolle der EU-Ratspräsidentschaft (Amtsverständnis). Die erste Perspektive betont die nationalen Interessen Rumäniens. Dieser Ansatz betrachtet die EU-Ratspräsidentschaft primär als Gelegenheit, die Interessen des eigenen Landes durchzusetzen. Dazu zählen Erwartungen wie die Abschaffung des Kooperations- und Kontrollmechanismus im Bereich der Justiz (CVM), die Vollendung des Schengen-Beitritts oder die Ansiedlung einer EU-Agentur in Rumänien. Dieser Ansatz lässt sich theoriegeleitet durch die rationalistische Perspektive erklären, die davon ausgeht, dass Akteure primär daran interessiert sind, ihre Chancen und Vorteile zu maximieren. In diesem Kontext bietet die EU-Ratspräsidentschaft ein Instrument, um diese Zielsetzungen zu verwirklichen.

Im Gegensatz dazu stellt die zweite Perspektive die Interessen der gesamten Europäischen Union in den Vordergrund. Hier wird die rumänische EU-Ratspräsidentschaft als Dienstleistung für die Weiterentwicklung des europäischen Projekts verstanden. In dieser Sichtweise fungiert die Ratspräsidentschaft als neutraler Vermittler, der sich am gemeinsamen europäischen Wohl orientiert und dabei nationale Ambitionen zugunsten des Kollektivinteresses zurückstellt. Während der erste Ansatz mit der Logik des rationalistischen Institutionalismus beschrieben werden kann, folgt die zweite Perspektive der Logik der Angemessenheit. Akteure sind hier weniger darauf bedacht, ihre subjektiven Interessen zu maximieren, sondern orientieren sich an den Erwartungen, die an eine bestimmte soziale Rolle

oder Situation gestellt werden. In diesem Fall werden ihre Handlungen nicht primär durch rationale Kosten-Nutzen-Kalküle bestimmt, sondern von gemeinsam geteilten Normen und Vorstellungen darüber, was als angemessenes Verhalten gilt (Börzel & Panke, 2007).

Für Rumänien, als neuen Mitgliedstaat, war es von besonderer Bedeutung, sich „angemessen“ zu präsentieren. In diesem Zusammenhang spielten soziale Lernprozesse, die das Land während der Vorbereitung auf die Ratspräsidentschaft durchlaufen hat, eine zentrale Rolle.

Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zeigen, dass in der Kommunikation unter funktionalem Aspekt überwiegend das Bild einer EU-Ratspräsidentschaft vermittelt wird, die sich primär als neutraler Vermittler und Manager der EU-Geschäfte positioniert. Gleichzeitig wird jedoch auch die Ambition deutlich, spezifische nationale Präferenzen, die für Rumänien von Bedeutung sind, auf EU-Ebene voranzubringen. Die Analyse des spezifischen Kontexts mit all seinen herausfordernden und komplexen Phänomenen und Entwicklungen war notwendig, um die Anforderungen der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft adäquat zu erfüllen. Im Rahmen der internen und externen Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit bemühte sich das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, ein realistisches, zugleich aber ambitioniertes Bild der Ratspräsidentschaft zu vermitteln. Dies geschah sowohl in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit als auch in der Interaktion mit Fachministerien und anderen Institutionen.

Ein Arbeitspapier des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten (PRES EU 1) hebt hervor, dass Rumänien der EU-Ratspräsidentschaft mit einem ausgewogenen und pragmatischen Rollenverständnis begegnete, wobei der Fokus auf der Weiterentwicklung des europäischen Projekts, der Sicherstellung der Kontinuität der EU-Agenda und der Verabschiedung ausstehender Rechtsakte lag. Diese Haltung wurde primär von Akteuren wie dem Minister für auswärtige Angelegenheiten, dem Delegierten Minister für EU-Angelegenheiten und der Ständigen Vertretung Rumäniens in Brüssel vertreten, die realistisch einschätzen konnten, welche Möglichkeiten und Einschränkungen die Vorsitzführung mit sich bringt. Im Gegensatz dazu zeigte sich bei vielen Abgeordneten des rumänischen Parlaments, mit Ausnahme einiger erfahrener Politiker, ein eher unrealistisches Verständnis der Ratspräsidentschaft. Parteipolitische Erwartungen und Ankündigungen standen oft im Widerspruch zu einer ausgewogenen und verantwortungsvollen Sprache, die auf der Realität basierte. Trotz dieser Diskrepanzen herrschte Konsens darüber, dass die EU-Ratspräsidentschaft eine bedeutende Chance für Rumänien darstellt, den Europäisierungsprozess voranzutreiben. In den Beiträgen

wurden Ziele wie die stärkere Einbindung Rumäniens in EU-Strukturen, die Europäisierung der Verwaltung sowie eine verbesserte politische und wirtschaftliche Profilierung innerhalb der EU betont.

Die EU-Ratspräsidentschaft bot politischen Akteuren Rumäniens die Möglichkeit, sich intensiv und medienwirksam auf der europäischen Bühne zu präsentieren. Nationale Akteure traten plötzlich als zentrale Protagonisten im Fokus der europäischen Öffentlichkeit auf, was nicht nur eine Darstellung Rumäniens und seines Beitrags zur EU ermöglichte, sondern auch die Kapazitäten des gesamten Landes forderte.

Laut Peter und de Veese unterscheidet sich der Verlauf einer EU-Ratspräsidentschaft durch Routenzeiten und Schlüsselereignisse, wobei Gipfeltreffen als zentrale Momente der Europakommunikation gelten (Huber, 2012, S. 21). Im Rahmen des rumänischen Ratsvorsitzes fanden die regulären Tagungen des Europäischen Rates sowie ein politischer Höhepunkt, der Sondergipfel zur Zukunft der EU in Sibiu/Hermannstadt, statt. Dieser Gipfel, bereits 2017 von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angekündigt, verband nationale Narrative („Europäisierung von Rumänien von Hermannstadt 2007 bis Hermannstadt 2019“) mit großen europäischen Themen und erreichte somit sowohl die nationale als auch die europäische Öffentlichkeit<sup>32</sup>.

Die Wahl von Sibiu/Hermannstadt als Veranstaltungsort unterstrich das Zusammenspiel nationaler und europäischer Interessen. Neben der historischen Verbindung zu Rumäniens EU-Beitritt im Jahr 2007 (als Sibiu und Luxemburg Kulturhauptstädte Europas waren) stärkte die Wahl auch Staatspräsident Iohannis, der aus Sibiu stammt, in seiner politischen Position. Der Gipfel wurde zu einem Höhepunkt der kommunikationspolitischen Strategie des rumänischen Ratsvorsitzes. Ein weiteres bedeutendes Ereignis im Rahmen der Ratspräsidentschaft waren die 10. Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die zur Halbzeit des rumänischen Mandats stattfanden und als Teil des „Pflichtprogramms“ wesentliche Aufmerksamkeit erforderten.

---

<sup>32</sup> Die Literatur unterscheidet zwischen zwei Komponenten der *Agenda-Setting-Prozesse*: die externe Dimension (Akteure kommunizieren deren Botschaften hauptsächlich durch die Medien an die Öffentlichkeit) und die interne Dimension (Kommunikation innerhalb der Regierung, der Parteien). Laut Karolewski et. al (2015) ist *Agenda-setting* eine der Hauptfunktionen einer EU-Ratspräsidentschaft. Schulz (2011, S. 146-147) verwendet *Agenda-setting* in der politischen Kommunikation für die Beschreibung der systematischen Perspektive auf Thematisierungsvorgänge. Betrachtet man die EU-Ratspräsidentschaft in ihrer Ganzheit – von der Vorbereitung bis zur Bilanzphase – als ein *Policy-cycle*, ist der Begriff *Agenda-building* für die Beschreibung der Vorbereitungsphase für die Übernahme des EU-Ratsvorsitzes durchaus geeignet. In dieser Vorbereitungsphase werden auf der Ebene der politischen Akteure, durch die interne politische Kommunikation zwischen den verschiedenen Stellen, Prioritäten gesetzt, die extern durch die Medien kommuniziert werden.

Diese Ereignisse bieten den rumänischen Politikern die Möglichkeit, „Europa“ in der internen öffentlichen Debatte zu thematisieren bzw. rumänische Themen stärker in europäischen Fokus zu drücken. In der Literatur wird betont, dass solche Fokusereignisse die politischen Akteure dazu stimulieren, in die Debatte einzusteigen und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. (Huber 2012, S. 20). Josef Melchior stellt in seinem Beitrag in *Politix* 21/2006 fest, dass die Präsidentschaft eine Chance sei: „eine solche Chance zur öffentlich finanzierten Profilierung lässt sich keine Regierung entgehen – schon gar nicht in einem Wahljahr“ (Melchior 2006, S. 103).

Angesichts der Tatsache, dass Rumänien im Herbst 2019 unmittelbar nach der EU-Ratspräsidentschaft Präsidentschaftswahlen abhielt, war es wenig überraschend, dass die kommunikationspolitischen Aktivitäten der politischen Akteure auch Elemente der Wahlkampfretorik aufwiesen. Die EU-Ratspräsidentschaft bot den Parteien eine ideale Plattform, um die mediale Bühne für innenpolitische Zwecke zu nutzen. Dies ermöglichte es, sich bereits frühzeitig auf die bevorstehenden Wahlen einzustimmen und polemisch-wahlkämpferische Töne in die europäische Kommunikation einfließen zu lassen.

Es gaben insbesondere drei zentrale Faktoren, die die kommunikationspolitische Formulierung der Positionen maßgeblich beeinflusst haben:

- *Institutionelle Vorgaben des Vertrags von Lissabon*

Der Vertrag von Lissabon schrieb die Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates und anderer EU-Institutionen fest, was dazu führte, dass die rumänischen Verantwortlichen ihre Kommunikationsstrategie mit Brüssel abstimmen mussten. Zwar hatte Rumänien die Freiheit, eigene Inhalte zu kommunizieren, jedoch wurden zentrale Botschaften, wie die Erklärung von Sibiu, akribisch koordiniert. Diese Erklärung stellt einen wichtigen Beitrag der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft zur Geschichte der Europäischen Union dar;

- *Spezifische institutionelle Voraussetzungen in Rumänien*

Spannungen entstanden durch die Kompetenzverteilung in EU-Angelegenheiten. Während der Staatspräsident an den Tagungen des Europäischen Rates teilnahm, spielte die Premierministerin eine sekundäre Rolle. Um dies auszugleichen, initiierte

sie parallele Treffen und trat aktiv in der Öffentlichkeit auf, wobei sie darauf achtete, innenpolitische Konflikte nicht nach außen zu tragen. Dieses Vorgehen verhinderte ein Reputationsdefizit und sicherte eine professionelle Wahrnehmung Rumäniens;

○ *Innenpolitische Spannungen und Uneinigkeit*

Innenpolitische Debatten, insbesondere über Justizreformen, drohten die Diskrepanz zwischen Regierung und Staatspräsident zu vertiefen. Der Staatspräsident, unterstützt von der Europäischen Kommission, positionierte sich als Hüter des Rechtsstaats, was seine Glaubwürdigkeit stärkte.

Zusammenfassend war die Vorbereitungsphase der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft von kommunikationspolitischen Herausforderungen geprägt, die gleichzeitig als Gelegenheit wahrgenommen wurden, Rumänien als pro-europäisches und EU-reifes Land zu präsentieren. Ereignisse wie „die Erklärung von Sibiu“ boten dem Land die Möglichkeit, einen bleibenden Beitrag zur europäischen Integration zu leisten. Durch eine klare Trennung zwischen innenpolitischen Konflikten und der EU-Agenda gelang es, ein kohärentes und professionelles Bild auf der europäischen Bühne zu zeichnen.

*1.2.2. Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft und die Phase der/nach der Bilanz*

Im Folgenden werden die sechs Monate der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft sowie die Zeit der Bilanzziehung und Nachbereitung analysiert. Die Untersuchung stützt sich auf eine Vielzahl von Quellen, darunter präsidentschaftsrelevante Dokumente, das Arbeitsprogramm des Rates der EU, das Trio-Programm sowie die offizielle Bilanz der rumänischen Regierung nach Ende ihres Mandats. Zusätzlich wurden Stellungnahmen im Rahmen formeller und informeller Ratspräsidentschaftsveranstaltungen, Eröffnungs- und Bilanzreden im Europäischen Parlament sowie Reden und Interviews zur EU-Ratspräsidentschaft herangezogen.

Zur Ergänzung und Kontextualisierung der Analyse waren ursprünglich Eliteninterviews und Aufzeichnungen aus Hintergrundgesprächen als fester Bestandteil des Datenmixes vorgesehen. Aufgrund methodischer Herausforderungen wurden diese jedoch nicht umgesetzt und blieben daher unberücksichtigt. Darüber hinaus fließen praktische Erfahrungen aus der Arbeit im

Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ein, um die Aussagen und Stellungnahmen präzise zu bewerten und im jeweiligen Kontext einzuordnen.

Wenn die einzelnen Rollenartikulationen und Stellungnahmen von der innenpolitischen Rhetorik befreit werden, ergibt das Resultat ein EU-Ratspräsidentschaftsbild, welches folgende Charakteristika aufzeigt: die Übernahme der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft ist eine besondere Gelegenheit, um das europäische Engagement des Landes zur Stärkung des europäischen Einigungsprojektes unter Beweis zu stellen. Rumänien nutzt die Vorsitzführung des Rates, um seine EU-Tauglichkeit und seine EU-Reife zu beweisen.

Delegierter Minister für EU-Angelegenheiten George Ciamba erklärte in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Außenminister Teodor Melescanu:

„Rumänien versteht vollumfänglich die Rolle des neutralen Mediators, wie auch den komplexen Kontext in welchem es sein Mandat ausführen wird, es kennt den Stand der Entwicklungen und setzte sich eine realistische Erwartungshaltung für die zu erzielenden Ergebnisse, die im Laufe des rumänischen Mandats die EU-Agenda weiterentwickeln sollten.“ Diese Aussage steht als Beweis dafür, dass die Rollen und Funktionen des EU-Ratsvorsitzes von Bukarest gut verstanden und internalisiert wurden.

In zahlreichen Reden und Stellungnahmen wurde betont, dass die EU-Ratspräsidentschaft eine bedeutende Gelegenheit bietet, nationale Positionen zu erläutern, individuelle Prioritäten hervorzuheben und eine stärkere Bekanntheit zu erzielen. Häufig wurde auf die besonderen kontextuellen Herausforderungen der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft hingewiesen, darunter der Brexit und die Neuordnung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich, der Reflexionsprozess über die Zukunft der EU sowie der institutionelle Übergang im Zuge der Europawahlen im Mai 2019. Hintergrundpapiere des rumänischen Außenministeriums (PRES EU 1, Ministerul Afacerilor Externe, 2019d) verweisen zusätzlich auf zentrale Entwicklungen, die die europäische Agenda beeinflussten, wie die transatlantischen Beziehungen, zunehmende euroskeptische Tendenzen und den wachsenden internationalen Druck auf das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft.

Öffentliche Stellungnahmen und Reden hoben immer wieder die Verantwortung und die konkreten Aufgaben hervor, die Rumänien als EU-Ratsvorsitz innehatte. Das zunächst

„moderate“ und „bescheidene“ Selbstbild des Ratsvorsitzes wurde – mit wenigen Ausnahmen – während der gesamten Amtszeit bewahrt. Diese realistische Erwartungshaltung und die Orientierung an konkreten Ergebnissen erwiesen sich als zielführend. Der rumänische Ratsvorsitz handelte pragmatisch, pflicht- und verantwortungsbewusst und konzentrierte sich darauf, die EU-Agenda nachhaltig voranzubringen, so zahlreiche Politikbeobachter im In- und Ausland, wie etwa der ehemalige Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk: er nannte die rumänische EU-Ratspräsidentschaft „energiegeladen und erfolgreich“ und hob das „beeindruckende“ Management hervor (Die EU im Jahr 2019, 2020).<sup>33</sup>

Die Analyse zeigt, dass die rumänische EU-Ratspräsidentschaft insgesamt auf eine solide Vorbereitung und eine klare strategische Ausrichtung setzte, trotz vereinzelter öffentlicher Spannungen zwischen der Premierministerin und dem Staatspräsidenten. Diese Spannungen äußerten sich unter anderem in einem Briefwechsel über die Teilnahme des Staatspräsidenten an Regierungssitzungen sowie in der öffentlichen Infragestellung des Systems zur Vertretung des Landes im Europäischen Rat durch die Premierministerin. Dennoch herrschte unter den politischen Akteuren weitgehend Einigkeit darüber, dass Rumänien die notwendigen Vorbereitungen erfolgreich abgeschlossen hatte und bereit war, sich den Herausforderungen in einer sich wandelnden europäischen politischen Landschaft zu stellen. Wie die damalige Premierministerin Viorica Dăncilă betonte, sei das Land fest entschlossen, als „Befürworter des Konsenses, durch konkrete Aktionen zur Förderung einer stärker vereinten und kohäsiven Europäischen Union“ beizutragen.

Der Delegierte Minister für EU-Angelegenheiten, George Ciamba, hob mehrfach die Bedeutung der Rolle des ehrlichen Maklers hervor und lobte die institutionellen Kapazitäten Rumäniens sowie die gute Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament. Er betonte, dass ohne eine enge institutionelle Abstimmung die beachtliche Bilanz von 90 abgeschlossenen legislativen Dossiers nicht erreichbar gewesen wäre. Laut Cuglesan und Ilik (2022, S. 465), die sich auf Elgström (2004, S. 51) beziehen, war die Entscheidung Rumäniens, die Rolle des ehrlichen Maklers einzunehmen, eine naheliegende und typische Wahl für kleine Mitgliedstaaten, insbesondere für jene, die erstmals die EU-Ratspräsidentschaft innehaben. Diese Rolle wird insbesondere dann bevorzugt, wenn ein

---

<sup>33</sup> Siehe: Politico (2019); Euractiv (2019). Vgl. Cuglesan & Ilik (2022).

Mitgliedstaat über keine Erfahrung in der Führung des Ratsvorsitzes verfügt oder wenn das Verhältnis zur Europäischen Union zuvor von Spannungen geprägt war.

Die Autoren argumentieren, dass Rumänien den Ansatz eines neutralen Mediators wählte, um den europäischen Partnern zu signalisieren, dass es den Werten der Europäischen Union verpflichtet ist, den Konsens fördert und sich als zuverlässiger Partner positioniert. Angesichts der Reputationsprobleme vor Beginn des Ratsvorsitzes war dieser Ansatz nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, um das Vertrauen der europäischen Partner zu gewinnen und das Bild Rumäniens als konstruktiver Akteur innerhalb der EU zu stärken (Cuglesan und Ilik, 2022, S. 466). Ramona Mănescu<sup>34</sup>, die spätere Nachfolgerin des Außenministers Teodor Melescanu und selbst ehemalige EU-Abgeordnete, sprach von Rumänien in der Vorsitzrolle als „ernsthafte, verantwortungsvolle und zuverlässige Partner. Wir müssen unsere Fähigkeit unter Beweis stellen, große Dossiers zu verwalten, die weit über die Grenzen des Landes hinausgehen. Die Umsetzung der Ziele, die sich Rumänien für seine Amtszeit gesetzt hat, ist der Beweis für den Erfolg der Präsidentschaft und bedeutet etwas Besseres für Rumänien und etwas Besseres für die Europäische Union im Ganzen“ (Mănescu, 2019).

Es zeigte sich, dass die ständige Kalibrierung der Erwartungshaltung eine richtige Strategie war, die es ermöglichte, dass am Ende des Mandates Rumänien die schon erwähnten 90 legislativen Dossiers abgeschlossen und eine große Anzahl an Sitzungen und Tagungen abgehalten hatte. Laut Webseite der Regierung von Rumänien gehören zur Leistungsbilanz der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft: rund 2500 Sitzungen und Veranstaltungen; 90 bis zum Ende der legislativen Tätigkeit des Europäischen Parlaments abgeschlossene Dossiers; 84 angenommene Schlussfolgerungen des EU-Rates zu zahlreichen Themen von gemeinsamem Interesse; Erstellung von Fortschrittsberichten der Präsidentschaft; Annahme von Ratsbeschlüssen (Guvernul României, n.D.).

Der Delegierte Minister für EU-Angelegenheiten betonte, dass die rumänische EU-Ratspräsidentschaft eine „Vision für Europa“ entwickelt habe, die nicht nur Perspektiven für die Zukunft Europas aufzeigte, sondern auch aktiv zur Gestaltung dieser beitrug. Das Programm wurde um das Prinzip der Kohäsion als gemeinsamer europäischer Wert konzipiert und in vier thematische Säulen gegliedert: Europa der Konvergenz, Europa der Sicherheit,

---

<sup>34</sup> Ehemalige rumänische Außenministerin (24. Juli - 4. November 2019).

Europa als globaler Akteur sowie Europa der gemeinsamen Werte. Diese Vision wurde als realistisch bewertet, da sie die aktuellen Möglichkeiten und den europäischen Kontext berücksichtigte, gleichzeitig jedoch ambitioniert war, um den Herausforderungen gerecht zu werden und ambitionierte Ziele im Sinne der Europäischen Union zu verfolgen.

Ausgangspunkt bei der Erfassung des rumänischen Mandats waren also die Herausforderungen, denen sich die EU gegenübersteht und welche in der rumänischen Wahrnehmung einen erhöhten Bedarf an Einheit und Zusammenhalt forderten. Demzufolge unterstrich die rumänische EU-Ratspräsidentschaft das Prinzip der Kohäsion, welches in allen Politikbereichen, in den Regionen und für die europäischen Bürger wirken sollte.

Die rumänische EU-Ratspräsidentschaft nahm sich zum Ziel, diesen Zusammenhalt in drei Tätigkeitsbereichen zu fördern (Rede der rumänischen Premierministerin anlässlich der Bilanz der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft: Europäisches Parlament, 2019; Agerpres 2019).

Erstens im Bereich des politischen Handelns, wobei es darum geht, die Mitgliedstaaten, die europäischen Institutionen und die europäischen Bürger wieder miteinander zu verbinden. In diesem Fall ist der Zusammenhalt sowohl als gemeinsamer europäischer Wert als auch als Ausdruck der Einheit zwischen den Staaten und Regionen der Europäischen Union zu verstehen.

Zweitens sollte im wirtschaftlichen Bereich das Prinzip der Kohäsion als Katalysator für die Verringerung der Diskrepanzen zwischen einerseits den Mitgliedstaaten und Regionen und andererseits für die Vollendung des Binnenmarktes eingesetzt werden.

Drittens sollte Zusammenhalt die Politiken im sozialen Bereich leiten. Darunter versteht die rumänische EU-Ratspräsidentschaft das Gebot der sozialen Konvergenz und der Wahrung der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes.

Laut der offiziellen Leistungsbilanz hatte die EU-Ratspräsidentschaft in allen vier Bereichen, wie auch beim Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, bei der Bewältigung des Brexit-Prozesses und bei der Festlegung der strategischen Agenda 2019-2024 Fortschritte erzielt. In der Öffentlichkeit wurde überwiegend anhand der folgenden Leitlinien über die Ergebnisse der Ratspräsidentschaft kommuniziert:

„Während der EU-Ratspräsidentschaft

- trugen wir dazu bei, die Zukunft der Union zu definieren;
- haben wir uns für einen stärkeren Zusammenhalt in Europa eingesetzt;
- haben wir uns für ein sichereres Europa und für die Stärkung der Außengrenzen eingesetzt;
- haben wir uns für die Förderung von Digitalisierung und Innovation eingesetzt;
- haben wir Ergebnisse zur Stärkung der Energieunion und zur Bekämpfung des Klimawandels erzielt;
- haben wir uns dafür eingesetzt, die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken und die europäische Wirtschaft widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen;
- haben wir zur Stärkung der Rolle der EU in der Welt und in ihrer Nachbarschaft beigetragen;
- haben wir die Erweiterungsagenda der Union, eine Politik von besonderem strategischem Wert, aktiv verfolgt“ (Bilanzziehung durch die Premierministerin Rumäniens vor dem Europäischen Parlament, 2019, 16. Juli).

Die zitierten Ausführungen verdeutlichen das Bestreben, die komplexen Themen der EU-Angelegenheiten in einer Weise darzustellen, die auch für die breite Öffentlichkeit zugänglich und verständlich ist. Bereits an diesem Punkt lässt sich ein erster Hinweis auf einen Lernprozess erkennen: Eine erste technische Bilanz über die erzielten legislativen Ergebnisse wurde zum Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments veröffentlicht und somit bereits während der Amtszeit Rumäniens als EU-Ratspräsidentschaft der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Bilanz wurde aufgrund der komplexen technischen Sprache kritisiert, was eine verständlichere Vermittlung erforderlich machte. Eine klare Ausarbeitung für die finale Bilanz im Juli 2019 wurde angekündigt. Bei der Vermittlung der Inhalte profitierte Rumänien von den Lernprozessen seiner Vertreterinnen, die durch vorherige Ratspräsidentschaften, wie jene in Wien, sowie durch die Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat des Rates der EU erworben wurden.

In der Bewertung der Ergebnisse der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft durch die zuständigen Akteure wurden die quantitativen Resultate ausreichend dosiert, so dass diese ermöglicht haben, die folgenden drei Botschaften zu vermitteln: Erstens sollte die EU als ein „Wir“ wahrgenommen werden, wobei das Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl gestärkt wurde. Zweitens konnte Rumänien zeigen, dass es seine Aufgaben erfolgreich erledigte, seine „EU-Tauglichkeit“ unter Beweis stellte und als Policy-Shaper relevante Impulse setzen konnte,

wodurch das Land im europäischen Kontext als bedeutend wahrgenommen wurde. Drittens unterstrichen die erzielten Ergebnisse die Kompetenz und Führungskapazität der rumänischen Akteure, was vor dem Hintergrund der starken öffentlichen Kritik an der Regierung für die Regierenden von besonderer Bedeutung war.

Rumänien betonte in seiner Leistungsbilanz die quantitative Dimension der erzielten Ergebnisse und dieser Ansatz wurde in den meisten Stellungnahmen übernommen. Allerdings gab es Nuancen in der Auswertung des Erfolges: für den Staatspräsidenten, der zum Beginn der Ratspräsidentschaft besorgt war, ob die Regierung die Aufgabe erledigen könne, war die positive Bilanz auch mit einem Überraschungseffekt verbunden: „Die rumänische Präsidentschaft hat 90 Dossiers abgeschlossen, Sie wissen, wie viele in anderen Präsidentschaften abgeschlossen wurden, was nicht nur die Intensität und Quantität unserer Arbeit zeigt, sondern auch die Qualität, denn wir sind gute Partner, Verhandlungsführer und Institutionen mit hohen Standards, und das rumänische Team hat etwas Unerwartetes erreicht. Deshalb habe ich gesagt, dass die rumänische Präsidentschaft überraschend war, weil sie viel besser war, als alle erwartet hatten. Wenn wir dies als Vermächtnis definieren können, nämlich dass Rumänien viel besser ist als das Image, das es hat, dann denke ich, dass es ein gutes Vermächtnis ist“, sagte der rumänische Präsident (Agerpres, 2019) bei der Bilanz am Ende des rumänischen EU-Ratsvorsitzes beim Europäischen Rat.

Der öffentliche Diskurs über die Leistungsbilanz von Rumänien fiel aber nicht ohne Kritik seitens der außenpolitischen Beobachter aus. Inländische außenpolitische Analysten und Politologen, wie Armand Gosu oder der ehemalige EU-Abgeordnete und Politologe Cristian Preda stellten dem technischen Apparat in den Ministerien ein gutes Zeugnis aus, übten aber Kritik an der politischen Führung, die „keine europäische Priorität hatte, die sie engagiert gefördert hätte“.

Die Leistungsbilanz Rumäniens während seiner EU-Ratspräsidentschaft hob die quantitative Dimension der erzielten Ergebnisse hervor, ein Ansatz, der auch in den meisten offiziellen Stellungnahmen aufgegriffen wurde. Dennoch zeigten sich Unterschiede in der Bewertung des Erfolges: Der Staatspräsident, der anfangs Zweifel an der Fähigkeit der Regierung hatte, diese Aufgabe zu bewältigen, war von der positiven Bilanz überrascht. Er betonte, dass die 90 abgeschlossenen Dossiers sowohl die Intensität und Quantität als auch die Qualität der Arbeit des rumänischen Teams widerspiegeln. Die Präsidentschaft übertraf die Erwartungen, was

laut dem Präsidenten dazu beitrug, ein besseres Bild von Rumänien zu vermitteln als sein bisheriges Image (Administrația Prezidențială, 2019c).

Trotz dieser positiven Bilanz war der öffentliche Diskurs nicht frei von Kritik. Inländische außenpolitische Beobachter und Politologen wie Armand Gosu und Cristian Preda lobten zwar die Leistungen des technischen Apparats in den Ministerien, äußerten jedoch Kritik an der politischen Führung. Sie bemängelten das Fehlen einer klaren europäischen Priorität, die mit Nachdruck gefördert wurde (Europa Liberă România, 2019). Cristian Preda meint weiters, dass „die Regierung es sogar geschafft hat, die rumänische Kandidatin Laura Codruta Kövesi für die Leitung der Europäischen Staatsanwaltschaft zu sabotieren, sodass in Folge die erwartete Entscheidung für die Besetzung der Leitungsstelle im Laufe des rumänischen Mandats nicht erzielt werden konnte“ (Europa Liberă România, 2019).

Die innenpolitische Polarisierung rund um die Figur der Staatsanwältin bietet eine Erklärung für die ambivalente Bewertung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft. Kritischere Stimmen führten die hohe Anzahl abgeschlossener legislativer Akten auf eine zufällige günstige Positionierung Rumäniens im Entscheidungsprozess sowie auf die umfassende Unterstützung durch das Generalsekretariat des Rates der EU und die Europäische Kommission zurück. Armand Gosu (Europa Liberă România, 2019) relativierte diese Kritik jedoch, indem er argumentierte, dass Rumänien durch die Übernahme der Rolle des neutralen Vermittlers und den Verzicht auf die Verfolgung nationaler Interessen den Konsens in zahlreichen Dossiers erleichtert habe. Diese neutrale Haltung habe es ermöglicht, einen gemeinsamen Nenner zwischen den Mitgliedstaaten zu finden. Gabriela Drăgan, Leiterin des Europäischen Instituts von Rumänien, hob ebenfalls hervor, dass die Effizienz Rumäniens bei der Moderation und Konsensfindung entscheidend für den Erfolg der Ratspräsidentschaft war. Als Beispiele für diese Effizienz nannte sie die Fortschritte bei der Erdgasrichtlinie sowie die erfolgreiche Umsetzung der Erklärung von Sibiu/Hermannstadt (ibidem).

Die Erdgasrichtlinie<sup>35</sup> wurde von der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft als eines der zentralen Ergebnisse präsentiert. Kritische Beobachter argumentierten jedoch, dass die endgültige Lösung im Wesentlichen auf einer bilateralen Einigung zwischen Frankreich und

---

<sup>35</sup> Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt

Deutschland basierte, die die Rolle Rumäniens dabei relativierte. Dennoch, so betont Armand Gosu, war es entscheidend, dass Rumänien die Gelegenheit nutzte, durch technische Expertise und proaktive Moderation das „Fenster der Möglichkeit“ zu öffnen, um den Konsens zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und nachhaltig zu unterstützen. (Europa Liberă România, 2019).

### *1.2.3. Präsentation der Ergebnisse der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments*

Die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 16. Juli 2019 im Rahmen der Bilanzziehung durch die Premierministerin Viorica Dancila in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vorgestellt wurden, werden gemäß den vier Säulen strukturiert zusammengefasst.

Die im Rahmen der Säule „Europa der Konvergenz“ durchgeführten Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 stellen einen zentralen Punkt des rumänischen EU-Ratsvorsitzes dar. In enger Zusammenarbeit mit dem Vorgänger, der Republik Österreich, wurden wichtige Vorbereitungsarbeiten durchgeführt, um eine reibungslose Übergabe des Dossiers zu gewährleisten. Dennoch ist die Bewertung dieser Verhandlungen im Kontext des zu dem Zeitpunkt bevorstehenden institutionellen Wechsels zu betrachten. Angesichts der nahenden Europawahlen war es absehbar, dass die Mitgliedstaaten nicht bereit waren, intensive Diskussionen zu führen, die in den wenigen verbleibenden Monaten zu einem Abschluss hätten gebracht werden können. Die rumänische Ratspräsidentschaft nutzte die Zwischenzeit, um bedeutende technische Fortschritte bei den Vorbereitungen für den MFR zu erzielen. Kritiken, die fehlende Erfahrung oder mangelnden politischen Willen als Gründe für den ausbleibenden Abschluss des Dossiers anführen, erscheinen vor diesem Hintergrund unbegründet. Eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft zeichnet sich durch die Fähigkeit aus, Prioritäten unter Berücksichtigung der politischen Dynamiken und der Unterstützung der Mitgliedstaaten strategisch zu setzen. Angesichts der allgemeinen Zurückhaltung zum Ende des institutionellen Zyklus war dies unter den gegebenen Bedingungen schlichtweg nicht umsetzbar, da die Akteure auf die Verhandlungen in der neuen Legislaturperiode fokussiert waren. Dennoch konnte der rumänische Ratsvorsitz in dieser Säule wichtige Fortschritte erzielen. Zu den erfolgreich abgeschlossenen Dossiers gehören Maßnahmen zur Stärkung der Banken- und Kapitalmarktunion sowie langfristige Strategien für den Binnenmarkt.

Im Rahmen der zweiten Säule „Europa der Sicherheit“ wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf EU-Ebene ergriffen, einschließlich der Stärkung des Mandats der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Im Bereich der Einwanderung wurden Schritte gesetzt, um Verhandlungen über die Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik voranzutreiben.

Für die dritte Säule „Europa - ein globaler Akteur“ waren die Bemühungen relevant, das Profil einer aktiven und effizienten Union zu stärken, die sich in ihrer Nachbarschaft engagiert und ihren internationalen Verpflichtungen glaubwürdig nachkommt. „In wichtigen Bereichen wie der westlichen Balkanregion, der Östlichen Partnerschaft und der Schwarzmeerregion sind Fortschritte erzielt worden“.

Die vierte Säule „Europa der gemeinsamen Werte“ wurde durch die Übermittlung des Berichts an den Europäischen Rat über die Bekämpfung von Desinformation und die Sicherung fairer europäischer Wahlen gestärkt. Ein wichtiges Ziel des rumänischen Ratsvorsitzes war die Bekämpfung von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Hassreden und allen Formen von Intoleranz.

### *1.3. Die Nachwirkungen der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft: Was wurde erreicht und welche Spuren blieben bestehen?*

Die Stadt Sibiu (Hermannstadt) wurde während der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft zu einer symbolischen Bühne, die Rumäniens europäische Zugehörigkeit und sein pro-europäisches Profil verdeutlichte. Diese symbolische Bedeutung knüpft an das Jahr 2007 an, als Sibiu/Hermannstadt den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt trug, und spannt einen imaginären Bogen, der die kontinuierliche Verbindung des Landes zu Europa und dessen Werten unterstreicht.

In der Wahrnehmung der politischen Akteure war das Mandat der Moment, in dem sich Rumänien endgültig und ohne jeden Zweifel im Zentrum des europäischen Projekts als ernsthafter, verantwortungsvoller und zuverlässiger Partner positionieren konnte. „Wir müssen unsere Fähigkeit unter Beweis stellen, große Dossiers zu verwalten, die weit über die Grenzen des Landes hinausgehen. Die Verwirklichung der Ziele, die sich Rumänien für seine Amtszeit

gesetzt hat, ist gleichbedeutend mit einer erfolgreichen Präsidentschaft und bedeutet Gutes für Rumänien und Gutes für die Europäische Union als Ganzes.” (Mănescu, 2019).

Die technische und bürokratische Abwicklung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft wurde weitgehend positiv bewertet, was auf in den Augen der oben erwähnten Beobachtern auf gut absolvierte Lernprozesse und eine gute Vorbereitung der Zuständigen – darunter das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, die Fachministerien und die Ständige Vertretung in Brüssel – hinweist. Dies könnte als Hinweis auf eine fortschreitende Europäisierung der rumänischen Verwaltung interpretiert werden. Allerdings sollte berücksichtigt werden, dass solche Einschätzungen auch durch den Vergleich mit vorherigen Ratspräsidentschaften und die spezifischen Erwartungen des europäischen Kontextes beeinflusst sein können. Die Fähigkeit, die „Spielregeln“ eines Ratsvorsitzes zu beherrschen, ist zweifellos essenziell, jedoch bleibt offen, inwieweit dies auf eine tiefgreifende strukturelle Veränderung der Verwaltung oder auf die spezifischen Herausforderungen und Gegebenheiten der Ratspräsidentschaft zurückzuführen ist.

Anknüpfend an die anfänglich getätigte Grundsatzaussage, dass jeder Mitgliedstaat, der die Vorsitzführung des Rates der EU erstmalig inne hat, selbst zur präziseren Ausformulierung und Institutionalisierung der Rolle dieser EU-Institution beitragen kann, erscheint es wichtig, den Nachlass der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft auch unter dem Aspekt der institutionellen Praktiken und *best-practice*-Modelle zu untersuchen. Das Thema kann für die weitere vertiefende Forschung empfohlen werden, um zu analysieren, wie neue Mitgliedstaaten ihre Rolle unter ungünstigen innenpolitischen Bedingungen im Vorsitz des Rates der EU internalisiert haben.

Cuglesan und Ilik (2022) analysieren die rumänische EU-Ratspräsidentschaft unter Anwendung eines Analysemodells von Karolewski et al. (2015), das die funktionale Dimension, die Verhaltensdimension und eine kontingenztheoretische Perspektive umfasst. Diese Perspektive berücksichtigt sowohl endogene als auch exogene Faktoren zur Bewertung der Leistung der Präsidentschaft. Hinsichtlich der Verhaltensdimension gelangen die Autoren zu der Schlussfolgerung, dass „Rumänien den Normen der Neutralität und Unparteilichkeit treu blieb, da es weder über die notwendige Expertise noch die Kapazitäten verfügte, die Agenda aus einer nationalen Perspektive heraus zu gestalten (z. B. im Fall des Schengen-

Beitritts). Zudem war die Vernetzung Rumäniens mit anderen Mitgliedstaaten schwach, und es gab seit 2007 keine Hinweise darauf, dass Rumänien zu einem politischen Entscheidungsträger auf EU-Ebene avancieren würde. Darüber hinaus war das Land bestrebt, das seit 2017 bestehende Imagedefizit zu überwinden, und entschied sich daher, die Rolle eines neutralen Vermittlers einzunehmen” (Cuglesan & Ilik, 2022, S. 469).

Diese Interpretation birgt jedoch mehrere Kritikpunkte:

- Die Annahme, dass die Ausübung einer neutralen und unparteiischen Position einfacher sei als die Vertretung nationaler Interessen, bedarf einer differenzierten Betrachtung. Insbesondere für neue Mitgliedstaaten erfordert Neutralität ein hohes Maß an institutionellem Lernen sowie praktische Erfahrung, um diese Rolle erfolgreich ausfüllen zu können.
- Das Schengen-Dossier zeigt exemplarisch, dass die rumänische EU-Ratspräsidentschaft die spezifischen Anforderungen ihrer Rolle verstanden hat, indem sie bewusst darauf verzichtete, nationale Interessen auf die Agenda zu setzen. Angesichts der Bedeutung des Schengen-Beitritts als eines der verbleibenden zentralen Ziele des EU-Beitritts Rumäniens hätte ein solcher Vorstoß die Neutralität und Unparteilichkeit der Ratspräsidentschaft infrage gestellt. Die Zurückhaltung in diesem Fall verdeutlicht, dass das Land die Limitierungen seiner Rolle als Vorsitzland erkannt und entsprechend gehandelt hat.

Die oben zitierten Autoren stellten in ihrer Analyse zum Rollenbild der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft fest, dass die rumänische Regierung das Profil eines aktiven, dynamischen, effizienten Akteurs projizierte, welcher konsensorientiert ist, ohne aber nennenswerte politische Ambitionen zu haben (ibid., 469).

Im Anschluss an die gewonnenen Erkenntnisse ist es sinnvoll, bestimmte thematische Politikprozesse/Entwicklungen zu beleuchten, die im Vorfeld oder während der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft angestoßen wurden. Diese Prozesse haben durch ihre beständige Verfolgung und Förderung einen festen Platz in der europäischen Agenda eingenommen. Zu den zentralen Aspekten zählen:

- Der kohäsionsorientierte Ansatz: Dieser von Rumänien eingeführte Ansatz prägt alle Politikbereiche und wurde insbesondere im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine von Rumänien als politisches Leitmotiv weitergeführt.

- Initiativen zur Bekämpfung von Desinformation: Die rumänische EU-Ratspräsidentschaft hat hier gezielt Maßnahmen und Strategien entwickelt, um diesem Problem entgegenzuwirken.
- Fokus auf die Schwarzmeer-Region: Rumänien hat politische Anstrengungen unternommen, um die Sicherheitslage in dieser geopolitisch sensiblen Region verstärkt in das Bewusstsein der europäischen Politik zu rücken.
- Förderung der Zusammenarbeit im Donauraum: Durch eine gemeinsame politische Initiative Rumäniens und Österreichs wurde die EU-Strategie für den Donauraum intensiviert, um die regionale Zusammenarbeit zu stärken.

Diese Schwerpunkte unterstreichen Rumäniens Beitrag zur europäischen Agenda und zeigen die strategische Bedeutung der thematischen Ausrichtungen auf.

Im Zusammenhang mit den identifizierten Schwachstellen wurde selbst von den rumänischen Verantwortlichen eingeräumt, dass im Bereich des Westbalkans größere Anstrengungen hätten unternommen werden können. Dabei ist jedoch anzumerken, dass die Prioritätensetzung sowie die zur Verfügung stehenden Kapazitäten eine zentrale Rolle im Kontext einer EU-Ratspräsidentschaft spielen. Zudem hatte der vorherige Ratsvorsitz, die Republik Österreich, in diesem Themenbereich bereits wesentliche Fortschritte erzielt. Dies erschwerte es der rumänischen Ratspräsidentschaft, gegen Ende eines institutionellen EU-Zyklus neue Prioritäten zu etablieren.

Es gibt eine Reihe von Themen der heutigen europäischen Agenda, die unter dem rumänischen EU-Ratsvorsitz initiiert oder vorangebracht wurden, zu diesen gehört das Thema der Cybersicherheit, ein Bereich in welchem Rumänien laut Radu (2018, S. 321-340) die Chance hat, zu einem osteuropäischen Cybersecurity Hub zu werden. Manea (2020) betont, dass Rumänien in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte im Bereich der Cybersicherheit erzielte und sich als kompetenter Akteur auf europäischer Ebene etablierte. Die Wahl Bukarests als Sitz des Europäischen Kompetenzzentrum für Cybersicherheit (ECCC (Mai 2023) ([https://cybersecurity-centre.europa.eu/index\\_en](https://cybersecurity-centre.europa.eu/index_en)) unterstreicht in seiner Wahrnehmung Rumäniens Engagement und Fachwissen in diesem Bereich (2020, S. 45-61).

Die Untersuchung verdeutlicht, dass Rumänien im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft strategische Schwerpunkte auf zentrale Themen wie Cybersicherheit, die Bekämpfung von Desinformation und die Förderung der geopolitischen Bedeutung des Schwarzen Meeres

gelegt hat. Diese thematischen Prioritäten zeugen von einer bemerkenswerten Kohärenz zwischen den nationalen Interessen Rumäniens und den strategischen Zielen der Europäischen Union. Insbesondere im Kontext aktueller globaler Herausforderungen, wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, wird das frühzeitige Engagement Rumäniens in diesen Bereichen als vorausschauend bewertet. Die nachhaltige Verfolgung dieser Initiativen unterstreicht die Rolle Rumäniens als bedeutender Akteur in der Sicherstellung regionaler Stabilität sowie als verlässlicher Partner der EU und NATO in der osteuropäischen Region.

## **2. Krieg an der Grenze – Die Positionen Rumäniens im Kontext der russischen Aggression in der Ukraine (*Rumänien - „das neue geopolitische Schwergewicht im Ukraine-Krieg“?*<sup>36</sup>)**

Der russische Aggressionskrieg in der Ukraine hat im regionalen, aber auch europäischen und globalen Kontext eine neue politische Wirklichkeit erzeugt. Die völlig ungerechtfertigte und nicht provozierte Aggression Russlands in der Ukraine stellt einen Wendepunkt in der jüngeren europäischen Geschichte dar. Der aus Rumänien stammende ehemalige stellvertretende Generalsekretär der NATO und ehemalige rumänische Außenminister Mircea Geoană fasst es folgendermaßen zusammen: „Russland führt einen kompletten Hybridkrieg gegen den Westen“ (Geoană, 2024).

Die bilateralen Beziehungen zwischen Rumänien und der Ukraine waren vor dem 24. Februar 2022 durch eine Reihe komplexer und strittiger Themen geprägt, darunter Fragen zu Minderheitenrechten und die Demarkierung der Landesgrenze. Trotz dieser Differenzen zeigte Rumänien ab dem Beginn der russischen Aggression unverzüglich Solidarität mit der Ukraine. Schließlich führte diese Haltung am 11. Juli 2024, im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens in Washington, zur Unterzeichnung eines Abkommens über die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Kontext der russischen Aggression. Dieses Abkommen umfasst auch Regelungen zur Stärkung der bilateralen Kooperation zwischen beiden Staaten.<sup>37</sup>

---

<sup>36</sup> Welt-Zeitungsartikel vom 12. März 2022 anlässlich des Besuches der US-Vizepräsidentin Kamala Harris in Rumänien, erschienen unter dem Titel: „Hier zieht die NATO die rote Linie für Putin“: „[...] Im Ukraine-Krieg wird Rumänien zum neuen geopolitischen Schwergewicht. Wegen seiner strategischen Lage am Schwarzen Meer und als Nachbar der Ukraine rüstet die Nato hier massiv auf.“

<sup>37</sup> Abkommen zwischen Rumänien und der Ukraine für die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit (2024, 11. Juli).

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die Analyse der Folgen und Auswirkungen des Krieges, auf die Rumänien mit spezifischen Maßnahmen und Positionierungen reagierte. Ziel der Untersuchung ist es, zu klären, ob Rumänien in seinen Stellungnahmen, politischen Initiativen und Positionierungen primär als Policy-Taker oder als Policy-Shaper agiert hat. Oder ob das Land die Herangehensweisen des Policy-Takers und Policy-Shapers kombinierte, um seine Interessen optimal verfolgen zu können? Die Rolle Rumäniens in diesem Kontext wird anhand von drei zentralen Themenkomplexen untersucht, die im Hinblick auf die Artikulation der rumänischen Positionen von besonderer Relevanz sind:

- Die russische Aggression gegen die Ukraine;
- Die politische und sicherheitspolitische Situation in der Republik Moldau;
- Hybride Kriegsführung, Cyber-Angriffe und Desinformationskampagnen seitens Russlands im Kontext des Ukraine-Krieges sowie deren unmittelbare Auswirkungen auf Rumänien, insbesondere im Zusammenhang mit den rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024.

Diese Themenkomplexe dienen als Grundlage, um die Strategien und politischen Handlungen Rumäniens kritisch zu bewerten und seine Rolle im internationalen und regionalen Kontext zu bestimmen.

Rumänien befand sich als NATO- und EU-Mitgliedstaat mit der längsten Grenze zur Ukraine ab dem 24. Februar 2022 plötzlich in der direkten Nachbarschaft zum Krieg. Das Land teilt mit der Ukraine 649,4 km auf dem Landweg und seit der rechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim 2014 auch *de facto* die Seegrenze zu Russland. Von der gesamten Grenzlänge von 649,4 km entfallen 273,8 km auf die Landgrenze, 343,9 km auf die Flussgrenze und 31,7 km auf die Seegrenze.

Zur geopolitischen Einordnung des Kontextes, in welchem Rumänien nun nach dem 24. Februar 2022 agiert, gehört auch die Tatsache, dass die von Russland illegal besetzte Schlangeninsel nur etwa 44 km von der rumänischen Küste entfernt ist. Die Verwundbarkeit der Republik Moldau aber auch Georgiens, die im rumänischen geopolitischen Umfeld liegen, und den intensiven destabilisierenden Einflüssen von Russland ausgesetzt sind, gehört aus rumänischer Sicht zum Risikobild, in welchem Rumänien seine Rolle als Stabilitätsfaktor an der östlichen Flanke wahrzunehmen hat. Unter diesen Umständen war es für Rumänien schon von den ersten Tagen des russischen Aggressionskrieges an wichtig, eine klare Position zu beziehen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die dem Staat in dem gegebenen Kontext zustanden. Die

Änderung der internen Logik in Bezug auf die Sicherheit des Landes (sicherheitspolitisch, energiepolitisch, die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie die humanitäre Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge betreffend) hatte auf dem europapolitischen Parkett die Wahrnehmung einer pro-aktiven und gestalterischen Rolle zur Folge, nicht zuletzt bedingt durch die NATO-Mitgliedschaft des Landes.

Im Kontext des Krieges in der Ukraine herrschte in Rumänien über die Rolle des Landes als EU- und NATO-Mitglied weitgehend Konsens sowohl innerhalb der innenpolitischen Landschaft als auch in der öffentlichen Meinung. Rumänien wird als strategischer Unterstützer des Nachbarlands wahrgenommen, der eine aktive Rolle im internationalen Kontext einnimmt. Dies spiegelt sich in der offiziellen Stellungnahme des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten anlässlich des zweiten Jahrestages der russischen Aggression wider: „Rumänien hat der Ukraine und dem ukrainischen Volk seit dem ersten Tag des von der Russischen Föderation geführten Angriffskrieges zur Seite gestanden. Die konsequente und mehrdimensionale Unterstützung Rumäniens für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wird so lange wie nötig fortgesetzt, bis die Ukraine den Sieg errungen hat und darüber hinaus im Prozess des Wiederaufbaus.“ (Ministerul Afacerilor Externe, 2024a). Diese Erklärung unterstreicht die mehrdimensionale Natur der Unterstützung, die sich von politischer und humanitärer Hilfe bis hin zu langfristigem Engagement für den Wiederaufbau erstreckt.

Eine Ausnahme in der politischen Landschaft Rumäniens bilden die Parteien des sogenannt souverän-populistischen Spektrums, zu denen die rechtspopulistische Partei „AUR“ und „S.O.S. România“ zählen. Letztere wird mit der pro-russischen und rechtsextremen Politik von Diana Iovanovici Șoșoacă assoziiert. Innerhalb dieses rechtsextremen Spektrums trat im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 eine weitere politische Formation auf: die Partei POT. Diese Formation wurde als unterstützende politische Plattform für den Präsidentschaftskandidaten Călin Georgescu gegründet, der durch seine rechtsextremistischen, pro-russischen, anti-westlichen und anti-progressiven Wahlkampfbotschaften auffiel. Georgescu gewann die erste Runde der Präsidentschaftswahlen 2024, die jedoch nachträglich annulliert wurde.

Angesichts der frühzeitigen Solidarität und Empathie, die die rumänische Bevölkerung gegenüber der Ukraine zeigte, ging die politische Führung davon aus, dass diese Unterstützung sich auch auf die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen und politischen Entscheidungen

erstrecken würde. Diese Maßnahmen, zusammengefasst unter dem Begriff „multidimensionale Hilfe“, umfassten eine breite Palette an Unterstützungsmaßnahmen. Es scheint jedoch, dass die politischen Entscheidungsträger auf öffentliche Debatten und Informationskampagnen zum Krieg in der Ukraine – wie sie in anderen EU-Mitgliedstaaten üblich und inhaltlich fundiert durchgeführt wurden – nicht ausreichend Aufklärungsarbeit geleistet haben. Dies geschah vermutlich nicht aus Absicht, sondern aufgrund der Annahme, dass die Bevölkerung die Ukraine-Politik aus tiefer Solidarität und Empathie versteht und bedingungslos mitträgt.

Rumänien agierte in diesem Kontext weitgehend als „braver“ Policy-Taker und unterstützte die EU-Politik zur Ukraine, ohne jedoch sicherzustellen, dass diese Politik von der eigenen Bevölkerung vollständig verstanden und akzeptiert wurde. Gleichzeitig brachte das Land in einigen Fällen auch eigene Impulse als Policy-Shaper ein, um eine proaktive EU-Ukraine-Politik zu forcieren<sup>38</sup> (eine detaillierte Analyse folgt später in diesem Kapitel).

Angesichts der Tatsache, dass die breite Unterstützung der europäischen Staaten für die Ukraine unter den Belastungen der Regierungen leicht abzunehmen scheint, kann argumentiert werden, dass Rumänien in diesem Kontext die Rolle eines Policy-Shapers einnimmt. Die Regierung sieht ihre konsequente und prinzipienbasierte Position zur Unterstützung der Ukraine im gegebenen geopolitischen und innenpolitischen Umfeld nicht mehr als Ausdruck einer Anpassung an die vorherrschende europäische Politik, sondern vielmehr ein Zeichen politischer Führung. Diese Haltung verdeutlicht Rumäniens Bestreben, nicht nur die bestehenden Prinzipien der europäischen Solidarität zu verteidigen, sondern auch als aktiver Akteur die Richtung der europäischen Ukraine-Politik mitzugestalten.

Dennoch blieb die Überprüfung, ob diese politischen Maßnahmen von breiten Bevölkerungsschichten verinnerlicht wurden, unzureichend. Es wurde als selbstverständlich angenommen, dass die pro-ukrainischen Maßnahmen sowohl auf europäischer Ebene als auch durch die rumänische Regierung von der Bevölkerung uneingeschränkt unterstützt würden. Erst nach den annullierten Präsidentschaftswahlen 2024 begann eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit der Krieg in der Ukraine und die Rolle Rumäniens als EU- und NATO-Mitglied in der Öffentlichkeit hinreichend erklärt und kommuniziert worden waren. Diese kommunikationspolitische Lücke wurde von rechtsextremen und pro-russischen politischen Kräften entdeckt, die Teile der Bevölkerung

---

<sup>38</sup> Eine detaillierte Analyse folgt später in diesem Kapitel.

durch gezielte Desinformationskampagnen beeinflussten. Infolgedessen gelang es einem bis dahin weitgehend unbekanntem pro-russischen Kandidaten, mit einem stark auf TikTok basierenden Wahlkampf die erste Runde der Präsidentschaftswahlen für sich zu entscheiden. In diesem Kontext nahmen populistisch-kritische Stimmen, insbesondere von rechtsextremen Parteien, gegen die Unterstützung für die Ukraine sowie gegen die EU-Position zum Krieg deutlich zu. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer stärkeren Kommunikationsstrategie, um die öffentliche Akzeptanz und das Verständnis für die pro-ukrainische Politik der Regierung nachhaltig zu sichern.

Diese Entwicklungen wurden durch einen europäischen Kontext begünstigt, der von aufeinanderfolgenden Wahlerfolgen rechtspopulistischer Kräfte geprägt war und erhebliche Unsicherheiten hervorrief. Der pro-russische und anti-europäische Präsidentschaftskandidat Călin Georgescu verstärkte seine Rhetorik gegen die Ukraine, die NATO und die Europäische Union nach seinem Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen deutlich. Eine am 6. Dezember 2024, dem ersten Tag der annullierten Stichwahl, veröffentlichte Studie des Institute for the Study of War (ISW) dokumentierte eine Sammlung anti-ukrainischer Aussagen, die Georgescu nach seinem Wahlerfolg im ersten Wahlgang getätigt hatte. So erklärte Georgescu in einem Interview mit *Reuters*, das laut der ISW-Studie am 4. Dezember 2024 veröffentlicht wurde, dass es ihm „unmöglich“ sei, der Fortsetzung der rumänischen Unterstützung für die Ukraine zuzustimmen. Darüber hinaus bezeichnete er das in Rumänien stationierte US-Raketenabwehrsystem Aegis als eine „Schande der Diplomatie“ und erklärte, dass die NATO-Battlegroup auf rumänischem Boden „nicht zu seinen Prioritäten“ gehöre. Er kritisierte zudem die NATO-Verpflichtung, jährlich zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, als „extrem zweitrangig“ und betonte, dass Rumänien „niemandem gegenüber verpflichtet“ sei.

Die ISW-Studie erinnerte außerdem daran, dass Georgescu in den vergangenen Jahren wiederholt russische Narrative über die Ukraine verbreitet hatte und 2022 sogar behauptete, die Ukraine sei ein „erfundener“ Staat. Vor dem Hintergrund intensiver Desinformationskampagnen und hybrider Angriffe, die Russland zugeschrieben wurden (ISW-Studie, 2024, S. 3–4), erklärte das rumänische Verfassungsgericht die Präsidentschaftswahlen schließlich für ungültig und ordnete eine Wiederholung des gesamten Wahlprozesses an.

In einem Interview mit *Republica* analysierte der Historiker Thierry Wolton die potenziellen Folgen einer Präsidentschaft des rechtsextremen, pro-russischen und NATO- sowie EU-feindlichen Călin Georgescu. Er argumentierte, dass ein solches Szenario „den größten Erfolg

für Moskau“ darstellen würde, da Russlands strategisches Interesse darin liege, Europa, seine Institutionen und seine Gemeinschaft zu destabilisieren. Wolton betonte: „Alles, was Europa spaltet, schwächt Europa erheblich und begünstigt Putins Interessen.“ Darüber hinaus würde ein Kreml-freundliches Regime in Rumänien nicht nur anti-westliche Tendenzen, sondern auch chinesische Interessen fördern. In diesem Zusammenhang hob Wolton den Einfluss von TikTok während des Wahlkampfes hervor und bezeichnete dessen Einsatz als strategischen und gezielten Mechanismus zur Beeinflussung der Wähler<sup>39</sup> (Republica, 7. Dezember 2024).

Die Wahlkampfretorik des pro-russischen Präsidentschaftskandidaten Călin Georgescu rief eine breite Welle der Solidarität seitens der internationalen und europäischen Gemeinschaft hervor. Diese Solidaritätsbekundungen richteten sich insbesondere an die pro-westlichen, pro-EU- und pro-NATO-Kräfte in Rumänien. Die meisten Unterstützungsbotschaften der EU- und NATO-Partner betonten die zentrale Rolle Rumäniens als Stabilitätsanker an der östlichen Flanke und würdigten den bedeutenden Beitrag des Landes zur Unterstützung der Ukraine.

Im bilateralen Kontext basierte der rumänische Ansatz gegenüber dem Krieg in der Ukraine von Beginn an auf klaren Prinzipien und der ambitionierten Zielsetzung, das Nachbarland zu schützen, die bilateralen Beziehungen zu normalisieren und sie auf die Ebene einer strategischen Partnerschaft zu heben. Dieser Ansatz wurde am 10. Oktober 2023 anlässlich des Arbeitsbesuchs des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Bukarest bekräftigt. In einer gemeinsamen Erklärung mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Werner Iohannis wurde das Engagement beider Staaten für eine enge Zusammenarbeit und Solidarität hervorgehoben (Gemeinsame Erklärung des Präsidenten Rumäniens Klaus Werner Iohannis und des Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj, Präsidentschaft Rumäniens, 2023).

Das Treffen der Präsidenten im Jahr 2023 markierte den Höhepunkt einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der Ukraine auf bilateraler, europäischer und multinationaler Ebene. Diese Kooperation entwickelte sich laut den rumänischen Zuständigen unter den schwierigen Bedingungen des Krieges aus einer komplexen nachbarschaftlichen Beziehung hin zu einer prinzipientreuen, solidarischen und intensiven Partnerschaft. Als Ausdruck des gemeinsamen Engagements für eine positive Neuausrichtung der bilateralen Beziehungen wurde ein umfangreiches Austauschprogramm auf höchster politischer Ebene

---

<sup>39</sup> Interview in Republica.ro herausgegeben am 7. Dezember 2024 von Raluca Ion mit dem Titel: „Was ist mit uns passiert?“ Der Historiker Thierry Wolton über das rumänische Experimentierfeld: „In 20 Jahren werden Sie sehen, dass sich das rumänische Phänomen in allen Demokratien manifestieren wird“.

initiiert. Zu den jüngsten Kontakten zählten das Treffen der Premierminister beider Länder am 18. August 2023 in Bukarest sowie die erste gemeinsame Sitzung der Regierungen der Ukraine und Rumäniens am 18. Oktober 2023 in Kiew.

Das rumänische Außenministerium betonte in einer Presseaussendung am 24. Februar 2024 anlässlich des zweiten Jahrestages der russischen Aggression in der Ukraine die Bedeutung dieses neuen Paradigmas in den bilateralen Beziehungen. In der Erklärung wurden die intensiven Kontakte und Kooperationsprojekte zwischen den beiden Staaten ausführlich dargestellt (Ministerul Afacerilor Externe, 2024).

Der zentrale und konstante Schwerpunkt Rumäniens im Umgang mit der russischen Aggression gegen die Ukraine war die Solidarität mit dem Nachbarland. In allen bilateralen Treffen und außenpolitischen Konsultationen ließen die rumänischen Politiker wissen, dass Rumänien die Ukraine so lange wie notwendig unterstützen werde. Dies umfasst sowohl die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegenüber dem russischen Aggressor als auch die Beteiligung Rumäniens am Wiederaufbauprozess des Landes nach dem Ende des Krieges.

In den bilateralen Verhandlungen mit der Ukraine hat Rumänien als Policy-Shaper die Chance ergriffen, um sich für die rumänische Minderheit in der Ukraine einzusetzen. Konkret handelt es sich um den Beschluss der ukrainischen Seite, dass die sogenannte „moldauische Sprache“, womit die rumänische Sprache der rumänischen Minderheit in der Republik Moldau bezeichnet wurde, nicht existiert. In einer Presseaussendung der rumänischen Regierung anlässlich des zweiten Jahrestages der russischen Aggression in der Ukraine heißt es: „Diese historische Entscheidung ist nicht nur die Anerkennung einer offensichtlichen Realität, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Gewährleistung des Schutzes der Angehörigen der rumänischen Minderheit in der Ukraine, ein Aspekt, der der rumänischen Regierung stets ein Anliegen war.“<sup>40</sup> (Guvernul României, 2024).

Abgesehen von der bilateralen Ebene, die nicht im primären Fokus dieser Untersuchung steht, lässt sich feststellen, dass Rumäniens Position als EU-Mitgliedstaat darauf ausgerichtet war, als Frontstaat die europäische und alliierte Linie zu vertreten und mit eigenen Akzenten zu

---

<sup>40</sup> Presseaussendung vom 24. Februar 2024 anlässlich des zweiten Jahrestages der russischen Aggression in der Ukraine: „The government of Romania will keep intensifying the concrete and multidimensional support for Ukraine“.

bereichern. In den offiziellen Dokumenten der rumänischen Regierung wird unisono betont, dass Rumänien im Einklang mit der EU-Politik die Souveränität, territoriale Integrität und demokratisch gewählten Vertreter der Ukraine unterstützt. Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine wird von Bukarest als völlig ungerechtfertigt, völkerrechtswidrig und nicht durch Provokationen seitens der Ukraine verursacht betrachtet. Russland wird vorgeworfen, durch diesen Krieg massiv das Völkerrecht zu verletzen und die Souveränität sowie territoriale Integrität der Ukraine zu bedrohen. Diese Aggression verstößt gegen internationale Abkommen wie die Charta der Vereinten Nationen, das Budapester Memorandum, die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris für ein neues Europa – so die Stellungnahmen des rumänischen Außenministeriums (Ministerul Afacerilor Externe, [www.mae.ro](http://www.mae.ro)). Rumänien hebt stets die Bedeutung einer einheitlichen und solidarischen Ukraine-Politik der Europäischen Union hervor. Gleichzeitig unterstreicht Bukarest seine aktive Solidarität mit der Ukraine und seine Unterstützung auf bilateraler Ebene (ibidem).

Der Einsatz Rumäniens für die Unterstützung der Ukraine findet breite Anerkennung bei seinen internationalen Partnern. Besonders hervorgehoben werden die klare und solidarische Positionierung des Landes im Rahmen der Europäischen Union sowie seine konsistente Arbeit zur Stärkung der Sicherheit innerhalb der NATO. Positiv bewertet wird zudem, dass Rumänien sowohl auf politischer als auch operativer Ebene substanzielle Beiträge leistet. Dazu zählen unter anderem die Ermöglichung des Getreidetransits und die umfangreiche Mobilisierung für die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge. Rumänien gehört somit zu den Staaten, die durch eine solide und konstruktive Haltung im Umgang mit der Ukraine-Krise hervorstechen.

Es gab auch einige isolierte Stellungnahmen, die die Richtigkeit der offiziellen rumänischen außenpolitischen Linie für die Unterstützung der Ukraine und auch die Lösungsansätze für die Herstellung des Friedens in der Ukraine in Frage stellen. Diese Stellungnahmen haben aber nicht die Stärke gehabt, um auf die Regierungspositionen nachhaltig einzuwirken. Die rumänische Bevölkerung hält die Unterstützung für das Nachbarland wichtig, es lässt sich aber langsam auch die sogenannte *Kriegs-Fatigue* merken - die Haltung der rumänischen Bevölkerung gegenüber dem Krieg wird differenzierter: Eine im März 2024 durchgeführte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CURS zeigte, dass wirtschaftliche Sorgen für die Bevölkerung oberste Priorität besitzen. So nannten 21% der Befragten das Einkommen als Hauptsorge, während Themen wie Krieg und Verteidigung lediglich von 7% als vorrangig angesehen wurden (EDNH.NEWS, 2024). Eine weitere Analyse, die im Jahr 2023 von der

Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht wurde, unterstreicht ebenfalls die Verschiebung der öffentlichen Agenda in Rumänien. Trotz der Betroffenheit und der gezeigten Unterstützung für die Ukraine steht der Krieg im Nachbarland nicht mehr an erster Stelle der öffentlichen Aufmerksamkeit. Stattdessen rücken vor allem innenpolitische Themen, wie die Bekämpfung von Preiserhöhungen, zunehmend in den Fokus (KAS.DE, 2023). Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass wirtschaftliche Anliegen für die rumänische Bevölkerung aktuell eine deutlich höhere Relevanz haben als der Krieg in der Ukraine und damit verbundene politische Themen.

Eine kürzlich veröffentlichte Globsec-Studie zeigt, dass im Jahr 2024 nur noch 55 % der Rumänen – 10 % weniger als im Jahr 2023 – primär Russland für den Krieg in der Ukraine verantwortlich machen. Gleichzeitig nimmt die Zahl derjenigen zu, die der Ukraine selbst eine Mitschuld zuschreiben. Der Autor der Studie führt dies auf in Rumänien verbreitete Narrative zurück, die sich auf das angebliche Verhalten der Ukraine gegenüber Minderheiten beziehen (Szicherle/Globsec, 2024, S. 4). Darüber hinaus nennt der Autor weitere Narrative, die in Rumänien, insbesondere von rechtsextremen Akteuren wie den Parteien „AUR“ und „S.O.S. Rumänien“, verbreitet werden und an Einfluss gewinnen. Zu diesen zählen Behauptungen über die „fiktive Unmoral ukrainischer Frauen“, die „angebliche Praxis, Minderjährige an die Front zu schicken“, sowie Vorwürfe über den „Missbrauch von Geldern“, die für die soziale Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge vorgesehen sind. Diese Themen, so Szicherle, könnten die langfristige Haltung der rumänischen Bevölkerung gegenüber der Ukraine beeinflussen.

Gleichzeitig zeigt die Studie, dass im Jahr 2024 mehr Rumänen als noch im Jahr 2022 wünschen, dass die Ukraine Teil des westlichen Bündnisses wird. Zwar gibt es dazu derzeit keine weiterführende Forschung, diese Einstellung könnte sowohl auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges als auch auf die Sicherheitsbedenken der Rumänen zurückzuführen sein. Beispielsweise haben die solidarischen Aktionen der EU im Rahmen des Getreidetransits aus der Ukraine zu wirtschaftlichen Verlusten für rumänische Landwirte geführt, die gegen diese Maßnahme protestierten und nach einem Importstopp für ukrainische Weizen verlangten, um die eigene Landwirtschaft und Existenz vor den gesunkenen Getreidepreisen zu schützen. (MDR, 2023, 17. April). Zudem wird ein Krieg in der unmittelbaren Nachbarschaft, an dem Russland beteiligt ist, als destabilisierend empfunden. Auch die begrenzte Kommunikation der rumänischen Regierung über die militärische Unterstützung der Ukraine aus

Sicherheitsgründen könnte zu den gemischten Meinungen in der Bevölkerung beitragen (Szicherle/Globsec, 2024, S. 4).

Es gilt für die rumänische Position Ende des Jahres 2024 was beim Ausbruch des Krieges 2022 galt: die offizielle rumänische Position hält daran fest, dass die Ukraine selbst und nur die Ukraine zu entscheiden hat, wann und wie über den Frieden verhandelt wird – zu diesem Thema hatte im Herbst 2022 der ehemalige rumänische Verteidigungsminister Vasile Dîncu<sup>41</sup> eine nuancierte Meinung („die einzige Chance für Frieden können die Verhandlungen mit Russland sein“, „wir sollten im Idealfall eine Verhandlungssituation haben und selbst wenn dies zu einem eingefrorenen Konflikt führt, würden Verhandlungen immer noch mehr bringen als das, was jetzt passiert“<sup>42</sup>) du auf diese Aussage hinauf musste er im gegebenen politischen Kontext sich vom Amt trennen.

Ein zentraler Kritikpunkt in der rumänischen Öffentlichkeit zur Unterstützung der Ukraine betrifft die mangelnde Transparenz der Regierung hinsichtlich Art und Umfang der militärischen Hilfeleistungen. Während eine Mehrheit der rumänischen Bevölkerung der Ansicht ist, dass militärische Ausrüstung der Ukraine bei der Selbstverteidigung hilft, bestehen gleichzeitig Sorgen, dass diese Hilfe das Risiko einer Eskalation mit Russland erhöhen könnte (Globsec, 2024, S. 13–15). Unterschiede in der Zustimmung zeigen sich insbesondere zwischen den Geschlechtern, wobei 79% der männlichen, aber nur 70% der weiblichen Befragten der militärischen Unterstützung zustimmen (Szicherle, 2024, S. 15). Die rumänische Regierung und der Oberste Rat für Landesverteidigung (CSAT), unter Vorsitz des Staatspräsidenten, rechtfertigen die begrenzte Kommunikation über militärische Hilfeleistungen mit taktischen Überlegungen. Diese Praxis wird jedoch von Beobachtern kritisch gesehen, da sie als demokratisches Defizit wahrgenommen wird.

Im Sommer 2024 wurde erstmals offiziell im Rahmen eines Abkommens für die Sicherheitskooperation, unterzeichnet am Rande des NATO-Washington-Gipfels am 11. Juli 2024, die militärische Unterstützung Rumäniens für die Ukraine bestätigt. Ein entscheidender Schritt war der Beschluss des CSAT vom 20. Juni 2024, eines der vier erworbenen Patriot-Raketenabwehrsysteme der Ukraine zur Verfügung zu stellen. Diese Übergabe war an die

---

<sup>41</sup> Vasile Sebastian Dîncu war zwischen November 2021 und Oktober 2022 Minister für Landesverteidigung.

<sup>42</sup> Artikel in Hotnews veröffentlicht am 10. Oktober 2022 vom Journalisten Sebastian Jurcan mit dem Titel: „Wie Selenskyj Vasile Dancu (Anm. d. Verf.: damaliger Minister der Landesverteidigung Rumäniens) antwortete, als der Letztere über Friedensverhandlungen mit Russland sprach. Wenn jemand verhandeln möchte, macht so etwas nicht“.

Bedingung geknüpft, dass Rumänien von den NATO-Verbündeten ein gleichwertiges oder vergleichbares System erhält, um den Schutz seines Luftraums zu gewährleisten, die Modernisierung der rumänischen Armee sicherzustellen und die Interoperabilität mit der NATO zu stärken. Zudem sollte eine vorübergehende Lösung gefunden werden, um potenzielle operationelle Verwundbarkeiten zu minimieren (Administrația Prezidențială, 2024).

### *2.1. Artikulationen der rumänischen Positionen im Kontext des Ukraine-Krieges*

Im Kontext der Forschungsfrage dieser Dissertation – ob Rumänien in der aktuellen Situation als Policy-Taker oder auch als Policy-Shaper agierte – zeigt sich, dass der Krieg als externer Schock außergewöhnliche Bedingungen schuf, die Rumänien die Möglichkeit boten, eigene politische Akzente zu setzen.

Durch schnelle und umfassende Hilfeleistungen für ukrainische Flüchtlinge sowie die Unterstützung des Getreidetransits demonstrierte Rumänien Solidarität und trug zur Konsistenz und Kohärenz der EU-Position bei. Damit profilierte sich das Land innerhalb der EU als verlässlicher und einheitsfördernder Partner, insbesondere angesichts seiner strategischen Lage an der östlichen Flanke der Union und in unmittelbarer Nähe zum Kriegsgeschehen.

Darüber hinaus nutzte Rumänien die geopolitische Dynamik des Krieges, um sich verstärkt für die europäische Perspektive der Republik Moldau einzusetzen und die EU-Annäherung der beiden östlichen Nachbarstaaten, Moldau und Ukraine, zu fördern. Gleichzeitig setzte sich Rumänien aktiv für den Schutz der rumänischen Minderheit in der Ukraine ein und kodifizierte die erzielten Fortschritte im Jahr 2024 in einem bilateralen Abkommen.

Die Gemeinsame Erklärung der Präsidenten Rumäniens und der Ukraine anlässlich des Arbeitsbesuchs des ukrainischen Präsidenten in Bukarest am 10. Oktober 2023 betonte die Bedeutung einer effektiven Zusammenarbeit zum Schutz nationaler Minderheiten. Es wurde festgestellt, dass ein bilateraler Rechtsrahmen entwickelt werden müsse, der den gleichwertigen Schutz der Rechte der rumänischen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen Minderheit in Rumänien gewährleistet und sich an internationalen Verpflichtungen und Normen orientiert. Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit betont, die künstliche Unterscheidung zwischen der rumänischen Sprache und der sogenannten

„moldauischen“ Sprache zeitnah zu klären (Gemeinsame Erklärung des Staatspräsidenten Rumäniens und des Staatspräsidenten der Ukraine, 10. Oktober 2023, Präsidenschaftsamt, 2023).

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Forschung liegt auf den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, insbesondere im Hinblick auf die Getreideexporte. Rumäniens Einsatz für die Aufrechterhaltung der ukrainischen Ausfuhrfähigkeit, insbesondere durch den Hafen von Constanța, hat eine strategische Aufwertung der Region bewirkt. Diese Entwicklung brachte nicht nur Wachstumspotential für die Hafenaktivitäten, sondern auch wirtschaftliche Vorteile für die gesamte Hinterlandsregion mit sich. Ein Beleg für diese positive Entwicklung sind die bedeutenden Investitionen, die in den letzten zwei Jahren in der Region um den Hafen Constanța getätigt wurden, um die Kapazitäten und die Infrastruktur zu stärken.

## *2.2. Kontextuelle Gegebenheiten in welchen Rumänien sowohl als Policy-Taker als auch als Policy-Shaper agierte*

Die Schwerpunktsetzungen des Landes als Policy-Shaper waren vor dem Hintergrund einer spezifischen geopolitischen Lage und einer sicherheitspolitischen Doktrin möglich, die Russland schon Jahre vor der Aggression in der Ukraine als „Feind“ definierte. Wie ein Musterschüler übernahm Rumänien die EU-Politiklinie und all die Sanktionen und unterstützende Maßnahmen die in Brüssel beschlossen wurden (im Gegensatz zum Nachbarland Ungarn<sup>43</sup>) – Policy-Taker –, und trug gleichzeitig mit den oben erwähnten Initiativen zur Unterstützung der Ukraine bei – Policy-Shaper.

Die zentrale Frage dieser Forschungsarbeit, ob Rumänien durch die vollkommene Anpassung an die politischen Positionen der EU die Ukraine betreffend vom Policy Taker zum Policy Shaper avanciert, lässt sich ohne die nähere Betrachtung der Positionierungen der EU-Mitgliedstaaten auf der europäischen Ebene im Verlauf der letzten zwei Jahre nicht beantworten. Die Forscherin Eugenia Gusilov<sup>44</sup> stellt in ihrem Beitrag „Plädoyer für eine vermeintliche Außenpolitik Rumäniens gegenüber der Ukraine“ fest, dass Rumänien in politischen Fragen die Unterstützung der Ukraine betreffend immer schon die EU-Linie hielt.

---

<sup>43</sup> Tagesschau. (2024). „EU-Boykott gegen Ungarn: Kritik an Ukraine-Politik.“

<sup>44</sup> E. Gusilov ist Gründerin und Leiterin des Romania Energy Center (ROEC), des „ersten unabhängigen englischsprachigen Think Tanks in Rumänien“.

Mit anderen Worten, Policy-Taker ist. Es wird aber außer Acht gelassen, welchen Herausforderungen und Schwierigkeiten die Beibehaltung dieser einheitlichen europäischen Linie im Laufe der letzten Jahre ausgesetzt war: sei es das Thema der Sanktionen oder die Kontaktverweigerung mit Putin – wie etwa die in der EU nicht abgestimmten Besuche des ungarischen Premierministers Viktor Orbán in Moskau (The Guardian, 2024, 5. Juli) – oder die komplexe Frage der Energieabhängigkeit von russischem Gas. Gusilov übt starke Kritik an der mangelnden Kommunikationsbereitschaft seitens der Zuständigen mit Blick auf die militärische Hilfe für die Ukraine und warnt, dass „die strategische Zweideutigkeit, die derzeit die öffentliche Kommunikation Rumäniens gegenüber der Ukraine bestimmt, eines NATO-Mitgliedslandes, das eine direkte Grenze mit dem Opfer der Aggression hat, nicht würdig ist. Die Politik des Schweigens muss sofort aufgegeben werden, da sie mehr schadet als nützt“ ([www.hotnews.ro/Contributors](http://www.hotnews.ro/Contributors)).

Der Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Februar 2023 betont die strategische Bedeutung der rumänischen Korridore für Waffenlieferungen an die Ukraine. Ohne diese Infrastruktur und die Unterstützung Rumäniens wäre es der Ukraine vermutlich nicht möglich gewesen, sich so lange erfolgreich gegen die russischen Angriffe zu verteidigen. Dennoch wird die mangelnde öffentliche Kommunikation über die Art und den Umfang der militärischen Unterstützung seitens der rumänischen Regierung kritisch hervorgehoben. Von offizieller Seite, einschließlich des Verteidigungs- und Außenministeriums sowie der Präsidentschaftsamt, wird über Gütertransporte und Rüstungslieferungen in die Ukraine konsequent geschwiegen. Hintergrund ist laut Vertraulichen Quellen, dass Rumänien keine Provokationen gegenüber Russland riskieren möchte (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2023, S. 1). Der ehemalige Präsidentenberater für Außen- und Sicherheitspolitik, Iulian Chifu, betont in einer Analyse über das im Juli 2024 unterzeichnete bilaterale Abkommen zwischen Rumänien und der Ukraine, dass die bedeutendste Neuigkeit in der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich liegt. Zum ersten Mal wird in diesem Dokument die Existenz militärischer und sicherheitspolitischer Unterstützung seit Beginn des Krieges offiziell erwähnt. Laut Chifu entschied sich Rumänien für eine öffentlich zweideutige Kommunikation, um die Existenz dieser Unterstützung zwar anzuerkennen, aber nicht ins Detail zu gehen und dadurch den nötigen Schutz zu leisten (Chifu, 2024).

Darüber hinaus merkt Gusilov in seinem „Plädoyer für eine einheitliche Außenpolitik Rumäniens gegenüber der Ukraine“ an, dass der russische Aggressionskrieg für Rumänien ein

Zeitfenster bot, um die bilateralen Beziehungen zur Ukraine neu zu gestalten. Chifu stimmt dieser Sichtweise zu und betont, dass Bukarest die Gelegenheit nutzen sollte, diese Beziehungen auf eine moderne und solide Grundlage zu stellen, die die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Ukraine seit 2014 widerspiegelt (ibidem).

### *2.3. Vorstöße als Policy-Shaper. Im Fokus: die Region des Schwarzen Meeres, Republik Moldau/Erweiterung*

Zweifellos erfüllte Rumänien im Kontext der Europäischen Union mit seinen disziplinierten pro-EU-Positionen die Rolle eines klassischen Policy-Takers. Gleichzeitig lässt sich jedoch argumentieren, dass Rumänien von Beginn an aktiv an der Formulierung der europäischen Positionen mitwirkte, indem es seine eigenen Erfahrungen und seine Expertise in die Gespräche einbrachte. Damit trug das Land maßgeblich zur Ausgestaltung der EU-Linie bei und agierte in gewisser Weise auch als Policy-Shaper. Diese Rolle wird besonders deutlich in Rumäniens konsequentem Einsatz für die Einheit und politische Kohärenz der EU-Positionen. Dieses Prinzip, das auf die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft zurückzuführen ist, prägt seither nachhaltig die europapolitische Ausrichtung Rumäniens.

Parallel zu den umfassenden Unterstützungsleistungen für die Ukraine setzte Rumänien Schritte, um zentrale Themen wie die Erweiterung der EU in Richtung Osten – insbesondere im Hinblick auf die Ukraine und Republik Moldau – sowie die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres stärker in den Fokus der europäischen Politik zu rücken. Seit Beginn der russischen Aggression hat Rumänien eine Reihe von Initiativen angestoßen, die sowohl im bilateralen als auch im EU-institutionellen und multilateralen Rahmen darauf abzielen, bestehende politische Linien zu stärken und den Gestaltungsprozess durch neue Akzente zu ergänzen.

Es war bereits vom ersten Augenblick des russischen Aggressionskrieges in der benachbarten Ukraine klar, dass Rumänien in diesem Krieg die Bestätigung seiner schon seit vielen Jahren wiederholten Warnsignale mit Blick auf Russlands feindliche Intentionen in der Region sah. Erneut sei darauf hingewiesen, dass Rumäniens Sicherheitspolitische Strategie Russland als Feind definiert. Es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die ihr sicherheitspolitisches Konzept bis heute nicht oder erst vor kurzem aktualisiert haben.

Die russische Aggression in der Ukraine stellt plötzlich die Region um das Schwarze Meer in den Fokus der europäischen und internationalen Aufmerksamkeit und Rumänien sah seine Position für die Aufwertung der sicherheits- und außerpolitischen Relevanz des Schwarzen Meeres – sowohl im Kontext der EU als auch der NATO – bestätigt. Diese Bestätigung der Richtigkeit dieser Schwerpunktsetzung gipfelte 2024 in klaren Engagements der NATO und der EU für die prioritäre Behandlung der Region um das Schwarze Meer:

- für die Stärkung der Demokratie und der Kooperation zwischen den Anrainerstaaten;
- für die Stärkung der Resilienz in politischer, wirtschaftlicher, energiepolitischer und gesellschaftlicher Hinsicht;
- für die Stärkung der Sicherheit und der Resilienz der Staaten gegen hybride Bedrohungen (NATO, 2024, 10. Juli).

Zur großen Genugtuung von Bukarest bestätigt die Erklärung des NATO-Gipfeltreffens in Washington vom 10. Juli 2024 die strategische Relevanz der Region des Westbalkans und des Schwarzen Meeres und erwähnt auch explizit die zwei Regionen. Das Gipfeldokument betont – wie stets von Rumänien verlangt – weiterhin die strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres für die euro-atlantische Sicherheit, aber auch die Gewährleistung der Vorwärtsverteidigung an der Ostflanke und die Verstärkung der Bündnispräsenz in Rumänien sowie die Unterstützung eines neuen NATO-Ansatzes gegenüber Russland als Abschreckung des aggressiven Verhaltens des Kremls.<sup>45</sup>

Diese Entscheidung war unter dem Gesichtspunkt der rumänischen Diplomatie schon längst fällig und kann als Korrektur der Fehleinschätzung der Lage an der östlichen Flanke gelten und bestätigt die zentrale Bedeutung Rumäniens in der Region, so wie in einem Artikel in der Tageszeitung „Die Welt“ zum Arbeitsbesuch der amerikanischen Vizepräsidentin Kamala Harris in Bukarest bemerkt wird (Drüten / Die Welt, 11. März 2022).

Als Beitrag zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft unterzeichnete der rumänische Staatspräsident Klaus Werner Iohannis gemeinsam mit seinem ukrainischen Kollegen Wolodymyr Selenskyj am Rande des NATO-Gipfeltreffens in Washington (11. Juli 2024) ein politisches Abkommen über die Sicherheitskooperation zwischen den beiden

---

<sup>45</sup> NATO-Gipfelerklärung, 10. Juli 2024 (Washington Summit Declaration issued by the NATO Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington, D.C. 10 July 2024)

Staaten. Es handelt sich hierbei um eine nicht-juridische Vereinbarung, die auf die G7-Erklärung<sup>46</sup> zur Unterstützung der Ukraine im Jahr 2023 zurückgeht. Das Abkommen regelt die bestehende Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der Ukraine in verschiedenen Bereichen, legt einen politischen Rahmen für die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit fest und nennt eine Reihe von prioritären Maßnahmen, die beiden Parteien und der regionalen Sicherheit nützen sollen. Solche Abkommen hat die Ukraine schon mit 22 Staaten vereinbart, die die G7 + - Erklärung (einschließlich der Europäischen Union) unterzeichnet haben. Im Mittelpunkt dieser Abkommen steht primär die militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im weiteren Sinne. So umfasst das von Staatspräsident Klaus Werner Iohannis unterzeichnete Abkommen auch Bereiche, die für die bilaterale Kooperation relevant sind. Darunter sind Kapitel mit der Verpflichtung der Ukraine enthalten, die notwendigen Reformen auf ihrem europäischen und euro-atlantischen Weg fortzusetzen, die Achtung der Rechte der nationalen Minderheiten (wie es oben schon erwähnt wurde) und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität voranzutreiben.

Ziel der Vereinbarung ist es, die Gemeinsame Erklärung der G7 zur Unterstützung der Ukraine zu fördern, die Ukraine bei der Fortsetzung ihrer legitimen Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta gegen die anhaltende Aggression und militärische Eskalation Russlands zu unterstützen und von künftigen russischen Aggressionen abzuschrecken. Das Dokument führt internationale Dokumente zusammen, denen Rumänien bereits beigetreten ist, darunter die Erklärung der G7, Erklärungen und Schlussfolgerungen der Europäischen Räte, Erklärungen und Dokumente der NATO sowie die am 1. Juni 2023 in Chisinău unterzeichnete Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Ukraine und des Präsidenten Rumäniens zur euro-atlantischen Integration der Ukraine und die am 10. Oktober 2023 in Bukarest unterzeichnete Gemeinsame Erklärung beider Präsidenten, die bilateralen Beziehungen auf die Ebene einer strategischen Partnerschaft zu heben. Im Letzteren wird festgehalten, dass die Ukraine seit Beginn des Krieges umfassend und multidimensional unterstützt wurde, u.a. durch humanitäre Hilfe, durch die Betreuung der Flüchtlingsströme und den dauerhaften und menschenwürdigen Aufenthalt von Geflohenen in Rumänien, durch militärische und sicherheitspolitische Unterstützung, durch Unterstützung im Bereich der Energiesicherheit, durch Gewährleistung zuverlässiger Transit- und Transportkorridore für ukrainische Exporte, insbesondere für Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, durch Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für

---

<sup>46</sup> Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine am 12. Juli 2023.

Verbrechen, die in der Ukraine von Russland begangen werden. Auf Wunsch Rumäniens wird in diesem Dokument explizit darauf hingewiesen, dass die Vertragsparteien zur Förderung der Sicherheit und zur Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer für eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Partnern und Verbündeten durch die Förderung einer NATO-Präsenz in der Schwarzmeerregion eintreten werden. Zum Thema der Verteidigungskooperation wird in der Gemeinsamen Erklärung festgestellt, dass die Ukraine und Rumänien weiterhin Erfahrungen austauschen, die sie in ihre künftigen Operationen/Taktiken einfließen lassen werden, insbesondere in Bezug auf den Einsatz moderner Waffen und Technologien. Der Schwerpunkt liegt auf der Frage, wie sich neue technologische Entwicklungen auf bewaffnete Konflikte auswirken, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz unbemannter Luftfahrtsysteme und künstlicher Intelligenz. Was die bilateralen Beziehungen betrifft, so bekräftigen die beiden Parteien ihr Engagement, die Beziehungen auf die Ebene einer strategischen Partnerschaft zu heben. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine sieht das Dokument die Entwicklung des Unternehmertums, die Verbesserung des Regelungsumfelds, die Förderung von Investitionen in spezifische Projekte und die Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes vor. (Gemeinsame Erklärung, 10. Oktober 2023)

Rumänien setzte sich vom ersten Augenblick des Krieges an für eine Politik der aktiven Solidarität mit der Ukraine und für eine einheitliche und solidarische Positionierung der EU gegen die Russische Föderation ein. Nach der rumänischen Auffassung bedeutet die Mitgliedschaft des Landes in den EU- und NATO-Strukturen nicht, dass es von den Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges geschützt bleibt. Mit dieser Begründung erklärt sich auch der CSAT-Vorstoß, in der Zukunft die Verteidigungsausgaben von 2% auf 2,5% des BIP zu erhöhen. Die Unterstützung für die Stärkung der Sicherheit und für die Verteidigungskapazitäten der Ukraine ist von wesentlicher Bedeutung, betont die aus Rumänien stammende ehemalige Sprecherin der NATO, Oana Lungescu<sup>47</sup>: „Rumänien ist ein absoluter Schlüsselakteur in Bezug auf Sicherheit und Verteidigung in Europa und für die Unterstützung der Ukraine“ (Reuters, 6. Dezember 2024).

---

<sup>47</sup> Oana Lungescu arbeitete zwischen 2010-2023 als Sprecherin der NATO (und hatte diese Position für die längste Amtszeit inne), derzeit ist sie im Rahmen des Think-Tanks Royal United Services Institute tätig.

### *2.3.1. Der Spezialfall „Republik Moldau“ im Schatten der Ukraine-Krise und die Forcierung der Erweiterung der EU in Richtung Osten*

Die politische Dynamik in der Region um die Ukraine eröffnete die Chance für die Intensivierung der Bemühungen für eine stärkere Verankerung der östlichen Kandidaten in die EU. Neben der Unterstützung der Beitrittsperspektive der Ukraine bedeutete dies für Rumänien allen voran die Möglichkeit, die Chancen der Republik Moldau zu maximieren. Mit zahlreichen technischen Unterstützungsprogrammen ist Rumänien in der Rolle des Unterstützers in dem Nachbarland aktiv und bemüht sich darum, die eigenen Erfahrungen vom EU-Annäherungsprozess bekannt zu machen.

Die Verhandlungen und Vorarbeiten, die schließlich zu den Empfehlungen der Europäischen Kommission im Rahmen des Erweiterungspakets 2023 führten, eröffneten Rumänien eine zusätzliche Möglichkeit, seine Unterstützung für die europäische Perspektive der Ukraine, der Republik Moldau – beide inzwischen Beitrittsländer – sowie Georgiens – als Erweiterungskandidat – durch konkrete politische Initiativen zu verdeutlichen. Diese Maßnahmen positionieren Rumänien nicht nur als Unterstützer, sondern auch als aktiven Policy-Shaper innerhalb des europäischen Erweiterungsprozesses.

Angesichts der engen historischen, kulturellen und sprachlichen Verbindungen sowie der geopolitischen Lage wird Rumänien traditionell als Förderer und Schutzmacht der Republik Moldau wahrgenommen. Dieser Rolle wird das Land seit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine konsequent gerecht. Die russische Aggression hatte insbesondere für die Republik Moldau schwerwiegende sicherheitspolitische und humanitäre Folgen, etwa durch die Eskalation in der von Russen dominierten abtrünnigen Region Transnistrien und durch die Herausforderungen bei der Bewältigung der großen Flüchtlingsströme. Kurz nach Beginn der russischen Invasion, am 16. März 2022, besuchten der rumänische Staatspräsident Klaus Werner Iohannis und der damalige Premierminister Nicolae Ciucă Chişinău, um der Republik Moldau Solidarität und Unterstützung zuzusichern. Rumänien übernahm eine Schlüsselrolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die aus der Ukraine in die Republik Moldau geflohen waren und dort auf überlastete Kapazitäten trafen. Bereits im Rahmen dieses Besuchs schickte Rumänien humanitäre Konvois mit 55 Tonnen Hilfsgütern nach Chişinău und stellte Kraftstoffe sowie Heizöl aus den staatlichen Reserven

zur Verfügung. Diese intensive Unterstützung, die unmittelbar nach Kriegsbeginn begann, blieb in den vergangenen zwei Jahren konstant.

Politisch hat Rumänien stets darauf geachtet, die Lage in der von den Auswirkungen des Ukraine-Krieges stark betroffenen Republik Moldau als Priorität auf die Tagesordnung mehrerer EU-Ratssitzungen – insbesondere des Rats für Auswärtige Angelegenheiten (RAA) und des Rats für Allgemeine Angelegenheiten (RAB) – zu setzen. Neben diesen formellen EU-Gremien unterstützte Rumänien die Republik Moldau auch durch spezifische Initiativen wie die Unterstützungsplattform für die Republik Moldau, die in Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ins Leben gerufen wurde und kürzlich in die Plattform der Partnerschaft mit der Republik Moldau umgewandelt wurde. Zu den früheren Initiativen zählt außerdem die Europäische Aktionsgruppe für die Republik Moldau (GAERM), die ebenfalls maßgeblich von Rumänien geprägt wurde.

Die am 6. März 2022 von Rumänien, Deutschland und Frankreich ins Leben gerufene Moldau-Unterstützungsplattform (MSP) hat sich angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als eine besonders relevante Initiative erwiesen. Ziel der Plattform war es, die internationale Unterstützung für die Republik Moldau zu koordinieren und nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln, um sowohl die unmittelbaren als auch die langfristigen Auswirkungen der Krise zu bewältigen. Die MSP bot ein Forum für eine Vielzahl von Minister- und Expertentreffen, die darauf abzielten, humanitäre und wirtschaftliche Unterstützungsmechanismen zu entwickeln und diese effizient auf die Bedürfnisse der Republik Moldau abzustimmen.

Angesichts der sich wandelnden geopolitischen Rahmenbedingungen und der Notwendigkeit einer strategischeren Zusammenarbeit wurde die Plattform im Jahr 2024 umstrukturiert und als Plattform der Partnerschaft mit der Republik Moldau neu ausgerichtet. Diese Umbenennung und Anpassung waren notwendig, um die Unterstützungsmaßnahmen in einen umfassenderen und nachhaltigeren Kooperationsrahmen zu integrieren. Der Fokus der umstrukturierten Plattform liegt nun auf der Förderung einer langfristigen Stabilität, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Annäherung der Republik Moldau an die Europäische Union. Insbesondere soll die Partnerschaft der Republik Moldau helfen, die sozialen und infrastrukturellen Herausforderungen zu bewältigen, die durch die anhaltenden Folgen des Ukraine-Krieges und den Druck auf die nationalen Ressourcen verursacht wurden. Diese

Initiative unterstreicht die Rolle Rumäniens als treibende Kraft bei der europäischen Unterstützung für die Republik Moldau und die strategische Bedeutung, die dem Land sowohl aus europäischer als auch aus regionaler Perspektive zukommt.

Die Berliner Ministerkonferenz vom 6. März 2022 begründete die Moldau-Unterstützungsplattform (MSP) mit dem Ziel, internationale Hilfe für die Republik Moldau zu mobilisieren und zu koordinieren ([www.mae.ro/node/58352](http://www.mae.ro/node/58352)). Seitdem fanden mehrere Ministertreffen in Berlin, Bukarest, Paris und Chişinău statt, zuletzt am 17. September 2024 in Chişinău unter der Leitung der Außenminister Rumäniens, Frankreichs und Deutschlands – Luminița Odobescu, Stéphane Séjourné und Annalena Baerbock. Das Treffen verzeichnete eine breite internationale Beteiligung, darunter die Außenminister Polens, Litauens und der Niederlande sowie über 65 hochrangige Delegierte. Die Initiative hat bedeutende Ergebnisse hervorgebracht. So erhielt die Republik Moldau 2023 finanzielle Unterstützung in Höhe von 400 Millionen Euro. Im Jahr 2024 wurden zudem neun Finanzierungsvereinbarungen für nachhaltige Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte verabschiedet, darunter eine Waldrehabilitation, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit 200 Millionen Euro unterstützt und von Staatspräsidentin Maia Sandu gefördert wurde (Europa Liberă, 17. September 2024; Präsidentschaftsamt der Republik Moldau).

Rumänien hat traditionell eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der EU-Integration der Republik Moldau gespielt. Eine zentrale Initiative war die 2010 gemeinsam mit Frankreich gegründete Europäische Aktionsgruppe für die Republik Moldau (GAERM), ein informeller Mechanismus zur Förderung der moldauischen Interessen auf der europäischen Agenda. Gemeinsam mit der MSP veranschaulicht die GAERM Rumäniens Fähigkeit, Allianzen mit gleichgesinnten EU-Mitgliedern zu bilden und strategische Unterstützung für die moldauische Annäherung an die EU zu sichern.

Unter der pro-europäischen Führung von Maia Sandu hat die Republik Moldau umfassende Reformen umgesetzt und 2023 Beitrittsverhandlungen mit der EU eröffnet. Diese Ausrichtung wurde durch eine Volksabstimmung am 20. Oktober 2024 bestätigt, die die EU-Integration als strategisches Ziel in der Verfassung verankerte. Trotz russischer Desinformationskampagnen und Versuchen, den Wahlprozess zu manipulieren, werteten rumänische Spitzenpolitiker das Referendum als bedeutenden Erfolg. Ein Artikel von Euractiv (22. Oktober 2024) hob die Symbolkraft dieses Ergebnisses im Kontext geopolitischer Spannungen hervor. Iulian Fota,

ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Rumänien weist bezüglich des Referendums darauf hin, dass die eine der wichtigsten Lektionen, die mitnimmt ist die Notwendigkeit, dass der Staat und die pro-europäischen Akteure gegen die russische Desinformation mit gestärkter strategischer Kommunikation entgegenwirken. Dies ist eine Aussage, die nur wenige Wochen nach dem moldauischen Referendum, im Kontext der annullierten Präsidentschaftswahlen in Rumänien (wegen der russischen Einflussnahme und Cyberangriffen) durchaus nachvollziehbar erscheint (Euractiv/Mihai C., 2024<sup>48</sup>).

#### *2.4. Rumäniens Antwort auf die Flüchtlingsströme aus der Ukraine*

Republik Moldau gehört neben Rumänien und Polen zu den Staaten, wo die meisten Zivilisten-Flüchtlinge aus der Ukraine im Kontext der russischen Aggression geflüchtet sind. Rumänien hat die Bemühungen seines östlichen Nachbarstaates mit finanzieller Hilfe unterstützt, um dadurch die Situation der Geflüchteten besser handhaben zu können. Außerdem hat Rumänien vom ersten Moment an mehrere Transporte von Hilfsgütern (Lebensmittel, Kleidung, Windeln, Milchpulver, Kraftstoff) durchgeführt.<sup>49</sup> Wie schon oben erwähnt, wurden am 3. und 4. März 2022 mehrere Zugverbindungen für den Transport der Flüchtlinge operationalisiert und ab dem 9. März 2022 hat Rumänien einen humanitären Korridor mit zwei Transporten am Tag aufgestellt, um die Flüchtlinge aus der Republik Moldau zu übernehmen und diese nach Rumänien zu bringen.

Die Organisation der Hilfeleistungen für die Ukraine wurde in Rumänien unter institutionellem Aspekt in mehreren strukturierten Schritten umgesetzt. Zur Bewältigung der vielschichtigen Auswirkungen und Herausforderungen des Krieges richtete die rumänische Regierung unter der Leitung des damaligen Premierministers eine hochrangige Task-Force zur Ukraine-Krise ein. Ziel dieser Koordinierungsgruppe war es, multidimensionale Antworten auf die vielfältigen Krisenszenarien zu entwickeln. Ergänzend dazu wurde im Kabinett des Regierungschefs eine strategische Arbeitsgruppe eingerichtet, die unter der Leitung von Staatsberaterin Mădălina Turza für die Koordination der humanitären Hilfe verantwortlich war. Diese Arbeitsgruppe war für die strategische Planung und für die Förderung der

---

<sup>48</sup> Cătălina Mihai veröffentlichte am 22. Oktober 2024 auf der Nachrichtenplattform Euractiv.ro den Beitrag mit dem Titel: „Moldaus EU-Referendum wird in Bukarest als Sieg gewertet“.

<sup>49</sup> Siehe oben: Fußnote 147.

Zusammenarbeit mit nationalen, europäischen und internationalen Partnern zuständig. Auf europäischer Ebene schlug Rumänien die Einrichtung eines Europäischen Forums vor, das als Plattform für den Austausch über Herausforderungen und Lösungsansätze zur Integration ukrainischer Flüchtlinge in den jeweiligen Aufnahmeländern dienen sollte.

Die institutionelle Reaktion Rumäniens auf die Flüchtlingskrise gliederte sich in zwei Phasen (Jahresbericht „Rumäniens Antwort auf die ukrainische Flüchtlingskrise“, 2023):

- **Soforthilfephase:** In der ersten Phase lag der Fokus auf der Bereitstellung von humanitärer Soforthilfe. Dies erforderte den schnellen Einsatz bestehender institutioneller Strukturen.
- **Integrationsphase:** In der zweiten Phase konzentrierten sich die Maßnahmen auf den Schutz und die langfristige Integration der Flüchtlinge. Dafür wurden strategische Planungseinheiten geschaffen, um Politikinhalte zu entwickeln und deren Umsetzung sicherzustellen.

Diese zweistufige Herangehensweise spiegelt die Bemühungen Rumäniens wider, die komplexen Herausforderungen der Ukraine-Krise effizient und nachhaltig anzugehen.

Was selbst Rumänien betrifft, 7.292.211 ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind bis zum 9. Februar 2024 über die Grenze gereist (Tätigkeitsbericht der Rumänischen Grenzschutzbehörde 2023, veröffentlicht am 12. Februar 2024. [www.politiadefrontiera.ro](http://www.politiadefrontiera.ro)). Davon haben die rumänischen Behörden mehr als 146.000 Personen temporären Schutz gewährt. Derzeit befinden sich in Rumänien rund 77.000 Menschen aus der Ukraine. Es handelt sich vor allem um alleinstehende Frauen, um Minderjährige und um ältere Menschen.

Rumänien hat vom ersten Augenblick der russischen Aggression an seine Solidarität mit den Flüchtlingen und mit dem angegriffenen Nachbarland signalisiert. Als einer der ersten Mitgliedstaaten hat Rumänien die Aktivierung der EU-Katastrophenschutzverfahrens<sup>50</sup>

---

<sup>50</sup> Das EU-Katastrophenschutzverfahren wurde 2001 von der Europäischen Kommission eingerichtet, um die Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen den EU-Mitgliedstaaten und weiteren Teilnehmerländern zu stärken. Ziel ist die Verbesserung von Prävention, Vorbereitung und Reaktion auf Katastrophen. Im Notfall können betroffene Länder Unterstützung anfordern, wobei die Europäische Kommission die Hilfe koordiniert und bis zu 75 % der Transport- und Betriebskosten übernimmt (European Commission, civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu).

beantragt, um gleich nach dem 24. Februar 2022 die Geflüchteten aus der Ukraine versorgen zu können. Im Kreis Suceava wurde ein Logistikzentrum für den EU-Katastrophenschutz eingerichtet und die Aufgabe dieses humanitären Hubs bestand darin, internationale humanitäre Hilfe zu sammeln und diese in die Ukraine, aber auch in die Republik Moldau weiterzuleiten. Ähnliche Einrichtungen wurden in den Ländern Polen und Slowakei errichtet. In den ersten Wochen der russischen Aggression in der Ukraine war die Regierung von Rumänien damit beschäftigt, zum einen die Geflüchtete zu versorgen, und, zum anderen, Unterstützung bei den Evakuierungen zu bieten. Bis zum 17. März 2022 haben 98 Staaten und 8 internationale Organisationen (OSZE, IOM, NATO, OCHA Ukraine, UNFPA, WFP, UNICEF, UNHCR) die rumänischen Behörde um Unterstützung bei der Evakuierung ihrer Bürgerinnen und Bürger oder des Personals der diplomatischen Vertretungen ersucht. Laut einer offiziellen Mitteilung des rumänischen Außenministeriums vom 17. März 2022 wurden in den ersten Wochen der russischen Aggression in der Ukraine 193 Diplomaten und 16.766 Bürgerinnen und Bürger aus 98 Staaten sowie Mitarbeiter von acht internationalen Organisationen evakuiert. Parallel dazu führte Rumänien 141 Rückführungsflüge durch und unterstützte die Evakuierung von 302 OSZE-Mitarbeitern aus der Ukraine (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens, 2022). Unter den größten Evakuierungskontingenten sind zu erwähnen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Israel, China, Ungarn, Ägypten, Polen, Großbritannien und viele mehr.

Auf der Ebene der Zivilgesellschaft in Rumänien löste der Krieg Russlands eine breite Welle der aktiven Solidarität aus. Um die Anstrengungen der Zivilgesellschaft zu unterstützen errichtete die Regierung eine Unterstützungsplattform mit dem Motto „Ukraine – gemeinsam helfen wir mehr“. Ziel der Plattform bestand darin, die zahlreichen Unterstützungsangeboten und Bemühungen optimal zu koordinieren und die Hilfeleistung effizient weiterleiten zu können (durch die Zusammenbringung des Angebots und der Nachfrage unter: <https://www.gov.ro/ro/pagina/ukraine-together-we-help-more>).

Im Jahresbericht 2023 mit dem Titel „Rumäniens Antwort auf die ukrainische Flüchtlingskrise“ werden die institutionellen, politischen und operativen Maßnahmen vorgestellt, die die rumänische Regierung in Folge der russischen Aggression für die Betreuung

---

der Flüchtlinge aus der Ukraine und für die Betreuung der Gesamtsituation unter politischen, wirtschaftlichen, gesetzgeberischen und humanitären Aspekt getroffen hat.

### *2.5. Solidaritätskorridore zwischen der EU und Ukraine – Die Rolle Rumäniens in diesem Kontext*

Zusätzlich zu den Unterstützungsmaßnahmen für die ukrainischen Flüchtlinge war Rumänien schon in den ersten Monaten des Krieges gefragt, den Transit der ukrainischen Produkt-, allen voran Getreideexporten zu ermöglichen. Weltweit gehört die Ukraine zu den größten Produzenten und Exporteure von Getreide (Weizen und Ölsaaten) und trägt mit den Erzeugnissen zur europäischen und globalen Ernährungssicherheit bei. Ukraine spielt eine wichtige Rolle weltweit bezüglich der Ernährungssicherheit: mehr als 55% der Flächen des Landes ist landwirtschaftsgeeignet. Im Vorkriegsjahr 2021 machten Landwirtschaftsprodukte 41% der Gesamtexporte des Landes aus. Ukraine war vor dem Krieg auf dem Platz 3 der größten Weizenexporteure und auf Platz 4 was Maisexporte betrifft (klimareporter.de).

Die Europäische Union beschloss im Mai 2022, als Russland die ukrainischen Seehäfen blockierte, die sogenannten Solidaritätskorridore einzurichten<sup>51</sup>. So wollte man der Gefahr entgegensteuern, dass Ukraine keine Ausführe mehr tätigen kann und demzufolge eine weltweite Nahrungsmittelkrise entsteht. Im Mai 2022 warteten 20 Mio. Tonnen Getreide im Land auf den Export. Zwischen Mai und Juli 2022 waren die Solidaritätskorridore die einzige Möglichkeit für die Ukraine, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu exportieren. Im August 2022 konnten die Getreidelieferungen von den ukrainischen Schwarzmeerbäfen im Rahmen der sogenannten Schwarzmeer-Getreide-Initiative (BSGI) wiederaufgenommen werden, Russland zog sich aber nach einem knappen Jahr im Juli 2023 aus der Initiative zurück und somit wurde diese suspendiert. Laut der Europäische Kommission / Mobilität und Verkehr hat die Ukraine fast 79 Mio. Tonnen an Agrarprodukte (einschließlich ca. 73 Mio. Tonnen ukrainischen Getreides, Ölsaaten und verwandter Produkte) und rund 66 Mio. Tonnen nicht-landwirtschaftlicher Güter, einschließlich Erzen, Stahl und verwandter Produkte, über die Solidaritätskorridore exportiert. (<https://transport.ec.europa.eu/ukraine/eu-ukraine-solidarity-lanes>) Insgesamt wurden zwischen Mai 2022 und Juni 2024 rund 138 Mio. Tonnen

---

<sup>51</sup> Auf Englisch: Solidarity Lanes

ukrainisches Getreide, Ölsaaten und verwandte Erzeugnisse über die Solidaritätskorridore (51 %) und die ukrainischen Schwarzmeerhäfen (49 %) exportiert.<sup>52</sup>

Der ukrainische Präsident startete am 26. November 2022 eine humanitäre Initiative „Getreide aus der Ukraine“ im Rahmen des Ersten Internationalen Gipfels für Ernährungssicherheit, um sich der Dimension der Ernährungssicherheit als eine der wichtigsten Auswirkungen des russischen Angriffskrieges zu widmen. Am 23. November 2024 fand zum dritten Mal das Gipfeltreffen der Initiative „Getreide aus der Ukraine“ statt und in diesem Rahmen unterstrich die rumänische Außenministerin Luminita Odobescu welche Schlüsselrolle Rumänien bei der Erleichterung der ukrainischen Getreideexporte über die Solidaritätskorridore spielte: „Durch grenzüberschreitende Infrastruktur- und Transportprojekte, die mit nationalen Investitionen und denen internationaler Partner durchgeführt wurden, hat Rumänien zum Transit von mehr als 40 Mio. Tonnen ukrainischen Getreides beigetragen, was mehr als 60% der über die „Solidarity Lanes“ transportierten Menge entspricht.“ (Rede der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens Luminita Odobescu im Rahmen beim dritten Gipfeltreffen der Initiative „Grain from Ukraine“, [www.mae.ro/en/node/66005](http://www.mae.ro/en/node/66005)).

An dieser Stelle sollte es thematisiert werden, welchen Herausforderungen und welchem Druck die rumänischen Landwirte ausgesetzt waren, die in Folge der Einrichtung der Solidaritätskorridore für ukrainische Getreide finanzielle Verluste bei der Vermarktung der eigenen Produkte hatten. Die Landwirte waren unzufrieden, dass das günstige ukrainische Getreide auf den lokalen Märkten der Transitländer verkauft worden wäre, wodurch die einheimischen Landwirte mit deren Produkten und Preisen, aber auch mit den logistischen Kapazitäten unter Druck geraten. Ende Januar hoben einige betroffene Länder – Polen, Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn – ihre Stimme gegen diese Situation und verlangten von der Europäischen Kommission Sofortmaßnahmen. Die kompensatorischen Maßnahmen, die die EU für die betroffenen Landwirte beschloss, wurden von diesen als nicht ausreichend betrachtet.

Europaweit kam es zu Protesten und die betroffenen Mitgliedstaaten haben Importeinschränkungen für das ukrainische Getreide angekündigt. Rumänien hat selbst mit

---

<sup>52</sup> Solidarity Lanes: Latest figures – June 2024

gleichen Maßnahmen gedroht, die aber letztendlich nicht umgesetzt wurden. Die Protestaktionen und die Unzufriedenheit der europäischen Landwirte im Kontext der Folgen der Transiterleichterungen für das günstige ukrainische Getreide wurden von zahlreichen Beobachtern mit den russischen Desinformations- und Manipulationsaktionen in Zusammenhang gebracht. Voicu<sup>53</sup> ging der Frage nach, welches Verständnis von „Solidarität“ die Landwirte haben, wenn sie sich gegen die „Solidaritätsmaßnahmen“ wehren. Der Autor kommt zur Erkenntnis, dass die Landwirte in Rumänien die humanitäre Solidarität mit den Ukrainern nicht ablehnen, sondern für eine Solidarität argumentieren, die auch die finanziellen Kosten, die mit diesem Akt der Solidarität verbunden sind, berücksichtigt und, dass die finanziellen Kosten auch kollektiv und gerecht auf die EU-Mitglieder verteilt werden müssen. (2024, S. 14)

Parallel zu den Solidaritätskorridoren wurden die Ausfuhrmöglichkeiten des ukrainischen Getreides und anderen Gütern durch den Hafen Constanta, den größten Hafen am Schwarzen Meer, durchgeführt. Die rumänischen Häfen spielen eine entscheidende Rolle für den Warenverkehr aus der Ukraine. Der Handel hat seit dem Kriegsausbruch im Jahr 2022 zugenommen. Der Hafen von Constanta ist der größte Hafen am Schwarzen Meer. Er ist ein wichtiger europäischer Getreideumschlagplatz und eine wichtige Seeverkehrsdrehscheibe für die Verbindung von West- und Ostmitteleuropa mit Zentralasien, dem Fernen Osten und Nordafrika. Die Bedeutung des Hafens ergibt sich auch aus den strategischen Schiffsverbindungen mit der Donau, aber auch den Transportmöglichkeiten auf Schiene und auf der Straße. Laut der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), ist der Hafen Constanta mit einer Frachtmenge von 75 Millionen Tonnen pro Jahr nicht nur der größte Seehafen Osteuropas, sondern auch der bedeutendste Binnenhafen der Donauregion. Die zentralen und osteuropäischen Binnenländer werden durch Constanta und weitere 25 Donau-Binnenhäfen mit dem Osten und Asien verbunden. (online.wko.at)

---

<sup>53</sup> Stefan Voicu forscht an der Universität von Bologna. Im Rahmen eines CEU Postdoctoral Fellowship beim IWM beschäftigte er sich mit dem Thema: „Friend or Foe? Romanian Farmers and the EU-Ukraine Solidarity Lanes“. Veröffentlichung der Forschungserkenntnisse: IWMpost 133: False Prophets, False Promises.

Laut Angaben aus einem Euroactiv.ro-Bericht<sup>54</sup> hat der Hafen Constanta im Jahr 2023 eine Rekordmenge von 36 Mio. Tonnen Getreide verschifft. Dies stellt eine Zunahme um 50 % im Vergleich zum Vorjahr dar. Ukrainische Transporte machen etwa 40 Prozent der Gesamtmenge aus. Was den gesamten Güterverkehr der rumänischen Häfen betrifft, so machte dies über 92,7 Mio. Tonnen aus, was einem Anstieg von 22,5% gegenüber 2022 entspricht und eine historische Leistung des Hafens Constanta darstellt. Der Seeverkehr stieg im Vergleich zu 2022 um 18% auf 71 Mio. Tonnen und der Flussverkehr erreichte 22 Mio. Tonnen, um 40 % mehr als im Vorjahr, so die Aussagen des Generaldirektors der Hafenbehörde, Mihai Teodorescu in einem Interview vom 12. August 2024 realisiert von Elena Icleanu.

Die Wachstumstendenz, die durch die oben erwähnten Zahlen bestätigt wird, zeigt nicht nur die Wirtschaftschancen und das Potential, die in Folge der Krise entstanden, sondern auch den Reformbedarf und die Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur, um die intensive Hafentätigkeit aufrechterhalten zu können. (vgl. Aussagen in einem Interview vom 12. August 2024 des Generaldirektors der Hafenbehörde „Compania Nationala „Administratia Porturilor Maritime“ S.A., Mihai Teodorescu: „Langfristig werden in Hafen Constanta über 2,5 Mrd. Euro investiert“).

Die oben erwähnte Veranstaltung, die am 9. März 2024 in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) in Wien unter dem Titel „Unlocking Potential: Romania’s Schengen Air & Sea Access - Catalyst for Investment and Business Growth“ stattfand, stellte ein wichtiges Fachforum dar, das in Kooperation mit der Botschaft von Rumänien organisiert wurde. Im Zentrum der Diskussionen stand die Förderung der rumänischen Hafeninfrastruktur, wobei die EU-Fördermittel von 126 Millionen Euro als staatliche Beihilfe besonders hervorgehoben wurden. Diese Mittel, die im Rahmen des EU-Aktionsplans für solidarische Verkehrswege bereitgestellt wurden, sollen die Handelsverbindungen zwischen Rumänien und der Ukraine erleichtern und den Ausbau der See- und Binnenhäfen an der Ostgrenze der EU unterstützen. Gemäß einer Presseaussendung der Europäischen Kommission vom 12. Januar 2024 werden die Förderungen teils aus dem EU-Kohäsionsfonds bereitgestellt, um Logistikunternehmen und andere Wirtschaftsakteure zu unterstützen ([ec.europa.eu/commission/presscorner](https://ec.europa.eu/commission/presscorner)).

---

<sup>54</sup> C. Mihai veröffentlichte am 12. Jänner 2024 einen Beitrag für Euractiv.ro mit dem Titel „EU-Kommission genehmigt Staatshilfe für rumänische Häfen“.

Im Rahmen des Forums sowie in weiteren Stakeholder-Statements wurde betont, dass Rumänien, trotz der wirtschaftlichen Verluste infolge des Krieges in der Ukraine, auch Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung nutzen könnte. Insbesondere der stark gestiegene Güterverkehr in rumänischen Häfen zeigt kurzfristig ein hohes wirtschaftliches Potenzial. Langfristig erfordert dies jedoch Reformen und Investitionen, um die Infrastruktur der Häfen sowie die Logistik im Hinterland zu modernisieren und nachhaltig zu stärken. Die Fähigkeit Rumäniens, die Krise in eine langfristige wirtschaftliche Chance zu transformieren, hängt maßgeblich von der Umsetzung dieser Maßnahmen ab.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Rumänien, angesichts der pro-russischen und anti-ukrainischen Positionen, die im Präsidentschaftswahlkampf 2024 geäußert wurden, um eine klare unterstützende Haltung gegenüber der Ukraine bemüht ist. Die Erfahrungen mit aggressiven Desinformationskampagnen und hybriden Angriffen Russlands haben Rumänien direkt getroffen und verdeutlichen die Notwendigkeit, diese Herausforderungen auf europäischer Ebene zu adressieren. Der Schutz demokratischer Prozesse, insbesondere freier Wahlen, sowie die Bekämpfung hybrider Bedrohungen waren bereits zentrale Themen der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft. Aufbauend auf diesen Erfahrungen könnte Rumänien als Policy-Shaper in der EU wirken und Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Demokratie und Resilienz gegen hybride Bedrohungen aktiv mitgestalten.

Die Rückschau auf die Ereignisse des annullierten Präsidentschaftswahlkampfs, geprägt durch pro-russische und anti-ukrainische Positionen, zeigt deutlich, dass Rumänien sich nachdrücklich um eine eindeutige und unmissverständliche Unterstützung der Ukraine bemüht. Das Land hat die Auswirkungen von russischen Desinformationskampagnen, Manipulationen und hybrider Kriegsführung unmittelbar zu spüren bekommen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollten von Rumänien in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen genutzt werden, um eine verbesserte Gesetzgebung und Regulierung auf europäischer Ebene zu entwickeln.

Der Schutz freier Wahlen und die Abwehr hybrider Bedrohungen als essenzielle Elemente der Demokratie bildeten bereits zentrale Themen der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft. Basierend auf diesen Erfahrungen könnte Rumänien nun seine neu gewonnenen Einsichten einbringen, um gezielt Akzente in der europäischen Gesetzgebung zu setzen. Dies bietet Rumänien die Möglichkeit, eine aktive Rolle als Policy-Shaper zu übernehmen und dadurch

die demokratische Resilienz Europas sowie die gesellschaftliche Sicherheit nachhaltig zu stärken.

Der Beitrag Rumäniens zur Unterstützung der Republik Moldau und zur Förderung der EU-Beitrittsperspektive seiner östlichen Nachbarländer wurde durch eine Reihe pragmatischer Schritte strategisch umgesetzt. Dabei zeigte Rumänien fundierte Kenntnisse im Umgang mit den Instrumenten der EU–Außenpolitik und nutzte informelle Formate effektiv, um seine Ziele zu maximieren. Dies festigte die Wahrnehmung, dass Rumänien als Fürsprecher der Republik Moldau innerhalb der EU agiert–ausdrücklich bestätigt durch die moldauische Führung unter der pro-westlichen Staatspräsidentin.

Die Fortschritte der Republik Moldau gemeinsam mit der Ukraine auf dem Weg zu EU-Beitrittsverhandlungen sind ein wesentlicher Erfolg der rumänischen Europapolitik. Es ist zu erwarten, dass Rumänien weiterhin die technischen Vorbereitungen und Bemühungen zur Anpassung an den EU-Acquis aktiv unterstützt. Beispiele hierfür sind die langjährigen Austausch- und Ausbildungsprogramme, die Rumänien in der Republik Moldau initiiert und umgesetzt hat.

Rumäniens Entwicklung vom Policy-Taker zum Policy-Shaper im Kontext der russischen Aggression in der Ukraine unterstreicht die aktive Rolle des Landes bei der Gestaltung und Unterstützung der EU-Politiken. Ähnlich wie Polen nutzte Rumänien die Gelegenheit, sowohl auf politischer als auch auf operativer Ebene, einen konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten.

In Anbetracht der zunehmenden Kritik einiger EU-Mitgliedstaaten an der einheitlichen EU-Linie, insbesondere hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland, könnte argumentiert werden, dass diejenigen Länder, die die beschlossenen Politiken unterstützen und die EU-Linie konsistent verfolgen, ebenfalls als Policy-Shaper agieren. Rumäniens Beispiel illustriert, wie ein Mitgliedstaat vorgegebene Politikinhalte nicht nur übernehmen, sondern durch die Einführung neuer Akzente die EU-Politik in einem spezifischen Bereich aktiv vorantreiben kann.

### **3. Rumäniens Positionierung im Kontext der Folgen und Auswirkungen des Vetos der österreichischen Regierung gegen den Schengen-Beitritt von 8. Dezember 2022**

#### *3.1. Einführung. Kontextualisierung der Problematik um das österreichische Schengen-Veto*

Wie schon im Kapitel 3 ausführlich erörtert, war Rumäniens Beitritt zur Europäischen Union am 1. Januar 2007 mit Post-Beitrittsbedingungen verbunden. Allen voran handelt es sich um den Kooperations- und Kontrollmechanismus der Europäischen Kommission (CVM) im Bereich der Justiz und der Korruptionsbekämpfung und um die Erfüllung der Vorgaben für den Beitritt zum Schengen-Raum.<sup>55</sup> Die Europäische Kommission betrachtet den Schengen-Besitzstand als integralen Bestandteil des EU-Rechts. Die Verpflichtungen und Maßnahmen die das Funktionieren des Schengen-Systems regeln, müssen all die Mitgliedstaaten zur Gänze umsetzen. In ihrer Mitteilung<sup>56</sup> bezüglich des Beitritts Bulgariens, Kroatiens und Rumäniens (eur-lex-europa.eu, 2022, 16. November) betont die Europäischen Kommission die Relevanz einer guten Vorbereitung für den Beitritt zum Schengen-Raum. Die Beitrittsbereitschaft setzt, so das Dokument der Kommission, auch einen effizienten Außengrenzschutz und die Teilnahme an einem einheitlichen Visa-Regime voraus. Des Weiteren ist eine gute Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden der anderen Schengen-Mitgliedstaaten wichtig, wie auch die gute und funktionale Vernetzung mit dem Schengener Informationssystem, inklusive mit Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit eines Schengen-Raums ohne Binnengrenzen (Europäische Kommission 2022, S. 1).

Die Vollendung des Schengen-Beitrittsprozesses gehört zu den wichtigsten Meilensteinen auf dem Europäisierungspfad des südosteuropäischen Staates, weil dieser den freien Reiseverkehr zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht. In der Wahrnehmung der rumänischen Bevölkerung symbolisiert Schengen eine Errungenschaft der europäischen Integration, die im Gegensatz zur Ideologie der Isolation und den amputierten Freiheiten des kommunistischen Regimes den Weg zur europäischen Freizügigkeit, also zum barrierefreien Europa öffnet. Der Botschafter

---

<sup>55</sup> Die Übernahme der gemeinsamen europäischen Währung gehört auch zu den Post-Beitrittsaufgaben des Landes, diese wird aber nicht als Post-Beitrittsbedingung betrachtet. Stipuliert wird dies in der „Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Bulgariens und Rumäniens und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht“ (Amtsblatt der Europäischen Union L 157/203, 2005, 21. Juni, S. 6-7).

<sup>56</sup> Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Rat „Schengen durch vollständige Einbeziehung Bulgariens, Kroatiens und Rumäniens in den Raum ohne Binnengrenzkontrollen stärken“.

Rumäniens in der Republik Österreich<sup>57</sup> schilderte die Bedeutung der Freizügigkeit aus der Perspektive der Menschen in einem Podcast-Gespräch des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) mit folgenden Worten: „Die Politiker sollten begreifen, dass die künstliche Aufrechterhaltung von Grenzen nicht der richtige Weg für die Europäische Union ist, da sie zu einem trennenden Faktor in einem riesigen Gebiet führen kann, das eigentlich vereint sein sollte.“<sup>58</sup> (idm.at, 2024, 25. Oktober). Mit Blick auf die EU-Mitgliedschaft Rumäniens ist die Teilnahme am weltweit größten Raum ohne Binnengrenzkontrollen ein wichtiger Baustein der europäischen Zugehörigkeit des Landes, „ein natürlicher und nötiger Schritt im Prozess der Verfestigung von Rumäniens Statut als vollwertiges Mitglied der Europäischen Union“, so Staatspräsident Klaus Werner Ioannis (Euronews, 2024, 12. Dezember).

Im Jahr 2022, 15 Jahre nach dem Beitritt zur EU, befand sich Rumänien in einer günstigen Lage, was seine Chancen auf die Aufhebung der oben erwähnten Konditionalitäten betraf: das CVM konnte abgeschafft werden und somit wurden die Fortschritte Rumäniens im Bereich der Korruptionsbekämpfung und der Reform der Justiz durch die Berichte der Europäischen Kommission offiziell anerkannt (Beschluss (EU) 2023/1786 der Kommission von 15. September 2023 zur Aufhebung der Entscheidung 2006/928/EG zur Einrichtung eines Verfahrens für die Zusammenarbeit und die Überprüfung der Fortschritte Rumäniens bei der Erfüllung bestimmter Vorgaben in den Bereichen Justizreform und Korruptionsbekämpfung).

Betrachtet wurde diese Entwicklung als willkommene Vorbedingung für eine positive Entscheidung des Rates „Justiz und Inneres“ am 8. Dezember 2022, welcher formell über den Beschluss des Beitritts Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens zum Schengen-Raum zu entscheiden hatte. Diese Entwicklungen brachten Rumänien den Status des vollwertigen Mitgliedstaates (ohne Post-Beitrittsbedingungen) der EU wesentlich näher, so die Interpretation der rumänischen Zuständigen. Premierminister Nicolae Ciucă betonte, dass die

---

<sup>57</sup> Der Autor, Publizist, Außenpolitikanalyst und Diplomat Emil Hurezeanu war zwischen 1. Juni 2021 und 23. Dezember 2024 als ao. u. bev. Botschafter Rumäniens in der Republik Österreich tätig. Am 23. Dezember 2024 wurde Hurezeanu als Minister für auswärtige Angelegenheiten im Kabinett II des Premierministers Marcel Ciolacu angelobt.

<sup>58</sup> Zitat übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin. Im Rahmen des Podcast-Gesprächs „Listen CEE 4.0. Central Europe Explained“ am 25. Oktober 2024 sprachen die Botschafter von Bulgarien und Rumänien über das Schengen-Dossier. Dies war die zweite Gesprächsrunde, die das IDM mit Sitz in Wien zum Thema "Schengen" organisierte. Am 7. November 2023 fand im Institut eine erste Debatte zur Zukunft des Schengen-Raums mit Teilnahme der Botschafter von Bulgarien, Kroatien und Rumänien und des Sektionsleiters des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich (BMEIA) Botschafter Georg Stillfried statt. Titel der Veranstaltung: "The future of Schengen Area: Exploring its enlargement."

Aufhebung des Kooperations- und Kontrollmechanismus (CVM) ein Beweis für die Erfüllung der europäischen Verpflichtungen Rumäniens sei. Er hob die kürzlich verabschiedeten Justizgesetze als bedeutende Reformen hervor und bezeichnete die Entscheidung als einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Schengen-Beitritt (Digi24, 2022, 24. November).

Rumänien sah im Herbst des Jahres 2022 seine Chance für den Schengen-Beitritt gekommen. Das Land genoss die Unterstützung der europäischen Institutionen und der rotierenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft. Bis zum 18. November 2022 schien der einstimmigen Entscheidung im Rat der EU kein Mitgliedstaat im Weg zu stehen. Ab diesem Datum drohte das angekündigte Veto der Republik Österreich, welches schlussendlich auch umgesetzt wurde. Für die amtsführende tschechische EU-Ratspräsidentschaft war die Schengen-Erweiterung von Anfang an Priorität und deshalb setzte der Vorsitz dieses Thema formell auf die Agenda des Rates „Justiz und Inneres“ von 8. Dezember 2022.

Obwohl die Bereitschaft der Länder zur vollständigen Anwendung des Schengen-Besitzstandes in den letzten Jahren mehrfach von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat sowie von der Europäischen Kommission und vom Europäischen Parlament anerkannt wurde, konnte der Beschluss bis 2022 nicht formell auf die Agenda des Rates gesetzt werden, weil es immer wieder Mitgliedstaaten gab, wie etwa Frankreich oder die Niederlande, die dem Beitritt kritisch gegenüberstanden. Anders gesagt, es mangelte jahrelang am politischen Willen für eine einstimmige Entscheidung innerhalb der EU. Schlussendlich schien dieses Hindernis im Herbst 2022 aus dem Weg geräumt zu sein.

Im Vorfeld der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ forderte das Europäische Parlament am 18. Oktober 2022 den Rat auf, Rumäniens und Bulgariens Beitritt zum Schengen-Raum zuzustimmen. ([www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu), letzte Aktualisierung: 2024, 27. Juni). Die Entschließung des Europäischen Parlaments fasst die Fortschritte zusammen, die die oben getätigte Aussage betreffend die „Beitrittsbereitschaft“ des Landes untermauern. Rumänien war seit über elf Jahren für den Beitritt zum Schengen-Raum vorbereitet, dies wird im späteren Verlauf im Kontext des Vetos immer wieder als Argument der rumänischen Seite proklamiert: bereits am 29. September 2020 gab es einen Entwurf des Rates „Justiz und Inneres“, in welchem „die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands in Bulgarien und

Rumänien sowie die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen an den Land-, See- und Luftgrenzen vorgeschlagen wurde“<sup>59</sup> (europarl.europa.eu, 2022, 18. Oktober).

Rumänien rechnete damit, dass neben seinem bestätigten Vorbereitungsstand auch die Tatsache eine positive Rolle spielen wird, dass das Land sich mit seinem „solidarischem und multidimensionalem“ Engagement vom ersten Augenblick des russischen Aggressionskrieges in der Ukraine einbrachte. Besonders wichtig war in diesem Zusammenhang der Außengrenzschutz der EU – Rumänien ist direkter Nachbar der Ukraine. Die Notwendigkeit eines besseren Außengrenzschatzes war nämlich eine wesentliche Komponente des österreichischen Narrativen betreffend das Veto (Bundeskanzleramt Österreich, 2023, 10. Oktober). Der Vorwurf, dass Rumänien nicht in der Lage wäre, die Außengrenzen effizient zu schützen, lag in der Luft (Kurier, 2023, 21. Januar).

Aus der Sicht der Bukarester Regierung war Rumänien als NATO-Land durchaus imstande, die Ostflanke zu sichern. Gestützt wurde diese Position darauf, dass Rumänien, neben seiner NATO-Mitgliedschaft, im Zuge der Schengen-Vorbereitungen einen komplexen Reformprozess im Rahmen der EU absolviert hat, sowohl unter dem Aspekt der Humanressourcen als auch betreffend die technische Modernisierung, um eben die Herausforderungen der Schengen-Grenzsicherung als Mitgliedstaat an einer komplizierten EU-Außengrenze effizient meistern zu können. Der ehemalige rumänische Innenminister Lucian Bode betonte in einem Interview für Digi.24 (2022, 23. September), dass die rumänisch-ukrainische Grenze von Millionen von ukrainischen Staatsbürgern überschritten wurde, jedoch waren alle überprüft und dies spricht für die Sicherheit der rumänischen und der europäischen Staatsbürgern.

In Rumänien hieß es, dass das Land schon seit Jahren als *de facto* Schengen-Mitgliedstaat agierte und in seiner spezifischen geopolitischen Lage die Aufgaben des Außengrenzschatzes unter herausfordernden Umständen wahrnahm. Dementsprechend sollte die lang erwartete politische Zusage der EU-Innenminister im Grunde genommen die legislativ notwendige Formalisierung einer in der Praxis schon gelebten Mitgliedschaft bedeuten. Dass Rumänien als

---

<sup>59</sup> Europäisches Parlament. Der Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Oktober 2022 zum Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum (2022/2852(RSP)).

„*de facto* Schengen-Mitgliedstaat“ agiere, erklärte schon im Jahr 2015 Staatspräsident Klaus Werner Iohannis, um nur eine der vielen Stellungnahmen zu erwähnen (Radio romania-actualitati.ro, 2015, 16. Oktober).

Anlässlich der Ratssitzung am 8. Dezember 2022 konnte allerdings die Einstimmigkeit für einen positiven Beschluss nicht erzielt werden, weil die Republik Österreich ihr Vetorecht geltend machte. Das österreichische Vorhaben ein Veto einzulegen, wurde knapp zwei Wochen vor der oben erwähnten Ratssitzung angekündigt, bis dahin gehörte die Republik Österreich jahrelang zu den „leisen“ aber verlässlichen Unterstützern Rumäniens in Bezug auf das Schengen-Dossier. Die Republik Österreich war der einzige Mitgliedstaat, welcher gegen den Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens stimmte.<sup>60</sup> Die Niederlande äußerten Einwände mit Blick auf den Vorbereitungsstand Bulgariens, aber keine gegen Rumänien. Der Rat gab dem Beitritt von Kroatien grünes Licht, wonach am 10. November 2022 auch das Europäische Parlament eine diesbezügliche befürwortende Stellungnahme verabschiedete.

Auftakt der Schengen-Saga auf der Achse Wien-Bukarest war ein Interview des österreichischen Innenministers Gerhard Karner, der am 18. November 2022 völlig unerwartet und ohne Vorwarnung im Radio Ö1 ankündigte, dass er „eine Erweiterung de Schengenraumes [sic] aufgrund der aktuellen Migrationszahlen und dem fehlenden Grenzschutz klar ablehnt.“ Diese Aussage - „ein kaputtes System zu erweitern, kann nicht funktionieren“ - wurde in kurzer Zeit berühmt und als Grundaussage von den verschiedenen Vertretern der konservativen Regierungspartei angeeignet ([www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at)).

Das Veto von 8. Dezember 2022 und die intensiven Verhandlungen im Vorfeld der Sitzung des Rates „Justiz und Inneres“ – zwischen 18. November und 8. Dezember 2022 – lösten eine starke politische Dynamik in und um Rumänien aus. Intensiv eingebunden in diese Entwicklungen waren sowohl die Mitgliedstaaten<sup>61</sup> als auch die europäischen Institutionen und die im Europäischen Parlament vertretenen politischen Formationen. Die für Schengen

---

<sup>60</sup> „Österreich bekräftigt Veto gegen Rest der EU“, so die Zusammenfassung der Schengen-Debatte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Österreichs (ORF) am 8. Dezember 2022 oder „nur Österreich will Rumänien nicht im Schengen-Raum“ schrieb „Puls24.at“ am 6. Dezember 2022.

<sup>61</sup> Stellvertretend für die zahlreichen Stellungnahmen hier die Aussagen der deutschen Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Annalena Baerbock, die sich vom Veto enttäuscht zeigte und „fokus.de“ erklärte: „[...] Und ich glaube, da sollte jeder selbst reflektieren, ob das wirklich die richtige Entscheidung gewesen ist. [...] Wir hätten am Ende dieses so harten, um nicht zu sagen brutalen europäischen Jahres einen weiteren Schritt der Vertiefung Europas gehen können“ (fokus.de, 2022, 8. Dezember).

zuständige europäische Kommissarin Ylva Johansson kritisierte die Haltung Österreichs scharf und zeigte Empathie für die Enttäuschung der Bevölkerung der abgelehnten Länder, darüber hinaus erklärte sie, dass sie bis zum Ende des Mandats um die Priorität der Vollendung der Erweiterung des Schengen-Raums kämpfen würde (Ylva Johansson über die Schengen-Entscheidungen auf der Facebook-Seite der Europäischen Sozialdemokraten, 2022, 8. Dezember).

Die österreichische Position, die als Warnsignal wegen des erhöhten Migrationsdrucks und angesichts des oben schon erwähnten Nichtfunktionierens des Schengen-Systems, beziehungsweise als Aufruf für eine Reform des europäischen Asylsystems konzipiert war<sup>62</sup>, war aber wie in Stahl gegossen: der Bundeskanzler der Republik Österreich Karl Nehammer hielt sich an dieser Position unmittelbar vor dem 8. Dezember 2022 fest, auch anlässlich eines gemeinsamen Wiener Treffens des Vorstands der Europäischen Volkspartei (EVP). Der Fraktionschef der EVP, der deutsche Manfred Weber „äußerte Verständnis für die Sorgen und Anliegen Österreichs, nicht aber für das Veto“ (Presseauftritt Manfred Weber und Karl Nehammer in Wien, 2022, 7. Dezember). Nehammer gab weder den europäischen Konservativen noch den europäischen Institutionen mit Ursula von der Leyen an der Spitze oder den deutschen Partnern, mit denen Österreich eine enge sicherheitspolitische Kooperation pflegt, nach. Die Interventionen und öffentlichen Aufrufe der Vertreter der österreichischen Wirtschaft und Industrie konnten den Regierungschef des Exportlandes Österreich auch nicht umstimmen (siehe dazu mehr unten im Unterkapitel 3.3.2.2.2. - „Folgen für die Wirtschaft“).

Alle Bemühungen der rumänischen Seite, die im Vorfeld der Ratssitzung auf höchster politischer Ebene das Gespräch mit der österreichischen Seite suchte, blieben ergebnislos: zwei kurzfristige Arbeitsbesuche des Ministers für innere Angelegenheiten Lucian Bode bei seinem österreichischen Amtskollegen, der Besuch der Präsidentin des rumänischen Senats, zahlreiche Telefonate und Gespräche auf ministerieller Ebene oder der unkonventionelle öffentliche

---

<sup>62</sup> Die Positionen des Bundeskanzlers wurden durch die Bundesministerin für Europäische Angelegenheiten und Verfassung Karoline Edtstadler in zahlreichen Interviews und Presseerklärungen verteidigt und mit inhaltlichen Zutaten betreffend die Handhabung der illegalen Migration auf europäischer Ebene ergänzt. Siehe als Beispiel das von der „APA“ übernommene Interview in „Die Presse“ am 26. Dezember 2022: „Edtstadler knüpft Schengen-Erweiterung an Schritte bei EU-Asylpolitik“. Edtstadler: „Das Veto erfolgt nicht gegen einzelne Mitgliedstaaten, sondern gegen ein kaputtes System. [...] Also wenn wir diese Vision von einem Europa ohne Grenzen nach innen leben wollen, dann müssen wir zunächst den Außengrenzschutz sicherstellen, und erst danach können wir den Schengen-Raum erweitern.“

Appell des rumänischen Botschafters in Österreich Emil Hurezeanu<sup>63</sup> (Anhang 1) an das mit Rumäniens Causa sympathisierende österreichische Staatsoberhaupt Alexander Van der Bellen. Ungeachtet des Unmuts Rumäniens, das sich über das Fehlen jeglicher Vorwarnung beklagte und Respekt einforderte, hat der österreichische Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) sein Veto mit den hohen Asylantragszahlen in Österreich verteidigt und forderte in dieser Situation Unterstützung von der Europäischen Kommission: im Jahr 2022 wurden über 100.000 illegale Grenzübertritte an der österreichischen Grenze identifiziert und daraus waren 75.000 Personen vorher in keinem Schengen-Mitgliedstaat registriert, obwohl Österreich keine EU-Außengrenze hat. Karners Argumentation wurde auch dadurch unterstützt, dass vor dem Hintergrund des Migrationszahlen immer mehr Mitgliedstaaten für die temporäre Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen entschieden (Bundesministerium für Inneres, 2022, 18. November). All diese Argumente zusammen waren für Karner Beweise dafür, dass das Schengen-System nicht funktioniere und daher auch keine Erweiterung stattfinden könne. Die Abstimmung im Rat am 8. Dezember 2022 hätte die österreichische Seite verschoben (ORF, 2022, 8. Dezember), damit keine, Österreich als einzige schuldige Entscheidung fällt.

Der Entscheidungsprozess zur vollständigen Aufhebung des österreichischen Vetos und zur Verwirklichung des Vollbeitrittes (Bulgariens und) Rumäniens dauerte zwei Jahre und kann in zwei Etappen strukturiert werden:

- 1. Phase - Teillösung: 8. Dezember 2022 - Ende Dezember 2023. Ende Dezember 2023 kam es unter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zu einer Einigung über die Anwendung des Schengen-Rechtsbestandes an den Luft- und Seegrenzen ab März 2024 („Schengen Air and Sea“) (Rat der Europäischen Union, 2023, 30. Dezember);
- 2. Phase – Vollbeitritt: 1. Januar 2024 – 12. Dezember 2024. Am 12. Dezember 2024 stimmte schlussendlich die Republik Österreich mit allen Partnern aus dem Rat der EU

---

<sup>63</sup> Der rumänische Botschafter wandte sich mit einem persönlichen Brief an das österreichische Staatsoberhaupt vor der Ratssitzung am 8. Dezember 2022. Nach Rücksprache mit der Präsidentschaftskanzlei durfte die Botschaft Rumäniens in der Republik Österreich den Inhalt dieses Schreibens veröffentlichen. Ziel der vielleicht ungewöhnlich erscheinenden Veröffentlichung dieses Briefes war es, die Unterstützung des für seine solidarische und europäische Einstellung bekannten Bundespräsidenten zu sichern und vor dem Hintergrund der medialen Unterstützung, die Rumänien in den Tagen um das Veto erfahren durfte, die Regierungsposition im erwünschten Sinn zu beeinflussen.

unter dem ungarischen EU-Ratsvorsitz dem Vollbeitritt ab dem 1. Januar 2025 zu<sup>64</sup>  
(Rat der Europäischen Union, 2024, 12. Dezember);

### 3.2. Leitfragen des Kapitels

*Folgen für Rumänien und für den Europäisierungsprozess Rumäniens. Rumäniens Agieren in diesem Kontext unter dem Aspekt der Rollen des Policy-Takers und Policy-Shapers.*

Im Fokus dieser wissenschaftlichen Untersuchung stehen die Folgen des Vetos für Rumänien und die Auswirkungen auf die EU beziehungsweise auf die Europäisierung. Untersucht wird dabei die leitende Frage dieser Dissertation: Rumäniens Artikulationen als Policy-Taker oder / und Policy-Shaper. Wie hat Rumänien in der Situation der Schengen-Blockade das Instrumentarium der Rollen des Policy-Takers und des Policy-Shapers genutzt, um die österreichische Blockadehaltung aufzuweichen, die Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten aufrechtzuhalten und die Weichen für eine positive politische Entscheidung zu stellen? Des Weiteren: Inwieweit haben die Folgen des Vetos der österreichischen Bundesregierung das Profil des bis dahin als pro-aktiv und als pro-europäisch betrachteten Mitgliedstaates Rumänien beeinflusst und die Einstellung einer pro-europäischen Bevölkerung verändert?

*Auswirkungen des Vetos auf die Europäische Union und auf die Europäisierung. Anwendung des Begriffs „reverse Misfit“ für die Beschreibung der österreichischen Blockadehaltung.*

Die Subforschungsfrage dieses Kapitels bezieht sich darauf, wie die Vetohaltung der Republik Österreich anhand des theoretischen Ansatzes der Europäisierung erklärt werden kann. Gibt es Folgen des Vetos für das europäische Projekt als Ganzes? Wenn ja, welche sind diese?

---

<sup>64</sup> Im Vorfeld der positiven Entscheidung stimmte das Parlament in Den Haag trotz eines Antrags der Rechtspopulisten von Geert Wilders für die Annahme des Beschlusses des Rates „Justiz und Inneres“ vom 12. Dezember 2024. Die niederländische Partei für die Freiheit warnte vor „einem Zustrom von mehr Asylwerbern, illegaler Migration und Kriminalität“, sollten Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum aufgenommen werden. Die Beurteilung Rumäniens durch die niederländische Regierung war eher mild und nachgiebig. Die Debatte beschäftigte sich überwiegend mit den Kapazitäten Bulgariens für den Außengrenzschutz (nl.times, 2024, 12. Dezember).

Gestützt auf die Erkenntnisse über den theoretischen Ansatz der Europäisierung schlägt die Untersuchung die Anwendung des Begriffes *reverse misfit* vor: in Anlehnung an den Begriff *misfit* aus der Europäisierungsliteratur (siehe Unterkapitel 2.1.) kann festgestellt werden, dass die österreichische Veto-Entscheidung keinen Anpassungsdruck im Sinne von anzuwendenden Normen und Gesetzen generierte, die zu einer weiteren Vertiefung der Integration im gegebenen Bereich geführt hätten.

Rumänien war nicht „unter Druck“ gesetzt, um neue Politikinhalt zu internalisieren und sich an neue Regeln und Normen im Bereich des Schengen-Acquis´ anzupassen – diese wurden bereits übernommen und wiederholt auch in offiziellen Dokumenten der europäischen Institutionen anerkannt. Aus der Sicht der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments, wie auch aller Mitgliedstaaten bis auf die Republik Österreich, waren Rumäniens technischen Vorbereitungen für den Beitritt bereits absolviert und somit all die formellen Kriterien erfüllt, die für den Beitritt als Voraussetzung galten (Europäische Kommission, 2022). Der Beitritt zum Schengen wurde dementsprechend nicht deshalb verzögert, weil das Land noch weitere Maßnahmen umzusetzen hätte, die durch den Anpassungsdruck der EU dem Land sozusagen vorgegeben wurden. Obwohl das Land all die Schengen-relevante Politikinhalt bewiesenermaßen übernommen und umgesetzt hat, konnte sein Beitritt wegen des österreichischen Vetos nicht vollgezogen werden.

#### *Umgang mit den Daten und methodologische Vorgehensweise*

Für diese Untersuchung standen über 300 Presseartikel zur Analyse, die in den letzten zwei Jahren hauptsächlich in österreichischen und rumänischen, aber auch in europäischen Medien veröffentlicht wurden. Offizielle Stellungnahmen der Regierungen und von deren Vertretern sowie der EU und der vorsitzführenden Mitgliedstaaten, parlamentarische Unterlagen (zum Beispiel Petitionen im Nationalrat und im Bundesrat der Republik Österreich), Presseaussendungen u.v.m. ergänzen die Liste der Dokumente, die mit der Methode der Inhaltsanalyse untersucht wurden.<sup>65</sup>

Die unzähligen beruflichen Gespräche und Beratungen haben dabei geholfen, ein breites Hintergrundwissen und ein tiefes Verständnis für die unterschiedlichen Aspekte des Themas

---

<sup>65</sup> Mit dem ChatGPT – Programm wurden Stichproben gemacht, um die händische Recherche zu überprüfen.

zu entwickeln. An dieser Stelle wird nochmals auf die berufliche Rolle hinweisen, die ich im Kontext des Schengen-Vetos innehatte: Als Karrierediplomatin und Stellvertreterin des rumänischen Botschafters in Wien war ich in der Zeitspanne zwischen November 2022 und Dezember 2024 direkt in das politisch-diplomatische Geschehen rund um das Schengen-Veto eingebunden. In der Zeitspanne zwischen 12. Dezember 2022 und 19. Januar 2023 habe ich die Botschaft von Rumänien in Wien als Geschäftsträgerin a.i. geleitet, weil der Missionschef nach dem österreichischen Veto nach Bukarest „für Konsultationen bestellt wurde“.

In den letzten zwei Jahren hatte ich in meiner beruflichen Stellung nicht nur zu den zuständigen österreichischen und rumänischen Akteuren Zugang, sondern auch zu zahlreichen Unterlagen und Analysen (an deren Verfassung ich zum Teil selbst mitwirkte, die aber für diese Forschung nicht herangezogen werden, weil es dabei um nicht für die Öffentlichkeit zugängliche Dokumente handelt). Nichtsdestotrotz erscheint es mir wichtig zu betonen, dass ich mein Hintergrundwissen und meine eigene Perspektive, die ich anhand meiner Forschung und der Aufarbeitung der öffentlich zugänglichen Quellen gewinne, verwende, um die Aussagen und Erkenntnisse zu prüfen / zu validieren. Es handelt sich hierbei um eine Arbeitsweise, die meine wissenschaftliche Untersuchung nicht einfacher macht, gleichzeitig bin ich mir aber auch dessen bewusst, dass ich mich durch meine besondere „double-hatted“-Rolle als Berufsdiplomatin und als Forscherin in einer einzigartigen Lage befinde, die dank eines korrekten methodischen Umgangs Mehrwert generieren kann.

Die Perspektive der Forscherin, die in Personalunion auch Karrierediplomatin ist, die „im Geschehen drinnen war“, betrachte ich keineswegs als einen Nachteil. Diese besondere Situation erlaubt mir, meine Forschungserkenntnisse durch den Blickwinkel der diplomatischen Praxis zu überprüfen und somit Schlüsse zu formulieren, die auch für die zukünftige berufliche Anwendung nützlich sein könnten. Es ist für mich als Forscherin selbstverständlich, die Distanz zu meinem Thema zu gewährleisten und einer informativen sowie ausgeglichenen Vermittlung Rechnung zu tragen

Die Schengen-Problematik wurde in Rumänien von Anfang an von großem medialem Interesse begleitet und stellt für Forscherinnen und Forscher sicherlich ein spannendes und komplexes Forschungsthema dar. Aus der Sicht dieser Forschung erscheint es wichtig, vorrangig mit den Dokumenten und Informationen zu arbeiten, die eine möglichst ausgeglichene und korrekte Schilderung der Sachlage ermöglichen und den Leserinnen und Lesern ein wissenschaftlich

argumentiertes Bild über die Hintergründe und über die Auswirkungen des Vetos gegen Rumänien und auf die EU offerieren.

Die Untersuchung folgt der wissenschaftlichen Fragestellung, Rumänien anhand seiner Reaktionen auf das Schengen-Veto unter dem Aspekt des Policy-Takers und / oder des Policy-Shapers zu analysieren und Schlüsse über seine europapolitischen Artikulationen zu ziehen.

Sicherlich wird es zu einem späteren Zeitpunkt spannend sein, sich als Forscherin auch jenen Aspekten zu widmen, die hinter den öffentlich zugänglichen Informationen verborgen sind, wie etwa Aufzeichnungen von Hintergrundgesprächen, von informellen Verhandlungen und Vereinbarungen, die offensichtlich einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Schengen-Problems lieferten. Dieser Ansatz sollte aber zu einem späteren Zeitpunkt Gegenstand weiterer Forschung sein, wenn es möglich sein wird, mit den Akteuren, die derzeit noch aktiv in der Politik beteiligt sind, Interviews zu führen und derzeit nicht-öffentliche Hintergrunddokumente auszuwerten. Darunter werden nicht „geheime“ Vereinbarungen gemeint, wie in bestimmten Boulevardmedien<sup>66</sup> in Rumänien gemutmaßt wird, sondern informelle Bemühungen jener Akteure, die im Hintergrund dafür gesorgt haben, dass die formellen und informellen Gesprächskanäle hinter den Kulissen offen bleiben, die bilaterale Stimmung verbessert wird und erwünschte Lösungen erzielt werden können.

Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass es nicht Ziel dieser Forschung ist, den Schengen-Beitritt Rumäniens in seiner Komplexität, mit all den relevanten technischen Aspekten und Ereignissen, inklusive eines kompletten chronologischen Rückblicks auf die Entwicklungen in den Post-Beitrittsjahren zu beschreiben. Wie schon oben betont, richtet sich die Analyse auf die Reaktionen Rumäniens<sup>67</sup> nach dem Veto am 8. Dezember 2022 und auf die Maßnahmen und Bemühungen, die kurz vor dieser Abstimmung unternommen wurden.

---

<sup>66</sup> Der TV-Sender Realitatea Plus und die Talk-Show-Leiterin Anca Alexandrescu propagieren durchgehend die Meinungen des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Călin Georgescu und verbreiten Konspirationstheorien über den Schengen-Beitritt. Letzterer meint, dass die Schengen-Lösung der Preis für das rumänische Gas war. (Realitatea Plus, 2024, 22. Dezember)

<sup>67</sup> Unter dem Sammelbegriff „Rumänien“ versteht hier die rumänische Politik sowohl die Exekutive als auch die Legislative, die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Kultur und des öffentlichen Lebens, die rumänische öffentliche Meinung und nicht zuletzt die Stimme der rumänischen Diaspora in Österreich. Vorrangig werden aber die Positionen der politischen Führung des Landes untersucht, die die Stellungnahmen der jeweiligen sozio-gesellschaftlichen Strukturen zeigen und als die offiziellen Artikulationskanäle fungieren.

Die kontextuellen Elemente wie etwa die geschichtlichen Hintergründe der innerstaatlichen Vorbereitungen für den Schengen-Beitritt aber auch alle technischen Vorgänge und prozeduralen Vorgaben seitens der EU werden nur punktuell aufgezeigt, ohne ins Detail zu gehen. Erforscht wird die Reaktion Rumäniens auf das Veto, die Art und Weise wie Rumänien mit dieser Situation umging und wie das Land versuchte, die Schengen-Problematik auf der Agenda der EU zu halten, um diese zu einem günstigen Zeitpunkt wieder formell zur Abstimmung voranzutreiben.

Dieses Dossier ist meines Erachtens eine passende Fallstudie dafür, um der oben schon erwähnten Forschungsfrage nachzugehen, wie Rumänien in komplexen Umständen agierte und ob das Land in der Lage war, als Policy-Shaper Akzente zu setzen.

### *3.3. Folgen und Auswirkungen des österreichischen Vetos gegen Rumäniens Schengen-Beitritt*

Das österreichische Veto gegen den Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum hatte erhebliche politische, wirtschaftliche und soziale Folgen, darüber waren sich Politiker, Meinungsbildner, Journalisten, Wirtschaftstreibende und Diplomaten einig<sup>68</sup>. Neben den Auswirkungen auf Rumänien und auf seinen Prozess der Europäisierung werden auch Folgen für die Europäische Union und für die europäische Zusammenarbeit<sup>69</sup> thematisiert, da Schengen genauso wie der Binnenmarkt oder Erasmus (um nur einige symbolträchtige und für die Europäer wichtige Projekte zu nennen) zu den wichtigsten Errungenschaften des europäischen Integrationsprojektes gehört.

Diese Untersuchung schlägt folgende Unterteilung für die Folgen und Auswirkungen des Vetos vor:

- politische, wirtschaftliche und soziale Konsequenzen (Innenpolitik in der Republik Österreich und in Rumänien, Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen den Ländern, sektorspezifische Folgen für die Wirtschaft, für den Güterverkehr, für die Umwelt, für Soziales);

---

<sup>68</sup> Siehe zum Beispiel: ORF (2024, 9. Dezember), Eurotransport (2024, 9. Dezember), Die Presse (2024, 9. Dezember), FT, Hopkins, V., & Shotter, J. (2024, 9. Dezember).

<sup>69</sup> Siehe zum Beispiel: NEOS (2024, 12. Dezember), Eurotransport (2024, 12. Dezember), Der Spiegel (2024, 9. Dezember).

- Auswirkungen auf den Prozess der Europäisierung Rumäniens;
- Auswirkungen des Vetos auf die europäische Zusammenarbeit und auf die Funktionsweise der EU, inklusive auf die Europäisierung und auf die Erweiterung des Schengen-Raums.

### 3.3.1. Die österreichische Argumentationslinie

Bevor die Reaktionen und Politikinitiativen der rumänischen Akteure in Zusammenhang mit dem österreichischen Veto analysiert werden, erscheint es wichtig jenen Gründen nachzugehen, die die österreichische Bundesregierung zu dieser, laut dem rumänischen Staatspräsident „zutiefst ungerechten und ungerechtfertigten“ (Administratia Prezidentială 2022, 8. Dezember) und laut dem österreichischen Bundespräsidenten „äußerst bedauernten“ (meinbezirk.at, 2022, 9. Dezember) Entscheidung bewegt haben.

Die Schilderung der österreichischen innenpolitischen Lage vom Herbst 2022 erscheint äußerst relevant, um die Bedingungen, unter welchen die Entscheidung der Blockade getroffen wurde, deutlicher machen zu können: Das Veto entstand als politische Notlösung für die Spannungen in der österreichischen innenpolitischen Landschaft, so die Meinung vieler Beobachter der mehr als 280 Presseartikel und Kommentare die für diese Untersuchung in Betracht gezogen wurden<sup>70</sup>.

Wie kam es aber dazu, dass Bundeskanzler Karl Nehammer eine von der Wirtschaft äußerst geschätzte Beziehung zu Rumänien (Wirtschaftskammer Österreich, 2024, 11. November) gefährdete, um sich dadurch eventuelle innenpolitische Vorteile zu schaffen? In der Zeit kurz vor dem Veto war Bundeskanzler Karl Nehammer ungefähr ein Jahr an der Spitze eines Koalitionskabinetts aus der Volkspartei (ÖVP) und den Grünen, nachdem er im Kabinett Sebastian Kurz II das Ressort für Inneres innehatte. Sein Nachfolger im Bundesministerium für Inneres war der aus Niederösterreich stammende Gerhard Karner. (In dieser Funktion war es Karners Aufgabe, das Veto zu erklären und dieses auch umzusetzen.)

Im Frühjahr 2023 stand Niederösterreich, die „Hochburg“ der ÖVP, die die Politik Österreichs lange Jahre dominierte, vor Wahlen. F. Bayer schrieb in „taz.de“ unter dem Titel „Spätes Ende

---

<sup>70</sup> Siehe aus der österreichischen Medienlandschat: ORF, Die Presse, Der Standard, Profil, Falter, Kleine Zeitung, 2022-2023.

einer Diskriminierung“, dass der wahre Grund für Österreichs Veto gegen Rumäniens Schengen-Beitritt die Landtagswahl in Niederösterreich, dem für die ÖVP wichtigsten Bundesland gewesen sei. (Bayer, 2025, 1. Januar).

Die Bundesregierung in Wien hatte im Herbst 2022 weniger als 30% Wählerzuspruch und die zur Wiederwahl stehende ÖVP-Niederösterreich fürchtete zu Recht, dass sich die schlechten Umfragewerte auf die Wahlergebnisse von 29. Januar 2023 auswirken könnten. (Zandonella, Laumer & Praprotnik, 2023, 20. Jänner). Die Partei war danach ausgerichtet, den Aufstieg der FPÖ zu verhindern. Jener FPÖ, die einige Monate nach dem Veto in Niederösterreich in Regierungsverantwortung kam und ihre Wahlerfolge in der Polarisierung der Einwanderungs- und Asylfrage erzielen konnte (vienna.at, 2023, 29. Januar).

Die Themen der illegalen Migration und der Zuwanderung wurden 2017 und 2019 vom ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz mit großem Effekt umgesetzt, was damals dazu führte, dass die ÖVP wahltaktisch gestärkt werden konnte (37%)<sup>71</sup>. Bezüglich der Migrationsfrage hat auch die ÖVP unter Bundeskanzler Nehammer versucht, die Debatte mit alternativen Themen zu besetzen, wie etwa die Änderung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention, Initiativen die aber wegen deren Rechtswidrigkeit an der eigenen Partei scheiterten. (Parlament, 2022, 21. November<sup>72</sup>; Interview mit dem ÖVP-Klubchef im Nationalrat, August Wöginger in „Der Standard“ am 11. November 2022).

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger konnte Bundeskanzler Karl Nehammer auch angesichts der komplizierten innenpolitischen und europäischen Lage (Anm. d. Verf.: Auswirkungen der hohen Inflation, steigende Energie- und Treibstofftarife, Fragen um den Neutralitätsstatus im Kontext des Ukraine-Krieges und die rasche Zunahme der illegalen Einwanderung) die früheren Ergebnisse der ÖVP nicht halten. Die 2022-Meinungsumfragen widerspiegeln die kritische Lage in welcher sich die ÖVP vor dem Schengen-Veto 2022 befand: Laut einer am 9. Dezember 2022 von der Tageszeitung „Der Standard“ veröffentlichten Umfrage lag die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit 29% der Wählerstimmen auf dem ersten Platz, vor den Sozialdemokraten (SPÖ) mit 27% und den Konservativen (ÖVP) mit 21%. Für die ÖVP

---

<sup>71</sup> Euronews (2019, 29. September).

<sup>72</sup> Parlamentskorrespondenz Nr. 1335 von 21. November 2022.

glich dies einem tiefen Fall gegenüber den unter Ex-Parteiobmann und Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz im Wahljahr 2019 erreichten 37,5%, so die Analyse (Der Standard-Umfrage, 2022, 9. Dezember). Eine andere Quelle, die Unique-Umfrage für die Wochenzeitung „Profil“ von 12. Dezember 2022 bestätigte die Abwärtstendenz der Volkspartei und platzierte die ÖVP auf 20% als dritte Kraft nach der FPÖ und SPÖ, beide mit 26% (Unique-research, 2022, 12. Dezember).

Parallel zur Bundesebene hatten die Konservativen auch in Niederösterreich mit der Abwärtstendenz zu kämpfen. (Die Presse, 2023, 3. Jänner). Die ÖVP verlor in Niederösterreich nach dem am 29. Januar 2023 stattgefundenen Wahlgang 9,7% und erreichte mit 40% der gültigen Stimmen das historisch schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte. Darüber hinaus verlor die ÖVP die absolute Mehrheit im Landtag und die Mehrheit in der Landesregierung.

Die FPÖ schaffte es, sich sowohl auf Niederösterreichischer Landesebene als auch auf Bundesebene zu konsolidieren und sich auf einem ununterbrochenem Wachstumskurs zu halten. Laut einer NZZ-Analyse (Neue Zürcher Zeitung, 2023, 8. Februar) erklärt sich das durch die starke Betonung der Parteilinie auf Migration und auf deren für die österreichische Gesellschaft negative Auswirkungen. Die absoluten Forderungen der FPÖ bezogen sich auf eine komplette Aufhebung des Asylprozedere, quasi Migrationsstopp und auf die Ausklammerung der Möglichkeit, in der Republik Österreich einen Asylantrag zu stellen.

Es ist anzunehmen, dass die ÖVP-Verantwortlichen aus der Regierung durch die gezielte Hervorhebung der Unzulänglichkeiten des Schengen-Systems – ähnlich wie 2017 Sebastian Kurz, „der Flüchtlingskrisen-Supermanager“ (Zeit Online, 2017, 14. Juni) mit der „Schließung der Balkan-Migrationsroute“ – in der europäischen Migrations- und Asyldebatte Akzente setzten und Führungsstärke zeigen wollten (Bundeskanzleramt, 2023, 9. Februar), um dadurch zu Hause die Wählerschaft zu konsolidieren.

Es wurde in vielen Kommentaren und Artikeln darauf hingewiesen, dass die ÖVP im Instrument des Vetos eine Chance dafür sah, um die Befürchtungen und die Ängste der Wählerinnen und Wähler zu beruhigen, das Thema der Migration aus der „Obhut“ der FPÖ zu nehmen und die eigene politische Lage zu stärken (ORF, 2022, 22. November). Das Veto der österreichischen Bundesregierung entstand vor diesem Hintergrund und war eine Mischung

aus einer kritischen Haltung gegenüber der EU-Politik in Sachen Migration und Asyl und aus der Ambition, sich im Gegensatz zu den radikalen Positionen der FPÖ als doch EU-tauglich und als politikgestaltende positive Kraft zu präsentieren (salzburg24.at, 2024, 18. September).

Der Veto-Beschluss der Regierung wurde im österreichischen Parlament weder vom grünen Koalitionspartner noch von der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) oder den Liberalen / NEOS unterstützt. Auf Bundesebene hatten die Grünen (die kleinere Koalitionspartei) eine kritische Stellung gegenüber der Schengen-Blockade der ÖVP gehabt, schienen aber angesichts der Fragilität der Lage in der Koalition nicht bereit, ihre kritische Position mit Bezug auf die Schengen-Linie der ÖVP strikt zu artikulieren. Die „Wiener Zeitung“ beschrieb die Position der Grünen als von „Stille und Empörung“ geprägt und drückte damit aus, was in den Tagen den Grünen vorgeworfen wurde und zwar, dass sie sich kritisch gegenüber dem Veto äußern, dieses aber nicht verhindern (Dworzak, Mayr & Rosner, 2022, 9. Dezember). Darüber hinaus hieß es, dass die Migration als Teil des innenpolitischen Themenkomplexes in den Verantwortungsbereich der ÖVP-Minister fällt. Daher steht es nur diesen zu, die offizielle Linie der Regierung zu gestalten.

Was die Sozialdemokraten (SPÖ) anbelangt, die sich in der Wählergunst in dieser Periode auch auf einem Abwärtstrend befanden, war die Position der damaligen Parteiobfrau Pamela Rendi-Wagner eher nuanciert, weil sie selbst im immer intensiver werdenden innerparteiischen Wettbewerb mit dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil wenig Spielraum hatte. (ORF, 2022, 23. November) Doskozil, der seine politische Karriere der Zeit der Migrationskrise als Polizeichef im Burgenland verdankt, vertritt in der Partei eine restriktivere Haltung in der Migrationsfrage. Seine Position in der damaligen angespannten Situation zu vertreten, war eine herausfordernde Aufgabe für die Parteiobfrau.

Die FPÖ beteiligte sich an der Debatte mit der Forderung nach Auflösung des gesamten Schengen-Raums und der Rückkehr zu nationalen Grenzkontrollen, um das eigene Land (laut dem Konzept der Freiheitlichen „die Festung Österreich“) zu schützen (Parlament, 2022, 12. Dezember). Wie in der Parlamentskorrespondenz Nr. 1483 von 20. Dezember 2022 (Parlament, 2022, 20. Dezember) festgehalten, hat die FPÖ im EU-Ausschuss des Bundesrates am genannten Tag einen Antrag auf Stellungnahme eingebracht, in dem die Ablehnung jeder Schengen-Erweiterung „ohne effektiven Grenzschutz“ festgehalten wird. Der Antrag bezieht sich auf die unbefristete Möglichkeit der EU-Mitgliedstaaten, ihre Grenzen kontrollieren zu

dürfen. Der antragstellende Abgeordnete Johannes Hübner erwähnt in diesem Kontext sogar die Niederösterreich-Wahlen und besteht darauf, dass Innenminister Gerhard Karner seinen harten Kurs gegen die Erweiterung des Schengen-Raums auch nach den Wahlen fortsetzen solle.<sup>73</sup>

Insbesondere die NEOS haben vom ersten Augenblick an eine klare ablehnende Position gehabt, welche sie auch tatkräftig kommunizierten. Der Einsatz der NEOS für Rumänien im Nationalrat, wo diese Partei mehrere parlamentarische Anfragen und Interpellationen im Laufe der zwei Jahre 2022-2024<sup>74</sup> an den Innenminister eingebracht hat, wurde durch zahlreiche öffentliche Stellungnahmen und sogar durch einen Rumänien-Besuch der Parteiobfrau und des außenpolitischen Sprechers der Partei im Frühjahr 2023 unterstrichen<sup>75</sup> (Parlament, 2023, 15. Januar).

Es waren hauptsächlich die NEOS, die im Nationalrat die Schengen-Problematik im Fokus der politischen Debatte hielten. Die NEOS haben sich immer wieder dafür eingesetzt, dass die Regierung die Gründe für das Veto transparent und gut argumentiert aufzeigt. Die Kritik der NEOS richtete sich gegen den Mangel an Transparenz des Bundesministeriums für Inneres (BM.I) über die Grundlagen, die das Veto rechtfertigen würden.

Die NEOS thematisierten die Tatsache, dass keine eindeutig klare Information über die Migrationssituation vorgelegt wurde, dementsprechend sei das Veto innenpolitisch motiviert. Demzufolge verlangten die NEOS nach Daten und Statistiken, um die Position der Regierung nachvollziehen zu können.

Ein wichtiger Aspekt in der Argumentation der NEOS, der vom Anfang an auch von Rumänien betont wurde, war die Tatsache, dass es ein falscher Ansatz sei, die Problematik der illegalen Migration mit der Erweiterung des Schengen-Raums in Verbindung zu bringen. In mehreren Anfragen haben die NEOS betont, dass das Schengen-Veto die Integration und die Zusammenarbeit in der EU beeinträchtigt und dass dieses auf die bilateralen Beziehungen mit Rumänien und Bulgarien negative Auswirkungen hat (wirtschaftliche Folgen, Auswirkungen

---

<sup>73</sup> Parlamentskorrespondenz Nr. 1483 von 20. Dezember 2022: „Zwist über Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens auch im Bundesrat“ (parlament.gv.at).

<sup>74</sup> NEOS-Anfragen im Nationalrat: 13433/J, 14487/J, 16718/J, 17843/J (www.parlament.gv.at).

<sup>75</sup> Siehe den Beitrag der Parteiobfrau, Beate Meisl-Reisinger im Rahmen der Plenarsitzung des Nationalrates XXVII vom 15. Januar 2023 zum Thema Schengen (www.parlament.gv.at).

auf die Situation der 24-Stunden-Pflegerinnen, aber auch Vertrauensverlust in der EU und Spaltungstendenzen der inneren politischen Kohärenz der europäischen Zusammenarbeit) (Parlament, 2023, 15. Januar).

Auch der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen drückte öffentlich sein Bedauern über das Schengen-Veto aus. Laut SN.at sprach er von einem „außerordentlich bedauerlichen Schritt“, der dem europäischen Zusammenhalt schade. Der Bundespräsident stellte sich klar gegen das Schengen-Veto und hob die potentiellen negativen Effekte dieses Vetos für Österreich hervor: „Aber die Verbindung, die Verknüpfung dieses Problems mit dem Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens, muss ich leider gestehen, die sehe ich nicht [...] Ich sehe nicht, wie diese Blockade des Schengen-Beitritts Rumäniens irgendetwas ändert an der Situation in Österreich“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei einer Pressekonferenz mit seinem slowenischen Kollegen am 9. Dezember 2022. Der Bundespräsident betonte die möglichen europäischen Folgen des Vetos für den Ansehen Österreichs und plädierte für Solidarität, Dialog und für eine Kooperation, die die langfristigen Perspektiven und nicht die kurzfristigen politischen Gewinne als Ziel hat (Salzburger Nachrichten, 2022, 9. Dezember).

Die Forderungen der österreichischen Bundesregierung - so die offizielle Regierungserklärung - wurden in Grunde genommen nicht gegen Rumänien und Bulgarien, sondern an die Europäische Kommission gerichtet. Dementsprechend wurde das Veto als Verhandlungs- und Druckmittel eingesetzt, um mehr Tempo und erkennbare Fortschritte in den Verhandlungen zum Migrations- und Asylpaket der Europäischen Union zu erzielen. „Österreich hat sich für eine harte, aber konstruktive Politik eingesetzt und Europa sicherer gemacht“, sagte Innenminister Karner nach der Aufhebung des Vetos und erinnerte daran, dass im Veto-Jahr 2022 die Republik Österreich 70.000 illegale Grenzübertritte hatte und im Gegensatz dazu im Jahr 2024 nur noch 4.000 illegale Grenzübertritte (nachrichten.at / apa, 2024, 9. Dezember).

Laut dem österreichischen Innenminister sei das Veto instrumental gewesen, um die hohen Migrationszahlen zu reduzieren und dafür zu sorgen, dass Österreichs Anliegen auf europäischer Ebene ernst genommen werden (nachrichten.at / apa, 2024, 9. Dezember). Die Entscheidung, dass der Rat am 14. Mai 2024 das Migrations- und Asylpaket der EU schlussendlich verabschiedete, sieht Österreich als ein Ergebnis, welches auf das österreichische Veto und den Druck durch dieses Veto zurückzuführen ist. (Bundeskanzleramt,

2024, 21. Mai). Dieses Paket war für die Republik Österreich umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass die ersten Arbeiten an der Reform des europäischen Asylsystems 2016 mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission zu einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem eingeleitet wurden. 2020 legte die Europäische Kommission ein neues Migrations- und Asylpaket mit einer Reihe von legislativen Vorschlägen zur Reform der EU-Asylvorschriften vor. 2023 kam es zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament zu einem Durchbruch und demzufolge konnten die Institutionen eine vorläufige Einigung bezüglich der Reform des Asyl- und Migrationssystems der EU beschließen (20. Dezember 2023). Dieser Vereinbarung gaben die EU-Mitgliedstaaten am 8. Februar 2024 grünes Licht. Am 14. Mai 2024 wurde das Asyl- und Migrationspaket der EU verabschiedet (für die detaillierte Zeitleiste siehe die offizielle Webseite des Rates der EU unter [www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)).

Die Reaktionen der österreichischen Presse auf das Schengen-Veto der Bundesregierung 2022 zeugen von einer breiten Meinungsvielfalt, wobei die wichtigsten Aspekte, die hervorgehoben wurden, die europa- und außenpolitischen Auswirkungen des Vetos auf das Ansehen der Republik Österreich und auf die europäische Zusammenarbeit, die wirtschaftlichen Konsequenzen und die innenpolitischen Motive waren. Reflektiert wurden immer wieder die Stellungnahmen der rumänischen Politiker und der EU-Zuständigen (Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter der Europäischen Kommission und der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft), aber auch die österreichische Wirtschaft kam zu Wort: „Schengen-Veto: Unmut bei österreichischen Unternehmen“ (Peterlik, 15. März 2023).

Insgesamt zeigt sich, dass die österreichische Presse dem Schengen-Veto und Rumänien in einer langen Zeitspanne beachtliches und kontinuierliches Interesse gewidmet hat (siehe im Literaturverzeichnis: über 300 Artikeln), und dass die Blockade der Regierung durch die Opposition, durch die Wirtschaft, durch führende Meinungsbildner und durch Intellektuelle aus Österreich kritisch bewertet wurde. Dies wird im Folgenden ausführlich erörtert.

Abgesehen von der Grundeinschätzung, dass die Regierungshaltung falsch sei, haben die oben erwähnten Stakeholder je nach deren politischer und beruflicher Ausrichtung unterschiedliche Positionen eingenommen: die Forscherinnen Judith Kohlenberger und Daniela PISOIU nahmen in einem oiiip<sup>76</sup>-Gastkommentar eindeutig Stellung und trugen durch ihre Beiträge dazu bei,

---

<sup>76</sup> Österreichisches Institut für Internationale Politik.

den nicht existierenden Zusammenhang zwischen Migration und Schengen mit Argumenten zu belegen (Kohlenberger & PISOIU, 2022, 5. Dezember). Führende Wirtschaftstreibende und Investoren in Rumänien haben sich auch eindeutig gegen das Veto geäußert und die negativen Effekte dieses Vetos für ihre Investitionen und für das Wirtschaftsklima unterstrichen (Peterlik, 15. März 2023). Andererseits hielten sich die Interessenvertretungen der österreichischen Wirtschaft und Industrie, die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und die Industriellenvereinigung (IV) mit öffentlicher Kritik zurück und plädierten unmittelbar für den Schengen-Beitritt, indem sie in den öffentlichen Stellungnahmen betonten, dass Rumäniens Schengen-Teilnahme für die österreichische Exportwirtschaft mit positiven Effekten verbunden wäre (WKÖ, 2023, 22. November; IV, 2024, 10. Oktober).

Die Entscheidung der österreichischen Regierung wurde als ein Schritt gesehen, der sowohl die EU-Beziehungen und die bilateralen Beziehungen mit Rumänien als auch die wirtschaftliche und humanitäre Position Österreichs negativ beeinflusst (Wölfl, 2022, 6. Dezember; Ultsch, 2023, 8. Februar; Peterlik 2023, 15. März). Wölfl bezeichnete das Veto in der Tageszeitung „Der Standard“ als „einen schweren Schlag für die europäische Solidarität“; die „Profil“-Autorin Peterlik kommentierte, dass Österreich dadurch einen „Putsch gegen die EU-Kooperation“ (Profil, 2022, 15. Dezember und 2023, 15. März) riskiere. Auch die innenpolitischen Motive und deren Legitimität wurden immer wieder infrage gestellt: „Seit zwei Jahren steht die Schengen-Diskussion stellvertretend für eine heiße Migrations-Debatte“ (Crişan, 2024, 22. Oktober).

Die Hauptaspekte, die sich in den meisten Artikeln wiederzufinden sind, beziehen sich auf die Hervorhebung der Konsequenzen auf europäischer Ebene, die Isolierung der Republik Österreich und den Imageschaden, die durch das Veto entstehen, die Untergrabung der europäischen Solidarität (Kurier, 8. Dezember 2022) durch irrationales und willkürliches Verhalten (z.B. die Aufnahme Kroatiens unter dem Argument eines nicht funktionierenden Schengen-Abkommens<sup>77</sup>), und nicht zuletzt die Verbindung dieser Entscheidung in Bezug auf den Krieg in der Ukraine (Parlament, 2022, 12. Dezember; Geets & Melichar, 2024, 7. Dezember).

---

<sup>77</sup> Der Standard, 2022, 8. Dezember.

Auch wenn die Berichterstattung über das Schengen-Dossier in der österreichischen Medienlandschaft einige Monate auf das Veto an Intensität nachließ, ist die Behauptung trotzdem richtig, dass Rumänien durch das Schengen-Dossier in der fokussierten Aufmerksamkeit der österreichischen öffentlichen Meinung stand und dass die österreichische Presse die Entwicklungen bis zum Vollbeitritt mit Kritik an die eigene Regierung und mit Aufmerksamkeit verfolgte.

Im Zentrum der Berichterstattung standen die wirtschaftlichen Folgen, die (zeitlich begrenzte) Thematisierung der Gefahr einer Retourkutsche durch Rumäniens Blockade im Rahmen der NATO-Kooperation (Ultsch, 2023, 2. Mai; Der Standard, 2023, 23. September; Kurier, 2024, 5. Februar), die Auswirkungen des Vetos auf Rumänen, die in Österreich arbeiten. Allen voran die Gruppe der 24-Stunden-Betreuerinnen, die die größte ausländische Gruppe bilden und die für die Aufrechterhaltung des österreichischen Pflegesystems essentiell sind (Tomaselli, 2022, 15. Dezember; ORF, 2022, 23. Dezember).

Parallel dazu existierte eine Tendenz innerhalb der Medien, die die Regierungsposition unter dem Aspekt der weit verbreiteten Sicherheitsbedenken unterstützte. In einem Artikel der „Kronen Zeitung“ vom 20. Dezember 2023 werden zum Beispiel die Risiken der illegalen Migration und die Relevanz eines funktionierenden Grenzschutzes hervorgehoben. Die Berichterstattung fand Gehör in Formaten, die einen stärkeren nationalistischen und sicherheitspolitischen Ton einschlugen (vgl. Kronen Zeitung, 2023). Zusammengefasst hat die mediale Auseinandersetzung sowohl die Herausforderungen der Europäischen Union beleuchtet (Spannungen zwischen nationalen Interessen und europäischen Normen und Werten, Mangel an europäischer Solidarität), als auch die Notwendigkeit aufgezeigt, einen ausgewogenen Kurs zwischen nationalen Interessen und europäischer Solidarität zu finden.

Im Laufe der zwei Jahre (November 2022 – Dezember 2024) meldeten sich in der Öffentlichkeit auch Meinungsbildner wie Expertinnen und Experten, Wissenschaftlerinnen und Forscher zu Wort, die versucht haben, in die Debatte um das Schengen-Votum Sachlichkeit und Klarheit zu bringen und dadurch neue Perspektiven und Lösungsansätze aufzuzeigen. Beispielsweise veröffentlichte die oben schon zitierte Migrationsforscherin, Judith Kohlenberger zusammen mit dem ehemaligen politischen Direktor des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten Stefan Lehne (Forscher bei Carnegie Europa) einen Beitrag, dessen zentrale Aussage darin bestand, dass die

Position der österreichischen Regierung nicht mehr haltbar sei und diese an die Entwicklung angepasst werden sollte. Zu den zentralen Argumenten der Wissenschaftler gehörten folgende: Das Veto schade der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und brächte die Energiekooperation in Gefahr, die eine wichtige Säule der künftigen Kooperation zwischen den Ländern sei und aus österreichischer Sicht auch unter dem Aspekt der Energiesicherheit eine große Relevanz habe. Auch in der Asylproblematik sind wichtige Fortschritte aufzuzeichnen, so die Autoren.

Die Empfehlung betreffend die Rücknahme des Vetos argumentieren die Forscher damit, dass die Zahl der Asylanträge in Österreich gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen sei und der Druck von der Westbalkanroute auf die Mittelmeerroute verlagert wäre (Anm. d. Verf.: die Regierung argumentierte ursprünglich, dass Rumänien als Teil der Westbalkanroute und als Herkunfts- und Transitland der illegalen Migranten die Republik Österreich gefährdet, eine Aussage die von der rumänischen Seite stets zurückgewiesen wurde<sup>78</sup>). Laut den Autoren wurden auf der EU-Ebene wichtige Schritte in Richtung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems erzielt, inklusive des beschleunigten Verfahrens an den Außengrenzen für Asylwerber, die wenig Chancen auf eine Anerkennung haben; mehrere Mitgliedstaaten bemühen sich darum, die irreguläre Migration einzuschränken und was Rumänien speziell betrifft, die Europäische Kommission bestätigte die „maßgeblichen Schritte gegen das Schlepperwesen und begrüßte die Änderung der Asylgesetze in Richtung effizienter Asyl- und Rückführungsverfahren“. Die Zusammenarbeit mit Serbien wurde außerdem mittels eines Pilotprojekts gestärkt und so auch die Kooperation mit der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), mit dem Europäischen Polizeiamt (Europol) und der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex). Fazit der Autoren: „Rumänien wird zum Vorreiter in der Migrationskontrolle“ (Der Standard, 2023, 26. November).

Die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger nahm an einer Veranstaltung der Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich teil und referierte über ihre Erkenntnisse mit Blick auf die Herausforderungen der Integration von Fremden in Österreich und die Lage der 24-Stunden-Betreuerinnen aus Rumänien, die langen Wartezeiten an der rumänisch-ungarischen Grenze ausgesetzt waren. Sie unterstrich wiederholt, dass die Grenzkontrollen für die rumänischen Pflegerinnen eine zusätzliche Hürde darstellen, die nicht nachvollziehbar seien

---

<sup>78</sup> Europafm. (2022, 6. Dezember). „Ministrul-bode-se-afla-din-nou-la-viena-pentru-a-discuta-despre-aderarea-romaniei-la-spatiu-l-schengen“ (Innenminister L. Bode und Senatspräsidentin A. Gorghiu für Gespräche in Wien im Dezember 2022).

(vgl. Runder Tisch: Reden wir über Für:Sorge. Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich, 2024, 14. Juni).

Die Umfragen, die zum Thema des Schengen-Vetos durchgeführt wurden, stellen die Tatsache unter Beweis, dass die an der Migrationsthematik sensibilisierte öffentliche Meinung die Entscheidung der Regierung gegen den Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien nicht ablehnte. Umfragen, wie jene von der „Krone“ zitiertem APA/ATV-„Österreich Trend“ (Krone, 2022, 18. Dezember) mittelbar nach dem Veto zeigten, dass die Regierungsposition durch die Bevölkerung unterstützt wurde (52% für die Veto-Entscheidung und sogar 70% unter den FPÖ- und ÖVP-Wählern); andere, wie zum Beispiel die Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) von 12. Mai 2023, zeigten ein leicht differenzierteres Bild: 38% von den befragten Österreichern waren für einen Schengen-Beitritt Bulgariens, 42% dagegen. Im Falle Rumäniens waren 36% für einen Beitritt, 44% dagegen. Verglichen mit dem Jahr 2017 gibt es jedoch eine leicht steigende Tendenz: damals waren nur 23% der Befragten für Rumänien und Bulgarien im Schengen-Raum und 65% lehnten die Mitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens ab.<sup>79</sup>

Diese Werte zeigen eine gespaltete Sichtweise, die auch in den Kommentaren der Leser auf auf „oe24“ und „Die Presse“ wiederzufinden ist und die Resonanz der Stimmung auf der Ebene der Bevölkerung widerspiegelt: einige Personen bezeichneten die Entscheidung als notwendigen Schutz des nationalen Interesses, während andere den Verlust der europäischen Solidarität bedauerten (vgl. Die Presse, 2023). Die inhaltlichen Schwerpunkte der österreichischen öffentlichen Meinung veranschaulichen die Ergebnisse der Umfragen, die im Laufe des Jahres 2023 zum Thema Schengen durchgeführt wurden.

Zusammenfassend kann es festgestellt werden, dass es durchaus erhebliche Unterstützung für die Regierungslinie gab, die gleichzeitig aber von den pro-europäischen und eher liberal eingestellten Segmenten der Bevölkerung in Frage gestellt wurde. Die Letzteren thematisierten die wirtschaftlichen Konsequenzen und den Status Österreichs in Europa und sahen auch die Rolle Österreichs als Mediator und Vermittler in Gefahr.

---

<sup>79</sup> ÖGfE. (2023, 12. Mai). ÖGfE-Umfrage: Keine Mehrheit für EU-Erweiterung, geteilte Meinungen zu Ausbau des Schengen-Raums.

### *3.3.2. Folgen für Rumänien und für den Europäisierungsprozess Rumäniens*

Zunächst werden die Reaktionen der rumänischen Seite auf das österreichische Veto zusammengefasst, sowohl jene aus der Politik als auch die Reaktionen auf der Ebene der öffentlichen Meinung. Danach folgen die thematischen Unterkapitel, die die Auswirkungen des Vetos in den am meisten betroffenen Bereichen darstellen. Das letzte Unterkapitel untersucht die politischen Aktionen und Initiativen, die Rumänien in den letzten zwei Jahren mit dem Ziel gesetzt hat, dass die Blockadehaltung der österreichischen Regierung baldmöglichst aufgehoben wird und das Land dem Schengen-Raum beitreten kann. Hier wird auch die rumänische Positionierung – Policy-Taker und / oder Policy-Shaper – wissenschaftlich untersucht.

#### 3.3.2.1. Reaktionen auf das Veto in Rumänien

##### 3.3.2.1.1. Politische Reaktionen

Paradoxerweise hat das österreichische Veto gegen Rumäniens Schengen-Beitritt eine selten erlebte Einigkeit, die in der äußerst dynamischen politischen Landschaft des Landes eine Ausnahme darstellte, zwischen der rumänischen Politik und der öffentlichen Meinung erzeugt.

Bei der Untersuchung der Entwicklungen unmittelbar vor und zwei Jahre nach dem Veto erscheint es wichtig, unter welchen Bedingungen und Umständen die Reaktionen der rumänischen Seite auf das Veto erfolgten. Allgemein betrachtet, waren die Reaktionen in Rumänien unterschiedlich und reichten von Frustration und Empörung bis hin zur Ankündigung proaktiver Maßnahmen.

Die Reaktionen der politisch Zuständigen auf das österreichische Schengen-Veto zeigen eine deutliche Ablehnung der als ungerecht empfundenen Entscheidung. Angesichts der Tatsache, dass Rumänien alle Anforderungen erfüllt hat und für den Beitritt bereit war, wurde das Veto als innenpolitisch motiviert eingeschätzt. Die meisten Stellungnahmen machten die innenpolitische Dynamik Österreichs für das Scheitern Rumäniens verantwortlich.

Die ersten Reaktionen unmittelbar nach dem Veto waren vielleicht in der Tonalität und in den Nuancen unterschiedlich, identisch aber in der Kernbotschaft. Staatspräsident Klaus Werner Iohannis sowie andere hochrangige Politiker betonten, dass diese Blockade nicht nur

Rumänien, sondern auch die europäische Einheit und den Zusammenhalt gefährde, insbesondere im aktuellen geopolitischen Kontext. (Administrația Prezidențială, 2022, 12. Dezember).

Die Hauptbotschaften des offiziellen Narrativen beinhalteten folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- 1.) Die Rechtswidrigkeit der Blockade, obwohl Rumänien alle technischen Voraussetzungen erfüllt habe, einschließlich der verstärkten Außengrenzüberwachung.

Das rumänische Staatsoberhaupt hat das Veto vor und nach der Ratssitzung am 8. Dezember 2022 mehrfach kritisiert. Am 8. Dezember 2022 bezeichnete Iohannis die Entscheidung als „zutiefst ungerecht“ (Administrația Prezidențială, 2022, 8. Dezember) und betonte, dass Rumänien alle technischen Voraussetzungen für den Schengen-Beitritt erfülle und dass „Österreichs Haltung die europäische Einheit und den Zusammenhalt gefährde“ (Administrația Prezidențială, 2022, 12. Dezember).

Allerdings lehnte Iohannis die Möglichkeit der staatlichen Boykottaktionen als politische Druckausübung ab. Es war ein wichtiges Signal der Spitze des rumänischen Staates, dass Rumänien den Weg des Dialogs, der Diplomatie und der Verhandlungen bevorzugt, um dieses Problem zu lösen. Dadurch zeigte der Präsident einen wichtigen Aspekt des europäischen Profils des Landes, das Merkmal des pragmatischen und konstruktiven Mitgliedstaates, was später im Laufe der zwei sogenannten „Schengen-Jahren“ immer wieder unterstrichen wurde. Dies war auch unter dem Gesichtspunkt wichtig, dass Rumänien seine breite Unterstützungsplattform der Mitgliedstaaten nicht riskieren wolle (Hotnews.ro, 2022, 14. Dezember). Dies war eine wichtige politische Botschaft – nicht nur an Wien<sup>80</sup>, sondern an alle Hauptstädte der EU-Mitgliedstaaten und an die ausländischen Investoren aus diesen Staaten, die ebenso mit Investitionen in Rumänien anwesend sind (romania.europalibera.org, 2022, 14. Dezember). Iohannis bezeichnete die österreichische Blockade als widersprüchlich und

---

<sup>80</sup>Bundeskanzler Karl Nehammer zeigte sich in der ORF - „Pressestunde“ am 11. Dezember 2022 hinsichtlich der Boykottdrohungen ziemlich gelassen und betonte, dass diese Aktionen seiner Meinung nach Rumänien mehr Schaden zufügen würden als Österreich, da Arbeitsplätze verloren gingen. (<https://orf.at/stories/3297264>).

erinnerte daran, dass Kroatien beitreten durfte, obwohl Österreich mit der Erweiterung des Schengen-Raums nicht einverstanden wäre. (Digi24, 2023, 26. Oktober)

Der sozialdemokratische Verkehrsminister der PSD-PNL<sup>81</sup>-Regierung Sorin Grindeanu kündigte nichtsdestotrotz an, dass die unter dem Obhut seines Ministeriums befindenden Behörden und staatlichen Unternehmen ihre Konten von der Banca Comercială Română, die der österreichischen Erste Group gehört, zur CEC Bank verlegen, mit der zusätzlichen Erklärung, dass sie bei der staatlichen Bank bessere Konditionen vorgefunden hätten (economedia.ro, 2022, 13. Dezember). Diese Geste kann als verschleierte Befürwortung der Boykottaktionen interpretiert werden, die nicht dem Zweck dient, weitere Eskalationen zu vermeiden.

Der Premierminister der Sozial-Demokraten Marcel Ciolacu, zum Zeitpunkt des Vetos Präsident der Abgeordnetenkammer des rumänischen Parlaments, kritisierte das Veto scharf und sprach von einer „politischen Kampagne“ Österreichs. Er erwähnte, dass Rumänien in Erwägung ziehe, Klage beim Europäischen Gerichtshof einzureichen, falls sich keine Lösung finde (Digi24.; Der Standard, 2023, 23. März). Angesichts der anstehenden Wahlen für das Europäische Parlament reagierte der Präsident der Sozialdemokraten parteipolitisch und gab sich kämpferisch gegenüber des europäischen konservativen Lagers, indem er die Ablehnung Rumäniens als „ein Versagen der europäischen Rechten und der Europäischen Kommission“ interpretierte (Cotidianul.ro, 2022, 8. Dezember).

Die Reaktionen des Anführers der rechtsextremen Partei AUR George Simion hatten eine eigene Note in Bezug auf die Aussagen, die seine Partei bei einer Protestaktion vor der österreichischen Botschaft in Bukarest machte. Simion warf den Regierungsparteien und dem Staatspräsidenten vor, „Diener der OMV“ zu sein und forderte die Verstaatlichung des Konzerns. Er meinte auch, dass Rumänien „von der österreichischen Botschaft aus“ regiert werde und nicht von der Regierung oder dem Staatspräsidenten (Der Standard, 9. Dezember 2022).

---

<sup>81</sup>Das Kabinett Nicolae Ciucă setzte sich aus einer Dreierkoalition zusammen, bestehend aus den Nationalliberalen, Sozialdemokraten und der Allianz der ungarischen Minderheit. Diese Regierung wurde am 25. November 2021 angelobt und regierte bis zum 15. Juni 2023. Sorin Grindeanu war Vize-Premierminister und Minister für Verkehr.

- 2.) Betonung des unsolidarischen Charakters des Vetos und des respektlosen Umgangs mit Rumänien. Das Veto entspräche nicht der loyalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und schwäche die Einheit, das Vertrauen und die Solidarität innerhalb der EU, nicht nur zwischen der Republik Österreich und Rumänien.

Mit einer ungewohnten Schärfe lehnte das vom ehemaligen Außenminister Bogdan Aurescu geleitete rumänische Außenamt das Veto ab und zeigte sich wegen den negativen Auswirkungen dieser Entscheidung auf die europäische Einheit und Kohäsion besorgt ([www.mae.ro](http://www.mae.ro)). Stellvertretend für die große Breite an politischen Erklärungen wird an dieser Stelle die Aussage des liberalen Politikers Lucian Bode erwähnt, der zum Zeitpunkt des Vetos als Innenminister agierte und in dieser Eigenschaft mitten im „Schengen-Geschehen“ war. Er klagte in mehreren öffentlichen Aussagen, sogar in veröffentlichten Briefen ([Digi24.](https://www.digi24.ro), 2022, 12. Dezember) an seinen österreichischen Amtskollegen, dass Rumänien Unrecht getan wurde und deutete auch an, dass Österreich durch das Veto Russland ermögliche, „die europäische Einheit zu schwächen“ ([Agerpres.ro](https://www.agerpres.ro), 2022, 8. Dezember).

Ähnliche Meinungen waren auch in der internationalen Presse aufzufinden, wie etwa im Politico: M. Karnitschnig signierte am 5. Juni 2023 einen Artikel, laut welchem Österreich zu Putin´s alpine Festung geworden wäre ([Politico](https://www.politico.com), 2023, 5. Juni).

- 3.) Befürwortung der gemeinsamen Lösungen, um diese Blockade zu überwinden. Strategische Zielsetzung des Beitrittes vor Augen halten.

Präsident Klaus Werner Iohannis erklärte, dass der Schengen-Beitritt ein „nationales Ziel“ bleibe. Er hob hervor, dass Rumänien bereit sei, und führte den Widerstand Österreichs auf die Migrationspolitik zurück. Der Präsident erwähnte auch, dass Rumänien ein Pilotprojekt mit der EU zur Grenzüberwachung verhandelte ([digi24.ro](https://www.digi24.ro), 2023, 27. März). Auch der damals amtierende liberale Regierungschef Nicolae Ciucă war dafür, dass die Lösung für das Veto in Folge der Verhandlungen erzielt werden sollte ([digi24.ro](https://www.digi24.ro), 2023, 27. März).

#### 3.3.2.1.2. Öffentliche Meinung

Die Reaktionen der rumänischen Öffentlichkeit zeigten eine Kombination aus Empörung, nationaler Solidarität und gezielten Protesten gegen Österreich. Das österreichische Schengen-Veto wird in Rumänien als Ausdruck tieferer Probleme innerhalb der EU betrachtet, insbesondere hinsichtlich der Gleichbehandlung von Mitgliedstaaten und der Kohärenz der europäischen Politik zwischen den Nationalstaaten und der EU-Ebene.

Das Veto wurde als Zeichen des Misstrauens der EU in Rumäniens Bereitschaft interpretiert und löste Misstrauen auch in Rumänien gegenüber der EU aus. Die öffentliche Meinung in Rumänien spiegelte dieses Misstrauen und diese Unzufriedenheit wider (europeannewsroom, 2022, 12. Dezember; Agerpres, 2022, 8. Dezember). Respekt und Behandlung auf Augenhöhe zwischen den Mitgliedstaaten wurden öfters angesprochen, nicht nur in den rumänischen Medien, sondern auch in den internationalen und in den österreichischen Kommentaren.

Wochenlang war Schengen im Zentrum der fokussierten Aufmerksamkeit der Medien. Diese haben die Reaktionen auf das Veto dermaßen emotionsgeladen dargestellt, dass die Stimmung in eine Anti-Österreich-Stimmung (CURS-Umfrage, 2023, 24. September: 41% der Befragten waren der Meinung, dass Österreich für den Nicht-Beitritt zum Schengen-Raum verantwortlich sei) und sogar Anti-EU-Stimmung umzukippen drohte. (Lupitu, 2022, 14. Dezember)

Trotz der ablehnenden Haltung des Staatsoberhauptes gegenüber negativen Reaktionen, fanden auf den Sozialen Medien Boykottaufrufe gegen österreichische Investoren, Firmen und Dienstleistungen in Rumänien (zum Beispiel gegen OMV, Raiffeisen Bank, Schweighofer u.v.m.) statt. Die Hashtags #BoicoteazaAustria (Boykott Österreichs), #StopOMV, #NoToRaiffeisen gingen viral (romania.europalibera.org; Facebook und Twitter-Kampagnen, Dezember 2022). Als konkretes Beispiel wurden bereits weiter oben die Boykottankündigungen einiger Behörden erwähnt, wie etwa die dem Verkehrsministerium unterstellten staatlichen Unternehmen, die Verwaltung der rumänischen Häfen, die Eisenbahngesellschaft CFR-Infrastruktur und die Bukarester Flughäfen.

Eine am 4. Oktober 2023 veröffentlichte Umfrage des Avangarde Instituts hebt hervor, dass 28% der Befragten in Rumänien die Boykottaktionen gegen österreichischen Firmen für die beste Antwort des Staates auf das österreichische Veto halten. 54% der Befragten der oben erwähnten Umfrage waren auch dafür, dass Premierminister Ciolacu gegen Österreich beim EuGH vorgeht (Digi24., 2023, 4. Oktober). Es wurde auch spekuliert, dass Österreich das

Thema Migration instrumentalisieren, um innenpolitische Punkte zu gewinnen. Die Kommentare bezogen sich auf die Ungerechtigkeit und auf den Mangel an Solidarität der österreichischen Seite, öfters wurde behauptet, dass „Österreich Rumänien als politisches Bauernopfer“ betrachte. (Digi24., 2022-2023). Im Zentrum der Kritik stand die österreichische Regierung, allen voran Bundeskanzler Karl Nehammer und der Bundesminister für Inneres Gerhard Karner. Ein Teil der Reaktionen nahm die Form von Memes (Nachahmungen) und satirischen Posts an (Antena3.ro, 2022, 14. Dezember).

Viele Rumänen erwarteten von ihrer Regierung eine härtere diplomatische Haltung gegenüber Österreich. Die EU-Begeisterung und -Befürwortung der Rumänen wurde durch das Veto erschüttert, trotzdem hat Rumänien die grundsätzlich pro-europäische Einstellung der Bevölkerung, zwar mit Schwankungen und kritischen Nuancen, halten können. Immer noch glauben 7 von 10 rumänischen Staatsbürgern daran, dass die EU Vorteile bringt - dies entspricht 69% der Befragten. Die Wahrnehmung der EU ist für 53% positiv, nur 17% sehen sie negativ. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Mai-Befragung 2024 zeigte die Eurobarometer-Umfrage vom Frühling im ersten Quartal des „Schengen-Jahres“ 2022 (Juni), dass 51% der Befragten eine positive Wahrnehmung der EU haben. Rumänien befand sich auf dem 3. Platz der Länder, die gegenüber der EU eine positive Einstellung haben. (Europäische Union/Eurobarometer, 2022).

Der Vergleich zwischen den Resultaten der Umfragen aus 2022 beziehungsweise 2024 lässt die Feststellung zu, dass die grundsätzlich positive Einstellung der Rumäninnen und Rumänen gegenüber der EU immer noch existierte. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse aus dem Jahr 2022 unter dem Einfluss des russischen Angriffes auf die Ukraine standen (Europäische Union/Eurobarometer, 2022; Europäische Union/Eurobarometer 2024). An dieser Stelle sei zu erwähnen, dass eine CURS-Meinungsumfrage, die in Rumänien im Frühjahr 2023 durchgeführt wurde, fallende Tendenz bezüglich der EU-Befürwortung feststellt (CURS, 2023, 26. März).

Im öffentlichen Diskurs wurde die Ablehnung des Beitrittes zum Schengen-Raum mit dem Phänomen der steigenden Euroskepsis und mit Tendenzen des Populismus und des ethnischen Nationalismus in Verbindung gebracht. Eine wissenschaftliche Untersuchung der Mediendiskurse - realisiert durch die Forscher der Universität Bukarest -, hat diese Phänomene im Kontext des Schengen-Vetos analysiert: Die Verzögerung der Aufhebung der Blockade

kann als Grund dafür betrachtet werden, dass die Euroskepsis in Rumänien verstärkt wird, so das Fazit der Studie von Ștefănel et al. (2023, 19. November). Argumentiert wird in dieser Untersuchung, dass die Euroskepsis als Manifestation der Nationalstaaten und ihrer ethnischen Werte wahrgenommen werden kann und Akzente des ethnischen Nationalismus und des lokalen Patriotismus aufflammen lässt.

Die Autoren weisen auf den kritischen Diskurs der Mainstream-Medien und des politischen Establishments in Rumänien und in Bulgarien in Richtung „gegnerische Mitgliedstaaten“ (2022, Österreich und die Niederlande) hin, ein Diskurs welcher aber den Austritt aus der EU nicht befürwortet und die EU-Institutionen nicht kritisiert. In Weiterführung der Idee einer möglichen „Konfrontation“ auf der Ebene der medialen Wahrnehmung zwischen den Nationalstaaten und den EU-Mitgliedstaaten beziehungsweise der EU selbst ist es interessant zu beobachten, dass Rumänien im Mainstream-Diskurs der Medien als „Verteidiger der EU-Außengrenzen“, also in der zentralen Rolle des Sicherheitsankers (siehe Kapitel 3, beziehungsweise 4.2) und nicht in der Rolle des Befürworters der Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten (siehe Österreichs Position) aufzufinden sei (Ștefănel et al., 2023, S. 16). Dies entspricht der traditionellen rumänischen Selbstwahrnehmung im regionalen Kontext als Sicherheitsanker und Stabilitätserzeuger für die gesamte EU- und NATO-Gemeinschaft. Mainstream-Medien und Politik in Rumänien stimmen unter diesem Aspekt in deren Rollenprojektion überein.

Nach dem Veto wurde die EU in den öffentlichen Medien unter dem Aspekt der Einheit und Effizienz ihrer Entscheidungsmechanismen thematisiert. Die durch Einstimmigkeit bedingte europäische Solidarität wurde in Frage gestellt (Digi24. , 2023).

Später, gegen Ende des Jahres 2024, im Kontext der Entwicklungen um die Parlaments- und die annullierten Präsidentschaftswahlen wurde argumentiert, dass das Schengen-Veto auch als möglicher Auslöser der euroskeptischen Tendenzen gelten kann. Einige Kommentatoren waren der Meinung, dass das Schengen-Veto zur Beschleunigung und zur stärkeren Artikulierung der EU-Skepsis in Rumänien beigetragen hat (Ștefănel et al., 2023; Marinov, 2023, 1. Dezember). Diese Einschätzung wurde auch in österreichischen Medien durchaus übernommen und geteilt (Profil, 2024, 7. Dezember).

Ein weiterer Punkt der öffentlichen Diskussion waren die wirtschaftlichen Verluste, die Rumänien aufgrund der Blockade zu erleiden hatte. Logistik- und Transportverbände wiesen darauf hin, dass Grenzkontrollen den Handel verteuern (Tudorică, 2024, 13. Dezember; Kohlenberger & Lehne, 2023, 26. November). Die in Zahlen gegossenen Verluste die Rumänien wegen des „Nicht-Beitritts“ zum Schengen-Raum zu vermerken hatte waren Gegenstand einiger Konferenzen (zum Beispiel: Konferenz „The cost of non-membership of Schengen for the Single Market - impact on Bulgaria and Romania“ in Sofia, Bulgarien, am 24. September 2023, organisiert vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Industrieverband Bulgariens), Studien und Berichte.

Eine vielzitierte Referenz zu den wirtschaftlichen Verlusten durch „Non-Schengen“ ist zum Beispiel die Studie der rumänischen Straßentransporteure (UNTRR) (untrr.ro, 2024, 25. September), laut welcher die Spediteure in den letzten Jahren durch den Kraftstoffverbrauch und kilometerlange Schlangen an den Grenzübergängen zwischen Rumänien und Bulgarien und Rumänien und Ungarn jährlich mehr als 2,4 Mrd. EUR verloren hätten. Ähnlich sind auch die Einschätzungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA): 2,32 Mrd. EUR (eesc.europa.eu, 2023, 11. November).

„Non-Schengen“ beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der rumänischen Waren, da die wichtigsten Vorteile des Schengen-Beitrittes unter dem wirtschaftlichen Aspekt die Erleichterungen und die Beschleunigung der Handelsaktivitäten sei. Laut einem Bericht des Nationalen Instituts für Statistik Rumäniens, der Beitritt zum Schengen-Raum könnte die Exporte um 5-10% steigern (insse.ro, 2023, 21. März).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Kommentare und Beiträge in dem öffentlichen Raum besonders in der ersten Phase nach dem Veto intensiv, emotionsgeladen und vielfältig waren. Diese drückten eine von Wut und Enttäuschung geprägte kollektive Stimmung aus, gewürzt mit Humor und Satire bis hin zu konstruktiven Vorschlägen, quasi um zu beweisen, dass Rumänien nicht in „eine kollektive Depression fällt“, wie Staatspräsident Iohannis formuliert hatte (Hotnews.ro, 2022, 14. Dezember) und bereit sei, Schritte zu setzen um das Veto auf dem Weg des Dialogs und der Verhandlung zu lösen (ibidem). Hashtags wie #BoicoteazaAustria, #SchengenJustice und #RomaniaInSchengen dominierten die Diskussion auf den Sozialen Medien. Es gab spontane Proteste und Boykottaufrufe auch in Österreich, wie

etwa die Proteste der rumänischen Diaspora vor dem Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz in Wien (meinbezirk.at, 2022, 16. Dezember).

### 3.3.2.2. Auswirkungen und Folgen des Vetos

Im vorherigen Unterkapitel wurde ausführlich geschildert, welche Reaktionen das Veto der österreichischen Regierung ausgelöst hat. Es handelt sich hierbei um politische, wirtschaftliche und soziale Folgen, die sowohl für Rumänien und den Europäisierungsprozess Rumäniens als auch für die bilaterale Beziehung zwischen der Republik Österreich und Rumänien und, darüber hinaus, für die Europäische Union Konsequenzen haben.

#### 3.3.2.2.1. Politische Folgen und Konsequenzen des „Schengen-Theaters“<sup>82</sup> für die bilaterale Beziehung

Das Veto zog kurzfristige und langfristige Auswirkungen für die bilaterale Beziehung zwischen Österreich und Rumänien nach sich.

Die politischen Entwicklungen in den sogenannten „Superwahljahren“ der zwei Länder lassen die Schlussfolgerung zu, dass mit einem Veto keine Wahlen zu gewinnen sind. Keiner der politischen Akteure in der Republik Österreich und Rumänien, die an dem „Veto-Geschehen“ in den letzten zwei Jahren aktiv mitbeteiligt waren, haben vom Veto einen politischen Nutzen ziehen können.

Bundeskanzler Karl Nehammer schien damit gerechnet zu haben, dass durch eine restriktivere Migrations- und Asylpolitik beziehungsweise durch die Verknüpfung dieser Problematik mit den realen Unzulänglichkeiten des Schengen-Systems seine Partei in den aufeinanderfolgenden Landtags- und Bundeswahlen 2023 und 2024 gestärkt werden kann. Auch schien er zu glauben, dass er dadurch das kontinuierliche Wachstum der FPÖ, die bereits in fünf von neun Landesregierungen vertreten ist und mit Herbert Kickl an der Spitze 2025 einen Regierungsbildungsauftrag erhielt, aufhalten kann. Die Nationalratswahlen 2024 haben verdeutlicht, dass der von der FPÖ vertretene Migrationskurs nicht mit dem gleichen Erfolg durch die ÖVP umgesetzt werden kann. (Die Presse, 2023, 12. Dezember).

In Rumänien konnte weder der ehemalige Premierminister Nicolae Ciucă (Liberale Partei / PNL) noch sein Nachfolger, Premierminister Marcel Ciolacu (Partei der Sozialdemokraten /

---

<sup>82</sup> Friedländer, A. (2024, 17. Dezember). „Schengen: Dieser Schuss ging nach hinten los“.

PSD)<sup>83</sup> den Erfolg der Lösung der Schengen-Blockade zu einem Wahlgewinn umbuchen. Keiner von ihnen schaffte es in die zweite Runde (Stichwahl) der Präsidentschaftswahlen<sup>84</sup>.

Aus politischer Sicht hat die Schengen-Saga zu einer Stimmung des Misstrauens und dadurch zur Stärkung der EU-Skepsis sowie zur Intensivierung der rechtsextremistischen und pro-russischen Tendenzen beigetragen, wie dies oben in dem Abschnitt „Reaktionen“ erörtert wurde. Offensichtlich hierfür ist der Sieg des rechtsextremen Kandidaten Călin Georgescu. Das Ausbleiben von Wahlerfolgen ist ein indirekter Ausdruck für die Blockadehaltung Österreichs, so die Schlussfolgerungen eines Artikels in der „Süddeutschen Zeitung“ (Kelnberger, 2024, 12. Dezember).

Insbesondere im Kontext der Geschehnisse um die annullierten Präsidentschaftswahlen im Herbst 2024 gab es mehrere Stimmen, die darauf hingewiesen haben, dass das Schengen-Veto Österreichs maßgeblich zum Anstieg einer skeptischen Haltung der rumänischen Staatsbürger beigetragen hat. Solche Interpretationen wurden auch im Jahr 2023 veröffentlicht, so schrieb Griera in einem „Euractiv“-Artikel, dass die Situation „eine kollektive Emotion erzeugt und eine Nation von Euro-Optimisten in eine Nation von Euro-Skeptikern verwandelt“ hat (Griera, 2023, 28. September).

Zur steigenden Euroskepsis und zum damit verbundenen Vertrauensverlust der rumänischen Bevölkerung in der EU liefert eine CURS-Umfrage den Beweis, dass nur 35% der Befragten den EU-Institutionen vertrauen, im Vergleich zu 47% vom Frühjahr 2023 (CURS, 2023). Die veränderte Einstellung der rumänischen Staatsbürger gegenüber den EU-Institutionen wird mit dem Schengen-Veto der österreichischen Regierung in Verbindung gebracht (vgl. Eurobarometer-Umfrage, siehe oben). Als Ursache für diese Entwicklung zeigt die Umfrage auf, dass das Schengen-Veto maßgeblich zur wachsenden EU-Skepsis beigetragen hat. Dies hatte Auswirkungen auf das Vertrauen in die EU-Institutionen. Laut Griera (Euractiv, 2023, 28. September) wird die Stärkung euroskeptischer Parteien - zum Beispiel der Allianz für die

---

<sup>83</sup> Laut der Koalitionsvereinbarung wurde das Amt des Regierungschefs für je zwei Jahre zwischen den Liberalen und Sozialdemokraten aufgeteilt.

<sup>84</sup> Nicolae Ciucă zog sich nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen als Parteiobmann der Liberalen zurück. Er hat die historisch schlechtesten Ergebnisse seiner Partei bei den Präsidentschaftswahlen zu verantworten: 8,8%. Marcel Ciolacu, der ehemalige Präsident des Abgeordnetenhauses löste Ciucă am 15. Juni 2023 an der Spitze der Regierung ab. Trotz der Tatsache, dass der Beschluss über die Vollendung des Schengen-Beitrittes Rumäniens unter seinem Mandat verabschiedet wurde, hat er in den Präsidentschaftswahlen mit 19,1% der Stimmen nur den 3. Platz erreicht (Euronews.ro, 2024, 25. November).

Union der Rumänen (AUR) - auf die Wahrnehmung der Bevölkerung zurückgeführt, dass Rumänien innerhalb der EU unfair behandelt wird (ibidem).

Es ist anzunehmen, dass die Stärkung radikaler und extremistischer Stimmen durch Frustration und Enttäuschung der Bevölkerung bekräftigt wurden: in Rumänien, wegen der ablehnenden Haltung Österreichs den Schengen-Beitritt betreffend und der Selbstdarstellung als „Europäer zweiter Klasse“ ebenso wie in Österreich, wegen der Unfähigkeit der Regierenden, die Herausforderungen der illegalen Migration und der komplexen Integrationsprobleme nachhaltig zu lösen.

Ab 1. Januar 2025 ist das Schengen-Veto Geschichte und somit steht die bilaterale Beziehung zwischen den zwei Ländern vor dem Prüfstand und vor der Chance eines Neubeginns. Faktum ist, dass das Veto die bilateralen Beziehungen schwer belastete. Die Berufung der österreichischen Botschafterin ins rumänische Außenamt, um ihr Rumäniens Unzufriedenheit mitzuteilen (Ministerul Afacerilor Externe, 2022, 8. Dezember) oder die Bestellung des rumänischen Botschafters nach Bukarest für Konsultationen (Ministerul Afacerilor Externe, 2022, 9. Dezember), stellten den Auftakt eines komplizierten zweijährigen „Miteinanders“ dar und drückten die Ernsthaftigkeit der Lage aus.

Rumänien wollte gleich nach dem Veto mit Verhandlungen beginnen, um das Schengen-Veto so schnell wie möglich rückgängig zu machen. Andererseits schien es nicht im Interesse Österreichs gewesen zu sein, ein stark artikuliertes Veto in kürzester Zeit zu widerrufen. Dadurch wären die Akteure als unseriös wahrgenommen worden – die rumänische Seite sah es trotz der Emotionen ein, dass dies kein machbares Szenario sei. Der rumänische Botschafter zeigte in einem Profil-Interview am 15. März 2023, Verständnis dafür, dass das Veto nicht kurzfristig beendet werden kann, weil es hierbei um die Glaubwürdigkeit der Initiatoren geht (Peterlik, 2023, 15. März).

Mit ähnlichen Positionen versuchte Rumänien durch seinen diplomatischen Vertreter die Intensität der Gespräche zu beschleunigen und einen Plan mit einem klaren zeitlichen Rahmen zu verabschieden. Es war von Anfang an klar, dass ein Veto nach einigen Monaten nicht zurückgenommen werden wird, vor allem deswegen, weil es nicht in Rumäniens Verantwortung lag, sondern bei der EU (Kommission und Rat), die Anforderungen der Republik Österreich umzusetzen.

Unter dem Druck einer kritischen innenpolitischen Öffentlichkeit und der anstehenden EP-Wahlen wollte aber Rumänien schnell Ergebnisse erzielen und wollte nicht wahrhaben, dass die Lage in Österreich dafür nicht gegeben ist. Diese Erkenntnisse können für die künftige EU-Laufbahn des Landes hilfreich sein („lessons learnt“).

Angesichts der Unvorhersehbarkeit von politischen Entwicklungen und Post-Wahlen-Architektur in beiden Ländern sowie neuer Prioritätensetzungen der möglichen künftigen Entscheidungsträger, die die Wiederbelebung der bilateralen Kooperation steuern werden, bleibt es zunächst Aufgabe der Diplomatie, die Wege für eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zu ebnet. Neben der Diplomatie ist es die Wirtschaft, die sich schon vom ersten Augenblick des Schengen-Vetos an für Rumänien ausgesprochen hat. Es war auch die Wirtschaft, die während der letzten Jahre die negativen Auswirkungen des Vetos für Rumänien, aber auch für das Exportland Österreich und für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen im Allgemeinen thematisierte.

#### 3.3.2.2.2. Folgen für die Wirtschaft

Unter dem wirtschaftlichen Aspekt war die Entscheidung des Vetos umso überraschender, wenn man in Betracht zieht, dass das österreichische Wirtschaftswachstum stark auf die Exportwirtschaft angewiesen ist (kleinezeitung.at, 2024, 10. Dezember).

Zwischen Rumänien und Österreich bestehen seit Jahrzehnten starke wirtschaftliche Bindungen, die über die Jahre immer enger geworden sind und sich heute unter anderem in einem bilateralen Handelsvolumen von über EUR 6 Mrd. und von über 12,3 Mrd. österreichische Investitionen in Rumänien manifestieren (Neumayer<sup>85</sup>, 2024, 12. Dezember). Noch beeindruckender ist jedoch die Tatsache, dass fast jeder sechste Euro, den österreichische Unternehmen in den Ländern Südosteuropas investieren, in Rumänien ankommt. Österreich ist der zweit- beziehungsweise drittgrößte Auslandsinvestor in Rumänien. Für das Exportland Österreich war Rumänien eine der wichtigsten Destinationen (Wirtschaftskammer Österreich; [advantageaustria.org](http://advantageaustria.org)<sup>86</sup>). Eine Studie des Wiener Instituts für Internationale

---

<sup>85</sup> Christoph Neumayer ist der Generalsekretär der Industriellenvereinigung der Republik Österreich (IV). Er begrüßte die Aufhebung des Schengen-Vetos im Rahmen einer Presseaussendung der IV: „Industrie begrüßt positives Votum zu Schengen“ ([www.iv.at](http://www.iv.at), 2024, 12. Dezember).

<sup>86</sup> Im Rahmen der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ist Advantage Austria Bukarest für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Rumänien zuständig.

Wirtschaftsvergleiche (wiiw)<sup>87</sup> zeigt, dass Österreich im Vergleich zu Investitionen aus anderen Ländern einen fünfmal höheren Beitrag zum BIP leistet (Jovanovich & Hanzl-Weiss, 2022 November).

Laut der Statistik des Nationalen Handelsregisteramt Rumäniens (ONRC) waren bis zum 30. Juni 2024 8.625 Unternehmen mit österreichischer Kapitalbeteiligung in Rumänien tätig (Anteil 3,36% aller Unternehmen mit ausländischem Kapital), mit einem investierten Gesamtkapital (Direktinvestitionen) von 5,504 Mrd. EUR (Platz 3, Anteil 11,21% des gesamten ausländischen direkt investierten Kapitals) ([www.onrc.ro/index.php/ro/statistici](http://www.onrc.ro/index.php/ro/statistici)).

Laut der Rumänischen Nationalbank (BNR) lag Österreich zum 31. Dezember 2023 mit 13,871 Mrd. € (11,7% des Gesamtvolumens) nach Deutschland auf Platz 2 der Rangliste aller ausländischen Direktinvestitionen nach dem Prinzip des Endinvestors (mindestens 10% der Kapitalbeteiligungen plus reinvestierte Gewinne plus Darlehen an das Unternehmen) und mit 14,741 Mrd. € (12,4% des Gesamtvolumens) auf Platz 3 der Rangliste nach dem Herkunftsland der ausländischen Direktinvestitionen nach dem Prinzip des Direktinvestors (BNR, 2023, 20. September).

Was die rumänischen Investitionen in Österreich betrifft, betrug nach Angaben der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) von April 2023 ([www.oenb.at/statistiken](http://www.oenb.at/statistiken), 2023) der Saldo der rumänischen Investitionen in Österreich Ende 2022 10,74 Millionen Euro. Nach Angaben der Compass Verlag GmbH ([compass.at](http://compass.at)), die eine Unternehmensdatenbank in Österreich verwaltet, waren im April 2023 113 Unternehmen mit rumänischem Stammkapital in ihrem Register erfasst. Nach Angaben der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) gibt es in Österreich 240 Unternehmen mit rumänischer Kapitalbeteiligung und einem investierten Kapital von 59 Millionen Euro. Diese Statistiken unterstreichen die bedeutende Rolle österreichischer Investitionen in Rumänien, während rumänische Investitionen in Österreich vergleichsweise gering sind (Wirtschaftskammer Österreich).

Laut der wiiw-Studie (Jovanovich & Hanzl-Weiss, 2022, November) haben die österreichischen Direktinvestitionen mehr positive Auswirkungen als ausländische

---

Direktinvestitionen in Rumänien insgesamt. Die gesamten ausländischen Direktinvestitionen bewirken pro 1% Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen zum BIP ein um 0,19% höheres BIP-Wachstum. Österreichische und deutsche Direktinvestitionen bewirken pro 1% ADI-Zufluss zum BIP ein um 0,9% höheres BIP-Wachstum; die Auswirkungen österreichischer und deutscher Investitionen auf das BIP-Wachstum sind fünfmal höher als die Auswirkungen der gesamten ADI (Jovanovich & Hanzl-Weiss, 2022, November).

Dieselbe Studie weist darauf hin, dass 15 der 50 größten österreichischen Investoren in Rumänien im Jahr 2022 Gewinn- und andere Steuern in Höhe von 4,25 Mrd. EUR an den rumänischen Staatshaushalt zahlten. Dies macht fast 9% der Gesamteinnahmen des rumänischen Staates aus und unterstützt damit die Regierung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur.

Österreichische Unternehmen sind für Rumänien auch deshalb wertvoll, weil diese in großem Umfang in Rumänien reinvestieren. Reinvestierte Gewinne haben positivere Auswirkungen als andere Arten von ADI. Das bedeutet, dass die österreichischen Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung Rumäniens leisten. Hunderte von österreichischen Unternehmen haben einen großen Teil ihrer jährlichen Betriebsgewinne in Rumänien in neue Fabriken, Technologien, Tochtergesellschaften, Projekte und grüne Technologien reinvestiert, was sich teilweise auf Milliarden von Euro an rumänischen Reinvestitionen beläuft. (ibidem)

Die österreichischen Investoren sind in allen strategischen Bereichen in Rumänien mit Investitionen tätig. Wie in einem „Profil“-Interview des rumänischen Botschafters in Wien betont wurde, „sei Österreich in Rumänien mit den «besten Investoren überhaupt» vertreten: Raiffeisen, OMV Erste Bank. Die Position des Diplomaten stimmt überein mit der der Wirtschaftstreibenden, die „alle durch das Veto verlieren“. Als Beispiel nannte Hurezeanu der „Profil“ die finanzielle Auswirkung in der Transportbranche: „200 EUR pro Lkw – insgesamt 2,4 Mrd. im Jahr“ (Peterlik, 2023, 15. März).

Laut den Daten für das Jahr 2022 der WKÖ sind in Rumänien über 1500 österreichische Firmen mit 100.000 direkten Arbeitsplätze präsent. Dies wurde einige Monate vor dem Veto im Jahr 2022 als „All-Time-High“ der rumänisch-österreichischen Wirtschaftskooperation bewertet (Wirtschaftskammer Österreich, [advantageaustria.org](http://advantageaustria.org), 2022, 31. März).

Laut einer Profit.ro-Analyse sind die positiven Auswirkungen des Schengen-Beitrittes mit einer grundlegenden Veränderung in dem Wirtschaftsbereich verbunden. Die Senkung der Kosten für den Gütertransport und der Beitrag zum Tourismus würden laut der Analyse von Profit.ro zwischen 1 und 2% des BIP zur nationalen Wirtschaft beitragen (Tudorică, 2024, 12. Dezember).

„Non-Schengen“ beeinträchtigt den Handel durch die eingeschränkte Freizügigkeit der Personen und Waren. Viele Stimmen – vom Bundespräsidenten bis zu Ökonomen und zahlreichen Wirtschaftstreibenden, Vorstandsvorsitzenden usw. – warnten auch in Österreich vor den Kosten des Vetos. Oberhofer, Ökonom beim Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) erinnert daran, dass Österreich in Rumänien der zweitgrößte Investor sei, in strategischen Bereichen wie Banken, Versicherungen, Stahl und Energie und die Zeit, in welcher Rumänien Nicht-Schengen-Mitglied ist „könnte für Österreich kostspielig werden“ (meinbezirk.at, 2022, 9. Dezember).

Es gab eine Welle von prominenten öffentlichen Stellungnahmen von Wirtschaftstreibenden und Investoren<sup>88</sup>, die offiziell Kritik gegen das Veto ausübten und die oben erwähnten Wirtschaftsargumente erwähnten, gepaart mit indirekten Unterstützungsbekundungen, die zwar die österreichische Position nicht guthießen, wollten oder konnten sich nicht zu den offenen Kritikern schließen. Zu den Letzteren gehörten auch die Interessenvertretungen der Wirtschaft und Industrie, WKÖ und IV, die sich oftmals für eine enge Zusammenarbeit mit

---

<sup>88</sup> Willibald Cernko, Vorstandsvorsitzender Erste Group: „Eine geeinte EU ist eine, in der alle EU-Bürger die gleichen Rechte und Pflichten haben. Es gibt keine EU-Mitglieder zweiter Klasse, und das schließt die «Schengen-Teilnahme» ein“ (Der Standard, 8. Dezember 2022). Raiffeisen International (RBI): „Wir bedauern diese Situation, sind aber zuversichtlich, dass es den beteiligten Akteuren rasch gelingen wird, die offenen Fragen verantwortungsvoll, faktenbasiert und ergebnisorientiert zu klären“ (Schriftliche Stellungnahme der Bank am 9. Dezember 2022). Für den Baukonzern Strabag sind Rumänien und Bulgarien „Teil unseres europäischen Kernmarktes. [...] Insofern hoffen wir, dass sich dieser Fortschritt in naher Zukunft auch in Form einer zukünftigen europäischen Integration niederschlagen wird“. Wienerberger AG / Heimo Scheuch CEO: „Mit Bedauern mussten wir das Veto des österreichischen Vertreters beim EU-Innenministertreffen gegen den Beitritt unserer EU-Partner Rumänien und Bulgarien zum #Schengenraum letzte Woche in Brüssel zur Kenntnis nehmen.“ Die Uniqua-Versicherungsgruppe sprach von einer Entscheidung „auf politischer Ebene“. Man hoffe „im Interesse Rumäniens und Österreichs, aber auch der gesamten Europäischen Union, dass möglichst bald ein gemeinsamer Fahrplan zur Lösung der aktuellen politischen Probleme gefunden werden kann“. OMV-Sprecher Andreas Rinofner: „Wir begrüßen alles, was die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern erleichtert“. Klaus Einfalt, CEO SW Umwelttechnik Stoiser&Wolschner AG: „Ich bedauere und verurteile diese politische Entscheidung der österreichischen Politiker. [...] Wir – als SW Umwelttechnik und als internationales Team im Herzen Europas – stehen zusammen und werden unseren Teil dazu beitragen und fordern von der Politik eine sofortige gemeinsame Lösung im Sinne einer #vereinten Europäischen Union.“ (Der Standard, 8. und 17. Dezember 2022; Profil, 15. März 2023)

Rumänien plädiert haben und dies auch im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen mit rumänischen Vertretern zum Ausdruck brachten, wie etwa die am 9. März 2024 stattgefundenene Veranstaltung der WKÖ/Außenwirtschaft Austria zur Teilöffnung nach der Aufhebung der Luft- und Seekontrollen: „Unlocking Potential: Romania’s Schengen Air & Sea Access – Catalyst for Investment and Business Growth“ (Wirtschaftskammer Österreich, 2024).

Aus österreichischer Sicht kam das Veto zu einer Zeit, als die Wirtschaft sich in einer schwierigen Phase befand: die Bruttokapitalbildung war rückläufig (-2,4% in 2023, prognostiziert -1,4% in 2024), das Investorenvertrauen sinkend und die Industrieproduktion verzeichnete negative Werte, insbesondere aufgrund hoher Energiepreise und der globalen Konjunkturabschwächung. Die Aufhebung der Grenzkontrollen brächte signifikante Vorteile, darüber waren sich Experten einig, da Grenzkontrollen Handelskosten verursachen, die in Wertzölle von 3% umgerechnet werden können, so die ökonometrische Analyse des IFO-Instituts aus dem Jahr 2016 bezüglich der Auswirkungen der Freizügigkeit im Schengen-Raum (Felbermayr et al., 2016). Durch die Aufhebung dieser Grenzkontrollen werden die österreichischen Unternehmen, die mit Rumänien und Bulgarien Handel betreiben (und das sind viele), nicht mehr mit diesen Zöllen belastet.

Darüber hinaus ermögliche die Schengen-Teilnahme Rumäniens eine optimierte Ressourcenverteilung und Kapitalallokation und einen besseren Zugang Österreich zu qualifizierten Arbeitskräften. Zusätzlich hätte der Abbau von Grenzkontrollen einen positiven Effekt auf die Umwelt, mit einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um bis zu 46.000 Tonnen pro Jahr. Dies könnte Österreich helfen, seine Klimaziele zu erreichen. Angesichts der geographischen Lage Österreichs und den intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit Rumänien, bietet die Schengen-Erweiterung auch politische Stabilität und wirtschaftliche Vorteile, die nicht nur den Binnenmarkt stärken, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs langfristig sichern (wkö.at, 2024, 12. Dezember). Für die österreichische Wirtschaft, die auf den Märkten in Rumänien und Bulgarien mit 15 Mrd. EUR Direktinvestitionen robust vertreten ist, war die Perspektive der Schengen-Erweiterung mit erheblichen Vorteilen verbunden. Die österreichische Exportwirtschaft hat durch die Erleichterung der Handelsaktionen zu profitieren, immerhin verzeichneten die österreichischen Exporte seit 2013 in diesen Ländern einen beeindruckenden Anstieg von 111%, was das globale Exportwachstum von 60% deutlich übertrifft. Im Jahr 2023 beliefen sich die exportierten Warenwerte auf 1,2 Milliarden Euro nach

Bulgarien und 3,9 Milliarden Euro nach Rumänien. (Generalsekretär Karlheinz Kopf / Wirtschaftskammer Österreich, 2024, 12. Dezember).

Auch für die rumänische Seite war der freie Warenverkehr innerhalb des Schengen-Acquis´ ein wichtiger Punkt, um die Wettbewerbsfähigkeit der rumänischen Wirtschaft weiterhin zu stärken. Angesichts der Tatsache, dass 70% der rumänischen Exporte die Grenzen im Westen überschreiten, kritisierte Energieminister S. Burduja „Non-Schengen“ und bezeichnete das Veto metaphorisch als „Steuer für die rumänische Wirtschaft“ (financialintelligence.com, 2023, 18. Oktober).

Als Energieminister hatte Burduja aber auch nach Osten zu blicken und zwar in Richtung des „Neptun Deep“-Projektes der OMV im Schwarzen Meer, ein Projekt welches mit der Beteiligung des österreichischen Konzerns entwickelt wurde. Zum Zeitpunkt des Vetos wartete die rumänische Regierung auf die Bestätigung durch den OMV-CEO Alfred Stern, in die Gasgewinnung in diesem Projekt investieren zu wollen, so „Der Standard“ 17. Dezember 2022.

Die strategische Relevanz der vier Mrd.- Investition aus der Sicht der OMV in „Neptun Deep“ wurde anlässlich des am 20. November 2024 gefeierten Nationalfeiertagsempfangs<sup>89</sup> Rumäniens in Wien durch die Festrede des Vorstandsmitglieds der OMV / Executive Vice President Energy Berislav Gaso hervorgehoben. Laut dem OMV-Vertreter ist „Neptun Deep“ das größte Erdgasprojekt im rumänischen Schwarzen Meer und das erste Tiefsee-Offshore-Projekt in Rumänien; das Projekt wird voraussichtlich 2027 das erste Gas liefern.

Neptun ist ein wichtiges strategisches Projekt für Rumänien und eröffnet dem Land große Entwicklungschancen. Es wird eine treibende Kraft für die Energiesicherheit und

---

<sup>89</sup> Im Kontext der angekündigten Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, am 12. Dezember 2024 Rumäniens Schengen-Vollmitgliedschaft nicht mehr im Wege zu stehen, widmete die Botschaft von Rumänien in Wien die wichtigste Veranstaltung des Jahres, den Nationalfeiertagsempfang, den besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und der Republik Österreich. Neben dem Executive Vice President der OMV nahm an der Veranstaltung der CEO des in Österreich meistverkauften rumänischen Automobilherstellers, Dacia und der Regional Manager der Wirtschaftskammer Österreich, ehemaliger Wirtschaftsdelegierte in Rumänien teil. Ziel der Veranstaltung mit einem starken Wirtschaftsfokus bestand darin, nach der Rede des Botschafters den wichtigen Wirtschaftstreibenden und Investoren für die Unterstützung zu danken und gleichzeitig den Horizont für die zukünftige Zusammenarbeit zu skizzieren (viena.mae.ro).

Unabhängigkeit Rumäniens sein und das Land bei seiner Energiewende und wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen. Die OMV investierte seit 2004 rund 20 Mrd. EUR in Rumänien und plant, weitere 8 Mrd. bis 2030 zu investieren, so Gaso, der ebenso betonte, dass in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und Rumänien auch die OMV und Petrom (Anm. d. Verf.: OMV Petrom steht mit 51% im Eigentum der OMV Aktiengesellschaft) unterstrich, dass „was als strategische Allianz begann, sich inzwischen zu einer starken Partnerschaft entwickelt hat“. Gaso betonte weiterhin, dass „Neptun Deep“ Rumänien als größten Gasproduzenten in der EU positioniert und eine zuversichtliche und sichere Energiequelle für die gesamte Region bietet. Die geschätzte Erdgasproduktion entspricht dem 30-fachen des derzeitigen Jahresbedarfs von 4,3 Mo. Haushalten“. Trotz der prozeduralen und legislativen Herausforderungen beim Vorantreiben des Projektes, die in dieser Forschung nicht ausführlich erwähnt werden können, stellte das Projekt „Neptun Deep“ sowohl für Rumänien als auch für OMV eine strategische Priorität dar, insbesondere vor dem Hintergrund der Kündigung des russischen Gastransits durch die Ukraine mit dem Jahreswechsel 2024 / 2025.<sup>90</sup>

Sowohl für den rumänischen Staat, als auch für die OMV ist es besonders wichtig, dass zwischen den zwei Ländern enge politische und wirtschaftliche Kontakte gepflegt werden, um die Entwicklung solcher strategischen Projekte vorantreiben zu können.

Rumänien war der Meinung, dass Österreich die Schengen-Erweiterung auch aus energiepolitischer Perspektive überdenken sollte. Im Lichte der jüngsten Entwicklungen (Ende des russischen Gastransits durch die Ukraine mit Ende 2024) gewinnt die Diversifizierung der österreichischen Gasversorgung, insbesondere durch rumänisches Gas ab 2027, an Bedeutung. Es gab die Befürchtung beider Seiten (Rumänien und der OMV), dass das österreichische „Nein“ zum Schengen-Beitritt Rumäniens das „Neptun Deep“-Projekt gefährden könnte (vgl. Financial Times, 6. Oktober 2023). Die OMV befürchtete, dass die rumänische Regierung das Projekt als Druckmittel nutzen würde, um eine Flexibilisierung der österreichischen Position zu erzielen. Rumänien bestand darauf, dass die österreichische Regierung die Schengen-

---

<sup>90</sup> An dieser Stelle sei daran erinnert, dass sich alle Mitgliedstaaten der EU verpflichtet haben, bis 2027 die vollständige Unabhängigkeit vom russischen Gas zu erreichen. Vergleiche hierzu die österreichischen Gasimporte aus Russland: im Dezember 2023 98%, im Mai 2024 90% und im Juni 2024 83% (industriemagazin.at, 2024, 2. September).

Problematik aus einer holistischen Perspektive und nicht ausschließlich durch die „Migration-Brille“ analysiert und dementsprechend ihre eigenen Interessen der Energieversorgung vor Augen behält.

### 3.3.2.2.3. Auswirkungen auf die rumänische Gemeinschaft/Arbeitskräfte/24-Stunden-Betreuerinnen

Die Erwartungen der Rumänen waren schon in der Vorbereitungsphase stark mit der Idee der Freizügigkeit der Personen in der EU verbunden. Ab dem Zeitpunkt des Beitrittes (1. Januar 2007) galten für Rumänien transitorische Übergangsregelungen, wodurch einige EU-Mitgliedstaaten einschließlich der Republik Österreich ihre Arbeitsmärkte vor dem Druck der osteuropäischen Arbeitskräftemigration schützen wollten. Mit 1. Januar 2014 wurden die Beschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus (Bulgarien und) Rumänien aufgehoben und demzufolge durften die Arbeitnehmer aus diesen Ländern in allen EU-Ländern einer Arbeit nachgehen (ec.europa.eu, 2014, 1. Januar).

Die aktuelle Zahl der rumänischen Staatsbürger, die im Ausland leben, wird nach den offiziellen Daten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien 2021 auf 5,7 Mio. (www.mae.ro) geschätzt. Der rumänische Premierminister Marcel Ciolacu spricht von 6,5 Mio. (adevarul.ro, 2024, 3. Oktober) und es gibt weitere offizielle Quellen, die von ungefähr 10 Mio. ausgehen (romania-actualitati.ro, 24. Juli 2019, Verweis auf die Aussagen der Ministerin zuständig für die Auslandsrumänen, Natalia Intotero).

Laut „de.statista.com“ (2024, 16. April) betrug die Zahl der rumänischen Staatsbürger, die in einem Mitgliedstaat der EU-27 leben, im Jahr 2023 3,23 Mio. In der Republik Österreich bilden die Rumänen nach den deutschen Staatsbürgern die zweitgrößte Gruppe der nicht-österreichischen Staatsbürger mit 153.363 Personen, so die Daten des Statistischen Jahrbuchs Migration & Integration (statistik.at, 2024, 1. Januar, vorläufige Zahlen). Es handelt sich um eine gut integrierte Community; die Rumänen werden oftmals als Bindeglied zwischen den Ländern wahrgenommen - diesem Zweck dient auch die Tätigkeit des Vereins AUSTROM (Österreichisch-Rumänische Gesellschaft mit Sitz in Wien, austrom.eu).

Das Schengen-Veto hatte direkte und weitreichende Auswirkungen auf rumänische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Österreich leben oder regelmäßig nach Österreich

fahren, um dort einer Arbeit nachzugehen. In vielen Rumänen weckte das Veto das Gefühl des Nicht-Dazugehörens, der Enttäuschung, des diskriminierenden Umgangs, obwohl sie am dem gesellschaftlichen und sozialen Leben des Landes teilnehmen, Steuer zahlen und sich als aktiv beitragendes Glied der hiesigen Gesellschaft betrachten (Konzett, 2023, 11. Januar; burgenland.orf.at, 2022, 23. Dezember).

Im „Veto-Jahr“ 2022 konnten sich viele in Österreich lebende Rumänen an ein anderes, durch die ÖVP verantwortetes „Nein“ erinnern, das für viele rumänische Staatsbürger mit negativen Auswirkungen verbunden war: unter Bundeskanzler Sebastian Kurz hat die ÖVP-FPÖ-Regierung die Familienhilfe für im Ausland lebende Kinder gekürzt - es handelte sich um Länder mit niedrigeren Wohn- und Lebenshaltungskosten. Begründet wurde die Entscheidung der Indexierung der Familienbeihilfe durch mehr Fairness und Kostenersparnis (Kurier, 2018, 24. Oktober; Die Presse<sup>91</sup>, 2018, 4. Januar). Die Europäische Kommission kritisierte diese Entscheidung als Verstoß gegen das EU-Recht, als Nichteinhaltung des Prinzips der Gleichbehandlung. Mit der Begründung, dass die Arbeitnehmer, die in Österreich Steuer zahlen und Sozialversicherungsbeiträge leisten, unabhängig von dem Wohnsitz ihrer Kinder dieselben Leistungen erhalten sollten, leitete die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren ein.

Einige Monate vor dem Schengen-Veto im Jahr 2022 fiel am 16. Juni das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), laut welchem die Indexierung der Familienbeihilfe, des Kinderabsetzbetrages und weiterer steuerrechtlicher Begünstigungen nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Das Bundeskanzleramt hat die notwendigen rechtlichen Schritte eingeleitet, um die Indexierung aufzuheben: das Parlament verabschiedete die Novelle des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 sowie des Einkommensteuergesetzes 1988 (BGBl. I Nummer 135/2022) und somit wurde die notwendige gesetzliche Voraussetzung für die Nachzahlung der Familienbeihilfenbeträgen geschaffen (Bundeskanzleramt, 2018).

Nicht betroffen von diesen Indexierungsmaßnahmen des Regierungsduos Kurz-Strache waren die 24-Stunden-Betreuerinnen aus Rumänien, die in der Republik Österreich die größte Gruppe

---

<sup>91</sup> „Die Presse“ erklärte die Hintergründe des ÖVP-FPÖ-Vorstoßes in einem Artikel am 4. Januar 2018: „ÖVP und FPÖ nehmen einen Anlauf zur Kürzung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder. [...] Der größte Anteil der ins Ausland überwiesenen Familienbeihilfe ging nach Ungarn [...] **nach Rumänien rund 32 Millionen Euro.** [Hervorhebung der Autorin].“

der ausländischen Betreuerinnen pflegebedürftiger Menschen bilden. Das Schengen-Veto hat aber diese Gruppe betroffen und zwar dadurch, dass die Reiseeinschränkungen (durch die Grenzkontrollen) die Fortbewegung zwischen den zwei Ländern trotz den Erwartungen nicht erleichtert, sondern weiterhin erschwert haben. Wie diese Situation durch die Pflegerinnen wahrgenommen wurde schildern illustrativ die unten erwähnten Quellen: Konzett, E., 2023, 11. Januar beschreibt sowohl auf Twitter/"X", als auch auf den Seiten von Falter - falter.at, 2023 - eine gemeinsame Fahrt nach Rumänien mit den Pflegerinnen und erzählt über die Schwierigkeiten auf dem Weg; burgenland.orf.at, 2022, 23. Dezember).

Laut der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) waren Ende 2022 von insgesamt 58.716 24-Stunden-Pflegerinnen in Österreich 30.646 rumänische Staatsbürgerinnen ([www.daheimbetreut.at/de/statistik](http://www.daheimbetreut.at/de/statistik), 2022). Die Zahl der rumänischen Betreuerinnen kann durchaus höher sein, wenn man auch die 24-Stunden-Betreuerinnen mitzählt, die als Angestellte arbeiten. „Die Zuordnung von Mitgliedschaften zu Nationalitäten erfolgt nach Staatsangehörigkeit bei Gewerbeanmeldung bei der Gewerbebehörde (BH, Magistrat). [...] Berufszweig: 0200 – selbständige Personenbetreuer“ (Wirtschaftskammer Österreich).

Die Arbeitsbedingungen dieser Gruppe standen stets auf der Agenda der Gespräche der letzten Jahre zwischen der Botschaft von Rumänien in Wien und den Bukarester Behörden mit den zuständigen österreichischen Bundesministerien. Als „die Vergessenen der Pflegereform“ werden die 24-Stunden-Pflegerinnen in „Die Presse“ bezeichnet, die laut der Menschenrechtsaktivistin Flavia Matei in §Scheinselbstständigkeit“ arbeiten, weil „sie sich gegen Missbrauch und Ausbeutung nicht wehren können, keinen Zugang zu Gewerkschaften oder institutioneller Unterstützung haben“, so Matei. Sie betont, dass die Pflegekräfte keine Leistung im Fall der Arbeitslosigkeit oder im Krankheitsfall haben und das Geld, das für die Rente übrigbleibt, „unzumutbar niedrig“ sei. Die wiederholten Reformschritte in der Pflege werden als ineffizient betrachtet, weil das Pflegesystem strukturell-systemische Reformen braucht, die die Regierung anzugehen nicht bereit war, obwohl es sich um Betreuungskräfte handelt, die systemrelevant sind (Profil, 2023, 4. August; Kein Ding!, 2. Februar 2024; [www.alfredlandecker.org/de/article/flavia-iulia-matei](http://www.alfredlandecker.org/de/article/flavia-iulia-matei)).

Offizielle Stimmen in der Republik Österreich betonen immer wieder, dass der Beitrag der rumänischen 24-Stunden-Betreuerinnen für die Aufrechterhaltung des Betreuungssystems geschätzt wird. So zum Beispiel der Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums, Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal im Rahmen einer Veranstaltung am 15. Dezember 2021

in der Botschaft von Rumänien in Wien, die der bilateralen sozialen und humanitären Solidarität gewidmet wurde (Offizielle Facebook-Seite der Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich: [www.facebook.com/ambasadaromanieiaustria](http://www.facebook.com/ambasadaromanieiaustria)). Die Facebook-Seite der Botschaft von Rumänien berichtet darüber, dass Launsky-Tieffenthal in seiner Rede „den wesentlichen Beitrag der rumänischen Gemeinschaft zum guten Funktionieren der österreichischen Gesellschaft betonte und die beeindruckenden Gesten der Solidarität Rumäniens mit Österreich in den kritischen Phasen der Pandemie begrüßte.“ (ibidem) Konkret handelte es sich um die sogenannten „Korridorzüge“ aus der Zeit der Pandemie, die unter den damaligen Bedingungen der Covid-Einschränkungen rumänische Betreuerinnen nach Österreich brachten, um die pflegebedürftigen Menschen in Österreich betreuen zu können<sup>92</sup>.

Die Auswirkungen des Schengen-Vetos waren auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Menschen belastend, so argumentierten nicht nur die Fürsprecher der 24-Stunden-Betreuerinnen, wie die Aktivistin Flavia Matei, sondern auch die Betreuerinnen selbst, deren Problemen und sie selbst im Laufe des Jahres 2024 in mehreren künstlerischen Produktionen in Wien und in der Republik Österreich (Theater und Film) zu Wort kamen. Ziel der künstlerischen Aufarbeitung der Lage der 24-Stunden-Betreuerinnen in Österreich war die Sensibilisierung der österreichischen Gesellschaft, so die Autoren des Theaterstückes „Für: Sorge“, der Drehbuchsreiber Thomas Perle und der Regisseur Alexander Weinberger-Bara. (Runder Tisch: Reden wir über „Für: Sorge“, Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich, 14. Juni 2024; <https://www.youtube.com/watch?v=XkZzIypTJFI>).

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass in Österreich die Nachfrage nach Pflegekräften stark steigen wird, so Famira-Mühlberger, Stellvertretende Direktorin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO): bis zum Jahr 2030 rechnet die Forscherin mit einer Nachfrage nach 17.000 zusätzlichen Pflegekräften (in Vollzeitäquivalenten über 12.000) und bis zum Jahr 2050 werden laut ihrer Studien 77.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt (57.000 in Vollzeitäquivalenten) (Famira-Mühlberger, 2023). Das Schengen-Veto hat eine Gruppe von

---

<sup>92</sup> Siehe dazu: „Edtstadler/Gewessler/Brunner: Sonderzüge für Pflegekräfte aus Rumänien auf Schiene“ in „ots.at“, 23. April 2020; „Edtstadler verkündet Einigung mit Rumänien auf Pflege-Korridorzug“ in „Der Standard“, 7. Mai 2020; „12 Stunden, 50 Euro: Sonderzüge für rumänische 24-Stunden-Pflegerinnen“ in „Der Standard“, 23. April 2020; „Anfrage der Abg. Dr. Dagmar Belakowitsch, Mag. Gerhard Kaniak, Peter Wurm und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend **Pflegekräfteimport aus Rumänien in einem Korridorzug**“, 28. April 2020.

rumänischen Staatsbürgerinnen betroffen, die ohnehin mit zahlreichen Herausforderungen zu kämpfen haben, die aber in die staatliche Reformpläne nicht ausreichend einbezogen werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was Österreich eigentlich unter der „gelebten Solidarität“ versteht (Tomaselli, 2022, 15. Dezember). Umso mehr, wenn die Ergebnisse der Datenerhebung zu PersonenbetreuerInnen in österreichischen Haushalten „24h - Das Unsichtbare sichtbar machen“ (Mairhuber et al., 2024) bekannt werden. Diese besagen klar, dass es derzeit seitens der Politik und der Sozialpartner keine Bereitschaft gibt, die Arbeitsbedingungen der 24-Stunden-Pflegerinnen durch die Zuerkennung von Arbeitsrechten strukturell zu verbessern. Dies wäre laut den Autorinnen eine reale Alternative zur „Scheinselbstständigkeit“ (Gewerbe). Ein konkreter und ernstzunehmender Auftrag, der in der Wiederbelebungsphase der Post-Schengen-Veto-Beziehungen als Priorität einer wahrhaft solidarischen und humanitären Agenda dienen sollte.<sup>93</sup>

#### 3.3.2.2.4. Auswirkungen auf den Güterverkehr und auf die Umwelt

Eine Studie der Nationalen Vereinigung der rumänischen Güterkraftverkehrsunternehmen–Straßentransportmarkt 2018–2030<sup>94</sup> stellt fest, dass der Nicht-Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum erhebliche Auswirkungen für den Güterverkehr und dadurch indirekt auch für die Umwelt hat. Es sind direkte und indirekte Folgen, die für den Gütertransport festgestellt werden (untrr.ro, 2024, 29. September).

Was die mittelbaren Folgen betrifft, weist die Verkehrsstatistik Rumänien - Ungarn der UNTRR (untrr.ro, 2024, 13. Dezember) darauf hin, dass Lastkraftwagen an den Grenzübergängen zu Bulgarien und Ungarn jährlich 23,5 Millionen Stunden warten müssen. Im Jahr 2022 wurden laut der Studie 6,84 Mio. Gütertransportfahrzeuge, die in EU- und Nicht-EU-Ländern zugelassen waren, an den rumänischen Grenzübergangsstellen registriert. Aufgrund der langen Wartezeiten an den Grenzen zu Ungarn und Bulgarien haben rumänische Güterkraftverkehrsunternehmen zwischen 2012 und 2023 etwa 19,1 Milliarden EUR verloren, so die Studie. Des Weiteren hebt die UNTRR-Studie Straßentransportmarkt 2018–2030 (untrr.ro, 2024, 29. September) hervor, dass an den 18 Grenzübergangsstellen zu Ungarn und

---

<sup>93</sup> Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass der einzige Bundesminister, der sich öffentlich gegen das Schengen-Veto der österreichischen Bundesregierung stellte, Johannes Rauch von den Grünen war. (Kurier, 14. März 2023).

<sup>94</sup> Auf Rumänisch: Uniunea Nationala a Transportatorilor Rutieri din Romania (UNTRR).

Bulgarien 3,9 Millionen Lastkraftwagen-Durchfahrten aufgezeichnet wurden, was Ein- und Ausfahrten nach / aus Rumänien ohne Transit bedeutet. An den Grenzübergangsstellen zu Ungarn und Bulgarien lagen die Wartezeiten zwischen 30 Minuten und 72 Stunden, wobei pro Grenzübergang durchschnittlich 6 Stunden vergingen. Die Wartezeiten für die Spediteure an der Grenze zwischen Bulgarien und Rumänien dauern in der Regel 20 bis 30 Stunden, die längsten Wartezeiten betragen drei Tagen (ibidem).

Die Folgen des „Non-Schengens“ schränken sich nicht nur auf den Güterverkehr ein. Es gibt auch eine Reihe von indirekten unmittelbaren Auswirkungen, die durch die anhaltenden Schengen-Grenzkontrollen entstehen.

Die Verzögerungen an den Grenzen haben Auswirkungen auf die Industrie und dadurch auf die gesamte rumänische Wirtschaft. Diese Schlussfolgerung wird in der oben erwähnten Studie (untrr.ro, 2024, 29. September) mit einem konkreten Beispiel belegt: im vergangenen Jahr (2022) gab es in Folge der Wartezeiten an den rumänischen EU-Binnengrenzen zu Bulgarien und Ungarn Industrieverluste von 2,55 Mrd. EUR, während sie sich im Jahr 2022 auf 2,41 Mrd. EUR beliefen. Darüber hinaus haben die Spediteure wegen den langen Wartezeiten nicht nur mit zusätzlichen Ausgaben, sondern auch mit möglichen Einnahmeverlusten zu rechnen, stellt die Studie fest.

Laut den Statistiken (untrr.ro, 2024, 29. September) legen rumänische Lastkraftwagen 18% weniger Kilometer pro Monat zurück als Lkws in Ungarn oder in Polen, was die Produktivität der rumänischen Spediteure erheblich verringert. Für den Straßengüterverkehrsmarkt bedeuten diese Umsatzeinbußen ungefähr 15% des aktuellen Wertes von 15,2 Mrd. EUR. Implizit verliert der Staat 15% Steuern, die die Gütertransportunternehmer zahlen würden, so eine der wichtigsten Aussagen der Studie.

Die Luftverschmutzung zählt weiterhin zu den Folgen, die die wartenden Lastkraftwagen an den Grenzübergängen verursachen: die bis zu 1000 Lastkraftwagen pro Tag und Richtung, die die wichtigsten Grenzübergänge Nădlac, Borş, Giurgiu und Calafat passieren, verursachen mehrere zehntausend Tonnen Emissionen, die ausschließlich auf die langen Warteschlangen zurückzuführen sind, so die UNTRR-Studie. (untrr.ro, 2024, 29. September) Es handelt sich hierbei um Umweltverschmutzung, die durch zusätzliche Emissionen verursacht wird und die den ehrgeizigen Dekarbonisierungszielen der EU entgegensteht.

Zu den CO<sub>2</sub>-Auswirkungen auf die Umwelt erschien im März 2023 eine KPMG-Studie: „The unnecessary burden“. Diese Studie stellt fest, dass jeder Monat, der vergeht, bis Rumänien und Bulgarien Vollmitglieder des Schengen-Raums werden, zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionsausstoße von über 3.800 Tonnen CO<sub>2</sub> bedeutet, was den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der EU vergrößert und erhebliche Luftverschmutzung für die Gemeinden in der Nähe der Grenzkontrollstellen verursacht. Insgesamt bräuchte man 311.000 Bäume, um diese Emissionen zu binden, so die Studie.

Außerdem wurde berechnet, wie schwerwiegend die Auswirkungen für das Klima sind, wenn man bedenkt, dass Rumänien und Bulgarien schon im Jahr 2011 grünes Licht vom Europäischen Parlament bekommen haben, dem Schengen-Raum beizutreten. Wenn man die jährlichen Folgen auf einen Zeitraum von 11 Jahren aufteilt, kommt man unter sonst gleichen Bedingungen auf geschätzte 500 Tausend Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen, was einer Stromerzeugung von über 600 GWh aus Kohle entspricht, so die Schlussfolgerungen der Studie (KPMG 2023, S. 10).

„Schengen-Veto führt zu unnötigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß an den Grenzen“ titelte die Tageszeitung „Der Standard“ am 24. April 2023 mit der Unterschrift der Journalistin und Zentral- und Osteuropaexpertin Adelheid Wölfl. Die Journalistin berichtet darüber, was in dutzenden Beiträgen und Gesprächen zwischen Bukarest, Wien und Brüssel / Straßburg thematisiert wird und weist auch auf die Erkenntnisse der oben erwähnten Studie hin: „pro Jahr 46.000 Tonnen Kohlendioxid in die Luft gestoßen werden, weil Österreich den Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien verhindert hat“ (KPMG 2023, S. 10).

Die umweltrelevanten Argumente – laut welchen der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum zu kürzeren Fahrtzeiten im Güter- und Personenverkehr führen würde und laut welchen der Kraftstoffverbrauch und damit auch der Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen reduziert werden könnte – stellen einen wichtigen Bestandteil der rumänischen Positionierung im Schengen-Dossier dar. Sprachrohr dieser politischen Argumentationslinie ist der ehemalige Energieminister Răzvan Nicolaescu, Vorsitzender des Verbands für saubere Energie und Kampf gegen Klimawandel (AECCSC)<sup>95</sup>. Der von ihm gegründete Verband für saubere Energie und Kampf gegen Klimawandel brachte im Europäischen Parlament eine

---

<sup>95</sup> <https://www.facebook.com/AECCSC>.

Petition<sup>96</sup> wegen Umweltverschmutzung in Zusammenhang mit der Verschiebung des Beitritts Rumäniens zum Schengen-Raum ein, die auch Argumente zum Schutz der Gesundheit der europäischen Bürger lieferte (Europäisches Parlament, 2023, 5. Juli). Nicolaescu vertritt seine Initiative auch im bilateralen Austausch mit den Vertretern der österreichischen Bundesregierung<sup>97</sup> und dem Nationalrat mit dem Zweck, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Klimaschutz- und öffentliche Gesundheitsargumente in den Vordergrund zu stellen. (Anm. d. Verf.: die politischen und diplomatischen Bemühungen wurden oben bereits ausführlich erörtert). Es sei an dieser Stelle mit Hinblick auf die Umweltfolgen zu erwähnen, dass der Verband für saubere Energie und Kampf gegen den Klimawandel im Europäischen Parlament die oben erwähnte Petition wegen der Umweltverschmutzung im Zusammenhang mit der Verschiebung des rumänischen Schengen-Beitritts einbrachte und damit argumentierte, auch für die Gesundheit der europäischen Bürger zu sprechen.

#### 3.3.2.2.5. Indirekte Folgen und Verluste des rumänischen „Nicht-Schengen-Beitrittes“

Die Verschiebung des Schengen-Beitrittes Rumäniens durch das österreichische Veto beeinträchtigt nicht nur den Güterverkehr, sondern auch die Investitionslandschaft und die ausländischen Investitionen in Rumänien im Allgemeinen stellt die UNTRR-Studie fest. (untrr.ro, 2024, 29. September) Laut der Studie zählen der Rückgang der Auslandsinvestitionen und geringere Exporte zu den wichtigsten indirekten Verlusten. Der Grund dafür sind die hohen Logistikkosten und die Verzögerungen, beziehungsweise ungenauere Planbarkeit bei den Materiallieferungen. Diese Unsicherheiten schrecken die Investoren ab und verringern die Wettbewerbsfähigkeit.

Zu den unmittelbaren Kosten für den Güterverkehr, die durch „Non-Schengen“ entstanden sind, zählen auch die durch zusätzliche Bürokratie entstandenen Zusatzkosten. Diese beinhalten unter anderen die Kosten der Bürokratie bei der Überprüfung der Warenunterlagen

---

<sup>96</sup> "European Parliament. Committee on Petitions (2023, 5. Juli) NOTICE TO MEMBERS Subject: Petition No 0004/2023 by Razvan Eugen Nicolescu (Romanian), on behalf of *Asociatia pentru Energie Curata si Combaterea Schimbarilor Climatice*, on Romania's accession to the Schengen area.

<sup>97</sup> Wölfl, A. (2023, 24. April) berichtet in einem „Der Standard“-Artikel mit dem Titel „Schengen-Veto führt zu unnötigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß an den Grenzen“ über ein Treffen des Initiators der Petition mit dem österreichischen Bundeskanzler und mit der Bundesministerin für Europa und für Verfassungsschutz.

und die zusätzlichen Kosten von 2-5% für den Wert der transportierten Waren (vgl. Cecchini-Bericht „The Cost of Non-Europe“<sup>98</sup>).

Die Studie der UNRTT (untrr.ro, 2024, 29. September) erwähnt auch die weniger beachteten sozialen Auswirkungen für die LKW-Fahrer, die oft stundenlang in kilometerlangen Schlangen warten müssen, ohne dass ihre existentiellen Bedürfnisse, wie Wasser oder Lebensmittel, befriedigt werden können. Es handelt sich hierbei um Auswirkungen, die als Nebenerscheinung indirekt als Konsequenz auf die Folgen des Vetos entstehen.

Zu den konkreten Auswirkungen des „Nicht-Schengen-Beitritts“ auf die Humanressourcen im Transportbereich, die auch nicht direkt vom österreichischen Veto abgeleitet werden können aber indirekte Auswirkungen der Folgen des Vetos darstellen, zählen außerdem folgende: bis zu 25%-30% Arbeitszeitausfall für die Kraftfahrer, ein geschätztes Defizit von 71.000 unbesetzten Berufskraftfahrerstellen im Jahr 2022. Dies kann mit der Situation der 24-Stunden-Betreuerinnen verglichen werden, die in Folge des Vetos durch die Grenzkontrollen und die dadurch generierten Warteschlangen auf mehrere Stunden aufgehalten werden können und dadurch wertvolle Stunden verlieren, die sie mit deren Familien hätten verbringen können. Es sind indirekte Auswirkungen die für die Betroffenen schwerwiegend sein können, nichtsdestotrotz nicht direkt vom Veto verursacht werden (untrr.ro, 2024, 29. September).

#### 3.3.2.2.6. Auswirkungen auf die EU, auf den Schengen-Erweiterungsprozess und auf die Europäisierung

Der österreichischen Bundesregierung gelang es mit einer, in der EU selten vorkommenden, aber nicht unbekanntem, forcierten Schwerpunktsetzung durch ein Veto Aufmerksamkeit zu erregen, Probleme aufzuzeigen und den Druck erst dann aufzulösen, als konkrete und überzeugende Schritte in Richtung dieser Problemlösung getan wurden.

Des Weiteren gelang es der österreichischen Bundesregierung ihre Forderungen betreffend Asyl- und Migration und die kritische interne Lage im Zuge des hohen Migrationsdrucks medien- und öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Nach dem Veto gegen Rumänien und Bulgarien folgte die Regierung einer Strategie, die die Schengen-Erweiterung an Schritte in

---

<sup>98</sup> Der Cecchini-Bericht „The Cost of Non-Europe“ wurde unter der Leitung des italienischen Wirtschaftswissenschaftlers Paolo Cecchini im Auftrag der Europäischen Kommission verfasst und am 29.3.1988 veröffentlicht.

der EU-Asylpolitik knüpfte (Die Presse, 2022, 26. Dezember). So kam es dazu, dass Wien mit Beharrlichkeit und Konsequenz dem Vorhaben folgte, das Asyl- und Migrationssystem in der EU zu reformieren, und die Schritte, die in Folge des österreichischen Vorstoßes gesetzt wurden, stehen als Beweis dafür, dass die Rechnung für Österreich aus Sicht der Migrationshandhabung aufgegangen ist. Kurioserweise hat Österreich durch eine Politik des Gegeneinanders (Anm. d.Verf.: Veto gegen Rumänien und Bulgarien) das Ziel erreicht, was das Land laut Bundeskanzler Nehammer verfolgt habe: „dass es kein Gegeneinander mehr gibt, sondern ein Miteinander im Kampf gegen die illegale Migration“ (Bundeskanzleramt, 17. September 2024). Die gleichzeitige Bestellung des ÖVP-Finanzministers Magnus Brunner als zuständiger Kommissar für Migration und Grenzschutz scheint andererseits sowohl den österreichischen, als auch den rumänischen Interessen gedient zu haben. Brunner hat eine rasche Schengen-Lösung gebraucht, um den Auftakt seines Mandats und die Anhörungen im Europäischen Parlament von diesem strittigen Themenkomplex zu befreien, Rumänien hat ihm die Unterstützung zugesprochen und nutzte die Chance („window of opportunity“) um in den Verhandlungen mit Österreich einem Kompromiss näher zu kommen (Der Standard, 2024, 24. Oktober).

Eine wichtige Voraussetzung dafür war die Annahme des Asyl- und Migrationspakets auf der Ebene der EU. Im Februar 2023 kam es auf Initiative der Republik Österreich zu einem EU-Sondergipfel zur Migration und am 14. Mai 2024 wurde das Asyl- und Migrationspaket der EU verabschiedet. Dieses Ergebnis bezeichnete der österreichische Bundeskanzler Nehammer als „Paradigmenwechsel“, „eine neue Zeitrechnung in der Migrationspolitik“ (Die Presse, 2024, 17. Oktober). Österreich sah darin ihre Positionen bestätigt. Wien schien – durch Druckausübung –, die EU-Maschinerie in dem komplexen Sachbehalt der Migration, in Gang gebracht zu haben.

Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, ob dieses Resultat auch ohne die Ausübung eines Vetos erzielt hätte werden können, insbesondere wenn man bedenkt, dass Rumänien von Anfang an für verschiedene Lösungen bereit war, um die Blockade zu vermeiden. Um das Veto zu vermeiden suchte Bukarest bis zur Abstimmung im Rat, zusammen mit der EU-Ratspräsidentschaft und mit deutscher Unterstützung, nach verschiedenen Szenarien, die für Wien aber nicht akzeptabel waren: stufenweise Erweiterung, Beitritt mit einer Beilage um die österreichischen Punkte zu integrieren.

Der ehemalige Innenminister Lucian Bode erklärte am Tag nach dem Veto, dass Rumänien bereit war eine Lösung zu verhandeln, aber Österreich alle Vorschläge ablehnte, die gemacht wurden, ob Aktionsplan für die polizeiliche Kooperation, gemeinsame Schwerpunktaktionen an der Grenze, oder Übernahme von Migranten (evz.ro, 2022, 9. Dezember).

Auf europäischer Ebene hat das Veto die Diskussionen über die Reform der EU-Migrations- und Asylpolitik erneut angeheizt. Österreichs Entscheidung stellte das Vertrauen in die Schengen-Zusammenarbeit in Frage und zeigte die Herausforderungen auf, die mit der Aufnahme neuer Länder verbunden sind. Es machte deutlich, dass nationale Sicherheitsbedenken über die Notwendigkeit einer verstärkten europäischen Integration und Solidarität gestellt werden.

Im Kontext des österreichischen Vetos gegen Rumänien und Bulgariens Beitritt zum Schengen-Raum erscheint es wichtig über die Auswirkungen auf die Europäisierung nachzudenken, angesichts der Tatsache, dass im Lichte des österreichischen Vetos Schlüsselaspekte der europäischen Zusammenarbeit thematisiert wurden.

Betrachtet man das Phänomen des Schengen-Vetos mit der „Radaelli-Brille“ des theoretischen Ansatzes der Europäisierung, die im theoretischen Kapitel ausführlich beschrieben wurde, kann festgestellt werden, dass das österreichische Veto als eine *reverse misfit*-Erscheinung zu charakterisieren sei. Anders als die Prozesse, die in der Folge des *misfit* / Anpassungsdrucks positive Integrationseffekte erzeugen, verhindert das österreichische Veto die Fortentwicklung des natürlichen und selbstverständlichen Prozesses der Festigung der Europäisierung / Integration. Durch den Druck des Vetos entstand nämlich keine integrative (positive) Dynamik, die auf der Ebene des Nationalstaates positive Veränderungen generiert und dadurch zur Vertiefung der Integration Rumäniens im Bereich des Schengen-Acquis´ geführt hätte.

Die Effekte dieses Vetos können eher mit De-Europäisierung in Zusammenhang gebracht werden, weil es sich um kontraproduktive Ereignisse handelt, die den Grundsatz der Regeln und Prinzipien der EU relativieren und natürliche Vertiefungsprozesse der EU verzögern. Obwohl die zahlreichen EU-Berichte die Bereitschaft Rumäniens (und Bulgariens) für den Beitritt bestätigten, bevorzugte die Republik Österreich anhand ihrer eigenen Statistiken und Argumente jene Kriterien der EU selektiv anzuwenden, die für alle gleich gelten sollten. Die nationalen Interessen Österreichs wiegen mehr als die Regeln der EU, anhand welchen

Rumänien seinen Beitrittsprozess absolviert hat. Das Veto ist daher nicht nur ein Versuch, EU-Normen und -Vorschriften flexibel zu interpretieren, sondern auch eine diskriminierende Geste, weil zwischen Staaten unterschieden wird – in diesem Fall Kroatien und die anderen zwei südosteuropäischen Staaten. Die Folgen dieses Unterschieds wurden in den vorherigen Unterkapiteln ausführlich erörtert.

Wie in der Einleitung des Kapitels ausführlich erörtert, hat Rumänien die Voraussetzung erfüllt und dementsprechend wäre der nächste Schritt gewesen, dass der Rat der EU seine Bereitschaft für die Mitgliedschaft des Schengen-Raums mit einem positiven Beschluss besiegelt, so die Erwartung der rumänischen Seite.

Die Auswirkungen des Vetos und Rumäniens Reaktionen auf diese Entscheidung mit dem theoretischen Ansatz der Europäisierung zu analysieren, ist deshalb spannend, weil es hier um die Komplexität und Vielschichtigkeit des europäischen Integrationsprozesses geht. Rumänien erfüllt die Kriterien und trotzdem werden dem Land die Rechte nicht gewährt, die es durch die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages gewonnen hat. Dieser Fall kann in der Zukunft zu ähnlichen Präzedenzen führen und dadurch die politische Kohärenz der EU schwächen. Es werden nämlich grundlegende Prinzipien, die in der EU gelten sollten, in Frage gestellt und durch diese Infragestellung hat der Mitgliedstaat Rumänien mit negativen Folgen für den europäischen Vertiefungsprozess zu kämpfen.

Renommierte Experten und Journalisten sowie Meinungsbildner der österreichischen Öffentlichkeit unterstreichen in ihren Analysen die Annahme, dass die Ablehnung Rumäniens in der Europäischen Union einen gefährlichen Präzedenzfall in Zeiten statuieren kann, wo Kohäsion und Zusammenhalt gebraucht werden und darüber hinaus zu desintegrativen Prozessen führen kann. Diese Aussage wird in zahlreichen Beiträgen und Policy-Briefs (die auch in Österreich veröffentlicht wurden) ausformuliert:

Stefan Lehne, Europaexperte bei Carnegie Europe und ehemaliger politischer Direktor des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich, erklärte am 7. Dezember 2024 in einem „Kurier“-Interview mit S. Emminger (Titel: „Rumänien: Die Wahl wird wiederholt, aber Georgescu bleibt ein Schreckgespenst“), dass der Erfolg des rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Călin Georgescu in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen teilweise auf Österreich zurückzuführen sei. Der Triumph

von Călin Georgescu im ersten Wahlgang lässt sich laut Lehne auch damit erklären, dass die Rumänen sich zunehmend „als EU-Bürger zweiter Klasse behandelt“ fühlen: „Österreich hat durch die Schengen-Blockade, die viel Wut hervorgerufen hat, in gewissem Maße auch dazu beigetragen“, wird Experte Stefan Lehne im „Kurier“-Artikel zitiert (Emminger, 2024, 7. Dezember).

Univ.-Prof. Dr. Oliver Jens Schmitt<sup>99</sup> warnt davor, dass Rumänien als wichtiger Partner der NATO in Südosteuropa in den Einflussbereich Russlands abzurutschen droht und glaubt, dass Österreich durch sein Veto zu solchen Risiken beigetragen hat. In seiner Deutung ist die österreichische Botschaft die des Nicht-Dazugehörens, des nicht vollständig Europäer-Seins, ausgelöst durch Politiker wie Gerhard Karner, die die Dimension des Problems nicht verstehen: "Die innenpolitisch motivierte Entscheidung Österreichs wirkt sich in Rumänien aus, und Putins Propaganda hat das geschickt aufgegriffen" (Schmitt, 2024, 3. Dezember).

Der Publizist A. Friedländer<sup>100</sup> schrieb am 17. Dezember 2024 in einem Artikel für „Die Presse“ unter dem Titel „Schengen: Dieser Schuss ging nach hinten los“, dass der Schaden nach der Aufhebung der Schengen-Blockade groß sei, nicht nur in Rumänien und Bulgarien. „Fazit des Boykotts: Kosten für die Wirtschaft, vor allem in Rumänien, Bulgarien und Österreich; eine Beschädigung des internationalen Ansehens Österreichs; und das Anheizen der antieuropäischen Stimmung in Rumänien und Bulgarien. Die Regierung Nehammer hat damit Wladimir Putin direkt in die Hände gespielt. Wie Goethes Zauberlehrling wird sie die Geister, die sie rief, jetzt nicht mehr los“ (Friedländer, 2024, 17. Dezember).

Das Veto Österreichs gegen den Schengen-Beitritt hatte in Rumänien tiefgreifende Auswirkungen auf den Europäisierungsprozess. Es untergrub das Vertrauen in Österreich<sup>101</sup> und in die EU<sup>102</sup> (Agerpres, 2023, 25. September), stellte die Bereitschaft und den Willen für weitere Reformen in Frage und förderte EU-skeptische Tendenzen (Ștefănel et al., 2023).

Dennoch zeigen sich die rumänischen Staatsbürger in der euroatlantischen Richtungswahl gut verankert: laut einem Inscop Research-Meinungsumfrage veröffentlicht am 21. Januar 2025

---

<sup>99</sup> Institut für Osteuropäische Geschichte Wien.

<sup>100</sup> Ehemaliger Leiter der Osteuropaforschung bei Nomura International.

<sup>101</sup> 41% der Befragten der CURS-Meinungsumfrage halten Österreich für den "Nicht-Beitritt" Rumäniens zum Schengen-Raum schuldig.

<sup>102</sup> 59% der Befragten der CURS-Meinungsumfrage sind der Meinung, dass die Nationalstaaten mehr Entscheidungsrecht haben sollten.

halten 87,5% der Befragten, dass für Rumänien der „Westen“ (UE, USA, NATO) die richtige Richtungswahl sei, 88,1% der Befragten wären gegen einen EU-Austritt des Landes und 77,3% der Befragten sehen für das Heimatland innerhalb der EU bessere Wachstumschancen (economedia.ro, 2025, 21. Januar).

Der Schengen-Vorfall machte jedoch deutlich, dass der Mechanismus des Vetos nicht immer gerecht eingesetzt wird. Anstatt schlechte Entscheidungen zu verhindern hat in diesem Fall das Veto eine Blockadesituation erzeugt, die für die Weiterentwicklung des Binnenmarktes und des Schengen-Raums nicht vom Nutzen war. Es hob Probleme des institutionellen Prozesses hervor, wie etwa die Frage, wie man dafür sorgen kann, dass die Vollendung des Prozesses der Europäisierung für alle gleich und zugänglich bleibt und, dass Vetos unter der Beachtung bestimmter Kriterien eingelegt werden.

Eine positive Konsequenz des Vetos stellen die Ergebnisse der Initiative des rumänischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Victor Negrescu dar. Die von ihm initiierte Resolution beabsichtigt die Aspekte bezüglich einer Blockadehaltung zu korrigieren, die durch das österreichische Veto ans Licht gebracht wurden: laut seinem Vorstoß sollten Vetos überstimmt werden, falls diese nicht auf den Verträgen der EU ruhen, ein Veto sollte von der Vorlage rechtlicher Argumente abhängig gemacht werden<sup>103</sup> (Europäisches Parlament, 2023, 1. Dezember).

Diese Resolution weist auch darauf hin, dass das Veto zu einer verstärkten Debatte innerhalb der EU über die Kriterien für den Schengen-Beitritt führte, aber auch über die Rolle, die nationale Regierungen bei der Entscheidungsfindung spielen sollten. Einige EU-Staaten könnten Österreichs Entscheidung als Präzedenzfall nutzen, um ähnliche Vorbehalte gegen andere Beitrittskandidaten zu äußern, was die Erweiterung des Schengen-Raums weiter verzögern könnte (Europäisches Parlament, 2023, 1. Dezember).

---

<sup>103</sup> REPORT A9-0384/2023 on the implementation of Treaty provisions concerning special legislative procedures (2023/2083(INI)).

Das österreichische Veto hat den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum erheblich verzögert und die Diskussion um die Erweiterung dieses wichtigen Integrationsprojekts der Europäischen Union (EU) maßgeblich erschwert. Diese Blockade wirft nicht nur Fragen zur aktuellen Handlungsfähigkeit der EU auf, sondern offenbart auch tiefere Herausforderungen in Bezug auf das Vertrauen und die Entscheidungsstrukturen innerhalb der Union.

Die Blockadehaltung der österreichischen Regierung könnte weitreichende Konsequenzen für die künftige Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten haben. Insbesondere könnte das Vertrauen in die Fähigkeit der EU, bedeutende Integrationsentscheidungen zu treffen, untergraben werden. Es besteht die Gefahr, dass Mitgliedstaaten aus Angst vor Vetos, die durch nationale Interessen motiviert sind, zögern, ihre Zustimmung zu anderen zentralen politischen Projekten zu erteilen. Dies könnte den Fortschritt der EU in strategischen Bereichen wie Migration, Klimapolitik oder Sicherheitspolitik erheblich beeinträchtigen und die Einheit der Union gefährden.

#### 3.3.2.2.7. Reformforderungen und Debatte um das Einstimmigkeitsprinzip

Das österreichische Veto kann durch seine Folgen leicht mit der Notwendigkeit institutioneller Reformen innerhalb der EU analysiert werden. Im Zentrum dieser Diskussion stünde die Idee, das Einstimmigkeitsprinzip bei sensiblen Entscheidungen wie der Schengen-Erweiterung abzuschaffen. So forderte im österreichischen Parlament die Klubchefin der NEOS Beate Meinel-Reisinger, dass ein Umdenken betreffend die Einstimmigkeit stattfände. Zwar diene das Einstimmigkeitsprinzip vordergründig Österreichs Interessen als kleines Land, dieses Prinzip würde die EU insgesamt strategisch hemmen, so Meinel-Reisinger in „Aktueller Europastunde“ des Nationalrates (Parlament, 2023 24. Mai).

Kritiker des aktuellen Entscheidungsprozesses argumentieren, dass das Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten den Fortschritt der Union blockiert und nationale Interessen über gemeinsame europäische Ziele stellen kann. Hagemann & Maurer (2022) weisen darauf hin, dass Vetos häufig eingesetzt werden um die spezifischen Interessen des Initiators zu verfolgen oder gewisse Vorteile (finanzielle Leistungen) zu fordern und nicht das gesamteuropäische Interesse vor Augen führen. Als Konsequenz werden die Funktionsfähigkeit und Kompromissfindung in der EU nicht einfacher, sondern schwerer und komplizierter.

Reformvorschläge beinhalten andererseits die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen, um den Entscheidungsprozess effizienter und weniger anfällig für Blockaden zu gestalten. Interessant erscheinen in diesem Zusammenhang die Erkenntnisse einer jüngst veröffentlichten SWP-Studie über die Konsensfähigkeit der Mehrheitsentscheidungen in der EU (vor und nach dem Brexit) (von Ondarza & Stürzer, 2024, 19. April, S. 3-5): zum einen betonen die Autoren, dass knapp 83% der Abstimmungen in der EU mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, zum anderen machen sie aufmerksam darauf, dass die Konsensrate im Bereich Justiz und Inneres, wo auch die Schengen-Problematik hingehört, eine abnehmende Tendenz zeigt: in dem Forschungszeitraum 2010 - 2023 ist die Konsensrate von 80% auf 70% gesunken.

Das Festhalten am Einstimmigkeitsprinzip beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der EU, so eine der Forschungserkenntnisse dieser Studie, die durchaus mit den empirischen Erkenntnissen in der Folge des Schengen-Vetos übereinstimmen. Die Idee eines sogenannten „Souveränitätsnetzes“ wie von Autoren von Ondarza und Stürzer empfohlen (von Ondarza & Stürzer, 2024, 19. April, S. 8) wäre auch für die Entscheidungen die Einstimmigkeit voraussetzen, wie die Erweiterung des Schengen-Raums, genauso wie für Mehrheitsentscheidungen ein willkommener Ansatz, um die Spannung zwischen grundlegenden nationalen Interessen und der Notwendigkeit der Steigerung der Effizienz und der Handlungsfähigkeit der EU gewährleisten zu können.

Diese Diskussion spiegelt eine wachsende Erkenntnis wider, dass die EU angesichts globaler Herausforderungen wie geopolitischer Spannungen, Migration und wirtschaftlicher Unsicherheiten handlungsfähiger werden muss, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Im gegebenen geopolitischen Kontext erscheint das Thema der Handlungsfähigkeit der EU einschließlich der Überlegungen zum Veto von höchster Aktualität.

Die Schengen-Blockade erfolgte vor dem Hintergrund des Aggressionskrieges Russlands in der direkt benachbarten Ukraine und immer wieder wurde darüber spekuliert, ob die echten Hintergründe des österreichischen Vetos nicht mit den russischen Interessen in der Region im Zusammenhang stünden. Im Kontext der Schengen-Debatten stand die Selbstwahrnehmung Rumäniens als regionaler Stabilitätsanker im Gegensatz zu den Andeutungen, dass das Land

seine Grenzen nicht ausreichend sichern könne. Dies trägt dazu bei, die innere politische Kohäsion in der EU zu schwächen, die in Krisenzeiten kontraproduktiv wirken kann.

Zweifellos hat das Veto eine geopolitische Dimension, die von Russland zum eigenen Vorteil genutzt werden konnte. Es handelte sich weniger darum, dass Russland die österreichische Blockadehaltung beeinflusst hätte, sondern um die für Russlands Interessen förderliche Auswirkungen des Vetos: Spannungen in der Europäischen Union, konfliktgeladene Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten. Indem Österreich die Spaltungen innerhalb der EU vertieft und das Vertrauen in westliche Institutionen untergräbt, unterstützt es Russlands Strategie, die EU zu schwächen. (vgl. Die Presse: „Die Regierung Nehammer hat damit Wladimir Putin direkt in die Hände gespielt“, 2024, 17. Dezember).

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurden auf die Probe gestellt, und vor dem Hintergrund des geschwächten Vertrauens wären die Seiten gut beraten, in der anstehenden Zukunft gemeinsame positive Projekte zu initiieren, die das Kooperationsklima verbessern können. Überraschend positiv hat die Lösung des Vetos auf die komplizierten nachbarschaftlichen Beziehungen Rumäniens zu Ungarn gewirkt. Die während der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft erfolgte Aufhebung des Vetos trug sogar dazu bei, dass der häufig kritisierte Premierminister Viktor Orbán für seinen Beitrag gelobt und Ungarns Einsatz für die Erweiterung des Schengen-Raums bejubelt wurde. Die Lösung des Schengen-Problems während der ungarischen Ratspräsidentschaft wurde als Auslöser für einen Paradigmenwechsel in den bilateralen Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn betrachtet, so der Außenminister Ungarns, Péter Szijjártó, anlässlich seines Arbeitsbesuches am 20. Januar 2025 in Bukarest (Agerpres, 2025, 20. Jänner).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es hierbei um eine spannende Fallstudie geht: im Kontext dieses Vetos kann sowohl über De-Europäisierung als auch über Vertiefung der Europäisierung, über Steigerung der EU-Handlungsfähigkeit und über Souveränitätsgarantien gesprochen werden. Dieses Veto strapaziert die Vertrauensbasis der EU, schafft aber in Folge seiner forcierten Auswirkungen Fortschritte in Richtung einer notwendigen Debatte und einer Auseinandersetzung mit dem Thema der Handlungsfähigkeit in der EU.

### 3.4. Aktionen

#### 3.4.1. Policy Taker – Policy Shaper

Rumäniens Umgang mit dem österreichischen Veto gegen seinen Schengen-Beitritt lässt zwei vorläufige Bemerkungen zu: zum einen lässt sich feststellen, dass der Prozess der Europäisierung nicht linear und nicht irreversibel verläuft, zum anderen dass ein Veto durch seine Effekte Prozesse der De-Europäisierung auslösen kann, die die allgemeine Richtung des Europäisierungsprozesses (in diesem Fall) nicht radikal ändern, aber negativ beeinflussen können.

Aus der Perspektive des Agierens des Landes als Policy-Taker oder Policy-Shaper lässt die wissenschaftliche Studie anhand der im oberen Unterkapitel erörterten Reaktionen der Akteure erkennen, dass für die Lösung des Vetos beide Herangehensweisen, die des Policy-Takers und die des Policy-Shapers eingesetzt wurden.

Die richtige Forschungsfrage ist daher nicht diejenige, welche Rolle(n) Rumänien im Nachgang des Vetos eingenommen hat und ob das Land vom Policy-Taker zum Policy-Shaper avancierte, sondern wie Rumänien das Zusammenspiel der Herangehensweisen des Policy-Takers und des Policy-Shapers nutzte, um die Blockadehaltung der Republik Österreich zu lösen? Dementsprechend betrachtet diese wissenschaftliche Analyse die Fragestellung „entweder-oder“ als falsch und hält es für zielführender, im Folgenden einem kombinierten Ansatz nachzugehen und sich der Herausforderung zu stellen, in der stets wechselnden Artikulation des Landes als Policy-Taker und Policy-Shaper nach einer bewussten Strategie zu suchen. Dadurch können auch Schlüsse über die Profilierung des Landes als EU-Mitgliedstaat vor dem Hintergrund eines krisenbedingten, sensiblen Kontextes Schlüsse gezogen werden.

Diese Untersuchung betrachtet die Lösung der Schengen-Blockade - mit all ihren tiefwirkenden Folgen und Auswirkungen - als einen weiteren wichtigen Test für Rumäniens EU-Reife nach der 2019 absolvierten ersten EU-Ratspräsidentschaft. Es ist anzunehmen, dass Rumänien das Handwerk der EU insbesondere aus der Zeit der ersten EU-Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2019) schon beherrschte und nutzen konnte, um sich dieser komplexen Herausforderung zu stellen. Aus der Sicht der Europäisierungsforschung veranschaulicht das österreichische Veto und die dadurch ausgelöste Debatte, wie die Mitgliedstaaten in dem

Mehrebenensystem der EU verschiedene Ansätze und Herangehensweisen nutzten, um ihre Interessen zu schützen beziehungsweise geltend zu machen.

Rumänien hat sowohl die Rolle des Policy-Takers eingenommen, also sich weiterhin an bestehenden Vorgaben orientiert, als auch die des Policy-Shapers, eines Akteurs, der aktiv auf das Politikgeschehen Einfluss nimmt und nach Möglichkeiten sucht, um eigene Akzente zu setzen und die Richtung der Verhandlungen zu seinem Gunsten beeinflussen zu können. Die rumänische Strategie ist daher das Resultat des Zusammen- und Wechselspiels der Funktionen und Instrumente des Policy-Takers und des Policy-Shapers.

Elf Jahre lang bis zum Veto am 8. Dezember 2022 hat Rumänien als Policy-Taker agiert, als ein Akteur, der die „europäisierenden“ Inhalte im spezifischen Bereich des Schengen-Acquis` von der EU übernahm und diese in seiner Gesetzgebung umsetzte. Oder anders gesagt: internalisierte. Nach dem Veto (und nach der Ankündigung des Vetos) befand sich das Land in einer Ausnahmesituation und musste beweisen, dass es durch die passenden Vorstöße die Verhandlungen in die gewünschte Richtung steuern kann und durch sein Agieren auf die österreichische Position Einfluss ausüben kann. Es galt, geeignete Strategien zu finden, die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten und der Institutionen kontinuierlich aufrechtzuerhalten, um die Blockadehaltung der österreichischen Regierung baldmöglichst aufheben zu können. Die Lösung dieser komplexen Herausforderung setzte die Rolle eines Policy-Shapers voraus.

Rumänien reagierte zwar emotional auf das Veto, den Entscheidungsträgern war es von Anfang an aber klar, dass eine Lösung für die Schengen-Blockade nur in Verhandlungen mit der Republik Österreich erzielt werden kann. Es folgte dementsprechend eine für die spätere europäische Laufbahn Rumäniens nützliche und wertvolle Phase der Verhandlungen und der Erfahrungssammlung.

Die erste politisch-diplomatische Reaktion kündigte eine Eiszeit in den bilateralen Beziehungen mit der Republik Österreich an - diese war immer noch eine Geste des Reagierens und nicht des Agierens im Sinne der Lösungssuche: am 9. Dezember 2022 wurde der Botschafter von Rumänien aus Wien für Konsultationen nach Bukarest bestellt und das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ließ per Verbalnote und Pressemitteilung auch wissen, dass die Beziehungen zur Republik Österreich herabgestuft werden (ORF - [orf.at/stories/3297067](https://orf.at/stories/3297067)). Mit dieser Entscheidung, die zwischen EU-Mitgliedstaaten eher als

ungewohnt und drastisch betrachtet wird, wollte Bukarest eine „politische Geste“ setzen und „die Haltung der Republik Österreich dezidiert missbilligen“, so „Die Presse“ (2022, 9. Dezember). Mit der Rückkehr des Botschafters nach Wien zeigte sich Bukarest für einen „möglichst dynamischen Dialog auf allen zur Verfügung stehenden Kanälen“ offen. Der Impuls der Präsidenten kündigte die Bereitschaft an, „gemeinsam konstruktive Lösungen“ zu finden. Die politisch-diplomatische Eiszeit wurde zumindest formell mit der Rückkehr des Botschafters nach Wien beendet (Die Presse, 2022, 9. Dezember).

Auf die Ankündigung des Vetos reagierte Rumänien erstmals aus der Position eines Policy-Takers: der damalige liberale Regierungschef Nicolae Ciucă betonte, dass Rumänien seine Politik anpassen muss, um Themen anzugehen, die durch das Veto angesprochen wurden (Kurier, 8. Dezember 2022). Die Entscheidung wurde auch von Präsident Klaus Werner Iohannis und der gesamten rumänischen Regierung eindeutig abgelehnt, gleichzeitig aber auch die Aussage getätigt: sie werden sich weiterhin darum bemühen, den Beitritt zu erlangen. Es handelte hierbei um die gewohnte Positionierung eines Landes, welches sich immer wieder anpassen musste, um den Anforderungen und den Kriterien zu entsprechen.

Aufgerüstet mit der Gewissheit, dass die technischen Fortschritte und die politisch-administrative Bereitschaft zur vollständigen Anwendung des Schengen-Besitzstandes von den EU-Institutionen und von allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Republik Österreich bestätigt wurden, suchte Rumänien diesmal nach Erklärungen für diesen überraschenden Sinneswandel der österreichischen Bundesregierung – der Regierung eines traditionell engen Partners – und gleichzeitig nach Möglichkeiten, um dieses als unrecht empfundenes Ereignis rückgängig zu machen.

Der Staatspräsident setzte in seinen ersten Stellungnahmen nach dem Veto auch den Rahmen für Rumäniens späteres Agieren fest: das Land gehe den Weg der Diplomatie und der Verhandlungen (siehe: Reaktionen auf das Veto), um das Problem zu lösen. Es war wichtig, die Gesprächskanäle für die Zukunft offen zu halten und in den Augen der europäischen Partner, die Rumänien bis auf die Republik Österreich unterstützten, den konstruktiven und pragmatischen Charakter aufrechtzuerhalten. Somit zeige das Land, dass es auch unter kritischen Bedingungen das Profil eines konstruktiven, pro-europäischen Partners behalte.

Unter diesen Umständen war es wichtig für die rumänischen Zuständigen klarzustellen, dass die Gründe des Vetos, die vom österreichischen Bundeskanzler und vom Innenminister behauptet wurden, nicht mit Rumänien oder Rumäniens Bereitschaft für den Schengen-Beitritt in Zusammenhang stehen (Wölfl, 2022, 12. Dezember). Angesichts der jahrelangen wichtigen Fortschritte als Policy-Taker hatte Rumänien den Eindruck, dass der Umgang nicht korrekt war. Demzufolge verhielt sich das Land nach dem Veto reaktiv und setzte alles darauf, seinen Fortschritt ins richtige Licht zu rücken.

Zwar hieß es in den Aussagen der österreichischen Entscheidungsträger, dass das Veto nicht gegen Rumänien gerichtet sei (Die Presse, 2023, 17. November), trotzdem hat Österreich Kritik gegen Rumänien getätigt – hauptsächlich gegen Rumäniens Umgang mit der illegalen und sekundären Migration und mit dem Außengrenzschutz (Wölfl & Mayer, 2023, 11. Dezember).

Ein zentraler Aspekt der Kritik war die Darstellung Rumäniens in Zusammenhang mit der Schilderung der steigenden Migration und die Behauptung, dass Rumänien nicht genug tue, um den Druck der illegalen Migration auf Österreich zu reduzieren. Die offiziellen rumänischen Stellungnahmen (Digi24., 2023, 9. Februar<sup>104</sup>; dw.com, 2023, 9. September<sup>105</sup>) warnten davor, die Problematik der Schengen-Erweiterung mit den jahrelang anstehenden Herausforderungen im Bereich der Migrationsbekämpfung zu vermischen, wodurch der Eindruck entstünde, dass Rumäniens Schengen-Beitritt für die restlichen Mitgliedstaaten ein Sicherheitsrisiko darstelle.

Im Zentrum der rumänischen Argumentation stand die Aussage, dass Rumänien nicht Teil des Problems sondern Teil der Lösung mit Hinblick auf die Herausforderungen der Migration sei (schengen.mai.gov.ro, 2024, 12. Dezember) Diese strategische Klarstellung hat gewirkt, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese mit dem Standpunkt der europäischen Institutionen und sogar des österreichischen Staatsoberhauptes ident war (digi24.ro, 2023, 9. Februar).

Rumänien lieferte statistische Daten (Hotnews, 2022, 23. November), die von den europäischen Institutionen wie etwa Frontex erfasst wurden, um seine Position zu untermauern:

---

<sup>104</sup> Staatspräsident Iohannis machte darauf aufmerksam, dass die Problematik der Migration nicht mit Schengen zu verwechseln wäre.

<sup>105</sup> Außenministerin Luminita Odobescu erklärte, dass Rumänien weder Quelle, noch Transitroute für die illegale Migration sei.

die offiziellen Daten der Europäischen Union (Rat der Europäischen Union, 2023, 30. Dezember<sup>106</sup>) und die Frontex-Statistiken<sup>107</sup> (Frontex, 2022, 10. Juni, S. 7-10) belegen, dass weniger als 3% der irregulären Migranten über Rumänien in die EU gelangen (laut Minister Lucian Bode 2,7%: Hotnews, 2022, 23. November).

Die Frontex-Statistiken (Frontex, 2022, 10. Juni) belegen weiterst, dass über das Schwarze Meer keine illegalen Grenzübertritte aufgezeichnet wurden, und dass Rumänien regelmäßig Daten von der rumänisch-serbischen Grenze betreffend die illegalen Grenzübertritte zur Verfügung stellt. Die Zahlen bezüglich der rumänisch-serbischen Grenze werden in die Westbalkan-Grenzübertritte eingerechnet (Frontex 2022, 10. Juni, S. 10). Das bedeutet aber nicht, dass Rumänien auf der Route läge und Förderer oder Quelle der irregulären Migration wäre, so die rumänische Position (dw.com, 2023, 9. September). Die Entscheidung Österreichs, Rumänien dennoch vom Schengen-Raum auszuschließen, wurde daher als unbegründet und widersprüchlich bewertet (Digi24.<sup>108</sup>, 2023, 25. September; NZZ, 2022, 9. Dezember).

Die Bukarester Entscheidungsträger (Economica.net, 2022, 12. Dezember) lehnten außerdem die österreichische Argumentation ab, dass das Veto nicht gegen Rumänien, sondern als Hilferuf an die EU gedacht war, um Fortschritte in der Migrationsfrage zu erzielen (br.de<sup>109</sup>, 2022, 13. Dezember).

In dieser ersten Phase direkt nach dem Veto war es für Rumänien wichtig, seine Fortschritte und Ergebnisse zu verteidigen, die die Qualifikationen des Landes für das Schengen-System bestätigen und die Bemühungen langer Jahren Anpassung und Reform widerspiegeln. In kürzester Zeit führten die österreichischen Behauptungen, dass Rumänien lückenhafte Grenzen hätte, zu einer Zahl- und Statistik-Debatte. Österreich argumentierte, dass ein Großteil der aufgegriffenen Migranten, die über Rumänien nach Österreich gelangen, nicht registriert sind. Die österreichische Regierung verwies immer wieder auf die Auslastung des Asylsystems und auf das gefährliche Themenpaket bestehend aus Migration und Sicherheit (Puls24.at, 2022, 6. Dezember). Diese Themen hatten in der innerpolitischen Landschaft in Österreich großen

---

<sup>106</sup> BESCHLUSS DES RATES über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in der Republik Bulgarien und in Rumänien (Rat der Europäischen Union, 2023, 30. Dezember).

<sup>107</sup> Risk Analysis für 2022-2023.

<sup>108</sup> Premierminister Marcel Ciolacu bezeichnet das Veto als ungerecht, zeigt eine „missbräuchliche Haltung“. (Digi24., 2023, 25. September).

<sup>109</sup> Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg: "Das war kein Veto".

Widerhall. Der damalige Premierminister Nicolae Ciucă argumentierte, dass Rumänien vielmehr als Sicherheitsanbieter fungiere und effektiv zur Sicherung der EU-Außengrenzen beitrage (News.ro, 2024, 6. März).

Rumänien suchte nach Möglichkeiten, um die Vorwürfe der österreichischen Seite abzubauen, verteidigte die Effektivität seiner Grenzsicherung und argumentierte, dass die Realitäten auf der Westbalkan-Migrationsroute der österreichischen Analyse widersprechen. Das Land stritt nicht ab, dass der Anstieg der Zahl der irregulären Migranten real sei. Mit Blick auf Rumänien wurden die Frontex-Zahlen herangezogen, laut welchen 2022 nur 0,2% der Menschen, die über die Westbalkanroute in die EU gelangen wollten, in Rumänien aufgegriffen wurden. Weitere Frontex-Daten, die von der rumänischen Seite zwecks Richtigstellung verwendet wurden: über Serbien waren dreimal so viele Migranten wie im Vorjahr 2021 in die EU eingereist, über das Schengen-Land Ungarn ist die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um das Zweieinhalbfache gestiegen (41%).

Die Frontex-Statistiken bewiesen auch, so Rumänien, dass selbst Kroatien, jener EU-Mitgliedstaat welcher von Österreich in Schengen akzeptiert wurde, einen höheren Transit an illegalen Migranten als Rumänien aufweist. Im dritten Quartal 2022 reisten 3.867 Personen über Kroatien ein, nur 184 auf der Westbalkanroute über Rumänien, also etwa 15-mal mehr in Kroatien im Vergleich zu Rumänien (alle Zahlen: Frontex 2022, S. 43). Diese Argumentationslinie diente dem Zweck, die Richtigkeit der rumänischen Position zu betonen, das Erreichte im Prozess der Anpassung an die Schengen-Kriterien zu dokumentieren und die Legitimität des Anspruches, Schengen-Mitglied zu werden, wiederholt unter Beweis zu stellen. Gleichzeitig war es auch wichtig, die unfaire Behandlung durch die Republik Österreich zu thematisieren, das rumänische Narrativ diesbezüglich zu festigen und auf dieser Basis Rumäniens EU-Profil als korrektes, Vorgaben achtendes und kompromissuchendes Land darzustellen (Digi.24, 2024, 12. Dezember<sup>110</sup>).

Rumänien hat seit dem Zeitpunkt seines EU-Beitritts (2007) als Policy-Taker all die Vorgaben des Schengen-Acquis´ übernommen und internalisiert und meisterte die technischen Evaluierungs- und Überprüfungsprozesse, um endlich seine Schengen-Reife bestätigt zu

---

<sup>110</sup> Präsident Klaus Werner Iohannis erklärte der Presse, dass der Beitritt ein verdienter, seit langem anfälliger Schritt sei.

bekommen. Diese Bestätigung erfolgte in den letzten elf Jahren immer wieder, ob in den offiziellen Dokumenten der Europäischen Kommission<sup>111</sup> oder in den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten anlässlich bilateraler Treffen oder in schwerpunktspezifischen Kleinformaten wie etwa das Salzburg Forum der Innenminister<sup>112</sup>. Rumänien erklärte sogar freiwillig seine Bereitschaft, zusätzliche Expertenbesuche einiger Mitgliedstaaten für die Überprüfung seiner Schengen-Bereitschaft zu empfangen, um seine Schengen-Reife unter Beweis zu stellen (eur-lex.europa.eu, 2022, 16. November).

Das Salzburg Forum ist in diesem Zusammenhang äußerst relevant: die teilnehmenden Innenminister haben in diesem Rahmen jahrelang dafür plädiert, dass Rumänien und Bulgarien dem Schengen-Raum beitreten dürfen. Dank der traditionell unterstützenden Positionen in Bezug auf die Schengen-Erweiterung fungierte das Forum als ein informeller Unterstützerkreis für die Länder, die noch nicht Teil des Schengen-Raumes waren. Anlässlich des Ministertreffens des Salzburg Forums unter rumänischem Vorsitz am 16. November 2022 wurde in Bukarest eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet, die die Unterstützung für den Schengen-Beitritt Rumäniens, Bulgariens und Kroatiens betonte (salzburgforum.org)<sup>113</sup>. Nach der Annahme dieses Dokumentes (einschließlich österreichischer Unterschrift) kam am 18. November 2022 die Ankündigung des Vetos durch den österreichischen Innenminister.

Es ist festzustellen, dass trotz dieser überraschenden Wendung der österreichischen Position in den ersten institutionellen Veto-Reaktionen Rumäniens pragmatische Töne aufzufinden waren, wie die Notwendigkeit der Anpassung, die Verhandlungsbereitschaft, die Bereitschaft für Zusammenarbeit und die Offenheit für eine zu verhandelnde Lösung<sup>114</sup> (Administratia Prezidentială, 2023, 14. Dezember). Neben dem Ausdruck der Empörung und des Frustes ließ

---

<sup>111</sup> COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL Making Schengen stronger with the full participation of Bulgaria, Romania and Croatia in the area without internal border controls. COM/2022/636 final.

<sup>112</sup> Salzburg Forum eine mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft, die auf eine Initiative des österreichischen Bundesministeriums für Inneres zurückgeht. Die Mitgliedstaaten des Salzburger Forums sind Österreich, Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Zur Gruppe der Freunde gehören die Länder des Westbalkans und die Republik Moldau (Partner). Den Vorsitz des Salzburg Forums hatte im Jahr 2022 (als das österreichische Veto schlagend wurde) Rumänien inne (salzburgforum.org).

<sup>113</sup> „The Romanian Chairmanship of the Salzburg Forum expressed its appreciation for the support formulated in this format for a positive decision related to Romania, Bulgaria and Croatia’s Schengen accession in December 2022” (Salzburg Forum Ministerial Conference Bucharest, 16 November 2022, Joint Declaration of the Ministers of the Salzburg Forum).

<sup>114</sup> Präsident Klaus Werner Iohannis betonte die Bedeutung der Verhandlungen und des kompromissuchenden Ansatzes nach einem Treffen mit der Präsidentin der Europäischen Kommission und den bulgarischen und österreichischen Regierungschefs am Rande des Europäischen Rates am 14. Dezember 2023.

sich also auch die Stimme der Vernunft und des Pragmatismus hören: radikale Boykottaktionen, die die österreichischen Investitionen in Rumänien getroffen hätten, wurden vom Anfang an abgelehnt. Präsident Iohannis hat in seinen ersten Stellungnahmen jegliche staatlich-institutionelle Boykottaktionen dezidiert ausgeschlossen (siehe Unterkapitel „Reaktionen“, zwischen anderen: [digi24.ro](https://www.digi24.ro), 2022, 14. Dezember<sup>115</sup>).

Der Kern des rumänischen Narrativen war, dass Rumänien als Policy-Taker die Schengen-Kriterien erfüllt und diese schon seit Jahren *de facto* umsetzt, ohne formell dem Schengen-Raum beigetreten zu sein – diese Errungenschaften wurden immer wieder von der Europäischen Kommission und von den EU-Mitgliedstaaten bestätigt ([stirileprotv.ro](https://www.stirileprotv.ro), 2023, 28. Dezember<sup>116</sup>).

Die Tatsache, dass die Republik Österreich mit dem Veto gegen Rumänien alleine war, spricht für sich beziehungsweise gegen die europäische politische Kohäsion, so die rumänische Position in Anspielung auch an das Leitmotiv des 2019-EU-Ratsvorsitzes Rumäniens: „Kohäsion, unser gemeinsamer Wert“. Rumänien verwendete die Argumente betreffend die formelle Internalisierung der EU-Vorgaben, um seine eigene Position zu stärken und die Grundlosigkeit des österreichischen Vetos gegenüber seinem eigenen legitimen Anspruch auf eine Schengen-Mitgliedschaft hervorzuheben (*ibidem*).

Die Schritte, die Rumänien vor dem Veto (und nach der Ankündigung des Vetos am 16. November 2022) setzte, waren im Grunde genommen pro-aktive, kompromissuchende Versuche, um das Veto zu vermeiden. In dieser Phase bewies Rumänien, das Schengen-Acquis übernommen und internalisiert zu haben und dass es Opfer der österreichischen innenpolitischen Überlegungen sei - die Argumente der österreichischen Seite wurden als unbegründet bezeichnet. Der rumänische Innenminister Lucian Bode, der den Verhandlungen auf bilateraler Ebene und im Rahmen des Rates „Justiz und Inneres“ beiwohnte und später im Juni 2023 durch Minister Cătălin Predoiu im Amt ersetzt wurde, reiste vor dem Veto zweimal spontan nach Wien, um seinen Amtskollegen Gerhard Karner (ÖVP) mit faktischen Argumenten zu überzeugen. Anlässlich des Arbeitstreffens im Bundesministerium für Inneres

---

<sup>115</sup> Präsident Klaus Werner Iohannis erklärte, dass der rumänische Staat gegen Österreich keine Boykottaktionen startet und es auch keinen Gerichtsfall vor dem EuGH geben wird.

<sup>116</sup> Erklärungen von Charles Michel, ehemaliger Präsident des Europäischen Rates, anlässlich seines Arbeitsbesuches am 28. März 2023 in Bukarest.

(BM. I) am 23. November 2022 zeigte Minister Bode Verständnis für die Migrationslage in der Republik Österreich mit rund 100.000 Asylsuchenden allein im Jahr 2022. Rumänien sei nicht auf der Westbalkanroute, betonte der Minister und legte seinem Amtskollegen Daten und Statistiken betreffend den rumänischen Außengrenzschutz und die Bekämpfung der illegalen Migration vor, so Bode auf seiner Facebook-Seite (digi.24, 2022, 12. Dezember). Wichtig war aus der Perspektive des europäischen Ansehens und der Glaubwürdigkeit Rumäniens auch die Botschaft, dass Rumänien seinen Verpflichtungen zur Registrierung von Personen, die illegal nach Rumänien einreisen oder im Land Asyl suchen, nachkommt. „[...] insgesamt 128.438 Migranten auf der Westbalkanroute registriert, von denen 3.574 als aus Serbien stammend in Rumänien registriert wurden, was etwa 2,7% der Gesamtzahl der Migranten entspricht, die über Rumänien in die EU gelangten“ (Digi24, 2022, 12. Dezember).

Bodes Schreiben an seinen österreichischen Amtskollegen (Digi24., 2022, 12. Dezember) fasst die Essenz der Problematik aus der Sicht der rumänischen Seite zusammen: er erwähnt zunächst, dass die Republik Österreich im Rahmen des Salzburg Forums Mitte November (Anm. d. Verf.: 16. November 2022) die Gemeinsame Erklärung unterschrieben hat. Davor habe ihm Gerhard Karner persönlich im Januar 2022 in einem Arbeitsgespräch zugesichert, dass sein Land den Schengen-Beitritt befürworte, so Bode. „Niemand in Rumänien könne folglich nachvollziehen, «was binnen zwei Tagen», beziehungsweise zwischen dem 16. und dem 18. November passiert sei, um den plötzlichen Sinneswandel der österreichischen Seite zu bewirken. Politspielchen dieser Art «seien eines Landes mit einer gefestigten Demokratie und einer so reichen politischen Tradition wie jener Österreichs unwürdig»“, zitiert „Der Standard“ (2022, 12. Dezember) den rumänischen Minister Lucian Bode.

Teil der Strategie der rumänischen Seite, mit welcher das Land versuchte, das Erreichte als Policy-Taker zu schützen, war auch die Aufklärung der Umstände, unter welchen das Veto in der Republik Österreich beschlossen wurde. Zahlreiche Stellungnahmen der rumänischen Akteure weisen auf die österreichische Innenpolitik als Haupthindernis des gescheiterten Schengen-Beitritts hin und betonen die Bereitschaft des Landes und die Erfüllung der Beitrittskriterien (Hotnews, 2023, 5. September).

Die zuständigen Akteure stimmten damit überein, dass Rumänien für den Beitritt vorbereitet und die Ablehnung unfair und respektlos war (Miu, 2023, 1. September), sowohl was die Argumente betrifft als auch mit Hinsicht auf die Art und Weise, wie die traditionell

unterstützende Position Österreichs plötzlich und ohne jegliche Vorwarnung geändert wurde. Illustrative Aussagen: „Der fehlende Konsens über den Schengen-Beitritt Rumäniens aufgrund des österreichischen Widerstands ist gegenüber unserem Land und den rumänischen Bürgern zutiefst unfair“ (Administrația Prezidențială, 2022, 8. Dezember); „Für uns bleibt der Schengen-Beitritt ein prioritäres nationales Ziel“ (Postelnicu, 2023, 1. September); „Das Veto war eine innenpolitische Entscheidung Österreichs und hatte sicherlich negativen Einfluss.“ (Wölfl, 2024, 14. September und 22. November). Justizminister Cătălin Predoiu<sup>117</sup> meinte, dass „Rumänien nichts beweisen muss; jeder versteht, dass wir bereit sind“ (mai.gov.ro, 2023, 5. Dezember).

Die meisten Stellungnahmen brachten das Veto mit der österreichischen Innenpolitik und speziell mit der Lage der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), insbesondere in Niederösterreich vor den Landtagswahlen und dem allübergreifenden Thema der illegalen Migration zusammen. „Wir sehen uns mit einer Opposition aus Österreich konfrontiert, bei der es nicht um Rumänien geht, sondern um die Migration und darum, wie Schengen und seine Grenzen in Europa gehandhabt werden“ (Administrația Prezidențială, 2023, 27. März).

In der ersten Phase des „Schengen-Geschehens“, die gleich nach der überraschenden Ankündigung des Innenministers Gerhard Karner am 18. November 2022 stattfand, setzte Rumänien fokussiert auf die öffentliche Kommunikation. Im Zentrum der Erklärungen, Stellungnahmen und Aufforderungen standen die Argumente der rumänischen Seite für die Aufhebung des angekündigten Vetos und eine politisch-technische, mit Statistiken untermauerte Abhandlung der Aussagen der österreichischen Seite betreffend die Kausalität zwischen der Erweiterung des Schengen-Raums und des Phänomens der illegalen Migration (Digi24, 2023, 9. Februar).

Der rumänische Botschafter in Wien fasste all die Facetten des Problems in dem Brief am 25. November 2022 an das österreichische Staatsoberhaupt zusammen, welches mit Erlaubnis des Letzteren zwecks Beeinflussung der Regierungsposition veröffentlicht wurde (Chiriac, 2022, 6. Dezember). Der Diplomat erinnerte daran, dass Rumänien „die Außengrenzen der Europäischen Union und des Schengener Raums, ohne *de jure* dazugehören, schützt.“ Des Weiteren mahnte der Botschafter, dass Rumänien nicht als „Spielball der von der Tagespolitik

---

<sup>117</sup> Im Amt seit dem 15. Juni 2023, als Mitglied der ersten Regierung unter Premierminister Marcel Ciolacu.

gesteuerten, ohne die nötigen diplomatischen Samthandschuhe artikulierten Interessen geopfert werden” solle. Dieses Schreiben widerspiegelt die inhaltlichen Leitlinien der rumänischen Position, die von den wichtigsten Vertretern der rumänischen Regierung und vom Staatspräsident Iohannis artikuliert wurden, dass Rumänien weder Teil der Westbalkanroute der illegalen Migration, noch Förderer von illegaler Migration, wie auch keine Quelle der sekundären Migrationsströme sei und dass der Beitritt seines Landes zum Schengen-Raum keine Gefahr für die europäische innere Sicherheit darstelle. Er forderte Anerkennung für die Leistung Rumäniens, dass ohne de jure ein Schengen-Mitglied zu sein de facto schon seit Jahren die Außengrenzen der Europäischen Union schützt. Betreffend den Umgang der österreichischen Seite forderte der Botschafter eine Partnerschaft „mit Respekt und auf Augenhöhe” Nicht zuletzt erwähnt der Botschafter in seinem Schreiben, dass sein Land eine Partnerschaft „mit Respekt und auf Augenhöhe (ibidem).

Kennzeichnend für diese Phase war die Gegensätzlichkeit der von der rumänischen Seite verfolgten Strategien im Vergleich zu den Interessen der österreichischen Seite. Das Land erwartete von der Republik Österreich die Initiative für die Wiedergutmachung des Fehlers und setzte zu diesem Zweck eine breite Palette von taktischen Methoden ein, von Appellen an die Wahrung der europäischen Einigkeit und der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen bis hin zur Erwähnung rechtlicher Schritte durch die Einschaltung des EuGH. Rumänien suchte aktiv das Gespräch mit Österreich aber auch mit den anderen EU-Mitgliedstaaten, um seine Position zu legitimieren und die Bedenken auszuräumen. Der ehemalige Premierminister Nicolae Ciucă zeigte sich für den konstruktiven Dialog bereit (Kurier, 2022, 8. Dezember). Es war wichtig, dass das Land zwischen positiven Schritten und drohenden Aufrufen an die Republik Österreich eine Taktik einsetzt und zugleich für die Wiederaufnahme der Gespräche die passenden Bedingungen schafft.

Die Schritte der Exekutive unter Regierungschef Nicolae Ciucă waren vor dem Hintergrund einer stark emotionalen öffentlichen Debatte dosiert und suchten nach dem fragilen Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit, auf die Stimmung in der Bevölkerung einzugehen und dem strategischen Ziel des Staates, Verhandlungskanäle unbeschadet zu halten, die später für Gespräche nützlich sein könnten. Die Regierung hatte gleichzeitig auch die schwierige Aufgabe, in einer hochpolitisierten und polarisierbaren innenpolitischen Situation dafür zu sorgen, dass die Debatte nicht gegen die EU gerichtet wird, beziehungsweise nicht die Prozensätze der Parteien nährt, die EU-kritische Ideen fördern.

Die rumänische Post-Veto-Position entwickelte sich während der Verhandlungen: das Land passte sich bestmöglich an die Anforderungen der österreichischen Seite an (Policy-Taker), pochte aber auf eine klare Agenda und akkordierte Zielsetzungen beziehungsweise auf einen Fahrplan, der für beide Seiten die Möglichkeit des „good safe landing“ garantieren sollte. Der letzte Aspekt war sowohl für Rumänien als auch für Österreich angesichts der öffentlichen politischen Kommunikation und der sensiblen öffentlichen Meinung relevant.

Bezüglich der inhaltlichen Argumente der österreichischen Seite sei angemerkt, dass Rumänien 2022 für die migrationsbedingt kritische Lage in Österreich Verständnis zeigte und dieses Verständnis auch bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brachte. Dafür dienen die zahlreichen Interviews und Pressestatements der rumänischen Seite als Beweis, die früher im Unterkapitel „Reaktionen“ zitiert wurden). Verständnis für die allgemeine Lage in welcher sich Österreich befindet<sup>118</sup> war Teil des Schengen-Diskurses, genauso wie die klare Botschaft, dass Rumänien für diese komplizierte Lage, in welcher sich Österreich befindet, nicht verantwortlich sei.

Zu den zentralen Botschaften der rumänischen Verantwortlichen gehörte auch, dass Rumänien kein Herkunftsland und mit zahlenmäßig wenigen registrierten Ausnahmen kein Transitland ist. Als Zeichen der Bereitschaft für loyale Zusammenarbeit erinnerte man daran, dass Rumänien im Dezember 2022 den Vorschlag machte, ein Zusammenarbeitsprotokoll für die schnellere Bearbeitung der Dublin-Anfragen aufzusetzen und sich an Rückführungen von Dublin-Fällen beteiligte (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, 2022, 16. November).

Wichtig war es auch, wie Rumänien mit den Forderungen Österreichs betreffen Rückführungen umging: laut den Daten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten Rumäniens haben die österreichischen Behörden Rückführungsanträge für 3.493 Überstellungen nach Rumänien gestellt (2022-2023) und für 2.911 Fälle positive Antwort erhalten. Nichtsdestotrotz führte Österreich insgesamt nur 243 Personen nach Rumänien zurück.

---

<sup>118</sup> Laut Innenminister C. Predoiu war es wichtig für Österreich, dass Rumänien Verständnis für ihre Ängste und Befürchtungen zeigte. Auf dieser Basis konnte ein Paradigmenwechsel in den Verhandlungen erfolgen, so Predoiu für digi24 (2025, 2. Januar).

Angesichts der Diskrepanz zwischen den bewilligten Rücküberführungszahlen und den *de facto* durchgeführten Fällen stellt sich die Frage, wie dies zu erklären sei. Zu diesem Themenkomplex richtete am 15. Februar 2024 die NEOS-Abgeordnete im Nationalrat, Stephanie Krisper eine schriftliche parlamentarische Anfrage (Nr. 17843/J) an den Bundesminister für Inneres. Mit dem Geschäftszahl: 2024-0.133.808 wurde ihre Anfrage am 15. April 2024 beantwortet. Aus dem Antwortschreiben des Bundesministers für Inneres geht hervor, dass diese Diskrepanz mit externen Faktoren und insbesondere damit zu erklären sei, dass sich viele Asylwerber nicht mehr in Österreich befinden. (Parlament: [www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/17284/imfname\\_1622589.pdf](http://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/17284/imfname_1622589.pdf)). In ihrem „Der Standard“-Beitrag thematisiert A. Wölfl die Rückführungen und hebt hervor, dass Rumänien sich auch mittels eines Verwaltungsabkommens für eine effizientere Zusammenarbeit im Bereich der Rückführungen engagiert hat. Die Vereinbarungen zur Erleichterung der Rückübernahme kommen auch im Antwortschreiben des Bundesministers für Inneres an die NEOS-Abgeordnete vor und zwar informiert das BM. I, dass seit dem 6. Februar 2022 zwischen Rumänien und Österreich ein bilaterales Rückübernahmeabkommen<sup>119</sup> in Kraft ist. Des Weiteren informiert der Bundesminister auch darüber, dass im Rahmen des bilateralen Abkommens die rumänische Seite all die acht Rückübernahmen bewilligte, die seitens Österreich angefragt wurden. Die Anfragen der NEOS während der Schengen-Verhandlungen schienen für die rumänische Seite als Unterstützung für die Ausformulierung seiner Positionen besonders nützlich gewesen zu sein.

Immer wieder berief sich Rumänien auch auf die Entwicklungen auf der europäischen Ebene und präsentierte diese als Beweise dafür, dass die Bereitschaft vorhanden sei, Österreichs Anliegen zu unterstützen. Nach der rumänischen Erwartungshaltung sollte jeder positive Schritt auf europäischer Ebene in Sachen Asyl und Migration Rumänien einen Schritt dem Schengen-Beitritt näherbringen, da Österreich die Flexibilisierung seiner Blockadehaltung auch an Fortschritte in der Migrationsfrage koppelte.

Rumänien agierte als Policy-Taker im Kontext der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates (9. Februar 2023), welcher eine gemeinsame Abschlusserklärung verabschiedete, die nach dem österreichischen Bundeskanzler der „Erfolg Österreichs und

---

<sup>119</sup> "Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Rumänien über die Rückübernahme von Personen.

unserer Verbündeten” sei (Bundeskanzleramt, 2023, 10. Februar). Betitelt wurde die vorher zitierte Medieninformation mit der Ankündigung eines österreichischen Erfolges in Brüssel: „Österreich erzielt Erfolg bei Migrationsgipfel in Brüssel: EU stellt mehr Geld für Außengrenzschutz bereit“ (ibidem). Rumänien hat zu diesem „österreichischen Erfolg” im Rahmen der europäischen Verhandlungen konstruktiv beigetragen und äußerte sich immer wieder für die besten Lösungen auf EU-Ebene wie auch für die effiziente Umsetzung der verabschiedeten Maßnahmen, wie etwa Stärkung der Außengrenzsicherung, Beschleunigung der Rückführungen und der Durchführung der Asylanträge (vgl. Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates vom 9. Februar 2023, Schlussfolgerungen, S. 8-12).

Taktisch erwies es sich als richtig, das für Österreich relevante und öffentlichkeitswirksame Narrativ bezüglich der Gefahr der illegalen Migration nicht in Frage zu stellen, was Rumänien auch nicht tat. Nach dem Sondergipfel betonte Präsident Iohannis in einer schriftlichen Stellungnahme, dass die Migration eine Herausforderung sei, die eine gemeinsame europäische Antwort erfordere (Administrația Prezidențială, 2023, 10. Februar). Dies war indirekt die Bestätigung der österreichischen Schwerpunktsetzung. Als Staat an der Außengrenze der Europäischen Union habe sich Rumänien aktiv an der Suche nach konstruktiven und wirksamen Lösungen zur Bekämpfung der illegalen Migration beteiligt, so Iohannis. Der rumänische Präsident betonte die Notwendigkeit, die konkreten operativen Maßnahmen zu definieren, um auf die Herausforderungen der illegalen Migration zu reagieren, und wies darauf hin, dass die von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschläge eine wichtige Unterstützung darstellen.

Präsident Klaus Werner Iohannis bekräftigte die Bereitschaft Rumäniens, sich an der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen zu beteiligen und wies darauf hin, dass Rumänien zwar nicht an einer Migrationsroute oder einer Quelle von Sekundärbewegungen liegt, aber seine anerkannten Erfahrungen bei der Sicherung der Außengrenzen und der Bekämpfung der illegalen Migration einbringen möchte (Administrația Prezidențială, 2023, 10. Februar). Das Land tat dies, um den europäischen Lösungsansatz / die europäische Antwort auf eine brennende Frage zu unterstützen und sich sowohl gegenüber der EU als auch speziell gegenüber Österreich als ein konstruktiver, kooperativer Partner zu zeigen (Policy-Taker).

Dementsprechend zeigte sich Rumänien bereit für die Zusammenarbeit auch anhand des „5-Punkte-Plans” der Regierung den Bundeskanzler Nehammer, den der Letztere als Bedingung

an die EU für die Flexibilisierung der Schengen-Position vorstellte. Das rumänische Narrativ betreffend die Bereitschaft für die Zusammenarbeit in der Bekämpfung der irregulären Migration - insbesondere hinsichtlich des 5. Punktes<sup>120</sup> - hatte eine wichtige inhaltliche Nuance: Rumänien war bereit, sich zusätzlichen Vorgaben zu stellen, die die europäische Lösung in der Migrationsfrage unterstützen, wollte aber nicht als ein Lehrling betrachtet werden, der von Österreich zusätzliche Hausaufgaben erhält. Österreichs Bundeskanzler und Innenminister betonten in den Stellungnahmen immer wieder, dass Rumänien und Bulgarien Hilfe bräuchten, um die Außengrenzen effizienter schützen zu können. Österreich verlangte von der EU 2 Mrd. EUR für die Stärkung des Grenzschutzes in Bulgarien und Rumänien. Dieser Anforderung kam aber die europäische Exekutive nicht nach, weil es um bauliche Maßnahmen und Zäune ging, die die EU aus Gründen der Grundrechte nicht unterstützt.

Unter dem Aspekt der strategischen politischen Kommunikation inszenierte sich der Bundeskanzler und der Innenminister als „Unterstützer“ von (Rumänien und) Bulgarien, so etwa anlässlich der medial inszenierten Reise des Bundeskanzlers am 23. Januar 2023 an die bulgarisch-türkische Grenze, um die dortigen Zustände zu überprüfen (Bundeskanzleramt, 2023, 23. Januar). Die Symbolpolitik der österreichischen Seite in Bulgarien wurde anlässlich des Neujahrskonzertes 2023 mit der Einladung des bulgarischen Präsidenten Rumen Radew als Ehrengast begonnen (<https://orf.at/stories/3299532/>, 2022, 30. Dezember). Solche gemeinsame PR-Aktionen, die am Ende des Tages für Bulgarien ergebnislos blieben, dafür aber den Anspruch hatten, die österreichische Veto-Position zu rechtfertigen, fanden mit den rumänischen Entscheidungsträgern nicht statt.

Der EU-Sondergipfel (9.-10. Februar 2023) bewies sich als ein wichtiger Moment für Profilierung Rumäniens. Sein Präsident betonte im Rahmen des EU-Sondergipfels im Februar 2023, dass das Land imstande sei, seine eigenen Außengrenzen zu schützen und unterstütze daher die Schlussfolgerungen des EU-Sondergipfels, Pilotprojekte an den EU-Außengrenzen zu entwickeln (Rat der Europäischen Union, Schlussfolgerungen, 9. Februar, [www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)<sup>121</sup>) Das Land bat seine Expertise im Außengrenzmanagement als

---

<sup>120</sup> "5-Punkte-Plan der österreichischen Bundesregierung:

[...]5. Die EU-Kommission soll ein Pilotprojekt für rasche Asylverfahren an der EU-Außengrenze einrichten und finanzieren." (Rauhofer-Redl, 2022, 13. Dezember)

<sup>121</sup>[www.consilium.europa.eu/ro/press/press-releases/2023/02/09/european-council-conclusions-9-february-2023/](http://www.consilium.europa.eu/ro/press/press-releases/2023/02/09/european-council-conclusions-9-february-2023/)

Best-Practice-Modell für die Fortentwicklung der gesamteuropäischen Sicherheit des Schengen-Raums an.

Diese wichtige Nuance kann als Beweis dafür gelten, dass sich das Land als Policy-Shaper artikuliert, ohne sich aber offen gegen die österreichische (nach rumänischer Wahrnehmung tendenzielle und verzerrte) Position zu stellen. Es war wichtig, dass Rumänien die öffentliche Eskalation und direkte Konfrontationen mit Österreich vermied und anstatt dessen die Bedeutung der ehrlichen Zusammenarbeit und der europäischen Solidarität betonte. Innenminister Predoiu betonte, dass es im Prozess der gemeinsamen Lösungsfindung wichtig war, auf die Sensibilitäten der österreichischen Seite zu achten und insgesamt, den Schengen-Beitritt nicht als Selbstzweck, als „Finale“ zu betrachten, sondern als Meilenstein eines Prozesses in Richtung Schengen-Partnerschaft (Digi24., 2024, 2. Januar 2025). Der Dialog wurde bevorzugt, insbesondere die enge und ausgezeichnete gute Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, die Rumäniens Bemühungen stets öffentlich anerkannte (Gotev, 2023, 5. Juli).

Das Land hatte ein konstruktives Verhältnis auch mit den rotierenden EU-Ratspräsidentschaften und es stellte sich heraus, dass diese Herangehensweise zielführend war: unter dem ungarischen EU-Ratsvorsitz (2. Halbjahr 2024) wurde die Schengen-Vollmitgliedschaft beschlossen, zu diesem Erfolg haben aber alle Vorgänger-Ratsvorsitze beigetragen (2023: Schweden, Spanien; 2024: Belgien, Ungarn). (Digi24., 2023, 11. Januar; Euractiv.ro, 2023, 7. Juli; Ion, 2024, 15. Januar; Teodorescu, 2024, 22. November<sup>122</sup>).

Die Aktionen der rumänischen Seite konzentrierten sich auf zwei Hauptziele: zum einen die hauptsächlich politisch-diplomatischen Demarchen des Präsidialamtes, des Premierministers und des Außenministeriums, die vor Ort „Stimmungsmache“ durch die Botschaft in Wien (idm.at, 2023, 8. November) und durch den Brüsseler Einsatz der Ständigen Vertretung Rumäniens, zum anderen die regelmäßigen Abstimmungen auf der politisch-technischen Ebene der Innenminister (Cătălin Predoiu und Gerhard Karner), die die kontinuierlichen Fortschritte der Expertengespräche in die Verhandlungen trugen (Digi24., 2025, 2. Januar).

---

<sup>122</sup> Premierminister Marcel Ciolacu und sein ungarischer Amtskollege Viktor Orbán kündigten in Budapest Rumäniens Vollbeitritt zum Schengen-Raum an.

Ein drittes wichtiges Ziel das schon vorher erwähnt wurde, war der Kontakt mit den europäischen Institutionen und mit den Mitgliedstaaten, mit dem Zweck die ursprüngliche Unterstützung der Partner aufrechtzuerhalten. Diese Arbeitsweise stellt Rumäniens Bestreben unter Beweis, durch institutionelle und regelbasierte Prozesse seine Verhandlungsposition zu stärken und die Legitimität seiner Positionen, aber auch seine Glaubwürdigkeit als konstruktiver, pragmatischer, pro-europäischer Partner zu bestätigen. Anlässlich eines Treffens mit dem Exekutivdirektor von Frontex Hans Leijtens am 25. November 2024 betonte der rumänische Innenminister Cătălin Predoiu, dass es nicht nur politische und diplomatische Maßnahmen seien, die zum Erfolg im Schengen-Dossier gehören, sondern auch eine ganze Reihe von technischen Operationen, die mithilfe der Grenzpolizei entwickelt werden. Predoiu unterstricht die Bedeutung der Zusammenarbeit der Länder in der Region und wies darauf hin, dass der Schlüssel zur Schengen-Lösung eigentlich die Kooperation und die langfristige Partnerschaft sei. (schengen.mai.gov.ro, 2024, 25. November).

Wichtig war insbesondere auch die Kooperation mit der Europäischen Kommission, da die inhaltlichen Forderungen der österreichischen Seite kompetenzmäßig an die europäische Exekutive gerichtet wurden. Der Initiative der Europäischen Kommission, Pilotprojekte an den EU-Außengrenzen<sup>123</sup> umzusetzen, ist Rumänien mit Bereitschaft nachgekommen. Das Land signalisierte anlässlich des Sondergipfels in Februar 2023, dass es bereit sei für die rasche Abwicklung der Asylanträge an der rumänisch-serbischen Grenze. Dieses sechsmonatige Projekt hat Rumänien zusammen mit der Europäischen Kommission vereinbart (siehe Brief von Ursula von der Leyen an die Mitgliedstaaten im Vorfeld des EU-Sondergipfels zwischen 9.-10. Februar 2023 – agenzianova.com, 2023, 26. Januar) und es sah darin auch das Potential, seine eigene Best-Practice-Modelle in Grenzverfahren mit anderen Mitgliedstaaten zu teilen, darunter auch mit der Republik Österreich. Dies war als Beweis für den funktionierenden Grenzschutz Rumäniens zu verstehen und nicht als „Schuldbekennnis“ im Grenzschutz an der rumänisch-serbischen Grenze.

Schon in dieser Phase (Anfang 2023) können die Bemühungen beobachtet werden, die Rumänien gemacht hatte, um sich als Policy-Shaper zu artikulieren und in der europäischen Debatte seine Expertise im Bereich des Außengrenzschatzes geltend zu machen: Rumänien bot

---

<sup>123</sup> Präsidentin Ursula von der Leyen: „Außengrenzschatz stärken und irreguläre Migration verhindern“ (*faz.net*, 2023, 10. Februar).

sich an, wie von Präsident Iohannis anlässlich einer Pressekonferenz mit dem deutschen Bundeskanzler in Bukarest angekündigt, mit seinen Best-Practice-Modellen die oben erwähnten Pilotprojekte zu verwirklichen, die mit der Europäischen Kommission umgesetzt und später als rumänischer Beitrag zur gesamteuropäischen Expertise bezeichnet wurden (Euractiv.ro, 2023, 3. April). Dabei handelt es sich darum, anerkannte bewährte Verfahren im Bereich des Grenzschutzes und der Bekämpfung der illegalen Migration aufzuzeigen und einen Beitrag zur Festlegung schnellerer und effizienterer Verfahren zu leisten. Die ehemalige Außenministerin Luminita Odobescu erklärte in einem Interview für „Die Welt“, dass Rumänien die besten Praktiken für den Schutz der Außengrenzen sowie für Asyl- und Auslieferungsverfahren anwende. Laut der Ministerin sei diese Tatsache von der Europäischen Kommission, Frontex und Europol bestätigt und alle Partner würden anerkennen, dass Rumänien die EU-Außengrenze wirksam schützt (Die Welt, 8. August 2023).

Nach der ersten Phase nach dem Veto, etwa mit dem Sondergipfel im Februar 2023 beginnend, agierte Rumänien zugleich als Policy-Taker und als Policy-Shaper. Das Land versuchte aktiv, das politische Narrativ zu verstärken und die politischen Rahmenbedingungen um das Veto zu ändern. Die erste und wesentlichste Rahmenbedingung war die öffentliche Wahrnehmung der Rolle Rumäniens in der Bekämpfung der illegalen Migration und die Legitimität seiner Position betreffend Schengen.

Das Land initiierte zahlreiche Strategien der gezielten strategischen Kommunikation in den EU-Ländern, insbesondere in der Republik Österreich. Hunderte von Zeitungsartikeln, -beiträgen, Interviews und Stellungnahmen wurden zwischen November 2022 - 1. Januar 2025 in der Republik Österreich veröffentlicht, die nicht nur das Veto, sondern auch weitere wichtige Aspekte betreffend Rumänien, wie etwa seine Rolle im Kontext des Krieges in der Ukraine, sein Wirtschafts- und Energiepotential u.v.m. beschrieben. Zweck dieser medialen Kampagnen war es, die diplomatischen Bemühungen zu unterstützen, die Stimmung auf der bilateralen Ebene in der Republik Österreich zu verbessern und faktenbasierte Informationen für die Berichterstattung über die Effekte des Vetos zu liefern.

### *3.4.2. Paradigmenwechsel als Voraussetzung für den Durchbruch in den bilateralen Verhandlungen*

In seinen bilateralen Beziehungen mit Österreich setzte sich Rumänien für einen konkreten Fahrplan mit verlässlichen Kriterien ein. Der Botschafter von Rumänien in Wien sprach in einem „Profil“-Interview am 15. März 2023 über die Schwierigkeiten, die sein Land beim Versuch erfuhr, die politisch-diplomatischen Gespräche mit der österreichischen Seite wieder aufzunehmen: „Alle warten auf die Stimme des Bundeskanzlers. Aber die lässt auf sich warten. [...]Wenn aber Minister Karner zu uns kommt und wie in Bulgarien sagt, ihr müsst jetzt genau hier einen Grenzzaun bauen, dann sind wir nicht begeistert. Wir wollen als Partner auf Augenhöhe behandelt werden. Und wir wollen, dass man uns sagt, heuer ist es noch möglich“ (Profil, 2023, 15. März).

Das Land suchte intensiv nach Möglichkeiten, die Gesprächskanäle nach dem Schock des Vetos zu öffnen und auf Basis von guten operativen Gesprächen zwischen den Innenministerien Fortschritte zu erzielen. In einem Interview am 23. März 2024 erklärte der rumänische Innenminister C. Predoiu, dass die bilaterale Kooperation mit dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und mit dem Amtskollegen Gerhard Karner gut seien, dass regelmäßig Zusammenkünfte und Gespräche stattfinden und dass die Agenden weit über das Schengen-Dossier reichen: die zwei Länder haben die Bereitschaft, eine polizeiliche Kooperationsplattform zu entwickeln, die weitere wichtige Prioritäten des Innenressorts wie Drogen- und Menschenhandel im Fokus haben werden (schengen.mai.gov.ro, 2024, 23. März). Der von Innenminister Predoiu eingeleitete Paradigmenwechsel in den bilateralen Gesprächen schien von der österreichischen Seite geschätzt zu sein und diente auch dazu, für die zukünftige Zusammenarbeit eine konstruktive Arbeitsstimmung zu schaffen. Es gelang Rumänien als Policy-Shaper „die Regeln des Spieles zu ändern“, die Herangehensweise der rumänischen Seite von einem strafenden, tadelnden Ansatz zu einer positiven, konstruktiven Zusammenarbeit in einem breiten Spektrum gemeinsamer Themen über Schengen hinaus zu ändern (Minister C. Predoiu, schengen.mai.gov.ro, 2024, 18. Februar).

Unter diesen geänderten Umständen war es möglich, Ende Dezember 2023 eine Teillösung mit „Schengen Air & Sea“<sup>124</sup> (Einreise ohne Passkontrollen auf dem See- und Luftweg ab dem 31. März 2024) zu erzielen. Der Rat „Justiz und Inneres“ hatte Anfang Januar 2024 den Beitritt Rumäniens und Bulgariens mit dieser Einschränkung (Beibehaltung der Kontrollen an den Landesgrenzen) beschlossen. Der ausgewählte Zeitpunkt für die Umsetzung, der 31. März 2024 richtete sich nach dem Beginn der Sommersaison für den internationalen Luftverkehrsverband (IATA). Das Bundesministerium für Inneres hob hervor, dass im Zusammenhang mit dem Kompromiss zu „Schengen-Air“ zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten drei Maßnahmenpakete beschlossen wurden: „ein robuster EU-Außengrenzschutz mit Verdreifachung des Frontex-Einsatzes an der bulgarisch-türkischen Außengrenze, mehr Geld für den Außengrenzschutz durch die EU-Kommission, Fortsetzung der Pilotprojekte für Außengrenzverfahren, verstärkte Kontrollen an den Landesgrenzen, um Schlepperkriminalität zu bekämpfen, Einsatz von österreichischen Dokumentenberatern an den Flughäfen Bukarest und Sofia, um Flughafenpersonal und Polizei bei der Erkennung von Passfälschungen zu unterstützen, Rückführung von Asylwerbern nach Bulgarien und Rumänien“ (www.bmi.gv.at<sup>125</sup>, 2024, 2. April).

Dieser für beide Seiten akzeptable Kompromiss („good safe landing“) stellte eine gute Basis für die konstruktive Vertiefung der Gespräche dar, welche ab diesem Zeitpunkt auch mit Regelmäßigkeit stattfanden. „Schengen-Air“ wurde dementsprechend von den Ministern am 2. April 2024 als erster gemeinsamer Erfolg auf dem Weg in einer vertieften bilateralen Kooperation am Flughafen Schwechat in Wien gefeiert.

Diese Kooperation sieht auch eine verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit in Sachen Grenzschutz und Migration für Rumänien vor. Im Laufe des Sommers 2024 fanden mehrere Gesprächsrunden auf Minister- aber auch Expertenebene statt. Ermöglicht, begleitet, unterstützt oder ergänzt durch diplomatische – formelle und informelle – Bemühungen des Außenamtes, der Ständigen Vertretung in Brüssel und nicht zuletzt der Botschaft von Rumänien vor Ort in Wien. Gute persönliche Kontakte zwischen den Innenministern waren zum Beispiel anlässlich des Bukarest-Besuches von Gerhard Karner am 25. April 2023 wichtig, um die große Erwartungshaltung der Öffentlichkeit bezüglich der Aufhebung des Vetos zu

---

<sup>124</sup>Amtsblatt der Europäischen Union (2024, 4. Januar). BESCHLUSS (EU) 2024/210 DES RATES vom 30. Dezember 2023 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in der Republik Bulgarien und in Rumänien.

<sup>125</sup> „Schengen-Air in Kraft“.

dämpfen. Dennoch die vagen Aussagen betreffend die Schengen-Beitrittsperspektive haben die rumänische Presse und Öffentlichkeit verärgert.<sup>126</sup> Diese Episode machte auch klar, dass es notwendig ist, eine klar abgestimmte Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die beiden Seiten ermöglicht, auf die Erwartungshaltung der öffentlichen Meinung zu achten und die öffentliche Kommunikation realistisch zu kalibrieren.

Entscheidend für die Lösung der Blockade waren die strukturellen Vorgaben der bilateralen Zusammenarbeit (Fortführung der Verhandlungen auf der Ebene der Innenminister, regelmäßige Kontakte zwischen den Außenministern) aber auch die Entscheidung, dass Schengen in beiden Ländern zur „Chefsache“ erklärt wurde<sup>127</sup>. (Agerpres, 2024, 15. November). Offensichtlich hat sowohl Bundeskanzler Nehammer als auch Premierminister Ciolacu damit gerechnet, dass eine mögliche Lösung des Dossiers zum günstigen Zeitpunkt öffentlich wirksam präsentiert und mit positiven politischen Folgen verknüpft werden sollte.

In der entscheidenden technisch-operativen Phase der Gespräche waren die Innenminister federführend, wobei die Außenministerien dafür gesorgt haben, die Stimmung in der bilateralen Beziehung zu verbessern und die Effekte des Vetos auf die Zusammenarbeit durch vertrauensbildende Gespräche zu mildern. Es gab Gespräche auf hoher Beamtenebene zwischen den Außenministerien (zum Beispiel: bilaterale Konsultationen auf der Ebene der Sektionsleiterin / Generaldirektorin für EU-Angelegenheiten am 23. April 2024, <https://x.com/KornfeindE/status/1782707793591439614>), bilaterale Konferenzen und Tagungen, die die Schengen-Problematik als Pflichtelement auf der Agenda hatten (Zum Beispiel: idm.at, 2023, 7. November; www.eesc.europa.eu, 2024, 26. September). Gleichzeitig gab es intensive Bemühungen um die informellen Kontakte mit österreichischen Meinungsbildnern, mit Vertretern der Wirtschaft, der Industrie, mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich mit einem konstruktiven Einsatz für die Wiederbelebung des bilateralen Dialogs eingesetzt haben, in Wien (Lupitu, 2023, 24. November).

---

<sup>126</sup> Kurier, 26. April 2023: „Karner in Rumänien: Kein Zeitplan für Ende der Schengen-Blockade. Innenminister traf Amtskollegen Bode in Bukarest. Aktionsplan zur Bekämpfung von illegaler Migration unterzeichnet. Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) hat Rumänien bei einem Besuch am Mittwoch keine Hoffnung auf ein baldiges Ende der Blockade des Schengen-Beitritts des Landes gemacht. Der Forderung der rumänischen Regierung nach einem Zeitplan erteilte er bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen Lucian Bode in Bukarest eine Absage. «Wir sind derzeit noch sehr weit davon entfernt, dass das System funktioniert», sagte Karner“.

<sup>127</sup> "Sherpas" der Regierungschefs waren die Beraterin für EU-Angelegenheiten im Kabinett des Bundeskanzlers, Botschafterin Barbara Kaudel-Jenssen beziehungsweise der ehrenamtliche Berater des rumänischen Premierministers für EU-Angelegenheiten, derzeit Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Unter dem bilateralen Aspekt war die Schengen-Problematik eine nützliche Reflexionsübung auch dafür, welche Rollen (ob überhaupt?) die bilateralen Botschaften in EU-Angelegenheiten (noch) spielen können, wenn die meisten Verhandlungen in Brüssel geführt werden? Die Antwort auf diese Frage geht anhand der empirischen Erkenntnisse dieses spezifischen Fallbeispiels in jene Richtung, dass die Beiträge, Hintergrundinformationen und Impulse, die die bilaterale Botschaft bereitstellen konnte, sich als nutzbar und instrumental bewiesen haben, um die Gespräche in die positive Richtung zu lenken. In zahlreichen informellen Gesprächen in Bukarest und Wien, aber auch in den Post-Vollbeitritt-Stellungnahmen der rumänischen Entscheidungsträger wurde immer wieder betont, dass die bilaterale Botschaften in Wien und Bukarest eine wichtige Rolle gespielt haben (Peterlik, 2023, 15. März; idm.at, 2023, 7. November; <https://www.youtube.com/watch?v=KdmpJNbv-oE>). Es ist vor diesem Hintergrund auch nicht überraschend, dass der Botschafter von Rumänien in der Republik Österreich am 23. Dezember 2024 als Außenminister Rumäniens angelobt wurde.

Die Ankündigung der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission den österreichischen Kandidaten für die neue Kommission, den ehemaligen konservativen Finanzminister Magnus Brunner mit den Dossiers der Innenangelegenheiten, Asyl und Migration, einschließlich Schengen zu beauftragen, brachte im Sommer 2023 neuen Schwung in die bilateralen Gespräche. Unter der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft kam es zu einem trilateralen Treffen zwischen den Innenministern aus Österreich, Bulgarien und Rumänien in Budapest, in Folge dessen die „Gemeinsame ungarische, österreichische, rumänische und bulgarische Erklärung von 22. November 2024“ (Rat der EU, 2024) verabschiedet wurde. Dieses Dokument stellt die Weichen für die im Rahmen des Rates „Justiz und Inneres“ am 12. Dezember 2024 formalisierte Entscheidung des Vollbeitritts Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum. Vorbereitet wurde das Treffen in Budapest durch eine Reihe von Unterredungen sowohl im bilateralen (13. November 2024: Treffen der österreichischen Botschafterin Ulla Krauss-Nussbaumer mit dem rumänischen Innenminister, 18. November 2024: Bilaterales Treffen zwischen Predoiu und Karner in Wien, zusätzlich auch informelles Treffen zwischen Predoiu und dem designierten Kommissar Magnus Brunner) als auch im multilateralen Format (Forum Salzburg – Treffen am 23. Oktober 2024). (mai.gov.ro, 2024, 13. November; <https://www.instagram.com/catalinpredoiuofficial/reel/DByhOPfA5sL/>; Lupitu, 2024, 18. November).

Das in Budapest beschlossene Dokument bestätigt die Fortschritte, die die Länder Bulgarien und Rumänien aufgrund des Beschlusses des Rates der EU 2024/210 von 30. Dezember 2023 (Amtsblatt der Europäischen Union, 2024, 4. Januar) erzielt haben, einschließlich der Schritte die Österreich, Bulgarien und Rumänien im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung 2023<sup>128</sup> (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, 2024, Ausgabe 5-6) für die Bekämpfung der irregulären Migration beschlossen haben. Die Budapester Erklärung zählt die Maßnahmen und Fortschritte auf, die seit dem Beschluss des Rates gemacht wurden und kommt zur Schlussfolgerung, dass wenn man „die ersten drei Quartale der Jahre 2023 und 2024 vergleicht, die illegale Einreise [...] in Rumänien um 53% und in Österreich um 67% zurückgegangen ist. Im gleichen Zeitraum sind die Asylanträge [...] in Rumänien um 75 % und in Österreich um 57,3 % zurückgegangen“ (ibidem). Auch diese Erklärung wurde von weiterführenden Maßnahmen begleitet, die aber von der rumänischen Seite nicht als Bedingungen sondern als gemeinsam festgelegte Leitlinien einer künftigen breit aufgestellten Zusammenarbeit interpretiert wurden: gemeinsame Bemühungen zur Bekämpfung der illegalen Migration und der sekundären Migrationsströmen; reibungslose Durchführung von Rückführungen und Überstellungen; Durchführung der Kontrollen an den Binnengrenzen durch Einführung von Grenzkontrollen gemäß Art. 25a Abs. 4 und 5 des Schengener Grenzkodexes an den Landgrenzen zwischen Ungarn und Rumänien sowie Rumänien und Bulgarien für einen Anfangszeitraum von mindestens sechs Monaten fortzusetzen, um eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit zu verhindern; Entsendung eines multilateralen Polizeikontingents von 100 Grenzschutzbeamten (Österreich 15, Bulgarien 25, Ungarn 20 und Rumänien 40) an die bulgarische-türkische Grenze (hungarian-presidency.consilium.europa.eu, 22. November 2024).

Die Budapester Erklärung (Rat der EU, 2024) war die politische Grundlage der Entscheidung, die später im Rat „Justiz und Inneres“ durch die Innenminister formell auch angenommen wurde. Um dieses Ergebnis zu erreichen hat Rumänien eine Strategie verfolgt, die die Ansätze des Policy-Takers und des Policy-Shapers kombinierte, um die Positionierungen des Landes in einem sogenannten strategischen Gleichgewicht voranbringen zu können.

---

<sup>128</sup> Die „Gemeinsame Erklärung“ zwischen Österreich, Bulgarien und Rumänien vom 29. Dezember 2023 war ein wichtiges Instrument um die Effizienz der Zusammenarbeit betreffend Dublin-III-Fällen unter Beweis zu stellen. Durch die Intensivierung des Dublin -III-Verfahrens konnte Österreich insbesondere in der Zusammenarbeit mit Bulgarien „positive“ Zahlen liefern: laut dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl wurden in den ersten Monaten des Jahres 2024 bereits 76 Dublin-Überstellungen nach Bulgarien durchgeführt, im Vergleich zu 114 im gesamten Vorjahr (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, 2024).

Die politischen Stellungnahmen zeichneten sich durch eine Mischung aus vorsichtigem Pragmatismus und offensiv politisch-diplomatischen Bemühungen aus, wie zum Beispiel die Bemühungen des Außenamtes, des Innenministeriums, des Energieministeriums und des Wirtschaftsministeriums. Ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Regierung durch den Sozialdemokraten Marcel Ciolacu wurden mit stärkeren – auch wahlkampfbedingt – öffentlichen Akzenten Schritte gesetzt, um den Druck auf die österreichische Seite zu erhöhen (rfi.fr.ro, 2024, 18. Dezember).

### *3.4.3. Das rumänische Handwerk*

Politisch-diplomatische Mittel wurden mit der regelmäßigen Erwähnung von rechtlichen Initiativen ergänzt, um den politischen Druck auf Österreich zu erhöhen. Zu erwähnen sei an dieser Stelle auch die Tatsache, dass immer wieder berichtet wurde, dass Rumänien die österreichischen Interessen bezüglich NATO und im Rahmen der OSZE (PiE) gefährden könnte. (Euractiv.de, 2023, 19. September; Der Standard, 2023, 23. September; romania-insider-com, 2022, 13. Dezember) Obwohl taktisch nachvollziehbar, wurden diese Behauptungen durch rumänisches Agieren niemals bestätigt. Präsident Iohannis hat sich gegen Boykottaktionen und für ein konstruktives Miteinander eingesetzt (Digi24., 2022, 14. Dezember), da eine mögliche Gefährdung der NATO oder der Handlungsfähigkeit der OSZE hätte durch bilaterale Boykottaktionen selbst für Rumänien einen Imageschaden bedeutet. Rumänien betonte im Gegensatz vielmehr, wie wichtig es ist, die Unterstützung der Partner aufrechtzuerhalten und sich als verlässlicher, solidarischer Partner zu zeigen. (Lupițu, 2024, 12. Dezember).

Um eine möglichst breite europäische und internationale Unterstützung für seine Zielsetzung zu mobilisieren, intensivierte das Land seine bilateralen Kontakte und suchte zielgerichtet die enge Abstimmung mit traditionellen Partnern, unter anderen mit Deutschland (Guvernul României, 2024, 6. April). Das Thema Schengen tauchte aber auch auf der transatlantischen Agenda auf (Cîmpean, 2022, 7. Dezember).

Neben den formellen Regierungskontakten aktivierte Rumänien seine Lobby auch in den unterschiedlichen Parteifamilien: mit Unterstützung der europäischen Partner fand zum

Beispiel am 6. März 2024 der Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP), der die österreichische ÖVP ebenso angehört, in Bukarest statt.

Anlässlich des Kongresses wurde Ursula von der Leyen als Spitzenkandidatin gekürt und das Wahlmanifest „Unser Europa, eine sichere und gute Heimat für die Menschen“ von einer überwältigenden Mehrheit der Delegierten angenommen. Rumänien hat es geschafft, die „volle Schengen-Aufnahme für Bulgarien und Rumänien, so schnell wie möglich“ in den Text einzufügen. Aus der ÖVP-Delegation stimmte aber nur der ÖVP-Abgeordnete Othmar Karas zu: „Meine inhaltlichen Positionen sind bekannt: Ich halte das Schengen-Veto für einen Fehler, es behindert auch eine sichere gemeinsame Außengrenze. Das Ende der Einstimmigkeit in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wäre gerade in diesen Zeiten ein starkes Signal für mehr Handlungsfähigkeit“ (Kurier, 6. März 2024). Der Leiter der österreichischen Delegation, Bundeskanzler Karl Nehammer enthielt sich wegen seiner roten Linien Schengen und der Kernenergie betreffend, verhinderte aber die Annahme des Textes nicht. Die Teilnahme der hochrangigen ÖVP-Delegation an der EVP-Tagung in Bukarest konnte von der rumänischen Seite für vertiefende Gespräche mit Staatspräsident Iohannis aber auch mit Premierminister Marcel Ciolacu genutzt werden, die laut dem letzteren für die Wiederaufnahme des Dialogs ausschlaggebend waren. Diesen Unterredungen folgten mehrere Treffen der Innenminister im Laufe des Sommers und des Herbstes 2024. Diese Treffen konnten dank diplomatischer Bemühungen wichtige Fortschritte vorbereiteten Terrain wichtige Fortschritte in Hinblick auf die komplette Aufhebung des Vetos erzielt werden.

Die positiven Signale der Kooperationsbereitschaft der rumänischen Seite wurden periodisch mit Androhung von rechtlichen Mitteln ergänzt, um den Druck auf die österreichische Regierung zu erhöhen. Die rumänischen Entscheidungsträger und Meinungsbildner haben es in den offiziellen Wortmeldungen in Erwägung gezogen, die Angelegenheit des Schengen-Vetos vor die europäischen Gremien zu bringen, insbesondere vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Präsident Klaus Werner Iohannis lehnte von Anfang an das Szenario ab, dass Rumänien gegen Wien juristische Schritte unternimmt. Der Staatspräsident betonte in seinen Stellungnahmen, dass er Verhandlungen bevorzuge und wiederholte immer wieder den Vorrang des Dialogs und der Diplomatie (Digi24., 2022, 14. Dezember).

Mit einer Klage gegen das österreichische Veto meldete sich der rumänische Abgeordnete des Europäischen Parlaments Eugen Tomac<sup>129</sup> vor dem EuGH. Diese Klage wurde aber vom Justizgremium abgewiesen (Euractiv.de, 2023, 30. Oktober). Regierungschef Marcel Ciolacu (PSD/Partei der Sozialdemokraten) drohte wiederholte Male in der Öffentlichkeit mit einer Klage vor dem EuGH (Euractiv.com, 2023, 19. September), setzte aber keine konkreten Schritte in diese Richtung. Dennoch war für den Regierungschef die Erwähnung der Klage gegen Österreich nützlich. Umfragen, die seine Partei in Auftrag gegeben hat, bestätigten den Regierungschef: laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Avangarde befürworteten 54 % der Befragten das Vorhaben des Premierministers, die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu melden (Der Standard, 2022, 4. Oktober). Offensichtlich dienten diese Ankündigungen als taktisches Instrument, um den politischen Druck auf die Republik Österreich zu erhöhen und gleichzeitig vor der eigenen Bevölkerung (und der potentiellen Wählerschaft) Führungskraft und Stärke zu zeigen.

Die genannten Vorstöße schienen auch dazu gedient zu haben, die Kompetenz der Initiatoren in den EU-Prozeduren zu demonstrieren. Die Fähigkeit, das EU-Recht zu implementieren (welches Rumänien als Policy-Taker mit allen Prozeduren und informellen Praktiken verinnerlicht hatte), stand im Mittelpunkt. Somit hat das Land beweisen können, dass die Lernprozesse im Zuge der Europäisierung sowohl informell als auch formell effizient und wirksam durchgeführt wurden – das Land kennt seine Rechte und Pflichten und weiß, wie es diese einsetzen sollte, um Unrecht zu bekämpfen.

In diesem Zusammenhang ist die Initiative des ehemaligen rumänischen Energieministers Răzvan Nicolaescu von besonderer Relevanz, der die Petition Nr. 0004/2023 im Namen des Vereins „Asociația pentru Energie Curată și Combaterea Schimbărilor Climatice“ ("Verein für saubere Energie und für die Bekämpfung des Klimawandels") beim Europäischen Parlament betreffend das Schengen-Veto der Republik Österreich einreichte<sup>130</sup> (Parlament, 2024, 1. September; europarl.europa.eu, 2023). Die Petition wurde von den rumänischen EP-Abgeordneten unterstützt und am 22. März 2023 im Petitionsausschuss des EP (PETI) behandelt. Die Demarchen der Initiatoren wurden auch durch begleitende offizielle Gespräche mit den Zuständigen in der Republik Österreich ergänzt. Nicolaescu trug seine Argumente

---

<sup>129</sup> Vorsitzender der „Partidul Mișcarea Populară“ / Renew Europe.

<sup>130</sup> Siehe Unterkapitel „Auswirkungen auf den Güterverkehr und auf die Umwelt“.

gegen das Schengen-Veto in offiziellen Terminen in Wien vor einschließlich auf Ministerebene.

Relevant ist diese Petition<sup>131</sup> auch deshalb, weil die ausführliche Argumentation, die anhand des Dokumentes an die EP-Mitglieder geschickt wurde, als Basis für eine spätere Entschließung des Europäischen Parlaments diente. Diese Entschließung des Europäischen Parlaments von 12. Juli 2023 zum Beitritt zum Schengen-Raum (2023/2668(RSP)) (C/2024/3999) wurde mit 526 Stimmen dafür, 57 dagegen und 42 Enthaltungen angenommen (Amtsblatt der Europäischen Union, 2024, 17. Juli).

Aufgrund dieser Entschließung fordert das Europäische Parlament die Europäische Kommission auf, die finanziellen Verluste, nicht-erhaltene Gewinne und die Kosten für die Umweltschäden einzuschätzen, die Rumänien und Bulgarien seit Juni 2011 infolge der „negativen und ungerechtfertigten Entscheidung“ über den Beitritt der beiden Länder zum Schengen-Raum erlitten haben. Zudem werden mögliche Mechanismen zur Entschädigung der finanziellen Verluste analysiert. Darüber hinaus erkennt das Europäische Parlament durch die Verabschiedung der Entschließung an, dass die Grundrechte der rumänischen Bürger und bestimmte Bestimmungen der europäischen Verträge verletzt wurden und räumt gleichzeitig ein, dass Rumänien diskriminiert wurde. Sobald die europäischen Foren die Diskriminierung Rumäniens anerkennen, müssen sie auch reagieren und Rumänien in der Angelegenheit Unterstützung zuerkennen.

Laut Victor Negrescu, Vizepräsident des Europäischen Parlaments (Partei der Sozialdemokraten) ist die Tatsache, dass die Entschließung im Kontext des Vetos europäische Grundrechte verletzte und Diskriminierung thematisierte, ein großer Fortschritt. Somit ebnete das Votum des Europäischen Parlaments den Weg, um die Angelegenheit vor Gericht zu bringen (Anm. d. Verf.: die Entschließung hat keine bindende Wirkung, ihre Relevanz besteht darin, dass diese politische Signale beinhaltet und dadurch die Richtung der gesetzgeberischen Tätigkeit beeinflussen kann). Negrescu hob auch die Tatsache hervor, dass in Folge dieser

---

<sup>131</sup> Laut der auf der Webseite des Europäischen Parlaments veröffentlichten Kurzfassung weist die Petition (europarl.europa.eu, 2023) darauf hin, dass Österreich bei der Abstimmung im Rat am 8. Dezember 2022 gegen Artikel 2 EUV und Artikel 4 EUV über die loyale Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten durch die Vorlage falscher Daten über Migrationsrouten verstoßen habe.

EntschlieÙung in der EU rechtliche Instrumente geschaffen wurden, um im Falle einer Ablehnung entsprechende Reaktionen seitens der europäisohen Institutionen zu ermögliehen. Relevant sei auch, dass das Europäische Parlament mit der EntschlieÙung die Europäische Kommission auffordert, die Verluste Rumäniens (und Bulgariens) zu berechnen und die Möglichkeit eines Entschädigungsmechanismus zu finden (Stanciu, 2023, 12. Juli).

Die in dieser EntschlieÙung erfassten politischen Botschaften sind von entscheidender Bedeutung für die Initiatoren aber auch für Rumänien. Neben den politischen Aspekten (das Veto der Republik Österreich wird verurteilt und Rumänien wird in seiner Annahme bestätigt, diskriminiert worden zu sein; der Rat wird aufgerufen, bis Ende 2023 eine Entscheidung mit Blick auf den Beitritt zu treffen und der spanische EU-Ratsvorsitz wird um prioritäre Agendasetzung gebeten) und den juristischen Auswirkungen zeigt die EntschlieÙung eine Reihe von Themen auf, die sich auf die Auswirkungen des Vetos auf Rumänien und auf die erlittenen Schäden beziehen. Negrescu betonte, dass die Untersuchungen des Europäischen Parlaments nicht nur für Rumänien und Bulgarien gemacht wurden sondern für die gesamte EU: „Die EU kann nicht überleben, wenn sie sich so verhält, wie es die österreichische Führung in Bezug auf den Beitritt von Rumänien und Bulgarien getan hat“ (caleaeuropeana.ro, 2023, 28. November).

Negrescu selbst hat im Europäischen Parlament einen Bericht - „REPORT on the implementation of Treaty provisions concerning special legislative procedures. 1.12.2023 - (2023/2083(INI))“ - zur Annahme vorgelegt, der sich für eine stärkere Rechtsbindung bei Entscheidungen im EU-Rat einsetzt (Europäisches Parlament, 2023, 1. Dezember). Der Bericht fordert, dass Vetos nur auf rechtlich fundierten Argumenten basieren dürfen, die den EU-Verträgen entsprechen. Er schlägt vor, die interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtsetzung zu überarbeiten, um eine rechtliche Prüfung von Vetos zu ermöglichen und diese bei fehlender Rechtsgrundlage vom Europäischen Gerichtshof aufheben zu können. Zudem werden, um politisch motivierte Blockaden zu überwinden, Mechanismen mit dem Ziel vorgeschlagen, die Effektivität und Glaubwürdigkeit der EU-Institutionen zu sichern. Der Bericht betont, dass politische Blockaden wie beim Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens, die Funktionsfähigkeit und das Vertrauen in die EU schwächen. Die Vorschläge zielen darauf ab, rechtliche Standards zu stärken, politische Instrumentalisierung zu reduzieren und die europäische Integration voranzutreiben.

Interessant ist das Schengen-Veto auch aus der Perspektive der öffentlichen Kommunikation, angesichts der Tatsache, dass die Ereignisse aus der Schengen-Debatte vom ersten Augenblick an vor den Augen der Öffentlichkeit stattgefunden haben (Europäisches Parlament, 2023, 1. Dezember). Angesichts der politischen Sensibilität der Migrationsproblematik und der Neigung zur medialen Inszenierung der öffentlichen Stellungnahmen in einem wahlkampfbedingten Kontext, wurde der Kommunikation große Bedeutung beigemessen.

Rumänien befand sich plötzlich wochen- und monatelang im Fokus der Berichterstattung und es galt, diese fokussierte Aufmerksamkeit auch in der Phase der Abkühlung des Schengen-Geschehens für eine längere Zeit aufrechtzuerhalten. Diese unerwartete Aufmerksamkeit hat Rumänien besonders in der Republik Österreich genutzt, um sein Narrativ zum Schengen-Veto zu vermitteln. Darüber hinaus hat das Land auch versucht, sein Image in der Wahrnehmung der österreichischen Öffentlichkeit zu schärfen und insbesondere Themen mit Österreichbezug zu fördern, wie etwa die wirtschaftlichen Beziehungen oder die Energiekooperation durch OMV.

In der Zeitspanne 2022-2024 übte die Botschaft von Rumänien in Wien eine aktive Kommunikationsfunktion aus und bemühte sich, die ausgebliebenen politisch-diplomatischen Kontakte einer suspendierten bilateralen Zusammenarbeit mit positiver Kommunikation über die Rolle Rumäniens in der EU, in der NATO und im Kontext der Unterstützungsbemühungen der benachbarten Ukraine, aber auch über die strategische Relevanz der bilateralen Beziehungen zu füllen. Geleitet von einem Botschafter der für seine frühere Tätigkeit als Journalist und Redakteur von Radio Freies Europa bekannt war, schien die Botschaft in Wien eine vielfältige Kommunikationsstrategie vorgenommen zu haben, um die österreichische öffentliche Meinung für Rumäniens Anliegen zu sensibilisieren, die bilaterale Atmosphäre zu verbessern und den Boden für die Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche durch „Soft-Power“-Ansätze der öffentlichen und Kulturdiplomatie zu ebnet. Wie die offizielle Webseite ([viena.mae.ro](http://viena.mae.ro)) und die Facebook-Präsenz der Botschaft dies unter Beweis stellen, wurde in den Jahren 2023 und 2024 ein abwechslungsreiches Arbeitsprogramm der öffentlichen Diplomatie in Wien umgesetzt, unter anderen mit kulturellen Höhepunkten in den renommiertesten Kulturhäusern der Metropole, mit öffentlichen Debatten über Rumäniens Beitrag im Rahmen der Drei-Meere-Initiative, über die Präsentation der Vorteile der partiellen Aufhebung der Schengen-Kontrollen im Luft- und Seeverkehr (Anm. d. Verf.: eine

ausführliche Liste mit Beschreibung der Veranstaltungen ist auf der offiziellen Webseite der Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich aufzufinden: [viena.mae.ro](http://viena.mae.ro) und auf <https://www.facebook.com/ambasadaromanieiaustria/>).

Die öffentlichen Stellungnahmen und Aussendungen der Botschaft in den letzten zwei Jahren (2023-2025) weisen auf eine öffentliche strategische Kommunikation zum Thema Schengen und zur Rollenwahrnehmung des Landes in wichtigen geopolitischen und sicherheitspolitischen Dossiers hin. Es ist anzunehmen, dass diese Kommunikationsstrategie zu einem wichtigen und unerlässlichen Begleitmodus der bilateralen Gespräche wurde, die ab Mitte des Jahres 2023 vorsichtig aufgenommen wurden.

Die Schengen-Blockade erwies sich als eine wichtige „Lektion“ für die bilaterale Beziehung: Die kritische Phase des österreichischen Vetos hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig solide bilaterale Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten sind. Genauso bestätigte sich in Folge dieser bilateralen Krise die Rolle der engen Kontakte und der informellen Netzwerke, von Wirtschaftstreibenden, von rumänischen Intellektuellen, Kulturschaffenden und Wissenschaftler, die durch ihre Beiträge eine Vermittlung des Schengen-Problems in der österreichischen Öffentlichkeit förderten haben.

Die Lösung der Schengen-Blockade gab inmitten der Präsidentschaft- und Parlamentswahlen im Herbst 2024 in Rumänien Anlass für eine Profilierung der politischen Akteure. Im Wahlkampf wurde die Schengen-Vollendung als Erfolg der rumänischen Politik inszeniert.

„Der Bundeskanzler gilt heute fast als Wahlmagnet in Bukarest“, so ein „Kurier“-Gastkommentar (2024, 23. November). Dem österreichischen Bundeskanzler hat das Schengen-Veto innenpolitisch keine Vorteile verschafft, er konnte die FPÖ nicht besiegen und musste am 6. Januar 2025 zusehen, wie der FPÖ-Parteiboss Herbert Kickl vom Bundespräsidenten den Auftrag erhielt, Verhandlungen für eine Regierungskoalition aufzunehmen. Der Rückzug des ÖVP-Kanzlers aus den Dreierkoalitionsverhandlungen hat erst den Weg Kickls zur Regierungskoalitionsverhandlungen geebnet.

Der rumänische Premierminister Marcel Ciolacu, unter dessen Mandat die Schengen-Vollmitgliedschaft erzielt wurde, schien aus dem Schengen-Erfolg auch keine politischen Vorteile gezogen zu haben. Er hat es nicht geschafft, in die zweite Runde der

Präsidentchaftswahlen (die erste Runde wurde sogar in der Zwischenzeit annulliert), einzuziehen. Ihm ist es aber gelungen, durch eine Mischung von Annäherungsversuchen und offener Kritik den Weg für die Wiederbelebung des Kontaktes zum österreichischen Bundeskanzler zu ebnen und sich mit ihm über eine Arbeitsweise zu verständigen, die zur Lösung geführt hat. Innenminister Cătălin Predoiu von den Liberalen wird in Rumänien als „Architekt der Annäherung“ gefeiert (Kurier, 2024, 22. November).

#### *3.4.4. Fazit*

Nach der Absolvierung der erstmaligen EU-Ratspräsidentschaft 2019 stellte die Aufhebung des österreichischen Schengen-Vetos eine weitere komplexe europäische Herausforderung für Rumänien dar, anhand welcher das Land wachsen, sich als „EU-reif“ beweisen und sich in seiner europäischen Rolle „angekommen“ zeigen konnte. Anders als die EU-Ratspräsidentschaft, die zum EU-„Pflichtprogramm“ gehört, war das Veto ungeplant und überraschend, dementsprechend machte auch spontane, improvisierte Lösungen und Ansätze notwendig.

Angesichts der großen medialen Wirkung des Vetos stand Rumänien und viele seiner Schwerpunktthemen plötzlich im Zentrum des öffentlichen Interesses. Das Land erhielt in kürzester Zeit eine große europaweite Sympathiewelle: alle Mitgliedstaaten sprachen sich für seinen Schengen-Beitritt aus, die EU-Institutionen auch, mit Ausnahme der Republik Österreich. Die Empathie mit Rumänien rückte das Land mitten ins europäische Licht und ermöglichte, endlich ein positives Narrativ über Rumänien zu präsentieren. Dazu gehörten neben der Schengen-Problematik Themen, wie Rumäniens Einsatz für die Ukraine und für den Außengrenzschutz, seine Rolle am Schwarzen Meer, die Getreidetransporte entlang der Solidarity Lanes, seine Unterstützung für die Erweiterung u.v.m. Diese europaweite Aufmerksamkeit barg auch die Gefahr der amplifizierten Reaktionen und Kritik im Falle von nicht gut durchdachten Vorstößen und Aktionen - dies stellte eine Gefahr, aber auch eine Chance für strategische Kommunikation dar, von welcher sich die Akteure bedienen konnten. Nicht zuletzt schaffte die europäische Aufmerksamkeit auch die Szene, um als Land nicht nur zu reagieren, sondern als Policy-Shaper zu agieren.

Die Reaktion Rumäniens auf das österreichische Veto gegen seinen Beitritt zum Schengen-Raum zeigt beispielhaft, mit welcher breiten Flexibilität die Ansätze des Policy-Takers und des

Policy-Shapers im Prozess der Vertiefung des europäischen Integrationsprojektes genutzt werden konnten. Rumänien war bemüht, als Policy-Taker mit institutioneller und strategischer Ruhe und Disziplin zu agieren und gleichzeitig als Policy-Shaper durch gezielte Einflussnahme die politische Dynamik der Verhandlungen in die gewünschte Richtung zu steuern. Diese zweigleisige Strategie verdeutlicht die Bedeutung von Anpassung und pro-aktivem Handeln in der europäischen Politik und beweist auch, dass die Ansätze des Policy-Takers und des Policy-Shapers in einer funktionalen Symbiose eingesetzt werden können.

Das Instrumentarium des Policy-Takers und des Policy-Shapers bestand aus pragmatischen, dosierten Demarchen, Maßnahmen und Initiativen. Anhand einer flexibel artikulierten Strategie wurden diese Instrumente gekonnt angewandt und der Umgang der rumänischen Seite mit diesem Dossier widerspiegelte den Zustand der EU: „a work in progress“.<sup>132</sup>

Es ist anzunehmen, dass Rumäniens EU-Profil in der Betrachtung der Mitgliedstaaten aufgrund der Lösung der österreichischen Blockade an Konsistenz und an Reputation gewinnen wird. Das Land hat sich bemüht, das Image eines proaktiven und kooperativen Mitgliedstaates der EU zu festigen. Es wurde anerkannt, dass das Land in die europäische Migrationsdebatte positive Akzente einbringen konnte (Policy-Shaper) und das Veto nicht als Vorwand nutzte, um die Gespräche auf europäischer Ebene zu Migration und Asylproblematik zur Stagnation zu bringen beziehungsweise andere Dimensionen in die Problematik einzubeziehen (NATO, OSCE PiE). Diese Möglichkeiten wurden zwar in der Debatte aufgezeigt, umgesetzt wurden diese aber nicht und das stärkt die These, dass Rumänien die Schengen-Verhandlungen aus der Position eines konstruktiven Partners steuern wollte. Rumänien stellte seine Fähigkeit unter Beweis, sich vielmehr aktiv und konstruktiv in die europäischen Debatten einzubringen und zeigte sich als verantwortungsvoller Partner, der auch in der Zukunft positive Akzente setzen kann.

Insgesamt hat das Land sein Image-Defizit („Nachzügler“) verbessern können: Rumänien hat die Argumente der österreichischen Seite systematisch abgebaut („Rumänien ist weder ein

---

<sup>132</sup> Wallace, H., & Hayes-Renshaw, F. (2003). *Reforming the Council: A Work in Progress?* Swedish Institute for European Policy Studies; Sonia de Camargo. (2006). *Europe debates its destiny*. In R. Tiersky & E. Jones (Eds.), *Europe today: National politics, European integration, and European security* (S. 17–32). Rowman & Littlefield.

Transit- noch ein Herkunftsland der Migration“) und nutzte die öffentliche Aufmerksamkeit auch dafür, um weitere Facetten seines EU-Profiles ausformulieren zu können, wie etwa seine Rolle als regionaler Sicherheitsanbieter (Digi24, 2024, 29. März). Aber Rumänien zeigte auch den vielseitigen Einsatz, den das Land für die Unterstützung der Ukraine gebracht hat und seine Rolle als kohäsionsförderndes Mitglied der EU und der NATO.

Rumänien blieb während der kritischen Zeit des Vetos seinem pro-europäischen Profil grundsätzlich treu. Das Land zeigte sich verantwortungsvoll und bemühte sich darum, das Gleichgewicht und den Zusammenhalt der Europäischen Union zu schützen, einschließlich seiner bilateralen Beziehung zur Republik Österreich: „viel wichtiger ist es, die guten politischen, wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Österreich zu sehen, die Partnerschaften, die über Jahre halten, die Investitionen der Österreicher hier und auch die vielen Rumänen, die Österreich als Wahlheimat gewählt haben. Das alles soll auf keinen Fall durch ein Veto beeinträchtigt werden“<sup>133</sup> (Der Standard, 2024, 22. November).

Ab 1. Januar 2025 ist Rumänien vollwertiges Mitglied des Schengen-Raums. Nach der Erfahrung der letzten zwei Jahren eine Bilanz der Geschehnisse und der Entwicklungen steht an. Eine allfällige Bilanz sollte für Rumänien aber auch für die EU und auf der bilateralen Schiene für die Republik Österreich von Bedeutung sein: eine Lektion, anhand welcher für die Zukunft Schlüsse gezogen werden können. Die Erfahrungen sollten dazu dienen, das Vertrauen zu stärken, Optimierungsmaßnahmen des politischen, administrativen, kommunikativen Handelns in die Wege zu leiten. Als Basis dienen dazu die Erkenntnisse, die das Land infolge der Klagen vor dem EuGH und aus den Schengen-Berichten und Petitionen im Europäischen Parlament formulieren kann.

Auch intern sind in Rumänien Reflexionsprozesse unerlässlich. Es gehört aufgeklärt, wie die politischen Strukturen funktioniert haben, welche Kommunikationskanäle Nachbesserung brauchen und wie die Mechanismen optimiert werden können, um die großen Prozesse der Europa- und Außenpolitik in Krisenzeiten effizient zu beobachten und mitzugestalten. An dieser Stelle hält diese wissenschaftliche Untersuchung die klare, aufwertende Betrachtung der bilateralen Botschaften in den EU-Mitgliedstaaten für wichtig.

---

<sup>133</sup> Interview mit dem rumänischen Regierungschef Marcel Ciolacu geführt von Adelheid Wölfl und veröffentlicht am 22. November 2024 in „Der Standard“ unter dem Titel: „Wahlmarathon. Rumäniens Premier Ciolacu: „Extremistische Kräfte müssen isoliert werden.“

Welche Erfahrungen können die EU und die einzelnen Mitgliedstaaten aus dem Veto ziehen? Inwieweit können diese Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der Europäischen Union beitragen, welche Aspekte sind für die EU problematisch und wie könnten diese optimal weiterentwickelt und gestaltet werden? Die Petitionen und die EP-Berichte (siehe Bericht von Victor Negrescu), die zwecks Strafmaßnahmen gegen Österreich verfasst wurden, haben in deren Effekten schon eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen generiert, die die Funktionsfähigkeit der EU verbessern sollten und gleichzeitig ein erweitertes rechtliches Instrumentarium für künftige Veto-Situationen anbieten. Diesbezüglich hatte das Veto vor dem Hintergrund einer negativen Situation eindeutig positive Effekte für die EU-Gesetzgebung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Veto der Republik Österreich gegen den Schengen-Beitritt Rumäniens weitreichende, ressortübergreifende, kurz- und langfristige Folgen hatte. Es handelt sich um nationale, bilaterale, europäische und geopolitische Folgen. Kurzfristig gelang es der Republik Österreich, das Thema der Schengen-Erweiterung mit der komplexen Asylthematik zu verbinden und dadurch eine reale Bedrohung für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung aufzuzeigen. Wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, hat dieser Versuch nicht die innenpolitischen Resultate gebracht, die die ÖVP erhoffte. Mit den Worten des Ökonomen Amos Michael Friedländer: „Dieser Schuss ging nach hinten los“ (Die Presse): die ÖVP hat es nicht geschafft, sich gegen die FPÖ zu stärken und Bundeskanzler Karl Nehammer zog sich nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen aus dem Regierungsamt und aus der Funktion als Parteiobmann zurück.

Langfristig riskiert das Veto durch seine Effekte, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu belasten und den Prozess der europäischen Vertiefung zu verzögern. Dieser Vorfall verdeutlicht die komplexe Dynamik, die zwischen nationalen Interessen und europäischer Solidarität besteht. Das sind genau jene Herausforderungen, denen sich die EU in einer sich schnell verändernden geopolitischen Landschaft gegenüber sieht. Trotz der Aufhebung der Schengen-Blockade mit 1. Januar 2025 und der spürbaren Erleichterung bei den rumänischen, österreichischen und europäischen Entscheidungsträgern bleibt abzuwarten, inwieweit Österreich und Rumänien in der Lage sind, aus dieser Krise zu lernen und ihre Beziehungen zu verbessern.

Am 1. Januar 2025 fängt die sogenannte „Kintsugi“-Phase der österreichisch-rumänischen Kooperation, die höchstwahrscheinlich auf gemeinsame strategische Schwerpunkte gerichtet

sein wird, wie etwa die Energiekooperation (mit Schwerpunkt OMV). Die zentrale Frage, die für die nächste Phase nach dem gelösten Veto relevant erscheint, ist die des Vertrauens: vor dem Hintergrund einer allgemeinen Vertrauenskrise in der und in die EU benötigen die Mitgliedstaaten klare Leitlinien und gemeinsame Leuchtturmprojekte, um die Zusammenarbeit wieder in vertrauter Atmosphäre fortsetzen zu können.

Schengen kann als Ausdruck des Vorhandenseins des „fragilen“ Vertrauens<sup>134</sup> zwischen den Mitgliedstaaten betrachtet werden, so António Vitorino in seinem Vorwort zum 55. Policy Paper des Instituts Delors und des European Policy Centre (EPC) (Pascouau, 2012, 7. April). Er schreibt, dass die Eckpfeiler des Schengen-Raums die Solidarität und gegenseitiges Vertrauen seien. Der Autor betont, dass der Schengen-Raum an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Partnern beruht und dies sei insbesondere bei den Kontrollen wichtig, die die Einreise in das gemeinsame Hoheitsgebiet betreffen. Der Autor betont die Bedeutung der Solidarität unter dem Aspekt der finanziellen und operationellen Last, die vor allem die Staaten an den Außengrenzen tragen (Pascouau, 2012, 7. April, Executive Summary).

Eine mögliche institutionelle Resonanz des Vetos in der EU könnte darin bestehen, dass dadurch eine pragmatische Debatte zu den Limitierungen des Instrumentes und zu den Auswirkungen der Blockadesituationen im Allgemein auf das Projekt der europäischen Integration initiiert wird. Die diesbezüglichen institutionellen Vorschläge, die die rumänische Seite formuliert hat (siehe Negrescu Bericht im Europäischen Parlament, europarl.europa.eu, 2023, 12. Dezember), um die Anwendung der Instrumentes des Vetos in der Zukunft anhand eines Kriterienkatalogs zu regeln, stellen einen positiven, rumänischen Beitrag dar.

---

<sup>134</sup> "Schengen and solidarity: The fragile balance between mutual trust and mistrust".

#### **IV. Fazit und Ausblick**

Die vorliegende Dissertation widmete sich der Untersuchung des Wandels Rumäniens in der Europapolitik von einem Policy-Taker hin zu einem Policy-Shaper. Die Untersuchung folgte der wissenschaftlichen Fragestellung, Rumäniens Agieren unter dem Aspekt des Policy-Takers und / oder des Policy-Shapers zu analysieren und nahm sich vor, argumentierte Schlüsse über seine europapolitischen Artikulationen zu ziehen. Dabei wurden drei ausgewählte, als illustrativ erachtete Etappen der Gestaltung der rumänischen Europapolitik mit dem theoretischen Ansatz der Europäisierung in ihrer Artikulation als Policy Taker und/oder Policy Shaper untersucht: die erste rumänische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2019, die Positionen Rumäniens im Kontext des Ukraine-Krieges sowie die Auseinandersetzung mit dem Schengen-Veto der österreichischen Regierung von 8. Dezember 2022. Es handelt sich hierbei um eine ereignisreiche Phase zwischen dem 1. Januar 2019 (Auftritt der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft) bis zum 31. Dezember 2024 beziehungsweise dem ersten Tag des Jahres 1. Jänner 2025 (der erste Tag der Vollmitgliedschaft Rumäniens im Schengen-Raum).

In dieser Forschungsperiode wurden die politischen Positionierungen Rumäniens durch prägende Ereignisse bedingt und beeinflusst, wie der russische Angriffskrieg in der Ukraine und seine Folgen, aber auch das Veto der österreichischen Regierung von 8. Dezember 2022 gegen Rumäniens Schengen-Beitritt. Diese Ereignisse boten nicht nur eine umfassende Grundlage für die Analyse, sondern erwiesen sich auch als Schlüsselmomente, um Rumäniens Agieren als Policy-Taker oder / und Policy-Shaper zu beobachten. Die drei Fallstudien verdeutlichen, wie Rumänien in der Europäischen Union versucht hat, seine Rolle und Einflussnahme sukzessive zu erweitern und bei der Förderung seiner Prioritäten - parallel zur Fortsetzung der Anpassungsbemühungen an die EU-Regeln (Policy-Taker) - spezifische eigene Akzente (Policy-Shaper) zu setzen.

Die EU-Ratspräsidentschaft 2019 markierte den Beginn eines deutlicheren politischen Profils, das durch eine proaktive und koordinierte Agenda geprägt war. Im Ukraine-Krieg bewies Rumänien, dass es nicht nur auf EU-Initiativen reagiert, sondern durch eigenständige Beiträge, wie bedingungslose politische Unterstützung in Namen des Primats des internationalen Rechts, humanitäre Hilfe und Außengrenzschutz, aber auch die Ermöglichung der Getreidetransporte

durch die Soliarity Lanes, Akzente setzte. Im Kontext des Ukraine-Krieges (in diesem Fall *window of opportunity*) hat Rumänien auch die Chance ergriffen, um für eine stärkere strategische Aufwertung der Region des Schwarzen Meeres in der Wahrnehmung der EU und der NATO zu werben. Die Gipfelerklärung des Washington Summits ist eine klare Bestätigung dafür, dass das Land mit diesem Vorhaben reüssierte, was dem Agieren eines Policy-Shapers zu verdanken sei. Schließlich demonstrierte der Umgang mit dem Schengen-Veto wie Rumänien aus einer Krisensituation heraus proaktiv agierte und durch legislative und diplomatische Initiativen mittelfristig für die Etablierung einer stärkeren Handlungsfähigkeit in der EU bemühte.

Die Erkenntnisse der Untersuchung zeigen, dass Rumänien in der genannten Forschungsperiode einen kombinierten Ansatz verfolgt hat, der sowohl Elemente eines Policy-Takers als auch eines Policy-Shapers integrierte. Dieser hybride Ansatz erlaubte es dem Land, flexibel auf externe Herausforderungen zu reagieren und gleichzeitig eigene Akzente in der Europapolitik zu setzen.

Wenn Angelescu in der Studie „Punching below its weight. Europeanisation and Romanian foreign policy“ (n.D.) der Außenpolitik von Rumänien nach der Wende 1989 ein kritisches Zeugnis des nicht ausgeschöpften Potenzials ausstellt, eine der ersten Schlussfolgerungen dieser Forschung bezieht sich auf die Tatsache, dass die rumänische außen- und Europapolitik nach einer relativ langen Phase der Policy-Taking spätestens ab dem Zeitpunkt der Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft in der Lage war, Schritte in Richtung eines Policy-Shapers zu setzen. Das informelle Sibiu-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und die in diesem Rahmen angenommene „Erklärung von Sibiu“ über die gemeinsame Zukunft der EU (Rat der Europäischen Union, 2019, 9. Mai) stellen einen wichtigen Meilenstein in der Artikulation des Profils eines pro-europäischen Mitgliedstaates dar, welcher die Herangehensweise des Policy-Takers (Erfüllung der Rollen und Funktionen der EU-Ratspräsidentschaft) mit der Schwerpunktsetzung eines Policy-Shapers kombiniert. Für die Artikulation des pro-europäischen Mitgliedstaates Rumäniens war es wichtig, ein informelles Gipfeltreffen zum allerersten Mal im eigenen Land abzuhalten und dadurch auch auf dieser Weise Teil der europäischen „Zukunftsgespräche“ zu werden.

Es wurde in dieser Forschungsarbeit argumentiert, dass Rumänien die formelle, zwar ambigue Rolle des EU-Ratsvorsitzes so ausfüllte, dass es dabei die Internalisierung der Präsidentschaftsrollen und -funktionen unter Beweis stellen konnte (Policy-Taker). Darüber

hinaus, mit der Kohäsion stellte das Land eigene Akzente als Policy-Shaper, ein Ansatz welcher seitdem konstanter Teil der rumänischen europa- und außenpolitischen Positionen geworden ist und dank seinem holistischen Charakter ihren Weg in die europäischen Debatten und Strategiedokumente gefunden hat.

Das Leitmotiv der Kohäsion zog sich seitdem in zahlreichen außenpolitischen und europapolitischen Dossiers des Landes durch und wurde in der Zeit nach der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft in die Europapolitik integriert und konsequent gefördert. Die guten Ergebnisse und Eindrücke die Rumänien in seiner Rolle als erstmaliger EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2019 machen durfte haben dazu beigetragen, dass das Land sein Profil innerhalb der EU stärken konnte.

Im Kontext des Krieges in der Ukraine sah sich das Land in seinen Positionen betreffend Russland und mit Hinblick auf die Notwendigkeit der Stärkung der EU- und NATO-Präsenz an der östlichen Flanke bestätigt und konnte dementsprechend als Policy-Shaper Schwerpunkte setzen (Priorisierung des Schwarzen Meeres, Unterstützungsansätze für die Republik Moldau u.v.m.). Die Art und Weise, wie Rumänien die EU-Positionen, sei es die Sanktionspakete oder die geopolitischen Initiativen in dem besagten Raum (Schwerpunkt Schwarzes Meer, Drei-Meere-Initiative und Östliche Dimension) unterstützte und förderte, indem es auf die Solidarität der EU und die Einheit der EU-Positionen pochte, stellt seinen Anspruch unter Beweis, als konstruktiver und glaubwürdiger Akteur wahrgenommen zu werden. Angesichts der Ukraine-Politik der EU beweist sich Rumänien als ein modellhafter Policy-Taker. Gleichzeitig lanciert das Land Initiativen für die Unterstützung der Ukraine die darauf gezielt sind, die Effekte der EU-Politiken zu betonen, diese zu ergänzen und komplementäre Vostöße zu tätigen (siehe Solidarity Lanes).

Geschickt hat das Land in diesem komplizierten Kontext auch seine spezielle Prioritäten so auf die Bühne bringen können, dass diese als gesamteuropäische Ansätze wahrgenommen worden: es geht hier vor allem um die Republik Moldau und um die Aufwertung der Relevanz des Schwarzen Meeres sowohl durch die EU, als auch durch die NATO. Vor dem Hintergrund der Anerkennung seiner wichtigen Rolle in der Artikulierung der komplexen Antwort der EU auf den Krieg in der Ukraine, sowohl durch die EU und NATO als auch durch den strategischen Partner, den Vereinigten Staaten von Amerika, kam die Blockade im Schengen-Dossier als bitterer Rückschlag.

„Schengen“ ereignete überraschend in einem Moment der fortentwickelten Selbstbestimmung und Selbstbestätigung des Landes als EU-Mitgliedstaat, in einer positiven Phase des europäischen Weges Rumäniens, als das post-Beitritts-Instrument CVM aufgehoben wurde und das Land als Policy-Shaper immer öfter regionale Initiativen setzte, insbesondere mit Bezug auf seine Nachbarschaft, Sicherheitsfragen und nicht zuletzt die Republik Moldau.

Die erste EU-Ratspräsidentschaft Rumäniens wurde lange im Voraus als europäisches Ereignis angekündigt, wodurch dem Land ausreichend Zeit für die Vorbereitung auf diese Rolle zur Verfügung stand. Im Gegensatz dazu traf das Schengen-Thema Rumänien unerwartet, wodurch das Land gezwungen war, spontan und mit den Fähigkeiten sowie Instrumenten zu agieren, die es seit seinem EU-Beitritt im Jahr 2007 erworben hatte. Die Schengen-Frage stellte somit eine plötzliche Bewährungsprobe für Rumäniens EU-Reife dar – sowohl im Hinblick auf die politische Positionierung als auch auf den effektiven Umgang mit den Mechanismen und Instrumenten, die in einer derartigen Krisensituation aktiviert werden müssen.

Die Art und Weise wie Rumänien in dieser sensiblen Situation agierte, indem es versuchte, die Blockade durch pragmatische und konstruktive, zielorientierte Gespräche zu lösen, sich im Laufe des Prozesses stets mit den Anforderungen und Erwartungen der österreichischen Seite auseinandersetzte und seine Lösungsansätze als Beiträge für eine gemeinsame europäische Lösung präsentierte, kann als ein wichtiger Beweis seines kohäsionsfördernden, kompromissuchenden Profils betrachtet werden. Gleichzeitig aber auch eines Landes welches auf Respekt und Gespräche „auf Augenhöhe“ Wert legt.

Das Schengen-Dossier bietet eine geeignete Fallstudie, um die eingangs formulierte Forschungsfrage zu untersuchen, wie Rumänien in komplexen Situationen agiert und ob es in der Lage war, als Policy-Shaper prägende Akzente zu setzen. Ausgehend vom theoretischen Ansatz der Europäisierung stellt Schengen ein exemplarisches Analysefeld dar, um zu beleuchten, wie Rumänien mit einer Situation umging, in der der Anpassungsdruck im Zuge der Europäisierung nicht auf der Ebene des betroffenen Mitgliedstaates – in diesem Fall Rumänien – sondern auf der Ebene eines EU-Akteurs, hier der Republik Österreich, entstand. Diese Konstellation bezeichne ich in Anlehnung an Radaellis Definition (2003) als *reverse misfit* (vom politischen Charakter) bezeichnet. Im Kapitel III.3 wurde analysiert, wie Rumänien durch einen hybriden Ansatz, der Elemente des Policy-Takers und des Policy-Shapers vereint, erfolgreich die Überwindung dieses Hindernisses auf dem Weg zur europäischen Freizügigkeit erreichte.

Anhand der Fallstudie des Schengen-Vetos konnten auch wichtig Aspekte der europäischen Zusammenarbeit, der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union aber auch mögliche Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU, mit allen politischen, institutionellen und gesellschaftlichen Rollen studiert werden. Es ist an dieser Stelle wichtig anzumerken, dass die unterschiedlichen Berichte, Petitionen und politischen Vorstöße aus der Zeit der Verhandlungen zu Schengen die Feststellung zulassen, dass Rumänien durch seine Vertreter im Europäischen Parlament, aber auch aus der Zivilgesellschaft dazu beitragen konnte, dass die Umstände und Bedingungen der Veto-Entscheidungen in der Zukunft transparenter und anhand eines Prinzipienkatalogs beurteilt werden könnten. Dies wäre eine willkommene Nachricht für die EU-Handlungsfähigkeit, erschwert durch den Einstimmigkeitsprinzip, aber auch für die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen.

Die Analyse des Schengen-Vetos ermöglicht eine vertiefte Untersuchung zentraler Aspekte der europäischen Zusammenarbeit, der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sowie der potenziellen Spannungen (und der Vermeidung solcher Spannungen) zwischen den Mitgliedstaaten und der EU. Dabei werden die politischen, institutionellen und gesellschaftlichen Rollen in den Fokus genommen. Besonders hervorzuheben ist, dass verschiedene Berichte, Petitionen und politische Initiativen aus der Verhandlungsphase zu Schengen darauf hindeuten, dass Rumänien – vertreten sowohl durch Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch durch Akteure der Zivilgesellschaft – maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die rechtlichen Grundlagen so angepasst werden, dass zukünftige Veto-Entscheidungen transparenter und nach einem klar definierten Prinzipienkatalog gestaltet werden können. Diese Entwicklung stellt eine positive Perspektive für die Handlungsfähigkeit der EU dar, die durch das Einstimmigkeitsprinzip oft erschwert wird. Gleichzeitig birgt sie Potenzial, die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen zu verbessern.

Die analysierte Zeitspanne (1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2024) wurde durch eine kontinuierliche inhaltliche Konsolidierung der Schwerpunkte und Leitmotive der rumänischen Europapolitik geprägt. Während dieses Zeitraums lassen sich klare Tendenzen zur Festigung strategischer Prioritäten erkennen, die auf eine zunehmend kohärente und zielgerichtete europapolitische Ausrichtung des Landes hinweisen. Diese Entwicklung zeigt sich sowohl in den großen Säulen des sogenannten „goldenen Dreiecks“ als auch in den spezifischen

Leitmotiven der rumänischen Europa- und Außenpolitik, die spätestens im Rahmen der ersten rumänischen EU-Ratspräsidentschaft formuliert und etabliert wurden.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Rumänien den thematischen roten Faden seiner ersten EU-Ratspräsidentschaft, die Kohäsion als gesamteuropäischer Wert, in seine europapolitischen Positionen die Ukraine betreffend systematisch einbaut und dadurch die Bedeutung des Begriffes erweitert. Kohäsion<sup>135</sup> sollte nicht bloß als Bezeichnung eines Politikinstrumentes für die Forcierung des Zusammenwachsens von Europa gelten - so Rumänien -, sie sollte politisches Leitmotiv und Credo einer europäischen Gemeinschaft werden, und sowohl ökonomisch, als auch sozial umsetzbar sein (Selaru, 2018).

Es wird die These vertreten, dass Rumäniens Reaktion auf die Schengen-Blockade durch die österreichische Regierung das Profil eines pragmatischen, konsensorientierten und prinzipientreuen Mitgliedstaates unterstrichen hat. Dieses Verhalten könnte mittelfristig positive Effekte für das internationale Image des Landes haben. Die Prinzipien, die Rumänien in der Folge konsequent verfolgte, waren dabei von zentraler Bedeutung: die Förderung einer konsensorientierten Entscheidungsfindung und die Wahrung der Einheit europäischer Positionen, der respektvolle und gleichberechtigte Umgang mit Verhandlungspartnern sowie eine ehrliche und transparente Verhandlungsführung. Darüber hinaus legte Rumänien großen Wert auf den Respekt gegenüber den EU-Beschlüssen und -Normen. Diese Prinzipien wurden in verschiedenen offiziellen Erklärungen und Pressemitteilungen der rumänischen Regierung sowie durch diplomatische Vertretungen explizit betont. Damit demonstrierte Rumänien nicht nur seine Bereitschaft, sich konstruktiv und regelkonform in die europäische Politik einzubringen, sondern auch seine Fähigkeit, in einer schwierigen Situation als verlässlicher und prinzipienfester Akteur zu agieren. Diese strategische Herangehensweise stärkt langfristig Rumäniens Position als ein integrierter und vertrauenswürdiger Mitgliedstaat innerhalb der Europäischen Union. Beispielsweise betonte der rumänische Präsident Klaus Werner Iohannis in einer Stellungnahme die Bedeutung der Zusammenarbeit und des Dialogs innerhalb der EU, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und die europäische Einheit zu stärken (Präsidentschaftsamt, 2024). Auch der rumänische Außenminister Bogdan Aurescu unterstrich in mehreren Interviews die Notwendigkeit, respektvoll und konstruktiv mit allen EU-

---

<sup>135</sup> Die rumänische Premierministerin Viorica Dancila kündigte das Motto der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft, „Kohäsion, unser gemeinsamer Wert“, vor der Öffentlichkeit an.

Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen (Digi24., 2023, 19. Januar). Diese Haltung trug letztlich dazu bei, dass Österreich sein Veto aufhob und Rumänien am 1. Januar 2025 vollwertiges Mitglied des Schengen-Raums wurde. Dieser Schritt wurde von der Europäischen Kommission und anderen EU-Institutionen als Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts innerhalb der Union begrüßt.

*Die drei „K“ der rumänischen Europapolitik (und Außenpolitik): Kohäsion, Kohärenz, Konsistenz*

Mit Blick auf die inhaltliche Entwicklung der rumänischen Europapolitik während der Forschungsperiode lassen sich einige konsequent verfolgte Leitlinien identifizieren, die bereichsübergreifend in allen Politikfeldern und Sachverhalten erkennbar sind. Diese roten Leitfäden prägen die strategische Ausrichtung Rumäniens und spiegeln die Bemühungen wider, eine kohärente und nachhaltige europapolitische Haltung zu etablieren, die sich durch Konstanz und Zielgerichtetheit auszeichnet.

Die roten Leitfäden, die als strategischer Rahmen anhand zahlreicher Beispiele identifiziert werden können sind Kohärenz, Konsistenz und Kohäsion. Im Hinblick auf die **Kohärenz** strebt Rumänien die Fähigkeit an, nationale Prioritäten mit den strategischen Zielsetzungen der Europäischen Union in Einklang zu bringen. Während der EU-Ratspräsidentschaft 2019 wurden beispielsweise wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohärenz gezielt gefördert, indem Themen wie Konvergenz, digitale Transformation und nachhaltige Entwicklung mit den EU-weiten Strategien abgestimmt wurden. Kohärenz wurde von Bukarest nicht lediglich als sektorspezifischer Ansatz definiert, sondern vielmehr als ein übergeordnetes Prinzip etabliert, das sämtliche politischen Handlungsfelder durchdringt. Dieses Konzept eines kohärenten politischen Vorgehens ist in allen Stellungnahmen Rumäniens wiederzufinden und hat sich mittlerweile als zentraler Grundsatz der rumänischen Europapolitik manifestiert.

Ebenso wurde Rumäniens kohärentes Vorgehen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg ab 2022 deutlich, als nationale Maßnahmen eng mit den von der EU koordinierten Sanktionen gegen Russland und der Unterstützung der Ukraine verbunden waren. In diesem Kontext agierte Rumänien nicht nur als logistischer Knotenpunkt für humanitäre und militärische Hilfe, sondern gewährte auch umfassenden Schutz für ukrainische Geflüchtete. Ein weiteres Beispiel für Kohärenz findet sich in den Verhandlungen über den Schengen-Beitritt (2022–2023), bei

denen Rumänien die Erfüllung der technischen und verwaltungstechnischen-prozeduralen Kriterien hervorhob und diese mit den Sicherheitsprioritäten der Europäischen Union verknüpfte. Rumänien agierte in dieser Situation als Policy-Shaper, indem es seine strategische Lage an der Ostflanke der EU sowie seine Verantwortung als „Außenposten“ der Union und seine Kapazitäten als NATO-Mitgliedsland betonte. Diese Argumente dienten dazu, das nationale Profil als Stabilitätsfaktor innerhalb der Europäischen Union zu festigen. Die von Österreich im Schengen-Dossier vorgebrachten Vorwürfe eines lückenhaften Grenzschutzes wurden von Rumänien entschieden zurückgewiesen. Stattdessen nutzte das Land die Debatte als Gelegenheit, seine Fähigkeiten und Kapazitäten im Bereich des Außengrenzschutzes zu demonstrieren und seine Rolle als verlässlicher Akteur im europäischen Sicherheitsgefüge zu untermauern.

Die **Konsistenz** der rumänischen Europapolitik spiegelt sich in der strategischen und langfristigen Verfolgung zentraler Leitmotive wider. So blieb das Bekenntnis zu den Prinzipien der Einheit und Kohäsion der EU seit der Grundsatzrede von Präsident Klaus Werner Iohannis im Oktober 2018 ein konstanter Bestandteil der rumänischen Positionierungen. Dieses Leitmotiv wurde auch in der Debattenreihe „This is Europe“ im Februar 2024 erneut betont (Europäisches Parlament, 2024, 7. Februar). Darüber hinaus setzte sich Rumänien über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg kontinuierlich für die Reform des EU-Einstimmigkeitsprinzips ein, insbesondere im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU (GASP) (Politico, 2023, 12. Juni), um eine effizientere und handlungsfähigere Union zu fördern. Ein weiteres Beispiel für Konsistenz ist Rumäniens aktive Beteiligung an der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitskooperation, insbesondere im Rahmen von PESCO (Permanent Structured Cooperation), wodurch das Land seine Unterstützung für eine stärkere Integration in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Beweis stellte.

Im Bereich der **Kohäsion** betonte Rumänien durchgehend die Bedeutung des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit innerhalb der EU. Insbesondere durch seinen Einsatz für die Stärkung der Außengrenzen im Rahmen des Schengen-Dossiers setzte sich das Land dafür ein, die Kohäsion zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten zu fördern („auf Augenhöhe“). Während der EU-Ratspräsidentschaft 2019 setzte sich Rumänien zudem für eine einheitliche Migrationspolitik ein, die auf Solidarität und Lastenteilung basiert, und demonstrierte so ein starkes Engagement für die Förderung gemeinsamer Verantwortung.

Es ist bemerkenswert, dass Rumänien, obwohl das Schengen-Dossier im öffentlichen Diskurs der rumänischen Entscheidungsträger nicht direkt mit Migration in Verbindung gebracht werden sollte, pragmatisch und konstruktiv zur Weiterentwicklung des komplexen EU-Dossiers zu Asyl und Migration beigetragen hat. Besonders deutlich wird dies durch die erzielten Fortschritte im Bereich „Justiz und Inneres“, die sich auf Migrationsmanagement, Außengrenzschutz, die Bekämpfung von Menschenhandel und Drogenkriminalität sowie die Vertiefung der polizeilichen Zusammenarbeit konzentrierten.

Die Schengen-Debatte mit Österreich scheint letztlich positive Effekte für die EU-Asyl- und Migrationspolitik gehabt zu haben. Rumänien hat Österreich bei den europäischen Verhandlungen zur Migration kontinuierlich unterstützt, wie etwa beim Sondergipfel zur Migration im Februar 2023, beim 5-Punkte-Plan mit Rumänien und Bulgarien sowie bei der Verabschiedung des Migrations- und Asylpakets. Diese Bemühungen zeigten die Bereitschaft Rumäniens, aktiv an der Lösung der Schengen-Blockade mitzuwirken. Die renommierte Migrationsforscherin Judith Kohlenberger (Der Standard, 2023, 26. Dezember) sieht Rumänien als potenziellen Vorreiter in der EU-Migrationskontrolle – ein bemerkenswerter Wandel, angesichts der von Österreich vorgebrachten Vetogründe, die Rumänien mangelnde Handlungsfähigkeit in der Bekämpfung illegaler Migration unterstellten.

Zudem hat sich in der Zwischenzeit die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den Innenministerien Rumäniens und Österreichs signifikant verstärkt. Es wurde eine breite Palette gemeinsamer Initiativen und Themen entwickelt, um den Schutz des Schengen-Raums zu gewährleisten, die Abläufe an den Außengrenzen effizienter zu gestalten und Rumäniens Rolle als verlässlicher Akteur beim Schutz der östlichen Außengrenze der EU zu stärken. Diese Entwicklungen verdeutlichen Rumäniens wachsende Bedeutung in der europäischen Migrations- und Sicherheitspolitik und untermauern seine Position als strategischer Partner innerhalb der Europäischen Union.

Die genannten Beispiele verdeutlichen, dass die rumänische Europapolitik in diesem Zeitraum durch eine stringente Orientierung an den Prinzipien der Kohärenz, Konsistenz und Kohäsion geprägt war. Diese strategische Ausrichtung ermöglichte es Rumänien, sowohl nationale Interessen effektiv zu vertreten als auch die europäische Integration und Zusammenarbeit nachhaltig zu stärken.

*Die Relevanz der Forschung für die Präsidentschaftsliteratur und für die Auseinandersetzung mit Rumänien und der Europäisierung*

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem europapolitischen Profilartikulationen Rumäniens in einer entscheidenden Phase seiner Post-Beitrittsgeschichte kann nicht nur für den untergeforderten Feld „Rumänien und Europäisierung“ oder „Rumänien in der Europäischen Union“, sondern auch für die sogenannte „Präsidentschaftsliteratur“ wertvolle Erkenntnisse liefern. Ich betrachte diese Forschung als einen allerersten Schritt im breiten Forschungsfeld der Europäisierung Rumäniens und komme zum Schluss, dass die vielschichtige und komplexe Interaktion des Mitwirkens im Rahmen der EU keineswegs ausschließlich mit der Herangehensweise eines Policy-Takers oder eines Policy-Shapers beschrieben werden kann. Die Fallstudie des Schengen-Dossiers stellt es unter Beweis, dass durch den kombinierten Ansatz eine Lösung erzielt werden konnte und dies setzte die gut abgestimmte Zusammenarbeit der Akteure voraus.

Die durch das österreichische Veto ausgelöste Krisensituation wurde in dieser Forschungsarbeit in Anlehnung an Radaellis *misfit* Konzept (2003) als *reverse misfit* definiert. Es wäre für eine weiterführende Forschung sicherlich spannend, wie meine eher spontan beschreibbare Definition mit einer theoretischen Grundierung für die spätere Auseinandersetzung mit solchen umgekehrten *misfit*-Situationen ausformuliert werden kann.

Das Ziel dieser Forschung bestand darin, einen fundierten Beitrag zur Kommunikation über die Europapolitik Rumäniens zwischen Wissenschaft und Praxis zu leisten. Aufgrund meiner beruflichen Nähe zum untersuchten Thema habe ich mich bewusst dagegen entschieden, eine auswertende Leistungsbilanz der rumänischen Europapolitik für den Forschungszeitraum 2019–2024 zu erstellen. Stattdessen lag der Fokus darauf, durch diese Arbeit zu einer besseren und argumentativ fundierten Informiertheit über Rumäniens europapolitisches Profil sowie die zugrunde liegenden Motive und Hintergründe beizutragen.

Die Dissertation verfolgt das Anliegen, ein umfassenderes Verständnis der rumänischen Europapolitik zu fördern und dadurch eine Grundlage für künftige, vertiefende Studien zu schaffen. Mit diesem wissenschaftlichen Beitrag soll nicht nur die Debatte über die Europapolitik Rumäniens bereichert werden, sondern auch Anreize für Forscherinnen und Forscher entstehen, weiterführende Untersuchungen in diesem Bereich durchzuführen.

### *Mögliche Lehren und Ausblick*

Zum Schluss bietet das Fazit einen kurzen Ausblick auf die Perspektiven der Weiterentwicklung der rumänischen Europapolitik in den nächsten Jahren. Es wird argumentiert, dass im Kontext der geopolitischen Entwicklungen auf europäischer und internationalen Ebene, aber auch in der unmittelbaren Region, und des bisherigen Europakurses des Landes als konsenssuchender, solidarischer und kohäsionsfördernder Mitgliedstaat die Weichen dafür gestellt wurden, dass das Bukarest eine aktivere, innovativere und mehr proaktive Europapolitik fördert und dadurch zur Stabilität in der Region und zur Solidarität in der Europäischen Union beiträgt. Insbesondere im jetzigen Kontext der aktuellen politischen Entwicklungen in der EU nach den Wahlen für das Europäische Parlament, hat Rumänien die Chance, mit eigenen Akzentsetzung Profil zu zeigen, insbesondere in den Schwerpunktthemen, wo es eine bewiesene und geschätzte rumänische Expertise vorhanden ist: die Region des Schwarzen Meeres und seine vielseitige sicherheitstechnische Herausforderungen, die Initiative der Drei Meeren und die EU-Strategie für den Donaauraum, die Erweiterung mit spezifischem Akzent auf die Republik Moldau und die Ukraine, um nur einige zu nennen.

Das Konzept des „goldenen Dreiecks“, das die strategische Ausrichtung der rumänischen Außen- und Europapolitik geprägt hat, bedarf einer präzisen Ausdifferenzierung und Neuausrichtung. Dieses Konzept, das auf den drei Säulen der EU-Mitgliedschaft, der NATO-Allianz und der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten basiert, wurde lange Zeit als stabile und unveränderliche Grundlage angesehen. Jedoch machen tiefgreifende globale Entwicklungen sowie interne Veränderungen in Rumänien deutlich, dass auch diese strategischen Säulen regelmäßig evaluiert und angepasst werden müssen, um sowohl den aktuellen Anforderungen als auch den zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Eine dynamische Weiterentwicklung dieses Konzepts wäre zu begrüßen, um Rumäniens Rolle als aktiver und gestaltender Akteur in einer zunehmend komplexen globalen Ordnung zu festigen.

Eine Neuausrichtung des „goldenen Dreiecks“ sollte keine inhaltliche Neuaufstellung bedeuten, sondern sollte darauf achten, dass die Grundsäulen gestärkt und verfestigt werden, beziehungsweise mit neuen Akzenten, Initiativen, Vorstößen ergänzt werden. Rumänien ist seit fast zwei Jahrzehnten Mitglied der Europäischen Union, ein verlässlicher Verbündeter der NATO und ein aktiver Partner der Vereinigten Staaten. Diese Rolle bietet eine solide

Grundlage, erfordert jedoch eine klarere und kohärentere außen- und europapolitische Strategie, die nicht nur auf Stabilität abzielt, sondern auch auf Innovation und eine stärkere Gestaltungsmacht im internationalen Kontext. Es liegt nun an Rumänien, sein außenpolitisches Potenzial voll auszuschöpfen und sich als aktiver Akteur in einer sich wandelnden globalen Ordnung zu positionieren.

Im Kontext des Schengen-Dossiers äußerte der rumänische Regierungschef, dass „Rumänien nicht länger nur Zuschauer in seinen eigenen Außenbeziehungen sein kann. Rumänien ist ein großer Staat, nur die Präsidenten der letzten 20 Jahre waren klein.“ Dimitrova (2020, S. 302) attestiert Rumänien eine „passive Außenpolitik“, während Angelescu (n.D.) von einer spürbaren Stille über der rumänischen Außenpolitik spricht.

Diese Einschätzungen verdeutlichen den Bedarf, eine aktivere, stärker auf Gestaltung ausgerichtete Politik zu entwickeln, die das Potenzial des Landes vollständig ausschöpft. Insbesondere bedarf es einer klar definierten und präzise ausformulierten Neuausrichtung des außenpolitischen Konzepts des „goldenen Dreiecks“, das die strategische Orientierung Rumäniens bisher geprägt hat. Die weltweiten Umbrüche zeigen, dass auch vermeintlich konstante Grundpfeiler einer kontinuierlichen Evaluation und Anpassung bedürfen. Dies gilt besonders für Rumänien, das sich zunehmend als aktiver Akteur in einer dynamischen Nachbarschaft positionieren sollte. Die Reflexion über eine strategische Anpassung der Europapolitik, die nicht nur pragmatisch reagiert, sondern langfristige Visionen formuliert, ist essenziell, um den zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden und Rumäniens Rolle als stabilisierender Faktor in der Region zu stärken.

Rumänien befindet sich an einem entscheidenden Wendepunkt seiner europapolitischen Entwicklung. Die Post-Beitrittsbedingungen (CVM, „Non-Schengen“) sind bereits erledigt worden, die erste Reifeprüfung in Form der EU-Ratspräsidentschaft 2019 wurde bereits absolviert. Mit dem erfolgreichen Beitritt zum Schengen-Raum eröffnet sich für das Land eine wichtige Chance, seine Rolle als Policy-Shaper innerhalb der Europäischen Union zu konsolidieren und weiter auszubauen.

Es wäre nicht falsch zu behaupten, dass das Land die Chance hat, mit seiner Europapolitik ab 2025 einen dynamischen, souveränen Kurs zu fahren und die „europäische“ Säule des

Konzeptes des „goldenen Dreiecks“ mit neuen, nuancierten Inhalte zu füllen. Vorausgesetzt, dass die pro-europäische Richtungswahl aufrechterhalten bleibt.

Als Policy-Taker hat Rumänien eine jahrzehntelange disziplinierte Laufbahn absolviert und die Krönung dieser Bemühungen ist die zwar elf Jahre verzögerte, aber immerhin erzielte Schengen-Mitgliedschaft. Die EU-Mitgliedschaft jährt den 18. Jahrestag, die Strukturen werden stets angepasst und die Integration andauernd vertieft.

Anstelle einer primär auf die Erfüllung externer Vorgaben und die Erlangung von Mitgliedschaften in internationalen Organisationen ausgerichteten Strategie (OECD, Ziel: 2026) sollte Rumänien sich überlegen, eine tatsächlich eigenständige, langfristige, umfassende und kreative europapolitische Vision zu entwickeln. Solche Mitgliedschaften sind zwar notwendige Instrumente, dürfen jedoch nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Vielmehr sollten sie als Mittel dienen, um eine umfassende Strategie zu ergänzen und zu verwirklichen, die wirtschaftlichen, energiepolitischen und ressourcensichernden Zielsetzungen mit der Außen- und Europapolitik verknüpft.

Basierend auf den bisherigen Errungenschaften sollte Rumänien eine Vision entwickeln, die nicht nur die bisherigen Fortschritte reflektiert, sondern auch neue, ambitionierte Prioritäten und Ziele definiert. Diese Vision muss kohärent, kohäsiv und konsistent formuliert sowie angemessen kommuniziert werden, um sowohl national als auch international Wirkung zu entfalten. Der bisher verfolgte kombinierte Ansatz, der Rumänien als Policy-Taker und gelegentlichen Policy-Shaper positionierte, hat sich zwar als effektiv erwiesen, doch erfordert die Bewältigung der gegenwärtigen multiplen Herausforderungen eine konsequente Weiterentwicklung. Rumänien sollte verstärkt den Mut zeigen, eine proaktive Rolle einzunehmen und auf den bisherigen Erfolgen, wie der EUSDR (EU-Strategie für den Donauraum), der Drei-Meere-Initiative (3SI) und der Bukarest-9-Initiative (B9), aufzubauen. Dabei gilt es, kreative Initiativen, innovative Formate und strategische Vorstöße zu lancieren, um sich als gestaltender Akteur innerhalb der EU und auf der internationalen Bühne zu etablieren.

Ein integraler Bestandteil dieser Vision ist die Stärkung bilateraler Beziehungen sowie eine strategisch ausgerichtete außen- und europapolitische Kommunikationsstrategie. Rumänien sollte langfristig innovative und strategische Ansätze verfolgen, die es dem Land ermöglichen, klare Akzente zu setzen. Dabei sollten negative Entwicklungen und Herausforderungen, wie

etwa das Schengen-Veto, als Ansatzpunkte für konstruktive Lösungen und nachhaltige Verbesserungen genutzt werden – eine Fähigkeit, die Rumänien bereits in der Vergangenheit unter Beweis gestellt hat.

Die zukünftige Ausgestaltung dieser Rolle erfordert die Entwicklung und Umsetzung einer klaren und ambitionierten europäischen Vision, die sowohl die innenpolitische Stabilität als auch die internationale Kooperation fördert. Die in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen, wie der Umgang mit dem Schengen-Veto, können als wertvolle Grundlage für eine zukunftsweisende Strategie dienen. Rumänien hat somit die Möglichkeit, sich von einem „passiven Akteur“ der Außenpolitik (Dimitrova, 2020, S. 302) zu einer treibenden Kraft in der europäischen Politik zu entwickeln und eine Schlüsselrolle im europäischen Integrationsprozess einzunehmen.

Die abschließende Betrachtung der untersuchten Problematik bietet die Gelegenheit, fundierte Lehren und Schlussfolgerungen für die (möglichen) zukünftigen europapolitischen Positionierungen Rumäniens zu formulieren. Die Erkenntnisse die in Folge der Forschungsarbeit gewonnen wurden, ermöglichen es, konkrete Empfehlungen und Schlussfolgerungen abzuleiten, die insbesondere für die berufliche Praxis der Europapolitik relevant sein könnten. Aus meiner beruflichen Erfahrung lässt sich die Bedeutung wissenschaftlicher Beiträge und *Policy Briefs* für die strategische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung in der Europapolitik nur unterstreichen. Solche Analysen und Empfehlungen tragen dazu bei, fundierte Entscheidungen zu treffen und Rumäniens Position in der Europäischen Union und auf der internationalen Bühne nachhaltig zu stärken.

Die Analyse zeigt, dass die Europäisierung ein dynamischer und zirkulärer Prozess ist, der auf einem kontinuierlichen Austausch von Wissen und Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten beruht. Für Rumänien lassen sich daraus mehrere wichtige Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen ableiten.

### *Kommunikation und Vertrauen*

Die Notwendigkeit einer klaren, konstanten und ehrlichen Kommunikation über europäische Themen ist entscheidend, um das Vertrauen der Bevölkerung in die EU zu stärken. Die politischen Ereignisse um die annullierten Präsidentschaftswahlen im November 2024 in Rumänien, die im Rahmen dieser Forschung nur marginal behandelt werden konnten, haben

gezeigt, dass Rumänien trotz einer traditionell pro-europäischen Grundhaltung gefährdet ist, populistischen und euroskeptischen Strömungen zu erliegen, insbesondere angesichts breiter Frustrationen und Enttäuschungen auf der Ebene der Bevölkerung. Der Umgang mit Themen wie Desinformation und die Aufklärung über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft sind essenziell, um die Unterstützung für das europäische Projekt langfristig zu sichern. Große Krisen, wie die Finanzkrise, die Pandemie oder der Ukraine-Krieg, verdeutlichen die Bedeutung einer effektiven Kommunikation, die Europa für die Bevölkerung „übersetzt“ und verständlich macht.

Das Schengen-Dossier hat gezeigt, das Vertrauen ein essentielles Gut ist sowohl in der Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten auf der bilateralen Ebene als auch zwischen dem europäischen Bürger und den europäischen Institutionen. Ein Veto welches innenpolitisch motiviert eingelegt wird kann gesamte Beziehungskonstrukte zwischen den Staaten destabilisieren und, wie der rumänische Fall zeigt, das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert. Insoweit sind die mittelfristigen Effekte des Vetos dramatischer, als die möglichen Vorteile, die dadurch hätten erreicht werden. Dies wird von der Reaktion der rumänischen Bevölkerung gezeigt, die, zwar nicht in dem euroskeptischen Lager gekippt, für Euroskepsis und Populismus sich anfälliger zeigt.

Besonders relevant sind vor diesem Hintergrund die Erkenntnisse einer Globsec - Studie, die die zunehmende Herausforderung beleuchtet, die Prozesse der Europäisierung als irreversible Transformation zu betrachten, insbesondere angesichts der wachsenden EU-Skepsis und rechtsextremer Tendenzen in Rumänien. Die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2024/2025 sowie der überraschende Erfolg eines pro-russischen, EU- und NATO-kritischen Kandidaten verdeutlichen die wachsende Gefahr einer möglichen De-Europäisierung. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu Rumäniens traditionell pro-europäischem Kurs, der stark von der Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit und der positiven Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft geprägt war. Es wird darauf hingewiesen, dass der Wahlkampf, insbesondere durch digitale Kampagnen auf Plattformen wie TikTok, die Macht von Desinformationskampagnen und Cyberangriffen zeigt, die den demokratischen Prozess gefährden können. Die Wahlerfolge rechtsextremer und EU-feindlicher Parteien, die gemeinsam über 33 % der Stimmen erhielten, sowie die Positionierung gegen EU- und NATO-Mitgliedschaft markieren eine mögliche Neuausrichtung der außen- und sicherheitspolitischen Strategien des Landes. Diese Entwicklungen sind insbesondere angesichts Rumäniens

strategischer Bedeutung an der Ostflanke der EU und NATO alarmierend. Die Studie verweist auf das Konzept der De-Europäisierung, welches die Rückgängigmachung von Reformen und den Verlust europäischer Werte beschreibt. Martin-Russu (2022) argumentiert, dass die Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse ein Schlüsselfaktor zur Stärkung der demokratischen Konsolidierung und nachhaltigen Europäisierung sein kann. Die Förderung der Zivilgesellschaft, verstärkte Kommunikation über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und Resilienz gegenüber Desinformation werden als zentrale Maßnahmen empfohlen, um der Gefahr einer De-Europäisierung entgegenzuwirken. Gleichzeitig betont die Analyse die Notwendigkeit, Europa nicht als selbstverständlich zu betrachten, sondern kontinuierlich in breiter Öffentlichkeit über dessen Vorteile zu kommunizieren. Schließlich wird auf die zunehmende Bedeutung Rumäniens als Sitz des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit hingewiesen, das die EU in ihrer strategischen Autonomie und im Schutz kritischer Infrastrukturen stärkt. Vor dem Hintergrund der globalen und innenpolitischen Herausforderungen bleibt es jedoch essenziell, Rumäniens Rolle als Stabilitätsfaktor innerhalb der EU und NATO zu bewahren und eine De-Europäisierung aktiv zu verhindern.

Es sei an dieser Stelle zu bemerken, dass trotz der generellen Stimmung der Empörung und der Enttäuschung nach dem Schengen-Veto, die Resultate einer EU-Umfrage aus Mai 2024 keine großen Einschnitte in der traditionell positiven Einstellung der rumänischen Staatsbürger gegenüber der EU zeigen.

Eine Eurobarometer-Umfrage im Vorfeld des Europatages im Mai 2024, stellt unter Beweis, dass das Vertrauen der Rumäninnen und Rumänen in der EU in den letzten Jahren (zwischen 2018 – 2024) steigende Tendenzen zeigt: von 35% im Jahr 2018 stieg das Vertrauen auf 52% im Jahr 2024<sup>136</sup>. Die Antworten auf die Frage nach der Zukunft der EU im Allgemeinen fallen in Rumänien positiver aus als der EU-Durchschnitt: 61% versus 55%; 72% der Befragten in Rumänien erklären sich optimistisch mit Blick auf die Zukunft der Region (EU27-Durchschnitt: 66%).

---

<sup>136</sup> FES, 2019.

## Strategische Vision

Rumänien sollte über die bloße Erfüllung europäischer Mindestanforderungen hinausgehen und eine eigenständige Vision für seine Europapolitik entwickeln. Diese Vision muss sich von einem rein reaktiven Ansatz, der auf die Erfüllung externer Vorgaben abzielt, hin zu einer proaktiven Rolle als Policy-Shaper entwickeln. Dabei sollten wirtschaftliche, energiepolitische und ressourcensichernde Ziele stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Eine klare Vision, die die bisherigen pragmatischen Schritte als Grundlage nutzt, würde Rumäniens Position in der EU festigen und seine Rolle als aktiver Gestalter europäischer Politik hervorheben. Rumänien sollte verstärkt und zielgerichtet über diese Aspekte kommunizieren und genauso sollte sich das Land als Ziel setzen, die europäische Agenda mit seinen eigenen Prioritäten zu besetzen, sobald es diese präziser definiert, wie etwa die Republik Moldau oder Schwarzmeerregion und aktuelle Themen der Energiesicherheit (Avery, 2007, S. 21-22).

## Positive Nutzung von Krisen

Eine zentrale Stärke Rumäniens liegt in der Fähigkeit, aus negativen Entwicklungen konstruktive Lösungen zu schaffen. Das Schengen-Veto und die anschließenden Verhandlungen bieten *ein Paradebeispiel* dafür, wie Rumänien durch Engagement und Initiativen im Europäischen Parlament wichtige Impulse für die Ausbesserung legislativer *Regelungen setzen konnte*. Dies zeigt, dass Krisen nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen bieten, um positive Veränderungen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene voranzutreiben.

## Kohärenz und institutionelle Kapazitäten

Das Schengen-Dossier hat verdeutlicht, wie wichtig die Kohärenz von Inhalten, Aktionen und Instrumenten sowie die Abstimmung der beteiligten Akteure für die Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene sind. Rumäniens Umgang mit diesem Fall zeigt, dass institutionelle Kapazitäten gestärkt und Prozesse optimiert werden müssen, um im Krisenmodus effizienter zu agieren. Die Erkenntnisse aus diesem Prozess können als Grundlage für zukünftige Strategien dienen, um die Funktionsfähigkeit und Resilienz der EU zu verbessern.

## Bedeutung bilateraler Beziehungen und europäischer Kohäsion

Das Schengen-Dossier hat auch gezeigt, dass politische Kohäsion und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unerlässlich sind. Die Lehren aus dieser Erfahrung sollten genutzt werden, um bilaterale Beziehungen zu stärken und die Kohäsion innerhalb der EU weiter zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Rumänien die Chance hat, aus seinen bisherigen Erfahrungen und Herausforderungen zu lernen und sich als aktiver Policy-Shaper mit einer klaren europäischen Vision zu etablieren. Dies erfordert nicht nur strategisches Geschick und Diplomatie, sondern auch eine klare Kommunikation und den Mut, mutige Schritte zu wagen. Indem Rumänien seine Erfahrungen konstruktiv in die europäische Debatte einbringt, kann es nicht nur seine eigene Position stärken, sondern auch zur Weiterentwicklung der EU und ihrer politischen Prozesse beitragen.

Sollte diese Arbeit dazu beitragen, dass jemand Rumänien und seine Herausforderungen besser versteht, oder wenn sie andere Forscher dazu inspiriert, die hier angestoßenen Fragen weiterzudenken, so habe ich mein Ziel erreicht. Vertrauen, Verständnis und der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit bleiben mein Antrieb, und ich hoffe, mit diesem Beitrag ein kleines Stück dazu beigetragen zu haben.

## Quellen

### 1. Online-Zeitungsartikel und weitere Online-Medien

Die mit einem \* gekennzeichneten Quellen bildeten die direkte Grundlage der Analyse und wurden entsprechend im Text zitiert. Alle übrigen Quellen dienten der inhaltlichen Kontextualisierung und der Erweiterung des Wissensstandes, fanden jedoch keinen direkten Eingang in die textliche Darstellung.

- \*Actual de Cluj. (2024, August 24). *Ciolacu, la Congresul PSD: Până la sfârșitul anului, vom avea o aderare COMPLETĂ la Schengen! Candidatul PSD la prezidențiale vrea să -i scutească pe românii din Diaspora zece ani de la plata impozitelor, dacă se întorc acasă.* [Ciolacu auf dem PSD-Kongress: Bis Ende des Jahres werden wir einen VOLLSTÄNDIGEN Beitritt zu Schengen haben! Der Präsidentschaftskandidat der PSD will Rumänen in der Diaspora zehn Jahre lang von der Steuerpflicht befreien, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren.] [www.actualdecluj.ro](http://www.actualdecluj.ro). <https://actualdecluj.ro/ciolacu-la-congresul-psd-pana-la-sfarsitul-anului-vom-avea-o-aderare-completa-la-schengen-candidatul-psd-la-prezidentiale-vrea-sa-i-scuteasca-pe-romanii-din-diaspora-zece-ani-de-la-plata-impozite/>
- \*Adevărul. (2024, Oktober 3). *Marcel Ciolacu: „Ne apropiem de peste 6,5 milioane de români în diaspora (...) Toată clasa politică este vinovată.”* [Marcel Ciolacu: „Wir nähern uns mehr als 6,5 Millionen Rumänen in der Diaspora (...) Die gesamte politische Klasse ist schuldig.“]. Abgerufen am 29. Dezember 2024 von <https://adevarul.ro/politica/marcel-ciolacu-ne-apropiem-de-peste-65-milioane-2392246>.
- \*Advantage Austria. (2022, 31. März). *Österreichisch-Rumänische Wirtschaftsbeziehungen auf All-time-high!* Abgerufen am 10. Jänner 2025 von [http://www.advantageaustria.org/ro/news/Oesterreichisch-Rumaenische\\_Wirtschaftsbeziehungen\\_a.de.html](http://www.advantageaustria.org/ro/news/Oesterreichisch-Rumaenische_Wirtschaftsbeziehungen_a.de.html)
- \*Agerpres. (2019, 1. Januar). *#Romania2019.eu: Președinția Română a Consiliului UE își propune să promoveze coeziunea europeană.* [Die rumänische EU-Ratspräsidentschaft nimmt sich vor, die europäische Kohäsion zu fördern]. Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://agerpres.ro/romania-in-lume/2019/01/01/romania2019-eu-presedintia-romana-a-consiliului-ue-isi-propune-sa-promoveze-coeziunea-europeana-in-t--234926>
- \*Auer, M. (2024, Oktober 21). *Doskozil: „Ich sehe im Wahlergebnis der SPÖ keinen Regierungsauftrag“.* [diepresse.com](https://www.diepresse.com). <https://www.diepresse.com/18970138/doskozil-ich-sehe-im-wahlergebnis-der-spo-keinen-regierungsauftrag>
- \*Banca Transilvania. (2021, 15. Juni). *OCDE la orizont după 30 de ani de la ieșirea din regimul de economie de stat.* [OECD am Horizont nach 30 Jahren seit dem Ausstieg aus der staatlich gelenkten Wirtschaft]. Abgerufen am 31. Januar 2025 von <https://www.bancatransilvania.ro/blog/analize-bt/ocde-la-orizont-dupa-30-de-ani-de-la-iesirea-din-regimul-de-economie-de-stat>
- \*Beiter, S., & Schäffer, S. (2023, 20. November). *Eines der drängendsten Themen unserer Zeit.* Abgerufen am 23. Jänner 2025 von <https://www.diepresse.com/17843346/eines-der-draengendsten-themen-unserer-zeit>
- \*Blumenthal, E. (2020, 23. März). *Edtstadler/Gewessler/Brunner: Sonderzüge für Pflegekräfte aus Rumänien auf Schiene.* Abgerufen am 12. Dezember 2023 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200423\\_OTSO004/edtstadlergewesslerbrunner-sonderzuege-fuer-pflegekraefte-aus-rumaenien-auf-schiene](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200423_OTSO004/edtstadlergewesslerbrunner-sonderzuege-fuer-pflegekraefte-aus-rumaenien-auf-schiene)
- Böhm, W. (2024, 14. September). *Der langsame Tod des Schengen-Abkommens.* Abgerufen

- am 10. November 2025 von <https://www.diepresse.com/18859123/der-langsame-tod-des-schengen-abkommens>
- \*Brickner, I. (2023, 10. Jänner). *Um 70 Prozent weniger Asylanträge – aber keine Entspannung*. Abgerufen am 29. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/2000142409336/um-70-prozent-weniger-asylantraege-aber-keine-entspannung>
- Brickner, I., Ungerboeck, L., & Marchart, J. M. (2023, 12. Jänner). *Karl Nehammers inhaltliche Widersprüche im „ZiB 2“-Interview*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/2000142537483/karl-nehammers-inhaltliche-widersprueche-im-zib2-interview>
- \*Calea Europeană. (2019). *Ministrul delegat pentru afaceri europene, George Ciamba: Nu ești membru complet al Uniunii Europene dacă nu ai prezidat Consiliul UE*. [Delegierter Minister für europäische Angelegenheiten, George Ciamba: Ohne eine EU-Ratspräsidentschaft geführt zu haben ist man kein vollwärtiges Mitglied]. Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://www.caleaeuropeana.ro/ministrul-delegat-pentru-afaceri-europene-george-ciamba-nu-esti-membru-complet-al-uniunii-europene-daca-nu-ai-prezidat-consiliul-ue/amp/>
- \*Calea Europeană. (n.d.). *Klaus Iohannis: Pentru România rămâne esențial „triumphiul de aur” al politicii externe – creșterea rolului în UE și NATO și parteneriatul strategic cu SUA*. [Klaus Iohannis: Für Rumänien ist das „goldene Dreieck” der Außenpolitik nach wie vor unverzichtbar - eine verstärkte Rolle in der EU und der NATO sowie eine strategische Partnerschaft mit den USA]. Abgerufen am 22. Jänner 2025 von <https://www.caleaeuropeana.ro/klaus-iohannis-pentru-romania-ramane-esential-triumphiul-de-aur-al-politicii-externe-cresterea-rolului-in-ue-si-nato-si-parteneriatul-strategic-cu-sua/>
- \*Capital. (n.d.). *Ținta de deficit pentru 2025: Ministrul Finanțelor: E o provocare dacă vrem să păstrăm sumele pentru investiții*. Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://www.capital.ro/tinta-de-deficit-pentru-2025-ministrul-finantelor-e-o-provocare-daca-vrem-sa-pastram-sumele-pentru-investitii.html>
- Cincu, V. (2004, 24. Juni). *RFI - All the news from France, Europe, Africa and the rest of the world*. Wwww.Rfi.Fr. <https://www.rfi.fr/en/>
- \*Cincu, V. (2024, 4. Juni). *„Rusia desfășoară un război hibrid total împotriva Occidentului!”* [„Russland führt einen totalen hybriden Krieg gegen den Westen!”] (Stellvertreter NATO-Generalsekretär Mircea Geoană) RFI. Abgerufen am 2. Jänner 2025 von <https://www.rfi.fr/ro/interna%C5%A3ional/20240604-rusia-desf%C4%83%C8%99oar%C4%83-un-r%C4%83zboi-hibrid-total-%C3%AEmpotriva-occidentului-secretarul-general-adjunct-al-nato-mircea-gean%C4%83>
- \*Cojan, L. (2022, September 23). *Bode: România asigură securitatea a 2.070 de km de frontieră a UE și a primit 2,4 milioane de ucraineni de la începutul războiului*. [Bode: Rumänien sichert 2.070 Kilometer EU-Grenze und hat seit Beginn des Krieges 2,4 Millionen Ukrainer aufgenommen] Abgerufen am 3. Dezember 2025 von <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/bode-romania-asigura-securitatea-a-2-070-de-km-de-frontiera-a-ue-si-a-primit-24-milioane-de-ucraineni-de-la-inceputul-rzboiului-2092625>
- \*Crișan, E. (2014, 30. Oktober). *Fischler: Schengen-Veto hat „mehr Schaden als Nutzen angerichtet“*. Abgerufen am 12. November 2023 von <https://www.profil.at/ballhausplatz/franz-fischler-schengen-veto-rumaenien-bulgarien-schaden/402968362>
- Crișan, E. (2022, 9. Dezember). *Österreich gegen Schengen-Erweiterung: Rumänien hätte es*

- verdient. Abgerufen am 17. Dezember 2022 von <https://www.profil.at/morgenpost/oesterreich-gegen-schengen-erweiterung-rumaenien-haette-es-verdient/402252540>
- \*Crişan, E. (2023, 11. Dezember). *Flug-Schengen: Warum Innenminister Karner nachgibt*. profil.at. <https://www.profil.at/oesterreich/flug-schengen-warum-innenminister-karner-nachgibt/402704332>
- \*Der Spiegel. (2024, 9. Dezember). Rumänien und Bulgarien: Österreich ermöglicht vollständigen Schengen-Beitritt. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.spiegel.de/ausland/rumaenien-und-bulgarien-oesterreich-ermoeeglicht-vollstaendigen-schengen-beitritt-a-c3b74238-116e-4e28-8e82-093c55f96c2c>
- \*Der Standard. (2023, 25. November). *Zahl der Asylanträge in Österreich ging erneut stark zurück*. derstandard.at. <https://www.derstandard.at/story/3000000196919/zahl-der-asylantraege-in-oesterreich-ging-erneut-stark-zurueck>
- \*Der Standard. (2020, 7. Mai). *Edtstadler verkündet Einigung mit Rumänien auf Pflege-Korridorzug*. Abgerufen am 3. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/2000117356676/edtstadler-verkuendet-einigung-mit-rumaenien-auf-pflege-korridorzug>
- Der Standard. (2023a, 2. Februar). *Mikl-Leitner zu Waldhäusls Asylpolitik-Aussage: „Jenseitig“*. Abgerufen am 1. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/2000143160168/waldhaeusl-steht-zu-100-prozent-zu-kritisiertem-asylpolitik-sager>
- Der Standard. (2023b, 17. März). *Nehammer sieht US-Anlage an Grenze zu Mexiko als Vorbild*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/2000144629820/nehammer-sieht-us-anlage-an-grenze-zu-mexiko-als-vorbild>
- Der Standard. (2023c, 6. Juli). *Bisherige Belastungen werden laut Edtstadler bei EU-Asylkompromiss angerechnet*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000177733/bisherige-belastungen-werden-laut-edtstadler-bei-eu-asylkompromiss-angerechnet>
- \*Der Standard. (2023d, 12. Juli). *EU-Parlament kritisiert Österreichs Veto gegen Schengen-Erweiterung*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000178603/eu-parlament-k>
- Der Standard. (2023e, 19. August). *Kritik aus Rumänien an Nehammer wegen Festhaltens an Schengen-Veto*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000183551/kritik-aus-rum228nien-an-nehammer-wegen-festhalten-an-schengen-veto?ref=rss>
- Der Standard. (2023g, September 23). *Asylanträge gehen in Österreich weiter zurück*. Abgerufen am 29. November 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000188193/asylantraege-gehen-in-oesterreich-weiter-zurueck>
- Der Standard. (2023h, 23. September). *Rumänien blockiert offenbar Österreichs Teilnahme an Nato-Sitzungen*. Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/3000000188198/rum228nien-blockiert-laut-berichten-nato-zugang-214sterreichs>
- \*Der Standard. (2023i, 4. Oktober). *Rumänen nach Schengen-Veto mehrheitlich für Klage beim EuGH*. Abgerufen am 20. Dezember 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000189732/schengen-veto-rum228nen-mehrheitlich-f252r-klage-beim-eugh>
- Der Standard. (2023j, 11. November). *Österreich verlängert Grenzkontrollen zu Slowenien und Ungarn*. Abgerufen am 10. Jänner 2025 von

<https://www.derstandard.at/story/3000000194801/oesterreich-verlaengert-grenzkontrollen-zu-slowenien-und-ungarn>

Der Standard. (2023l, 25. November). *Bulgariens Ministerpräsident über Schengen: „Wir werden in Geiselhaft genommen.“* Abgerufen am 21. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000196870/bulgariens-ministerpraesident-uebschengen-wir-werden-in-geiselhaft-genommen>

Der Standard. (2023m, 30. Dezember). *Österreich bestätigt Einigung über „Schengen Air“ mit Rumänien und Bulgarien.* Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000201390/oesterreich-bestaetigt-einigung-ueber-schengen-air-mit-rumaenien-und-bulgarien>

Der Standard. (2024a, 5. Februar). *Rumänien hebt Blockade bei Nato-Akkreditierungen für Bundesheer auf.* Abgerufen am 21. September 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000206213/rum228nien-hebt-blockade-bei-nato-akkreditierungen-f252r-bundesheer-auf>

Der Standard. (2024b, 6. März). *ÖVP will Wahlprogramm auf EVP-Kongress nicht zustimmen.* [derstandard.at](https://www.derstandard.at). Abgerufen am 26. März 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000210422/evp-kongress-214vp-will-wahlprogramm-nicht-zustimmen>

Der Standard. (2024c, September 28). *Schengen und FPÖ: Wie das Ausland auf die Nationalratswahl blickt.* Abgerufen am 3. Oktober 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000238226/schengen-und-fpoe-wie-das-ausland-auf-die-nationalratswahl-blickt>

\*Der Standard. (2024d, 24. Oktober). *Brunner für Schengen-Aufnahme Rumäniens und Bulgariens.* Abgerufen am 23. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000242107/brunner-f252r-schengen-aufnahme-rum228niens-und-bulgariens>

\*Der Standard. (2024e, 22. November). *Voller Schengen-Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jänner realistisch.* Abgerufen am 1. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000246095/eu-vorsitz-voller-schengen-beitritt-von-bulgarien-und-rumaenien-im-jaenner-moeglich?ref=niewidget>

\*Der Standard. (2024f, 24. November). *Voller Schengen-Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jänner realistisch.* [OTS.at](https://www.derstandard.at). Abgerufen am 21. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000246095/eu-vorsitz-voller-schengen-beitritt-von-bulgarien-und-rumaenien-im-jaenner-moeglich>

Der Standard. (2024g, 27. November). *EU-Botschafter machen Weg für Schengen-Erweiterung frei.* Abgerufen am 29. November 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000246782/eu-botschafter-machen-weg-fuer-schengen-erweiterung-frei>

\*Der Standard. (2024h, Dezember 9). *Österreich lässt Veto gegen Schengen-Erweiterung fallen.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000248577/214sterreich-1228sst-veto-gegen-schengenerweiterung-fallen>

Der Standard. (2024i, 12. Dezember). *EU-Innenminister sagten Ja zu Schengen-Erweiterung.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000248979/eu-innenminister-sagten-ja-zu-schengen-erweiterung>

\*Die Presse. (2018, Jänner 4). *„Schritt zu Gerechtigkeit“: Regierung kürzt... Abgerufen am 2. Jänner 2025 von <https://www.diepresse.com/5347733/schritt-zu-gerechtigkeit-regierung-kuerzt-familienbeihilfe-fuer-kinder-im-ausland>*

\*Die Presse. (2022a, Dezember 9). *Rumänien ruft nach Österreichs Schengen-Veto Botschafter*

- zurück. Abgerufen am 12. Dezember 2022 von <https://www.diepresse.com/6225483/rumaenien-ruft-nach-oesterreichs-schengen-veto-botschafter-zurueck>
- \*Die Presse. (2022b, 26. Dezember). *Edtstadler knüpft Schengen-Erweiterung an Schritte bei EU-Asylpolitik*. Abgerufen am 2. Jänner 2023 von <https://www.diepresse.com/6231377/edtstadler-knuepft-schengen-erweiterung-an-schritte-bei-eu-asylpolitik>
- \*Die Presse. (2023a, 1. Jänner). *Nehammer besucht Grenze in Bulgarien*. Abgerufen am 1. Jänner 2023 von <https://www.diepresse.com/6233413/nehammer-besucht-grenze-in-bulgarien>
- Die Presse. (2023b, 3. Jänner). *Umfrage: Alle Parteien im Aufwind, außer Niederösterreichs ÖVP*. Abgerufen am 3. Jänner 2023 von <https://www.diepresse.com/6233998/umfrage-alle-parteien-im-aufwind-ausser-niederosterreichs-oevp>
- \*Die Presse. (2023c, 24. Jänner). *Mitreden beim Thema Migration: Ist Österreichs Schengen-Veto sinnvoll?* Abgerufen am 25. Jänner 2023 von <https://www.diepresse.com/6242347/mitreden-beim-thema-migration-ist-oesterreichs-schengen-veto-sinnvoll>
- Die Presse. (2023d, 19. Juni). *Meloni besucht Macron in Paris—Und dann Nehammer in der Wachau*. Abgerufen am 21. Juni 2023 von <https://www.diepresse.com/13432095/meloni-besucht-macron-in-paris-und-dann-nehammer-in-der-wachau>
- \*Die Presse. (2023e, 12. Juli). *EU-Parlament kritisiert Österreichs Schengen-Veto*. Abgerufen am 13. Juli 2023 von <https://www.diepresse.com/13443517/eu-parlament-kritisiert-oesterreichs-schengen-veto>
- \*Die Presse. (2023f, 23. September). *Rumänien blockiert laut Berichten NATO-Zugang Österreichs*. Abgerufen am 29. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/17696939/rumaenien-blockiert-laut-berichten-nato-zugang-oesterreichs>
- Die Presse. (2023g, 28. Dezember). *Rumänien meldet Einigung bei Schengen-Streit mit Österreich, Innenministerium dementiert*. Abgerufen am 29. Dezember 2023 von <https://www.diepresse.com/17948512/rumaenien-meldet-einigung-bei-schengen-streit-mit-oesterreich-innenministerium-dementiert>
- Die Presse. (2023h, 30. Dezember). *Schengen—Österreich bestätigt Einigung mit Rumänien und Bulgarien*. Abgerufen am 30. Dezember 2023 von <https://www.diepresse.com/17954606/schengen-oesterreich-bestaetigt-einigung-mit-rumaenien-und-bulgarien>
- Die Presse. (2024a, 31. März). *No more controls on air traffic with Bulgaria and Romania*. Abgerufen am 3. April 2024 von <https://www.diepresse.com/18324258/keine-kontrollen-im-flugverkehr-mit-bulgarien-und-rumaenien-mehr>
- Die Presse. (2024b, 13. Mai). *Lopatka schließt Koalition mit FPÖ auf Bundesebene aus*. diepresse.com. <https://www.diepresse.com/18457205/lopatka-schliesst-koalition-mit-fpoe-auf-bundesebene-aus>
- Die Presse. (2024c, 23. Mai). *„Wir versinken nicht im Chaos“: Neos bieten sich als Klima-Alternative an*. Abgerufen am 21. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/18491602/wir-versinken-nicht-im-chaos-neos-bieten-sich-als-klima-alternative-an>
- \*Die Presse. (2024d, 11. September). *Rumäniens Regierungschef „verärgert“ über Nehammer*. Abgerufen am 21. September 2024 von <https://www.diepresse.com/18849599/rumaeniens-regierungschef-veraergert-ueber-nehammer>

- \*Die Presse. (2024e, 7. Oktober). *EU-Kommissarin will Rumänien und Bulgarien als Schengen-Vollmitglieder*. Abgerufen am 23. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/18942926/eu-kommissarin-will-rumaenien-und-bulgarien-als-schengen-vollmitglieder>
- \*Die Presse. (2024f, 8. Oktober). *Rumänisches Verfassungsgericht schließt Rechtsextremistin von Präsidentenwahl aus*. Abgerufen am 12. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/18944184/rumaenisches-verfassungsgericht-schliesst-rechtsextremistin-von-praesidentenwahl-aus>
- Die Presse. (2024g, 9. Oktober). *Buh-Rufe und scharfe Worte: Schlagabtausch zwischen Orbán und von der Leyen im EU-Parlament*. Abgerufen am 9. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/18947353/buh-rufe-und-scharfe-worte-schlagabtausch-zwischen-orban-und-von-der-leyen-im-eu-parlament>
- \*Die Presse. (2024h, 15. Oktober). *Von der Leyens Zehn-Punkte-Plan zur Eindämmung der irregulären Migration*. diepresse.com. <https://www.diepresse.com/18967420/von-der-leyen-zehn-punkte-plan-zur-eindaemmung-der-irregulaeren-migration>
- Die Presse. (2024i, 5. November). *Magnus Brunner muss EU-Parlament als Migrationskommissar überzeugen*. diepresse.com. <https://www.diepresse.com/19035429/magnus-brunner-muss-eu-parlament-als-migrationskommissar-ueberzeugen>
- \*Die Presse. (2024j, 18. November). *Offener Brief an Bundeskanzler Karl Nehammer*. Abgerufen am 21. November 2024 von <https://www.diepresse.com/19072961/offener-brief-an-bundeskanzler-karl-nehammer>.
- \*Die Presse. (2024k, November 21). *Karners schicksalhafte Reise nach Budapest*. diepresse.com. <https://www.diepresse.com/19093760/karners-schicksalhafte-reise-nach-budapest>
- \*Die Welt. (2023, September 8). *„Unser Land ist nicht Quelle oder Route für irreguläre Migration“*. Abgerufen am 9. September 2023 von <https://www.welt.de/politik/ausland/article247360880/>
- \*Digi24 (2025, 21. Jänner). *Emil Hurezeanu, despre scandalul atlasului cu „Ungaria Mare“: Toți avem hărți mentale, înainte de a avea hărți fizice, istorice*. [Emil Hurezeanu, zum Skandal um den „Großen Ungarn“-Atlas: Wir alle haben mentale Karten, bevor wir physische, historische Karten haben]. Abgerufen am 25. Januar 2025 von [www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/emil-hurezeanu-despre-scandalul-atlasului-cu-ungaria-mare-toti-avem-harti-mentale-inainte-de-a-avea-harti-fizice-istorice-3090681](http://www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/emil-hurezeanu-despre-scandalul-atlasului-cu-ungaria-mare-toti-avem-harti-mentale-inainte-de-a-avea-harti-fizice-istorice-3090681)
- \*Digi24 (2023). *Aurescu a vorbit la Davos cu omologul austriac despre aderarea la Schengen și restabilirea încrederii dintre cele două țări*. [Aurescu sprach mit seinem österreichischen Amtskollegen in Davos über den Schengen-Beitritt und die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den beiden Ländern ] Abgerufen am 25. Januar 2025 von <https://www.digi24.ro/stiri/externe/aurescu-a-vorbit-la-davos-cu-omologul-austriac-despre-aderarea-la-schengen-si-restabilirea-increderii-dintre-cele-doua-tari-2221515>
- \*Digi24. (2018, 28. Dezember). *V. Dăncilă: „Înțeleg că domnul președinte vrea să meargă la Consiliul European. E o situație atipică“*. [V. Dăncilă: „Ich verstehe, dass Herr Präsident zum Europäischen Rat gehen will. Das ist eine atypische Situation“]. Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/v-dancila-inteleg-ca-domnul-presedinte-vrea-sa-mearga-la-consiliul-european-e-o-situatie-atipica-1057025>
- \*Digi24. (2019, 30. Juni). *România, pentru prima dată la șefia Consiliului UE: O președinție care a produs emoții în Europa* [Rumänien zum ersten Mal an der Spitze des EU-Rates: eine Präsidentschaft, die Europa nervös gemacht hat]. Abgerufen am 27. Jänner 2025,

- von <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/romania-pentru-prima-data-la-sesia-consiliului-ue-o-presedintie-care-a-produs-emoții-in-europa-1156427>
- \*Digi 24. (2022, 22. November). *Ciucă: După ridicarea MCV, următorul obiectiv este aderarea României la Schengen*. [Ciucă: Nach Aufhebung des CVM ist das nächste Ziel der Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum]. Abgerufen am 28. November 2024 von <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/ciuca-dupa-ridicarea-mcv-urmatorul-obiectiv-este-aderarea-romaniei-la-schengen-2160139>
- \*Digi24. (2022, 23. November). *Ministrul austriac de Interne m-a asigurat că declarațiile privind Schengen nu sunt îndreptate împotriva României*. [Der österreichische Innenminister versicherte mir, dass sich die Schengen-Erklärungen nicht gegen Rumänien richten]. Abgerufen am 25. Jänner 2025 von <https://www.digi24.ro/stiri/actualitate/politica/bode-ministrul-austriac-de-interne-m-a-asigurat-ca-declaratiile-privind-schengen-nu-sunt-indreptate-impotriva-romaniei>
- \*Eurotopics.net. (2018). Ist Rumänien fit für den EU-Ratsvorsitz? Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://www.eurotopics.net/de/212322/ist-rumaenien-fit-fuer-den-eu-ratsvorsitz>
- \*Euronews. (2018). Rumänien: Misstrauensantrag gescheitert. Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://de.euronews.com/2018/12/20/rumaenien-misstrauensantrag-gescheitert>
- \*Dinu. (2022, Dezember 14). *VIDEO Iohannis: Nu va exista un boicot la adresa Austriei din partea statului și a autorităților publice din România / N-are rost să cădem într-o depresie colectivă care nu rezolvă nimic*. [Iohannis: Es wird keinen Boykott Österreichs durch den rumänischen Staat und die öffentlichen Behörden geben / Es hat keinen Sinn, in eine kollektive Depression zu verfallen, die nichts löst] Abgerufen am 21. Dezember 2024 von [hotnews.ro/video-iohannis-nu-va-exista-un-boicot-la-adresa-austriei-din-partea-statului-si-a-autoritatilor-publice-din-romnia-n-are-rost-sa-cadem-ntr-o-depresie-colectiva-care-nu-rezolva-nimic-91850](https://hotnews.ro/video-iohannis-nu-va-exista-un-boicot-la-adresa-austriei-din-partea-statului-si-a-autoritatilor-publice-din-romnia-n-are-rost-sa-cadem-ntr-o-depresie-colectiva-care-nu-rezolva-nimic-91850)
- \*Drachenberg, R. (2024, 12. Februar). *‘This is Europe’ debate in the European Parliament: Speech by Klaus Iohannis, President of Romania, 7 February 2024*. Epthinktank. <https://epthinktank.eu/2024/02/12/this-is-europe-debate-in-the-european-parliament-speech-by-klaus-iohannis-president-of-romania-7-february-2024/>
- \*Drüten, C. (2022, 12. März). *Rumänien: Hier zieht die Nato die rote Linie für Putin*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.welt.de/politik/ausland/plus237479777/Rumaenien-Hier-zieht-die-Nato-die-rote-Linie-fuer-Putin.html>
- \*Dunai, M., & Dubois, L. (2024, 12. Dezember). *Romania and Bulgaria to join EU’s Schengen free movement area*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von Financial Times.
- \*Dworzak, A., Mayr, J., & Rosner, S. (2022, Dezember 9). *Stille und Empörung—Archiv*. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://www.wienerzeitung.at/h/stille-und-empörung>
- Easthill, L. (2024a, 26. Jänner). *SPÖ-Schieder: Kanzler Nehammer auch in Europa völlig planlos*. OTS.at. Abgerufen am 27. Jänner 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240126\\_OTS0157/spoe-schieder-kanzler-nehammer-auch-in-europa-voellig-planlos](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240126_OTS0157/spoe-schieder-kanzler-nehammer-auch-in-europa-voellig-planlos)
- \*Easthill, L. (2024b, November 21). *SPÖ-Heide: Schengen-Veto muss endlich fallen!* OTS.at. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241121\\_OTS0132/spoe-heide-schengen-veto-muss-endlich-fallen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241121_OTS0132/spoe-heide-schengen-veto-muss-endlich-fallen)
- ECOS. (2024, Februar 12). *‘This is Europe’ debate in the European Parliament: Speech by Klaus Iohannis, President of Romania, 7 February 2024*. Epthinktank. <https://epthinktank.eu/2024/02/12/this-is-europe-debate-in-the-european-parliament-speech-by-klaus-iohannis-president-of-romania-7-february-2024/>

- \*Emminger, S. (2023, September 30). *Schengen-Blockade: „Gibt es wieder ein Veto, klagen wir Österreich“*. Abgerufen am 2. Oktober 2023 von <https://kurier.at/politik/ausland/schengen-veto-oesterreich-rumaenien-bulgarien-petkov-musoiu/402613145>
- \*Emminger, S. (2024, Dezember 7). *Rumänien: Die Wahl wird wiederholt, aber Georgescu bleibt ein Schreckgespenst*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://kurier.at/politik/ausland/rumaenien-wahl-calin-georgescu-stefan-lehne-elena-lasconi/402984922>
- \*Euractiv. (n.d.). *Romania's EU presidency: A glance back*. Abgerufen am 31. Januar 2025, von [https://www.euractiv.com/section/euroad2sibiu/special\\_report/romanias-eu-presidency-a-glance-back/](https://www.euractiv.com/section/euroad2sibiu/special_report/romanias-eu-presidency-a-glance-back/)
- \*Euractiv. (2019). *G. Ciamba: Prezidarea mesei Consiliului a fost testul de maturitate al României*. [G. Ciamba: Die Vorsitzführung des Rates war der Reifetest für Rumänien]. Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://www.euractiv.ro/george-ciamba-prezidarea-mesei-consiliului-a-fost-testul-de-maturitate-al-romaniei-15070>
- \*Euronews. (2024, 12. Dezember). *Klaus Iohannis: Apartenența deplină la Schengen consolidează poziția strategică a României ca poartă între estul și vestul Europei*. [Klaus Iohannis: Volle Schengen-Mitgliedschaft stärkt Rumäniens strategische Position als Tor zwischen Ost- und Westeuropa] Euronews. <https://www.euronews.ro/articole/klaus-iohannis-romania-este-in-schengen-cu-drepturi-depline>
- \*Europa Liberă România. (2019, 28. Juni). *Ce a rămas după 6 luni cu România în fruntea Consiliului UE*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://romania.europalibera.org/a/ce-a-ramas-dupa-6-luni-cu-romania-in-fruntea-consiliului-ue-nu-am-distru-nimic-e-bine-/30026336.html>
- Europa Liberă. (2024, 17. September). *Nouă acorduri de finanțare, semnate la conferința Platformei de Parteneriat pentru R. Moldova*. [Neun Finanzierungsvereinbarungen wurden auf der Konferenz der Partnerschaftsplattform Moldau unterzeichnet.] Abgerufen am 18. September 2024 von <https://moldova.europalibera.org/a/noua-acorduri-de-finantare-semnate-la-conferinta-platformei-de-parteneriat-pentru-r-moldova/33123064.html>
- \*European Commission. (2014, 1. Jänner). *Aufhebung der Beschränkungen der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien – Erklärung von László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration* [Text]. European Commission - European Commission. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/memo\\_14\\_1](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/memo_14_1)
- \*Exxpress. (2023, 23. April). *Gegen Asyl-Missbrauch: Minister Karner bei rumänischem Amtskollegen*. Abgerufen am 25. April 2023 von <https://exxpress.at/politik/gegen-asyl-missbrauch-minister-karner-bei-rumaenischem-amtskollegen/>
- Ferstl, C. (2024, November 22). *Österreich gibt grünes Licht: Rumänien und Bulgarien ab Jänner Schengen-Mitglieder?* Abgerufen am 25. Dezember 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/schengen-beitritt-rumaenien-bulgarien-karner-oesterreich-veto/402978891>
- \*Financial Times. (2023, Oktober 6). *Romania threatens Black Sea gas project over Austria's Schengen veto*. Abgerufen am 6. Oktober 2023 von <https://www.ft.com/>
- \*Fokus.de. (2022, 8. Dezember). *Baerbock schießt gegen Österreich: „Ein schlechter Tag für Europa“*. Abgerufen am 12. Dezember 2022 von <https://www.fokus.de/politik/ausland>
- Frankfurter Allgemeine Zeitungen. (2023, 10. Februar). *EU verstärkt Grenzschutz in Rumänien und Bulgarien*. Abgerufen am 21. Jänner 2024 von <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/rumaenien-und-bulgarien-eu-verstaerkt->

[grenzschutz-18667717](#)

- Freudenthaler, D. (2024, 18. September). *Warum Magnus Brunner als Migrationskommissar zum Problem für die ÖVP wird*. Abgerufen am 18. November 2024 von <https://www.diepresse.com/18874350/warum-magnus-brunner-als-migrationskommissar-zum-problem-fuer-die-oevp-wird>
- \*Friedländer, A. M. (2024, 17. Dezember). *Schengen: Dieser Schuss ging nach hinten los*. Abgerufen am 17. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/19185677/schengen-dieser-schuss-ging-nach-hinten-los>
- Gabriel, A. (2024a, 10. Oktober). *Asylpakt soll schneller realisiert werden*. Abgerufen am 11. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/18952034/asylpakt-soll-schneller-realisiert-werden>
- Gabriel, A. (2024b, 10. Oktober). *Die grenzfreie Schengen-Raum Kollabiert*. Abgerufen am 11. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/18948172/der-grenzfreie-schengen-raum-kollabiert>
- \*Gabriel, A. (2024c, 17. Oktober). *Eine neue Zeitrechnung in der Migrationspolitik*. Abgerufen am 19. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/18975783/eine-neue-zeitrechnung-in-der-migrationspolitik>
- \*Gebhard, J. (2023, 30. Dezember). *Schengen-Air: Österreich bestätigt Einigung mit Rumänien und Bulgarien*. Abgerufen 11. Jänner 2024 von <https://kurier.at/politik/inland/schengen-air-fuer-rumaenien-und-bulgarien-rechtstext-finalisiert/402725614>
- \*Gebhart, M. (2023a, 20. Oktober). *Karner: „Schengen war noch nie so kaputt wie jetzt“*. Abgerufen 11. Jänner 2024 von <https://kurier.at/politik/inland/eu-rechnet-damit-dass-oesterreich-schengen-blockade-aufgibt/402639023>
- Gebhart, M. (2023b, Dezember 9). *Schengen Veto: Karners Forderungen an Bulgarien und Rumänien*. Abgerufen 11. Jänner 2024 von <https://kurier.at/politik/inland/schengen-veto-karners-forderungen-an-bulgarien-und-rumaenien/402702205>
- Gebhart, M. (2023c, Dezember 27). *Innenminister Karner: „Verteilen von Flüchtlingen aus Solidarität ist falsch“*. Abgerufen 11. Jänner 2024 von <https://kurier.at/politik/inland/minister-karner-verteilen-von-fluechtlingen-aus-solidaritaet-ist-falsch/402721093>
- \*Geets, S. (2023, Oktober 1). *Juncker: „Die ÖVP darf nicht noch einmal mit der FPÖ koalieren“*. Abgerufen 2. Oktober 2023 von <https://www.profil.at/ausland/jean-claude-juncker-die-oevp-darf-nicht-noch-einmal-mit-der-fpoe-koalieren/402612857>
- \*Geets, S., & Melichar, S. (2024, Dezember 7). *Rechtsruck in Rumänien: Putins Werk und Österreichs Beitrag*. <https://www.profil.at/ausland/rechtsruck-in-rumaenien-putins-werk-und-oesterreichs-beitrag/402984905>
- \*Geoană, M. (2024, 4. Juni). *Russland führt einen kompletten Hybridkrieg gegen den Westen!* RFI. Abgerufen am 21. Jänner 2025.
- \*EDNH.NEWS. (2024). *Die Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine in Rumänien*. Abgerufen am 21. Dezember 2024.
- Gluschitsch, G. (2024, 1. Februar). *Doskozil stellt Forderungen beim Thema Asyl und Migration*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000205661/doskozil-stellt-forderungen-beim-thema-asyl-und-migration>
- Grammer, K. (2023, November 20). *Taliban-Krieger als neue Bosse der Schleppermafia*. Kronen. <https://www.krone.at/3171650>
- \*Griera, M. (o. J.). *Rumänien setzt Österreich wegen Schengen-Veto unter Druck – Euractiv DE* (B. Stöckl, Übers.) [Euractiv.de]. Euractiv. Abgerufen 27. Jänner 2025, von <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/rumaenien-setzt-oesterreich->

- [wegen-schengen-veto-unter-druck/](#)
- \*Grimm, O. (2023a, Juni 8). *Der europäische Asylpfusch*. diepresse.com. <https://www.diepresse.com/13427446/der-europaeische-asylpfusch>
  - \*Grimm, O. (2023b, September 22). *Österreich verbrennt seine Brücken in der EU*. Abgerufen am 23. September 2023 <https://www.diepresse.com/17522782/oesterreich-verbrennt-seine-bruecken-in-der-eu>
  - \*Grimm, O. (2023c, 16. November). *Karl Nehammers Schengen-Fiasko schadet Österreich und Europa*. Abgerufen am 19. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/17831442/karl-nehammers-schengen-fiasko-schadet-oesterreich-und-europa>
  - Grimm, O. (2024a, 17. September). *Magnus Brunner, EU-Kommissar für Inneres und Migration: Das kommt auf ihn zu*. Abgerufen am 19. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/18870523/magnus-brunner-eu-kommissar-fuer-inneres-und-migration-das-kommt-auf-ihn-zu>
  - Grimm, O. (2024b, September 18). *Ein undenkbares Ressort für Magnus Brunner*. Abgerufen am 19. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/18875421/ein-undankbares-ressort-fuer-magnus-brunner>
  - Grimm, O. (2024c, Oktober 24). *In Brüssel weicht Brunner von ÖVP-Positionen ab*. Abgerufen am 25. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/19000234/in-bruessel-weicht-brunner-von-oevp-positionen-ab>
  - Grimm, O. (2024d, November 6). *EU-Parlament winkt Magnus Brunner durch: „Ich bin kein Showman, ich bin Jurist“*. Abgerufen am 7. November 2024 von <https://www.diepresse.com/19037816/eu-parlament-winkt-magnus-brunner-durch-ich-bin-kein-showman-ich-bin-jurist>
  - \*Gusilov, E. (2023, August 19). *Pledoarie pentru o politică externă asumată a României față de Ucraina. [Plädoyer für eine rumänische Außenpolitik gegenüber der Ukraine]*. Abgerufen am 21. August 2023 von <https://www.contributors.ro/pledoarie-pentru-o-politica-externa-asumata-a-romaniei-fata-de-ucraina/>
  - \*Guvernul României. Rumänische Regierung (2017). *Întrevederea premierului Marcel Ciolacu cu Cancelarul Republicii Federale Germania Olaf Scholz. [Treffen zwischen Premierminister Marcel Ciolacu und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Olaf Scholz.]* Guvernul Romaniei. Abgerufen am 30. November 2024 von <https://www.gov.ro/intrevederea-premierului-marcel-ciolacu-cu-cancelarul-republicii-federale-germania-olaf-scholz>
  - \*Hammerl, M. (2023, Jänner 21). *Nehammer betont: „Das Schengen-Veto bleibt aufrecht“*. Abgerufen am 21. Jänner 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/nehammer-betont-das-schengen-veto-bleibt-aufrecht/402300215>
  - Hammerl, M. (2024, November 8). *Beendet Karner das Schengen-Veto? „Wir sind auf einem richtigen Weg“*. Abgerufen am 21. November 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/schengen-veto-gerhard-karner-oevp-rumaenen-bulgarien-budapest/402972784>
  - \*Hasse, C. (2022, 10. Dezember). *Wegen Schengen-Veto: Österreichs Wirtschaft warnt vor Schaden für jahrelange Beziehungen*. Abgerufen am 21. September 2023 von [https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/6225746/Wegen-SchengenVeto\\_Oesterreichs-Wirtschaft-warnt-vor-Schaden-fuer](https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/6225746/Wegen-SchengenVeto_Oesterreichs-Wirtschaft-warnt-vor-Schaden-fuer)
  - \*Hodoschek, A. (2023, 28. Jänner). *Heftige Kampagne gegen OMV in Rumänien*. Abgerufen am 23. Jänner 2025 von <https://kurier.at/wirtschaft/heftige-kampagne-gegen-die-omv-in-rumaenien/402307790>
  - Hofer, E. (2023, 16. Dezember). *Wie die ÖVP die Migrationspolitik neu entdeckte*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.diepresse.com/17921028/wie-die-oevp-die->

[migrationspolitik-neu-entdeckte](#)

- Hofer, E. (2024, Juni 20). *Edtstadler kontert Gewessler: „Widersprüchlicher kann man nicht argumentieren“*. Abgerufen am 23. September 2024 von <https://www.diepresse.com/18586009/edtstadler-kontert-gewessler-widerspruechlicher-kann-man-nicht-argumentieren>
- Hofer, G. (2024, 11. Oktober). *Michael Ludwig: „Es wäre sinnvoll, möglichst schnell eine stabile und tragfähige Bundesregierung zu haben“*. Abgerufen am 12. Oktober 2024 von <https://www.diepresse.com/18953335/michael-ludwig-es-waere-sinnvoll-moeglichst-schnell-eine-stabile-und-tragfaehige-bundesregierung-zu-haben>
- \*Hofer, G., Böhm, W., & Weiser, U. (2023, Jänner 23). *Eine Blockade mit Folgen – DiePresse.com*. Die Presse. <https://www.diepresse.com/6225767/eine-blockade-mit-folgen>
- Huemer, D. (2023, 17. März). *Nehammer will EU-Grenze so sicher „wie Trumps Mauer“*. Heute.at. <https://www.heute.at/s/nehammer-ueber-eu-grenze-sicher-wie-trumps-mauer-100260980>
- \*Icleanu, E. (2024, 12. August). *Portul Constanta va beneficia de investitii de 2,5 miliarde euro pe termen lung. [Der Hafen von Constanta wird von langfristigen Investitionen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro profitieren]* Agenda Constructiilor. Abgerufen am 21. Oktober 2024 von <https://www.agendaconstructiilor.ro/files/antreprenori-dezvoltatori/portul-constantava-beneficia-de-investitii-de-25-miliarde-euro-pe-termen-lung.html>
- Imwinkelried, D. (2023, 7. Februar). *Österreich: Herbert Kickl führt FPÖ zu einem neuen Hoch*. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/international/oesterreich-herbert-kickl-fuehrt-fpoe-zu-einem-neuen-hoch-ld.1724829>
- \*Industrie Magazine. (2024, 2. September). *Gas aus Russland: Ukraine kündigt Gas-Stopp nach Europa ab 2025 an*. Abgerufen am 3. September 2024 von <https://indusmagazin.at/news/es-ist-vorbei-ukraine-bekraeftigt-gas-stopp-ab-anfang-2025/>
- \*Industriellenvereinigung. (2023, 13. Dezember). *Industrie begrüßt positives Votum zu Schengen-Erweiterung*. www.iv.at. [https://www.iv.at//Themen/Europapolitik/EU-Binnenmarkt\\_1/iv-news--Industrie-begruesst-positives-Votum-zu-Schengen-.html](https://www.iv.at//Themen/Europapolitik/EU-Binnenmarkt_1/iv-news--Industrie-begruesst-positives-Votum-zu-Schengen-.html)
- \*Industriellenvereinigung. (2024, Oktober 10). *Erweiterung des Schengen-Raums wichtig für europäische Integration*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von [https://www.iv.at//Themen/Europapolitik/EU-Binnenmarkt\\_1/iv-news--Industrie-ad-Innenminister-Gipfel--Erweiterung-d1.html](https://www.iv.at//Themen/Europapolitik/EU-Binnenmarkt_1/iv-news--Industrie-ad-Innenminister-Gipfel--Erweiterung-d1.html)
- \*InfoPrut. (n.d.). *Ce spune Maia Sandu despre unirea R. Moldova cu România*. [Was sagt Maia Sandu über die Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien] Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://infoprut.ro/119738-ce-spune-maia-sandu-despre-unirea-r-moldova-cu-romania.html>
- Jankowski, H., & Hofer, E. (2024, 22. Juni). *Koalitionskrise nimmt kein Ende*. Abgerufen am 31. Januar 2025 von <https://www.diepresse.com/18602029/koalitionskrise-nimmt-kein-ende>
- Jentsch, C. (2023, 29. August). *Martin Selmayr im TT-Gespräch in Alpbach: „Europa bleibt gemeinsam stark“*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.tt.com/artikel/30863333/martin-selmayr-im-tt-gespraech-in-alpbach-europa-bleibt-gemeinsam-stark>
- Jungwirth, M. (2023, 16. Dezember). *Wie die „Schengen-Hardliner“ umgestimmt wurden*. Abgerufen am 17. Dezember 2024 von <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/17923258/wie-die-schengen-hardliner-umgestimmt-werden-konnten>

- \*Jurcan, S. (2022, 10. Oktober). *Cum i-a răspuns Zelenski lui Vasile Dîncu, care a îndemnat la negocieri de pace cu Rusia: „Când cineva vrea negocieri nu face asta.”* [Zelenskys Antwort auf Vasile Dincu, der auf Friedensgespräche mit Russland drängte: „Wenn jemand Verhandlungen will, tut er das nicht“.] Abgerufen am 11. Oktober 2022 von <https://hotnews.ro/cum-i-a-raspuns-zelenski-lui-vasile-dncu-care-a-ndemnat-la-negocieri-de-pace-cu-rusia-cnd-cineva-vrea-negocieri-nu-face-asta-103445>
- Kahlweit, C. (2023, 10. März). *Der Kanzler wünscht sich ein Momentum.* Abgerufen am 12. März 2023 von <https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-karl-nehammer-rede-oevp-fpoe-1.5766577>
- Kallinger, M. (2023, 19. Juni). *Meloni kommt auf Kanzler-Einladung in die Wachau.* Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.krone.at/3037172>
- Kathpress. (2023, 10. März). *Schwertner: Politik instrumentalisiert Thema Flucht und Asyl.* Kathpress.At. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.kathpress.at/goto/meldung/2243749/schwertner-politik-instrumentalisiert-thema-flucht-und-asyl>
- Kelnberger, J. (2024, 12. Dezember). *Schengen-Raum: Rumänien und Bulgarien gehören bald zum Europa ohne Grenzen—Politik.* Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.sueddeutsche.de/politik/schengen-raum-rumaenien-bulgarien-veto-oesterreich-li.3163801>
- Kensy, M. (2024, 26. November). *Rechtspopulist Călin Georgescu könnte Rumäniens neuer Präsident werden.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/rechtspopulist-calin-georgescu-koennte-rumaeniens-neuer-praesident-werden/>
- \*Klatzer, J. & ORF.at. (2022, 22. November). *Schengen, Asyl und Co.: Ringen um Themenhoheit.* Abgerufen am 22. November 2022 von <https://orf.at/stories/3294786/>
- Kleine Zeitung. (2023a, 31. Jänner). *Dornauer unterstützt Karner bei der Zurückweisungsrichtlinie.* Kleine Zeitung. [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6245507/Asylantraege\\_Dornauer-unterstuetzt-Karner-bei-der](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6245507/Asylantraege_Dornauer-unterstuetzt-Karner-bei-der)
- \*Kleine Zeitung. (2023b, 18. September). *Rumänien fordert Österreichs Ja zu Schengen-Beitritt.* Abgerufen am 21. September 2023 von [https://www.kleinezeitung.at/politik/eu/6323301/Klage-droht\\_Rumaenien-fordert-Oesterreichs-Ja-zu-SchengenBeitritt](https://www.kleinezeitung.at/politik/eu/6323301/Klage-droht_Rumaenien-fordert-Oesterreichs-Ja-zu-SchengenBeitritt)
- Kleine Zeitung. (2023c, Oktober). *Für Leitl ist das Veto ein Fehler.* Kleine Zeitung.
- \*Klimareporter. (n.d.). *Die Ukraine und der Brotpreis.* Abgerufen am 21. Jänner 2025, von <https://www.klimareporter.de/international/die-ukraine-und-der-brotpreis>
- Knittelfelder, K. (2023, August 12). *Innenminister Karner: „Kickl sitzt mieselsüchtig im Kammerl“.* diepresse.com. <https://www.diepresse.com/14399782/innenminister-karner-kickl-sitzt-mieselsuechtig-im-kammerl>
- \*Konzett, E. (2023, 6. Jänner). *Rumäniens Leistung, Österreichs Arroganz.* Abgerufen am 8. Jänner 2023 von <https://www.falter.at/zeitung/20221214/rumaeniens-leistung-oesterreichs-arroganz>
- \*KPMG. (2023, März). *The Unnecessary Burden—KPMG Romania.* KPMG. <https://kpmg.com/ro/en/home/insights/2023/03/the-unnecessary-burden.html>
- Kramar, K. (2024a, Februar 25). *Österreich wegen Schengen-Blockade immer mehr im EU-Abseits.* Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/schengen-karner-oesterreich-rumaenien-bulgarien-eu/402792871>
- Kramar, K. (2024b, November 12). *Schengen-Grenze: Österreich gibt Weg für Rumänien und Bulgarien frei.* Abgerufen am 10. Dezember 2024 von

- <https://kurier.at/politik/ausland/eu-bruessel-karner-rumaenien-bulgarien-schengen-erweiterung/402974301>
- Kramar, K. (2024c, Dezember 6). „Freiheit“ und „freier Warenverkehr“: Warum Magnus Brunner nach Schengen reiste. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/magnus-brunner-eu-kommissar-eu-schengen-luxemburg/402984949>
- Kronen Zeitung. (2023a, Jänner 8). *Schengen und Asyl: „Wollen Ordnung in der EU“*. Kronen Zeitung. Abgerufen am 12. September 2024 von <https://www.krone.at/2898555>
- \*Kronen Zeitung. (2023b, 27. Februar). *Rumänien sucht Ausweg aus Schengen-Blockade*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://www.krone.at/2941695>
- Kronen Zeitung. (2023c, 21. September). *Rumänien will Asylwerber rascher zurücknehmen*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://www.krone.at/3119193>
- Kronen Zeitung. (2023d, 9. November). *Van der Bellen kritisierte Schengen-Veto indirekt*. Kronen. <https://www.krone.at/3162778>
- Kronen Zeitung. (2023e, 25. November). *Schengen: Bulgarien hofft auf Umdenken Österreichs*. Kronen. <https://www.krone.at/3177199>
- Kronen Zeitung. (2023f, 13. Dezember). *Fall*. Kronen Zeitung.
- Kronen Zeitung. (2023g, 13. Dezember). *Die Abtretung - ein großer Erfolg Kronen Zeitung*.
- Kronen Zeitung. (2023h, 17. Dezember). *Asylzahlen sind hierzulande weiter im Sinkflug*. Kronen. <https://www.krone.at/3196807>
- Kronen Zeitung. (2023i, 30. Dezember). „Schengen Air“ bringt Änderungen bei Einreise. [krone.at. https://www.krone.at/3206287](https://www.krone.at/3206287)
- \*Kronen Zeitung. (2024a, 11. September). *Rumäniens Premier über Nehammer „verärgert“*. Abgerufen am 21. September 2024 von <https://www.krone.at/3522123>
- Kronen Zeitung. (2024b, 24. Oktober). *Ungarn erwartet Schengen-Erweiterung im Dezember*. Abgerufen im Oktober 2024 <https://www.krone.at/3570666>
- Kronen Zeitung. (2024c, 18. November). *Vorbereitungen auf „entscheidendes Gespräch“*. Abgerufen am 18. November 2024 von <https://www.krone.at/3597151>
- \*Kronen Zeitung. (2024d, 9. Dezember). *Schengenerweiterung: Österreich lässt Veto fallen*. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://www.krone.at/3620536>
- \*Kurier. (2018, Oktober 24). *Nationalrat beschließt Familienbeihilfe neu: EU-Klage droht*. Abgerufen am 21. November 2024 von <https://kurier.at/politik/inland/nationalrat-beschliesst-indexierung-der-familienbeihilfe/400154457>
- Kurier. (2023a, Jänner 25). *Migration: EU-Innenminister beraten über Rückkehr und Drittstaaten*. Abgerufen am 26. Jänner 2023 von <https://kurier.at/politik/ausland/migration-eu-innenminister-beraten-ueber-rueckkehr-und-drittstaaten/402303902>
- Kurier. (2023b, Jänner 29). *Wahlmotive: FPÖ-Wähler sind mehrheitlich für blau-rote Koalition, türkise für ÖVP-SPÖ*. Abgerufen am 30. Jänner 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/wahlmotive-fpoe-waehler-sind-mehrheitlich-fuer-rot-blaue-koalition-tuerkise-fuer-oevpspoe/402309227>
- \*Kurier. (2023c, 31. Jänner). *Seitenhieb von rumänischem Außenminister: Schengen-Veto brachte ÖVP nichts*. Abgerufen am 1. Februar 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/seitenhieb-an-oevp-rumaenischer-aussenminister-sieht-noe-wahl-von-schengen-nicht-beeinflusst/402310193>
- Kurier. (2023d, 1. Februar). *Nehammer begrüßt Zusage der EU-Kommission zu Grenzschutz*. Abgerufen am 1. Februar 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/nehammer-begruesst-zusage-der-eu-kommission-zu-grenzschutz/402312368>
- Kurier. (2023e, 13. Februar). *Söder will Österreich in Bezug auf Schengen-Veto umstimmen*. Abgerufen am 13. Februar 2023 von <https://kurier.at/politik/ausland/soeder-will->

- [oesterreich-in-bezug-auf-schengen-veto-umstimmen/402326889](https://kurier.at/politik/inland/pflege-arbeitskraeftemangel-rumaenien-ausland-oesterreich-johannes-rauch/402326889)
- \*Kurier. (2023f, 14. März). *Johannes Rauch macht sich für Schengen-Beitritt Rumäniens stark*. Abgerufen am 13. Februar 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/pflege-arbeitskraeftemangel-rumaenien-ausland-oesterreich-johannes-rauch/402363981>
- Kurier. (2023h, 17. März). *Nehammer sieht US-Grenzzaun nach Mexiko als Vorbild für EU*. Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://kurier.at/politik/inland/nehammer-sieht-us-grenzzaun-nach-mexiko-als-vorbild-fuer-eu/402368793>
- Kurier. (2023i, 12. Juni). *Innenministerium forciert Rückführungen von Indern*. Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://kurier.at/politik/inland/innenministerium-forciert-rueckfuehrungen-von-indern/402482183>
- \*Kurier. (2023j, 19. August). *Protest aus Rumänien: „Österreich handelt unfair“*. Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://kurier.at/politik/inland/schengen-scholz-nehammer-oesterreich-rumaenien/402563105>
- \*Kurier. (2023k, 23. September). *„Partnerschaft für Frieden“: Rumänien soll Österreich bei NATO blockieren*. Abgerufen am 12. November 2023 von <https://kurier.at/politik/ausland/partnerschaft-fuer-frieden-rumaenien-blockiert-oesterreich-bei-nato/402605471>
- \*Kurier. (2023l, 9. November). *Van der Bellen kritisiert Regierung in puncto Schengen-Veto*. Abgerufen am 10. November 2023 von <https://kurier.at/politik/inland/van-der-bellen-kritisiert-regierung-in-puncto-schengen-veto/402663572>
- \*Kurier. (2023m, 25. November). *Asylanträge in Österreich gingen um 46 Prozent zurück*. Abgerufen am 26. November 2023 von <https://kurier.at/politik/ausland/asylantraege-in-oesterreich-gingen-um-46-prozent-zurueck/402684358>
- Kurier. (2023n, 25. November). *Bulgarischer Premier: „Wir verdienen den Schengen-Beitritt“*. Abgerufen am 25. November 2023 von <https://kurier.at/politik/ausland/premier-nikolaj-denkow-schengen-bulgarien-oesterreich-veto-rumaenien/402683413>
- Kurier. (2023o, 17. Dezember). *Asylantragszahlen in Österreich derzeit rückläufig*. Abgerufen von <https://kurier.at/politik/inland/asylantragszahlen-in-oesterreich-derzeit-ruecklaeufig/402711277>
- Kurier. (2023p, 21. Dezember). *Asyl: Eine Lösung mit vielen Lücken*. Abgerufen am 25. November 2023 von [www.kurier.at](http://www.kurier.at)
- \*Kurier. (2024a, 5. Februar). *Schengen-Revanche? Rumänien hebt NATO-Blockade gegen Österreich auf*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/schengen-revanche-rumaenien-hebt-nato-blockade-gegen-oesterreich-auf/402768670>
- \*Kurier. (2024b, 5. Februar). *Schengen-Revanche? Rumänien hebt NATO-Blockade gegen Österreich auf*. Abgerufen am 12. Februar 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/schengen-revanche-rumaenien-hebt-nato-blockade-gegen-oesterreich-auf/402768670>
- Kurier. (2024c, 24. Oktober). *Brunner für Schengen-Aufnahme Rumäniens und Bulgariens*. Abgerufen am 25. Oktober 2024 von <https://kurier.at/politik/inland/brunner-fuer-schengen-aufnahme-rumaeniens-und-bulgariens/402966830>
- \*Kurier. (2024d, 23. November). *Schengen-Erweiterung als Wahlkampfschlager in Rumänien*. Abgerufen am 25. November 2024 von <https://kurier.at/meinung/gastkommentar/schengen-erweiterung-als-wahlkampfschlager-in-rumaenien/402979083>
- Kurier. (2024e, 12. Dezember). *EU-Innenminister beraten über Schengen und Rückführungen*. Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/eu-innenminister-luxemburg-schengen-bulgarien-rumaenien-oesterreich->

- [migration/402960924](#)
- Kurier. (2024f, Dezember 12). *EU-Innenminister sagen „Ja“ zu Schengen-Erweiterung.* kurier.at. Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/eu-innenminister-schengen-erweiterung-europaeischen-union-bulgarien-rumaenien/402987184>
- Laczynski, M. (2023, Oktober 6). *Rumänien setzt Österreich unter Druck: Kein Schengen, kein Gas.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://www.diepresse.com/17722460/rumaenien-setzt-oesterreich-unter-druck-kein-schengen-kein-gas>
- \*Ladurner, U. (2017, 14. Juni). *Sebastian Kurz: Der Flüchtlingskrisen-Supermanager.* Die Zeit. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-06/sebastian-kurz-migration-mittelmeer-vertragsverletzungsverfahren-fluechtlinge>
- Lampl, M. (2023, 9. November). *Van der Bellen kritisiert Schengen-Veto: Migrantinnen kommen aus Ungarn* Abgerufen am 10. November 2023 von <https://www.puls24.at/news/politik/alexander-van-der-bellen-kritisiert-schengen-veto-migrantinnen-kommen-aus-ungarn/312695>
- \*Langer, A. (2022, 9. Dezember). *Van der Bellen erkennt Sinn hinter Veto nicht.* Abgerufen am 11. Dezember 2024 von [https://www.meinbezirk.at/c-politik/van-der-bellen-erkennt-sinn-hinter-veto-nicht\\_a5762089](https://www.meinbezirk.at/c-politik/van-der-bellen-erkennt-sinn-hinter-veto-nicht_a5762089)
- \*Lupișu, R. (2020, 8. September). *Mircea Geoană, secretarul general adjunct NATO: Rolul geopolitic influent al României se poate transforma într-un avantaj geoeconomic, industrial și tehnologic.* [Mircea Geoană, stellvertretender NATO-Generalsekretär: Rumäniens einflussreiche geopolitische Rolle kann zu einem geökonomischen, industriellen und technologischen Vorteil werden]. Abgerufen am 15. September 2021 von <https://www.caleaeuropeana.ro/mircea-geoana-secretarul-general-adjunct-nato-rolul-geopolitic-influent-al-romaniei-se-poate-transforma-intr-un-avantaj-geoeconomic-industrial-si-tehnologic/>
- \*Lupișu, R. (2021, 7. September). *Klaus Iohannis: Pentru România rămâne esențial „triumghiul de aur” al politicii externe – creșterea rolului în UE și NATO și parteneriatul strategic cu SUA.* [Klaus Iohannis: Für Rumänien ist das „goldene Dreieck” der Außenpolitik nach wie vor unverzichtbar - eine verstärkte Rolle in der EU und der NATO sowie eine strategische Partnerschaft mit den USA]. Abgerufen am 12. September 2021 von <https://www.caleaeuropeana.ro/klaus-iohannis-pentru-romania-ramane-esential-triumghiul-de-aur-al-politiciei-externe-cresterea-rolului-in-ue-si-nato-si-parteneriatul-strategic-cu-sua/>
- \*Machreich, W. (2023, 18. Juli). *EU-Abgeordneter Vlad Gheorghe: „Österreich nimmt Rumänien als Geisel“.* Abgerufen am 19. Juli 2023 von <https://www.furche.at/politik/eu-abgeordneter-vlad-gheorghe-oesterreich-nimmt-rumaenien-als-geisel-11391372>
- Mayer, M. (2024a, 20. Oktober). *Industrie ad Innenminister-Gipfel: Erweiterung des Schengen-Raums wichtig für europäische Integration.* Abgerufen am 22. Oktober 2022 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241010\\_OT0138/industrie-ad-innenminister-gipfel-erweiterung-des-schengen-raums-wichtig-fuer-europaeische-integration](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241010_OT0138/industrie-ad-innenminister-gipfel-erweiterung-des-schengen-raums-wichtig-fuer-europaeische-integration)
- \*Mayer, M. (2024b, Dezember 10). *Schengen: IV begrüßt Aufhebung Österreichs Veto.* OTS.at. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241210\\_OT0004/schengen-iv-begruesst-aufhebung-oesterreichs-veto](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241210_OT0004/schengen-iv-begruesst-aufhebung-oesterreichs-veto)
- Mayer, T. (2024, 6. März). *ÖVP lehnt EVP-Wahlprogramm für Spitzenkandidatin von der Leyen ab.* Abgerufen am 8. März 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000210460/oevp-lehnt-evp-wahlprogramm->

[fuer-spitzenkandidatin-von-der-leyen-ab](#)

- \*MDR. (2023, 17. April). *Rumänische Landwirte protestieren gegen ukrainische Getreideimporte*. Abgerufen am 23. Jänner 2025.
- Mein Bezirk. (2023, 18. September). *Rumänien droht Österreich mit EuGH-Klage*. Abgerufen am 19. September 2023 von [https://www.meinbezirk.at/c-politik/rumaenien-droht-oesterreich-mit-eugh-klage\\_a6271712](https://www.meinbezirk.at/c-politik/rumaenien-droht-oesterreich-mit-eugh-klage_a6271712)
- Metzger, I. (2023, 14. Februar). *Klimaprotest „Sabotage der Zivilgesellschaft“*. Abgerufen im Februar von <https://www.krone.at/2930324>
- \*Mihai, C. (2023, 30. Oktober). *Schengen-Beitritt: Klage gegen Veto Österreichs geht in die zweite Runde*. Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/schengen-beitritt-klage-gegen-veto-oesterreichs-geht-in-die-zweite-runde/>
- \*Mittelstaedt, K., & Schieder, S. (2022, 11. November). *Interview mit ÖVP-Klubchef Wöginger zu Asylgesetzen: „Auch die Menschenrechtskonvention gehört überarbeitet“*. Abgerufen am 11. November 2022 von <https://www.derstandard.at/story/2000140758116/woeginger-zu-asylgesetzen-auch-die-menschenrechtskonvention-gehoert-ueberarbeitet>
- Mory, F. (2023, 5. Juli). *EU-Parlamentsvize Karas: „Europa geht nicht zum Nulltarif“*. Abgerufen am 11. Mai 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000176818/eu-parlament-vize-karas-europa-geht-nicht-zum-nulltarif>
- MSN. (o. J.). *Nehammer will Sozialleistungen für Migranten neu regeln*. Abgerufen 18. Jänner 2025 von <https://www.msn.com/de-at/nachrichten/other/nehammer-will-sozialleistungen-f%C3%BCr-migranten-neu-regeln/ar-AA18tylK>
- MSN. (2023, 13. März). *Nehammer will Sozialleistungen für Migranten neu regeln*. Abgerufen von <https://www.msn.com/de-at/nachrichten/other/nehammer-will-sozialleistungen-f%C3%BCr-migranten-neu-regeln/ar-AA18tylK>
- \*Naderer, M. (2024, 18. September). *Die Standpunkte der Parteien zum Thema Asyl—* Abgerufen am 14. März 2023 von <https://www.salzburg24.at/themen/wahlen-in-salzburg/nationalratswahl/die-standpunkte-der-parteien-zum-thema-asyl-165269965>
- Nallinger, C. (2024a, 12. Dezember). *Österreich gibt Veto gegen Schengen-Beitritt auf: Rumänien und Bulgarien kommen*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <http://www.eurotransport.de/logistik/verkehrspolitik/oesterreich-gibt-veto-gegen-schengen-beitritt-auf-rumaenien-und-bulgarien-kommen/>
- Nehammer, K. (2023, 9. März). *Karl Nehammer*. karl-nehammer.at. <https://www.karl-nehammer.at/>
- \*NEOS Presseabteilung. (2024, 12. Dezember). *NEOS jubeln: Schengen-Blockade endlich Geschichte – Europa wächst zusammen*. Abgerufen am 13. Dezember 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241212\\_OT0068/neos-jubeln-schengen-blockade-endlich-geschichte-europa-waechst-zusammen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241212_OT0068/neos-jubeln-schengen-blockade-endlich-geschichte-europa-waechst-zusammen)
- \*NL#Times. (2024, 11. Dezember). *Dutch far-right asylum minister will not block Bulgaria, Romania from joining Schengen | NL Times*. Abgerufen am 11. Dezember 2024 von <https://nltimes.nl/2024/12/11/dutch-far-right-asylum-minister-will-block-bulgaria-romania-joining-schengen>
- Nusser, C. (2023, 14. Februar). *Gnadenloser Populist Kanzler rechnet mit Falter-Chef ab*. Heute.at. <https://www.heute.at/s/gnadenloser-populist-kanzler-rechnet-mit-falter-chef-ab-100255075>
- oe24. (2023, 13. November). *Karner will in Tunesien Ausbildungszentrum für Grenzschützer eröffnen*. Abgerufen am 13. November 2023 von <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/regierung/karner-will-in-tunesien-ausbildungszentrum-fuer-grenzschaetzer-eroeffnen/575409821>

- oe24. (2023a, 4. Jänner). *Die Wahrheit über die Schlepper-Mafia*. Abgerufen am 4. Jänner 2023 von <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/aktuell/die-wahrheit-ueber-die-schlepper-mafia/541029965>
- oe24. (2023b, 13. März). *Grüne gegen Kürzung von Sozialleistungen für Migranten*. Abgerufen am 15. März 2023 von <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/regierung/gruene-gegen-kuerzung-von-sozialleistungen-fuer-migranten/548567389>
- \*ÖÖNachrichten. (2023a, 27. Februar). *Schengen: Diplomatische Offensive Rumäniens*. Nachrichten.at. Abgerufen am 28. Februar 2023 von <https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/schengen-diplomatische-offensive-rumaeniens;art385,3795757>
- ÖÖNachrichten. (2023b, 17. März). *Nehammer sieht US-Zaun nach Mexiko als Vorbild*. Abgerufen von <https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/nehammer-sieht-us-zaun-nach-mexiko-als-vorbild;art385,3804925>
- \*ÖÖNachrichten. (2024, 9. Dezember). *Österreich lässt Veto gegen Schengenerweiterung fallen*. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://www.nachrichten.at/politik/aussenpolitik/oesterreich-laesst-veto-gegen-schengenerweiterung-fallen;art391,4007335>
- ORF. (2024, 9. Dezember). *Österreich gibt Schengen-Veto auf*. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories>
- ORF.at/Agenturen. (2022a, 23. November). *Nehammer: Bulgarien, Rumänien nicht reif für Schengen*. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories/3295019/>
- ORF.at/Agenturen. (2022b, 8. Dezember). *Schengen-Debatte: Österreich bekräftigt Veto gegen restliche EU*. Abgerufen am 10. Dezember 2022 von <https://orf.at/stories/3296938/>
- ORF.at/Agenturen. (2023a, 30. Jänner). *Die Zahlen hinter dem Asylthema*. ORF. Abgerufen am 3. Februar 2023 von <https://orf.at/stories/3303225/>
- \*ORF.at/Agenturen. (2023b, 30. Jänner). *Innenministerium: Beinahe 109.000 Asylanträge im Vorjahr*. Abgerufen am 18. März 2023 von <https://orf.at/stories/3303177/>
- ORF.at/Agenturen. (2023c, 1. Februar). *Nehammer begrüßt Aussage von Kommissarin zu Grenzschutz*. ORF. Abgerufen am 1. Februar 2023 von <https://orf.at/stories/3303448/>
- \*ORF.at/Agenturen. (2023d, 27. Februar). *Rumänische Delegation sucht in Wien Weg aus Schengen-Blockade*. Abgerufen am 28. Februar 2023 von <https://orf.at/stories/3306879/>
- ORF.at/Agenturen. (2023e, 9. März). *Migration: Schengen-Länder kritisieren Rom*. Abgerufen von <https://orf.at/stories/3308178/>
- ORF.at/Agenturen. (2023f, 11. April). *Karner will Grenzkontrollen erneut verlängern*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://orf.at/stories/3312148/>
- ORF.at/Agenturen. (2023g, 9. Juni). *UNHCR: Geflüchtete in Österreich von Armut bedroht*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://orf.at/stories/3319652/>
- \*ORF.at/Agenturen. (2023h, 19. August). *Rumänien kritisiert Nehammers Festhalten an Schengen-Veto*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://orf.at/stories/3328176/>
- \*ORF.at/Agenturen. (2023i, 18. September). *Schengen-Beitritt: Rumänien droht Österreich mit EuGH*. Abgerufen am 19. November 2023 von <https://orf.at/stories/3331596/>
- \*ORF.at/Agenturen. (2023j, 21. September). *Bukarest vereinbart mit Wien raschere Asylwerberübernahme*. Abgerufen am 11. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories/3331997/>
- ORF.at/Agenturen. (2023k, November 9). *Schengen-Veto: Van der Bellen nicht auf Regierungskurs*. Abgerufen am 10. November 2023 von <https://orf.at/stories/3339331/>
- ORF.at/Agenturen. (2023l, 25. November). *Schengen: Bulgarien hofft auf Ende von Wiens*

- Blockade.* news.ORF.at. <https://orf.at/stories/3340885/>
- ORF.at/Agenturen. (2023m, 11. Dezember). *Karner sieht bei Schengen-Lockerung „Kommission am Zug“.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories/3342383/>
- ORF.at/Agenturen. (2023n, 27. Dezember). *Rumänien sieht Schengen-Einigung.* Abgerufen am 29. Dezember 2023 von <https://orf.at/stories/3344109/>
- ORF.at/Agenturen. (2023o, 30. Dezember). *Einigung mit Rumänien und Bulgarien.* Abgerufen am 3. Jänner 2024 von <https://orf.at/stories/3344324/>
- ORF.at/Agenturen. (2024a, 17. September). *„Mammutaufgabe“ für Brunner.* Abgerufen am 18. September 2024 von <https://orf.at/stories/3370088/>
- ORF.at/Agenturen. (2024b, 9. Oktober). *Heftiger Schlagabtausch und Protestgesänge.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories/3372285/>
- ORF.at/Agenturen. (2024c, 24. Oktober). *Brunners andere Position im Schengen-Streit.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories/3373779/>
- ORF.at/Agenturen. (2024d, 4. November). *Kandidaten im Kreuzverhör.* news.ORF.at. <https://orf.at/stories/3374739/>
- ORF.at/Agenturen. (2024e, 5. November). *EU-Parlament gibt Brunner grünes Licht.* Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://orf.at/stories/3374898/>
- \*ORF.at/Agenturen. (2024f, 18. November). *Schengen: Karner traf rumänischen Innenminister.* Abgerufen am 19. November 2024 von <https://orf.at/stories/3376323/>
- ORF.at/Agenturen. (2024g, 20. November). *Schengen „light“ für Bulgarien und Rumänien.* ORF. Abgerufen von <https://orf.at/stories/3353134/>
- ORF.at/Agenturen. (2024h, 21. November). *Minister stellen Weichen für Schengen-Beitritte.* ORF. Abgerufen am 22. November 2024 von <https://orf.at/stories/3376701/>
- OTS. (2023a, 20. Dezember). *FPÖ – Steger ad EU-Migrationspakt: „Die illegale Masseneinwanderung geht munter weiter!“* Abgerufen am 21. November 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231220\\_OTSO144/fpoe-steger-ad-eu-migrationspakt-die-illegale-masseneinwanderung-geht-munter-weiter](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231220_OTSO144/fpoe-steger-ad-eu-migrationspakt-die-illegale-masseneinwanderung-geht-munter-weiter)
- OTS. (2023b, 20. Dezember). *FPÖ – Vilimsky: „EU-Migrationspakt taugt nichts, um Massenzuwanderung zu stoppen“.* Abgerufen am 22. Dezember 2023 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231004\\_OTSO082/fpoe-vilimsky-eu-migrationspakt-taugt-nichts-um-massenzuwanderung-zu-stoppen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231004_OTSO082/fpoe-vilimsky-eu-migrationspakt-taugt-nichts-um-massenzuwanderung-zu-stoppen)
- OTS. (2023c, 20. Dezember). *FPÖ – Vilimsky: „EU-Migrationspakt wird nichts an illegaler Massenzuwanderung ändern“.* Abgerufen am 12. Jänner 2025 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20231220\\_OTSO094/fpoe-vilimsky-eu-migrationspakt-wird-nichts-an-illegaler-massenzuwanderung-aendern](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231220_OTSO094/fpoe-vilimsky-eu-migrationspakt-wird-nichts-an-illegaler-massenzuwanderung-aendern)
- OTS. (2024a, 5. Jänner). *WKÖ-Klacska: „Österreichische Frächter dürfen nicht Faustpfand im Schengen-Streit werden“.* Abgerufen am 12. Jänner 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240105\\_OTSO057/wkoe-klacska-oesterreichische-fraechter-duerfen-nicht-faustpfand-im-schengen-streit-werden](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240105_OTSO057/wkoe-klacska-oesterreichische-fraechter-duerfen-nicht-faustpfand-im-schengen-streit-werden)
- OTS. (2024b, 18. Jänner). *Innenausschuss: Minister Karner wertet EU-Asylreform als „konstruktiv positiv“.* Abgerufen am 10. Februar 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240118\\_OTSO155/innenausschuss-minister-karner-wertet-eu-asylreform-als-konstruktiv-positiv](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240118_OTSO155/innenausschuss-minister-karner-wertet-eu-asylreform-als-konstruktiv-positiv)
- \*OTS. (2024c, 26. Februar). *NEOS zu Schengen-Veto: Schaden für den Standort Österreich.* Abgerufen am 9. Juni 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240226\\_OTSO134/neos-zu-schengen-veto-schaden-fuer-den-standort-oesterreich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240226_OTSO134/neos-zu-schengen-veto-schaden-fuer-den-standort-oesterreich)
- \*OTS. (2024d, 21. März). *NEOS vor EU-Gipfel: Österreich muss wieder konstruktiven Weg einschlagen.* Abgerufen am 22. März 2024 von

- [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240321\\_OTS0077/neos-vor-eu-gipfel-oesterreich-muss-wieder-konstruktiven-weg-einschlagen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240321_OTS0077/neos-vor-eu-gipfel-oesterreich-muss-wieder-konstruktiven-weg-einschlagen)
- OTS. (2024e, 17. April). *NEOS zu Eurobarometer: Höchste Zeit für Reformen*. Abgerufen am 22. September 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240417\\_OTS0108/neos-zu-eurobarometer-hoechste-zeit-fuer-reformen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240417_OTS0108/neos-zu-eurobarometer-hoechste-zeit-fuer-reformen)
- OTS. (2024f, 20. April). *SPÖ Wien Landesparteitag—Ludwig: „Nur die Sozialdemokratie garantiert soziale Gerechtigkeit—In Wien, Österreich & Europa!“* Abgerufen am 22. April 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240420\\_OTS0012/spoe-wien-landesparteitag-2-ludwig-nur-die-sozialdemokratie-garantiert-soziale-gerechtigkeit-in-wien-oesterreich-europa](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240420_OTS0012/spoe-wien-landesparteitag-2-ludwig-nur-die-sozialdemokratie-garantiert-soziale-gerechtigkeit-in-wien-oesterreich-europa)
- \*OTS. (2024g, 10. Mai). *NEOS zum Tag der Pflege: Österreich für Pflegekräfte attraktiv machen*. Abgerufen am 15. Mai 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240510\\_OTS0054/neos-zum-tag-der-pflege-oesterreich-fuer-pflegekraefte-attraktiv-machen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240510_OTS0054/neos-zum-tag-der-pflege-oesterreich-fuer-pflegekraefte-attraktiv-machen)
- OTS. (2024h, 12. Mai). *NEOS zu Lopatka: Nur NEOS sagen „Ja“ zu Europa, ohne „Aber“*. Abgerufen am 13. Mai 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240512\\_OTS0025/neos-zu-lopatka-nur-neos-sagen-ja-zu-europa-ohne-aber](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240512_OTS0025/neos-zu-lopatka-nur-neos-sagen-ja-zu-europa-ohne-aber)
- OTS. (2024i, Juni 5). *Karner und Zadić stellen sich Fragen der Abgeordneten zu sicherheitspolitischen Themen*. Abgerufen am 9. Juli 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240605\\_OTS0165/karner-und-zadic-stellen-sich-fragen-der-abgeordneten-zu-sicherheitspolitischen-themen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240605_OTS0165/karner-und-zadic-stellen-sich-fragen-der-abgeordneten-zu-sicherheitspolitischen-themen)
- OTS. (2024k, 11. September). *NEOS zu EU-Kommission: Brunner darf ÖVP-Blockadepolitik nicht fortsetzen*. Abgerufen am 13. September 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240917\\_OTS0090/neos-zu-eu-kommission-brunner-darf-oevp-blockadepolitik-nicht-fortsetzen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240917_OTS0090/neos-zu-eu-kommission-brunner-darf-oevp-blockadepolitik-nicht-fortsetzen)
- OTS. (2024l, 11. September). *NEOS zu Grenzkontrollen: Wir müssen unsere europäische Freiheit schützen*. Abgerufen am 17. September 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240911\\_OTS0094/neos-zu-grenzkontrollen-wir-muessen-unsere-europaeische-freiheit-schuetzen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240911_OTS0094/neos-zu-grenzkontrollen-wir-muessen-unsere-europaeische-freiheit-schuetzen)
- \*OTS. (2024m, 10. Oktober). *NEOS drängen auf Ende des Schengen-Vetos*. Abgerufen am 14. Oktober 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241010\\_OTS0014/neos-draengen-auf-ende-des-schengen-vetos](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241010_OTS0014/neos-draengen-auf-ende-des-schengen-vetos)
- OTS. (2024n, 12. November). *FPÖ – Steger: „Zustimmung zu Brunner offenbar mit ÖVP-Umfaller bei Schengen-Erweiterung erkauft!“* Abgerufen am 1. Dezember 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241112\\_OTS0041/fpoe-steger-zustimmung-zu-brunner-offenbar-mit-oevp-umfaller-bei-schengen-erweiterung-erkauft](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241112_OTS0041/fpoe-steger-zustimmung-zu-brunner-offenbar-mit-oevp-umfaller-bei-schengen-erweiterung-erkauft)
- OTS. (2024o, 10. Dezember). *SPÖ-Europasprecher Leichtfried begrüßt Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in den Schengen-Raum*. Abgerufen am 11. Dezember 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241210\\_OTS0098/spoe-europasprecher-leichtfried-begruesst-aufnahme-von-rumaenien-und-bulgarien-in-den-schengen-raum](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241210_OTS0098/spoe-europasprecher-leichtfried-begruesst-aufnahme-von-rumaenien-und-bulgarien-in-den-schengen-raum)
- \*Peterlik, C. (2023, 15. März). *Rumänische (sic!) Botschafter zum Schengen-Veto: „Unsere Geduld ist nicht endlos!“* abgerufen am 16. März 2023 von <https://www.profil.at/wirtschaft>
- Pink, O. (2023, 14. Februar). *Nehammer: „Das ist eine Beleidigung meiner Intelligenz“*. Abgerufen am 14. Februar 2023 von <https://www.diepresse.com/6251494/nehammer->

[das-ist-eine-beleidigung-meiner-intelligenz](#)

- Pink, O., & Rohrhofer, G. (2023, 27. Juni). *Werner Kogler: „Deswegen bin ich aber kein Marxist“*. Abgerufen am 29. Juni 2023 von <https://www.diepresse.com/13435318/werner-kogler-deswegen-bin-ich-aber-kein-marxist>
- \*Pisoiu, D. (2022, 5. Dezember). *Das inszenierte „Schengenproblem“*. Oaip. Abgerufen am 5. Dezember 2022 von <https://www.oaip.ac.at/publikation/das-inszenierte-schengenproblem/>
- \*Politico. (o. J.). *EU-Außenpolitik, Ukraine, Krieg in Russland: Es ist Zeit für mehr Mehrheitsentscheidungen*. Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://www.politico.eu/article/eu-foreign-policy-ukraine-russia-war-its-time-for-more-majority-decision-making/>
- Preusser, A. (2023, November 17). *Ludwig: „Ich hätte viele Fragen an Bruno Kreisky“*. Abgerufen am 11. Dezember 2023 von <https://kurier.at/chronik/wien/ludwig-wien-interview-stadtgeschichte-kreisky-nahost/402670738>
- \*Radio România Actualități. (2015, 16. Oktober). *România „acționează ca un membru de facto al Schengen“*. [Rumänien agiert de facto als Schengen-Mitglied] Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://www.romania-actualitati.ro/stiri/romania/romania-actioneaza-ca-un-membru-de-facto-al-schengen-id76395.html>
- \*Radio România Actualități. (2019, 24. Juli). *Aproape 10 milioane de români sunt plecați în străinătate. (Fast 10 Millionen Rumänen sind im Ausland)* Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://www.romania-actualitati.ro/stiri/romania/aproape-10-milioane-de-romani-sunt-plecati-in-strainatate-id125445>
- \*Romania Actualități. (2025, Jänner). *EXCLUSIV RRA Emil Hurezeanu: Facem parte din cercul partenerilor strategici ai SUA*. [Emil Hurezeanu: Wir gehören zu den Strategischen Partnern der Vereinigten Staaten von Amerika] Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://www.romania-actualitati.ro/stiri/in-lume/exclusiv-rra-emil-hurezeanu-facem-parte-din-cercul-partenerilor-strategici-ai-sua-id204838.html>
- Rauscher, H. (2023, Dezember). *Jean Asselborn: „Die EU hat nicht die Macht“*. Abgerufen 11. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000198435/jean-asselborn-die-eu-hat-nicht-die-macht>
- \*Realitatea Plus. (2024, 22. Dezember). *Călin Georgescu: „Gazul românesc, prețul pentru intrarea în Schengen“*. [Călin Georgescu: „Rumänisches Gas, der Preis für den Schengen-Beitritt“] Abgerufen am 20. Jänner 2025 von <https://www.realitatea.net/stiri/politica/calin-georgescu-gazul-romanesc-pretul-pentru-intrarea-in-schengen>
- Reiser, C. (2024, 2. April). *Schengen-Air in Kraft*. Abgerufen am 4. April 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240402\\_OTs0107/schengen-air-in-kraft](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240402_OTs0107/schengen-air-in-kraft)
- \*Reiser, C., & Kleeman, P. (2024, 28. März). *AVISO: Innenminister Karner, rumänischer Innenminister Predoiu und Flughafen Wien-Vorstand Ofner am Flughafen Wien*. Abgerufen am 3. April 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240328\\_OTs0028/aviso-innenminister-karner-rumaenischer-innenminister-predoiu-und-flughafen-wien-vorstand-ofner-am-flughafen-wien](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240328_OTs0028/aviso-innenminister-karner-rumaenischer-innenminister-predoiu-und-flughafen-wien-vorstand-ofner-am-flughafen-wien)
- \*Ripper, K. (2019, 29. September). *Mehr als 37%: Sprachloser Sebastian Kurz feiert Wahlerfolg der ÖVP*. Abgerufen am 30. September 2021 von <https://de.euronews.com/2019/09/29/mehr-als-37-sprachloser-sebastian-kurz-feiert-wahlerfolg-der-ovp>
- \*Romania Journal. (2024, 27. November). *Romanians to Travel Visa-Free to US for Tourism, Business in 2025*. Abgerufen von *The Romania Journal*.

- <https://www.romaniajournal.ro/politics/romanians-to-travel-visa-free-to-us-for-tourism-business-in-2025/>
- Roser, T. (2023, 1. Dezember). *Verbitterung über Wiens gesprungene Schengen-Schallplatte*. *kleinzeitung.at*. Abgerufen am 4. Dezember 2023 von <https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/17879436/verbitterung-ueber-wiens-gesprungene-schengen-schallplatte>
- Roser, T. (2024, 1. April). *Für Rumänien und Bulgarien gilt nun „Schengen light“*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://www.diepresse.com/18326385/fuer-rumaenien-und-bulgarien-gilt-nun-schengen-light>
- \*Salzburger, N. (2022, 9. Dezember). *Van der Bellen bedauert Österreichs Schengen-Veto*. Abgerufen am 10. Dezember 2022 von <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/van-der-bellen-bedauert-oesterreichs-schengen-veto-130969171>
- Salzburger, N. (2024a, 7. Jänner). *Bulgarien verschärft Grenzkontrollen wegen Österreich*. Abgerufen am 9. Jänner 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/bulgarien-grenzkontrollen-oesterreich-151288150>
- Salzburger, N. (2024b, 4. März). *Lage im Schengen-Raum großes Thema am Montag in Brüssel*. Abgerufen am 4. März 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/lage-schengen-raum-thema-montag-bruessel-154450837>
- Salzburger, N. (2024c, März 6). *ÖVP hat EVP-Wahlprogramm nicht zugestimmt*. Abgerufen am 8. März 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/oevp-evp-wahlprogramm-154611598>
- \*Salzburger, N. (2024d, März 6). *ÖVP will EVP-Wahlprogramm nicht zustimmen*. Abgerufen am 11. März 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/oevp-evp-wahlprogramm-154576591>
- Salzburger, N. (2024e, 31. März). *Rumänien und Bulgarien: Keine Kontrollen an Flughäfen mehr*. Abgerufen von Salzburger Nachrichten. <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/rumaenien-bulgarien-keine-kontrollen-flughaefen-155986360>
- Salzburger, N. (2024f, 29. April). *ÖVP will EU mit geschützten Grenzen und ohne Überregulierung*. Abgerufen am 21. Dezember 2025 von <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/oevp-eu-grenzen-ueberregulierung-157595098>
- Salzburger, N. (2024g, 26. Juni). *Karner bekräftigt Nein zu umfassender Schengen-Erweiterung*. Abgerufen am 12. Jänner 2025 von <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/karner-nein-schengen-erweiterung-160774999>
- Salzburger, N. (2024h, 15. August). *Karner will effektivere Regeln für radikalisierte Sträflinge*. Abgerufen am 23. August 2024 von <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/karner-regeln-straeflinge-163486318>
- \*Salzburger, N. (2024i, 11. September). *Rumäniens Regierungschef „verärgert“ über Nehammer*. Abgerufen am 12. September 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/rumaeniens-regierungschef-nehammer-164877094>
- Salzburger, N. (2024j, 7. Oktober). *EU-Kommissarin für Rumänien und Bulgarien in Schengen*. Abgerufen am 8. Oktober 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-kommissarin-rumaenien-bulgarien-schengen-166327702>
- Salzburger, N. (2024k, 8. Oktober). *Eurobarometer: Österreicher spüren Schengen-Kontrollen*. Abgerufen am 8. Oktober 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eurobarometer-oesterreicher-schengen-kontrollen-166379074>
- Salzburger, N. (2024l, 8. Oktober). *Heftiger Schlagabtausch und Protestgesänge*. Abgerufen am 10. Oktober 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/schlagabtausch-orban>

- [rede-eu-parlament-166421479](#)
- Salzburger, N. (2024m, 10. Oktober). *EU-Innenminister beraten über Schengen*. Abgerufen am 11. Oktober 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-innenminister-ausweitung-schengen-166463779>
- \*Salzburger, N. (2024n, 24. Oktober). *Brunner für Schengen-Aufnahme Rumäniens und Bulgariens*. Abgerufen am 27. Oktober 2024 von <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/brunner-schengen-aufnahme-rumaeniens-bulgariens-167273491>
- Salzburger, N. (2024o, 21. November). *Innenminister stellen Weichen für Schengen-Erweiterung*. Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/innenminister-weichen-schengen-beitritte-168883666>
- Salzburger, N. (2024p, 27. November). *EU-Botschafter machen Weg für Schengen-Erweiterung frei*. Abgerufen am 29. November 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-botschafter-weg-schengen-erweiterung-169202044>
- Salzburger, N. (2024q, Dezember 9). *Wien lässt Veto gegen Schengenerweiterung fallen*. Abgerufen am 11. Dezember 2024 von <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/wien-veto-schengenerweiterung-169868683>
- \*Salzburger, N. (2024r, 11. Dezember). *EU-Innenminister sagten Ja zu Schengen-Erweiterung*. Abgerufen am 12. Dezember 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-innenminister-ja-schengen-erweiterung-169993345>
- \*ORF (2022, 23. Dezember). *Schengen-Veto: Rumänische Pflegekräfte enttäuscht*. Abgerufen am 25. Dezember 2024 von news.ORF.at. <https://orf.at/stories/3298911/>
- Schifirneț, C. (2014, 18. Mai). *Românizare și europenizare*. [Rumänisierungs- und Europäisierungsprozess] Abgerufen am 20. August 2018 von Adevărul. <https://adevarul.ro/blogurile-adevarul/romanizare-si-europenizare-1536808.html>
- Schiretz, V. (2023, 13. April). *Die Früchte der „Aktion scharf*. Abgerufen am 16. April 2023 von <https://www.wienerzeitung.at/h/die-fruchte-der-aktion-scharf>
- Seidl, C. (2022, Dezember 9). *FPÖ deutlich vor der ÖVP, knapp vor der SPÖ*. Abgerufen am 12. Dezember 2022 von <https://www.derstandard.at/story/2000141593553/fpoe-deutlich-vor-der-oevp-knapp-vor-der-spo>
- Șelaru, C. (2018, 12. Dezember). *Viorica Dăncilă a anunțat motto-ul României pentru președinția Consiliului UE: „Coeziunea ca valoare comună europeană“*. [Viorica Dăncilă kündigte das Motto Rumäniens für die EU-Ratspräsidentschaft an: „Kohäsion als gemeinsamer europäischer Wert“.] Stiri pe surse. Abgerufen am 29. Jänner 2025 von [https://www.stiripesurse.ro/viorica-dancila-a-anun-at-motto-ul-romaniei-pentru-pre-edin-ia-consiliului-ue-coeziunea-ca-valoare\\_1310538.html](https://www.stiripesurse.ro/viorica-dancila-a-anun-at-motto-ul-romaniei-pentru-pre-edin-ia-consiliului-ue-coeziunea-ca-valoare_1310538.html)
- Sendlhofer, T. (2024a, 5. Februar). *Politisches Tauwetter: Bundesheer-Offiziere bekommen Zutritt zur Nato*. Abgerufen am 23. März 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/politisches-tauwetter-bundesheer-offiziere-zutritt-nato-152930707>
- Sendlhofer, T. (2024b, 11. Dezember). *Österreich gibt Veto auf: Grenzkontrollen für Rumänen und Bulgaren fallen*. Abgerufen am 11. Dezember 2024 von <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/oesterreich-veto-kontrollen-rumaenen-bulgaren-169980823>
- Stadt Wien. (2024, 7. Mai). *Bürgermeister Ludwig: „EU-Osterweiterung war und ist Erfolgsprojekt auch für Wien“*. Abgerufen am 8. Mai 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240507\\_OTS0163/buergermeister-](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240507_OTS0163/buergermeister-)

[ludwig-eu-osterweiterung-war-und-ist-erfolgsprojekt-auch-fuer-wien](#)

- \*Ștefănescu, C. (2023, 7. April). *Cum își face Austria singură rău economic și diplomatic* [Wie sich Österreich wirtschaftlich und diplomatisch selbst schadet] Abgerufen am 23. Jänner 2025 von dw.com. <https://www.dw.com/ro/cum-%C3%AE%C8%99i-face-austria-singur%C4%83-r%C4%83u-economic-%C8%99i-diplomatic/a-65345016>
- \*Steiner, J. (2024a, 6. März). *NEOS: ÖVP muss ihre sture Schengen-Blockade aufgeben*. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240306\\_OTSO108/neos-oevp-muss-ihre-sture-schengen-blockade-aufgeben](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240306_OTSO108/neos-oevp-muss-ihre-sture-schengen-blockade-aufgeben)
- Steiner, J. (2024b, 29. April). *NEOS: Wo sich das EU-Programm der ÖVP und ihre politische Arbeit widersprechen*. Abgerufen am 29. April 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240429\\_OTSO005/neos-wo-sich-das-eu-programm-der-oevp-und-ihre-politische-arbeit-widersprechen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240429_OTSO005/neos-wo-sich-das-eu-programm-der-oevp-und-ihre-politische-arbeit-widersprechen)
- \*Steiner-Gashi, I. (2023, 4. Oktober). *Rumänien nach Schengen-Veto mehrheitlich für Klage beim EuGH*. Abgerufen am 23. Oktober 2024 von <https://kurier.at/politik/ausland/schengen-grenzen-kontrollen-migranten-slowakei-deutschland-schallenberg/402617796>
- Streichhammer, J. (2024, 5. Februar). *Rumänien hebt Nato-Blockade gegen Österreich auf*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.diepresse.com/18070797/rumaenien-hebt-nato-blockade-gegen-oesterreich-auf>
- Swaton, C. (2023, 27. Februar). *Romanian mission in Vienna to seek a way out of Schengen blockade*. Abgerufen am 2. März 2023 von <https://www.euractiv.com/section/politics/news/romanian-mission-in-vienna-to-seek-a-way-out-of-schengen-blockade/>
- \*Tagesschau. (2024). *EU-Boycott gegen Ungarn: Kritik an Ukraine-Politik*. Abgerufen am 29. Jänner 2025 von <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-boycott-ungarn-100.html>
- The Guardian. (2024, 5. Juli). *Viktor Orbán visits Vladimir Putin to condemnation from fellow EU leaders*. Abgerufen von <https://www.theguardian.com/world/article/2024/jul/05/viktor-orban-visits-vladimir-putin-to-condemnation-from-fellow-eu-leaders>
- \*Teodorescu, B. (2024, 22. November). *Marcel Ciolacu și Viktor Orban au anunțat, de la Budapesta, intrarea României în Schengen*. [Marcel Ciolacu und Viktor Orban kündigten in Budapest den Schengen-Beitritt Rumäniens an] Adevărul. Abgerufen am 22. Dezember 2025 von <https://adevarul.ro/politica/marcel-ciolacu-si-viktor-orban-au-anuntat-de-la-2403560.html>
- Tiefenthaler, G., Filzmoser, G. & ORF.at/Agenturen (2024, 20. November). *Schengen-Vollbeitritt: Rumänien vor nächstem Schritt*. news.ORF.at. Abgerufen am 23. November 2024 von <https://orf.at/stories/3376538/>
- Tiroler Tageszeitung. (2023b, 4. Oktober). *Obwexer zu Grenzkontrollen: „Errungenschaft massiv unter Druck“*. Abgerufen am 22. Oktober 2023 von tt.com. <https://www.tt.com/artikel/30866081/obwexer-zu-grenzkontrollen-errungenschaft-massiv-unter-druck>
- Tiroler Tageszeitung. (2024, 5. Jänner). *Tiroler Tageszeitung, Leitartikel: „Die Geschichte vom guten Europäer“ von Wolfgang Sablatnig*. Abgerufen am 22. Jänner 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240104\\_OTSO075/tiroler-tageszeitung-leitartikel-die-geschichte-vom-guten-europaeer-von-wolfgang-sablatnig](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240104_OTSO075/tiroler-tageszeitung-leitartikel-die-geschichte-vom-guten-europaeer-von-wolfgang-sablatnig)
- Todericiu, A. (2023a, 20. Jänner). *Rumänien: Auf Populismus folgt Populismus im Schengen-Streit*. Abgerufen am 21. Jänner 2023 von <https://www.derstandard.at/story/2000142735334/rumaenien-auf-populismus-folgt-populismus-im-schengen-streit>

- Todericiu, A. (2023b, 13. Februar). *Schengen, ein Pyrrhussieg?* Abgerufen am 15. Februar 2023 von <https://www.diepresse.com/6250988/schengen-ein-pyrrhussieg>
- Todericiu, A. (2024, 21. November). *Wahlkampf in Rumänien: Die Schengen-Erweiterung als politische Bühne.* Abgerufen am 22. November 2024 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241121\\_OTS0047/wahlkampf-in-rumaenien-die-schengen-erweiterung-als-politische-buehne](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241121_OTS0047/wahlkampf-in-rumaenien-die-schengen-erweiterung-als-politische-buehne)
- \*Tomaselli, E. (2022, 15. Dezember). *24-Stunden-Betreuerin zu Schengen-Veto: „Wir sind einfach nur billige Arbeitskräfte“.* Abgerufen am 17. Dezember 2022 von <https://www.derstandard.at/story/2000141809241/24-stunden-betreuerin-zu-schengen-veto-wir-sind-einfach-nur>
- Tschiderer, K. / M. (2023, 3. Jänner). *Eine ehrliche Migrationsdebatte führen.* Abgerufen im Februar 2023 von <https://www.derstandard.at/story/2000143102584/ehrliche-migrationsdebatte-fuehren>
- Tschinderer, M. (2023, 14. Februar). *Nehammer gegen Visa-Erleichterungen für Erdbebenopfer.* Abgerufen am 15. Februar 2023 von Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/2000143552904/nehammer-gegen-visa-erleichterungen-fuer-erdbeben-opfer>
- \*Ultsch, C. (2023a, 23. Jänner). *Die Grenz-Mission von Nehammer und Karner in Bulgarien.* Abgerufen am 24. Jänner 2023 von <https://www.diepresse.com/6242006/die-grenz-mission-von-nehammer-und-karner-in-bulgarien?from=rss>
- \*Ultsch, C. (2023b, 23. Jänner). *Ministrul român de externe: „Austria a stârnit multă nemulțumire în România“.*[Der rumänische Außenminister: „Österreich hat in Rumänien für viel Unmult gesorgt“]. Abgerufen am 9. Dezember 2024 von <https://www.mae.ro/node/61169>
- \*Ultsch, C. (2023c, 19. April). *Mercosur und Schengen: Zwei Schüsse ins österreichische Knie.* Abgerufen am 2. Mai 2023 von <https://www.diepresse.com/6276269/mercosur-und-schengen-zwei-schuesse-ins-oesterreichische-knie>
- \*Ultsch, C. (2023e, 2. Mai). *Schengen-Blockade: Rumänien plant Retourkutsche gegen Österreich.* Die Presse. Abgerufen am 11. September 2024 von <https://www.diepresse.com/6282860/schengen-blockade-rumaenien-plant-retourkutsche-gegen-oesterreich>
- \*Ultsch, C. (2024, 18. Jänner). *Geopolitik ist für die OMV außerordentlich wichtig.* Die Presse. Abgerufen am 21. Jänner 2024 von <https://www.diepresse.com/>
- \*Vienna.at. (2023a, 12. Jänner). *Kanzler Nehammer Angriffig im ZIB2-Interview mit Martin Thür.* Abgerufen am 13. März 2023 von <https://www.vienna.at/kanzler-nehammer-angriffig-im-zib2-interview-mit-martin-thuer/7842316>
- \*Vienna.at. (2023b, 30. Jänner). *FPÖ NÖ überzeugte Wähler mit Themen Asyl und Teuerung—* Abgerufen am 30. Jänner 2023 von <https://www.vienna.at/fpoe-noe-ueberzeugte-waehler-mit-themen-asyl-und-teuerung/7875073>
- Vienna.at. (2023c, Februar). *Schengen-Veto: Rumänische Delegation sucht in Wien nach Lösung.* Abgerufen im Februar 2023 von <https://www.vienna.at/schengen-veto-rumanische-delegation-sucht-in-wien-nach-losung/7932820>
- Vienna.at. (2023e, 5. Juli). *Scholz-Besuch in Österreich geplant.* Abgerufen am 6. Juli 2023 von <https://www.vienna.at/scholz-besuch-in-osterreich-geplant/8171767>
- Vienna.at. (2023f, 12. Juli). *EU-Kritik an Schengen-Veto Österreichs.* Abgerufen am 14. Juli 2023 von <https://www.vienna.at/eu-kritik-an-schengen-veto-oesterreichs/8183935>
- \*Vienna.at. (2023g, 4. Dezember). *Protestaktion der NEOS in Wien gegen Schengen-Veto.* Abgerufen am 5. Dezember 2023 von <https://www.vienna.at/protestaktion-der-neos-in-wien-gegen-schengen-veto/8443624>
- Vindobona. (2023, 27. Februar). *Romanian Delegation Searching for a Solution in Vienna.*

- Abgerufen von <https://www.vindobona.org/article/romanian-delegation-searching-for-a-solution-in-vienna>
- \*VOL.AT. (2023, 9. Jänner). *Karner: „Asylbremse zeigt erste Wirkung“*. vol.at. Abgerufen am 10. Jänner 2023 von <https://www.vol.at/karner-asylbremse-zeigt-erste-wirkung/7834432>
- VOL.AT. (2024a, 27. November). *EU-Botschafter machen Weg frei: Schengen-Beitritt fix?* Abgerufen am 28. November 2024 von <https://www.vol.at/eu-botschafter-machen-weg-frei-schengen-beitritt-fix/9081448>
- VOL.AT. (2024b, 1. Dezember). *Bulgarien Unmittelbar vor dem Sprung in den Schengenraum*. Abgerufen am 1. Dezember 2024 von <https://www.vol.at/bulgarien-unmittelbar-vor-dem-sprung-in-den-schengenraum/9087061>
- \*VOL.AT. (2024c, Dezember 9). *Wien lässt Veto gegen Schengenerweiterung fallen*. vol.at. Abgerufen am 9. Dezember 2024 von <https://www.vol.at/wien-lasst-veto-gegen-schengenerweiterung-fallen/9103513>
- VOL.AT. (2024d, Dezember 12). *EU Innenminister drufen ja zu Schengen-Erweiterung geben*. vol.at. Abgerufen am 13. Dezember 2024 von <https://www.vol.at/eu-innenminister-durften-ja-zu-schengen-erweiterung-geben/9108583>
- VOL.AT. (2024e, 12. Dezember). *Schengenraum dürfte um Bulgarien und Rumänien erweitert werden*. vol.at. Abgerufen am 14. Dezember 2024 von <https://www.vol.at/schengenraum-durfte-um-bulgarien-und-rumanien-erweitert-werden/9106570>
- Volksblatt. (o. J.). *EU-Innenminister beraten über Schengen und Migration*. Abgerufen 18. Jänner 2025 von <https://volksblatt.at/>
- Volksblatt. (2023, 14. Juli). *ÖVP muss wieder echte Europa Partei werden*. volksblatt.at. <https://volksblatt.at/politik/aussenpolitik/oevp-muss-wieder-echte-europa-partei-werden-796825/>
- Winter, S. (2024, 22. November). *WKÖ-Kopf: Positiver Schritt in Richtung Vergrößerung des Schengen-Raums gesetzt*. Abgerufen 18. Jänner 2025 von [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20241122\\_OTSO123/wkoe-kopf-positiver-schritt-in-richtung-vergroesserung-des-schengen-raums-gesetzt](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241122_OTSO123/wkoe-kopf-positiver-schritt-in-richtung-vergroesserung-des-schengen-raums-gesetzt)
- Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). (2024, 12. Dezember). *WKÖ-Kopf: Vollständiger Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens gute Nachricht für Europa*. *Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)*. Abgerufen am 13. Dezember 2024 von <https://www.wko.at/oe/news/wkoe-kopf>
- WKÖ. (2023, 30. Dezember). *Wirtschaft begrüßt Teil-Einigung im Schengen-Streit*. Abgerufen am 3. Jänner 2025 von <https://www.wko.at/oe/news/wirtschaft-begruesst-teil-einigung-im-schengen-streit>
- \*Wölfl, A. (2022a, 6. Dezember). *Veto gegen Schengen-Beitritt: Wien demütigt Bukarest*. Abgerufen am 7. Dezember 2022 von <https://www.derstandard.at/story/2000141573935/veto-gegen-schengen-beitritt-wien-demuetigt-bukarest>
- \*Wölfl, A. (2022b, 9. Dezember). *Protest der rechten AUR-Partei vor österreichischer Botschaft in Bukarest*. Abgerufen am 11. Dezember 2022 von <https://www.derstandard.at/story/2000141673137/protest-von-rechter-partei-vor-oesterreichischer-botschaft-in-bukarest>
- \*Wölfl, A. (2023a, 24. April). *Schengen-Veto führt zu unnötigem CO2-Ausstoß an den Grenzen*. Abgerufen am 11. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/2000145812742/schengen-veto-fuehrt-zu-unnoetigem-co2-ausstoss-an-den-grenzen>
- Wölfl, A. (2023c, 13. Juli). *EU-Parlament spricht sich für Schengen-Beitritt von Rumänien*

- und Bulgarien aus. Abgerufen am 17. Juli 2023 von <https://www.derstandard.at/story/3000000178851/eu-parlament-spricht-sich-fuer-schengen-beitritt-von-rumaenien-und-bulgarien-aus>
- \*Wölfl, A. (2023d, 14. September). *Rumäniens Premier: „Ich werde ein erneutes Schengen-Veto Österreichs anfechten“*. Abgerufen am 17. September 2023 von <https://www.derstandard.at/story/3000000186947/ich-werde-214sterreichs-veto-anfechten>
- Wölfl, A. (2023e, 4. Dezember). *Rumänien sieht Tauwetter zwischen Wien und Bukarest*. Abgerufen am 5. Dezember 2023 von <https://www.derstandard.at/story/3000000198160/rumaenien-sieht-tauwetter-zwischen-wien-und-bukarest>
- Wölfl, A. (2023f, 28. Dezember). *Rumänien und Bulgarien hoffen auf baldiges Ende aller Schengen-Kontrollen*. Abgerufen am 5. Jänner 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000201171/rumaenien-und-bulgarien-hoffen-auf-baldiges-ende-aller-schengen-kontrollen>
- Wölfl, A. (2024a, 2. Jänner). *Auch bei „Schengen light“ für Bulgarien und Rumänien kann Österreich weiter blockieren*. Abgerufen am 4. Jänner 2024 von <https://www.derstandard.at/story/3000000201579/auch-bei-schengen-light-fuer-bulgarien-und-rumaenien-kann-oesterreich-weiter-blockieren>
- Wölfl, A. (2024b, 7. März). *Rumänien heißt „Nehammer im Schengen-Raum willkommen“*. Abgerufen am 9. März von <https://www.derstandard.at/story/3000000210649/rumaenien-heisst-nehammer-im-schengen-raum-willkommen>
- Wölfl, A. (2024c, 11. November). *Österreich macht nächsten Schritt zum Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens*. [derstandard.at](https://www.derstandard.at). <https://www.derstandard.at/story/3000000244452/oesterreich-macht-naechsten-schritt-zum-schengen-beitritt-rumaeniens-und-bulgariens>
- \*Zeit Online. (2018, 29. Dezember). *EU-Kommissionspräsident Juncker äußert Zweifel an Rumäniens EU-Ratspräsidentschaft*. Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-12/eu-kommissionspraesident-jean-claude-juncker-zweifel-eu-ratspraesidentschaft-rumaenien>

### Beiträge in wissenschaftlichen Fachzeitschriften

- Amza-András, A. (2022). Die rumänische Außenpolitik nach 1989: Vom policy taker zum policy shaper. In A. Lorenz & D.-M. Mariş (Hrsg.), *Das politische System Rumäniens: Entwicklung und Herausforderungen in Europa* (S. 219–234). Springer Fachmedien. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-36343-7\\_11](https://doi.org/10.1007/978-3-658-36343-7_11)
- Amza-András, A. (2024). An attempt to systematically revisit the process of conceptualization and political maturation of the Three-Seas-Initiative (3SI). Abgerufen am 22. Dezember 2024 von *Analele Universității din Oradea. Seria: Relații Internationale și Studii Europene*. Abgerufen am 22. Dezember 2024 von [https://analerise.igri.ro/resurse/reviste/2024/Anale\\_2024.pdf](https://analerise.igri.ro/resurse/reviste/2024/Anale_2024.pdf)
- Angelescu, I. (o. J.). *Punching Below its Weight? Europeanization and Romanian Foreign Policy1*. *euce.org*. Abgerufen 20. Jänner 2025, von [https://www.academia.edu/872038/Punching\\_Below\\_its\\_Weight\\_Europeanization\\_and\\_Romanian\\_Foreign\\_Policy1](https://www.academia.edu/872038/Punching_Below_its_Weight_Europeanization_and_Romanian_Foreign_Policy1)

- Aurescu, B. (2018, 28. November). Provocări și proiecții de politică externă a României la un secol de la Marea Unire [Rumänische außenpolitische Herausforderungen und Projektionen ein Jahrhundert nach der Großen Union]. *Revista Sinteza*. Abgerufen am 13. Oktober 2024 von <https://www.revistasinteza.ro/bogdan-aurescu-provocari-si-proiectii-de-politica-externa-a-romaniei-la-un-secol-de-la-marea-unire>
- Aurescu, B. (2020). Valorile comune în spațiul transatlantic – Coerență în politica externă a României și contribuția la rolul global și reziliența strategică ale UE [Gemeinsame Werte im transatlantischen Raum - Kohärenz in der rumänischen Außenpolitik und Beitrag zur globalen Rolle und strategischen Widerstandsfähigkeit der EU]. *Calea Europeană*. Abgerufen am 13. Oktober 2024 von <https://www.caleaeuropeana.ro/op-ed-bogdan-aurescu-valorile-comune-in-spatiul-transatlantic-coerenta-in-politica-externa-a-romaniei-si-contributia-la-rolul-global-si-rezilienta-strategica-ale-ue/>
- Bandov, G., & Kolman, N. H. (2018). *Research on Europeanization in Literature: 3(5)*. Abgerufen am 20. Oktober 2024 von <https://cadmusjournal.org/files/pdfreprints/vol3issue5/Research-on-Europeanization-in-Literature-GBandov-NKolman-Cadmus-V3-I5-Reprint.pdf>
- Börzel, T. A., & Risse, T. (2000). When Europe hits home: Europeanization and domestic change. *European Integration online Papers (EIoP)*, 4(15).
- Börzel, T. A. (2001). Why there is no „Southern Problem“: On environmental leaders and laggards in the European Union. *Journal of Common Market Studies*, 34(4), S. 59–77.
- Börzel, T. A. (2003). How the European Union Interacts with its Member States. *IHS Political Science Series*, 93. [http://aei.pitt.edu/1049/1/pw\\_93.pdf](http://aei.pitt.edu/1049/1/pw_93.pdf)
- Börzel, T. A., & Panke, D. (2007). Europäisierung – ein politikwissenschaftliches Laboratorium. *Politische Vierteljahresschrift*, 48(4), 705–737. <https://doi.org>
- Brunazzo, M. (2010). From Policy-Taker to Policy-Shaper: The Europeanization of Italian Cohesion Policy. *World Political Science Review*. 6. 10.2202/1935-6226.1074.
- Cuglesan, N., & Ilik, G. (2022). The Romanian Presidency of the Council of the European Union. Great expectations? *Journal of Liberty and International Affairs*, 8 (3): 459-474, Article 3. <https://doi.org/10.47305/JLIA2283459c>
- Dimitrov, G., Haralampiev, K. & Stoychev, S. (2016). *The Adventures of the CVM in Bulgaria and Romania. In: Maximizing the integration capacity of the European Union: Lessons of and prospects for enlargement and beyond*. (MAXCAP), ISSN 2198-7653
- Ditrych, O. (2024). *Das Schwarze Meer als strategische Plattform in der geopolitischen Auseinandersetzung*. Abgerufen am 21. Jänner 2025 von <https://www.swp-berlin.org/publikation/das-schwarze-meer-als-mare-clausum>
- Europäische Kommission. (2022). Schengen durch vollständige Einbeziehung Bulgariens, Kroatiens und Rumäniens in den Raum ohne Binnengrenzen-Kontrollen stärken. *COM, 636 final*. <https://eur-lex.europa.eu/legal->

[content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52022DC0636](https://content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52022DC0636)

- Europäisches Parlament. (2024). *EU-Außenpolitik und Entscheidungsfindung: Ukraine und Russland*. Abgerufen am 31. Januar 2025, von [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS\\_ATA\(2024\)757791](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA(2024)757791)
- Europolity. (2018). *The impact of the Romanian EU Council Presidency on the degree of inclusiveness on non-governmental actors in the national system for coordination of European affairs*. 12(2). <https://europolity.eu/2018-vol-12-no-2/>
- Falkner, G. (2001). The Europeanisation of Austria: Misfit, Adaptation and Controversies. *European Integration online Papers (EIoP)*, 5. <https://doi.org/10.2139/ssrn.302788>.
- Falkner, G., & Treib, O. (2008). Three worlds of compliance or four? The EU-15 compared to new member states. *Journal of Common Market Studies*, 46(2), 293–313.
- Famira-Mühlberger, U. (2023). Projektionen des öffentlichen Pflegeaufwands bis 2050. *WIFO Studies*, 70673.
- Felbermayr, G., Gröschl, J. K., & Steinwachs, T. (2016). Handelseffekte von Grenzkontrollen. *IFO-Institut Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Außenwirtschaft*. [www.ifo.de/publikationen](http://www.ifo.de/publikationen)
- Franke, U., & Varma, T. (2019, Juli). *Independence play: Europe's pursuit of strategic autonomy*. European Council on Foreign Relations. Abgerufen von [https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/independence\\_play\\_europes\\_pursuit\\_of\\_strategic\\_autonomy](https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/independence_play_europes_pursuit_of_strategic_autonomy)
- Gabanyi, A. U. (2005). Rumänien vor dem EU-Beitritt. *SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik)*.
- Habit, D. (2015). Die EUropäisierung Europas: Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Formationen, Logiken und Techniken des Regierens von und in Europa. Jahresbericht des Instituts für Empirische Kulturwissenschaften und Europäische Ethnologie, Ludwig-Maximilians-Universität München. Abgerufen von <https://www.ekwee.uni-muenchen.de>.
- Hertwig, L. (2021, 25. Jänner). *Strategische Souveränität der südöstlichen Nachbarschaft der EU: Das Schwarze Meer*. Heinrich-Böll-Stiftung. Abgerufen am 23. September 2024 von <https://www.boell.de/de/2021/01/25/strategische-souveraenitaet-der-suedoestlichen-nachbarschaft-der-eu-das-schwarze-meer>
- Jovanovic, B., & Hanzl-Weiss, D. (2022). Economic and Social Impacts of FDI in Central, East and Southeast Europe. *Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)*. <https://wiiw.ac.at/economic-and-social-impacts-of-fdi-in-csee-pj-280.html>
- Karolewski, I., Mehlhausen, T., & Sus, M. (2015). The Polish EU Council Presidency in 2011: Master or Servant? *Journal of European Integration*, 37. <https://doi.org/10.1080/07036337.2015.1053085>

- Knill, C. & Lehmkuhl, D. (2002a). How Europe Matters: Different mechanisms of Europeanization. *European Integration online Papers (EIoP)*, 6(15).
- Knill, C. & Lehmkuhl, D. (2002b). The national impact of European Union regulatory policy: Three Europeanization mechanisms. *European Journal of Political Research*, 41(2), S. 255–280
- Kultzen, A. (2014, Mai 17). *Spiegelt das Misfit-Modell zur Europäisierung die europäische Wirklichkeit wider?* Bernd Hüttemann. <https://huettemann.eu/de/2014/05/spiegelt-das-misfit-modell-zur-europaeisierung-die-europaeische-wirklichkeit-wider/>
- Lakatos, A. (2015). Romania and the „Western” World: A brief overview of Romanian Foreign Policy, 1990 – 2012. *West Bohemian Review*, 5(4), 127–149
- Lang, K.-O. & von Ondarza, N. (2018). *Minilateralismen in der EU – Chancen und Risiken der innereuropäischen Diplomatie*. Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mairhuber, I., Schadauer, A., Neuhauser, J., & Matei, F. (o. J.). Das Unsichtbare sichtbar machen: Datenerhebung zu Personenbetreuer\_innen in österreichischen Privathaushalten. *24 Das Unsichtbare sichtbar machen*.
- Major, C. (o. J.). Europeanization and Foreign and Security Policy: Undermining or Rescuing the Nation State. *Politics*, 25(3), 175–190.
- Melchior, J. (2006). Die (unscheinbare) Macht der Ratspräsidentschaft. Eine Herausforderung für Österreich. *Politix*, 21, 4–7.
- Nagy, E., Lakatos, A. L., & Antal, K. (o. J.). Grundlagen rumänischen geopolitischen Denkens. *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft*, 159, 275–296. <https://doi.org/10.1553/moegg159s275>
- Noutcheva, G., & Bechev, D. (2008). The Successful Laggards: Bulgaria and Romania’s Accession to the EU. *East European Politics and Societies*, 22, 114–144.
- Olsen, J. P. (2002). The Many Faces of Europeanization. *Journal of Common Market Studies*, 40(5), S. 921–952.
- Radaelli, Claudio M. (2000): Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change. In: *European Integration online Papers (EIoP)*, 4(8), S. 1–28.
- Radaelli, Claudio. M. (2004). Europeanisation: Solution or problem? *European Integration Online Papers (EIoP)*, 8(16).
- Reservistenverband. (n.d.). *Vom Zuschauer zum Akteur: Die NATO und das Schwarze Meer*. Retrieved from <https://www.reservistenverband.de/magazin-die-reserve/vom-zuschauer-zum-akteur-die-nato-und-das-schwarze-meer>
- Schimmelfennig, F., & Sedelmeier, U. (o. J.). Governance by Conditionality: EU Rule Transfer to the Candidate Countries of Central and Eastern Europe. *Journal of European Public Policy*, 12(2), 185–209.

Vandecasteele, B., & Bossuyt, F. (2014). Assessing EU council presidencies: (conditions for) success and influence. *Comparative European Politics*, 12(1), 1-20.  
<https://doi.org/10.1057/cep.2013.12>

Voicu, S. (2024). The Solidarity Question. Romanian farmers, Ukrainian grains, and the European Union. *False Prophets, False Promises, IWMpost*, 133(Spring/Summer, 2024). Abgerufen am 15. Dezember 2024 von  
<https://www.iwm.at/publication/iwmpost/iwmpost-133-false-prophets-false-promises>

Wallace, H., & Hayes-Renshaw, F. (2003). *Reforming the Council: A Work in Progress?* Swedish Institute for European Policy Studies.

Zondella, M., Laumer, D., & Praprotnik, K. (2023, 30 Jänner). *Wählerstromanalyse und Wahltagsbefragung Landtagswahl Niederösterreich 2023*. Abgerufen am 20. Januar 2025 von <https://foresight.at/wahlen/wahlanalysen/niederoesterreich-2023>

## **Bücher und Buchkapitel**

Auel, K. (2005). Europäisierung nationaler Politik. In H.-J. Bieling & M. Lerch (Hrsg.), *Theorien der europäischen Integration* (S. 293–315). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Aurescu (2019). Einleitung. In *Politica Marilor Puteri in Europa Centrala si de Est: 30 de ani de la sfarsitul Razboiului Rece [Die Politik der Großmächte in Zentral- und Osteuropa: 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges]*, Hrsg. Naumescu, V., 10, Bukarest: Humanitas.

Avery, G. (2007). *An ever more enlarging Union?* *Journal of European Integration*, 29(4), 447–460. <https://doi.org/10.1080/07036330701502474>

Bach, M. (2000). *Die Bürokratisierung Europas: Verfassungspolitik und Verwaltungsintegration in der Europäischen Union*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Beichelt, T. (2009). *Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bieling, K. A. (2012). *Europäisierung nationaler Politik*. In H.-J. Bieling & M. Lerch (Hrsg.), *Theorien der europäischen Integration* (S. 247–269). Springer Fachmedien.  
[https://doi.org/10.1007/978-3-531-19715-9\\_12](https://doi.org/10.1007/978-3-531-19715-9_12)

Blumer, S. & Lequesne, P. (2013). *The Member States of the European Union*. Oxford University Press.

Börzel, T. A. & Risse, T. (2003). Conceptualizing the domestic impact of Europe. In K. Featherstone & C. M. Radaelli (Hrsg.), *The politics of Europeanization* (S. 57–80). Oxford University Press.

Börzel, T. A. (2005). *Europeanization: How the European Union Interacts with its Member*

- States. In S. J. Bulmer & C. Lequesne (Hrsg.), *The Member States of the European Union*. (S. 45–76). Oxford University Press.
- Börzel, T. A., & Risse, T. (2006a). Europeanization: The Domestic Impact of European Union Politics. In K. E. Jørgensen, M. A. Pollack, & B. Rosamond (Hrsg.), *Handbook of European Union Politics* (S. 483–505).
- Börzel, T. A. (2006). Europäisierung in der deutschen Politik? In M. G. Schmidt & R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland: Innen- und Außenpolitik seit 1949* (S. 491–512). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Börzel, T. A., & Panke, D. (2013). Europeanization. In M. Cini & N. Pérez-Solórzano Borragán (Hrsg.), *European Union Politics* (4. Aufl., S. 115–125). Oxford University Press.
- Börzel, T. A. (2018). Europeanization: How the European Union interacts with its Member States. In S. Bulmer & C. Lequesne (Hrsg.), *The Member States of the European Union* (S. 45–76). Oxford University Press.
- Bulmer, S. (1998). Shaping the Rules? The Constitutive Politics of the European Union and German Power. In P. C. P. M. Lankowski (Ed.), *Germany and the European Union: New Perspectives* (pp. 59-82). Palgrave Macmillan.
- Cowles, M. G., Caporaso, J., & Risse, T. (Hrsg.). (2001). *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change*. Cornell University Press.  
<https://www.jstor.org/stable/10.7591/j.ctv3mt9rp>
- Egeberg, M. (2005). The EU and the Nordic Countries: Organizing Domestic Diversity? In S. Bulmer & C. Lequesne (Hrsg.), *The Member States of the European Union* (S. 185–208). Oxford University Press.
- Gadinger, F., Jarzebski, S., & Yildiz, T. (2013). *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*. Springer.
- George, S., & Bache, I. (2001). *Politics in the European Union*. Oxford University Press.
- Graziano, Paolo & Vink, Maarten P. (2008): *Europeanization: New Research Agendas*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hagemann, S., & Maurer, A. (2022). *Europäische Handlungsfähigkeit stärken: Warum die EU nationale Vetos überwinden muss*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).  
<https://www.swp-berlin.org/10.18449/2022A60>
- Hecke, S., & Bursens, P. (2013). The Council Presidency and the European Council – Towards Collective Leadership in the EU. In F. Foret & Y.-S. Rittelmeyer (Hrsg.), *The European Council and European Governance. The Commanding Heights of the EU* (S. 111–127). Routledge.  
[https://www.researchgate.net/publication/318562491\\_The\\_Council\\_Presidency\\_and\\_the\\_European\\_Council\\_-\\_Towards\\_Collective\\_Leadership\\_in\\_the\\_EU](https://www.researchgate.net/publication/318562491_The_Council_Presidency_and_the_European_Council_-_Towards_Collective_Leadership_in_the_EU)
- Hibou, B. (2005). Greece and Portugal: Convergent or Divergent Europeanization? In S.

- Bulmer & C. Lequesne (Hrsg.), *The Member States of the European Union* (S. 229–253). Oxford University Press.
- Huber, C. K. (2012). *Zwischen Routine, Ratspräsidentschaft und Gipfel. Interaktionen von Medien und Politik in der Europäischen Union*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ilie, F. (2025). Europeanization and policy transfer in the design of domestic EU policy coordination at central governmental level: The Romanian case. In *Working Paper Series*. European Institute of Romania. [ier.gov.ro](http://ier.gov.ro)
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). (2023). *Politische und gesellschaftliche Auswirkungen des Krieges in der Ukraine in Rumänien*.
- Knill, C. (2001). *The Europeanisation of National Administrations: Patterns of Institutional Change and Persistence*. Cambridge University Press.
- Ladrech, R. (2004). Europeanization and the Member States. In M. G. Cowles & D. Dinan (Hrsg.), *Developments in the European Union 2* (S. 47–64). Palgrave Macmillan.
- Manea, I. (2020): Romania's Role in Strengthening Cybersecurity in the European Union. *Romanian Journal of European Affairs*, Vol. 20, No. 2, pp. 45–61.
- Martin-Russu, L. (2022). Introduction: The European Paradox of Expecting Corrupt Political Elites to Lead the Fight Against Corruption. In L. Martin-Russu (Hrsg.), *Deforming the Reform: The Impact of Elites on Romania's Post-accession Europeanization* (S. 1–17). Springer International Publishing. [https://doi.org/10.1007/978-3-031-11081-8\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-031-11081-8_1)
- Móra, F. (1950). *Mesék Mátyás királyról* (Märchen über König Matthias). Budapest: Móra Ferenc Könyvkiadó.
- Puetter, U. (2014). *The European Council and the Council: New intergovernmentalism and institutional change*. Oxford University Press.
- Radaelli, C. M. (2003). The Europeanization of Public Policy. In: K. Featherstone & C. M. Radaelli (Hrsg.), *The Politics of Europeanization* (S. 27–56). Oxford University Press.
- Radaelli, Claudio M. (2004). Europeanization: New Research Agendas. In: *Journal of Common Market Studies*, 42(2), S. 3-19.
- Radaelli, C. M. (2006). Europeanization: Solution or Problem? In M. Cini & A. K. Bourne (Hrsg.), *Palgrave Advances in European Union Studies* (S. 56–76). Palgrave Macmillan.
- Radaelli, C. M., & Pasquier, R. (2007). Conceptual Issues. In P. Graziano & M. P. Vink (Hrsg.), *Europeanization. New Research Agendas* (S. 35–45). Palgrave Macmillan.
- Radu, R. (2018): Romania as a Cybersecurity Hub in Eastern Europe: Challenges and Opportunities. In: *East European Politics*, Vol. 34, Issue 3, S. 321–340.

- Raphael, C., & Ribbe, D. (2020). Europäisierung. In W. Weidenfeld, W. Wessels, & F. Tekin (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (S. 1–5). Springer Fachmedien. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-24456-9\\_57-2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-24456-9_57-2)
- Risse, T., Cowles, M. G., & Caporaso, J. A. (2000). Europeanization and Domestic Change: Introduction. In M. G. Cowles, T. Risse, & J. A. Caporaso (Hrsg.), *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change* (S. 1–20). Cornell University Press.
- Sălăjan, L. C. (2018). *The role of national identity in the trajectory of Romania's foreign policy (1990-2007)*. Babes-Bolyai University Press.
- Schicha, C. (2012). *Die Theatralität der politischen Kommunikation. Medieninszenierungen am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2002*. LIT Verlag.
- Tömmel, I. (2014). *The European Union: What it is and how it works*. Palgrave Macmillan.
- Vandecasteele, B., & Bossuyt, F. (2014). Assessing EU council presidencies: (conditions for) success and influence. *Comparative European Politics*, 12(1), 1-20. <https://doi.org/10.1057/cep.2013.12>
- Van Hecke, S., & Bursens, P. (Eds.). (2013). *Readjusting the Council Presidency: Belgian leadership in the EU*. ASP Editions.
- Wallace, H. (2005). Exercising Power and Influence in the European Union: The Roles of Member States. In S. Bulmer & C. Lequesne (Hrsg.), *The Member States of the European Union* (S. 25–44). Oxford University Press.
- Warleigh-Lack, A., & Drachenberg, R. (2013). Policy-making in the European Union. In M. Cini & Pérez-Solórzano Borrágán (Hrsg.), *European Union Politics* (4. Aufl., S. 199–212). Oxford University Press.
- Wiener, A. (2006). Constructivism and Sociological Institutionalism. In M. Cini & A. K. Bourne (Hrsg.), *Palgrave Advances in European Union Studies* (S. 35–55). Palgrave Macmillan.
- Winfried, S. (2011). *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung* (3. Aufl.). Verlag für Sozialwissenschaften.
- Yin, Robert K. (1994). *Case Study Research: Design and Methods*. 2. Auflage, Thousand Oaks: Sage Publications, S. 1.

## Offizielle Dokumente, Erklärungen, Umfragen

- Administrația Prezidențială (2022, 9. Dezember). *Bundespräsident bedauert Schengen-Veto Österreichs*. Abgerufen am 10 Dezember 2022 <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/bundespraesident-bedauert-schengen-veto>

Administrația Prezidențială. (2022, 12. Dezechember). Declarațiile de presă comune susținute de Președintele României, Klaus Iohannis, cu Președintele Confederației Elvețiene, Ignazio Cassis [Gemeinsame Presseerklärungen des rumänischen Staatspräsidenten Klaus Iohannis und des Schweizer Bundespräsidenten Ignazio Cassis]. Abgerufen von <https://www.presidency.ro/ro/media/declaratii-de-presa/declaratiile-de-presa-comune-sustinute-de-presedintele-romaniei-klaus-iohannis-cu-presedintele-confederatiei-elvetiene-ignazio-cassis>

Administrația Prezidențială. (2024a, 7. Februar). *Discursul susținut de Președintele României, Klaus Iohannis, în cadrul dezbaterii cu tema „Aceasta este Europa” din plenul Parlamentului European* [Rede des rumänischen Staatspräsidenten Klaus Iohannis während der Debatte „Das ist Europa” im Plenum des Europäischen Parlaments]. Abgerufen von <https://www.presidency.ro/ro/media/discursuri/discursul-sustinut-de-presedintele-romaniei-klaus-iohannis-in-cadrul-dezbaterii-cu-tema-this-is-europe-din-plenul-parlamentului-european>

Administrația Prezidențială (2024b, 9. Juni). *Joint Statement on Joint Statement on Strengthening Ukraine’s Air Defenses by U.S. President Joseph R. Biden, Dutch Prime Minister Dick Schoof, German Chancellor Olaf Scholz, Italian Prime Minister Giorgia Meloni, Romanian President Klaus Iohannis, and Ukrainian President Volodymyr Zelenskyy*. <https://www.presidency.ro/>

Administrația Prezidențială (2024c, 20. Juni). *Ședința Consiliului Suprem de Apărare a Țării*. [Sitzung des Obersten Rates für Landesverteidigung]. <https://www.presidency.ro/>

Administrația Prezidențială. (2024d, 11. Juli). *Acord privind cooperarea în domeniul securității între România și Ucraina* [Abkommen über Sicherheitskooperation zwischen Rumänien und der Ukraine]. Abgerufen von <https://www.presidency.ro/ro/media/acord-privind-cooperarea-in-domeniul-securitatii-intre-romania-si-ucraina1720705732/acord-privind-cooperarea-in-domeniul-securitatii-intre-romania-si-ucraina1720705732>

Administrația Prezidențială (2024, 24. Juli). *Discursul Președintelui României Klaus Iohannis susținut cu prilejul primirii șefilor de misiuni diplomatice, a șefilor oficiilor consulare și a directorilor institutelor culturale românești, cu ocazia reuniunii anuale a diplomației române*. [Rede Staatspräsident Klaus Ioannis anlässlich des jährlichen Treffens der rumänischen Diplomatie/Botschafterkonferenz]. Abgerufen am 16. September 2024 von <https://www.presidency.ro/ro/media/politica-externa/discursul-presedintelui-romaniei-klaus-iohannis-sustinut-cu-prilejul-primirii-sefilor-de-misiuni-diplomatice-a-sefilor-oficiilor-consulare-si-a-directorilor-institutelor-culturale-romanesti-cu-ocazia-reuniunii-anuale-a-diplomatiei-romane1721809567>

Administrația Prezidențială. (o.J.). *Strategia Națională de Apărare a Țării 2020-2024*. [Nationale Strategie für Landesverteidigung]. Abgerufen am 31. Januar 2025, von [https://www.presidency.ro/files/userfiles/Documente/Strategia\\_Nationala\\_de\\_Aparare\\_a\\_Tarii\\_2020\\_2024.pdf](https://www.presidency.ro/files/userfiles/Documente/Strategia_Nationala_de_Aparare_a_Tarii_2020_2024.pdf)

- Amtsblatt der Europäischen Union. (2023, 17. Juli). *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Juli 2023 zum Beitritt zum Schengen-Raum (2023/2668(RSP))* (C/2024/3999). <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2024/3999/oj/eng>
- Bundeskanzleramt Österreich. (2022, 16. Juni). *EuGH Urteil betreffend die Indexierung der Familienbeihilfe*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/familie/familienbeihilfe/familienbeihilfe-kinder-staendigen-aufenthalts-in-eu-ewr-ch/eugh-urteil-betreffend-die-indexierung-der-familienbeihilfe.html>
- Bundeskanzleramt Österreich. (2023a, 23. Jänner). *Bundeskanzler Nehammer fordert Investitionen in den Grenzschutz*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2023/01/bundeskanzler-nehammer-fordert-investitionen-in-den-grenzschutz.html>
- Bundeskanzleramt Österreich. (2023b, 9. Februar). *Bundeskanzler Nehammer: Asylbremse in der ganzen Europäischen Union anziehen - Bundeskanzleramt Österreich*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2023/02/bundeskanzler-nehammer-asylbremse-in-der-ganzen-europaeischen-union-anziehen.html>
- Bundeskanzleramt Österreich. (2023c, 10. Februar). *Medieninformation: Österreich erzielt Erfolg bei Migrationsgipfel in Brüssel: EU stellt mehr Geld für Außengrenzschutz bereit*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von [www.bundeskanzleramt.gv.at](http://www.bundeskanzleramt.gv.at)
- Bundeskanzleramt Österreich. (2023d, 24. Oktober). *Bundeskanzler Nehammer: Es braucht einen besseren EU-Außengrenzschutz - Bundeskanzleramt Österreich*. Abgerufen am 20. Dezember 2024 von <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2023/10/nehammer-es-braucht-einen-besseren-eu-aussengrenzschutz.html>
- Bundesministerium für Inneres. (2022, 18. November). *Karner: Nicht die richtige Zeit zur Erweiterung des Schengenraumes*. Abgerufen am 18. Dezember 2025 von <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=6A45497667746A6E5436413D>
- Bundesministerium für Inneres. (2023a, 12. Juni). *Illegale Migration aus Indien: Konsequente Rückführungen*. Abgerufen am 20. Dezember 2025 von <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=63745A4D735247554B6B413D>
- Bundesministerium für Inneres. (2023b, November 27). *Innenminister pochen auf robusten Außengrenzschutz*. Abgerufen am 21. Dezember 2024 von <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=523138486A304F34556B343D>
- Bundesministerium für Inneres. (2023c, 13. Dezember). *Forum Salzburg: „Air Schengen“ und gemeinsamer Kampf gegen Organisierte Kriminalität*. bmi.gv.at. Abgerufen am 21. Dezember 2024 von <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=69306F2F5756526B745A6F3D>

- Bundesministerium für Inneres. (2023d, 20. Dezember). *Karner zu EU-Migrationspakt: Schritt in die richtige Richtung*. bmi.gv.at.  
<https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=6B7539424C6E6E526D35513D>
- Bundesministerium für Inneres. (2023, 14. Dezember). *Antwort des Bundesministers für Inneres auf eine Frage von Hannes Amesbauer (FPÖ)*, Abgerufen am 20. Dezember 2024 von [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at)
- Bundesministerium für Inneres. (2024, März). *Asylanträge in Österreich um 46% gesunken*. Abgerufen am 20. Dezember 2024.
- Camera Deputaților (Abgeordnetenversammlung) (2017). Abgerufen am 26. Januar 2018 von <http://www.cdep.ro/>
- CURS - Zentrum für Stadt- und Regionalsoziologie. (2023, März). *Nationale Meinungsumfrage – März 2023*.
- Curtea Constituțională a României. [Verfassungsgericht Rumäniens.] (2024, 6. Dezember). *Hotărârea nr. 32 din 6 decembrie 2024 privind anularea procesului electoral cu privire la alegerea Președintelui României din anul 2024*. [Beschluss Nr. 32 vom 6. Dezember 2024 über die Annullierung des Wahlverfahrens für die Wahl des rumänischen Präsidenten im Jahr 2024]. <https://www.ccr.ro/>
- Europäische Kommission. (o. J.). *Cooperation and control mechanism Bulgaria and Romania*. [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/assistance-bulgaria-and-romania-under-cvm/cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/assistance-bulgaria-and-romania-under-cvm/cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania_de)
- Europäische Kommission. (2022a). *Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine—Europäische Kommission*. [https://transport.ec.europa.eu/ukraine/eu-ukraine-solidarity-lanes\\_de](https://transport.ec.europa.eu/ukraine/eu-ukraine-solidarity-lanes_de)
- Europäische Kommission. (2022b, 22. November). *Korruptionsbekämpfung und Justizreformen in Rumänien erfolgreich: Kommission beendet Kontrollmechanismus - Europäische Kommission*.  
[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/korruptionsbekampfung-und-justizreformen-rumanien-erfolgreich-kommission-beendet-kontrollmechanismus-2022-11-22\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/korruptionsbekampfung-und-justizreformen-rumanien-erfolgreich-kommission-beendet-kontrollmechanismus-2022-11-22_de)
- Europäische Kommission. (2023a, 15. September). *BESCHLUSS (EU) 2023/1786 DER KOMMISSION vom 15. September 2023 zur Aufhebung der Entscheidung 2006/928/EG zur Einrichtung eines Verfahrens für die Zusammenarbeit und die Überprüfung der Fortschritte Rumäniens bei der Erfüllung bestimmter Vorgaben in den Bereichen Justizreform und Korruptionsbekämpfung*.  
[https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/assistance-bulgaria-and-romania-under-cvm/cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/assistance-bulgaria-and-romania-under-cvm/cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania_de)
- Europäische Kommission. (2023b, 8. November). *2023 Communication on EU Enlargement*

*Policy—European Commission.* [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-eu-enlargement-policy\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-eu-enlargement-policy_en)

Europäische Kommission. (2024a, 11. Jänner). *Commission approves €126 million Romanian State aid scheme* [Text]. European Commission - European Commission. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_24\\_104](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_104)

Europäische Kommission. (2024b, 31. Oktober). *Digital strategy. European Cybersecurity competence centre inaugurates its permanent offices.* <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/european-cybersecurity-competence-centre-inaugurates-its-permanent-offices>

Europäische Union. (2022, Juni). *EP Spring 2022 Survey: Rallying around the European flag—Democracy as anchor point in times of crisis—June 2022— Eurobarometer survey.* <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2792>

Europäische Union. (2024, Mai). *Standard Eurobarometer 101—Spring 2024.* <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3216>

Europäischer Rat. (2022, 9. Dezember). *Tagung des Rates Justiz und Inneres.* Consilium. <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/12/08-09/>

Europäischer Rat. (2023, Februar 9). *Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates. Schlussfolgerungen.* Consilium. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/09/european-council-conclusions-9-february-2023/>

Europäischer Rat. (2024, Oktober 20). *Erläuterungen zum Schengen-Raum.* Consilium. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/schengen-area/>

Europäisches Parlament. (2022, November 18). *Der Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Oktober 2022 zum Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum (2022/2852(RSP)).* [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0364\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0364_DE.html)

European Commission. (o. J.). *Bericht der Europäischen Kommission über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens* [Text]. European Commission - European Commission. Abgerufen 20. Jänner 2025, von [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_18\\_6365](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_18_6365)

Europäische Kommission. (2007). *Entscheidung der Kommission vom 15. Februar 2007 über die Einrichtung des Kooperations- und Kontrollverfahrens für Rumänien.* Amtsblatt der Europäischen Union. Abgerufen am 6. September 2023 von <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/7e742418-d36d-11ed-a05c-01aa75ed71a1/language-de>

Europäische Kommission. (2019). *Ergebnisse der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft.* *European Commission Website.* Abgerufen am 25. Januar 2025 von <https://ec.europa.eu/commission/romanian-presidency-2019>

- Europäische Kommission. (2020). Commission Staff Working Document. Country Report Romania 2020. Accompanying the document Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Central Bank and the Eurogroup: 2020 European Semester: Assessment of progress on structural reforms, prevention and correction of macroeconomic imbalances, and results of in-depth reviews under Regulation (EU) No 1176/2011. [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european\\_semester\\_country-report-romania\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european_semester_country-report-romania_en.pdf).
- Europäische Kommission. (2023a, 3. April). *Eurobarometer Standard 98 – Winter 2022-2023: Öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Nationaler Bericht Rumänien*. Publications Office. Abgerufen am 25. Jänner 2025 von <https://data.europa.eu/doi/10.2775/755126>
- European Commission. (2023b). *OLAF Report 2023: Statistical Annex - Investigative Performance in 2023*. Abgerufen am 25. Jänner 2025 von [https://ec.europa.eu/olaf-report/2023/statistical-annex\\_en.html#investigative-performance-in-2023](https://ec.europa.eu/olaf-report/2023/statistical-annex_en.html#investigative-performance-in-2023)
- Europäische Kommission. (2024). *Konvergenzbericht berichtet über Fortschritte von sechs EU-Ländern Richtung Euro-Einführung*. Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://germany.representation.ec.europa.eu/news/konvergenzbericht-berichtet-uber-fortschritte-von-sechs-eu-landern-richtung-euro-einfuehrung-2024-06>
- Europäisches Parlament. (2019, 16 Juli). *Bilanțul Președinției României la Consiliul UE, în plenul Parlamentului European*. European Parliament. [Bilanz der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft vor dem Europäischen Parlament.] Abgerufen von <https://www.europarl.europa.eu/news/ro/press-room/20190711IPR56826/bilantul-presedintiei-romaniei-la-consiliul-ue-in-plenul-parlamentului-european>
- Europäisches Parlament. (2024). „*This is Europe*” *debate in the European Parliament: Speech by Klaus Iohannis, President of Romania*. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/757791/EPRS\\_ATA\(2024\)757791\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/757791/EPRS_ATA(2024)757791_EN.pdf)
- Europäischer Rat. (2019). Erklärung von Sibiu, 9. Mai 2019. *Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union*. Abgerufen am 25. Januar 2025 von <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/05/09/sibiu-declaration>
- Friedrich-Ebert-Stiftung Rumänien. (2019). *Evoluția încrederii românilor în Uniunea Europeană în contextul alegerilor europarlamentare*. [Die Entwicklung des Vertrauens der Rumänen in die Europäische Union im Kontext der Europawahlen] . Abgerufen am 10. Jänner 2024 von <https://romania.fes.de/e/evolutia-increderii-romanilor-in-uniunea-europeana-in-contextul-alegerilor-europarlamentare.html>
- Frontex. (2022, 7. Oktober). *Risk Analysis for 2022/2023*. <https://www.frontex.europa.eu/publications/risk-analysis-for-2022-2023-RfJIVQ>
- Guvernul României. (2017). Abgerufen am 26. Januar 2018 von <http://www.gov.ro/>
- Guvernul României. (2019, 15. Januar). *Program Presedintie RO 2019*. *Programm des*

rumänischen EU-Ratsvorsitzes 2019. Abgerufen am 27. Januar 2025, von [https://www.romania2019.eu/wpcontent/uploads/2017/11/en\\_rogramme\\_ropres2019.pdf](https://www.romania2019.eu/wpcontent/uploads/2017/11/en_rogramme_ropres2019.pdf)

Guvernul României. (n.d.). Prezentarea bilanțului rezultatelor obținute de Președinția României la Consiliul Uniunii Europene în primele 100 de zile de mandat, de către prim-ministrul Viorica Dăncilă. [Vorstellung der Bilanz der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft durch Premierministerin V.D. ]. Abgerufen am 21. November 2024 on <https://gov.ro/ro/stiri/prezentarea-bilanțului-rezultatelor-obținute-de-președinția-romaniei-la-consiliul-uniunii-europene-in-primele-100-de-zile-de-mandat-de-către-prim-ministrul-viorica-dancila>

IRES. (2024). *Nationale Umfrage: 20 Jahre seit dem Beitritt Rumäniens zur NATO*, 2. April 202

Juncker, J.-C. (2017, 13. September). *Rede zur Lage der Union 2017*. Europäische Kommission. Abgerufen am 27. Januar 2025 von [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-17-3165\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_de.htm)

Mănescu, R. (2019, 7. März). Șansele și oportunitățile României la Președinția Consiliului Uniunii Europene. [Chance und Gestaltungsmöglichkeit für Rumänien anlässlich des Vorsitzes des Rates der EU]. Abgerufen am 23. Jänner 2025 von <https://ro.linkedin.com/pulse/%C8%99ansele-%C8%99i-oportunit%C4%83%C8%9Bile-rom%C3%A2niei-la-pre%C8%99edin%C8%9Bia-uniunii-manescu>

Ministerul Afacerilor Externe. (o. J.). *Deținerea de către România a Președinției rotative a Consiliului UE (Rumäniens rotierende Präsidentschaft im Rat der EU)*. Ministry of Foreign Affairs. Abgerufen am 21. Januar 2025 von <https://www.mae.ro/node/55114#null>

Ministerul Afacerilor Externe (o.J.) Abgerufen am 24. Jänner 2025 von <https://www.mae.ro/node/64136>

Ministerul Afacerilor Externe. (2017). Abgerufen am 26. Januar 2018 von <http://www.mae.ro/>

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. (2017a). *Ministerium für auswärtige Angelegenheiten*. Abgerufen am 11. März 2018 von <https://www.mae.ro/>

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. (2017b). *Ministru delegat pentru Afaceri Europene (Delegierter Minister für europäische Angelegenheiten)*. Abgerufen von <https://afacerieuropene.mae.ro/>

Ministerul Afacerilor Externe (2019a). Abgerufen am 28. Januar 2025 von <https://salzburg.mae.ro/romania-news/7639>

Ministerul Afacerilor Externe (2019b, 21. Juni). [*Erfolge der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich der legislativen Arbeit.*] Abgerufen am 27. Januar 2025, von <https://www.mae.ro/>

- Ministerul Afacerilor Externe (2019c). Abgerufen am 28. Januar 2025, von <https://salzburg.mae.ro/romania-news/7639>
- Ministerul Afacerilor Externe (2019d). „PRES EU 1”, Internes Arbeitspapier des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien
- Ministerul Afacerilor Externe. (2021a). *Rede des Präsidenten Klaus Werner Iohannis anlässlich des Jahrestreffens der rumänischen Diplomatie*. Offizielle Webseite des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Abgerufen am 12. November 2024 von <https://www.mae.ro/print/56591>
- Ministerul Afacerilor Externe. (2021b, März). *Deținerea de către România a Președinției rotative a Consiliului UE (Rumänien hat den rotierenden Vorsitz im EU-Rat inne)*. Abgerufen am 2. Jänner 2022 von <https://www.mae.ro/node/55114#null>
- Ministerul Afacerilor Externe (2022, 17. März). *Evakuierungsmaßnahmen im Kontext der russischen Aggression in der Ukraine*. Abgerufen von [www.mae.ro](http://www.mae.ro)
- Ministerul Afacerilor Externe. (2023). *Participarea ministrului Bogdan Aurescu la reuniunea anuală a diplomației române*. [Teilnahme Ministers Bogdan Aurescu an der jährlichen Botschafterkonferenz]. Abgerufen am 22. März 2024 von <https://www.mae.ro/node/60179>
- Ministerul Afacerilor Externe. (2023). Abgerufen am 12. Jänner 2024 von <https://www.mae.ro/node/64136>
- Morea, R. (2023, 13. März). *Eurobarometru: Costul de trai, sănătatea și educația pe primele locuri în preocupările românilor - Comisia Europeană*. [Eurobarometer: Lebenshaltungskosten, Gesundheit und Bildung sind die Hauptsorgen der Rumänen - Europäische Kommission.] Abgerufen am 21. Jänner 2025 von [https://romania.representation.ec.europa.eu/news/eurobarometru-costul-de-trai-sanatatea-si-educatia-pe-primele-locuri-preocuparile-romanilor-2023-04-03\\_ro](https://romania.representation.ec.europa.eu/news/eurobarometru-costul-de-trai-sanatatea-si-educatia-pe-primele-locuri-preocuparile-romanilor-2023-04-03_ro)
- North Atlantic Treaty Organization NATO. (2023). *Annual report 2023*. NATO. Abgerufen am 25. Januar von [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_223291.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_223291.htm)
- North Atlantic Treaty Organization (NATO). (2024, 10. Juli). *Washington Summit Declaration issued by the NATO Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington, D.C.* Abgerufen von [www.nato.int](http://www.nato.int)
- Österreichischer Integrationsfonds. (2023, August 24). *Statistisches Jahrbuch: Migration & Integration – Zahlen, Daten, Indikatoren*. <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/oeif-publikation-statistisches-jahrbuch-2023-17999/>
- Parlament der Republik Österreich. (n.d.). *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 16198*. Abgerufen am 31. Januar 2025, von [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/16198/imfname\\_1602449.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/16198/imfname_1602449.pdf)

- Parlament. (2020, 28. März). *Anfrage der Abg. Dr. Dagmar Belakowitsch, Mag. Gerhard Kaniak, Peter Wurm und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Pflegekräfteimport aus Rumänien in einem Korridorzug.* <https://www.parlament.gv.at/>
- Parlament. (2022b, 12. Dezember). *Schengen-Veto, Migrationspolitik und Ukraine-Krieg bestimmen EU-Hauptausschuss (PK1446/12.12.2022)*
- Parlament Österreich. (2022c, 20. Dezember). *Zwist über Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens auch im Bundesrat.* [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2022/pk1483](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2022/pk1483)
- Parlament. (2023, 15. Jänner). *Rede der Parteibefragten der NEOS, Frau Dr. Beate Meindl-Reisinger im Rahmen der Plenarsitzung des Nationalrates.* [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/209/A\\_-\\_15\\_01\\_35\\_00294676](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/209/A_-_15_01_35_00294676)
- Präsidentenkanzlei der Präsidentin der Republik Moldau. (2024, 17. September). *Șefa statului a participat la semnarea unui acord cu BEI, prin care vor fi investite 200 de milioane de euro în Programul național de împădurire.* [Die Staatschefin wohnte der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der EIB bei, die 200 Millionen Euro in das nationale Aufforstungsprogramm investieren wird.] <https://presedinte.md/rom/presa/sefa-statului-a-participat-la-semnarea-unui-acord-cu-bei-prin-care-vor-fi-investite-200-de-milioane-de-euro-in-programul-national-de-impadurire>
- Rat der Europäischen Union. (2019). *Die Erklärung von Sibiu.* Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/05/09/the-sibiu-declaration/>
- RO2019. (2017). *RO2019. Platforma de sprijin. Președinția Română a Consiliului UE [RO2019. Plattform der Unterstützung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft].* Abgerufen am 26. Januar 2018 von <http://ro2019.eu/>
- Senatul României [Der Senat von Rumänien]. (2017). Abgerufen am 26. Januar 2018, von <http://www.senat.ro/>
- Statista. (2023, April 16). *Rumänien—Rumänische Staatsbürger in der EU.* Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/870943/umfrage/rumaenen-in-den-laendern-der-eu/>
- U.S. Department of State. (2024). *Secretary Antony J. Blinken and Romanian Foreign Minister Luminița Odobescu at the Signing of a Memorandum of Understanding.* Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://www.state.gov/secretary-antony-j-blinken-and-romanian-foreign-minister-luminita-odobescu-at-the-signing-of-a-memorandum-of-understanding/>
- The White House. (2024). *Remarks by President Biden and President Iohannis of Romania Before Bilateral Meeting.* Abgerufen am 31. Januar 2025, von <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2024/05/07/remarks->

[by-president-biden-and-president-iohannis-of-romania-before-bilateral-meeting/](#)

Salzburg Forum. (2022, November 16). *Joint declaration of the Ministers of the Salzburg Forum*. <https://www.salzburgforum.org/>

Transparency International. (2023). *Corruption Perceptions Index 2023: Romania*. Abgerufen am 25. Jänner 2025 von <https://www.transparency.org/en/cpi/2023/index/rou>

Tusk, D. (2019). Rede von Donald Tusk zur rumänischen EU-Ratspräsidentschaft. *Europäischer Rat*. Abgerufen am 25. Januar 2025 von <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/30/president-tusk-statement-on-the-end-of-the-romanian-presidency>

Ungarischen EU-Ratspräsidentschaft. (2024, 22. November). *Joint Hungarian, Austrian, Romanian and Bulgarian Declaration*. Joint Hungarian, Austrian, Romanian and Bulgarian Declaration. <https://hungarian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/joint-hungarian-austrian-romanian-and-bulgarian-declaration/>

Unique-Research. (2022, 12. Dezember). *Profil-Umfrage: Wählertrend Dezember 2022*. Abgerufen am 21. Dezember 2024 von [www.unique-research.at/post/profil-umfrage](http://www.unique-research.at/post/profil-umfrage)

UNTRR. (2024, 25. September). *Studiu: Traficul la frontierele RO cu HU si BG - Schengen*. [Studie: Grenzverkehr an den Grenzen von RO mit HU und BG - Schengen]. Abgerufen am 29. Jänner 2025 von <https://www.untrr.ro/ro/studii-si-analize-economice/studiu-traficul-la-frontierele-ro-cu-hu-si-bg-schengen.html>

Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband Personenberatung und Personenbetreuung. (o. D.). *Statistik*. Abgerufen am 31. Januar 2025 von <https://www.daheimbetreut.at/de/statistik>

NATO. (2024, 10. Juli). *Washington Summit Declaration issued by NATO Heads of State and Government (2024)*. Abgerufen am 12. Juli 2024 von [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_227678.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_227678.htm)

## Social Media Posts

Alexander Van der Bellen [@vanderbellen]. (2023, 19. Jänner) *I spoke today to RO President @KlausIohannis about hopefully welcoming #Romania as a full #Schengen member in the near future – will continue to work towards this. I am also very pleased that Pres. Iohannis announced that the Romanian Ambassador will return to #Austria.* (Vdb) <https://t.co/ZMSWAtjDVs> [Tweet]. Twitter. <https://x.com/vanderbellen/status/1616082452677595137>

Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich. (2024, 14. Juni). *Runder Tisch: Reden wir über Für:Sorge. Eine Diskussion über die 24-Stunden-Pflege mit Dr. Judith Kohlenberger, Dr. Ulrike Famira-Mühlenberger, Thomas Perle und Alexander Weinberger-Bara* [Video recording]. Abgerufen am 20. Jänner 2025 von <https://www.youtube.com/watch?v=XkZzIypTJFI>

- Der Standard. (2024, 12. Dezember). *EU-Innenminister sagten Ja zu Schengen-Erweiterung* [Video recording]. Abgerufen am 29. Jänner 2025 von <https://www.derstandard.at/story/3000000249012/eu-innenminister-sagten-ja-zu-schengen-erweiterung>
- EPP Group. (2022, 7. Dezember). *Pressekonferenz Manfred Weber und Karl Nehammer—DE* [Video recording]. Abgerufen am 10. Dezember 2024 von <https://www.youtube.com/watch?v=c0EYNynFbyE>
- Lukas Gahleitner-Gertz [@LukasGahleitner]. (2023, 31. Jänner). *Asylanträge in Ungarn: 46* [Tweet]. Twitter. <https://x.com/LukasGahleitner/status/1620314034800304128>
- Institut für den Donauraum und Mitteleuropa. (IDM) Vienna. (2023, 7. November). *The Future of the Schengen Area: Exploring its Enlargement* [Video recording]. Abgerufen am 29. Dezember 2025 von <https://www.youtube.com/watch?v=RjIxpAQCblg>
- Institut für den Donauraum und Mitteleuropa. (IDM). (2023) *Central Europe Explained* [Broadcast]. Abgerufen 25. Oktober 2024, von <https://www.idm.at/activities/podcast/>
- Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM). (2024). *Podcast-Gespräch mit Botschafter Emil Hurezeanu. „Listen CEE 4.0. Central Europe Explained.“* [Broadcast]. <https://www.instagram.com/idmvienna/>
- Michael Ludwig [@BgmLudwig]. (2023, 27. Februar). *Bürgermeister von Wien bei der Begrüßung der parlamentarischen Delegation* [Tweet]. Twitter. <https://x.com/BgmLudwig/status/1630264968888164352>
- Karl Nehammer [@karlnehammer]. (2023, 31. Dezember). *Österreichs Forderungen werden erfüllt.* [Tweet]. Twitter. <https://x.com/karlnehammer/status/1741441067679920415>
- ORF. (2024, 8. November). *Schengen: Österreich könnte Blockade aufgeben* [Video recording]. Abgerufen am 22. November 2024 von <https://orf.at/av/video/onDemandVideoNews9174>
- ORF.at/Agenturen. (2023a, 28. Februar). *Rumänien kämpft für den Schengen-Beitritt—ORF* [Video recording]. Abgerufen am 22. November 2023 von <https://on.orf.at/video/14169720/zib-900-vom-28022023>
- ORF.at/Agenturen. (2023b, 24. November). *Der Premierminister von BG, Nikolai Denkov—ORF* [Video recording]. Abgerufen am 3. Jänner 2025 von <https://on.orf.at/video/14202625/zib-2-vom-24112023>
- ÖVP. (2023, 1. Februar). *Die Asylbremse wirkt!* [Video recording]. Abgerufen am 22. November 2024 von <https://www.facebook.com/nehammerkarl/videos/die-asylbremse-wirkt/593911772554518/>
- PES/Party of European Socialists (Regisseur). (o. D.). *1.3K views · 33 reactions | Ylva Johansson on Schengen decisions | EUROBG We regret the decision to keep #Bulgaria and #Romania out of #Schengen. We are disappointed by this outcome, as is our*

*European Commissioner Ylva... / By Party of European Socialists / Facebook* [Video recording]. Abgerufen 21. Jänner 2025, von <https://www.facebook.com/PES.PSE/videos/ylva-johansson-on-schengen-decisions/640572657801009/>

Sebastian Schäffer [@sschaefferIDM]. (2023, 13. Juli). *IDM-Chef veröffentlicht Details der EP-Entscheidung zur Schengen-Erweiterung und kündigt eine Veranstaltung im Herbst dieses Jahres an* [Tweet]. Twitter. <https://x.com/sschaefferIDM/status/1679446057497817089>

### **Interviews (anonymisiert)**

Interview 1 (2019, 2. Jänner): Persönliches Interview, Bukarest, 40 Minuten.

Interview 2 (2019, 20. Mai): Persönliches Interview, Bukarest, 55 Minuten.

Interview 3 (2019, 7. August): Persönliches Interview. Zoom, 35 Minuten.

Interview 4 (2019, 30. September): Persönliches Interview. Zoom. 1h 05 Minuten.

Interview 5 (2020, 30. Juni): Persönliches Interview, Bukarest, 55 Minuten.

Interview 6 (2020, 3. Juli): Persönliches Interview. Zoom. 50 Minuten.

Interview 7 (2020, 30. Juli): Persönliches Interview, Bukarest, 1 Stunde.

Interview 8 (2020, 30. Juli). Persönliches Interview, Bukarest, 55 Minuten.

Interview 9 (2020, 31. Juli): Persönliches Interview, Bukarest, 1h10 Minuten.

## Anhänge

## Anhang 1

„Brief von Botschafter Emil Hurezeanu an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, mit Bezug auf Rumäniens Beitritt zum Schengen-Raum:

An S. E. Herrn Dr. Alexander Van der Bellen

Bundespräsident der Republik Österreich

Präsidenschaftskanzlei

Ballhausplatz, 1010 Wien

Wien, den 25. November 2022

Sehr geschätzter Herr Bundespräsident,

seit Tagen verfolgen wir mit großer Verwunderung die überraschende Umbesinnung der österreichischen Bundesregierung betreffend die anstehende Erweiterung des Schengener Raums und, darüber hinaus, den angekündigten Widerstand gegenüber die geplante und von der Europäischen Kommission und dem tschechischen Ratsvorsitz faktenbasiert empfohlene Aufnahme meines Landes, Rumäniens.

Als Botschafter in Ihrem schönen Land fühle ich mich dazu verpflichtet, unsere Betroffenheit und Besorgnis mit Hinblick auf die irreführende öffentliche Darstellung einer Kausalitätsverbindung zwischen dem Beitritt Rumäniens zu Schengen und der Erhöhung des illegalen Migrationsdrucks in der Republik Österreich, aber auch auf die möglichen politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Beibehaltung dieser Sinneswandlung, mitzuteilen.

Über meine derzeitige Funktion als diplomatischer Vertreter von Rumänien hinaus wende ich mich an Sie auch in meiner Eigenschaft als temporärer Resident eines gemeinsamen, auf die von Kaiserin Maria Theresia praktizierten Verwaltungs- und Umgangstraditionen stützenden gemeinsamen Raumes. Die belebenden und modernisierenden Effekte der Verwaltungstradition, die Wien über die Grenzen der damaligen Monarchie ausstrahlte, haben zu den Fortschritten einer breiten Region zwischen der Quelle und der Mündung der Donau wesentlich beigetragen. Eine topographisch äußerst interessante und von großer Symbolik geprägten Region, die Sie, geschätzter Herr Bundespräsident, durchaus kennen. (...) Wir alle sind Residenten, Akteure und Mitgestalter, verehrter Herr Bundespräsident, eines Werteraums, welcher entlang der Donau, Axe der Fluidität, der Kontinuität und, somit, des Miteinanders

und der Kommunikation artikuliert wird. Eine breite Region, die ohne das Miteinander und die wertschätzende Kommunikation nicht floriert hätte können.

Zu den Leitfäden des Maria-Theresianischen-Handelns und der modernen Diplomatie gehörte im Sinne der jesuitischen Tradition auch das Folgende: Fortiter in re, suaviter in modo. In den letzten Tagen, als sich die österreichische Bundesregierung ihre traditionelle, jahrzehntelang zugesprochene Unterstützung für unseren baldigen Schengen-Beitritt revidierte, haben wir diese Prämisse äußerst vermisst.

Der Beitritt meines Landes zu dem Schengener Raum ist nicht nur eine technische, sondern ein, von der gesamten rumänischen Gesellschaft tatkräftig mitgetragener und erhoffter Schritt, eine Bestätigung dessen, was wir in der Tat schon leisten, und zwar, die Außengrenzen der Europäischen Union und des Schengener Raums, ohne de jure dazuzugehören, zu schützen. Die unterstützende Positionierung der Republik Österreich war immer schon Teil unseres bilateralen Beziehungskonstrukts, desto überraschender kam daher vor ein paar Tagen die Nachricht, dass diese Unterstützung zurückgezogen wird. Ich möchte Ihnen meine Sorge äußern, dass die Errungenschaften in unserer bilateralen Partnerschaft, die wir jahrelang so bemüht gestärkt und erweitert haben, nicht als Spielball der von der Tagespolitik gesteuerten, ohne die nötigen diplomatischen Samthandschuhe artikulierten Interessen geopfert werden. Schon seit Jahrhunderten bewundern und richten wir uns in unserer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handlung nach dem traditionsreichen Wien, wir bewundern die österreichische Verwaltungstradition und die Art und Weise, wie es in Wien versteht, Diplomatie zu machen. Angesichts dessen erlauben Sie es mir, Herr Bundespräsident, nicht als Anklage oder Kritik, sondern als Stimme des Hilfeschreies, Ihnen mitzuteilen, dass der Bruch mit dieser angesehenen österreichischen Diplomatie und Kommunikationstradition für unser konstruktives Miteinander und Beisammensein nicht fördernd ist. Als bescheidener Vermittler hoffe ich sehr, dass die Verhandlungen und die Standpunktvermittlung der geschätzten Bundesregierung zum Thema Schengen baldmöglichst wieder gemäß der alten Wiener Tradition, mit Respekt und Wertschätzung, mit Ehrlichkeit und Offenheit artikuliert werden.

Rumänien ist weder Teil der Westbalkanroute der illegalen Migration, noch Förderer von illegaler Migration, wie auch keine Quelle der sekundären Migrationsströmen. Diese Faktenlage wird durch die Auswertungen der Europäischen Kommission, wie auch von den Statistiken und Analysen von Frontex bestätigt, die ich zu Ihrer Information gerne im Anhang zuschicke. Dementsprechend stellt die Erweiterung des Schengener Raums mit dem Beitritt von meinem Land, Rumänien, keine Gefahr für die europäische innere Sicherheit, dar.

Rumänien schützt de facto schon seit Jahren als Nicht-Schengen-Mitgliedstaat die Außengrenzen der Europäischen Union, diese Leistung sollte endlich auch formell anerkannt werden.

In der österreichischen Innenpolitik waren Sie, geschätzter Herr Bundespräsident, immer die Stimme der Besonnenheit, der Klarheit und des Respekts. Sie haben immer weise und behutsam agieren wissen, wenn die Richtungswahl irreführend und reputationsschadend war. Es ist meine feste Überzeugung, dass unser bilaterales Beziehungskomplex eine fortgeschrittene Stufe erreicht hat, die jetzt zu wahren und nicht zu gefährden gilt.

Vor 40 Jahren durfte ich als Herder-Stipendiat die historischen Prunksäle betreten in denen Sie heute Ihren Amtsgeschäften nachgehen. In meiner damaligen Wahrnehmung stand alles unter dem Zeichen des enormen Nachlasses von Maria Theresia. Als Student war ich damals von der Historie und Tradition Wiens überwältigt, darüber hinaus durfte ich in Wien Menschlichkeit und ein Mit- und Füreinander erleben, die ich in von den staatlichen Vertretern meiner Heimat damals so vermisst habe. Heute, nach 40 Jahren bin ich als ao. u. bev. Botschafter wieder in der Hauptstadt der Republik Österreich und bin zuversichtlich, dass es die Menschlichkeit, Respekt und das gegenseitige Entgegenkommen sind, die uns als Wertegemeinschaft ausmachen. Mit dieser Überzeugung habe ich es mir erlaubt, meine Gedanken und meine Besorgnis über die Gefahren, denen unsere ausgezeichnete Partnerschaft ausgesetzt wird, auf einem vielleicht zu persönlichen, für Diplomaten zu unüblichem Ton zum Ausdruck zu bringen. Ich versichere aber Ihnen, hochgeschätzter Herr Bundespräsident, dass all meine Bemühungen dem gemeinsamen Ziel dienen, und zwar, dass unser Miteinander ohne Störfaktoren, mit Respekt und auf Augenhöhe, weiterentwickelt wird.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und verbleibe,  
mit vorzüglicher Hochachtung,

Emil Hurezeanu” (Ambasada României în Austria [Botschaft von Rumänien in der Republik Österreich], 2023)

## Anhang 2

### **Die wichtigsten Schritte auf dem Weg zum Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum**

(Anm. d. Verf.: zusammengestellt anhand der Informationen und der Daten die auf der Webseite des Ministeriums für Innere Angelegenheiten Rumäniens, [www.mai.gov.ro](http://www.mai.gov.ro), zugänglich sind):

Februar 2000 - Der Verhandlungsprozess für den Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union beginnt.

November 2001 - Die rumänische Regierung legt der Beitrittskonferenz Rumänien - Europäische Union das Positionspapier zu Kapitel 24 - Justiz und Inneres - vor, dem der Schengen-Aktionsplan beigelegt ist.

April 2002 - Aufnahme der Verhandlungen über Kapitel 24 - Justiz und Inneres.

Dezember 2004 - Abschluss der Beitrittsverhandlungen (Abschluss des Kapitels 24 - II). Der Zeitplan für den Beitritt wird bestätigt.

1. Januar 2007 - Mit dem Beitritt erfüllt Rumänien die „Mindestkriterien“ für die Schengen-Mitgliedschaft.

Oktober 2007 - Rumänien strebt den Beitritt zum Schengen-Raum für 2011 an.

September 2008 - Besuch des Schengener Informationssystems/SIRENE zur Vorabbewertung. Rumänien bestätigt sein Ziel, bis 2011 die Schengen-Standards in Bereichen wie Visa, polizeiliche Zusammenarbeit und Schutz personenbezogener Daten zu erfüllen.

Oktober 2009 - Verabschiedung des Bewertungsberichts über Visa.

Dezember 2009 - Der Bericht über die Evaluierungsmission im Bereich der Seegrenzen wird angenommen.

Mai 2010 - Der Bericht über die Bewertung der Luftgrenzen wird angenommen.

Juli 2010 - Der Bericht im Bereich Landgrenzen wird angenommen.

Januar 2011 - Annahme des Schengen-Evaluierungsberichts über Rumänien im Bereich SIS/SIRENE (Schengener Informationsaustausch- und Ausschreibungsplattform). Rumänien schließt ab.

Januar 2011 - Das Europäische Parlament stimmt mit 487 Ja-Stimmen, 77 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen für den Beitritt Rumäniens zu Schengen.

Oktober 2011 - Rumänien beginnt über Innenminister Constantin Traian Igaş mit bilateralen Gesprächen, um die Unterstützung der Mitgliedstaaten zu erhalten. Zum ersten Mal wird (von Frankreich, Finnland und den Niederlanden) die Bedingung genannt, dass Rumänien als Folge

der Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung und der Justizreform auch einen positiven CVM-Bericht erhalten sollte, auch wenn der CVM nicht Teil der Schengen-Kriterien war.

Oktober/Dezember 2012 - Der EU-Kommissar für Inneres bekräftigt, dass „es keine neuen Bedingungen gibt, dass Rumänien und Bulgarien alle Kriterien erfüllen“ und dem Schengen-Raum so bald wie möglich beitreten müssen.

Oktober 2015: Frankreich und Deutschland verschieben die Gespräche über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum. Europa wird von einer Migrationswelle über das Mittelmeer und den Balkan überrollt, nachdem 1,3 Millionen Menschen an die Tore Europas geklopft haben, um Asyl zu beantragen. Darüber hinaus erschreckt eine Terrorismuswelle in der EU immer mehr Länder, die strengere Kontrollen am Zoll einführen. Die EU gerät damit in eine Krise um Sicherheit und Migration.

September 2017: Deutschland, Österreich und die Niederlande stehen einem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum skeptisch gegenüber.

August 2018: Rumänien und Bulgarien werden Teil des Schengener Informationssystems, das es Rumänien ermöglicht, eigene Ausschreibungen von Drittstaatsangehörigen zu versenden, die im Rahmen des Schengener Abkommens ausgeschrieben wurden.

September 2018: Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte erklärt, er sei besorgt über die Rechtsstaatlichkeit in Rumänien und lehne daher den Schengen-Beitritt des Landes ab; diese Aussage wiederholt er im Jahr 2019.

Juli 2021: In seinem Jahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums stimmt das Europäische Parlament für eine Entschließung, in der der Beitritt Rumäniens und Bulgariens gefordert wird.

Oktober 2022: Das niederländische Parlament stimmt gegen den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum. Die Niederländer berufen sich auf Korruption, akzeptieren aber nach ausführlichen Diskussionen, dass Rumänien die notwendigen Bedingungen erfüllt. Sie sind jedoch weiterhin gegen Bulgarien.

Dezember 2022: Österreich lehnt den Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum vehement ab und die rumänische Diplomatie versucht erfolglos, die Situation vor dem JI-Rat am 8. Dezember zu verbessern. Auf der Tagung des JI-Rates am 8. Dezember stimmt Österreich gegen den Beitritt Rumäniens und die Niederlande gegen den Beitritt Bulgariens. Rumänien boykottiert mehrere österreichische Unternehmen, um Druck auf die Regierung in Wien auszuüben. Der österreichische Bundeskanzler sagt, dass es keine Schengen-Erweiterung geben wird. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola besucht Bukarest. Sie sagt, Rumänien und Bulgarien sollten 2023 in den Schengen-Raum aufgenommen werden.

Januar 2023: Österreich und die Niederlande bleiben bei ihrer Position.

März 2023: Bei einem Besuch in Bulgarien sagt Präsident Klaus Iohannis, dass die Themen Schengen-Erweiterung und illegale Migration künstlich vermischt werden. Österreich hatte seine Ablehnung des Schengen-Beitritts Rumäniens und Bulgariens mit den Problemen der illegalen Migration sowie mit den allgemeinen Problemen des europäischen Raums der Freizügigkeit begründet.

April 2023: Der österreichische Innenminister Gerhard Karner spricht sich gegen den Schengen-Beitritt Rumäniens aus und verweist auf die Tatsache, dass 52 der im vergangenen Jahr verhafteten Schleuser Rumänen waren. Karner kommt zu einem offiziellen Besuch nach Rumänien, ändert aber seine Position nicht.

Mai 2023: Die Europäische Kommission fordert Rumänien und Bulgarien auf, dem Schengen-Raum im Jahr 2023 beizutreten.

Juli 2023: Die spanische Präsidentschaft des Europäischen Rates setzt den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum auf ihre Prioritätenliste.

September 2023: Die Europäische Kommission schließt das Kooperations- und Kontrollverfahren (CVM) für Bulgarien und Rumänien nach 16 Jahren offiziell ab. Der Präsident der Europäischen Kommission und der Präsident des Europäischen Parlaments erklären, dass Rumänien und Bulgarien es verdienen, Schengen beizutreten.